

Die Milizarmee im klassischen Republikanismus

**Die Odyssee eines militärpolitischen Konzeptes
von Florenz über England und Schottland nach Nordamerika
(15.-18. Jahrhundert)**

DISSERTATION
der Universität St. Gallen,
Hochschule für Wirtschafts-,
Rechts- und Sozialwissenschaften (HSG)
zur Erlangung der Würde
eines Doktors der Staatswissenschaften

vorgelegt von

Jan Metzger

von Eschenz (Thurgau)

Genehmigt auf Antrag der Herren

Prof. Dr. Alois Riklin

und

Prof. Dr. Jürg Martin Gabriel

Dissertation Nr. 2260

Verlag Paul Haupt Bern · Stuttgart · Wien 1999

Die Milizarmee im klassischen Republikanismus

**Die Odyssee eines militärpolitischen Konzeptes
von Florenz über England und Schottland nach Nordamerika
(15.-18. Jahrhundert)**

DISSERTATION
der Universität St. Gallen,
Hochschule für Wirtschafts-,
Rechts- und Sozialwissenschaften (HSG)
zur Erlangung der Würde
eines Doktors der Staatswissenschaften

vorgelegt von
Jan Metzger
von Eschenz (Thurgau)

Genehmigt auf Antrag der Herren

Prof. Dr. Alois Riklin
und
Prof. Dr. Jürg Martin Gabriel

Dissertation Nr. 2260

Verlag Paul Haupt Bern · Stuttgart · Wien 1999

Die Universität St. Gallen, Hochschule für Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften (HSG), gestattet hiermit die Drucklegung der vorliegenden Dissertation, ohne damit zu den darin ausgesprochenen Anschauungen Stellung zu nehmen.

St. Gallen, den 3. Mai 1999

Der Rektor:

Prof. Dr. Peter Gomez

Diese Arbeit erscheint unter demselben Titel
als Band 22 der Schriftenreihe
«St. Galler Studien zur Politikwissenschaft»
im Verlag Paul Haupt Bern · Stuttgart · Wien
ISBN 3-258-06089-4

Alle Rechte vorbehalten
Copyright © 1999 by Paul Haupt Berne
Jede Art der Vervielfältigung ohne Genehmigung des Verlages ist unzulässig
Dieses Papier ist umweltverträglich, weil chlorfrei hergestellt;
es stammt aus Schweizer Produktion mit entsprechend kurzen Transportwegen
Printed in Switzerland

www.haupt.ch

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
---------------	---

TEIL I DIE KONZEPTIONELLEN GRUNDLAGEN

1. Die Methode: Zur Problematik politischer Ideengeschichte	13
2. Der Gegenstand: Klassischer Republikanismus	23
2.1 Ein geistiges Konstrukt	23
2.2 Der "moderne" Liberalismus als Gegensatz	33
2.3 Die "klassischen" Prämissen als Quelle	45
3. Die Milizidee	63
3.1 Arbeitshypothese	63
3.2 Typologie von Wehrformen: Die Milizmerkmale	65
3.2.1 Staatlichkeit	65
3.2.2 Einheimische vs. Ausländer	66
3.2.3 Bürgermiliz vs. stehendes Heer	67
3.2.4 Wehrpflicht vs. Freiwilligkeit	77
3.2.5 Universale vs. selektive Dienstpflicht	78
3.3 Modell der Milizfunktionen	83

TEIL II DER BÜRGERSOLDAT IM HISTORISCHEN KONTEXT

4. Die florentinische Tradition	91
4.1 Leonardo Bruni: <i>bonus miles</i>	91
4.2 Niccolò Machiavelli: <i>virtù militare</i>	107
4.3 Donato Giannotti: <i>virtù della ordinanza</i>	125
5. Die Commonwealth-Tradition	137
5.1 Die Tudor- und frühe Stuart-Zeit	137
5.1.1 Francis Bacon: <i>civic greatness</i> und <i>der tiller of the ground</i>	145
5.1.2 Die "Neo-Baconianer": Thomas Hedley und Thomas Scott	161

5.2	Das Interregnum (1649-1660).....	171
5.2.1	Marchamont Nedham und das Paradox der <i>New Model Army</i>	177
5.2.2	James Harrington: <i>The Commonwealth of Oceana</i>	193
5.3	Die Stuart-Restauration (1660-1688).....	217
5.3.1	Lord Ashley Cooper, Earl of Shaftesbury.....	217
5.3.2	Henry Neville: <i>Plato Redivivus</i>	227
5.3.3	Algernon Sidney: <i>Discourses Concerning Government</i>	233
6.	Die "Standing Army"-Kontroverse von 1697-99	245
6.1	Robert Molesworth: <i>An Account of Denmark</i>	245
6.2	John Trenchard und Walter Moyle: <i>An Argument</i>	253
6.3	John Toland: <i>The Militia Reform'd</i>	265
6.4	Andrew Fletcher: <i>A Discourse of Government</i>	277
6.5	Die "Court-Whigs": John Somers und Daniel Defoe.....	287
7.	Transmission: <i>Cato's Letters</i> und Lord Bolingbroke	301
8.	Die Milizdebatte in der schottischen Aufklärung	311
8.1	David Hume: <i>Politeness, Luxury und Commerce</i>	311
8.2	Adam Ferguson: <i>Reflections</i>	323
8.3	Adam Smith: <i>The Wealth of Nations</i>	337
9.	Die Milizidee in der Amerikanischen Revolution	347
9.1	Unabhängigkeit und stehende Truppen.....	347
9.2	Die Gründung der amerikanischen Republik: <i>Federalists und Anti-Federalists</i>	383
9.3	Alexander Hamilton und der Niedergang der klassischen Milizidee.....	401
10.	Theorie und Geschichte: Schlussbetrachtung	411
	Quellen	443
	Sekundärliteratur	453
	Abbildungsverzeichnis	473
	Index	475

Vorwort

Im vorliegenden Buch wird der Weg der Bürgermiliz in der geistigen Tradition des klassischen Republikanismus von der Florentiner Renaissance über England und Schottland nach Nordamerika im Zeitraum 15. bis 18. Jahrhundert verfolgt. Durch eine ideen- und verfassungsgeschichtliche Durchleuchtung wird aufgezeigt, dass die heute in der Schweiz geführte Debatte im Grunde schon mehrfach stattgefunden hat. Trotz veränderter realhistorischer Umstände wurden und werden immer wieder ähnliche Argumente für und gegen eine Miliz ins Felde geführt.

Ziel dieser Arbeit ist es nicht, dem Leser eine bestimmte Wehrform zu empfehlen. Obwohl selber Milizoffizier in der Schweizer Armee, verspüre ich dieselben Ambivalenzen gegenüber dem Militärdienst wie die meisten wehrpflichtigen Schweizer an der Wende zum 21. Jahrhundert. Wichtig erscheint mir vor allem eines: Es geht in diesem Buch darum, die politisch-konzeptionelle Tiefenstruktur der Wehrverfassungsfrage offenzulegen. Der Entscheid über die Wehrform ist nicht nur ein ökonomisches Effizienzproblem oder eine militärisch-organisatorische Frage, sondern berührt grundlegende und kontroverse Werte. Wie wollen wir uns in Zukunft als Schweizer Bürger definieren – als *citoyen* oder als *bourgeois*?

Die Bürger der antiken Stadtrepubliken definierten sich als kleine, egalitär-homogene Kriegergemeinschaft. Sie waren frei, weil man gemäss griechisch-römischer Freiheitsvorstellung nur unter seinesgleichen frei sein konnte. Der Preis dafür war die dauernde Unterdrückung der übrigen Mehrheit der Bevölkerung und der teilweise Verzicht auf wirtschaftliche Entwicklung. Gleichheit und Freiheit waren nur in der öffentlichen Sphäre des Krieges und der Politik vorstellbar. Die ökonomische Sphäre wurde den unteren Schichten überlassen, weil deren Tätigkeiten als minderwertig und verweichlichend wahrgenommen wurden. Der antike *polites* oder *civis* war bereit, zugunsten der politischen Kohäsion der Bürgergemeinschaft auf ökonomische Prosperität zu verzichten. Und wir Schweizer? Wir müssen uns im Klaren darüber sein, dass sowohl der Preis als auch der Gewinn aus einer allfälligen Abschaffung der Milizarmee nicht ausschliesslich aufgrund ökonomischer Gesichtspunkte zu beurteilen sind. Wie auch immer wir uns entscheiden werden, der Entscheid wird eine wichtige Bedeutung haben für die weitere Entwicklung unseres bürgerlichen Selbstverständnisses und unserer politischen Kultur im 21. Jahrhundert. Diesem Entscheid einige ideengeschichtliche und politisch-philosophische Anregungen zu Grunde zu legen, ist das persönliche Anliegen des Verfassers.

Inhaltlich gliedert sich die Dissertation in zwei Teile: ‚Konzeptionelle Grundlagen‘ (Teil I) mit drei Kapiteln, und ‚Der Bürgersoldat im historischen Kontext‘ (Teil II) mit sieben Kapiteln. Die Kapitel des Teils I befassen sich mit Fragen der Methode und der politikwissenschaftlich-konzeptionellen Klärung der Begriffe ‚klassischer Republikanismus‘ und ‚Miliz‘. Die sieben Kapitel von Teil II sind historisch-kontextueller Natur und konzentrieren sich auf die Milizdiskussion in der italienischen Renaissance (Kapitel 4), England (Kapitel 5-7), Schottland (Kapitel 8) und Nordamerika (Kapitel 9). Kapitel 10 enthält eine Schlussbetrachtung.

So wie die Milidee durchlief auch ich während der vergangenen viereinhalb Jahre meine persönliche Odyssee. Bedanken möchte ich mich bei all jenen, welche mir geholfen haben, diese Arbeit durchzustehen. Meine lieben Eltern, Loni und Otto, haben mir das Studium überhaupt erst ermöglicht und immer ein offenes Ohr und Verständnis für mich gehabt. Leider war es meinem Vater nicht mehr vergönnt, das vorliegende Buch in Händen zu halten – er wäre sicher sehr glücklich gewesen.

Meinem Doktorvater Professor Dr. Alois Riklin danke ich von Herzen für seine Förderung, seinen Zuspruch und den Umstand, mir ein persönliches und akademisches Vorbild gegeben zu haben. Professor Dr. Jürg Martin Gabriel danke ich für die Übernahme des Korreferates. Durch ihn bin ich überhaupt erstmals mit der Materie in Kontakt getreten, indem er mich 1994 eine Diplomarbeit mit dem Titel „Das Spannungsverhältnis Berufsmilizarmee aus ideengeschichtlicher Perspektive“ schreiben liess. Seine menschliche Offenheit und akademische Schärfe habe ich stets ausserordentlich geschätzt.

Eine ganze Reihe von Personen im Umfeld des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität St.Gallen (HSG) sind verantwortlich dafür, dass ich während den drei Jahren als wissenschaftlicher Assistent nicht nur eine akademische, sondern auch eine menschliche Bereicherung erfahren durfte. Namentlich von Professor Dr. Dr. Roland Kley, Dr. Daniel Brühlmeier, Daniel Höchli, Marcel Müller, August Benz, Daniel Sprecher und Stefan Lüchinger erhielt ich wiederholt wertvolle Anregungen. Ich hoffe, auch in Zukunft Zeit zu finden, um an den Kolloquien des Instituts teilnehmen zu können. Heidi Dohar möchte ich für die Durchsicht der Dissertation im Schlussstadium danken. Bei a. Divisionär Lorenz Zollikofer fand ich ein offenes Ohr für militärische Fragen.

Der Schweizerische Nationalfonds zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses unterstützte die Arbeit mit einem grosszügigen Stipendium. Der einjährige Aufenthalt an der Harvard Universität in Cambridge (Boston) stellte für mich ein einzigartiges Erlebnis in akademisch-beruflicher und privater Hinsicht dar. Professor Ber-

nard Bailyn danke ich für seine Einladung als „Visiting Fellow“ im History Department (Faculty of Arts and Sciences) Einsitz zu nehmen. Professor Harvey C. Mansfields Kurs „Republics and Republicanism“ und Professor Peter Berkowitz‘ Vorlesung über politische Theorie empfand ich als ungemein anregende Lehrveranstaltungen.

Mit meinen Bostoner Freunden Jeff De Cagna, Louise Cummings, Julie Dauska, Brian Miller, Mark Mitrovich und Winona Singel verbinden mich gemeinsame Begegnungen, Feste und unvergessliche Erinnerungen an eine Stadt, die in ihrer geschichtsträchtigen Art einzigartig ist – in Nordamerika.

Meinem Bruder, seiner Familie sowie meinen Schweizer Freunden danke ich dafür, dass sie in einer schwierigen Zeit gegen Ende der Dissertation zu mir gehalten haben und ich stets auf ihre Unterstützung zählen konnte.

Ich widme dieses Buch meinen lieben Eltern in tief empfundener Dankbarkeit.

Uzwil, im Juni 1999

Jan Metzger

TEIL I

DIE KONZEPTIONELLEN GRUNDLAGEN

... no man can be a politician, except he be first an historian or a traveller; for except he can see what must be, or what may be, he is no politician. Now, if he have no knowledge in story, he cannot tell what hath been; and if he hath not been a traveller, he cannot tell what is; but he that neither knoweth what hath been, or what is, can never tell what must be, or what may be.

JAMES HARRINGTON

1. Die Methode: Zur Problematik politischer Ideengeschichte

Vom Ansatz her betrachtet versteht sich die vorliegende Arbeit als eine ideengeschichtliche Studie. Es geht darum, die Milizidee respektive das Konzept des Bürgersoldaten innerhalb der geistigen Tradition des klassischen Republikanismus zu rekonstruieren. Angesichts der immensen Reichweite dieser Tradition – gleichsam von Aristoteles bis Thomas Jefferson und über eine Zeitspanne von mehr als zwei Jahrtausenden – kann die Untersuchung der intellektuellen Karriere des Bürgersoldaten darin notwendigerweise nicht umfassender Natur sein. Dieser Eklektizismus im Sinne einer selbstaufgelegten Beschränkung auf kritische Episoden innerhalb einer geistesgeschichtlichen Tradition wirft grundsätzliche methodische Fragen auf: Was ist politische Ideengeschichte? Welcher Methoden bedient sie sich? In welcher Weise können intellektuelle Traditionen rekonstruiert werden?

Die Methodologie politischer Ideengeschichte hat sich vor allem im angelsächsischen Raum zu einem eigenständigen Studienobjekt mit ihren eigenen Debatten und Schulen entwickelt.¹ Im Rahmen dieser Arbeit soll nicht direkt an dieser Diskussion teilgenommen werden. Obwohl die Idee der Miliz im Mittelpunkt steht, soll nicht anhand des Ausdruckes *militia* die Haltbarkeit des begriffsgeschichtlichen Ansatzes untersucht werden. Was Christopher Berry im Zusammenhang mit seiner Studie zur Idee des Luxus schreibt, gilt auch hier: Es soll vermieden werden, dass der methodologische Schwanz mit dem substantiellen Hund wedelt.² Trotzdem erscheint es aus Gründen der akademischen Redlichkeit sowie zur Vergegenwärtigung und Deklaration der eigenen Position sinnvoll, einige grundsätzliche Gedanken zur Methodologie politischer Ideengeschichte anzustellen.

Das hauptsächliche Problem der Disziplin der politischen Ideengeschichte liegt letzten Endes darin begründet, dass sie hybrider Natur ist. Einerseits ist ihr Forschungsgegenstand die politische *Theorie*. Vertreter der vorwiegend von Politikwissenschaftlern gebildeten universalistisch-textorientierten Schule sprechen darum auch weniger von politischer Ideengeschichte, sondern mehr von politischer *Philosophie*. Durch hermeneutische Interpretation eines Textes wird versucht, das Gedankengebäude eines Autors nach dem Massstab menschlicher Logik zu rekonstruieren – so beispielsweise von den Schülern von Leo Strauss. Als "universalistisch" kann der Ansatz dieser Schule bezeichnet werden, weil davon ausgegangen wird, dass sich in den politischen

¹ Einen guten Überblick der Literatur gibt Rosa (1994), S. 197-223.

² Berry (1994), S. xii.

Schriften der "Meister" politischen Denkens wie Platon, Aristoteles, Machiavelli oder Montesquieu eine geistige Kraft und Ideenfülle manifestiert, welche weit über den Vorstellungsbereich ihrer Zeitgenossen hinausgeht. Diese herausragenden Geister aus dem Blickwinkel ihres historischen Kontexts zu lesen, bedeutet in den Augen der Vertreter dieser Schule nicht, ihren Texten etwas hinzuzufügen – wie die Vorsilbe "Kon-" dies vermuten lassen würde. Im Gegenteil: Aus Sicht der universalistischen Schule beschränkt man diese Denker dadurch, dass man sie horizontal auf eine Stufe mit ihren Zeitgenossen stellt. Einigen wenigen Staatsmännern, Historikern oder Theoretikern gelingt es immer wieder, sich von den subtilen Scheuklappen, den sozialen und religiösen Konventionen, den politischen Paradigmen und den linguistischen Traditionen, kurz vom Kontext ihrer Zeit zu befreien. Weil ein Denker wie Machiavelli sich einer kontextuellen Konditionierung entzieht, kann allein eine vertikal-intertemporale Inbezugsetzung zu anderen epochalen Grössen ihm gerecht werden. Eine Tradition lässt sich dann identifizieren, wenn sich innerhalb der zeitlich losgelösten, kontinuierlichen philosophischen Debatte zwischen verschiedenen Denkern über universale menschliche und politische Konzepte wie Gerechtigkeit, Eigentum oder Freiheit analoge rationale Argumentationsstrukturen feststellen lassen.³

In der Praxis hat sich der universalistische Ansatz dahingehend ausgewirkt, dass mit wenigen Abweichungen immer wieder über die gleichen Autoren des "klassischen" Kanons geschrieben wird. Da die meisten dieser "Klassiker" in populären Neueditionen vorliegen, gestaltet sich die Materialrecherche im Allgemeinen relativ einfach. Die Herausforderung besteht denn auch weniger darin, in archäologischer Kleinstarbeit neue Texte zu *finden*, als die grundsätzlich vorhandenen Texte in einer neuen, überzeugenden Art und Weise zu *interpretieren*. Die Ideen eines Autors *an sich* werden sinnhaft aus dem zu Grunde liegenden Text herausgelesen und in Bezug gesetzt zu den Gedankengängen anderer Autoren. Weil eine politische Theorie nach dem Massstab rationaler Kohärenz konstruiert wird, stellt sich bei diesem Ansatz immer die Gefahr einer konzeptionellen, idealtypischen Überinterpretation bei gleichzeitiger Vernachlässigung der konkreten historischen Umstände. Unstimmigkeiten und Widersprüche werden oft dahingehend gedeutet, dass der Autor hier den kontextuellen Konventionen seiner Zeit nicht entfliehen konnte. Zuweilen interpretiert man den Widerspruch als einen geschickten Schachzug des Autors, um sein eigentliches Anliegen besser an den

³ Als ein typisches Beispiel sei Rahe (1994a), II, S. xvii zitiert: "Circumstance and the climate of opinion no doubt limited in certain respects what could be accomplished by philosophical statesmen in ages gone by, and they certainly circumscribed what such men could openly and publicly say. ... But ... there is no compelling reason to suppose that context meaningfully restricted what the greatest of our early modern predecessors could think."

Mann bringen zu können. Machiavelli beispielsweise wird in der Tradition von Leo Strauss als ein grundlegend moderner politischer Denker gelesen. Die klassischen, von der Antike inspirierten Elemente seiner politischen Theorie werden demzufolge als eine römische Toga gesehen, in die sich der Florentiner bewusst hüllte, um das Moderne in seinem Werk seinen Zeitgenossen akzeptabler zu machen.⁴

Dieser traditionelle Ansatz, politische Ideengeschichte als politische Philosophie zu betreiben, sieht sich seit einigen Jahren von einer kontextualistisch-partikularistischen Schule herausgefordert.⁵ Während die Strauss'sche Schule ihren Rückhalt vor allem in den politikwissenschaftlichen Abteilungen nordamerikanischer Universitäten hat, unterrichten die kontextualistisch ausgerichteten Forscher mehrheitlich in Grossbritannien – weswegen die Schule zuweilen auch als *Cambridge School* bezeichnet wird.⁶ Dieser Ansatz zeichnet sich primär dadurch aus, dass man die *Geschichte* von Ideen betrachtet. Während die universalistische Schule die Rekonstruktion politischer Theorie anstrebt, geht es auch dem Historiker letzten Endes um eine geistige Rekonstruktion, derjenigen der Vergangenheit. Das Erkenntnisinteresse ist jedoch ein anderes: Der Historiker möchte geschichtliche Ereignisse *erklären*. Dies führt dazu, dass er weniger an einzelnen Werken der Philosophie interessiert ist, als vielmehr an einem mentalen Meinungsklima, welches zu einem bestimmten Zeitpunkt für konkrete Handlungen und Taten verantwortlich zeichnet. Als Ausdruck dieses Klimas kommen neben den Werken politischer Philosophie eine ganze Fülle von Texten in Frage: Zeitungsartikel, Pamphlete, private Briefe, Geschichtsbücher, Predigten, Reden und Tagebücher.

Gehen Politikwissenschaftler eher von einer Schreiber-Perspektive aus, gilt das Interesse des Historikers im Grunde vor allem dem Leser. Denn dieser befindet sich eher an der Schnittstelle, wo sich politische Theorie in konkreten historischen Ereignissen niederschlägt. Dies lässt sich anhand der unterschiedlichen Betrachtung des Mediums der politischen Rede aufzeigen. Der an politischer Philosophie interessierte Wissenschaftler wird der politischen Rede eher mit Skepsis begegnen. Er wird deren demagogischen und rhetorischen Elementen misstrauen, weil er darin Zugeständnisse des Autors an seine Zuhörerschaft vermutet. Je mehr der Redner sagt, was sein Publikum hören will, umso erfolgreicher wird die Agitation sein. Dadurch entfernt er sich aber auch zu einem gewissen Grad von der eigentlichen, philosophischen Auffassung. Denn

⁴ Grundlegend Strauss (1958), S. 37.

⁵ Lockyer (1979), S. 201-217 unterscheidet zwischen einem universalistisch-textorientierten und einem partikularistisch-historischen Ansatz politischer Ideengeschichte.

⁶ Die *Cambridge University Press* ist auch Verleger der Reihe "Ideas in Context", in welcher die Forschungsergebnisse führender Vertreter dieser Schule regelmässig erscheinen.

diese zeichnet sich bei einem grossen Denker gerade dadurch aus, dass sie sich den Konventionen der Epoche entzieht und darum den zeitgenössischen Massen eigentlich unverständlich erscheinen müsste. Genau diese demagogische Rhetorik ist es jedoch, welche die Rede für einen Historiker interessant werden lässt; dann nämlich, wenn eine agitatorische Rede die Massen zu mobilisieren und zu konkreten politischen Aktionen hinzureissen vermag.

In der *Cambridge School* finden sich nun aber sowohl ideengeschichtlich arbeitende Historiker als auch Politikwissenschaftler. Ihr Ansatz beschränkt sich nicht auf die Leserperspektive, sondern berücksichtigt auch die Position des Autors. Für den Ideenhistoriker sind politische Theorien nicht nur ein passiver Ausdruck eines bestimmten Meinungsklimas in einer Gesellschaft. Sie sind selbst historisch-politische *Handlungen*. Begriffe sind Werkzeuge oder sogar Waffen in der ideologischen Auseinandersetzung: Worte sind Taten!

Die Aufgabe des Ideengeschichtlers ist es herauszufinden, *wer* diese Werkzeuge oder Waffen *zu welchem Zweck* und *in welchem Kontext* einsetzt. Die *Cambridge School* von Autoren um Quentin Skinner und John G.A. Pocock argumentiert darum, dass die Texte politischer Ideengeschichte als Handlungen in einem historisch und kulturell, politisch und semantisch genau zu bestimmenden Kontext begriffen werden müssen.⁷ Pocock und Skinner sehen vor allem die politische Sprache als das verbindende Element, welches politische Praxis und politisches Denken zueinander in Beziehung setzt. Die Interpretation politischen Denkens muss deshalb immer vor dem Hintergrund der jeweiligen linguistischen Konventionen, dem paradigmatischen Grundgerüst, verstanden und beurteilt werden. Weil dieses paradigmatische Grundgerüst oder Begriffssystem für Skinner eine starke normative, ja autoritative Dimension enthält, bezeichnet er solche Sprachen auch als "Ideologien". Den Begriff "Ideologie" verstehen er und Pocock in einem wertneutralen Sinne – dies im Gegensatz zum alltagsgebräuchlichen Verständnis. Sie ist dasjenige politische Vokabular, welches die soziale Praxis einer Gesellschaft konstituiert und zugleich legitimiert.⁸ Pocock bevorzugt die Begriffe "Paradigma" und neuerdings eher "Sprache" oder "Diskurse".⁹ Ebenso zieht er den Ausdruck "Geschichte politischen Diskurses" gegenüber "Geschichte politischen Denkens" vor.¹⁰

⁷ Vgl. Rosa (1994), S. 198ff. Zu Skinners Ansatz siehe Skinner (1978), I, S. x-xiv, und Ders. (1988), vor allem den Überblick von Tully, S. 7-25.

⁸ Eine Definition findet sich bei Pocock (1985), S. 216, Fussnote 6.

⁹ Rosa (1994), S. 204.

¹⁰ Pocock (1987b), S. 19.

Pocock unterscheidet zwischen dem konkret-individuellen Sprechakt, der *parole* und der paradigmatisch funktionierenden *langue*. Die *langue* eines Autors besteht aus einem relativ stabilen, ihm von der Gesellschaft vorgegebenen Vokabular zur Diskussion politischer Fragen. Sie bestimmt gewissermassen, was er mit der *parole* auszusprechen befähigt ist. Weil der Autor aber gleichzeitig durch seinen Sprechakt die zu Grunde liegende *langue* auch modifiziert, ist der sprachliche Kontext prinzipiell eine kontinuierlich-historische Interaktion zwischen *langue* und *parole*. Das gesamte Vokabular einer Gesellschaft ist in Normalzeiten zwar relativ stabil, jedoch kein homogener Block. Es besteht aus verschiedenen Teil- oder Sub-Sprachen, welche parallel verlaufen, übereinander liegen, aber unter Umständen auch miteinander nicht vereinbar sein können. In diesem Sinne identifiziert Pocock in seinem ersten Buch *The Ancient Constitution and the Feudal Law* (1957) drei der englischen Verfassungsdebatte Mitte des 17. Jahrhunderts zu Grunde liegende Sprachen: die Sprache der Ancient Constitution, die Sprache der Apokalypse und diejenige des klassischen Republikanismus.

Wenn die vorherrschende Sprache – im Falle Englands die Sprache der Ancient Constitution – angesichts sozio-politischer Umwälzungen nicht mehr in der Lage ist, die Wirklichkeit adäquat einzufangen, tritt ein Paradigmenwechsel ein. Ein Paradigmenwechsel ist jedoch nicht notwendigerweise auch mit einer politischen Revolution verbunden. Im England der 1640er Jahre war dies allerdings der Fall. Autoren wie James Harrington und Marchamont Nedham verschoben das Schwergewicht weg von der Sprache der Ancient Constitution hin zu einem von der Antike gespiesenen und von Machiavelli angereicherten Republikanismus. Ist das gesamte Vokabular einer Gesellschaft mehrsprachig, wobei einer Sprache nach Pocock immer ein dominanter, paradigmatischer Status zukommt, gilt dies auch für einen politischen Denker: Er schreibt nie ausschliesslich in *einer* Sprache. Hier liegt vielleicht der grosse Vorteil des Ansatzes von Pocock und Skinner gegenüber der universalistischen Schule. Während letztere eher dazu tendiert, die Lücken und Inkonsistenzen eines Autors als unwirklich abzuschreiben und durch idealtypische Interpolation zu überbrücken, kann man diesen Unstimmigkeiten vom Blickwinkel der anerkannten Pluralität einer gesellschaftlichen Gesamtsprache aus gesehen wohl besser gerecht werden.

Aus der Sicht der universalistischen Schule engt der paradigmatische Kontext herausragende politische Denker eher ein. Für die kontextualistische Schule ist er *die* grundlegende Interpretationshilfe. Neue politische Gedankenanstösse werden als Reaktion auf die Legitimationskrisen der operativen Sprache gedeutet. Die ideologischen und semantischen Konventionen müssen bei der Auslegung eines Textes mitberücksichtigt werden. In der ideengeschichtlichen Forschung bedeutet dies, dass man die ganze Fülle der oben aufgeführten Ideologieträger analysieren muss, um die Geschich-

te des herrschenden Paradigmas adäquat beurteilen zu können. Dies hat konkrete Auswirkungen: Der archivarische Recherche-Aufwand wird grundsätzlich bei einer ideengeschichtlichen Arbeit entsprechend dem Ansatz der *Cambridge School* weit grösser ausfallen, als dies bei der universalistischen Methode der Fall wäre. Anders als die Werke grosser politischer Philosophen sind die Texte, Pamphlete, Schriften und Artikel weniger bekannter Autoren des Öfteren nicht editiert, nicht übersetzt und liegen nur auf Mikrofilm vor. Bisweilen werden die Mühen allerdings belohnt, wenn es gelingt, dank der kontextualistischen Methode einen Klassiker neu zu lesen – wie in der Vergangenheit bei John Locke. Oder es glückt, einen Autoren ausfindig zu machen, dessen Werk abseits der ausgetretenen Pfade der universalistischen Schule lange Zeit unbeachtet blieb.

Der kontextualistische Ansatz hat jedoch auch gewichtige Nachteile. Pocock treibt seine begriffsgeschichtliche Analyse der Konzepte von Tugend, Korruption und bürgerlicher Freiheit in der klassisch-republikanischen Tradition bisweilen so weit, dass die Geschichte wie entmenschlicht erscheint. Angesichts der historischen Rekonstruktion von Paradigmen scheinen die Autoren bloss noch passive Chronisten von Sprachen oder Diskursen zu sein. Ein anderes Problem liegt beim Forschungsaufwand: Während man sich in der universalistischen Schule mehr oder weniger willkürlich auf wenige Meister beschränkt und deren Texte bis ins letzte Detail zu kennen vermag, läuft man beim kontextualistischen Ansatz Gefahr, vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr zu sehen. Angesichts der Vielschichtigkeit des Kontexts ist dessen Rekonstruktion immer nur annäherungsweise möglich. Ein grosser politischer Denker zeichnet sich gerade dadurch aus, einen Gedanken, der unter Umständen schon in der Luft lag, weiter als seine Zeitgenossen vorangetrieben oder auch nur klarer als diese gefasst zu haben. Darum hat die Analyse solcher Autoren auch so etwas Befriedigendes und Erhellendes an sich. Anhand dieser "Klassiker" lässt sich oftmals erahnen, zu welchem logischen Endpunkt die intellektuelle Reise später einmal hinführen wird.

Besteht die Versuchung des universalistischen Ansatzes vor allem in der *theoretischen* Überinterpretation, sieht sich der (Ideen-)Historiker der Gefahr einer *kontextuellen* Überinterpretation ausgesetzt. Dies ist ein grundsätzliches Problem der historischen Rekonstruktion: Je mehr man sich auf einen bestimmten Ort und Zeitpunkt fokussiert, desto schwieriger wird es, der langfristigen Dynamik die ihr gebührende Beachtung zu schenken. Denn mit der Momentaufnahme gewinnen die stabilen Elemente in der Betrachtung automatisch die Oberhand.¹¹

¹¹ Vgl. Baylin (1994), S. 60-62.

Im Folgenden sollen anhand eines Beispiels die Schwächen einer zu stark kontextuellen Betrachtungsweise aufgezeigt werden. Dabei wird gleichzeitig etwas über die Forschungslücke gesagt, welche mit der vorliegenden Arbeit geschlossen werden soll. Bernard Wicht analysiert in seiner neuen Studie *L'idée de Milice et le Modèle Suisse dans la Pensée de Machiavel* (1995) die Idee des Bürgersoldaten bei Machiavelli. Wicht verzichtet bewusst auf eine Betrachtung des Milizgedankens aus dem Blickwinkel der politischen Theorie. Dies bedeutet vor allem, dass er den Einfluss der antiken politischen Philosophie und der früheren Bürgerhumanisten auf Machiavelli weitgehend vernachlässigt.¹² Wicht versucht, dessen Milizideale vor dem pragmatischen Hintergrund der eigenen Erfahrungen mit der Schweizer Miliz zu erschliessen. Der Florentiner weilte während seiner Zeit als Gesandter am Hofe von Kaiser Maximilian kurz in der Schweiz. Einen grossen Teil seiner Studie widmet Wicht deshalb einer detailgetreuen Darstellung der Militärorganisation der alten Eidgenossenschaft – vor allem in den Städten Fribourg und Genève. Durch diese Verengung auf den horizontalen, zeitgenössisch-helvetischen Kontext der militär-institutionellen Vorstellungen des Florentiners kann es Wicht jedoch nicht gelingen, der tiefenstrukturellen Dynamik von Machiavellis Denken wirklich gerecht zu werden. Besondere Defizite zeigen sich beispielsweise bei seiner Analyse der Bedeutung des privaten Reichtums. Diese erfolgt ohne jeglichen Bezug zur römischen Geschichtsschreibung und zur stoisch-ciceronischen Moralphilosophie, in denen das Konzept der *frugalitas* eine ungemein wichtige Rolle spielt.¹³ Auch in der Beurteilung des destruktiven Einflusses der Liebe zum Geld (*avaritia*) auf ein Gemeinwesen steht Machiavelli in den Fussstapfen von Livius und vor allem von Sallust.¹⁴ Wenn Machiavelli im 19. Kapitel des zweiten Buches der *Discorsi* schreibt, man müsse den Staat reich und den Bürger arm halten, um eine Republik zur Grösse zu führen und ein mächtiges Reich zu schaffen, so macht er dies vor dem Hintergrund der römischen Geschichte.¹⁵ Der Florentiner lobte zwar des Öfteren die Kriegstüchtigkeit der Schweizer. Dies jedoch – wie Wicht – zum Anlass zu nehmen, Machiavellis Milizidee praktisch ausschliesslich als historisch-kontextuellen Reflex der eidgenössischen Milizordnung darzustellen, erscheint übertrieben. Die Schweizer Bürgersoldaten waren wohl ein Modell für Machiavelli, jedoch eher in ei-

¹² Wicht (1995), S. 4. Vegetius (S. 138) und Polybios (S. 185) werden bloss kurz erwähnt. Auch Tacitus (S. 116; S. 185) wird nur mit Verweis auf Sekundärliteratur behandelt. Dies erstaunt, zumal Machiavelli nach Wicht die Schweizer vor dem Lichte von *De Germania* gesehen haben soll. S. 177.

¹³ *Ibid.*, S. 118-122.

¹⁴ Vgl. Osmond (1993), S. 427.

¹⁵ Machiavelli (ca. 1513-17), *Discorsi*, II, 19, S. 309. Vgl. Skinner (1978), I, S. 162-164.

nem *illustrativen* als in einem *determinativen* Sinne.¹⁶ Das eigentliche Modell für sein militärisches und politisches Denken war die römische Republik. Bezeichnenderweise spricht der Florentiner ja auch nicht von "meinen Schweizern", wohl aber von "meinen Römern"! Der Schweizer Milizionär ist für ihn bestenfalls ein Schatten des römischen *miles*.¹⁷ Hier offenbaren sich grosse Lücken in Wicht's Analyse, begründet durch die Fokussierung auf das zeitgenössische Umfeld. Nur von der Vorstellungswelt, der historischen Praxis und der politischen Philosophie der Antike her lässt sich die ganze Dynamik von Machiavellis Milizidee erfassen.¹⁸

Neben all den erwähnten Nachteilen oder Gefahren des historisch-kontextualistischen Ansatzes sei noch ein letzter Kritikpunkt von Preston King erwähnt. Dieser schreibt, der kontextualistische Ansatz gehe implizit von der falschen Annahme aus, der Haupttext sei notwendigerweise unklar oder unvollständig. Weil sich der Kontext aber letzten Endes auch wieder in Textform manifestiere, sei es absurd *per se* zu glauben, dieser sei in irgendeiner moralischen, hermeneutischen oder wissenschaftlichen Weise verlässlicher oder höherwertiger als der eigentliche Text.¹⁹

Im Rahmen dieser Arbeit soll versucht werden, die Vorteile des kontextualistisch-historischen mit denjenigen des universalistisch-politikwissenschaftlichen Ansatzes zu verbinden. Ebenso wie es keine "richtige" oder "falsche" Interpretation eines politischen Denkers geben kann, sondern nur eine mehr oder weniger überzeugende, gibt es wohl auch keinen "richtigen" oder "falschen" Ansatz zur Analyse der Geschichte politischer Ideen. Die Studie gliedert sich dementsprechend in zwei Teile: in einen konzeptionellen und einen historisch-kontextuellen Teil. Im ersten, eher theoretisch-politikwissenschaftlichen Teil (Kapitel 1 bis 3) geht es vor allem um die konzeptionelle Klärung und Fixierung der im Haupttitel erscheinenden Begriffe: "klassischer Republikanismus" und "Milizarmee". In Kapitel 2 wird dargestellt, was unter der Tradition des klassischen Republikanismus zu verstehen ist, welche Vorstellungen des Politischen damit einhergehen und welche Werte in dieser Tradition typischerweise hochgehalten werden. Weil die Tradition selbst ein historisches Konstrukt der modernen ideengeschichtlichen Forschung darstellt, steht am Anfang der Studie (Kapitel 2.1) eine Darstellung der Entstehung und des historischen Verlaufs dieser Konstruktion. In Kapitel 2.2 wird *als Gegensatz* zum klassischen Republikanismus der "moderne" Liberalismus

¹⁶ Riklin (1997), S. 30 weist auf einen Brief Machiavellis an Francesco Vettori hin, in welchem die "bestialischen" Schweizer weit schlechter wegkommen als im Kapitel XII des *Principe*.

¹⁷ Machiavelli (1521), *Dell'Arte della Guerra*, II, S. 201; *Die Kriegskunst*, II, S. 54.

¹⁸ Dies stellt auch Hobohm (1913), II, S. 39 fest.

¹⁹ King (1995), S. 212f.

vorge stellt; diejenige Ideologie, welche heute die politischen Vorstellungen und die politische Philosophie der westlich-demokratischen Marktgesellschaften weitgehend dominiert. In Kapitel 2.3 gilt es, von der Moderne in das politische Denken der Antike zurückzugehen und die klassischen Prämissen *als Quelle* des Republikanismus aufzuarbeiten. Im gesamten Kapitel 2 soll vorwiegend die universalistische Methode zur Anwendung gelangen, um die spezifisch liberalen und klassisch-republikanischen Konzepte des Politischen zu analysieren. So wird aus Hobbes' politischer Philosophie bei weitgehender Vernachlässigung seines historischen Kontextes die liberale Position zur Wehrverfassungsfrage interpoliert. *Theoretisch* ist die beste Wehrverfassung aus der Sicht des Liberalismus ein Berufsheer, aus der Sicht des klassischen Republikanismus eine Milizarmee. Ziel des Kapitels 2 soll sein, anhand der Grundlage des Wertekosmos der jeweiligen Ideologie darzulegen, weshalb eine solche *konzeptionelle* Affinität besteht zwischen Liberalismus und Berufsheer auf der einen Seite und klassischem Republikanismus und Milizarmee auf der anderen Seite. Zu diesem Zweck werden bewusst klarere konzeptionelle Schnitte durchgeführt, als sich bei einer stärker historisch-kontextuellen Betrachtung offenbaren würden. In Kapitel 3 geht es darum, übergreifende konstitutive Elemente der Milizidee sowie die Funktionen der Miliz im Konzept des klassischen Republikanismus theoretisch zu identifizieren. Auch hier werden politikwissenschaftlich-konzeptionelle Abgrenzungen durchgeführt, welche sich historisch in dieser Schroffheit niemals gezeigt haben.

Die bewusste Schwarz-weiß-Malerei im ersten konzeptionellen Teil soll es ermöglichen, im zweiten kontextuell-historischen Hauptteil (Kapitel 4 bis 9) die behandelten Autoren deutlicher zu interpretieren. In diesen Kapiteln geht es darum – wie im Untertitel ausgedrückt – der Milizidee innerhalb des transatlantischen Stranges der bürgerlich-humanistischen Tradition episodisch zu folgen. Kontinuitäten, Diskontinuitäten, Modifikationen und Metamorphosen werden herausgearbeitet. Dabei soll allerdings nicht sklavisch einem rigiden Schematismus nachgegangen werden. Die historische Wirklichkeit zeigt sich niemals in schwarz-weiß, sondern offenbart stets eine Vielzahl von Zwischentönen. Ebenso verhält es sich – gerade bei einer kontextualistischen Analyse – mit einem politischen Denker. Er ist niemals *nur* Liberaler oder *nur* klassischer Republikaner. Als Beispiel soll der vermeintliche "Urliberale" Adam Smith genannt sein: Smith treibt die liberale Konzeption eines parlamentarisch kontrollierten Berufsheeres gegen Ende des 18. Jahrhunderts weiter voran als irgendwer vor ihm. Doch zeigen sich selbst in seinem politischen Denken klassisch-republikanische Reminiszen-

zen: Durch eine militärische Übungspflicht will Smith der mentalen Verarmung der untersten Schichten, der "labouring poor", entgegenwirken.²⁰

Wegen der historischen Komplexität und zuweilen auch Irrationalität hilft es, wenn dank der konzeptionellen Einleitungskapitel bekannt ist, wohin die Argumentation in logischer Konsequenz hinauslaufen wird. Eine klare Vorstrukturierung des kontextuell-historischen Teils ist auch darum notwendig, weil hier eine Fülle von Texten ausgewertet wird. Besonders in der Analyse der Milizidee im englischen Republikanismus (Kapitel 5) und im Zusammenhang mit der "Standing Army"-Kontroverse 1697-99 (Kapitel 6) werden Materialien analysiert, welche grösstenteils nur auf Mikrofilm zugänglich sind und im kontinentaleuropäischen Raum bis anhin nicht in dieser Breite bearbeitet wurden. Dies erklärt auch, warum in diesen Kapiteln ausgedehnter aus den Primärquellen zitiert wird als in den übrigen.

Im abschliessenden zehnten Kapitel wird es darum gehen, den politikwissenschaftlich-theoretischen und den historisch-kontextuellen Faden zusammenzunehmen und im Sinne einer Schlussbetrachtung miteinander zu verknüpfen.

²⁰ Smith (1776), *Wealth of Nations*, V.i.f.60.

2. Der Gegenstand: Klassischer Republikanismus

2.1 Ein geistiges Konstrukt

Unter "klassischem Republikanismus" wird im Folgenden eine bestimmte *Ideologie* verstanden, wobei dieser Begriff nicht abwertend, sondern durchaus neutral aufgefasst werden soll – im Gegensatz zum gerade im deutschsprachigen Raum verbreiteten Alltagsverständnis. *Ideologie* bedeutet, dass der Republikanismus eine Sprache des Politischen darstellt, in welcher Weltanschauungen, Grundeinstellungen und Wertungen in systematischer Weise zum Ausdruck gelangen. Im Vergleich zum Anarchismus, Kommunismus oder Feminismus hatte der Republikanismus zwar nicht in der Substanz aber doch als Etikette eine vergleichsweise stille, historiographische Karriere. Deren wichtigste Etappen sollen nachfolgend kurz vorgestellt werden.¹

Begrifflich ist der Ausdruck "klassischer Republikanismus" abgeleitet von Zera S. Finks Studie *The Classical Republicans* aus dem Jahre 1945. Fink analysierte die klassischen Elemente im politischen Denken von James Harrington, John Milton, Henry Neville, Algernon Sidney u.a. Nach der Definition von Fink ist ein klassischer Republikaner: " ... eine Person, welche für eine Republik eintrat oder sie bewunderte und welche die Ideen für eine solche Staatsform ganz oder teilweise von den antiken Meistern politischen Denkens, ihren vermeintlich modernen Widersachern, oder von ihren klassischen oder modernen Interpreten übernahm."² Als wichtigsten neuzeitlichen Interpreten und Verbindungsglied zwischen der Antike und den englischen Republikanern des 17. Jahrhunderts identifiziert Fink Niccolò Machiavelli. Als ersten wirklich klassischen Republikaner in England wird James Harrington behandelt. Damit stellt Fink implizit die Behauptung auf, dass die volle Ausprägung klassisch-republikanischer Überzeugungen erst dann möglich war, als England nach der Hinrichtung von Charles I auch formell eine Republik, ein "Commonwealth and Free State", wurde. Das Schwergewicht der Studie liegt denn auch auf dem politischen Denken der Zeit des Interregnums 1649-60. Im Jahre 1964 erschien *The English Face of Machiavelli*, in welchem Felix Raab den bedeutenden Einfluss des Florentiners auf das englische politische Denken von 1500 bis 1700 mit zusätzlichem Material zu belegen vermochte.

War nun gleichsam die Brücke zwischen Machiavelli und den englischen Commonwealth-Denkern des 17. Jahrhunderts gebaut, ging es in der Folge darum, aufzuzeigen, dass das politische Denken des Florentiners wichtige klassische Elemente in sich trug.

¹ Vgl. Rodgers (1992), S. 11-38, und Sewing (1993), S. 7-32.

² Fink (1945), S. x.

Dazu bot sich die von Hans Baron bereits ab den 1920er Jahren entwickelte bürgerlich-humanistische Denktradition an. In seinem berühmtesten Werk *The Crisis of the Early Italian Renaissance: Civic Humanism and Republican Liberty in an Age of Classicism and Tyranny* von 1955 vertrat Baron die These, dass zu Beginn des *quattrocento* in Florenz eine neue, bürgergerichtete Ausprägung des aristotelischen Humanismus entstanden sei. Die Bürgerhumanisten hätten nicht mehr ein kontemplatives Leben, sondern das aktive Eintreten des Bürgers für das Gemeinwesen als Ziel angestrebt. Vor dem Hintergrund einer Bedrohung der republikanischen Freiheit durch das imperiale Mailand der Visconti hätten Denker wie Coluccio Salutati und Leonardo Bruni vom florentinischen Bürger die militärische und politische Partizipation am Gemeinwesen gefordert. Nicht die göttliche Gnade, sondern einzig eine aktiv ausgeübte *virtù* des Bürgers habe in den Augen der Bürgerhumanisten die Republik am Leben erhalten können. Nach Baron übernahm Machiavelli wesentliche Elemente von Brunis Geschichtslehre sowie die Auffassung, dass der aktiven Bürgerschaft in einer Republik eminente Bedeutung zukommt.³

Gemäss Quentin Skinners neueren Studie *The Foundations of Modern Political Thought* (1978) hatte Baron jedoch die Ausprägung bürgerhumanistischer Werte unter stoisch-ciceronischen Vorzeichen vor dem Krieg der Republik Florenz mit den Visconti in den Jahren 1400 bis 1402 noch deutlich unterschätzt. Das Aufkommen von Alleinherrschaften (Signorien) induzierte bereits ab dem Ende des 13. Jahrhunderts bei verschiedenen italienischen Studenten der Rhetorik (den *dictatores*) eine Verteidigung und Betonung der spezifischen Tugenden und Vorzüge eines bürgerrepublikanischen Regimes.⁴

Die nächsten Schritte in der Konstruktion der transatlantischen klassisch-republikanischen Sprache ermöglichten Caroline Robbins' *The Eighteenth-Century Commonwealthman* (1959), Bernard Bailyns *The Ideological Origins of the American Revolution* (1967) und vor allem Gordon S. Woods *The Creation of the American Republic* (1969). In diesen Studien wurden die engen Verbindungen aufgezeigt: zwischen den englischen Commonwealth-Denkern, den politischen Inhalten der "real Whigs" Ende des 17. Jahrhunderts sowie dem amerikanischen politischen Denken der Kolonial- und Gründungszeit. Anders als Bailyn behandelte Wood bereits die Schlüsselkonzepte, mit

³ Baron (1966), S. 428f. Die persönlichen Beweggründe Barons, Machiavellis Republikanismus als eine Weiterführung und -entwicklung bürgerhumanistischer Konzepte aufzufassen, erläutert Najemy (1996), S. 119-129.

⁴ Skinner (1978), I, S. 23-48.

welchem das spätere klassisch-republikanische Paradigma identifiziert werden sollte: *republicanism* und *virtue*.⁵

Auf diesen Vorarbeiten und früheren eigenen Aufsätzen aufbauend, veröffentlichte John G.A. Pocock 1975 sein Hauptwerk *The Machiavellian Moment: Florentine Political Thought and the Atlantic Republican Tradition*. Bailyn und Wood wollten vor allem die von Louis B. Hartz in *The Liberal Tradition in America* (1955) vertretene monolithische Bedeutung des liberalen Denkens von John Locke für die Amerikanische Revolution relativieren. Sie erkannten erstmals den wichtigen Einfluss der englischen "real Whig"- und Country-Oppositionsideologie auf die Kolonisten. Pocock gab dieser "old Whig"-, "real Whig"- oder neo-Harrington'schen Tradition einen ungeheuren ideengeschichtlichen Vorlauf. Auf diese Tiefenstruktur, welche sich über die römische Republik letztlich bis zur griechischen Polis erstreckte, hatte allerdings schon früher Hannah Arendt in ihrer vergleichenden Studie über die Französische und die Amerikanische Revolution hingewiesen.⁶

Für Pocock ist das politische Denken der Amerikanischen Revolution nicht primär Ausdruck eines modernen Politikverständnisses, sondern gleichsam End- und Höhepunkt der bürgerlich-humanistischen Tradition der italienischen Renaissance. Obwohl er selbst von einer "Tunnelgeschichte"⁷ spricht, erscheint es anschaulicher, sich diese Tradition als eine Perlenkette vorzustellen. Jede Perle stellt einen historischen Zeitpunkt – einen "Moment" – dar, in dem sich ein Autor mit einer spezifisch republikanischen Herausforderung auseinandersetzen muss. Die Herausforderung ist deswegen spezifisch republikanisch, weil eine Republik – anders als eine Erbmonarchie – ein inhärentes Stabilitätsdefizit, ein Legitimationsproblem politischer Herrschaft aufweist. Die Republik sieht sich vor die Aufgabe gestellt, universale Werte eines *vivere civile* – wie Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit – in einem räumlich begrenzten und zeitlich vergänglichen Gefäß verwirklichen zu müssen. Die Vergänglichkeit spielt dabei weit mehr als in einer Erbmonarchie eine entscheidende, geradezu destruktive Rolle. Dies hängt vor allem mit dem von Polybios (ca. 200-120 v. Chr.) festgehaltenen strukturellen Pessimismus der Staatsformenabfolge zusammen. Jede "gute" Staatsform (Monarchie, Aristokratie, Demokratie) war in der Darstellung von Polybios mitsamt ihrer Tugend zur Degeneration, zum Umschlagen in ihre korrupte Entartungsform (Tyranis, Oligarchie, Ochlokratie) verdammt. Einzig die römische Republik hatte es in einem langen und schwierigen Prozess bis zum zweiten punischen Krieg (218-201 v. Chr.) auf wundersame Weise geschafft, aus dem Zyklus der Verfallsformen, der *anakyklosis*,

⁵ Wood (1969), S. 65-70.

⁶ Arendt (1965), S. 253.

⁷ Pocock (1983), S. 177.

durch eine perfekte Mischung der gutartigen Herrschaftsformen auszubrechen. Diese perfekte Mischung war nach Polybios verantwortlich dafür, dass Rom einen atemberaubenden Prozess territorialer Expansion durchmachen und schliesslich zur Weltmacht aufsteigen konnte. Das berühmte 6. Buch von Polybios' *Geschichte* vermittelte den humanistischen Lesern der Renaissance und frühen Neuzeit vor allem zwei zentrale Prämissen. Die erste bestand darin, zeitliche Veränderung nicht in einem positiven Sinne als Wachstum, sondern praktisch als gleichbedeutend mit Korruption anzusehen. Sehr oft sollte bei späteren Humanisten die Zeit als Dimension politischer Instabilität wahrgenommen werden. Weil sich in der polybischen Vorstellung eines zyklischen Geschichtsablaufs sämtliche Ereignisse wiederholen, wird das Symbol des Glücksrades zur Darstellung zeitlicher Repetition und Unvorhersehbarkeit gewählt werden. Die zweite wichtige Wertvorstellung, die Polybios der humanistischen Nachwelt hinterliess, war die Präferenz des territorial expandierenden gegenüber dem nicht expandierenden Staat. Polybios schrieb, dass die von Lykurg planmässig konstruierte spartanische Verfassung bloss das nackte politische Überleben zu sichern vermochte, die historisch gewachsene römische Verfassung jedoch aussenpolitische Machtprojektion, ja sogar Hegemonie ermöglichte.⁸ Dieser imperiale Mythos Roms und das damit verbundene Konzept des Bürgersoldaten liegt denn auch vor allem der Rekonstruktion der aristotelisch-polybisch-machiavellischen Sprache des klassischen Republikanismus durch Pocock zu Grunde.⁹

Pococks "Moment" steht für einen Bewusstseinsprozess im politischen Denken eines Autors, welcher durch die Polarität von Tugend und Korruption in Gang gesetzt wird. Für Machiavellis politisches Denken ist der "Moment" der Konfrontation von *virtù* und *fortuna* von zentraler Bedeutung. Die weibliche *fortuna* beschreibt den korrumpierenden Einfluss der Willkür, des blinden Schicksals und des Zufalls auf die männliche *virtù*. Die *fortuna* ist für Machiavelli teilweise beeinflussbar: Man muss sie wie ein Weib schlagen, um sie unterzukriegen.¹⁰ Die Polarität von Tugend und Korruption findet sich aber nicht nur bei Machiavelli, sondern spielt schon vor ihm bei vielen anderen klassisch inspirierten Autoren eine zentrale Rolle. Die Konfrontation der Republik mit ihrem drohenden Zerfall durch Korruption und Dekadenz kann nur durch ein *ridurre ai principii*, eine Rückkehr zu den Anfängen durch eine Erneuerung der *virtù* im politischen Handeln, abgewehrt werden.¹¹ So gesehen wird Machiavelli für

⁸ Polybios, *Geschichte*, 1. Bd., VI, 1-10, S. 525-536. Zum grossen Einfluss von Polybios auf das politische Denken der Renaissance siehe Pocock (1975), S. 77ff.

⁹ Siehe Pocock (1987a), S. 332, und Ders. (1985), S. 218.

¹⁰ Machiavelli (1513), *Il Principe*, Kap. XXV, S. 133-136. Vgl. Riklin (1989b), S. 131.

¹¹ Vgl. Sewing (1993), S. 18.

Pocock gleichsam zu einem Agenten oder einem Ereignis in der Geschichte der *virtù-fortuna*-Polarität.¹² Mit anderen Worten: Das "Machiavellian Moment" als Konfrontation von Tugend und Korruption ist nicht nur auf Machiavelli beschränkt; Leonardo Bruni, James Harrington, Andrew Fletcher, Adam Ferguson und Thomas Jefferson durchlebten für Pocock einen vergleichbaren bewusstseinsbildenden Krisenmoment politischen Denkens.

Während in Italien der bürgerhumanistische Diskurs nach 1530 abstirbt, bleibt er andernorts erhalten. Neben der schweizerischen Eidgenossenschaft und den Niederlanden blüht er vor allem im England des 17. Jahrhunderts auf. Pocock folgt den kontinentalen Entwicklungslinien republikanischen Denkens jedoch nicht weiter. Er konzentriert sich auf das England des Interregnums im Allgemeinen und James Harrington im Speziellen. Wie eine neue Studie von Markku Peltonen mit dem Titel *Classical Humanism and Republicanism in English Political Thought, 1570-1640* (1995) zeigt, unterschätzte Pocock in *The Machiavellian Moment* die bürgerlich-humanistischen Elemente im politischen Denken der späteren Tudor- und frühen Stuart-Zeit deutlich.¹³

In England ist es allerdings nicht mehr vornehmlich die *fortuna*, durch welche die klassischen Republikaner die Tugend des Bürgers bedroht sehen. Dieser wird auch nicht mehr wie in Italien in der Gestalt des Stadtbürgers, sondern in der Person des bewaffneten, unabhängigen und gleichen Landbesitzers, des Yeoman, verstanden – dies mitunter mit Rückgriff auf die antike Agrarideologie. Als Gegenbegriff zu *virtue* wird gegen Ende des 17. Jahrhunderts immer mehr *commerce* wahrgenommen: die Verbindung des Hofes (Court) mit den neuen Institutionen des Finanzsektors und dem stehenden Heer. In den Augen der Kritiker dieser neuen politischen und ökonomischen Ordnung drohten der Kommerz und das stehende Heer den einzelnen Bürger zu korrumpieren. Sie gaben ihm das finanzielle Vermögen und die institutionellen Möglichkeiten, andere für sich kämpfen zu lassen, anstatt selber Kraft eigener Persönlichkeit (oder Tugend) direkt an Politik und Krieg teilzunehmen. Im Allgemeinen war die republikanische Kritik an der Rolle des Kommerzes in der Debatte des 18. Jahrhunderts jedoch moralisch ambivalent: Erstens zeichnete sie sich weniger durch blanke Opposition als vielmehr durch kritische Evaluation aus; zweitens galt die Kritik grundsätzlich weit stärker dem "monied interest" als dem "trading interest".¹⁴ Mit Vorgabe dieser Relativierung sind für Pocock die Gegensätze von Tugend und Kommerz, von Republikanismus und Liberalismus, von Klassizismus und Progressismus, von Country und Court, von "old Whigs" und "modern Whigs" die prägenden Antithesen, um die sich

¹² Pocock (1981a), S. 51.

¹³ Vgl. Peltonen (1995), S. 4f.

¹⁴ Pocock (1987a), S. 343.

das politische und soziale Denken des 18. Jahrhunderts bis hin zur Amerikanischen Revolution gruppieren lassen.¹⁵

Angesichts der andauernden Bedeutung des Gründungsaktes für das politische und moralische Selbstverständnis der Vereinigten Staaten stellte die Infragestellung der liberalen Vereinnahmung der Bürgergesellschaft ein ideengeschichtliches Erdbeben dar. Pocock hatte die These aufgestellt, dass der amerikanische Bürger nicht immer nur ein besitzindividualistischer *bourgeois* gewesen sei, der im Sinne John Lockes durch die Berufung auf Rechte sein Leben, sein Eigentum und seine Freiheit gegenüber staatlichen Eingriffen zu verteidigen gesucht hatte. Noch während der Revolution sei er auch ein *citoyen* gewesen, welcher wie der florentinische Bürger tugendhaft sein musste. Dies bedeutet, dass er sich als Patriot durch die Teilhabe an der Republik und die Verteidigung derselben seine Freiheit erst hatte verdienen müssen. Die Begriffe entstammen natürlich der Terminologie der Französischen und nicht der Amerikanischen Revolution. Trotzdem gelingt es mit der Differenzierung der Begriffe *citoyen* und *bourgeois*, genau *den* entscheidenden Unterschied auszudrücken, der im deutschen Wort "Bürger" im Verborgenen bleibt. Darum soll im Folgenden in Anlehnung an den Sprachgebrauch von Hannah Arendt der Begriff *bourgeois* in einem wertneutralen, sozusagen vormalistischen Sinne weiterverwendet werden.¹⁶

Sowohl für die linken, marxistischen Autoren wie C.B. Macpherson als auch für die rechten, konservativen Straussianer stellte die Pocock'sche Relativierung des liberalen Mythos, der Omnipräsenz *bourgeois*er Werte im anglo-amerikanischen Kulturraum des 17. und 18. Jahrhunderts, ein grosses Problem dar.¹⁷ Den marxistischen Kritikern des Liberalismus drohte Pococks Aussage, dass es neben dem *man of commerce* noch ein weiteres postfeudales Ideal gab, ihr kapitalistisches Feindbild und damit ihre *raison d'être* zu rauben.¹⁸ Aber auch die neo-konservative, liberalismuskritische Schule von Leo Strauss operierte von Prämissen aus, in denen es für einen klassischen Republikanismus in der Moderne keinen Platz gab. Auch für sie war die Amerikanische Revolution primär ein liberales, modernes Ereignis und bestenfalls sekundär klassisch-republikanisch. So geht Paul A. Rahe in seiner neuen, monumentalen Studie unter dem Titel *Republics Ancient and Modern* von einem grundsätzlichen Bruch in der Ge-

¹⁵ Vgl. Pocock (1985), S. 231.

¹⁶ Vgl. Arendt (1965), S. 181. Der Begriff "Besitzindividualismus" stammt von der einflussreichen Studie *The Political Theory of Possessive Individualism* (1962, dt. 1973) des Kanadiers C.B. Macpherson. Darin werden die Wurzeln der liberal-demokratischen Kommerzideologie von Hobbes bis Locke hergeleitet.

¹⁷ Zur Verbindung von Liberalismus, Besitzindividualismus und Bourgeoisie siehe Pocock (1981b), S. 146f.

¹⁸ Eine Antwort auf diese Kritik gibt Pocock (1981a), S. 70.

schichte des politischen Denkens aus: Im klassischen Republikanismus der Antike habe der Zweck des Staates primär darin bestanden, die Tugend seiner Bürger zu fördern und deren Laster zu unterdrücken. Im modernen, protoliberalen Republikanismus hingegen stelle die Schaffung individuellen Glücks die wichtigste staatliche Aufgabe dar. Diesen modernen Republikanismus sieht Rahe bereits mit Machiavellis Anerkennung des menschlichen Egoismus in der Politik beginnen.¹⁹

Schon bald nach Pococks Rekonstruktion der Sprache des bürgerlichen Humanismus (*civic humanism*), des klassischen Republikanismus (*classical republicanism*) oder des Bürgerrepublikanismus (*civic republicanism*) – die Terminologie war zunächst durchaus uneinheitlich – erregte sie auch das Interesse der zeitgenössischen politischen Philosophie. Die kommunitaristischen Kritiker des individualistisch-pluralistischen Liberalismus, wie ihn 1971 vor allem John Rawls in *A Theory of Justice* thematisiert hat, fanden rasch Gefallen an den Postulaten eines klassischen Republikanismus.²⁰

Nun sind es aber zwei Dinge, den Niedergang des gemeinwohlorientiert-republikanischen *citoyen* und den Aufstieg des egoistischen, kapitalistisch-liberalen *bourgeois* im 19. und 20. Jahrhundert historisch zu beschreiben, oder ihn – mitunter mit einem nostalgisch verklärten Blick – zu beklagen und eine Revitalisierung bürgerrepublikanischer Inhalte in der heutigen Zeit zu fordern. So gesehen muss man Pocock durchaus zugute halten, dass er nie direkt an der Liberalismus-Kommunitarismus-Debatte teilgenommen hat und immer bemüht war, die Brille des Historikers aufzubehalten.

Auch im Rahmen der vorliegenden Studie wird Ideengeschichte mehr als politik-historisches Museum und weniger als Schule oder Ideendatenbank verstanden. Das Ziel besteht primär darin, das Bewusstsein für die früheren Lösungsversuche einer militärpolitischen Grundfragestellung zu fördern.²¹ Eine zentrale These besteht darin, dass die Ideologie des bürgerlichen Humanismus und die Milizidee im nachrevolutionären politischen Denken der Vereinigten Staaten ziemlich rasch obsolet wurden. Das Phänomen des Bürgersoldaten verhielt sich zwar resistenter als viele der ihm zu Grunde liegenden Prämissen klassischer Moralität. Trotzdem wurde die Milizidee schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts zu einer klassisch-republikanischen Reminiszenz in einem ansonsten weitgehend liberal-individualistischen Wertekosmos.

Heute wird die Kommunitarismus-Liberalismus-Debatte auch zunehmend in Europa geführt. Zudem haben neueste Forschungen das historische Vorhandensein einer spezi-

¹⁹ Rahe (1994a), II, S. x. Ein wichtiges Werk von Leo Strauss aus dem Jahre 1968 heisst nicht von ungefähr *Liberalism, Ancient and Modern*.

²⁰ Vgl. Sewing (1993), S. 8ff.

²¹ Vgl. Alemann (1995), S. 187ff.

fisch schweizerischen Ausprägung des Bürgerrepublikanismus entdeckt.²² Schliesslich wird die auf einer Milizarmee basierende Wehrverfassung der Schweiz am Ende des 20. Jahrhunderts zunehmend hinterfragt. Aus all diesen Gründen ist die Versuchung gross, konzeptionelle Parallelen zur aktuellen schweizerischen Milizdebatte zu ziehen und das Konzept des klassischen Bürgersoldaten normativ auf die heutige Schweiz zu übertragen. Dem soll jedoch durch eine bewusste Beschränkung auf den anglo-amerikanischen Strang der bürgerlich-humanistischen Tradition widerstanden werden. Durch die Untersuchung des Konzeptes des Bürgersoldaten im historischen Kontext wird gezeigt, dass diese Ideologie auf Wertprämissen basiert, welche sich grundlegend von den Gegebenheiten und legitimatorischen Orientierungsmustern des modernen Lebens unterscheiden.

Selbst der führende zeitgenössische Kommunitarist Michael Sandel räumt in seiner jüngsten Kritik an der herrschenden prozedural-liberalen öffentlichen Philosophie ein, dass die bürgerrepublikanische Tradition durchaus auch ihre Schattenseiten habe.²³ Trotzdem ist für Sandel angesichts der allgemeinen Politikverdrossenheit und des Gefühls politischer Entmachtung in den Vereinigten Staaten die Wiederbelebung bürgerlich-humanistischer Politikkonzepte nicht nur *möglich*, sondern *notwendig*. Den Bürgersinn und die partizipatorische Freiheit fordert er als Korrektiv für das verarmte bürgerliche Leben des modernen Amerikaners. Die gleiche ernüchternde Entwicklung nimmt er auch in der Europäischen Union wahr: Ein "businessman's Europe" statt ein "citizens' Europe" sei dort geschaffen worden.²⁴ Letztlich ist es für die *politische* Frage, ob klassisch-republikanische Postulate in die heutige Politik einfliessen sollen grundsätzlich irrelevant, ob sich diese *historisch* schon einmal konkret manifestiert haben oder nicht. So fragt sich Don Herzog: " ... why can't we create a republican regime for the first time?"²⁵

Schon vor den Kommunitaristen formulierte die politische Philosophin Hannah Arendt viele Kritikpunkte am "modernen" Liberalismus, welche später aus einem ideengeschichtlichen Blickwinkel unter dem Etikett "civic republican" und aus philosophischer Perspektive unter der Bezeichnung "kommunitaristisch" wieder auftauchen sollten. In Arendts Einschätzung litt die amerikanische Republik an einem tragischen Gründungsfehler, der darin bestand, dass die Revolution dem Volk zwar die private Freiheit brachte, ihm jedoch gleichzeitig den öffentlichen Raum nahm, aktiv am Staat

²² Brühlmeier (1991b), S. 69-79.

²³ Sandel (1996), S. 6.

²⁴ *Ibid.*, S. 339.

²⁵ Herzog (1986), S. 477.

teilzuhaben.²⁶ Die im Gefolge der Revolution verloren gegangenen Vorstellungen des öffentlichen Lebens im politischen Denken hatten nach Arendt ihren Ursprung letztlich in der griechischen Polis.

Bevor die von der Antike überlieferten Prämissen politischer Moralität im Kapitel 2.3 dargelegt werden, soll im folgenden Kapitel der "moderne" Liberalismus und dessen idealtypisches Wehrkonzept als Gegensatz zum klassisch-republikanischen Wertekosmos vorgestellt werden. Denn um richtig beurteilen zu können, was einmal *war*, müssen wir uns zuerst darüber klar werden, was wir heute *sind*. Dies bedeutet: Wir müssen uns bewusst werden, welche politische Theorie implizit der heutigen politischen Praxis sowie unseren modernen Vorstellungen von Bürgerschaft und Freiheit zu Grunde liegt.

²⁶ Arendt (1965), S. 302.

2.2 Der "moderne" Liberalismus als Gegensatz

Im vorangegangenen Kapitel wurde festgehalten, dass unter "klassischem Republikanismus" eine Ideologie in einem durchaus nicht abwertend gemeinten Sinne zu verstehen ist. Dies war nötig gewesen, weil der Ausdruck "Ideologie" heute eindeutig negative Assoziationen auslöst. Ähnlich negativ belegt ist der Begriff "Philosophie". In Broschüren wie "Tips für die Stellensuche" wird Universitätsabsolventen von Personalchefs der Ratschlag gegeben, "nicht zu philosophieren" – womit wohl gemeint ist, sich auf das Wesentliche zu beschränken. Einen Anteil an der Entwertung der Bedeutung der Ideologie hat wohl der Kommunismus mit seinem Primat des materiellen Unterbaus gegenüber dem ideologischen Überbau zu verantworten. Ein gewichtiger Anteil ist jedoch hausgemacht: Es scheint, als ob in den westlichen Demokratien mit dem Sieg pluralistisch-individualistischer Politikvorstellungen auch eine weitgehende "Entideologisierung" und "Entmoralisierung" im Bewusstsein des Bürgers vonstatten gegangen ist. Als ideologisch behaftet sehen wir algerische Fundamentalisten, ostdeutsche Neonazis, rote Khmer oder japanische Sektenmitglieder. Dabei sind auch unsere *eigene* politische Praxis und unsere *eigenen* politischen Institutionen ein ständiges Produkt einer zu Grunde liegenden Ideologie. Auch in ihnen werden ganz bestimmte Weltanschauungen, Grundeinstellungen und Wertungen andauernd in systematischer Weise zum Ausdruck gebracht. In den Worten von Michael Sandel: " ... we live some *theory* – all the time."¹

Der Umstand, dass sich der moderne Mensch der ideologischen Prägung seines politischen Lebens immer weniger bewusst ist, hängt zusammen mit dem Aufstieg des Liberalismus zur beherrschenden öffentlichen Philosophie. Das politische Leben der westlichen individualistisch-pluralistischen Marktgesellschaften wird immer stärker dominiert von liberalen Wertvorstellungen – ob dies auf Dauer so bleiben wird, ist eine andere Frage. Die zentrale Idee des Liberalismus besteht gerade darin, dass der von der bürgerlichen Wirtschaftsgesellschaft entschieden getrennte Staat sich neutral zu verhalten hat gegenüber den moralischen und religiösen Werten seiner Bürger. Angesichts der Pluralität von politischen und moralischen Auffassungen in einer modernen Gesellschaft lässt sich aus liberaler Sicht keine bestimmte übergreifende Vorstellung des Gemeinwohls mehr identifizieren. Deshalb darf der Staat seinen Bürgern eine solche Vision auch nicht aufzwingen.² Die Individuen sollen als freie und unabhängige Men-

¹ Sandel (1996), S. ix.

² Als Beispiel für die vom Staat geforderte Neutralität in religiösen Belangen sei an die Diskussion im Freistaat Bayern um das Aufhängen von Kruzifixen in den Klassenzimmern öffentlicher Schulen erinnert.

schen ihre Werte und Ziele selber wählen. Zentraler Inhalt der liberalen Persönlichkeit ist damit nicht die Natur dieser Werte an sich, sondern die Fähigkeit des Einzelnen, seine Werte frei wählen zu können.³ Wenn der Staat dem Bürger jedoch keine bestimmte Vision eines gemeinen Wohles mehr vorschreiben darf, hat dies eine grundlegende Entmoralisierung des politischen Lebens zur Folge. Vor allem gibt es keine inhärente Verbindung mehr zwischen privater und öffentlicher Moral. Die Gesundheit und das Überleben des Staates ist weitgehend unabhängig von der Moral seiner Bürger. Die bürgerliche Tugend ist im Grunde obsolet oder so weit verengt, dass sie nur noch aus der Respektierung der Rechtsnormen einer Gesellschaft besteht. Deshalb wundert es nicht, dass der Aufstieg des Liberalismus in den letzten 200 Jahren einherging mit einer in der Weltgeschichte nie dagewesenen Demokratisierung und Ausdehnung einer rechtlich geschützten Bürgerschaft. Die Verbreiterung hinsichtlich Vermögen, Beruf, Geschlecht und Rasse war insbesondere darum möglich, weil der liberale Staat nicht darauf aus ist, die Tugend seiner Bürger vor dem Hintergrund irgendeiner öffentlichen Moralvorstellung zu fördern und die Laster zu unterdrücken. Er begnügt sich grundsätzlich damit, eine faire, verfahrensrechtliche Rahmenordnung bereitzustellen, durch welche die individuelle Persönlichkeit des Bürgers respektiert wird. Der liberale Staat ist eine "prozedurale Republik" und könnte durch eine gute institutionelle Ordnung auch über ein Volk von Teufeln herrschen – sofern sie das *Recht* respektieren.⁴

Historisch betrachtet ist der Liberalismus eine auf naturrechtlicher Grundlage entwickelte Denktradition, welche von John Locke, Adam Smith, Immanuel Kant, John Stuart Mill bis John Rawls reicht und die Toleranz gegenüber dem Individuum und den Respekt vor dessen naturgegebenen, unabtretbaren Rechten hochhält. Die individualistischen Ursprünge des Liberalismus gehen jedoch noch weiter zurück, wobei als erster Name Thomas Hobbes zu nennen ist. Dies mag erstaunen. Wie C.B. Macpherson in seiner Untersuchung der im 17. Jahrhundert begründeten politischen Theorie des Besitzindividualismus schreibt, können Hobbes' politische Folgerungen auch kaum als liberal bezeichnet werden. Seine Postulate seien jedoch höchst individualistisch gewesen: "... er deduzierte politische Rechte und Pflichten aus Interesse und Willen dissoziierter Individuen".⁵ Hobbes nahm aus einer individualistischen Perspektive heraus die Schattenseite des in den klassischen und zeitgenössischen Republiken gelebten

³ Sandel (1996), S. 12.

⁴ Die Analogie zu Immanuel Kant ist gesucht. Dieser schreibt in seiner Schrift zum ewigen Frieden, eine gute Staatsorganisation könne zwar aus einem Volk von Teufeln nicht moralisch gute Menschen machen, wohl aber gute Bürger – sofern sie Verstand haben.

⁵ Macpherson (1967), S. 13.

partizipatorischen Freiheitskonzeptes wahr: die Gefahr der Tyrannei der politisch berechtigten Bürger.

Im zentralen 21. Kapitel des *Leviathan* kritisiert Hobbes die italienische Stadtrepublik Lucca, weil sie sich das Wort "LIBERTAS" an ihre Türme geschrieben habe, obwohl dort der Mensch als Individuum in seiner Freiheit und seiner Immunität *gegenüber* der Republik nicht besser dastehe als ein Untertane Konstantinopels.⁶ Hobbes kritisiert die griechischen und römischen politischen Denker, weil sie die Freiheit der Städte (Libertie of the Common-wealth) mit der Freiheit des Bürgers (Libertie of Particular men) verwechselt hätten.⁷ Für ihn ist letztlich nicht die *positive Freiheit* eines Bürgers massgebend – das heisst dessen Freiheit zur Teilhabe am staatlichen Entscheidungsprozess –, sondern die *negative Freiheit*, sozusagen der individualrechtlich relevante "Output" dieses Prozesses. Die Freiheit des Bürgers besteht in der Absenz von staatlichen Zwängen. Sie ist eine Freiheit *vor* dem Staat, nicht *durch* den Staat.⁸ Diese Vorstellung von Freiheit ist für Hobbes nicht logischerweise und *per se* mit irgendeiner Staatsform stärker verbunden als mit einer anderen. Ein benevolenter Despot schützt die negative Freiheit und die Rechte des Individuums unter Umständen besser als eine republikanische Versammlungsdemokratie.⁹

Der höchste Wert aus der Sicht des Einzelnen ist für Hobbes das physische Überleben. Das Leben geht allen andern Gütern vor. Auch in John Lockes berühmtem Dreiklang von *lives*, *liberties* und *estates* steht die Lebenserhaltung an erster Stelle. Die Garantie von *life* ist das primäre Erfolgskriterium liberaler Staatlichkeit. Hobbes war allerdings nicht der erste, der in seinem politischen Denken dem menschlichen Trieb nach Selbsterhaltung eine zentrale Bedeutung einräumte. Richard Tuck argumentiert in seiner neuen Studie über die geistesgeschichtlichen Ursprünge von Hobbes' Sprache des Naturrechtes, dass dieser gerade in dieser Frage am Ende einer Tradition einzu-reihen ist, welche sich von den antiken Philosophien des Stoizismus und Skeptizismus über die neotacitistischen und neostoizistischen *raison d'état*-Denker Michel de Montaigne und Justus Lipsius bis zum Naturrechtstheoretiker Hugo Grotius erstreckt. Der Wunsch nach physischem Überleben war in einer Zeit kriegerischer Wirren ab Ende der 1580er Jahre verantwortlich dafür, dass der alte ciceronisch-aristotelische Bürger-

⁶ Hobbes (1651), *Leviathan*, Kap. 21, S.149. Zur Entwicklung des negativen Freiheitsbegriffs von Hobbes zu Locke siehe Goldsmith (1994), S. 197-200.

⁷ Hobbes (1651), *Leviathan*, Kap. 21, S. 149; S.146: "... when the words *Free*, and *Liberty*, are applied to any thing but *Bodies*, they are abused". Denselben Gedanken formulierte Hobbes bereits in seinem früheren, lateinischen Werk *De Cive* (1642). Vgl. Tuck (1993), S. 317.

⁸ Siehe Hobbes (1651), *Leviathan*, Kap. 14, S. 91 und Kap. 21, S. 146.

⁹ Diese Unterscheidung stammt von Isaiah Berlin. Zum negativen Freiheitsbegriff siehe (1969), S. 121-131.

humanismus zunehmend in den Hintergrund trat.¹⁰ Nicht mehr die aristotelische Frage nach dem *sittlich-guten* Leben, sondern die Frage nach dem physischen *Überleben*, entsprechend der stoischen Philosophie von Seneca, gewann in dieser Zeit an Aktualität. Darum gewann ein "neuer", vornehmlich von Tacitus beeinflusster und auf die Person eines Prinzen fixierter Humanismus zunehmend an Bedeutung. Die Vertreter dieses "neuen" Humanismus schenkten im Gegensatz zu den älteren Humanisten ökonomischen Faktoren im Allgemeinen und der Rolle des Geldes im Speziellen eine weit grössere Beachtung. Diese *raison d'état*-Denker sahen eine Schwäche des alten, aristotelisch-ciceronischen Humanismus darin, dass er seinen Bürgern eine positive Freiheit und damit der ungestümen Masse eine politische Bühne für deren Unbeherrschtheiten gewährt hatte. In Tacitus' *Historiae* hatten sie am Beispiel Roms nachgelesen, wie verderblich es für ein Gemeinwesen werden kann, wenn solche Undiszipliniertheiten in einen Bürgerkrieg ausarteten. Vor diesem Hintergrund war es in den Augen der *raison d'état*-Denker nur folgerichtig, dass die instabilen Stadtrepubliken der Renaissance den monarchischen Territorialstaaten hatten weichen müssen. In letzteren sollte eine Abtretung der Macht vom Bürger an seinen Herrscher erfolgen. Der Monarch würde mit sämtlichen Hofintrigen fertig, wie sie von Tacitus in seinen *Annalen* im kaiserlichen Rom beschrieben wurden. Das Individuum sollte in den Vorstellungen der *raison d'état*-Denker in seinem ureigensten Interesse – nämlich demjenigen am Leben zu bleiben – von seiner politischen Verantwortung entbunden werden und sich nach dem Vorbild der stoischen Philosophie eines Seneca diszipliniert in sein Privatleben zurückziehen. Aus einem partizipierenden, aber undisziplinierten *Bürger* sollte, zu seinem eigenen Vorteil, ein gehorsamer, aber beschützter *Untertan* werden.¹¹

Hobbes giesst den Prinzen bildhaft in die Form des *Leviathan*¹² und treibt den Gedanken der Machtabtretung weiter bis hin zur Idee des Gesellschaftsvertrages. Der menschlichen Psychologie tritt er zutiefst skeptisch gegenüber. Jeder Mensch wird grundsätzlich durch sein Eigeninteresse angeleitet. Für Aristoteles ist der Mensch ein *zoon politikon*, ein von seiner Natur her politisches Lebewesen, und der Staat demzufolge ein naturgemässes Gebilde.¹³ Im Gegensatz dazu ist für Hobbes der Staat eine *künstliche* Erscheinung: " ... by Art is created that great LEVIATHAN called a COMMONWEALTH, or STATE, (in latine CIVITAS) which is but an Artificiall Man"¹⁴. Der Staat ist

¹⁰ Tuck (1993), S. 12-20.

¹¹ *Ibid.*, S. 31-64, und Münkler (1985), S. 59-67.

¹² Der Ausdruck bezieht sich zwar auf das alttestamentliche Seeungeheuer im Buch Hiob, auf dem Titelblatt der Originalausgabe liess ihn Hobbes jedoch in menschlicher Gestalt, als Monarchen darstellen.

¹³ Aristoteles, *Politik*, 1253a1-3.

¹⁴ Hobbes (1651), *Leviathan*, Introduction, S. 9.

aus Sicht des Individuums ein notwendiges Übel und insofern künstlich, als an dessen Ursprung ein *Willensentscheid* des Menschen steht. Der *Leviathan* ist ein Produkt der Notwendigkeit. Hobbes' Individuum entflieht dem Leben im Naturzustand, welches gekennzeichnet ist durch die Formel "solitary, poore, nasty, brutish, and short"¹⁵, indem er in den Gesellschaftsvertrag *einwilligt* und dadurch Friede und Sicherheit findet.¹⁶

Wo ihre Vorgänger das menschliche Streben nach Sicherheit und physischem Überleben bereits als ein grundlegendes *Faktum* des Politischen erkannt hatten, gehen Grotius¹⁷ und vor allem Hobbes noch einen Schritt weiter: Der Bürger hat ein grundlegendes *Recht* zur Selbsterhaltung.¹⁸ Der Staat kann Hobbes' Individuum nicht dazu zwingen, für ihn zu sterben. Er kann es darum nicht, weil durch dieses Vorgehen die grundlegendste Wertprämisse verletzt, ja zerstört würde, weswegen das Individuum ursprünglich überhaupt in den Gesellschaftsvertrag eingewilligt und den Staat geschaffen hatte. Aus diesem Grunde ist für Hobbes die Flucht im Kampfe, sofern sie aus Furcht und nicht aus Verrat erfolgt, nicht widerrechtlich (unjustly), sondern bloss unehrenhaft (dishonourably). Denn in diesem Falle kann das Recht keine Bindung haben.¹⁹

Nur wenn der Einzelne sich *freiwillig* zur Kriegführung bereit erklärt, also einen zusätzlichen, weitergehenden Willensvertrag abschliesst, ist der Soldat zur Schlacht und zum Ausharren im Kampfe verpflichtet.²⁰ Der Militärdienst basiert auf einer persönlichen Entscheidung des Individuums und nicht auf einer Feudalverpflichtung.²¹ Nur im absoluten Notfall, wenn die Existenz des gesamten Staates in Gefahr ist, sind nach Hobbes alle Waffenfähigen verpflichtet: " ... because otherwise the Institution of the Common-wealth, which they have not the purpose, or courage to preserve was in vain."²² Hier liegen im Kern die Ursprünge der liberalen Position zur Wehrverfassungsfrage begründet. Ausgehend von Grotius und Hobbes' Transformation der *raison*

¹⁵ *Ibid.*, Kap. 13, S. 89.

¹⁶ *Ibid.*, Kap. 17, S. 117.

¹⁷ Tuck (1993), S. 173.

¹⁸ Hobbes (1651), *Leviathan*, Kap. 21, S. 151: "Covenants, not to defend a mans own body, are voyd. Therefore, If the Sovereign command a man (though justly condemned,) to kill, wound, or mayme himselfe; or not to resist those that assault him; or to abstain from the use of food, ayre, medicine, or any other thing, without which he cannot live; yet hath that man the Liberty to disobey." Siehe auch Kap. 14, S. 98.

¹⁹ *Ibid.*, S. 151: "When Armies fight, there is on one side, or both, a running away; yet when they do it not out of trechery [sic.], but fear, they are not esteemed to do it unjustly, but dishonourably. For the same reason, to avoyd battell, is not Injustice, but Cowardice".

²⁰ *Ibid.*, S. 152.

²¹ Baumgold (1983), S. 62 hebt diesen Punkt hervor, zumal es in England bis Anfang des 17. Jahrhunderts noch vereinzelt Feudalverhältnisse gab.

²² Hobbes (1651), *Leviathan*, Kap. 21, S. 152.

d'état-Theorie in eine Naturrechtslehre, behandelten eine ganze Reihe von Gelehrten des Naturrechtes wie John Locke und Samuel Pufendorf die Selbsterhaltung als *das* grundlegende, naturgegebene und unabtretbare Recht des Individuums.²³ Auch John Locke schreibt im *Second Treatise*, ein Staat könne zwar vom Bürger absoluten Gehorsam verlangen, jedoch nicht den annähernd sicheren Tod.²⁴ Der liberale Staat kann von seinen Bürgern verlangen, Steuern zu zahlen und Wehrdienst zu leisten. Letzteres aber nur dann, wenn das Überleben des ganzen Staates auf dem Spiel steht. Wie der Philosoph Michael Walzer 1970 in einem vor allem auf Hobbes' *Leviathan* abstellenden Aufsatz "The Obligation to Die for the State" argumentiert, galt letztere Bedingung aber nicht für die Situation der Vereinigten Staaten im Krieg in Vietnam. Deshalb schätzt Walzer die damalige amerikanische Praxis der Wehrpflicht, den "Draft", als nicht mit einem liberalen Gesellschaftsverständnis vereinbar ein. Walzer sieht den grossen Vorteil einer liberalen Gesellschaft gerade darin, dass in ihr niemand gezwungen werden kann, für irgendwelche öffentlichen Interessen oder für den Staat zu sterben.²⁵

Eine Wehrpflicht des Bürgers ist im liberalen Staat nicht völlig illegitim und *per se* ausgeschlossen, weil es im Kriegsfall nur selten vorkommt, dass Soldaten der *sichere* Tod befohlen wird. Trotzdem enthält die liberale Doktrin eine deutliche Einschränkung: Eine Verpflichtung zum Militärdienst ist nur dann vertretbar, wenn dem Staat *als Ganzes* eine unmittelbare tödliche Gefahr droht.²⁶ Abgesehen von diesem absoluten Ausnahmefall ist eine Verpflichtung zum Kriegsdienst im Grunde mit einem liberalen Staatskonzept, das die Politik und den Staat *instrumentell*, als Mittel zur Erreichung individueller Zwecke betrachtet, nicht vereinbar.²⁷ Mit den Worten von Michael Walzer: " ... there can be no political obligation either to die or to fight. Obligation disappears in the presence of death or of the fear of death".²⁸ Wenn ein Krieg ausbricht, hat der Staat aus liberaler Sicht versagt, weil er jetzt Rückgriff nehmen muss auf die einzelnen Subjekte, um sich selber zu schützen. Deshalb ist für den liberalen Staat die

²³ Tuck (1993), S. xvi. Für Rahe (1994), I, S. 62 ist das Streben nach Selbsterhaltung das Fundament jeglicher liberaler Theorie und Praxis.

²⁴ Locke (1689), *Two Treatises of Government*, II, S. 362: "For the Preservation of the Army, and in it of the whole commonwealth, requires an *absolute Obedience* to the Command of every Superiour Officer ... But yet we see, that ... the Serjeant, that could command a Souldier to march up to the mouth of a Cannon, or stand in a Breach, where he is almost sure to perish ... can not command that soldier to give him one penny of his money".

²⁵ Walzer (1970), S. 89.

²⁶ *Ibid.*, S. 118: "Conscription, then, is morally appropriate only when it is used on behalf of, and is necessary to the safety of, society as a whole, for then the nature of the obligation and the identity of the obligated persons are both reasonably clear."

²⁷ Siehe auch Cohen (1986), S. 136.

²⁸ Walzer (1970), S. 82.

freiwillige Verpflichtung Einzelner, gegenüber einer erzwungenen Wehrpflicht aller, eindeutig vorzuziehen. Im Normalzustand, das heisst einer gemässigten Bedrohung des Staates, ist somit *theoretisch* eine kleine, unter ziviler Kontrolle stehende und aus Inländern rekrutierte *Berufsarmee* für einen liberalen Staat die beste Wehrverfassung.²⁹

Diese Aussage stellt jedoch eine gedankliche Interpolation von Hobbes' politischem Denken dar. Er deutete diese liberale Lösung erst an, respektive spürte sie ein. Bereits vorher stiess der *raison d'état*-Autor Justus Lipsius (1547-1606) einige Schritte in dieselbe Richtung vor; dies ebenfalls auf der Grundlage neotacitistischer und neostoizistischer Prämissen. Lipsius erkannte wie Hobbes, ausgehend von einem skeptischen Menschenbild, die Notwendigkeit der (Fremd-)Disziplinierung menschlicher Leidenschaften. Beide entdeckten die wichtige, ja positive Rolle, welche das Geld in einem modernen Staat und für dessen Kriegführung spielen konnte. Dies stellte einen entscheidenden Bruch dar zu der von der Antike überlieferten und dort vorherrschenden Skepsis gegenüber dieser "flüchtigen" Form des Besitzes.³⁰ Anders als Hobbes entwickelte Lipsius ein positives Wehrkonzept. Ein kleines, streng diszipliniertes und straff organisiertes Heer von inländischen Berufssoldaten sollte Lipsius' Heimat, die niederländischen Generalstaaten, verteidigen und ihre Unabhängigkeit gegenüber dem habsburgischen Spanien gewinnen. Lipsius war einer der Inspiratoren der nassauisch-oranischen Heeresreform, die von Moritz von Nassau und seinen Neffen in den Niederlanden durchgeführt wurde, und die in der Folgezeit zum Vorbild für ähnliche Bestrebungen in ganz Europa wurde.³¹

Im Kapitel 5.1 werden die "modernen" Auffassungen von Lipsius in Kontrast gesetzt zur klassisch-republikanischen Vorstellungswelt von Francis Bacon. Aber natürlich waren weder Lipsius noch Hobbes moderne Liberale. Dafür hatten beide ein zu pessimistisches Menschenbild und ein zu grosses Misstrauen gegenüber den demokratischen Massen. Das Interesse beider galt letztlich nicht dem besitzindividualistischen, sondern dem Machtstaat. Auch war Lipsius' Fragestellung in Bezug auf die Wehrfrage *etatistischer* und nicht *liberal-individualistischer* Natur. Er fragte sich: Wie können die Niederlande in Zeiten grösster politischer Wirren als Staat überleben, und welche Forderungen leiten sich daraus ab für die Untertanen und Soldaten? Die Frage lautete nicht: Welche Wehrform ist aus Sicht der individuellen Rechte des Bürgers für eine moderne, pluralistische Marktgesellschaft die beste?

John Locke zeigte sich relativ desinteressiert bezüglich der Wehrverfassungsfrage. Er beteiligte sich auch nicht an der "Standing Army"-Kontroverse von 1697-99. Des-

²⁹ Vgl. Baumgold (1983), S. 63.

³⁰ Vgl. Hobbes (1651), *Leviathan*, Kap. 24, S. 174f.

³¹ Vgl. Tuck (1993), S. 45-64, und Münkler (1985), S. 67.

halb blieb es dem von ihm beeinflussten Court-Whig Daniel Defoe am Ende des 17. Jahrhunderts überlassen, die oben gedanklich interpolierte liberale Wehrkonzeption weiter voranzutreiben. Hobbes hatte geschrieben, die eigentlich relevante negative Freiheit sei nicht notwendigerweise mit einer republikanischen Staatsform verbunden. Defoe argumentierte während der "Standing Army"-Kontroverse analog, aber bezogen auf die Wehrfrage: Die Freiheit des Individuums sei nicht davon abhängig, ob England eine Miliz oder ein stehendes Heer habe. Entscheidend sei, dass ein Berufsheer der zivilen Gewalt, das heisst der parlamentarischen Kontrolle unterstehe. Nicht die Macht des Schwertes (Sword) sei massgebend, sondern die Macht des Geldbeutels (Purse); das bedeutet die Kompetenz des Parlaments, der Armee finanzielle Mittel zu bewilligen oder auch vorzuenthalten. Während für Hobbes die Staatsform der Republik nicht *per se* freiheitsverträglicher ist als diejenige der Monarchie, ist für Defoe eine Bürgermiliz nicht *per se* freiheitsverträglicher als eine Berufssarmee. Hobbes brach damit aus der klassisch-republikanischen Kette *res publica – libertas – militia (virtus)* das erste Glied heraus, Defoe das zweite.³²

Allerdings war auch Defoe kein liberaler Besitzindividualist. In seinem politischen Denken zeigen sich noch merkantilistische, ja sogar autoritäre Züge. Erst im Jahre 1776 sollte Adam Smith die Verteidigung einer Berufssarmee nicht nur auf der Basis eines parlamentarischen Kontroll-Argumentes wie Defoe, sondern ausgehend von einem (nahezu) umfassenden liberalen Wertekosmos vornehmen. Adam Smith vermochte in *The Wealth of Nations* wohl als erster, eine Berufssarmee konsequent aus dem Blickwinkel eines liberalen Konzeptes *politischer Ökonomie* zu beleuchten. Dieses setzte er in Verbindung zu einem linearen Bild gesellschaftlichen Fortschritts über vier Stufen.³³

Selbst wenn im Normalzustand *theoretisch* eine kleine Berufssarmee die für einen liberalen Staat beste Wehrverfassung darstellt, so heisst dies noch lange nicht, dass *historisch* betrachtet die Institution einer Berufssarmee auch notwendigerweise mit der Staatsform einer liberal-pluralistischen Demokratie einher gehen musste. Dafür liessen sich auch leicht Gegenbeispiele finden – nicht zuletzt die heutige Schweiz. Die geschichtliche Wirklichkeit präsentiert sich immer viel komplexer als es der (Ideen-)Historiker zuweilen gerne hätte. Dass sich viele kontinentaleuropäische Liberale in der Praxis nicht für das an und für sich "logische" Wehrmodell des Liberalismus ausgesprochen haben, hängt weitgehend mit der gegenüber Grossbritannien und den Verei-

³² Siehe Kap. 6.5.

³³ Siehe Kap. 8.

nigten Staaten unterschiedlichen realhistorischen Entwicklung zusammen. Die strukturelle Polarität des nationalstaatlichen europäischen Systems schob der angelsächsischen Lösung in Form einer kleinen, von der zivilen Gewalt kontrollierten Berufsarmee einen unüberwindbaren Riegel vor. Diese Polarität im Gefolge der Französischen Revolution war verantwortlich dafür, dass die kontinentaleuropäischen Nationalstaaten im 19. Jahrhundert zur Aufstellung von Massenheeren auf Konskriptionsbasis schreiten mussten. Die Berufsarmee, welche sich die Liberalen des 19. Jahrhunderts vorstellen konnten, war weder eine von der zivilen Gewalt kontrollierte, noch eine dieser Gewalt unterstellte. So übernahmen viele deutsche Frühliberale des Vormärz wie Karl von Rotteck das Wehrmodell des Republikanismus als Leitbild – ohne die daraus resultierenden konzeptionellen Widersprüchlichkeiten gänzlich verhindern zu können. So sah Rotteck in seiner vielgelesenen, die spätere sozialdemokratische Position massgeblich beeinflussenden Schrift *Über Stehende Heere und Nationalmiliz* (1816), trotz einer umfassenden Kritik an stehenden Heeren letztlich auch eine aus Freiwilligen rekrutierte *ständige Nationalwehr* vor.³⁴

In diesem Abschnitt sollen im Sinne eines Exkurses noch einige Gedankenanstöße festgehalten werden. Wenn es stimmt, dass erstens eine konzeptionelle Affinität besteht zwischen einer kleinen Berufsarmee und dem Liberalismus, und zweitens das politische Leben der westlichen, demokratischen Marktgesellschaften immer stärker durch liberale Politikvorstellungen bestimmt wird, dann erscheint vor diesem *theoretischen* Hintergrund die im heutigen Westeuropa feststellbare Tendenz in Richtung Berufsarmee in einem neuen Licht. Es scheint, als ob durch die europäische Solidarisierung und durch den Wegfall der strukturellen Polarität die pluralistisch-demokratischen Marktgesellschaften Westeuropas nun erst wirklich zu derjenigen Wehrform übergehen können, die ihrer liberalen öffentlichen Philosophie entspricht. Es könnte somit sein, dass die Solidarisierung im Rahmen der europäischen Einigung heute diejenigen entspannten sicherheitspolitischen Voraussetzungen schafft, welche der Kanal England vor 300 Jahren und der Atlantik den Vereinigten Staaten vor 200 Jahren den Übergang zu einem kleinen Berufsheer ermöglichten. Die in der Schweiz gültige Wehrpflicht in Verbindung mit einer Milizarmee wäre so gesehen eine klassisch-republikanische Reminiszenz in einem überwiegend von liberalen Politikvorstellungen dominierten Wertekosmos.

³⁴ Rotteck (1816), *Über Stehende Heere und Nationalmiliz*, S. 133f. Auf die widerspruchsgeladene Übernahme republikanischer Rhetorik durch den konstitutionellen deutschen Liberalismus des Vormärz verweist auch Sewing (1993), S. 29.

Der Zweck des vorliegenden Kapitels liegt vor allem darin, den "modernen" Liberalismus und dessen konzeptionelle Affinität zur Berufsarmee als *gegensätzliches* Konzept zum Bürgerrepublikanismus vorzustellen. Der Hauptteil der Arbeit wird sich nicht mit dem Liberalismus, sondern mit dem bürgerlichen Humanismus beschäftigen. Theoretisch sind Liberalismus und klassischer Republikanismus Gegensätze, und zwar in vielerlei Hinsicht.³⁵ Der Liberalismus ist vor allem eine Sprache des Rechtes, des *ius*, während der Republikanismus eine Sprache der Tugend, der *virtus*, darstellt. In der ersten Diskurstradition wird das Individuum primär als Eigentümer oder Rechtsträger, in der zweiten als Bürger gesehen – im Sinne eines *citoyen*. Die Bezeichnung "Republikanismus" für diese intellektuelle Diskurstradition kommt darum nicht von ungefähr. Man ging seit der Antike davon aus, dass Republiken vor allem hinsichtlich kriegerischer Werte tugendhafter seien als Alleinherrschaften, wobei Rom als Modellfall für diese These diene. Hobbes' Anliegen bestand nun weniger darin, diese These zu widerlegen, als vielmehr deren Irrelevanz aufzuzeigen. An die Stelle klassischer Bürgertugenden setzte er die physische und rechtliche Sicherheit des Individuums als Erfolgsvariable moderner Staatlichkeit.

Von Hobbes' legalozentrischer [lawcentred] Perspektive aus betrachtet, stellt die Gesellschaft und nicht die politische Gemeinschaft das universale Element dar. Nicht das Streben nach Tugend, sondern der Besitz von Rechten ist ausschlaggebend, weshalb sich Menschen staatlich assoziieren. Dementsprechend wird die Freiheit eher verstanden als privat-juristischer Friede *vor* der staatlichen Autorität, als eine öffentlich-politische Freiheit *zur* Partizipation am Staat. Der klassisch-republikanische Bürger ist ein *zoon politikon* oder ein *homo politicus*. Er kann seiner naturgemässen Bestimmung entsprechend nur frei werden *durch* die Politik. Die Bürgerschaft ist für ihn nicht bloss ein Mittel oder ein rechtlicher Status zum Zwecke der Sicherung individueller Freiheiten, sondern selber die Art und Weise, wie man frei ist. Der rechtlich definierte, liberale *bourgeois* hingegen ist im Kern ein *legalis homo*, der die Freiheit *von* der Politik anstrebt.³⁶

Es war konzeptionell möglich, die legalozentrisch-liberale und die klassisch-republikanische Sprache in der Frage der Wehrverfassung nebeneinander herlaufen zu lassen und einen Konflikt zu vermeiden, indem man die öffentliche *Verantwortung*, Waffen zu tragen zugleich als ein privates *Recht* konzipierte. Angesichts der Gegensätzlichkeit der zu Grunde liegenden Ideologien war dieses Unterfangen jedoch immer nur ein unsicheres. Weil sich die klassische Vorstellung bürgerlicher Tugend nicht dauer-

³⁵ Vgl. Pocock (1981b), S. 138.

³⁶ Vgl. Pocock (1992), S. 43 und S. 41: "... it is in jurisprudence, long before the rise and supremacy of the market, that we should locate the origins of possessive individualism."

haft auf den Status eines Rechtes reduzieren liess, war die Möglichkeit eines direkten Konfliktes jederzeit möglich, ja letzten Endes unvermeidbar. Dann nämlich, wenn die rechtliche Position in einem liberalen Sinne als Recht *vor* der Wehrpflicht konstruiert wurde; als Recht, *nicht Waffen tragen zu müssen*. Der Konflikt ist letzten Endes darin begründet, dass die beiden Ideologien die Frage der Wehrpflicht von völlig unterschiedlichen Perspektiven her angehen. Während es aus einer republikanischen Optik primär darum geht, die Wehrpflicht unter den Bürgersoldaten gleich zu verteilen, möchte der Liberalismus diesen Ausdruck staatlichen Zwangs möglichst minimieren oder gar abschaffen.³⁷

Soweit zur *konzeptionellen* Unvereinbarkeit von Liberalismus, dem "Kind der Rechtskunde"³⁸ und dem Republikanismus. *Historisch* konvergierten sie weit öfter, als dass sie wie bei Hobbes miteinander kollidierten. Wie Jack H. Hexter anhand der Apostelgeschichte von Paulus ausführt, lässt sich die Konvergenz eines juristisch-negativen und eines republikanischen Freiheitsbegriffes bereits im Altertum feststellen.³⁹ Quentin Skinner weist im ersten Band seiner Studie *The Foundations of Modern Political Thought* nach, dass sich die Verteidiger der italienischen Stadtrepubliken ab dem späten 13. Jahrhundert sowohl der republikanischen als auch der juristischen Sprache bedienten. Und zwar offensichtlich, ohne sich dabei zu überschneiden oder zu beeinträchtigen. Der Begriff *libertas* wurde in dieser Zeit sowohl in dem von *dictatores*, Rhetorikern und Humanisten verwendeten republikanischen Vokabular als eine positive Auffassung von Freiheit, als auch in einem juristischen Kontext als negative Freiheit in Verbindung mit dem *ius* verstanden.⁴⁰ Für John G.A. Pocock lässt sich die Geschichte des Konzeptes der Bürgerschaft im westlichen politischen Denken vereinfacht als ein unbeendeter Dialog zwischen der aristotelisch-republikanischen und der römisch-zivilrechtlichen, protoliberalen Formel des römischen Juristen Gaius darstellen. Im ersten Fall agieren Personen direkt miteinander, während im zweiten Fall dingliche Gegenstände (*res*) dazwischengeschaltet sind, welche besessen, gehandelt und produziert werden.⁴¹ Nach Pococks Meinung lässt sich während der ganzen frühmodernen Epoche neben der Geschichte des Liberalismus, welche eine Sache von Recht und Ge-

³⁷ Vgl. Robertson (1985), S. 12, und Cohen (1985), S. 151.

³⁸ Pocock (1983), S. 184; Ders. (1981b), S. 147: "Das bürgerliche Recht erschliesst uns somit eine Form des Besitzindividualismus, die den Frühkapitalismus vorwegnimmt und zudem eine antike Ausprägung jener Trennung und Wiederverknüpfung von Herrschaft darstellt, die von Politikwissenschaftlern gemeinhin Liberalismus genannt wird."

³⁹ Hexter (1979), S. 295-297.

⁴⁰ Vgl. Pocock (1981b), S. 139f., und Höchli (1994), S. 5-8.

⁴¹ Pocock (1992), S. 46.

setz ist, auch eine Geschichte des republikanischen Humanismus schreiben, in der die Persönlichkeit als ein tugendhaftes Wesen aufgefasst wird.⁴²

Bildhaft gesprochen verhielten sich Liberalismus und Bürgerhumanismus während dieser Zeit wie rotierende Schleifsteine zueinander: Manchmal liefen sie ruhig nebeneinander her, und manchmal sprühten die Funken, weil sie sich streiften. Bis zur Amerikanischen Revolution war im angelsächsischen Kulturraum der republikanische Schleifstein grösser als der liberale. Heute sind wohl nur noch Restbestände dieses Paradigmas in unseren westlich-abendländischen Vorstellungen von Politik, Gesellschaft und Militär feststellbar. Auch für Pocock hat die Sprache des Republikanismus heute nur soweit überlebt, um den Liberalismus mit einem Modus der Selbstkritik und der Selbstreflektion zu versehen.⁴³

Sind wir in diesem Kapitel gleichsam in die liberale Moderne vorgeprescht, gilt es im folgenden Kapitel zurückzugehen, um die klassischen Quellen des bürgerlichen Humanismus kennenzulernen; diejenigen Prämissen, wogegen Hobbes und seine Nachfolger anzukämpfen versuchten.⁴⁴ Der Engländer sollte in seiner Kritik am klassischen Republikanismus nicht allein bleiben. Von ihm ausgehend lässt sich eine ganze Reihe von Autoren – von Montesquieu, David Hume, Jean Louis de Lolme bis Benjamin Constant – identifizieren, welche den partizipatorischen Freiheitsbegriff, die Freiheit des Volkes, in inhärentem Konflikt mit der persönlichen Freiheit des Individuums sahen und letzterer den Vorzug zu geben bereit waren. Gerade die konstitutionelle Sicherung persönlicher Rechte und Freiheiten war das relevante Kriterium für diese "modernen" Autoren des 18. Jahrhunderts, als Modell für eine freiheitliche Verfassung nicht mehr die antiken Republiken Sparta, Athen und Rom, sondern die begrenzte britische Monarchie zu wählen.⁴⁵

⁴² Pocock (1981b), S. 148.

⁴³ Pocock (1987a), S. 341.

⁴⁴ Siehe Hobbes (1651), *Leviathan*, Kap. 29, S. 225f.

⁴⁵ Rahe (1994b), S. 233-247.

2.3 Die "klassischen" Prämissen als Quelle

*Denn Reichtum, Name, Macht ohne Weisheit und
Mass im Leben und der Beherrschung der an-
deren sind voll Schändlichkeit und freien Stolzes,
und keine Form des Staates ist hässlicher als
jene, in der die Reichsten für die Besten gelten.*

CICERO, *De Re publica*

In einem neueren Aufsatz über den klassischen Republikanismus und die Amerikanische Revolution schreibt Gordon S. Wood, ein profunder Kenner des politischen Denkens der "Founding Fathers", die atlantische Welt des späten 18. Jahrhunderts werde zwar zuweilen als Zeitalter der *demokratischen* Revolution bezeichnet, adäquater sei es aber wohl, in ihm ein Zeitalter der *republikanischen* Revolution zu sehen.⁴⁶ Aufgeklärt zu sein bedeutete nach Woods Einschätzung vor allem, interessiert an der Antike zu sein, und dies wiederum, die antiken Republiken Athen, Sparta, Theben und vor allem Rom zu studieren. Speziell fasziniert sei man von den Schriften des goldenen Zeitalters römischer Literatur, Geschichtsschreibung und Philosophie gewesen, der "römischen Aufklärung" zwischen der Mitte des ersten Jahrhunderts v. Chr. bis zur Herrschaft von Mark Aurel in der Mitte des zweiten Jahrhunderts. Diese römischen Autoren – Cicero, Vergil, Sallust, Tacitus und andere – hielten republikanische Ideale und Werte fest, welche ein wichtiges Erbe der westlichen Kultur bleiben sollten.⁴⁷ Die Römer wiederum waren entscheidend vom griechischen politischen Denken beeinflusst, was sich gerade am romanisierten Griechen Polybios zeigen lässt. Polybios wurde als Kriegsgeisel in die Stadt am Tiber verschleppt und versuchte, das griechische Konzept der Mischverfassung auf seine neue Heimat anzuwenden. Weil die griechischen Politikvorstellungen einen so wichtigen Einfluss auf die Römer ausgeübt hatten, wurden in der Folgezeit die griechische Polis und das republikanische Rom durchaus als Einheit wahrgenommen – so beispielsweise durch die Humanisten der Renaissance.⁴⁸

Das Problem stellt sich nun, aus der ganzen Fülle der politischen Philosophie der Antike ein kleines aber anschauliches Gemälde der Theorie der Polis zu malen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Grundlage dieser Theorie, die stoisch-ciceronische Moralphilosophie, stets janusgesichtig war. Sie musste nicht notwendigerweise mit derjenigen Tradition assoziiert sein, die wir heute als "civic", als bürgerrepublikanisch,

⁴⁶ Wood (1990), S. 13.

⁴⁷ *Ibid.* S. 19.

⁴⁸ La Penna (1966), S. 260.

bezeichnen. Aber sie war es oft. Machiavelli nimmt innerhalb der bürgerrepublikanischen Tradition eine zentrale Stellung ein. Als politikwissenschaftlicher Archäologe stiess er zum Kern zentraler klassischer Wertprämissen vor, förderte sie zu Tage und überlieferte diese Politikvorstellungen der frühneuzeitlichen Nachwelt. Trotz seiner eminenten Bedeutung als Mittler zwischen Antike und Moderne brach Machiavelli jedoch mit dem ciceronischen Moralismus in zwei fundamentalen Punkten. Erstens mit dessen Verbindung des Ehrenhaften (*honestum*) mit dem Nützlichen (*utile*): Wo Cicero zwischen der gerechten Herrschaft und dem Gemeinwohl keinen Konflikt festgestellt hatte, war für Machiavelli diese Sichtweise zu optimistisch. Wie er im ersten Buch, Kapitel 9, der *Discorsi* anhand des Beispiels von Romulus ausführt, ist es für einen Republikgründer mitunter unumgänglich, die Gerechtigkeit zugunsten des Gemeinwohls aufzugeben.⁴⁹ Zweitens brach Machiavelli mit der ciceronischen Vision einer *concordia ordinum*. Nicht eine friedliche Eintracht, sondern die ständigen Auseinandersetzungen zwischen dem Volk (*plebe*) und dem Adel (*nobili*) waren für ihn verantwortlich dafür, dass in der römischen Republik gute Gesetze verabschiedet, die Freiheit des Einzelnen erhalten und Rom gross und mächtig wurde. Allerdings verstand der Florentiner diese Auseinandersetzungen nicht als eigentliche Bürgerkriege. Bereits eine Verbannung und vor allem ein Blutvergiessen ging für ihn über den zulässigen und nutzenstiftenden Intensitätsgrad einer solchen bürgerlichen Streitkultur hinaus.⁵⁰ Trotz dieser impliziten Angriffe auf Cicero gibt es in Machiavellis politischem Denken aber auch viele Elemente, die mit den Vorstellungen des redegewandten Verteidigers der römischen *res publica* in Einklang stehen oder zumindest leicht dazu in Einklang zu bringen sind. Beide postulierten den Vorrang des Gemeinwohls vor dem Privatinteresse, forderten die aktive Teilhabe des Bürgers am Staat und präferierten eine Wahlrepublik gegenüber einer Erbmonarchie.⁵¹ Dies erklärt, warum auch nach Machiavelli die geistige Distanz zwischen der Ideologie des Bürgerrepublikanismus und der stoisch-ciceronischen Moralphilosophie stets klein bleiben sollte.⁵² Letztere konnte jedoch auch in Verbindung gesehen werden mit der natur- und römischrechtlichen Jurisprudenztradition. Vor allem jener Strang der Stoa, der einen Dienst am Staat ablehnte und

⁴⁹ Machiavelli (ca. 1513-17), *Discorsi*, I, 9, S. 60-63. Am deutlichsten wird Machiavellis Abneigung gegenüber Cicero bei einem Vergleich von Kap. XVIII des *Principe* mit Cicero, *De officiis*, 13.41.

⁵⁰ Machiavelli (ca. 1513-17), *Discorsi*, I, 4, S. 37-40. Auch Riklin (1998a), S. 9 warnt davor, Machiavellis Toleranz der parteiischen Partikularinteressen überzubewerten.

⁵¹ Vgl. Skinner (1990), S.135-141. Am deutlichsten werden diese Kontinuitäten wohl in den *Discorsi*, II, 2, S. 233. Etwas zu stark betont sie Tuck (1993), S. 20. Im Allgemeinen ist Sallust mit seiner Verbindung von *libertas* – *virtus* – *gloria* der bessere Autor als Cicero, um zwischen Machiavelli und der Antike eine Verbindung aufzubauen.

⁵² Robertson (1985), S. 12.

im Sinne eines Seneca die Notwendigkeit der vollständigen intellektuellen und emotionalen Loslösung von der Politik betonte, wies in diese Richtung. Anders als Seneca hatte Cicero diese Ablehnung der früheren Stoa nicht zur Kenntnis genommen. Seiner Meinung nach durfte der Philosoph sich dem Dienst am Gemeinwesen nicht entziehen und hatte dementsprechend die *vita contemplativa* der *vita activa* unterzuordnen.⁵³ Die stoische Moralphilosophie musste demnach nicht notwendigerweise mit einer *republikanischen*, sondern konnte durchaus auch mit einer *monarchischen* Brille betrachtet werden. Mussten längst nicht alle späteren Republikaner auch klassisch inspiriert sein, führte die antike politische Philosophie auch nicht zwangsläufig zu einer republikanischen Gesinnung hin.⁵⁴

Problemlösungen bietet das Werk von Hannah Arendt an, in dem die Vorstellungswelt der antiken Polis eine zentrale Rolle spielt. Gerade ihre eigenen Erfahrungen mit dem tyrannischen Regime eines Führerstaates im nationalsozialistischen Deutschland führten dazu, dass bei ihr eine republikanische Interpretation antiken Denkens dominiert. Es ist kein Zufall, dass Pocock und seine Jünger bei ihrer Konstruktion des klassisch-republikanischen Paradigmas massgeblich durch Arendt beeinflusst waren.⁵⁵

Nach Arendt ist es für die Beschreibung der Erfahrungswelt der Polis und der daraus abgeleiteten politischen Philosophie entscheidend, zwischen der öffentlichen Sphäre der Politik und des Krieges einerseits sowie der privaten Sphäre der Wirtschaft und der Familie andererseits zu unterscheiden. Sie sieht in dieser Trennung die selbstverständliche und axiomatische Grundlage des politischen Denkens der Antike. Allerdings merkt sie an, dass sich bei Plato und Aristoteles diese Trennung bereits zu verwischen beginnt. Bei beiden findet sich bereits eine Verengung der freien Lebensweise, der *vita activa*, vom Sprechen und Handeln des politischen Bürgers hin zur Kontemplation des Philosophen.⁵⁶ Dieser Einschränkung gilt es sich bewusst zu sein, wenn die Trennung von öffentlicher und privater Sphäre in den folgenden Kapiteln als "klassisch-aristotelisch" bezeichnet wird und von der partizipatorischen Lebensform des Bürgers, dem *vivere civile*, als der aktivsten oder besten Lebensform innerhalb der aristotelischen Tradition gesprochen wird.⁵⁷

⁵³ Siehe Cicero, *De officiis*, I, 20.69-21.71, und die Anmerkungen von Gunermann, S. 346f., Endnote 122.

⁵⁴ Vgl. Robertson (1985), S. 11f.

⁵⁵ Siehe Pocock (1975), S. 550; Ders. (1981b), S. 146; Banning (1986), S. 17f., und für weitere Belege Rahe (1994a), III, S. 251, Fussnote 15.

⁵⁶ Vgl. Arendt (1967), S. 24ff.

⁵⁷ Vgl. Pocock (1968), S. 40; Ders. (1975), S. 40, und die Kritik von Hexter (1979), S. 260.

Die private Sphäre des Haushalts (*oikos*), wovon sich der Begriff der Ökonomie ableitet, war im griechischen Denken dadurch gekennzeichnet, dass es dem Leben selbst und seiner Erhaltung diene. Das Arbeiten und das Herstellen wurden mit Geringschätzung betrachtet, weil sie lediglich dazu dienten, das Notwendige und das Nützliche zu produzieren und dadurch den Nöten und Wünschen der Menschen unterworfen waren. Die Arbeit als Lebensweise des Sklaven, die herstellende Tätigkeit des freien Handwerkers (*banauos*) und das auf Erwerb gerichtete Leben des Kaufmannes wurden als *blosses* und nicht als *gutes*, tugendhaftes Leben betrachtet. Sie stellten keine Lebensweise dar, die eines freien Mannes würdig ist, und in der sich Freiheit manifestiert.⁵⁸

Interessant ist dabei, dass die Griechen die Arbeit nicht darum geringschätzten, weil sie vornehmlich von Sklaven ausgeführt wurde. Es war vielmehr umgekehrt: Die Sklaven wurden als minderwertig betrachtet, weil sie einer Tätigkeit nachgingen, welche sich durch das Gezwungenwerden durch das Leben selbst auszeichnete. Sklaven waren keine Menschen, sondern nur Vertreter der menschlichen Gattung. Sie konnten auch materiellen Besitz erlangen. Der unter Umständen beträchtliche Privatbesitz eines römischen Sklaven, das *peculium*, konnte sogar eigene Sklaven umfassen.⁵⁹ Besitz war jedoch nicht gleichbedeutend mit Eigentum. Es konnte auch vorkommen, dass ein Sklave aus der Sicht des materiellen Wertes mehr besaß als ein freier Bürger. Was ihm fehlte war das Eigentum im Sinne einer Eigenheit oder Eigenschaft, wie es im Englischen noch in der semantischen Nähe von *property* und *propriety* widerhallt. Noch im 17. Jahrhundert wurden in England beide Begriffe gleichbedeutend verwendet.⁶⁰ Die Eigenschaft des freien Mannes zeichnete sich in der Polis dadurch aus, dass er den Einschränkungen des Lebens und den von ihnen geschaffenen Verhältnissen entzogen war. Er war in jedem Augenblick Herr seiner Zeit und seines Aufenthaltsortes. Was diese Eigenschaft begründete, war die Tatsache, dass er einem Haushalt und einer Familie vorstand. Eigentum wurde somit von den Griechen nicht als *Objekt* angesehen, zu dessen Schutz man in den Gesellschaftsvertrag einwilligt, sondern als eigenschaftliche *Voraussetzung* zur Teilhabe am öffentlichen Leben. Dies hatte nebst dem ideologischen auch einen rein materiellen und praktischen Hintergrund, indem der Bürgersoldat für seine Bewaffnung und Ausrüstung selber aufkommen musste. Die Waffen wurden zwar individuell angeschafft, durften jedoch nur im Interesse der Öffentlichkeit eingesetzt werden. Das Eigentum besaß somit nicht die Funktion, dem Einzelnen Profit und Luxus zu ermöglichen, sondern seine Unabhängigkeit und Musse zu gewährleisten. Ohne Eigentum, so glaubte man, war man zwangsläufig zum Dienen

⁵⁸ Der Gedanke findet sich beispielsweise in Aristoteles, *Politik*, 1328b.

⁵⁹ Arendt (1967), S. 430, Fussnote 60.

⁶⁰ Vgl. Pocock (1980), S. 106.

verurteilt; und ohne das öffentliche Monopol auf Waffen musste die Bürgerschaft des Menschen notwendigerweise korrumpieren.⁶¹

Isaac Kramnick hat aus diesem Grunde recht, wenn er schreibt, der klassische Republikanismus sei eine Ideologie der *Musse* und der Liberalismus eine Ideologie der *Arbeit*.⁶² Die Umdeutung der Arbeit von einer niederen Tätigkeit zu einer eigentumschaffenden durch John Locke und zur Quelle des Reichtums durch Adam Smith, war ein entscheidender Schritt in der Entwicklung des neuzeitlichen Liberalismus.⁶³ Allerdings wäre es falsch, sich unter der antiken *Musse* eine persönliche Freizeit vorzustellen. *Musse* zu haben, bedeutete frei zu sein von den alltäglichen Lebenssorgen, um sich den öffentlichen Aufgaben der Politik und des Krieges widmen zu können.⁶⁴ Der griechische Bürger überschritt jeden Tag die tiefe Kluft zwischen seinem Haushalt und dem öffentlichen Versammlungsort, wo die Bürgergemeinschaft der politischen Tätigkeit des Handelns und des Sprechens nachging. Angesichts dieser Kluft wäre die Vorstellung des Staates als kollektiver Haushalt, wie sie der moderne Begriff *politische Ökonomie* ausdrückt, im antiken Denken in sich widerspruchsvoll gewesen.⁶⁵ Was ökonomisch war, war zugehörig zum schieren Leben, nötig zum Überleben der Gattung und dadurch *per se* nicht-politisch definiert.

Die moderne, liberale Vorstellung eines Individualrechtes *gegenüber* dem Staat setzt die für das neuzeitliche Denken zentrale Vorstellung einer vom Staat getrennten *bourgeois*-bürgerlichen (Wirtschafts-) *Gesellschaft* voraus. In der Antike war die *Bürgergemeinschaft* nicht vom Staat, der Polis oder der *res publica* getrennt, sondern identisch mit diesem. Auf der politischen Ebene war die Freiheit beinahe gleichbedeutend mit der Gleichheit, weil man nur unter seinesgleichen frei sein konnte. Despoten wie der persische König waren nicht frei, weil das Leben eines Herrschers nicht als Lebensweise eines freien Mannes gesehen wurde. Die Herrschaft eines Einzelnen hätte den politischen Bereich zerstört, weil dieser gerade durch die Gleichheit gekennzeichnet war. Die Haushaltsordnung beruhte auf Ungleichheit und Zwang. Dies war gerechtfertigt, weil nur ein solches Verhältnis ermöglichte, das präpolitische Phänomen der physischen Notwendigkeit zu beherrschen. In der politischen Sphäre der Polis gab es im Gegensatz dazu nur Gleiche. Die Gleichheit war ein moralischer Imperativ im Sinne einer kollektiven Garantie des Gemeinwohls, der *res publica*, und kein Anspruch

⁶¹ Aristoteles, *Politik*, 1329a.

⁶² Kramnick (1990), S. 1.

⁶³ Arendt (1967), S. 119.

⁶⁴ Vgl. Rahe (1994a), I, S. 19.

⁶⁵ *Ibid.*, S. 39.

auf die Sicherung des Rechtes eines jeden auf das Seine.⁶⁶ Freisein bedeutete weder Herrschen noch Beherrschtwerden, weil es eine hierarchische Herrschaftsbeziehung nur innerhalb der privaten Sphäre geben konnte. Andererseits waren Recht und Gesetz auch nur innerhalb des öffentlichen politischen Bereichs denkbar. In der Antike mag es zwar milde und gestrenge Herren gegeben haben, nicht jedoch Recht und Gesetz im Verhältnis zwischen Diener und Herr. Nur der Herr selbst, sofern er nicht nur Sklavenhalter, sondern auch Bürger war, unterstand dem Gesetz, welches um des Staates willen seine Hausmacht beschneiden konnte. In der Bürgerversammlung suchte man durch Worte zu *überzeugen*, und nicht durch Zwang oder Gewalt zu *befehlen*. Die Gewalt wurde als eine präpolitische Art des Menschenumgangs wahrgenommen, welche nur im Leben ausserhalb der Polis, im Verkehr mit den Angehörigen des Hauses und der Familie ihren Platz hatte.⁶⁷ In diesem Verhältnis war der Bürger jedoch nicht frei, sondern wie der persische König im Grunde ein Despot. Freiheit konnte es in diesem Bereich der menschlichen Bedürfnisse und Lebensnotwendigkeiten in der Vorstellung eines Griechen gar nicht geben.⁶⁸

Die Ungleichheiten bildeten in den antiken Stadt-Staaten stets die Mehrheit der Bevölkerung, was ganz entscheidende Konsequenzen auf das Verhältnis der Bürger untereinander mit sich brachte. Die klassische Republik war nicht nur eine *Versammlung*, sondern vielmehr eine offene *Verschworung* Gleichgesinnter.⁶⁹ Die ständige Bedrohung der Gemeinschaft durch den Rest der Bevölkerung liess die Bürger zusammerrücken. Nicht Kontrakte wie in einer liberalen Marktgesellschaft, sondern persönliche Freundschaften zeichneten das politische Verhältnis der Bürger untereinander aus. Durch für uns heute kaum noch nachvollziehbare homoerotische Art und Weise wurde in den griechischen Stadtstaaten – allen voran Sparta – versucht, die Hoplitengemeinschaft zusammenzuschweissen. Das ganze System funktionierte nur, solange die Zahl der Bürger in engen Grenzen gehalten werden konnte, weil sonst die arbeitende Schicht die politisierende Klasse nicht mehr hätte ernähren können. Dieser Tatsache waren sich die Bürger der antiken Republiken auch ständig bewusst. Die Bedrohung war verantwortlich dafür, dass das gute Leben eines Bürgers so anspruchsvoll war. Vor allem setzte das gute Leben Mut voraus. Mut war erstens nötig, um die Kluft zwischen

⁶⁶ Pocock (1981b), S. 144.

⁶⁷ Rahe (1994a), I, S. 37.

⁶⁸ Auch Cicero schreibt in *De re publica*, III, 31.43, dass es in einem eigentlichen Staat (*res publica*) eine Gewaltherrschaft nicht geben kann: "Wo also ein Tyrann ist, dort, muss man sagen, ist nicht ein verdorbenes, wie ich gestern sagte, sondern, wie jetzt der Gedanke zwingend zeigt, überhaupt kein Gemeinwesen." Auch in *De officiis*, II, 8.29 impliziert er, dass Rom nur unter der traditionellen Verfassung einen wirklichen Staat (*rem vero publicam*) darstellte.

⁶⁹ Vgl. Pocock (1983), S. 159.

privatem und öffentlichem Leben zu überwinden; zweitens, um sich im rhetorischen und kriegerischen Wettbewerb um Ruhm und Ehre mit seinen Mitbürgern zu messen und auszuzeichnen. Von Platon leitet sich die klassische Liste der Kardinaltugenden her, die in ihrer latinisierten und in Ciceros *De officiis* popularisierten Fassung *prudentia* (Klugheit), *sapientia* (Weisheit), *temperantia* (Besonnenheit) *iustitia* (Gerechtigkeit) und *fortitudo* (Tapferkeit) heissen. Die Bedeutung des Mutes ist somit schon einmal dadurch relativiert, dass er nur eine von mehreren Kardinaltugenden ist. Zudem bezieht sich die Tapferkeit bei Cicero, wie schon bei Platon, nicht nur auf die Kriegstaten. Weil Cicero, in Anlehnung an die Stoiker, die Tapferkeit in einem weiteren Sinne als "die für die Gerechtigkeit kämpfende Tugend"⁷⁰ definiert, schätzt er den Mut des Staatsmannes sogar höher ein als denjenigen des Feldherren: " ... so haben sich viele [tapfere] Taten des Friedens als grösser erwiesen und glanzvoller als solche des Krieges."⁷¹ Auch die aristotelischen Tugenden sind eher kooperativ als kriegerisch. Die Bürgermiliz spielt im Denken von Aristoteles nur eine sekundäre Rolle. Trotzdem blitzt der Milizgedanke an verschiedenen Orten auf.⁷²

In der *Praxis* der Antike jedoch bedeutete politische Tugend für den Normalbürger vor allem eines: Tapferkeit im Kriege. Selbst Aristoteles schreibt in diesem Sinne im dritten Buch der Politik, dass die kriegerische Tüchtigkeit die Tugend der Massen sei, diejenige Tugend, welche die "Vielen" gegenüber den "Wenigen" und dem "Einen" am ehesten auszeichne.⁷³ Dieses Verständnis des kriegerischen Mutes als *die* Kardinaltugend des politischen Bürgers überhaupt war es denn auch, das die römischen Historiker im Allgemeinen und Sallust im Speziellen der Nachwelt überlieferten. Sallust beschreibt im siebten Kapitel von *Bellum Catilinae* über die catilinsche Verschwörung von 63 v. Chr. das ausserordentlich schnelle Wachstum der römischen Republik nach Vertreibung der Tarquinier-Könige und deren Ersetzung durch ein freigewähltes Regime von Magistraten. Gemäss Sallust erfüllte die freiheitliche Ordnung die Römer mit dem Durst nach Ruhm und mit der Bereitschaft, ihre (kriegerischen) Talente in den Dienst des Staates zu stellen. Mit seiner Verbindung von Volksregierung, territorialer Expansion und imperialer Macht, von *libertas*, *virtus* und *gloria* übte Sallust auf Leonardo Bruni und Machiavelli einen entscheidenden Einfluss aus.⁷⁴ In diesem Zusammenhang ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass Machiavelli seine republikani-

⁷⁰ Cicero, *De officiis*, I, 19.62.

⁷¹ *Ibid.*, 22.75.

⁷² Wie im dritten Buch der *Politik* und vor allem in der *Nikomachischen Ethik*, III, 1116a16-b23.

⁷³ Aristoteles, *Politik*, 1279a35-b4 und 1329a13.

⁷⁴ Den Einfluss Sallusts auf Leonardo Bruni und Niccolò Machiavelli untersucht Osmond (1993), S. 410-430. Schellhase (1976) zeigt die Wirkung von Tacitus auf Bruni (S. 17-24) und auf Machiavelli (S. 66-84).

schen *Discorsi sopra la prima Deca di Tito Livio* über ein historisches und nicht über ein philosophisches Werk verfasste. Für den gemeinen Griechen und Römer waren der kriegerische Mut und die Unabhängigkeit notwendige Voraussetzungen des Menschseins an sich.⁷⁵

Während der moderne Bourgeois nicht leicht dazu überredet werden kann, sein Leben für eine liberale Marktgesellschaft zu riskieren, hatte der antike Bürger schlicht keine andere Wahl. Die antiken Städte waren im Vergleich zu den mittelalterlichen und vor allem neuzeitlichen Städten mehr Konsum- als Produktionszentren.⁷⁶ Weil die antike Republik keine friedliche Vereinigung von Händlern darstellte, sondern eine Bruderschaft von Kriegern, sahen sowohl die Motivationsquelle als auch die Belohnung für kriegerischen Mut anders aus als heute. Freundschaft, Ehre und Ruhm auf der einen, oder Schande auf der anderen Seite waren in erster Linie die Quellen kriegerischen Mutes und nicht finanzielle Anreize. So schreibt Aristoteles über die Tapferkeit des Staatsbürgers in der *Nikomachischen Ethik*, dass diese wegen der Tugend entstehe, wegen dem Verlangen nach dem Edlen (nämlich der Ehre) und der Meidung des Tadels. Nicht der Zwang, sondern das Ehrgefühl stelle das probate Motivationsmittel eines wahrhaft tapferen Staatsbürgers dar.⁷⁷ Paul A. Rahe bringt den Unterschied zwischen moderner und antiker Quelle kriegerischer Tapferkeit auf den Punkt: "For profit, men may kill. It is for love and glory that they will sometimes die."⁷⁸

Nach Hannah Arendt unterscheidet die Bedeutung des Mutes grundlegend das politische Denken der Antike von demjenigen des Mittelalters. Im Mittelalter wusste man ihrer Meinung nach nichts von einer Kluft zwischen dem gesicherten Leben der Familie und der erbarmungslosen Ausgesetztheit des Bürgers in der Öffentlichkeit der Polis. Deshalb postulierte man auch nicht den Mut als Kardinaltugend des Politischen. Machiavelli nahm diese Trennung wieder wahr. Er erkannte erneut die Bedeutung des bürgerlichen Mutes zum Eintritt in die kriegerisch-politische Sphäre und suchte ihn entsprechend zu fördern.⁷⁹ Für den Florentiner Staatsdenker zeichnet sich der tugendhafte Bürger vor allem dadurch aus, dass er Mühen, Gefahren und Ruhm als einzigen Lohn des Krieges anstrebt.⁸⁰ Ist für Aristoteles der Mensch natürlicherweise veranlagt zum *zoon politikon*, liegt es für Machiavelli in dessen Natur, Liebe zum Vaterland zu

⁷⁵ Siehe Aristoteles, *Politik*, 1325a.

⁷⁶ Hierbei stützt sich Arendt (1967), S. 432, Fussnote 71, auf Max Weber.

⁷⁷ Aristoteles, *Die Nikomachische Ethik*, III, 1116a20-b2.

⁷⁸ Rahe (1994), I, S. 97.

⁷⁹ Arendt (1967), S. 45.

⁸⁰ Machiavelli (1521), *Dell'Arte della Guerra*, I, S. 167: "... questi uomini buoni, e che non usano la guerra per loro arte, non vogliono trarre di quella se non fatica, pericoli e gloria"; *Die Kriegskunst*, I, S. 14.

empfinden.⁸¹ Auch Gerald Stourzh schreibt in diesem Sinne, Machiavelli habe seine Inspiration eher in der Praxis der Antike als in deren Philosophie gefunden.⁸² Dass Machiavelli das Konzept bürgerlicher Tugend politisierte, bedeutete vor allem, dass er die militärisch-männliche Kontextualisierung dieser Tugend in der Antike wieder aufnahm. Er destillierte denjenigen praktischen Kern der politischen Qualität der Tugend heraus, den der ciceronische Moralismus mit der Voranstellung der Gerechtigkeit als Königin der Tugenden ein Stück weit "verwässert" hatte.⁸³

Den politischen Mut des klassischen Bürgers mit "Zivilcourage" zu übersetzen, wäre zwar wörtlich richtig, würde jedoch die inhaltliche Bedeutung völlig auf den Kopf stellen. Dieser Mut war unentrinnbar mit der Vorstellung des Öffentlichen gekoppelt, weil man vortrefflich nur sein konnte, wenn andere zugegen waren. Demgegenüber geht das moderne Begriffsverständnis davon aus, Zivilcourage spiele vor allem im privaten Bereich der zivilen Bürger- und Wirtschaftsgesellschaft eine Rolle. Was einen Sklaven aus der Sicht der Antike vor allem charakterisierte, war dessen übergrösse Liebe zum Leben. Bezeichnenderweise waren im Altertum die Sklaven meist besiegte Kriegsgefangene und wurden nicht schon in die Sklaverei geboren. Anders als in der römischen Republik waren griechische Sklaven meist auch Griechen. Da sie die Möglichkeit der Selbsttötung verschmähten und das Leben vorzogen, erbrachten sie den sichtbaren Beweis, dass sie von ihrer Herkunft her nicht dazu geeignet waren, frei und Bürger einer Polis zu sein. Nur vor diesem Hintergrund wird klar, weswegen Aristoteles die für uns unfassbare Annahme ausspricht, es gebe Vertreter der menschlichen Gattung, die von "Natur aus" Sklaven seien.⁸⁴ Sklaven waren beim Test ihrer Bürgereigenschaft durchgefallen, weil sie Feigheit nicht nur vor dem Feind, sondern vor allem auch vor ihren Mitbürgern gezeigt hatten.⁸⁵

Während die mykenischen Krieger gemäss den Schilderungen in Homers Heldenepen *Ilias* und *Odysee* einander mit Streitwagen und im Zweikampf begegneten, kämpften die Hoplitzen im Zeitalter der griechischen Stadtstaaten (7. bis 4. Jahrhundert v. Chr.) bezeichnenderweise in einer starren Schlachtformation. Nichts mag wohl die Bedeutung des Mutes, dessen Bezug zur Öffentlichkeit sowie die kollektive Bürgergemeinschaft besser zu versinnbildlichen als die spartanische Hoplitzenphalanx: Schulter an Schulter, üblicherweise in einer Tiefe von acht Mann und auf offenem Terrain,

⁸¹ *Ibid.*, IV, S. 256: "L'amore della patria è causato dalla natura"; *Die Kriegskunst*, IV, S. 117.
⁸² Stourzh (1970), S. 132.

⁸³ In *De officiis*, I, 7.20, schreibt Cicero, in der Gerechtigkeit sei der Glanz männlicher Tugend am grössten: "... iustitia, in qua virtutis splendor est maximus". Der Ausdruck "Verwässung" findet sich bei Robertson (1985), S. 12.

⁸⁴ Aristoteles, *Politik*, 1254a-1255a.

⁸⁵ Vgl. Arendt (1967), S. 46 und S. 425f., Fussnote 30.

stand eine Phalanx dem Feind gegenüber. Jeder Hoplit war mit einem kurzen Schwert und einem langen Speer ausgerüstet, den er auf den Feind richtete. Der mit der linken Hand getragene Rundschild deckte neben dem Grossteil des eigenen Körpers auch teilweise die rechte Seite des Nebenmannes ab. In der griechischen Polis gab es keine Dienstverweigerung aus Gewissensgründen und keine Schreibtischsoldaten. Was das griechische Schlachtfeld aber vor allem vom modernen Infanteriekampf unterschied, war der Umstand, dass es keine Deckung und damit auch kein Verstecken vor der Öffentlichkeit gab. Sobald sich ein Hoplit vor Wurfspeeren, Pfeilen oder geschleuderten Steinen aus dem Staub zu machen suchte, bekamen das alle mit. Jeder war nicht nur seinem unmittelbaren Nebenmann als Bodyguard verantwortlich, sondern auch allen übrigen auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Die Stärke der Kette war letzten Endes vom schwächsten Glied abhängig. Wenn auch nur einer versagte und es dadurch dem Feind gelang, mit Kurzwaffen in die starre Formation einzubrechen, war eine Katastrophe die Folge.⁸⁶ Dass die Griechen vor allem auf die Hoplitaphalanx vertrauten, obwohl das weitgehend gebirgige Terrain dem eigentlich entgegenstand, illustriert, wie stark diese Schlachtformation ihren politischen und moralischen Wertvorstellungen entsprechen musste.⁸⁷

Dieselbe inhärente Verbindung zwischen Wehrverfassung und Staatsverfassung lässt sich auch in der römischen Republik feststellen. Schon ab dem 6. Jahrhundert v. Chr. wich der noble Einzelkampf dem Gefecht in der Schlachtreihe mit dem schwerbewaffneten Fusssoldaten in seinem Zentrum. Die Reiterei, welche sich aus den reicheren Nobiles (früher: Patrizier) rekrutierte, wurde gewöhnlich an den Flügeln der Formation aufgestellt und spielte im Allgemeinen nur eine sekundäre Rolle. Bezeichnenderweise liess sich die römische Republik ihre Reiterei auch meist aus den Reihen der Bundesgenossen stellen.⁸⁸

Dass die politische Tugend in der Antike vor allem eine männlich-kriegerische Tugend darstellte, lässt sich auch begriffsgeschichtlich herleiten: Im Griechischen sind die Begriffe Mut (*andreia*) und Mann (*anêr/andra*) miteinander verwandt. Mutig oder tapfer zu sein bedeutete, wie ein Mann zu handeln. Dieselbe etymologische Verbindung besteht auch im Lateinischen zwischen *vir* und *virtus*.⁸⁹

⁸⁶ Vgl. Rahe (1994a), S. 109. Ein vergleichbares Debakel ereignete sich 1386 in der Schlacht bei Sempach, als es den Eidgenossen dank Winkelried gelang, in die starre phalanx-ähnliche Formation österreichischer Ritter einzudringen. Die Ähnlichkeit bemerkte schon Machiavelli (1521), *Dell'Arte della Guerra*, II, S. 188; *Die Kriegskunst*, II, S. 40.

⁸⁷ Siehe Manicas (1989), S. 16.

⁸⁸ Bleicken (1995), S. 163.

⁸⁹ Berry (1994), S. 59.

Die männlich-militärische Kontextualisierung des politischen Denkens der Antike erklärt, weshalb die Tätigkeit der Landbearbeitung oft von der Verachtung physischer Arbeit ausgenommen wurde.⁹⁰ Bereits bei den Griechen wurde die Wehrtüchtigkeit mit der ländlichen Arbeit in Verbindung gebracht – so in Xenophons *Oikonomia*. Für Xenophon war der Landbau der körperlichen Ertüchtigung und damit der männlichen Bürgertugend förderlich. In den Handwerkern dagegen sah er nicht nur schlechte Freunde, sondern vor allem auch schlechte Verteidiger des Vaterlandes, weil er deren Körper durch ihre Tätigkeiten ruiniert sah. Während der Ackerbau Männlichkeit, innere Ausgeglichenheit, ein moderates Auskommen und Ehrfurcht vor den Göttern schuf, musste die Handwerks- und Lohnarbeit zu einer Verweich- und Verweiblichung der Seele führen. Auch Aristoteles bezeichnet in der *Politik* die Ackerbau treibende als die beste Bevölkerung für eine Demokratie. Handwerker, Kaufleute und Tagelöhner sieht er als das schwierigste und schlechteste demokratische Volk an, weil solche Beschäftigungen keiner Tugend (*arete*) bedürfen.⁹¹

Auch im republikanischen Rom war der Landbau freier Männer von der Missachtung der Arbeit ausgenommen, weil bis zum 2. Jahrhundert v. Chr. die Wehrverfassung auf der bäuerlichen Tradition beruhte. Weil die römischen Bürger fast ausschliesslich Bauern waren, konnten Handwerker und Händler in der Republik niemals eine Gruppe bilden, der politisches Eigengewicht zukam.⁹² In *De agri cultura* von Marcus Cato finden sich annähernd die gleichen agrarrepublikanischen Werte wie bei Xenophon wieder.⁹³ Überhaupt sollte der antike Agrarrepublikanismus eine lange Geschichte haben. Noch gegen Ende des 18. Jahrhunderts wird Thomas Jefferson in seinen *Notes on the State of Virginia* schreiben, dass die freien Bauern die tugendhafteste Grundlage eines Staates darstellen. Die Lohnarbeiter, ja sogar Handwerker seien dagegen wegen ihrer Abhängigkeit gegenüber einem Herren zu einem gewissen Grade korrupt: "... carpenters, masons, smiths, are wanting in husbandry".⁹⁴

In der Antike wurde das *Landeigentum* des freien Bürgers nicht als Mittel zur Erzielung eines persönlichen Profites angesehen. Es stellte einen Raum dar, der beim Hausherrn die Bereitschaft zur Verteidigung der Polis gewährleisten sollte. Das Land-

⁹⁰ Foshee (1985), S. 527, findet eine solche Wertschätzung bei Hesiod, Platon, Aristoteles, Cicero, Vergil und vor allem bei Xenophon und Marcus Cato. Sowohl bei Platon als auch bei Aristoteles liessen sich jedoch auch Passagen mit geringerer Anerkennung zitieren.

⁹¹ Aristoteles, *Politik*, 1318b-1319b. An anderer Stelle setzt Aristoteles die Ackerbauern jedoch auf die gleiche, niedrige Stufe wie die Handwerker, Händler und Lohnarbeiter. Siehe 1317a 23 und 1330a 26.

⁹² Bleicken (1995), S. 19.

⁹³ Vgl. Foshee (1985), S. 529-530.

⁹⁴ Jefferson (1787), *Notes on the State of Virginia*, S. 217.

eigentum war die psychologische und die Landbearbeitung die physische Voraussetzung bürgerlicher Soldatentugend. Die Griechen spürten instinktiv, dass mit dem Handel und dem Gewerbe eine Differenzierung der gesellschaftlichen Interessen einhergehen musste, welche der bürgerlichen Solidarität und dem moralischen Konsens diametral entgegenstand. In diesem Zusammenhang ist interessant, dass Platon seine Idealstadt nicht an der Küste, sondern ein Stück weit im Landesinneren ansiedelt: "Denn die Nähe des Meeres bietet zwar Tag für Tag ihre süßen Reize dar, in Wahrheit aber ist es eine salzige und bittere Nachbarschaft. Indem sie nämlich Bürger mit Handelsgeist und krämerischer Gewinnsucht erfüllt und ihren Seelen einen trügerischen und unzuverlässigen Charakter einflösst, so entfremdet sie sie der Treue und dem Wohlwollen gegen einander so wie gegen andere Menschen."⁹⁵

Händler und Handwerker besaßen in den Augen der Griechen zwar persönlichen Besitz, jedoch kein wirkliches Eigentum, weil ein solches nur der Boden darstellen konnte – wobei im englischen Ausdruck *real estate* dieser Gedanke noch widerhallt. Deshalb vermuteten sie, dass Händler und Handwerker weniger bereit sein würden, für die Gemeinschaft zu kämpfen als die freie Bauernschaft.⁹⁶ Trotzdem war es keiner griechischen Polis möglich, auf den Handel gänzlich zu verzichten. So suchte man die Bürgergemeinschaft vor dem schädlichen Einfluss des Marktes zu schützen. Die Spartaner beispielsweise verzichteten bewusst auf die Prägung von Geldmünzen und verboten den Besitz von Gold und Silber.⁹⁷ Ein beliebtes Mittel stellten die schon von Aristoteles als althergebrachte bezeichneten Ackergesetze dar. Nach diesen war es verboten, über ein bestimmtes Mass hinaus Land zu erwerben oder die ursprünglichen Güter zu verkaufen.⁹⁸ Trotz der grundsätzlichen Tolerierung des Marktes gab es bezeichnenderweise in keiner Polis einen solchen für Grundstücke.⁹⁹ Auch der Gedanke eines Ackergesetzes sollte eine lange Karriere haben. Noch 1776 stellten in der Diskussion um die neue Verfassung für Pennsylvania radikale Whigs die Forderung nach einem solchen Gesetz auf. Ein ursprünglicher Entwurf zur Declaration of Rights von Pennsylvania enthielt den Passus: " ... that an enormous Proportion of Property vested in a few Individuals is dangerous to the Rights, and destructive of the Common Happiness, of Mankind."¹⁰⁰

⁹⁵ Platon, *Nomoi*, IV, 705a. Siehe auch Aristoteles, *Politik*, 1327a32-40.

⁹⁶ Vgl. Rahe (1994), I, S. 46.

⁹⁷ *Ibid.*, S. 125.

⁹⁸ Aristoteles, *Politik*, 1319a5-20.

⁹⁹ Rahe (1994), I, S. 75.

¹⁰⁰ Zit. in Wood (1969), S. 89.

Im Altertum gab es zwar keine Arbeitsteilung, wohl aber eine Berufsteilung. Der Gedanke, dass der Krieg und die Politik einen Beruf darstellen könnten, wäre einem Griechen jedoch völlig absurd erschienen. Für ihn war eine berufliche Tätigkeit nur in der Sphäre des Haushaltes vorstellbar. Die öffentliche Sphäre, die Polis, hing von der persönlichen Identität des "zivilen" Bürgers und des Soldaten ab. Auch wenn der Spartaner, im Gegensatz zu den Hoplitzen der anderen Stadtstaaten, sein ganzes Leben dem Kriegsdienst widmete, wäre es deshalb irreführend, ihn als Berufssoldaten zu bezeichnen. Obwohl ein "full-time soldier", blieb der Spartaner in seiner eigenen Vorstellung ein Bürgersoldat, ein "full-time citizen". Gerade die Fähigkeit Krieg zu führen, machte ihn zum politischen Bürger und befreite ihn aus der ökonomischen Sphäre der physischen Notwendigkeiten, der Arbeit und des Beruflichen. Platon orientiert sich in der *Politeia*, in der er den theoretisch besten Staat entwirft, in diesem Sinne an der spartanischen Militärverfassung:

Wenn wir also unseren ersten Grundsatz aufrecht erhalten wollen, dass nämlich unsere Wächter aller anderen Berufe enthoben und in genauem Sinne nur Wahrer der Freiheit der Stadt sein und sonst nichts betreiben sollen, was nicht diesem Zwecke dient, dann dürfen sie eben gar nichts anderes tun und auch nichts nachahmen.¹⁰¹

Die Vorrangstellung der politischen gegenüber der wirtschaftlichen Sphäre und die Geringschätzung physischer Arbeit setzte die antiken Gemeinwesen allerdings der Gefahr aus, Handel und Gewerbe dem Fleiss und Unternehmertegeist der Sklaven und der Ausländer überlassen zu müssen. Mit der Priorität der militärisch-politischen Sphäre ging auch eine starke Skepsis gegenüber dem technischen Fortschritt einher. Man hatte Angst davor, dass technische Erleichterungen die martiale Bürgertugend in Mitleidenschaft ziehen würden. Weil in der Antike der Bürgerpatriot ein statisches Ideal darstellte, steht es in totalem Gegensatz zum dynamischen *homo oeconomicus* der Moderne. Dieser strebt danach, die Vielzahl seiner individuellen Bedürfnisse zu stillen und seine Kultur in einem zeitlichen Prozess positiv umzugestalten.¹⁰² Bezeichnenderweise hatte Athen als die am wenigsten illiberale, anti-kommerzielle und verhältnismässig kosmopolitische Polis den Ruf, gegenüber Neuerungen aufgeschlossen zu sein.

Heute wird im westlich-abendländischen Denken ein staatliches Gemeinwesen nach Kriterien gemessen, welche sehr stark auf das Individuum bezogen sind. Ein "guter", stabiler Staat ist jener, der individuelle Menschenrechte garantiert, und in dem möglichst viele Bürger privaten Wohlstand erlangen können. Instabile Staaten sind solche, die arm sind oder ihren Einwohnern die universal anerkannten Grundrechte vorenthal-

¹⁰¹ Platon, *Politeia*, III, 395a-e.

¹⁰² Vgl. Pocock (1968), S. 44.

ten. Im Altertum und bis in die frühe Neuzeit hinein war eine andere Perspektive vorherrschend: Als Gefahr für einen Staat wurde nicht nur dessen Armut, sondern mindestens ebenso dessen Reichtum gesehen. Ein guter Staat war derjenige mit den tugendhaftesten und nicht mit den reichsten Bürgern. Weil die Tugendhaftigkeit in der antiken Praxis als eine grundlegend männliche, martiale Eigenschaft wahrgenommen wurde, stand sie in einem ständigen Spannungsverhältnis zum privaten Reichtum. Tugendhaft waren Staaten, welche miteinander Krieg führten und ihn im besten Falle auch gewannen. Weil man davon ausging, dass sich bürgerliche Tugend in kriegerischen Erfolgen manifestierte und letztere regelmässig Landeroberungen zur Folge hatten, war der imperiale, ausgreifende Staat ein "guter" Staat. Dies im Sinne der von der griechischen und römischen Geschichtsschreibung überlieferten Praxis – wenn auch nicht im Sinne vieler klassischer Philosophen. Allerdings galt dies auch nur bis zu einem gewissen Grade. Verschiedene Beispiele vom makedonischen Königreich Alexanders des Grossen bis zur römischen Republik offenbarten bereits der Antike die korrumpierenden Gefahren eines übermässigen, unverdaulichen Territorialzuwachses. Vor allem die Eroberung eines korrupten Staates konnte sich für den Eindringling als troyanisches Pferd herausstellen. In der von Machiavelli übernommenen Darstellung der römischen Historiker wurde denn auch der genügsame römische Bürgersoldat durch den Luxus des Ostens angesteckt, verweichlicht und degeneriert. Dies hatte letztendlich den Untergang der Republik zur Folge.¹⁰³

In der modernen Vorstellungswelt hat sich das Verständnis des Expansions-Begriffes gewandelt. Kriegerisches, territoriales Ausgreifen eines Staates wird heute nicht mehr bewundert, sondern verabscheut. Weitergehend kann man behaupten, dass heutzutage das Kriterium räumlicher Eroberung zu einem gewissen Grad überhaupt als Kriterium staatlicher Qualität obsolet geworden ist und durch individualistische Werte ersetzt wurde. Dies lässt sich am Beispiel der Besetzung von Tibet durch die Volksrepublik China aufzeigen. Von der westlichen Welt wird ja im Grunde weniger kritisiert, dass China Tibet territorial besetzt hält, als dass es die Menschenrechte der Tibeter nicht respektiert – wobei natürlich das eine mit dem anderen in Verbindung steht.

In der Antike stellten politisch-militärischer Ruhm und Grösse, und nicht die individuelle Freiheit den Massstab dar, wonach Staaten in der politischen *Praxis* – und im Gegensatz zu vielen politischen *Philosophen* – bewertet wurden.¹⁰⁴ Während der Bürger moderner liberaler Demokratien seinem Konkurrenten als Konsument oder Produzent auf dem Markt gegenübertritt, mussten der griechische Hoplit und der römische

¹⁰³ Siehe Machiavelli (ca. 1513-17), *Discorsi*, II, 19, S. 308-313.

¹⁰⁴ Vgl. Arendt (1965), 34.

Legionär ihre Widersacher auf dem Schlachtfeld niederringen. Mit den Worten von Paul A. Rahe: " ... the modern citizen is a bourgeois; his ancient counterpart was a warrior."¹⁰⁵

Die Aneignung von Gütern durch kriegerische Eroberung war in der Antike zuweilen profitabler als friedlich Handel zu führen. Vor allem aber wurde sie als weit respektabler angesehen. Deshalb wurde dem Gelderwerb und dem privaten Reichtum ein so grosses Misstrauen entgegengebracht. Wer in der Antike dem Gelderwerb nachging, obwohl er genug besass, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten, machte sich freiwillig zu dem, was die Sklaven und Armen nur unter dem Druck der Umstände geworden waren: zu Knechten der physischen Notwendigkeit.¹⁰⁶ Der Luxus war insbesondere darum so gefährlich, weil er die griechische Polis oder die römische *res publica* zu zerstören drohte, denjenigen Raum, in welchem der Mensch potentiell unvergänglich war. Die Polis war als ein "organisiertes Andenken"¹⁰⁷ gleichsam der Verwahrungsort des durch Sprechen und Handeln in Politik und Krieg erworbenen Ruhms. Der antike Bürger strebte nicht danach, eine lebenslängliche Berühmtheit zu sein; sein Ruhm sollte bis in die Ewigkeit strahlen.¹⁰⁸ Demgegenüber ist, wie Hannah Arendt schreibt, in der Moderne die öffentliche Anerkennung dermassen flüchtig, dass im Vergleich dazu selbst das Geld beständig erscheint.¹⁰⁹

Obwohl bereits Platon und Aristoteles die korrumpierende Gefahr des persönlichen Luxus für einen Staat erkannt und ansatzweise thematisiert hatten, sollte vor allem deren Darstellung durch die römischen Moralisten und Historiker paradigmatischen Status bis ins 18. Jahrhundert hinein erlangen.¹¹⁰ Der Luxus spielte eine zentrale Rolle sowohl in der Praxis als auch im politischen Denken der Stadt am Tiber. In den Schriften der römischen Moralisten im Allgemeinen und den Stoikern im Speziellen findet sich der grundlegende Gegensatz zwischen dem einfachen, freien, kriegerischen, massvollen, natürlichen Leben und demjenigen des Luxus und des grenzenlosen, unkontrollierbaren Verlangens. Die *frugalitas* des Mannes wird bei Seneca und Cicero (106-43 v. Chr.) in einem inhärenten Spannungsverhältnis zum verweiblichenden Einfluss des Luxus dargestellt. Übermässiger individueller Wohlstand und Luxus müssen notwendigerweise zu militärischer Schwäche führen. Luxus korrumpiert den Bürgersoldaten

¹⁰⁵ Rahe (1994), I, S. 44.

¹⁰⁶ Vgl. Aristoteles, *Politik*, 1258a6-36, wo Thales von Milet als Beispiel dafür genannt wird, dass der Gelderwerb für einen Philosophen ein Leichtes wäre, wenn es nicht unter dessen Würde stünde.

¹⁰⁷ Arendt (1967), S. 248.

¹⁰⁸ Rahe (1994), I, S. 32.

¹⁰⁹ Arendt (1967), S. 71.

¹¹⁰ Vgl. Berry (1994), S. 45-62.

und macht ihn feige, weil er an die Stelle des Strebens nach Ruhm und Ehre das unstillbare, unkontrollierbare Verlangen nach physischer Befriedigung setzt.¹¹¹ In *De re publica* macht Cicero die Gier nach Handel und Seefahrt verantwortlich dafür, dass in Karthago und Korinth der Luxus Einzug hielt: Weil die Bürger die Übung der Waffen vernachlässigt hätten, seien die beiden Städte schliesslich zu Grunde gerichtet worden.¹¹² An anderer Stelle bezeichnet Cicero denjenigen Staat als hässlich, in welchem die Reichsten für die Besten gehalten werden.¹¹³

In der Spätzeit der Republik und zu Beginn der Kaiserzeit wurde dieses Modell der Korruption von den römischen Historikern auf Roms eigene Geschichte angewendet, um die perzipierte Dekadenz erklärbar zu machen; so namentlich von Sallust (86-34 v. Chr.) und Livius (59 v. – 17 n. Chr.). All diesen Autoren ist gemeinsam, dass aus dem Blickwinkel einer Korruptionsmechanik die jüngeren Entwicklungen des römischen Staates aus dem nostalgischen Blickwinkel der römischen Oberschicht bedauert werden. Diese Mechanik kommt im Allgemeinen wie folgt zur Anwendung: Am Anfang war Rom tugendhaft, weil die römischen Bürger ein Leben der Einfachheit (*paupertas*) und der Genügsamkeit (*parsimonia*) führten und ihren soldatischen Pflichten getreulich nachkamen. Selbst als Rom die Vorherrschaft in Italien errang, bedurfte es weiterhin der männlichen Tugend und Disziplin, weil mit Karthago ein machtvoller Rivale zu besiegen war. Im Zuge der Eroberungen im Osten, vor allem in Griechenland und Vorderasien, kam Rom in Kontakt mit dem Luxus. Obwohl die meisten Autoren die Quelle der römischen Korruption als einen exogenen Faktor aus dem Osten perzipieren, gehen die Meinungen auseinander, wo genau die Quelle zu suchen ist. Livius sieht die Ursache des späteren Luxus in der Rückkehr der Truppen von Manlius Vulso aus Asien im Jahre 187 v. Chr. Für Polybios markiert der Import von Reichtümern aus Mazedonien ab 168 v. Chr. den entscheidenden Wendepunkt. In Sallusts Geschichte der catilinishen Verschwörung wird Catilina zu seiner Tat angestiftet, weil in der römischen Gesellschaft zwei verheerende Laster um sich gegriffen haben: die Liebe zum Luxus (*luxuria*) und die Habsucht, die verweichlichende Liebe zum Geld (*avaritia*). Einen massgeblichen Einfluss zu dieser Entwicklung sehen sowohl Sallust als auch Velleius Paterculus im Fehlen eines Rivalen nach der Niederlage Karthagos 146 v. Chr. Auch bei Tacitus findet sich eine konkrete Darstellung der Mechanik: *Agricola*,

¹¹¹ *Ibid.*, S. 63-67.

¹¹² Cicero, *De re publica*, II, 4.7.

¹¹³ *Ibid.*, I, 34.51: "Denn Reichtum, Name, Macht ohne Weisheit und Mass im Leben und der Beherrschung der anderen sind voll Schändlichkeit und freien Stolzes, und keine Form des Staates ist hässlicher als jene, in der die Reichsten für die Besten gelten." Vgl. auch *De officiis*, I, 20.68.

der gleichnamige Feldherr, befriedet die kriegerischen Briten, indem er ihnen die Annehmlichkeiten und den Luxus der römischen Zivilisation nahezubringen versucht. In seinen *Historiae* wendet Tacitus dieselbe Moral auch auf Rom an.¹¹⁴

Der Zensor Cato der Ältere (234-149 v. Chr.) verkörpert wohl wie kein anderer die allgegenwärtige antike Besorgnis um privaten Luxus, welche untrennbar verbunden war mit der Angst vor einem Schwinden der bürgerlichen Soldatentugend. Weil Cato wusste, dass der freie römische Bauernsoldat das Rückgrat der Republik darstellte, stemmte er sich als öffentliche Person gegen das Aufkommen von Grossgrundbesitz mit dem dazugehörigen Sklaveneinsatz. Entscheidend dabei ist, dass der Zensor das Wohl und den Fortbestand der Republik vor Augen hatte; es ging ihm nicht primär darum, das Recht des römischen Kleinbauern als Individuum zu schützen. In der historischen Wirklichkeit waren Catos Bemühungen vergeblich. Die Entstehung gewaltiger Landgüter führte zur Verdrängung des römischen Bauernsoldaten. Im Gefolge des zweiten punischen Krieges ging man ab dem Ende des 2. Jahrhunderts unter dem Konsul Marius dazu über, als Soldaten auch den besitzlosen Bürger anzuwerben. Weil diese Habenichtse nach der Beendigung eines Feldzuges nicht mehr einfach nach Hause geschickt werden konnten, musste ihnen von den jeweiligen Feldherren Land zugewiesen werden. Der beträchtliche Machtzuwachs der römischen Feldherren, von denen Marius, Sulla, Pompeius, Caesar, Crassus, Antonius und Octavian als die bedeutendsten zu nennen sind, führte zu einem neuen militärischen Klientelwesen und letzten Endes zum Sturz des alten aristokratisch-republikanischen Systems. Mit Augustus etablierte sich eine neue Ordnung mit einer sich auf das Berufsheer stützenden Monarchie.¹¹⁵

Cicero, Sallust, Livius und vor allem die Biographie von Plutarch (ca. 45-125 n. Chr.) überlieferten der Nachwelt ein Bild von Cato als das eines gelebten Modellfalles für ein aktives, tugendhaftes Leben im Dienste der *res publica*. Im Allgemeinen diente das öffentliche Amt des Zensors in Rom dem Zweck, die Luxusgesetze durchzusetzen; so wie beispielsweise das Verbot des öffentlichen Tragens von Schmuck. Die Zurschaustellung von übermässigem Reichtum war für die Römer ein Zeichen der Korruption des menschlichen Charakters. Es zeigte, dass man sein Eigentum für die Befriedigung seiner persönlichen Eitelkeiten einsetzte, anstatt für das öffentliche Wohl. Luxus und Korruption waren in den Augen der Römer gleichbedeutend: Sie waren beide sowohl Symptom als auch Ursache staatlichen Niedergangs.

¹¹⁴ Im Einzelnen Berry (1994), S. 67-70.

¹¹⁵ Bleicken (1995), S. 40f. Zum römischen Heerwesen und dessen Entwicklung im Einzelnen siehe S. 151-171.

Der von der Antike überlieferte Gegensatz von öffentlicher und privater Sphäre, von männlicher Kriegertugend und verweiblichem Luxus sowie die Vorstellung einer inhärenten Verbindung von privater und öffentlicher Moral, sollten bis ins 18. Jahrhundert zentrale Prämissen der politischen Vorstellungswelt des angelsächsischen Kulturraumes bleiben. Dies lässt sich daran ersehen, dass David Hume noch 1752 dem Thema einen eigenen *Essay* widmete: "Of luxury", ab 1758 "Of Refinement in the Arts". Hume verteidigte die Errungenschaften des Handels und wies die Vorurteile der lateinischen Klassiker gegenüber dem Luxus als ungerechtfertigt zurück. Vor allem vertrat er die Meinung, dass die Bevölkerung einer Handelsgesellschaft nicht notwendigerweise ihren kriegerischen Geist einbüßen und damit korrumpieren muss.¹¹⁶ An Humes stellenweise gehässigem Ton lässt sich ersehen, dass seine "modernen" Sichten zu seiner Zeit nicht so selbstverständlich waren, wie wir sie heute verstehen.

¹¹⁶ Hume (1752), "Of Refinement in the Arts", S. 109. Siehe Kap. 8.1.

3. Die Milizidee

Eine Staatswissenschaft ohne Lehre vom Heerwesen ist ewig unvollständig; eine Lehre vom Heerwesen ohne Staatswissenschaft ist stets prinziplos.

LORENZ VON STEIN

3.1 Arbeitshypothese

In diesem Kapitel geht es darum, den Milizgedanken im Republikanismus konzeptionell zu entwickeln. Die Arbeitshypothese, die diesem Vorgehen zu Grunde liegt, besteht aus drei Annahmen: Erstens wird davon ausgegangen, dass es überhaupt eine *Milizidee* gibt. Das heisst, dass die Miliz nicht bloss eine *materielle* Institution im Sinne einer militärischen Organisationsform ist, sondern dass innerhalb dieses Gefässes auch ein *ideeller* Gehalt liegt.

Zweitens wird vorausgesetzt, dass dieser ideelle Gehalt, der sich in den Anschauungen eines Denkers bezüglich der Miliz niederschlägt, ein inhärent *politischer* ist. Aus einer solchen Optik gesehen, sind militärische Institutionen zugleich politische Institutionen. Dieser Gedanke wird auch bei genauerer Betrachtung von Carl von Clausewitz' berühmtem Diktum deutlich: "... dass der Krieg nicht bloss ein politischer Akt, sondern ein wahres politisches Instrument ... , eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen desselben mit andern Mitteln [ist]."¹ Wenn der Krieg, und damit die Auseinandersetzung zwischen zwei oder mehreren Wehrverfassungen, als politische Angelegenheit verstanden wird, dann ist auch der Entscheid eines Gemeinwezens zugunsten der einen oder anderen Wehrform ein grundlegend politischer. So gesehen ist das Plädoyer für eine bestimmte Wehrverfassung gleichzeitig ein politisches Postulat.² Gerade die deutsche Geschichtsforschung war sich in der Nachfolge von Clausewitz dieser politisch-militärischen Interdependenz ausserordentlich bewusst; namentlich zu erwähnen sind Lorenz von Steins *Lehre vom Heerwesen als Theil der Staatswissenschaft* (1872), Otto Hintzes Aufsatz "Staatsverfassung und Heeresverfas-

¹ Clausewitz (1832), *Vom Kriege*, I, Kap. 1, S. 37.

² Im Folgenden werden die Begriffe *Militärverfassung*, *Heeresverfassung*, *Wehrverfassung*, *Kriegsverfassung* und *Wehrform* als Synonyme verwendet. Dies entspricht der ideengeschichtlichen Verwendung dieser Begriffe, währenddem in der zeitgenössischen Literatur dem Zusatz "-verfassung" eher ein engerer juristischer Bedeutungsinhalt beigemessen wird und für die hier interessierende Bedeutung der Begriff *Wehrform* vorherrscht. Anders Stein (1872), S. 40, der den Ausdruck *Wehrverfassung* in einem engeren Sinne verwendet: für die staatlich geordnete *Wehrpflicht*.

sung" (1906) und Hans Delbrücks magistrale *Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte* (1920).³

Aber trifft diese Interdependenz immer zu? Geben sämtliche Aussagen zur militärischen Organisation auch eine politische Ansicht wieder? Wodurch und vor allem wann wird eine Aussage über die Wehrform zu einer politischen Ansicht und damit zum Untersuchungsgegenstand für die politische Ideengeschichte? Rein theoretisch müsste man auch das kleinste Detail der Wehrverfassung eines Staates untersuchen, weil man doch nie ganz sicher sein kann, ob nicht gerade dieses Detail eine elementare Rolle spielt für den politischen Gehalt einer Wehrform. Praktisch stellt sich für den Forschenden die unvermeidbare Entscheidung, gewisse Aspekte zu berücksichtigen und andere in seiner Untersuchung auszublenden.⁴ Im vorliegenden Fall soll das Kontinuum der klassisch-republikanischen Milizidee dadurch aufgezeigt werden, dass die massgeblichen Unterscheidungskriterien der Bürgermiliz gegenüber anderen Wehrformen identifiziert werden. Diese Unterscheidungskriterien sollen als Untersuchungsraster dienen, nach dem das literarische Werk verschiedener bürgerlich-humanistischer Denker zu bearbeiten sein wird.

Drittens wird angenommen, dass der Milizgedanke in der klassisch-republikanischen Diskurstradition eine konstitutive Rolle spielt. Es wird davon ausgegangen, dass die Milizidee ein Bestandteil des Vokabulars dieser Sprache ist, welche politische Praxis und politisches Denken miteinander verbindet. Anhand der Auseinandersetzung verschiedener politischer Denker mit dem Phänomen des Bürgersoldaten wird aufzuzeigen sein, wie eine politische Gemeinschaft ihre Sprache an neue Situationen anzupassen oder zu ersetzen versucht.

³ Vgl. Cohen (1985), S. 22.

⁴ Zu dieser Problematik siehe Riklin (1981), S. 37-68.

3.2 Typologie von Wehrformen: Die Milizmerkmale

In einem ersten Schritt zur Entwicklung des Milizgedankens erscheint es sinnvoll, die Miliz in ihrer Bedeutung als militärische Organisationsform von anderen möglichen Wehrformen zu unterscheiden. Eine solche Unterscheidung setzt Kriterien voraus, deren Auswahl in einem gewissen Ausmass willkürlich sein muss. Dies gilt speziell für den vorliegenden Fall, weil die folgende Typologie ein persönliches Substrat von verschiedenen zeitgenössischen sowie ideen- und realgeschichtlichen Quellen darstellt.⁵ Die Milizmerkmale werden bei der Entwicklung eines einfachen Modells von Nutzen sein sowie im Hauptteil der Arbeit den Vergleich verschiedener Milizauffassungen strukturieren helfen.

3.2.1 Staatlichkeit

Das erste Merkmal des Milizgedankens besteht darin, dass die Miliz grundsätzlich ein *Heer* ist. Damit ist gemeint, dass sie als *Institution* durch den Staat gegründet und organisiert wird. Dies unterscheidet sie sowohl von einer privaten Miliz als auch von einem unorganisierten Volksaufgebot. Die Miliz ist *ordinato*, das heisst geregelt. Signifikanterweise gebrauchen Niccolò Machiavelli und Donato Giannotti oft anstelle des offiziellen *ordinanza della milizia* die Bezeichnung *ordinanza* für die Florentiner Miliz.⁶ Das englische Pendant zu *ordinato*, nämlich *regulated*, findet sich immer wieder in Schriften der klassisch-republikanischen Tradition. So lautet der heute noch geltende zweite Zusatz zur Verfassung der Vereinigten Staaten aus dem Jahre 1791: "A well regulated Militia, being necessary to the security of a free State, the right of the people to keep and bear Arms, shall not be infringed."⁷

Durch *welches* Gemeinwesen oder Staat erfolgt eine Milizregelung? Das Konzept der Miliz in der bürgerlich-humanistischen Tradition basiert letztlich auf dem klassisch-aristotelischen Bild des Stadtstaates, der Polis. Erst in den Schriften der englischen Autoren des 17. Jahrhunderts finden die Prinzipien der republikanischen Sprache erstmals auf die Verhältnisse eines grossen Territorialstaates Anwendung. Weil die

⁵ Für den zeitgenössischen Versuch einer Typologisierung siehe Cohen (1985), S. 23. Er verwendet die Unterscheidungskriterien *Military Purpose*, *Length of Service* und *Method of Recruitment*.

⁶ Machiavelli (1521), *Dell'Arte della Guerra*, I, S. 174, und Giannotti (1529), *Discorso di armare la città di Firenze*, S. 171.

⁷ Zit. in Williams (1991), S. 551.

Miliz ein Organ oder ein Instrument eines Staates ist, kann sie als Gegenstand einer *institutionenorientierten Ethik* gesehen werden.⁸

Das Merkmal der Staatlichkeit der Miliz ist auch darum wichtig, weil es eine gewisse zeitgenössische Relevanz aufweist. Auf den zweiten Verfassungszusatz wird in den heutigen Vereinigten Staaten wieder vermehrt Bezug genommen, und zwar durch paramilitärische Gruppen, die sich selbst als "Militias" bezeichnen. Dadurch versuchen diese radikalen Rechten zu suggerieren, dass ihr Kampf gegen die Organe und Institutionen des Bundes an die koloniale Miliztradition anknüpft. Deshalb wählten die Attentäter des Bombenanschlag von Oklahoma City auch den symbolträchtigen 19. April 1995 für ihre rücksichtslose Tat. Genau 220 Jahre früher, am 19. April 1775, waren zum ersten Mal die amerikanische Kolonistenmiliz und reguläre britische Einheiten bei Lexington und Concord in der Nähe von Boston aufeinandergetroffen. Die von den heutigen "Milizionären" und der ihnen geistig nahestehenden National Rifle Association (NRA) vertretene individualrechtliche Auslegung des Amendments verleugnet jedoch den klassisch-republikanischen Hintergrund des zweiten Verfassungszusatzes. Wie zu zeigen sein wird, war im bürgerlichen Humanismus die Idealvorstellung der Miliz stets mit der Überzeugung verbunden, dass diese eine staatliche und keine private Institution sein sollte. James Madison hätte sicherlich den Kopf geschüttelt, wenn er gehört hätte, dass sich die heutigen privaten "Militias" bei der Verteidigung ihrer rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Anliegen auf das von ihm entworfene zweite Amendment stützen.

3.2.2 Einheimische vs. Ausländer

Eine zweite wichtige Weichenstellung geschieht bei der Frage, ob ein Heer aus Einheimischen oder aus Ausländern rekrutiert werden soll. Diese wegweisende Unterscheidung findet sich grundlegend bei Niccolò Machiavelli. Im Kapitel XII des *Principe* schreibt Machiavelli unter dem Titel *Von den Formen der Heeresorganisation und von Söldnern* (*Quot sint genera militiae et de mercenariis militibus*): "L'arme con le quali uno principe defende il suo stato, o le sono proprie o le sono mercenarie, o ausiliarie, o miste."⁹ Er unterscheidet die *arme proprie* von den *mercenarie* (Söldnern) und den *ausiliarie* (Hilfstruppen). Dass Machiavelli unter Söldnern Ausländer und

⁸ Riklin (1994), S. 105-120, unterscheidet drei Ansätze politischer Ethik. Die *personenorientierte* Ethik konzentriert sich auf Politiker und Bürger, die *institutionenorientierte* Ethik auf die politischen Institutionen und die *resultatorientierte* Ethik auf die Ergebnisse politischen Handelns.

⁹ Machiavelli (1513), *Il Principe*, Kap. XII, S. 78.

nicht Berufssoldaten versteht, lässt sich aus Kapitel XIII des *Principe* herauslesen. Hier kritisiert er unter dem Titel *Von Hilfstruppen, gemischten und eigenen Truppen* (*De militibus auxiliariis, mixtis et propriis*) Frankreich, weil es ein " ... gemischtes Heer, das teils aus eigenen, teils aus Soldtruppen besteht"¹⁰ unterhalten habe. Diese Soldtruppen beschreibt Machiavelli im vorgängigen Absatz als Schweizer und damit als Ausländer aus Sicht des französischen Königs.

Für das Italien der Renaissancezeit gilt es sich jedoch vor Augen zu halten, dass trotz eines Gefühls von *italianità* für einen Florentiner ein Genueser bereits ein Ausländer war. Trotz dieser Problematik in der Unterscheidung zwischen Landsleuten und Ausländern meint Michael Mallett, dass die Linie zwischen Einheimischen und Ausländern leichter zu ziehen sei als diejenige zwischen unbezahlten und bezahlten Kämpfern. Primär bestimmend für das Wesen des Söldners sei gewesen, dass er von der Bevölkerung für einen Ausländer gehalten und nicht, dass er bezahlt wurde.¹¹ Die Schwierigkeit der Grenzziehung zwischen Einheimischen und Ausländern gilt zudem nicht nur für die Zeit der italienischen Renaissance, sondern erstreckt sich über die ganze vor-nationalstaatliche Epoche der abendländischen Geschichte.

3.2.3 Bürgermiliz vs. stehendes Heer

Das dritte Kriterium zur Fassung des Milizgedankens besteht aus der Frage, ob die Aufgabe der Verteidigung eines Staatswesens hauptberuflich ausgeübt werden soll oder nicht. Im Sinne unserer Typologie grenzt sich eine Bürgermiliz von einem stehenden Heer dadurch ab, dass ihre Mitglieder weiterhin den angestammten Berufen nachgehen. Sie werden im Frieden nur zu kurzfristiger Ausbildung herangezogen und versehen ihren Dienst als Soldaten somit nur temporär. Im Anschluss an die Ausscheidung von Berufskriegern stellt sich die Frage, ob diese dadurch ihren Bürgerstatus verlieren. Aus republikanischer Sicht wäre dies eine logische Konsequenz: Ein Soldat, welcher seine Tätigkeit hauptberuflich ausübt, macht den Krieg zu seiner persönlichen *arte*. Die *arte della guerra* ist allerdings keine normale *arte* wie die *arte della lana*. Sie darf nicht zur privaten *arte* werden, sondern muss ein öffentliches Monopol bleiben. Krieg und Politik sind grundlegend in der öffentlichen Sphäre beheimatet und müssen darum nebenberuflich ausgeübt werden. Bei Machiavelli findet sich dieser Gedanke

¹⁰ *Ibid.*, Kap. XIII, S. 86f.: "Sono dunque, stati gli eserciti di Francia misti, parte mercenarii e parte proprii: le quali armi tutte insieme sono molto migliori che le semplici ausiliarie o le semplici mercenarie, e molto inferiore alle proprie."

¹¹ Mallett (1974), S. 13.

eindringlich: " ... al publico solo lasciarla usare per arte, come fece Roma. E qualunque cittadino che ha in tale exercizio altro fine, non è buono; e qualunque città si governa altrimenti, non è bene ordinata."¹² Aus bürgerlich-humanistischer Sicht kann die *arte della guerra* nur öffentlich bleiben, wenn dieser Dienst erstens von den eigenen Bürgern und zweitens nebenberuflich geleistet wird.

Aus heutiger Optik erscheint es geradezu absurd, einem Berufssoldaten seine Bürgereigenschaft abzusprechen. Dies ist auf unser stark legalozentrisch [lawcentred] geprägtes Bürgerverständnis zurückzuführen. Ein Bürger ist für uns vor allem ein Mensch mit der Eigenschaft oder dem Status, ein Träger von Rechten zu sein. Diesem Bürgerbegriff steht jedoch die klassisch-republikanische Auffassung entgegen, welche die Bürgereigenschaft als verantwortungsvolles Innehaben eines öffentlichen Amtes zum Wohle der Gesamtheit sieht.¹³ Das zeitgenössische, liberale Begriffsverständnis des Bürgers, das keine Unterscheidung trifft zwischen *citoyen* und *bourgeois*, spricht dafür, die Thematik nicht unter dem Titel des Bürgersoldaten abzuhandeln. Aber auch die Verwendung des Terminus der *Miliz* ist nicht ganz problemlos, weil der Milizbegriff in der zu behandelnden Zeit eine Vielzahl von Konnotationen besass. Die hier interessierende Bedeutung als Abgrenzung zu einem *stehenden Heer* entwickelte sich nur langsam. Im zeitgenössischen schweizerischen Verständnis beschwört der Begriff *Miliz* sofort den Dualismus zwischen Berufsarmee/stehendem Heer und Milizarmee herauf. Das ist gut so, denn dieser Dualismus war es ja gerade, den die politischen Denker des Republikanismus aufzuzeigen versuchten.

Etymologisch liegt dem Milizbegriff das lateinische *militia* zu Grunde, das im antiken Rom zunächst den Dienst eines *miles* bezeichnete. Darunter verstand man in der römischen Republik den Kriegsdienst eines Soldaten, zu welchem jeder freie Bürger verpflichtet war.¹⁴ In ältester Zeit bestand diese Verpflichtung nicht als Gesetz, sondern wurde als blosse Selbstverständlichkeit angesehen. Es gab keine Kriegerkaste, sondern jeder freie, wehrhafte und unbescholtene Vollbürger war selbstverständlich Krieger.¹⁵ Später wurde die Wehrpflicht auch gesetzlich fixiert. Benötigte man nicht alle Wehrpflichtigen für den wirklichen Kriegsdienst, so wurde eine Auswahl (*dilectus*) vorgenommen. Der Übergang zum Berufsheer während des zweiten punischen Krieges verlief in kleinen Schritten und unter offizieller Beibehaltung der allgemeinen Wehr-

¹² Machiavelli (1521), *Dell'Arte della Guerra*, I, S. 167.

¹³ Zur Abgrenzung zwischen republikanischem und liberalem Bürgerbegriff siehe Kap. 2.3, und Walzer (1989), S. 33-55.

¹⁴ *Real-Encyclopädie der classischen Alterthumswissenschaft* (1848), 5. Bd., S. 14.

¹⁵ Kromayer/Veith (1928), S. 257.

pflicht.¹⁶ Während dieser Entwicklung wurden auch die Begriffe aus der Zeit des Milizheeres übernommen. Der alte Terminus *dilectus* fand nunmehr auch – ohne Rücksicht auf seine etymologische Bedeutung – für jede Art der Rekrutierung, also auch die Anwerbung Freiwilliger, Anwendung.¹⁷ Dieselbe Entwicklung vollzog sich mit dem Begriff *militia*, der schliesslich auch für den Dienst des imperialen Berufssoldaten verwendet wurde.¹⁸

Im Mittelalter bezeichnete *militia*:

1. den Dienst eines – jetzt völlig anderen – *miles*: des Ritters;
2. das Heer als Gesamtheit der Soldaten;
3. eine meist adelige Gefolgschaft (beispielsweise die *militia christi*);
4. städtisch-bürgerliche und dörflich-bäuerliche Aufgebote, die sich ab dem 12. Jahrhundert zuerst in italienischen Städten bildeten.¹⁹

Leonardo Bruni versuchte in seiner Schrift *De Militia* von 1421, von dieser Vielzahl von Konnotationen ausgehend, die ursprüngliche Bedeutung des Milizbegriffs offenzulegen. Im deutschsprachigen Raum entwickelte sich im 17. Jahrhundert über die Zwischenform *militie* und unter Einfluss des französischen *milice* das eingedeutschte *Militz*. Im Deutschen wie im Französischen behielt die Allgemeinbedeutung von *Militz* respektive *milice* bis ins 18. Jahrhundert ihre Geltung. Daneben entstand im 17. Jahrhundert im Deutschen die Sonderbedeutung, die in Richtung des modernen Milizbegriffes wies.²⁰ Im vom polnisch-sächsischen Militärobersten Eggers 1757 herausgegebenen *Kriegslexikon* findet sich unter dem Stichwort *Militz*:

Militz ... wird in zweierlei Verstande gebraucht.

1. Erstlich bedeutet es die sämtliche Kriegsmacht eines Landes ...
2. Zweitens wird auch der Ausschuss, den ein Landesherr aus seinen Untertanen erlieset, und im Gewehre exerzieren lässt, um das Land im Notfalle zu beschützen, Militz, und eigentlich Land-Militz genennet.²¹

Es wird deutlich zwischen der Allgemeinbedeutung und der Sonderbedeutung unterschieden. Bezüglich des engeren Milizbegriffes lassen sich drei Kriterien identifizieren: Erstens handelt es sich um *Truppen aus Landesbewohnern*; zweitens werden sie lediglich zu *Verteidigungszwecken*; drittens *nur im Notfall*, das heisst ad hoc aufgebotten. Ab Mitte des 18. Jahrhunderts trat die Allgemeinbedeutung des Milizbegriffes

¹⁶ *Ibid.*, S. 297ff.

¹⁷ *Ibid.*, S. 381.

¹⁸ *Real-Encyclopädie der classischen Alterthumswissenschaft* (1848), 5. Bd., S. 14ff.

¹⁹ *Lexikon des Mittelalters*, Bd. VI, S. 626f.

²⁰ Conze (1978), 4. Bd., S. 1-47.

²¹ *Ibid.*, S. 6.

allmählich in den Hintergrund und ging in den Begriff des *Militärs* über.²² Eine zeitgenössische Definition der Miliz findet sich im *Wörterbuch zur deutschen Militärgeschichte*: "Miliz: Bezeichnung für Streitkräfte, die im Unterschied zum stehenden Heer im Frieden lediglich aus einem relativ kleinen Stamm von Kadern bestehen und deren Truppenkörper nur im Kriegsfall voll aufgefüllt bzw. gebildet werden."²³ Heute wird der Milizbegriff auch mit verschiedenen anderen Bedeutungsinhalten gekoppelt. So werden mit Miliz auch innerstaatliche Polizei- und Ordnungskräfte oder auch paramilitärische Einheiten bezeichnet. Dies gilt insbesondere für die Länder des früheren Ostblocks. Im umgangssprachlichen Wortgebrauch wird der Ausdruck auch für leicht bewaffnete infanteristische Einheiten verwendet.²⁴ Schliesslich wird der Milizbegriff speziell in der Schweiz im Zusammenhang mit dem *milizdemokratischen* Prinzip verwendet, als die "Pflicht jedes dazu befähigten Bürgers (1.) zur nebenamtlichen (2.) und ehrenamtlichen (3.) Ausübung öffentlicher Aufgaben (4.)."²⁵

Das ideengeschichtliche Gegenstück zum Milizbegriff stellt nicht der Terminus "Berufsarmee" dar, sondern das "stehende Heer". Johann Friedrich von der Decken schreibt in seinen *Betrachtungen über das Verhältnis des Kriegsstandes zu dem Zwecke der Staaten* (1800) dazu:

Wir begreifen alle Arten von Kriegsverfassungen unter den zwei Benennungen: Miliz und stehendes Heer. Miliz nennen wir diejenige Einrichtung, vermöge welcher ein Theil [sic.] der waffenfähigen Männer auf eine Zeitlang es sei nun gezwungen oder freiwillig, die Vertheidigung des Staats übernimmt. Wenn aber ein engerer Ausschuss aus den streitbaren Männern sich, sowohl im Frieden als im Kriege, und zwar gegen Besoldung, ausschliesslich mit den Waffen beschäftigt: so nennen wir diese Art der Kriegsverfassung ein stehendes Heer.²⁶

Als erstes Kriterium sieht Decken die zeitliche Präsenz: Ist eine Armee nur befristet, für die Dauer eines Krieges zusammengesetzt, so nennt er sie *Miliz*. Besteht sie jedoch sowohl im Frieden als auch im Krieg, so sieht er darin ein *stehendes Heer*. Das zweite Kriterium ist die Frage der Rekrutierung: Sie kann entweder durch Werbung erfolgen oder durch Zwang.

Stehende Heere haben die europäische Geschichte, insbesondere der letzten dreihundert Jahre massgeblich bestimmt. Allerdings ist es schwierig, einen Grund- oder Idealtypus zu definieren. Betrachtet man die ersten stehenden Heere der Neuzeit, die

²² *Ibid.*, S. 7.

²³ *Wörterbuch zur deutschen Militärgeschichte* (1985), S. 641.

²⁴ Fernau (1987), S. 496.

²⁵ Riklin (1982), S. 41.

²⁶ Decken (1800), *Betrachtungen über das Verhältnis des Kriegsstandes zu dem Zwecke der Staaten*, S. 363.

oft mit dem Ausdruck "Stehende Söldnerheere des Absolutismus" bezeichnet werden genauer, so bestanden diese Heere weder vorwiegend aus Söldnern noch waren sie eigentlich "stehend". In unserem heutigen Begriffsverständnis wird ein Söldner geworben, dient also freiwillig. Die Söldner jener Zeit waren jedoch meistens gepresst. Im 18. Jahrhundert war der Anteil der Gepressten gegenüber dem der Freiwilligen in denjenigen Staaten am grössten, welche am stärksten unter aussenpolitischem Druck standen. Das Preussen Friedrichs des Grossen war im Zeitalter der Kabinettskriege insofern eine Ausnahme, als es zu seinem Überleben eine (vergleichsweise) umfassende Mobilisierung der Wehrkraft durchführen musste. In den anderen kontinentaleuropäischen Staaten sollte erst die Französische Revolution eine ähnliche nationale Kraftanstrengung notwendig machen. Das andere Extrem im Zeitalter der Kabinettskriege war Grossbritannien. Das Inselreich befand sich praktisch während des gesamten 18. Jahrhunderts mit Frankreich im Kriegszustand. Weil diese Kriege jedoch vor allem zur See, in den Kolonien oder mit Expeditionskorps in Flandern geführt wurden, benötigte Grossbritannien nur ein kleines stehendes Heer. Deshalb war im britischen Heer der Anteil der Freiwilligen gegenüber dem Anteil der Gepressten weit grösser als in den Armeen der absolutistischen Monarchien des Kontinents. Bestanden die kontinentalen stehenden Heere des Absolutismus" somit weniger aus Söldnern als aus Gepressten, so waren sie auch noch nicht wirklich stehend. Die Mehrzahl der Soldaten wurde während eines Grossteils des Jahres beurlaubt, um ihren Sold zu sparen. Trotzdem hat der Ausdruck "stehende Söldnerheere" für das reguläre Militär jener Zeit Gültigkeit erlangt, denn im Vergleich zu den lediglich für einen Feldzug geworbenen Söldnern des Dreissigjährigen Krieges waren sie stehend.²⁷

Eigentlich kann in dieser Zeit des Söldnertums noch nicht der Begriff *Berufssoldat* verwendet werden, weil die Mehrzahl der Soldaten bereits entweder durch Geburt (wie die Bauernsöhne) oder durch Ausbildung (wie die Handwerker) einer Berufsgruppe angehörten. In diesen Berufen arbeiteten sie auch vor und nach der Soldatenzeit. Es kann daher zu diesem Zeitpunkt noch nicht von einem *Soldatenberuf*, sondern lediglich von einem *Soldatenstand* gesprochen werden. Der Ausdruck *Berufssoldat* könnte höchstens für die Offiziere verwendet werden. Diese dienten freiwillig und den grössten Teil ihres Lebens. Sie gehörten auch keiner anderen Berufsschicht an. Jedoch sah sich der Offizier bis weit ins 19. Jahrhundert hinein nicht einer Berufsgruppe zugehörig, sondern einem Stande. Er verstand aber darunter nicht den Soldatenstand allgemein, sondern lediglich den Offiziersstand.²⁸ Unternimmt man eine Unterteilung der

²⁷ Papke (1979), S. 155.

²⁸ *Ibid.*, S. 155.

stehenden Heere aufgrund der Rekrutierungsart, so kann folglich streng genommen erst ab dem 19. Jahrhundert eine auf freiwilliger Werbung beruhende stehende Wehrform als *Berufsarmee* bezeichnet werden. Eine solche ist durch eine lange Dienstzeit gekennzeichnet, während welcher der Soldat keiner anderen Beschäftigung nachgeht. Heute erfolgt die Auswahl solcher professioneller Soldaten einzig nach dem Prinzip der Freiwilligkeit, während sie in früheren Zeiten, speziell für die höheren Schichten (Ritterstand und adliges Offizierskorps), nach Geburt vorgenommen wurde.

Mit der zweiten, radikaldemokratischen Phase der Französischen Revolution erscheint neben dem Söldnerheer eine neue Form des stehenden Heeres: das *Konskriptionsheer*. Die mit der Konskription einhergehende Vorstellung einer staatlich dekreditierten und durchgesetzten Wehrpflicht unterschied sich dabei grundlegend von der bürgerrepublikanischen Milizidee, wie sie vor der Revolution noch Jean-Jacques Rousseau vertreten hatte. Innerhalb der bürgerlich-humanistischen Tradition war immer darauf hingewiesen worden, dass die Verpflichtung zum Wehrdienst nicht *nur* auf Zwang beruhen dürfe, sondern ein Stück weit die Tugend des Bürgers zur Voraussetzung haben müsse. Dahinter stand die schon bei Aristoteles zu findende Vorstellung, dass man nicht aus Zwang tapfer sein soll, sondern weil es edel ist.²⁹ Die französische Bourgeoisie verstand sich bei Ausbruch der Revolution aber nicht mehr als eine Bürgergemeinschaft im klassischen Sinne. Ihre Vorstellung von einer "bürgerlichen Gesellschaft" war nicht mehr vom Modell der griechischen Polis oder der altrömischen Republik geprägt. Sie entsprach vielmehr demjenigen "System der Bedürfnisse" arbeitender und/oder besitzender bürgerlicher Privatpersonen, welches später von Hegel in seiner Philosophie des Rechts thematisiert werden sollte.³⁰

Auch beim süddeutschen Frühliberalen Rotteck findet sich, trotz der Übernahme klassisch-republikanischer Inhalte von Rousseau, eine ganz andere Vorstellung einer Bürgergesellschaft als beim Genfer. Deren Zweck sei: "... die freye Entwicklung aller lebendigen Kräfte (bloss allein beschränkt durch die gegenseitig gleiche Freiheit aller Einzelnen, das heisst durch Rechts-Prinzipien)"³¹. Die Wehrpflicht nach dem Beispiel Frankreichs, die "fürchterliche Konskription", wird darum auch von Rotteck abgelehnt: Sie zerstöre bei den Bürgern den Sinn für das Recht, und das ganze Volk inklusive die edleren Klassen werde mit einem sklavischen, soldatischen Geist vergiftet. Rottecks Vorstellung einer bürgerlichen Gesellschaft war geprägt durch die Werte des Friedens

²⁹ Aristoteles, *Die Nikomachische Ethik*, III, 1116a20-b2.

³⁰ Zu Hegels Bruch mit dem klassischen Republikanismus siehe Buchwalter (1993), S. 1-12.

³¹ Rotteck (1816), Über Stehende Heere und Nationalmiliz, S. 87.

und des Rechtes und nicht durch den Wert kriegerischer Soldatentugend. Beide Werte sah er durch die Konskription in Gefahr.³²

Die Vorstellung einer vom Staat getrennten privaten Wirtschaftsgesellschaft war in den Köpfen des französischen Bürgertums bei Ausbruch der Französischen Revolution so weit entwickelt, dass sie nicht mehr bereit waren, ihr Leben für die *res publica* oder die *volonté générale* aufs Spiel zu setzen. Im Frankreich des Jahres 1789 konnte keine Rede davon sein, dass revolutionärer Elan von Anfang an mit der Zustimmung oder gar Begeisterung für eine Volksbewaffnung verbunden war. Im ersten Zeitabschnitt der Revolution wurde mit dem Königtum auch das Prinzip des angeworbenen stehenden Heeres beibehalten. Mit einem Dekret vom 16. Dezember 1789 entschied der Konvent, dass der Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht mit der Freiheit und der Würde des Individuums unvereinbar sei. Vielmehr bilde das Werbesystem die einem freien Volk allein gemässe Rekrutierungsweise. Ausschlaggebend für die Propagierung eines Wehrrechtes, statt einer Wehrpflicht, war der Wille des Grossbürgertums, sich keine militärischen Verpflichtungen aufbürden zu wollen; nicht einmal in der Form der Milizdienstpflicht. Damit verzichtete der Dritte Stand darauf, das königliche Söldnerheer in eine nationale Armee umzubilden. Die Nationalversammlung ging sogar noch einen Schritt weiter und hob 1791 die letzten Überbleibsel eines Wehrdienstes auf: die Institution der Provinzialmiliz. Diese hatte im Ancien Régime auf einer zwangsweisen Aushebung unverheirateter, durch das Los bestimmter Männer beruht und war allgemein verhasst gewesen. Der Dritte Stand blieb jedoch auch gegenüber dem Berufsheer als Instrument der Exekutive misstrauisch und versuchte, sich in der Nationalgarde eine Bürgerwehr und damit eine eigene bewaffnete Macht zu schaffen. Diese wurde aus den Aktivbürgern rekrutiert und hatte die Aufgabe, die innere Ordnung aufrechtzuerhalten.³³ In der Praxis scheiterte jedoch die bürgerliche Militärpolitik, weil das alte Berufsheer des Ancien Régime im Verlauf der Revolution zu verfallen begann und sich das Gemisch aus zerrütteter Linienarmee und Freiwilligenbataillonen den stehenden Heeren der absolutistischen Staaten nicht gewachsen zeigte. Rainer Wohlfeil meint, dass das Bürgertum zwar verstanden habe die Staatsverfassung zu erneuern, es aber versäumt habe, eine neue Wehrkonzeption zu schaffen: "Es verpasste aus Verständnislosigkeit für die politische Grundweisheit, dass Staatsform und Militärwesen einander bedingen, die Gelegenheit, seiner Revolution notwendige Existenzgrundlagen zu schaffen."³⁴ Die bürgerliche Militärpolitik scheiterte letztlich, weil die Invasion auslän-

³² *Ibid.*, S. 76.

³³ Wohlfeil (1964), S. 39f.

³⁴ *Ibid.*, S. 185.

discher Heere es verunmöglichte, die liberale Lösung in Form eines kleinen, parlamentarisch kontrollierten Berufsheeres nach angelsächsischem Muster auszubilden.

Stattdessen radikalisierte sich die Revolution in ihrer zweiten Phase ab 1792 zunehmend. Damit fand die Militärverfassung diejenige Form, die dem veränderten, jetzt jakobinischen Staatsbild entsprach. Die Sicht der besten Wehrform wandelte sich von einem bourgeois-liberalen Wehrrecht zu einem nationalstaatlich verordneten Wehrzwang. Weil die bürgerliche und die militärische Nation als identisch angesehen wurden, sollten dem Bürger auch bürgerliche und militärische Pflichten obliegen. Allgemeines Wahlrecht und allgemeine Wehrpflicht wurden als gleichgerichtete Mittel zum Zweck der Verteidigung von Freiheit und Vaterland gesehen. Dieser Gesinnungswandel lässt sich bei Lazare Carnot sogar in einer Person feststellen. Carnot hatte Rousseau genau gelesen und hoffte zunächst auf die freiwillige Initiative des Bürgers in Erfüllung seiner patriotischen Pflicht. Carnot wollte zwar den Söldner durch den Bürgersoldaten ersetzen, sah jedoch anfänglich im Gesetzeszwang nicht das adäquate Mittel dazu. Der eigene freie Wille sollte entscheidend sein und damit der Patriotismus. Als sich jedoch die Misserfolge an der Front häuften, war Carnot als Leiter der militärischen Sektion des Wohlfahrtsausschusses doch gezwungen, mit dem Dekret vom 23. August 1793 die *levée en masse* und damit die allgemeine und gleiche Wehrpflicht *per Gesetz* zu verordnen: "Von jetzt ab bis zu dem Tage, an dem die Feinde vom Gebiet der Republik vertrieben sind, unterliegen alle Franzosen der ständigen Heeresdienstpflicht."³⁵ Die mit der *levée en masse* verordnete Wehrpflicht war erstens zeitlich und zweitens auf französisches Territorium beschränkt; drittens war sie lediglich als Notstandsmassnahme gedacht. Trotz seiner früheren Ablehnung der Volksbewaffnung verkündete Robespierre nun: "Nur in der Demokratie ist der Staat wirklich das Vaterland aller Einzelwesen, die zu ihm gehören, und kann mit ebenso vielen Kämpfern für seine Sache rechnen, als er Bürger zählt. Hier liegt die Quelle der Überlegenheit freier Völker über die anderen"³⁶. Das tönt ähnlich wie bei Rousseau. In Tat und Wahrheit hatte man sich aber mit der *levée en masse* bereits weit von den ursprünglichen Ideen des Genfers entfernt. Rousseau hatte zwar im *Contrat social* (1762) und in seinen *Considérations sur le gouvernement de Pologne* (1772) wiederholt von der Pflicht des Bürgers zum Militärdienst gesprochen.³⁷ Darunter stellte er sich jedoch keine nationalstaatlich verordnete, sondern eine moralische Verantwortung des *citoyen* gegenüber der *volonté générale* vor. Rousseaus politisches Ideal des *Contrat social*

³⁵ Zit. in Giller (1992), S. 40.

³⁶ *Ibid.*, S. 42

³⁷ Am bekanntesten ist die Passage in den *Considérations sur le gouvernement de Pologne* (1772), S. 1014: "Tout citoyen doit être soldat par devoir, nul ne doit l'être par métier".

war eine kleinräumige, autarke Republik nach dem Vorbild Spartas. In dieser direkten Demokratie sollte die *volonté générale* die Geschicke des Staates lenken und nicht eine nationalstaatliche Regierung.³⁸

Ein völliger Widerspruch zum Denken Rousseaus stellte sich ein, als man mit dem Wehrgesetz vom 19. Fructidor VI (5. September 1798) erstmals in der Neuzeit die allgemeine Wehrpflicht ohne Stellvertretung institutionell *für ein stehendes Heer* einführte. Das bedeutete, dass jeder Wehrpflichtige bereits im Frieden planmässig in das stehende Heer eingeteilt wurde und während einer bestimmten Zeit seines Lebens die Dienstpflicht abzuleisten hatte. Die Aushebung der dienstpflichtigen Mannschaft wurde im Gesetz mit "conscription militaire" bezeichnet. Das hier erstmals auftauchende Konskriptionsheer sollte sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts zur verbreitetsten Wehrform in Kontinentaleuropa entwickeln. In Frankreich behielt das napoleonische Wehrgesetz von 1800 zwar das Konskriptionssystem bei, liess jedoch die individuelle Exemption, die Stellvertretung, wieder zu – wodurch die Idee der allgemeinen und gleichen Wehrpflicht wiederum zu einer Fiktion wurde. Napoleons Expansion und totale Kriegführung wären allein mit der ursprünglichen *levée en masse* nicht möglich gewesen. Dazu brauchte es die Konskription, welche die Vorteile des stehenden Heeres mit der Masse eines Volksaufgebotes verknüpfte.³⁹

Der Typus des Konskriptionsheeres – von Eliot Cohen als "cadre/conscript force"⁴⁰ bezeichnet – verbindet die Vorteile einer Berufsarmee (Kriegstüchtigkeit durch längere Dienstzeit) mit denjenigen einer gezwungenen Miliz (Wehrpflicht). Von der Berufsarmee unterscheidet sich das Konskriptionsheer dadurch, dass die Rekrutierung aufgrund einer grundsätzlich allgemeinen Wehrpflicht erfolgt. Hinzu kommt, dass die Dienstzeit bedeutend kürzer ist – im Schnitt ein bis zwei Jahre. Anders als in einer Miliz geben die Soldaten aber während dieser Zeit ihren zivilen, bürgerlichen Beruf auf und widmen sich ausschliesslich dem Militärdienst. In diesem Sinne kann das Konskriptionsheer als "stehend" im Gegensatz zur Teilzeitmiliz angesehen werden. Als zeitgenössisches Beispiel einer solchen Heeresform kann die *Deutsche Bundeswehr* genannt werden. Diese verfügt allerdings auch über einen grossen Prozentsatz von Berufssoldaten sowie über eine Zwischenform, die sogenannten *Zeitsoldaten*. Meistens wird in der neueren deutschen Literatur anstelle des Begriffes *Konskription* der generellere Ausdruck *allgemeine Wehrpflicht* verwendet. Dadurch wird aber vernachlässigt, dass die allgemeine Wehrpflicht auch mit einer nicht stehenden Militärform, der Miliz,

³⁸ Zu Rousseaus Milizvorstellungen siehe Walzer (1970), S. 90-98, und Reichel (1989), S. 11-22. Etwas veraltet ist Mettrier (1901), S. 160-240.

³⁹ Wohlfeil (1964), S. 46ff.

⁴⁰ Cohen (1985), S. 23.

verbunden sein kann. Es ist entscheidend, wenn von der allgemeinen Wehrpflicht die Rede ist, zu differenzieren, ob diese in einem stehenden Heer durchgeführt wird, wodurch man zu einem Konskriptionsheer gelangt, oder ob sie sich auf eine Miliz bezieht. Deshalb wird hier der aus moderner militärwissenschaftlicher Sicht eher unorthodoxe Begriff "Konskriptionsheer" statt "Wehrpflichtigenheer" verwendet. Dies ist historisch präziser. Gerade der Unterschied zwischen der Wehrpflicht in einer Miliz oder in einem Konskriptionsheer war für die Kritiker an der Konskription wie Rotteck von zentraler Bedeutung. Im Gefolge von Rottecks klassischem Traktat sah sich die Konskription im 19. und 20. Jahrhundert starker liberaler, sozialdemokratischer und marxistischer Kritik ausgesetzt. Dies erklärt wohl die zurückhaltende Verwendung dieses Begriffes in der jüngeren Militärliteratur.⁴¹

Dieser Typologie folgt grundsätzlich auch das schweizerische Armeeleitbild 95.⁴² Darin werden jedoch verschiedene Begriffe unklar verwendet. Unter dem Oberbegriff *Wehrpflichtmodelle* werden die folgenden Typen subsumiert: *Milizarmee*, *Stehende Armee mit allgemeiner Wehrpflicht*, *gemischtes Wehrpflichtmodell*. Sogar die *Berufsarmee* wird fälschlicherweise unter diesem Oberbegriff geführt, obwohl diese auf Freiwilligkeit beruht. Ebenso unglücklich wie die Verwendung des Begriffs *Wehrpflichtmodell*, der korrekterweise durch *Wehrform*, *-modell* oder *-verfassung* ersetzt werden sollte, erscheint die Abgrenzung zwischen einem *Stehenden Heer* und einer *Berufsarmee*. Wenn irgendeine Wehrform wirklich stehend ist, trifft dies für die Berufsarmee zu! Bei genauerer Betrachtung der unter dem Titel *Stehende Armee mit allgemeiner Wehrpflicht* erklärten Wehrform ergibt sich, dass damit eigentlich ein *Konskriptionsheer* gemeint ist. Weit besser ist die Kategorisierung von Karl Haltiner, welcher die Wehrmodelle entsprechend den Kriterien "Rekrutierungsgrad" und "Präsenz" unterteilt in: *Berufsstreitkräfte*, *Wehrpflicht-Standardmodell*, *Schweizer Milizmodell* und *Freiwilligen-Miliz*.⁴³

Es bleibt zu bemerken, dass die Übergänge zwischen den einzelnen Wehrformen nicht nur historisch stets fließend waren, sondern auch heute noch sind. Oft kann bei einer Rekrutierungsform schlecht bestimmt werden, ob diese auf Zwang oder auf Freiwilligkeit beruht. Gleich verhält es sich bei dem Kriterium der zeitlichen Präsenz. Die Schweizerische Armee 95 mit ihrer 15-wöchigen Grundausbildung und ihren 10 Wiederholungskursen von je 19 Tagen entspricht sicherlich nicht Machiavellis Vorstellungen von einer lediglich an Sonn- und Feiertagen übenden Miliz. Zudem nehmen in den

⁴¹ Zum wichtigen Einfluss von Rottecks Kritik an der Konskription auf die spätere sozialdemokratische Militärtheorie siehe Haritz (1983), S. 20.

⁴² *Bericht des Bundesrates* (1992), S. 157-161.

⁴³ Haltiner (1998), S. 12.

Wehrpflichtigen- beziehungsweise Konskriptionsheeren die Dienstzeiten tendenziell immer mehr ab. Dies führt dazu, dass sich in der Praxis Miliz- und Konskriptionsheer immer mehr angeglichen haben.

3.2.4 Wehrpflicht vs. Freiwilligkeit

Das vierte Kriterium zur Bestimmung des Milizgedankens ist die Frage nach der Art der Rekrutierung. Das grundsätzliche Ideal eines jeden republikanischen Denkers besteht aus einer universalen und freiwilligen Miliz. Dass diese Wehrform stets unmöglich zu verwirklichen war, beweist der Befund, dass keiner der massgeblichen klassisch-republikanischen Denker sie auch nur als Leitbild ins Auge fasste. Da sich in der Praxis nie alle Bürger freiwillig zur Miliz melden, wird eine real existierende freiwillige Miliz stets selektiv sein. Ein zeitgenössisches Beispiel für eine selektive freiwillige Miliz stellt die *US National Guard* dar.

Die Alternative zur Rekrutierung durch Freiwilligkeit ist diejenige durch Verpflichtung. Diese darf nicht nur eine staatlich verordnete sein. Aus republikanischer Sicht wäre es wünschenswert, wenn der Bürger bereits von sich aus eine moralische und patriotische Pflicht verspüren würde, in die Miliz einzutreten. Es war diese Selbstverständlichkeit, seinen Kriegsdienst zu leisten, die kennzeichnend war für die Bürgergesinnung in den Stadtrepubliken der Antike. Dieses Voraussetzen einer patriotischen Gesinnung zeigt jedoch, dass der Trennungsstrich zwischen Wehrpflicht und Freiwilligkeit so scharf nicht gezogen werden kann. Es ist kennzeichnend für das bürgerlich-humanistische Denken, dass die Rekrutierung des Idealheeres weder durch reinen Zwang noch durch reine Freiwilligkeit erfolgen soll.⁴⁴ Dieser Ansicht liegt ein bestimmtes Menschenbild zu Grunde, das im republikanischen Tugenddiskurs seinen Ausdruck findet. Das Spannungsverhältnis zwischen staatlichem Zwang und individueller Freiwilligkeit entsteht durch die politische Funktion, die der Bürgersoldat in der Miliz zu erfüllen hat. Die Unabhängigkeit des Individuums gegenüber staatlichem Zwang ist Voraussetzung für die Erfüllung dieser Bürgerfunktionen. Die Notwendigkeit einer persönlichen Verpflichtung des Bürgers, das heisst einer grundsätzlich allgemeinen Wehrpflicht – die aber keine rein staatlich erzwungene sein darf! – stellt das vierte Merkmal zur Fassung des republikanischen Milizgedankens dar.

⁴⁴ Ausdrücklich bei Machiavelli, *Die Kriegskunst*, I, S. 24: "Man muss daher einen Mittelweg einschlagen, welcher weder gänzlich Zwang noch gänzlich freier Wille ist."

3.2.5 Universale vs. selektive Dienstpflicht

Der Forderung einer grundsätzlich universalen Wehrpflicht der Bürgerschaft geht mit der Vorstellung einher, politische Rechte und politische Pflichten müssten einander entsprechen. Verfolgt man den Gedanken weiter, so sieht man, dass eine solche Wehrpflicht zwar eine Stellungspflicht beinhaltet, dies jedoch keineswegs auch eine konkrete Dienstleistung, eine Rekrutierung, zur Folge haben muss.⁴⁵ Wenn die Anzahl der auszuhebenden Soldaten auf eine bestimmte Höchstzahl beschränkt ist, kann eine allgemeine Dienstpflicht nicht durchgeführt werden. Folglich muss aus der Gesamtheit der Stellungspflichtigen eine Selektion vorgenommen werden. Diese kann entweder durch das Los erfolgen oder durch die Auswahl der Tauglichsten. Die zweite Selektionierungsart sieht Machiavelli im republikanischen Rom als vorherrschend an und übernimmt diese Auswahl (*dilectus*) für die Rekrutierung seiner florentinischen Landmiliz sowie seines Idealheeres.⁴⁶ Das republikanische Postulat einer universalen Miliz im Sinne einer allgemeinen Stellungspflicht muss also klar von der unter Umständen selektiven Ausgestaltung der Dienstpflicht abgegrenzt werden. Ursache dieser Forderung nach Universalität ist die Ansicht, dass in der Stellungsbereitschaft die Tugend des Bürgers zum Ausdruck kommt, sein Leben für die Erhaltung der Gemeinschaft einzusetzen.

Was bedeutet nun Universalität? Aus republikanischer Optik wird derjenige ein Interesse an der Verteidigung des Staates haben, der mit politischen Beteiligungsrechten versehen ist und damit aktive Teilhabe am Staat hat, das heisst der Bürger. Diese Überlegung folgt dem aristotelischen Postulat der Kongruenz zwischen politischen Rechten und politischen Pflichten. Jedoch bleibt anzumerken, dass – gemessen an unseren heutigen Massstäben – in den klassischen Republiken des Altertums der Anteil der Bürger an der Gesamtbevölkerung stets klein war. Dies galt sogar für das "demokratische" Athen zur Zeit von Perikles. Auch die politischen Denker der italienischen Renaissance wie Machiavelli oder Giannotti verstanden unter dem häufig verwendeten Ausdruck *governo largo* keineswegs eine umfassende Demokratie. Auch den englischen *Commonwealthmen* des 17. und frühen 18. Jahrhunderts wäre unser heutiges breites Demokratieverständnis unverständlich erschienen. Diese politischen Denker sahen als Ideal nicht eine rein demokratische, sondern eine gut gemischte Republik. Gut

⁴⁵ Diese wichtige Unterscheidung macht Stein (1872), S. 46ff.

⁴⁶ Machiavellis Miliz von 1506 war universal und gezwungen in Bezug auf die Stellungspflicht (zumindest für die Landbevölkerung) und selektiv in Bezug auf die konkrete Dienstpflicht. Gemäss unserer Typologie war sie also eine "selektive dienstpflichtige Miliz". Die Stadtbürger wurden 1506 nicht in die Miliz eingezogen.

gemischt war aus ihrer Sicht eine Republik dann, wenn es gelang, durch " ... die institutionelle Verbindung von monokratischen, oligokratischen und/oder demokratischen Elementen in der politischen Grundordnung eines Gemeinwesens unter Beteiligung verschiedener gesellschaftlicher Kräfte ... Machtmissbrauch zu verhindern und die Freiheit der Bürger zu sichern. Die Mischverfassung verteilt die Staatsmacht gemäss der Trias "einer – wenige – viele" oder einer dualen Variante auf mehrere Machttträger."⁴⁷

Die "Vielen" respektive das "Volk" war erstens nicht das alleinige, zweitens nicht unbedingt das dominierende und drittens nicht ein umfassendes oder universales Element. Die Amerikanische und die Französische Revolution brachten einen gewaltigen Demokratisierungsschub mit sich. Immer mehr begann das "Volk" der erwachsenen weissen männlichen Bevölkerung zu entsprechen.⁴⁸ Diese Entwicklung führte jedoch nicht zu einer stärkeren demokratischen Schlagseite innerhalb der Mischverfassungsidee, sondern zu einem eigentlichen Dogmenwechsel von der *gemischten* zur *demokratischen* Republik.⁴⁹

Zusammenfassend kann der Milizgedanke im republikanischen Denken mit folgenden Merkmalen beschrieben werden:

Die Miliz ...

1. ist eine Institution des *Staates*. Die Miliz ist öffentlich, indem sie *staatlich* gegründet und geregelt ist. Zusammen mit guten Gesetzen (*buoni ordini*) bilden gute Waffen (*buone arme*) die Grundlage eines "guten" Staates.
2. wird rekrutiert aus den *Einheimischen* (den *arme proprie*). Im Gegensatz dazu stehen die unzuverlässigen, gefährlichen fremden Söldner (*mercenarie*).
3. ist nicht stehend, sondern *temporär*. Das bedeutet: Die Milizsoldaten üben weiterhin ihren bürgerlichen Beruf, ihre *arte*, aus. Professionelle Soldaten werden abgelehnt, weil die *arte della guerra* von ihrer Natur her öffentlich sein muss: ... *al pubblico lasciarla usare per arte*.
4. beinhaltet grundsätzlich eine *universale Wehrpflicht*. Das heisst, jeder Bürger ist grundsätzlich stellungspflichtig, weil von ihm erwartet wird, die *res publica* in Zeiten höchster Not zu verteidigen. Die Stellungspflicht ist nicht nur das Ergebnis eines staatlichen Zwangs, sondern setzt eine patriotische Grundeinstellung, die Tu-

⁴⁷ Riklin (1990), S. 21.

⁴⁸ Diese Dynamik findet sich eindrücklich beschrieben bei Wood (1992), S. 229-369.

⁴⁹ Siehe Kap. 9, und Riklin (1991), S. 274-293.

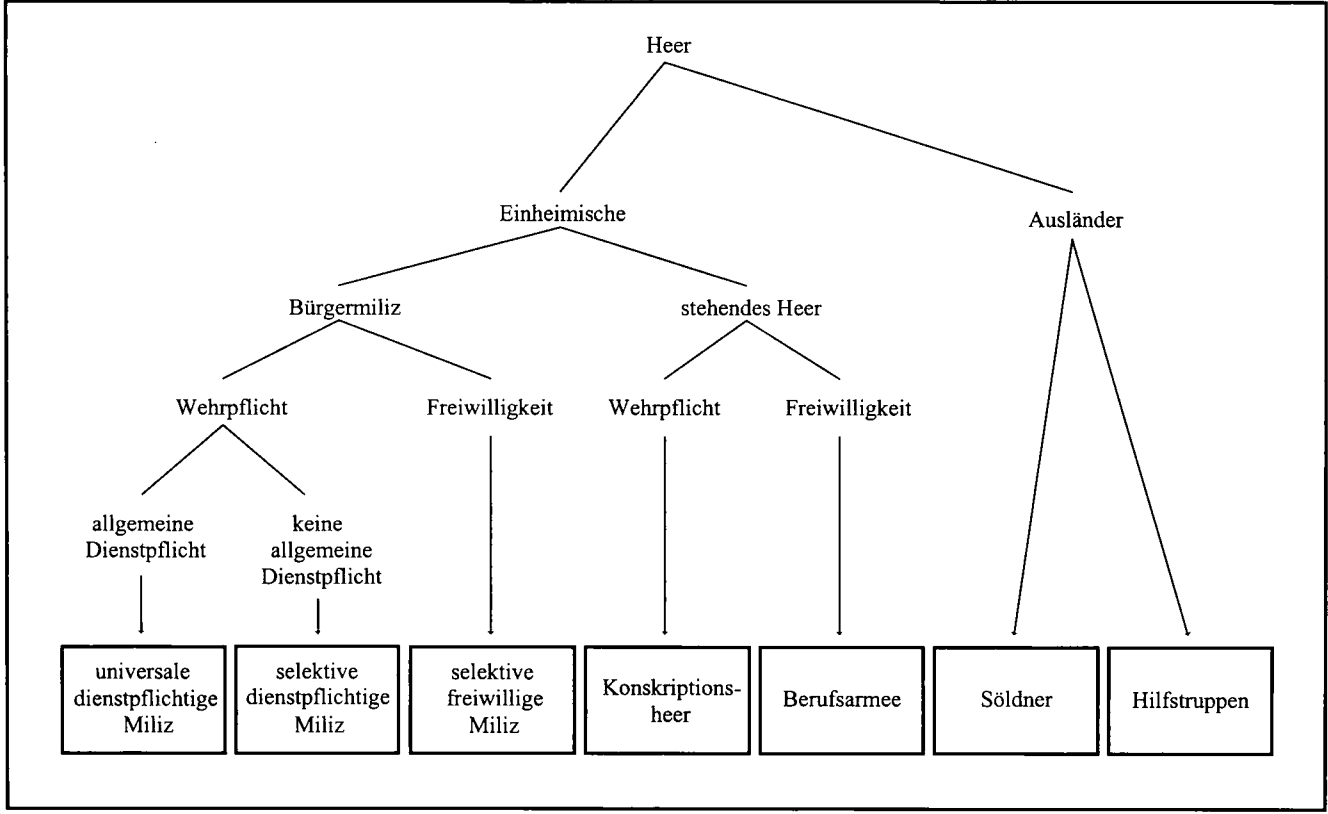
gend (*virtù*) des Bürgers voraus. Diese bürgerliche Tugend ist zugleich Voraussetzung und Wirkung eines "guten" Staates. Die moralische Prækondition oder Tugend wiederum bedingt einen gewissen ökonomischen Wohlstand. Nur jemand, der durch Eigentum Anteil am Staat hat, wird diesen im Notfall verteidigen wollen.

6. beinhaltet entweder eine *selektive* oder *universale* Dienstpflicht. Im Normalzustand, wenn sich die *res publica* in keiner akuten Notlage befindet, wird durch Los oder Wahl eine Selektion (*deletto*) der wirklich Dienstpflichtigen aus allen grundsätzlich wehrpflichtigen Bürgern vorgenommen.⁵⁰

Die Graphik auf der folgenden Seite zeigt die entwickelte Typologie von Wehrverfassungen.

⁵⁰ Cohen (1985), S. 125ff., unterscheidet vier Merkmale des Milizkonzeptes: *universality, limited active service, local recruiting and service* und *limited obligation to fight*.

Abbildung 1: Typologie von Wehrformen



3.3 Modell der Milizfunktionen

Nachdem die *Merkmale* des Milizgedankens fixiert sind, gilt es nun aufzuzeigen, welche *Funktion* die Miliz im bürgerrepublikanischen Denken erfüllt. Dabei soll das Grundvokabular der aristotelisch-republikanischen Sprache weiterverwendet werden. Aristoteles entwickelt in der *Politik* eine Theorie des Staates, der Polis.¹ Sein Ausgangspunkt ist, dass jedes menschliche Handeln wertorientiert ist und zwar in dem Sinne, dass es der Erreichung eines bestimmten Gutes (*agathón*) dient. Zu diesem Zweck verhält sich der Mensch sozial und bildet menschliche Gemeinschaften. Die Polis ist die höchste Form der menschlichen Gemeinschaft, weil sie sämtliche übrigen Gemeinschaften in sich einschliesst. Indem der Mensch durch aktive Partizipation einen Staat bildet, erfüllt er seine natürliche Bestimmung als politisches Lebewesen (*zoon politikon*).² Es kann aber nicht jeder Mensch auch Bürger sein, denn jeder natürlichen Klasse der Gemeinschaft kommt eine spezifische Tugend zu.³ Diejenige des Staatsbürgers (*polítes*) ist eine politische und richtet sich nach der Staatsverfassung (*politeía*). Sie besteht aus der doppelten Fähigkeit, die Mitbürger gut zu regieren und durch diese gut regiert werden zu können.⁴ Weil alle Bürger gleich sind, wird durch Ämterrotation sichergestellt, dass sie sich als Regierte und Regierende kontinuierlich ablösen.⁵ Dadurch nehmen alle an der Verfolgung des Gemeinwohls teil. Partizipation und Zusammenarbeit bedeuten eine stetige Aktualisierung bürgerlicher Tugend. Diese Handlungen sind nicht nur Mittel zum Zweck, sondern kommen der Erreichung des höchsten Ziels der Glückseligkeit (*eudaimonía*) gleich; denn diese wird als ungehinderte Ausübung eben dieser Tugend angesehen.⁶ Voraussetzung für die Partnerschaft des wechselseitigen Regierens und Regiertwerdens ist eine moralische Autonomie des Bürgers gegenüber seinen Mitbürgern. Wenn lediglich ein Teil und nicht die universale Bürgerschaft den Staat regiert und versucht, ihr partikuläres *agathón* als Gemeinwohl darzustellen, korrumpiert die staatliche Gemeinschaft zum Despotismus.

Wie fügt sich die Miliz in eine solche Polis ein? Zunächst gilt es, eine aussenpolitische und eine innenpolitische Funktion der Miliz zu unterscheiden. Die aussenpolitische Funktion ist die Aufgabe der Kriegführung. In dieser Funktion handelt die Miliz

¹ Nach Kullmann, Einleitung zu Aristoteles, *Politik*, S. 16, ist streng genommen das Thema der *Politik* nicht die Polis, sondern das gute Leben der Menschen in einer Polis.

² Aristoteles, *Politik*, 1252a-1253b.

³ *Ibid.*, 1259b-1260b.

⁴ *Ibid.*, 1276b-1277b.

⁵ *Ibid.*, 1261a-1261b.

⁶ Im italienischen Republikanismus sprach man von der *prima forma*, welche durch die Erfahrung eines *vivere civile* erreicht wird. Vgl. Pocock (1975), S. 184.

als *Staat* bei der Verteidigung des Gemeinwesens gegenüber äusseren Feinden. Dass in einer Miliz nur Einheimische rekrutiert werden sollen, hat in diesem Zusammenhang eine grosse Bedeutung. Aus republikanischer Sicht muss ein Gemeinwesen durch diejenigen verteidigt werden, die den grössten Anteil daran nehmen und folglich auch das grösste Interesse an seiner Existenz haben: die Staatsbürger. Die Delegation der Verteidigungsaufgabe an ausländische Söldner erscheint aus dieser Optik als ebenso verwerflich, wie wenn die Wahlfunktion an gemietete Wähler abgetreten würde.⁷

Neben der aussenpolitischen Rolle spielt die Miliz im republikanischen Denken auch eine innenpolitische Rolle. Dabei wird im Folgenden zwischen einer *horizontalen* und einer *vertikalen* Funktion unterschieden. Zur Darstellung der *horizontalen* Milizfunktion wird ein Modell aufgezeichnet mit zwei politischen Akteuren: dem Volk und dem Staat.⁸

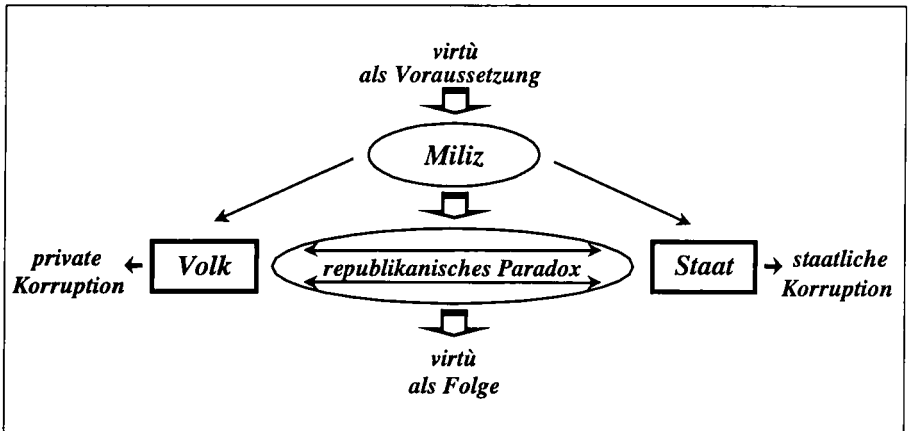


Abbildung 2: Modell der horizontalen Milizfunktion

Aus diesem Modell ersieht man, dass die Miliz eine regulative Funktion zwischen dem Volk und dem Staat ausübt. Diese Trennung mag auf den ersten Blick dem republikanischen Ideal widersprechen, das die Einheit von Volk und Staat propagiert. Die Miliz ist nichts anderes mehr als das *Volk in Waffen* oder auch der *bewaffnete Staat*. Am deutlichsten kommt diese Verschmelzung in Rousseaus *Contrat social* zum Ausdruck.⁹

⁷ Cohen (1985), S. 124, bezeichnet in einer treffenden Metapher den Milizsoldaten als *stockholder* im Gegensatz zum *day-laborer* in einem Konskriptionsheer.

⁸ Die Idee zur Formulierung eines Modells der horizontalen Milizfunktion beruht auf dem Aufsatz von Williams (1991), S. 551-615.

⁹ Siehe Walzer (1970), S. 90-98.

Die meisten Autoren der bürgerlich-humanistischen Tradition gehen jedoch nicht so weit wie Rousseau. Sie sehen die Notwendigkeit, Vorkehrungen zu treffen, dass ein vom Volk geschiedener *Staatsapparat* oder eine verselbständigte Regierung nicht zu einer Gefahr für das Gemeinwohl werden kann. In diesem engeren Sinne soll der Begriff *Staat* in den folgenden Ausführungen verwendet werden.¹⁰

Am Ausgangspunkt steht das *republikanische Paradox*. Dieses besteht einerseits darin, dass eine an und für sich instabile und vergängliche Republik nur überleben kann, wenn ihre Bürger tugendhaft sind. Die Tugend besteht in der Bereitschaft, die privaten Interessen zugunsten des Gemeinwohls zurückzustellen. Dieser Entscheidung liegt die Erkenntnis zu Grunde, dass die Freiheit des Einzelnen die Integrität der Freiheit des Gemeinwesens voraussetzt.¹¹ Aktiv wird die Tugend durch die Teilnahme am Entscheidungsprozess und durch den Willen, das Gemeinwesen gegen äussere Bedrohung zu verteidigen. Andererseits wird der Bürger sich nur dann tugendhaft verhalten, wenn die Republik auch einen gesunden Nährboden für diese Tugend bietet. Nur eine Republik, in welcher der Grundsatz der Gleichheit aller Bürger gilt, wird in diesen einen Willen zur Verteidigung wecken können. Die Tugend des Bürgers und die Tugend des Staates sind interdependent. Das *republikanische Paradox* ist Ursache dafür, dass sowohl die Gründung als auch die Aufrechterhaltung einer Republik ein schwieriges Unterfangen darstellt. Die republikanische Theorie hat von diesem Paradox ausgehend eine Fülle von Lösungsvorschlägen entwickelt. Eine Lösung besteht darin, unter Rückgriff auf die Antike eine gesetzgeberische Einzelperson zu entwerfen, durch welche die Gründung einer Republik erfolgen soll. Dieser Gründer vermeidet das republikanische Paradox, indem er ausserhalb der Republik steht und trotzdem ein *uomo virtuoso* ist. Diese Idee der überragenden Einzelperson findet man beispielsweise bei Machiavelli und Giannotti (*Principe*), Harrington (*Olphaus Megaletor*) und Rousseau (*Législateur*). Eine zweite, normalerweise in Verbindung dazu auftretende Lösungsmöglichkeit besteht darin, die Miliz als regulatives Ideal einzuführen. Diese hat einen doppeldeutigen Status:

Auf der einen Seite ist sie eine *staatliche Institution*. Wenn ein Teil des Volkes korrupt wird, das heisst seine Partialinteressen über die Interessen der Gemeinschaft erhebt, greift die Miliz als eine *Institution des Staates* ein. Dies kann sie jedoch nur,

¹⁰ Williams (1991), S. 554.

¹¹ Im Allgemeinen wird in Anlehnung an Isaiah Berlin (1969), S. 118-172 zwischen einer negativ-liberalen Freiheit und einer positiv-republikanischen Freiheit unterschieden. Die Praxis, die republikanische Freiheit mit der positiven Freiheit gleichzusetzen, kritisiert Pettit (1997), S. 27. Dabei stützt er sich auf Skinner (1990b), S. 307, der behauptet, in der republikanischen Tradition sei die Selbstregierung bloss Voraussetzung der Freiheit gewesen. Darum habe Machiavelli im Grunde ein negatives Freiheitsverständnis gehabt.

wenn sie universal, das heisst aus allen Bürgern zusammengesetzt ist. Eine auf reiner Freiwilligkeit beruhende Miliz wird immer selektiv sein. Deshalb wird eine solche Miliz nicht als ein Instrument des Staates und damit in Verfolgung des Gemeinwohls handeln, sondern als Vertreterin von Partialinteressen. Um die private Korruption wahrnehmen zu können, braucht der Milizsoldat auf der einen Seite eine moralische Unabhängigkeit gegenüber den Partialinteressen im Volk.

Auf der anderen Seite besteht die Miliz aus allen einheimischen, weiterhin ihren angestammten Beruf ausübenden Bürgern. Wenn der Staat korrupt wird, das heisst die Regierung oder ein Teil derselben die Bindung an die Gesetze durchbricht, handelt die universale Miliz *als das Volk* und gegen den Staat. Dabei schöpft sie die Legitimation dieses kollektiven Widerstandsrechtes aus ihrer Universalität. Das Widerstandsrecht ist kollektiv und nicht individuell im liberalen Sinne. Es geht nicht um die Sicherung der negativen Freiheit durch Abwehr staatlicher Eingriffe in einen privaten Autonomiebereich. Dieser Autonomiebereich ist kein passives Objekt staatlicher Intervention, sondern vielmehr Voraussetzung für eine aktive Gegenwehr zur Sicherung des Gemeinwohls. Der Milizsoldat soll neben dem Volk auch gegenüber dem Staatsapparat unabhängig sein. Nur dann wird er imstande sein, die Korruption der Regierung erkennen zu können.¹²

Damit wird klar, warum im republikanischen Denken auch der reine Zwang keine bevorzugte Rekrutierungsweise darstellt. In einem solchen Fall fehlt dem Milizsoldaten die Möglichkeit, seinem kollektiven Widerstandsrecht nachzukommen. Er ist zu stark an den Staat gebunden. In noch stärkerem Masse trifft die gleiche Überlegung für den Berufssoldaten zu. Diesem geht aus republikanischer Sicht gänzlich die Unabhängigkeit gegenüber dem Staat ab, so dass sein Missbrauch durch eine korrupte Regierung noch viel leichter zu bewerkstelligen ist als derjenige des gezwungenen Milizsoldaten.

Wodurch wird die beidseitige Unabhängigkeit des Milizsoldaten gegenüber dem Volk einerseits und dem Staat andererseits geschaffen? Eine Voraussetzung stellt die Rekrutierungsart dar. Diese darf weder auf reinem Zwang noch auf reiner Freiwilligkeit beruhen. Die Miliz setzt eine natürliche *virtù* des Bürgers voraus; denn wenn diese fehlen würde, bliebe nur noch der staatlich dekreditierte Zwang als Rekrutierungsform. Die natürliche *virtù* als Vorbedingung der Miliz findet ihren Ausdruck in der individuellen Bereitschaft zur Musterung. Von dieser Warte aus betrachtet ist die Miliz Gegenstand einer *personenorientierten Ethik*. Eine weitere Voraussetzung der Unabhängigkeit ist das Vorhandensein einer gewissen Menge an Eigentum. Diese ökonomische

¹² Williams (1991), S. 563ff.

Sicherheit versetzt den Bürger erst in die Lage, über das Vorliegen von privater oder staatlicher Korruption ein unabhängiges Urteil fällen zu können. Die bürgerliche Tugend ist nicht nur Voraussetzung für die Existenz einer Miliz, diese wird durch den Dienst in der Miliz auch gefördert. Körperliche Abhärtung, die Erfahrung gemeinschaftlichen Dienstes und der Waffenbesitz stärken das bürgerliche Selbstbewusstsein und damit die Fähigkeit zur Selbstregierung.¹³

Neben der *horizontalen* Funktion hat die Miliz im republikanischen Denken auch eine *vertikale* Funktion als Element innerhalb der Mischverfassung. Damit ist gemeint, dass der Entscheid eines Staates, seine Bürger zu bewaffnen, gleichzeitig den Entscheid zugunsten eines *governo largo* beinhaltet. Innerhalb der gemischten Verfassung führt dies zu einer demokratischen Schlagseite. Die Ursache dafür besteht darin, dass in der aristotelisch-republikanischen Tradition die *virtù militare* als grundlegend *demokratische* Tugend angesehen wird:

... dass ein einzelner oder eine Minderzahl sich durch besondere Tugend (*areté*) auszeichnet, kann leicht vorkommen, dass aber eine grössere Zahl es zu jeder Art von Tugend im strengen Sinne bringt, ist schon eine schwierige Sache, und am ehesten ist dies noch möglich in Bezug auf die kriegerische Tüchtigkeit, denn das ist eine Tugend der Massen. Daher ist auf Grund dieser Verfassung [der *politie*, das heisst der gutartigen Form der Demokratie] die oberste Staatsgewalt bei der wehrhaften Bevölkerung, und diejenigen, welche an den Staatsrechten teilhaben, sind hier die Waffentragenden.¹⁴

Donato Giannotti übernimmt diesen Gedanken von Aristoteles beinahe wörtlich:

... drei Herrschaftsarten entstehen, weil in jeder Stadt entweder ein einzelner, wenige, oder viele sich durch besondere Tugend auszeichnen. ... Sind hingegen die Vielen mit Tugend ausgestattet, entsteht die dritte Regierungsart, welche Republik genannt wird. Diese Ordnung findet man in Städten mit militärischer Tugend, die nur der Menge eigen ist.¹⁵

Auch der Berufssoldat spielt eine typische Rolle innerhalb der Mischverfassungstradition. Er wird immer wieder für die Wandlung der Monarchie zur Tyrannis verantwortlich gemacht. So schreibt Machiavelli in *Dell'Arte della Guerra*: "Gerade ein wohl eingerichtetes Königreich muss sich am meisten vor solchen Gesellen hüten, denn sie sind die Verderber seiner Könige und die wahren Diener der Tyrannei."¹⁶ In Aristoteles' *Politik* sind Fremde, das heisst Söldner, und nicht Berufssoldaten die Werkzeuge des Ty-

¹³ *Ibid.*, S. 579ff.

¹⁴ Aristoteles, *Politik*, 1279b.

¹⁵ Giannotti (1534), *Repubblica fiorentina*, I, 3, S. 194; *Die Republik Florenz*, I, 3, S. 137f.

¹⁶ "Tanto più debbe uno regno bene ordinato fuggire simili artefici, perché solo essi sono la corttella del suo re e, in tutto, ministri della tirannide." Machiavelli (1521), *Dell'Arte della Guerra*, I, S. 167; *Die Kriegskunst*, I, S. 15.

rannen.¹⁷ Abgesehen von dieser Gefahr des Missbrauchs durch einen Despoten sind Söldner für Aristoteles auch unzuverlässig: "[Sie] werden feige, wenn die Gefahr übermässig wird und sie an Zahl und Ausrüstung versagen. Sie fliehen also als erste, Bürger dagegen halten stand und sterben."¹⁸ Während der Bürger die Schande mehr fürchtet als den Tod, gelte für den Söldner das Umgekehrte.

Nachdem der Milizgedanke, seine horizontale und vertikale Funktion sowie das bürgerrepublikanische Vokabular vorgestellt sind, gilt es im Folgenden, den gewonnenen Untersuchungsraster anzuwenden und die verschiedenen Ansichten bedeutender Denker innerhalb dieser Tradition kennenzulernen. Da die Begriffe "klassischer Republikanismus" und "Milizarmee" definiert sind, soll im Weiteren der Bürgersoldat im historischen Kontext von Florenz bis zur Amerikanischen Revolution betrachtet werden.

¹⁷ Aristoteles, *Politik*, 1285a; 1306b und 1311a.

¹⁸ Aristoteles, *Die Nikomachische Ethik*, III, 1116b2-23.

TEIL I I

DER BÜRGERSDAT IM HISTORISCHEN KONTEXT

E facil cosa è conoscere donde nasca ne' popoli questa affezione del vivere libero; perché si vede per esperienza, le cittadi non avere mai ampliato né di dominio né di ricchezza, se non mentre sono state in libertà. E veramente maravigliosa cosa è a considerare, a quanta grandezza venne Atene per spazio di cento anni, poiché la si liberò dalla tirannide di Pisistrato. Ma sopra tutto maravigliosissima è a considerare a quanta grandezza venne Roma, poiché la si liberò da' suoi Re. La ragione è facile a intendere; perché non il bene particolare, ma il bene commune non è osservato se non nelle republiche.

NICCOLÒ MACHIAVELLI, *Discorsi*, II, 2

4. Die florentinische Tradition

4.1 Leonardo Bruni: *bonus miles*

In der Nachfolge von Pisa (1085) gelang es bis zum Ende des 12. Jahrhunderts einer überwiegenden Mehrheit der Städte Nord- und Mittelitaliens, sich *de facto* gegenüber der Herrschaft des deutschen Kaisers zu emanzipieren und eine Form republikanischer Selbstregierung einzurichten. Gegen Ende des 13. und zu Beginn des 14. Jahrhunderts wurde diese sich durch Wahl des höchsten Magistraten (*podestà*) auszeichnende autonome Selbstregierung in weiten Teilen des *Regnum Italicum* wiederum abgelöst. Vor dem Hintergrund weit verbreiteter Unruhen der *popolani* und im Streben nach Kontinuität und Stabilisierung politischer Herrschaft traten in dieser Zeit vermehrt erbliche Einzelherrschaften (Signorien) an ihre Stelle. Von dieser Regel ausgenommen blieben zunächst die Städte Mailand, Padua und vor allem Florenz. In diesen Stadtrepubliken führte der innen- und aussenpolitische Kampf gegen das Aufkommen despotischer Regimes zu einer grundlegenden Neubesinnung auf die Werte der politischen Unabhängigkeit und der republikanischen Selbstregierung.¹

Bei verschiedenen Lektoren der Rhetorik, den *dictatores*, lässt sich vor dem Hintergrund dieses Bewusstseinsprozesses schon ab Ende des 13. Jahrhunderts eine Verteidigung der spezifischen Tugenden und Vorzüge einer bürgerrepublikanischen Verfassung feststellen. Vor allem über das Medium der Stadtchronik sprengten die Florentiner Brunetto Latini (ca. 1220-94), Dino Compagni (ca. 1255-1324) und der Padane Alberto Mussato (1261-1329) die Ketten der traditionellen *Ars Dictaminis*. Diese prähumanistischen *literati* begnügten sich nicht mehr mit einer politisch neutralen, eher stilistisch orientierten Rolle der traditionellen, seit dem 11. Jahrhundert betriebenen Rhetorik. Sie wollten konkrete Ratgeber sein für ihre Städte und deren Magistraten – vor allem gegenüber den *podestà*.

In unserem Zusammenhang ist bedeutsam, dass sich bei diesen prähumanistischen *literati* des Mittelalters in ihrer Suche nach den Ursachen des Aufstiegs der Signorien bereits ein von der Antike bekannter Kausalzusammenhang feststellen lässt. Neben der innenpolitischen Fraktionsbildung – und zuweilen in Verbindung dazu – sahen sie vor allem das Streben nach privatem Wohlstand als Ursache des Siegeszuges der Signorien. Namentlich bei Sallust konnten diese Autoren nachlesen, weshalb sich die römische Republik zum Despotismus des Kaiserreichs gewandelt hatte. Der private Reichtum und die Gier nach Geld (*avaritia*) hatten die öffentliche Tugend der römischen

¹ Siehe Skinner (1978), I, S. 3 -21.

Bürger korrumpiert. Weniger ein religiöser als ein antiker Hintergrund war darum nach Meinung von Quentin Skinner verantwortlich dafür, dass sich bei den obgenannten Prähumanisten des *duecento* bereits eine tiefe Abneigung gegenüber dem privaten Luxus feststellen lässt.²

Diese Abneigung unterschied die *dictatores* grundlegend von einem anderen, jüngeren Strang prähumanischen Denkens, welcher sich ebenfalls im 13. Jahrhundert als politische Ideologie zur Verteidigung der italienischen Stadtrepubliken und deren bedrohten Freiheiten herausbildete: die Scholastik. Für die Scholastiker stand der private Wohlstand der bürgerlichen Tugend nicht entgegen. Im Gegenteil: Sie sahen diese als zueinander komplementär an. Deutlicher als die Rhetoriker verbanden sie die Präferenz einer Republik gegenüber einer *Signoria* auch mit einer neuen Vorstellung der römischen Geschichte. Für sie war nicht mehr die Epoche des *Imperium romanum*, sondern diejenige der Republik die Zeit wahrer römischer Grösse. Dies brachte auch eine Umdeutung der führenden Persönlichkeiten der späten römischen Republik mit sich. Cato und Cicero wurden nun nicht mehr als geistig abgehobene Weise, sondern als politische Patrioten dargestellt, welche die Freiheit der Republik gegenüber der drohenden Tyrannei zu retten versucht hatten. Einige Elemente dieser neuen historischen Perspektive hatte schon Brunetto Latini in seinen *Livres dou Trésor* (1266) ausgehend von Sallusts *De coniuratione Catilinae* vorweggenommen. Latini hatte die catilinische Verschwörung als den Beginn des Niedergangs der römischen Freiheit dargestellt. Dementsprechend hatte er Catos Angriff auf Caesar verteidigt und anerkennend Ciceros Beitrag zur Überwindung der Verschwörung hervorgehoben.³

Von den optimistischen, "pro-kommerzielleren" Bürgerhumanisten des frühen *quattrocento* unterdrückt, sollte der gefährliche Einfluss des privaten Strebens nach Luxus im ausgereifteren Republikanismus zu Beginn des 16. Jahrhunderts mit einer Hervorhebung der religiösen Signifikanz durch Girolamo Savonarola (1452-98) sowie einer Betonung des militärischen Kontextes durch Mario Salamonio (ca. 1450-1532), Francesco Guicciardini (1483-1540) und vor allem Niccolò Machiavelli wieder konzeptionalisiert werden.⁴

In Bezug auf ihre Skepsis gegenüber dem privaten Luxus stehen die prähumanistischen *dictatores* Machiavelli näher als Leonardo Bruni. In einem anderen Punkt weichen sie grundlegend von beiden späteren Autoren ab: dem Konzept der *grandezza*. Dabei ist es nicht so sehr der Einfluss der Quellen als deren Lesart und Gewichtung, welche sie unterscheidet. Das prähumanistische Konzept der *grandezza* war geleitet

² *Ibid.*, S. 43.

³ *Ibid.*, S. 54.

⁴ Siehe Skinner (1978), I, S. 149ff.

durch eine "fast unkritische" Übernahme der ciceronischen Vision einer *concordia ordinum*.⁵ Dementsprechend betont wurden der Wert der Gerechtigkeit und das Erfordernis interner Harmonie. Im ersten Buch von *De officiis* hatte Cicero dargelegt, wie diese bürgerliche Eintracht erreicht werden konnte: Die Einzelinteressen hatten gegenüber dem Gemeinwohl zurückzustehen.⁶ Unter diesen ciceronischen Vorzeichen wurde auch Sallust gelesen. Vor allem die Passage von *Bellum Jugurthinum*, in welcher sich der König von Numidien mit der Aufforderung zur Eintracht (*concordia*) an seine drei Erben richtet, wurde oft zitiert. Während kleine Gemeinwesen durch Eintracht zur Grösse aufsteigen könnten, so Sallust, müssten selbst grösste Gemeinwesen durch innere Uneinigkeit zerfallen.⁷

Das bürgerhumanistische Konzept der *grandezza*, am deutlichsten ausgedrückt durch die florentinischen Kanzler Coluccio Salutati (1331-1406) und vor allem Leonardo Bruni (1369-1444), war demgegenüber breiter. Es umfasste viel stärker auch eine aussenpolitische Dimension: das Streben nach territorialer Vergrößerung und politischer Dominanz.⁸ Im Vergleich zu den *dictatores* sahen die optimistischeren Bürgerhumanisten des *quattrocento* sowohl im privaten Wohlstand als auch in der innenpolitischen Fraktionbildung eine weit geringere Gefahr für ihre Republik. Dies führt Quentin Skinner auf den Umstand zurück, dass Florenz nach der Verfassungsreform 1382 – im Gefolge der Revolte der Wollschläger (Ciompi) – in eine ungewöhnlich stabile Periode oligarchischer Dominanz geriet.⁹

Trotz einer stärkeren Betonung des aktiv-kompetitiven Charakters republikanischer Tugend stimmte Bruni noch mit den früheren prähumanistischen Autoren dahingehend überein, innenpolitische Eintracht als notwendige Voraussetzung jeglicher *grandezza* zu sehen. Anders als Machiavelli lüftete Bruni somit noch nicht den ciceronischen Schleier der *concordia ordinum*, der auf Sallusts zentralen Themen von *libertas*, *virtus* und *gloria* gelegen hatte. Trotzdem lässt sich sagen, dass Bruni als erster diese Themen in einem kohärenten und umfassenden Erklärungsmodell zusammenfasste sowie dieses in Analogie auf die Geschichte der Republik Florenz anzuwenden versuchte.¹⁰

⁵ Skinner (1990), S. 136.

⁶ Cicero, *De officiis*, I, 25.85: "Wir müssen also eher bereit sein, unsere Interessen als die der Allgemeinheit zu gefährden und bereitwilliger kämpfen um Ehre und Ruhm als um andere Vorteile."

⁷ Zum prähumanistischen Konzept der *grandezza* siehe Skinner (1990), S. 125-134.

⁸ Osmond (1993), S. 472.

⁹ Skinner (1978), I, S. 73.

¹⁰ Nach La Penna (1966), S. 259, ist insbesondere Sallusts Einleitung zu *Bellum Catilinae* in allen Erscheinungen von Brunis Bürgerhumanismus mehr oder weniger gegenwärtig.

In seiner *Historiae Florentini populi* findet sich ein wichtiger Gedanke, der auch wieder bei Machiavelli auftauchen wird: die Idee eines fruchtbaren, tugendschaffenden interrepublikanischen Wettbewerbs. Bruni schreibt in Anlehnung an Sallusts *Bellum Catilinae*, dass sich die Entwicklung des römischen Staates bis zur Diktatur Caesars durch *magnitudo, anima, virtus* und *industria* ausgezeichnet habe.¹¹ Unter der Herrschaft eines Einzelnen seien diese Werte verloren gegangen und Rom ruiniert worden. Unter der imperialen Herrschaft hätten die italienischen Städte ihre Stärke verloren, und sogar Rom sei am Ende in die Hände der Barbaren gefallen. Ab dem späten *duecento* sei Florenz jedoch wieder zur Grösse auferstanden und habe fast die gesamte Toskana annektieren können. Auch in den Schriften der mittleren Schaffensperiode als Kanzler (1427-1444) äusserte Bruni immer wieder die Auffassung, Florenz sei zur Zeit der altrömischen Republik gegründet worden. Gemäss diesem Geschichtsbild hatte es im antiken Etruskien freie Republiken gegeben. Dann warf jedoch Rom alle umliegenden Staaten nieder und die Tugend verliess Italien und letztlich sogar Rom.

Hans Baron bezeichnet das politische Denken Brunis als "bürgerhumanistisch", weil sich in ihm die bislang getrennten Traditionen des Petrarca'schen Humanismus und des guelfischen Patriotismus von Florenz verbinden. Während die Humanisten des *trecento* noch vorwiegend dem kontemplativen Ideal einer *vita solitaria* anhingen, ging Bruni von der Leitvorstellung aus, dass die Werte einer *vita activa et politica* des griechischen und römischen Bürgers in den florentinischen Kontext übertragen werden könnten, ja müssten. Bruni steht für Baron in einer Linie mit verschiedenen Florentiner Autoren, welche ab Ende des 14. Jahrhunderts angesichts des Konflikts der Republik mit dem Papst, dem Königreich Neapel und dem Visconti-Mailand eine realitäts- und bürgerbezogenere Lesart klassischer Quellen entwickelten: "Ausgehend von der Lektüre von Aristoteles und Cicero begannen im florentinischen Stadtstaat Liebhaber klassischer Schriften wahrzunehmen, dass die von der antiken Bürgerschaft akzeptierten Ideale für eine Ethik sozialen Engagements in ihrem eigenen zeitgenössischen Staat tauglich sein konnten."¹² Entscheidende Bedeutung hatte nach Meinung von Baron vor allem die Bedrohung von Florenz durch die Mailänder Herzöge Giangaleazzo und Filippo Maria Visconti in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts. Diese Krise führte in Barons Einschätzung zu einer Neubewertung der Florentiner Geschichte unter säkula-

¹¹ 1415 verarbeitete Bruni Sallust, um eine Biographie von Cicero zu verfassen. Griffiths et al. (1987), S. 36.

¹² Baron (1966), S. 451.

ren Vorzeichen, zur Wiederentdeckung der antiken Bürgerideale und zur Hinwendung des bislang der *vita contemplativa* verschriebenen Humanismus zu einer *vita activa*.¹³

Da das antike Bürgerideal untrennbar mit dem Konzept des Bürgersoldaten verbunden war, erstaunt es nicht, dass dieser im politischen Denken der Bürgerhumanisten des *quattrocento* wieder zunehmend thematisiert wurde. Schon der Petrarca'sche Humanismus des *trecento* hatte bereits eine starke Abneigung gegenüber Söldnern entwickelt. Mit dem Niedergang der kommunalen Miliztradition im Verlaufe des 14. Jahrhunderts öffnete sich die Schere zwischen antikem Ideal und zeitgenössischer Realität noch weiter und die Kritik verstärkte sich. In den meisten italienischen Städten wurde in dieser Zeit die traditionelle Verpflichtung des wohlhabenden Bürgers zum Milizdienst immer mehr fallengelassen – in Florenz im Jahre 1351. Gleichzeitig wurde die Aufgabe der Kriegführung vermehrt gemieteten Söldnern, den *condottieri*, überlassen.¹⁴

Bruni war nicht nur *der* Bestseller-Autor des 15. Jahrhunderts¹⁵, er war unter den Bürgerhumanisten des *quattrocento* auch derjenige, welcher sich mit der Milizproblematik am ausführlichsten in seinem Werk auseinandersetzte. Dabei gilt es jedoch vorzuschicken, dass seine Behandlung der Wehrfrage, insbesondere in der Schrift *De Militia* von 1421, etwas eigentümlich ist. Und zwar vornehmlich aus zwei Gründen:

Erstens verbindet Bruni das Ideal des Bürgersoldaten nicht wirklich mit einer Abneigung gegenüber dem privaten Wohlstand. Nur an einer Stelle in *De Militia* lässt er die Problematik antönen, indem er schreibt, dass jegliches Streben nach Profit der Profession eines *miles* zuwiderlaufen müsse. Obgleich mit anderen Lebensformen verträglich, sei der Handel doch schäbig und unnatürlich für einen *miles*.¹⁶ Im Allgemeinen ist Brunis Haltung gegenüber dem Handel und der Rolle des Geldes im Krieg allerdings überaus positiv. Dies erstaunt, weil in der Darstellung des klassischen Bürgersoldaten durch die Historiker der Antike dieses Konzept stets in Verbindung mit dem korrumpierenden Einfluss des verweichlichenden privaten Luxus erschienen war. Als paradigmatischer Fall diente der tugendhafte römische *miles*, der durch den Luxus des

¹³ Baron (1966), S. 443-462. Einen Überblick über die "Baron-These" und deren Kritiker gibt Hankins (1995), S. 309-338.

¹⁴ Für den Fall von Florenz nennt Bayley (1961), S. 3, als Gründe hierfür: 1. die militärischen Misserfolge der Miliz bei Montaperti (1260) und Campaldino (1289); 2. die sich verstärkenden sozialen Spannungen in der Bürgerschaft; 3. der wachsende Wohlstand; 4. die Verfolgung einer territorialen Expansionspolitik – vor allem der Krieg gegen Lucca 1330-42. In der Mitte des 14. Jahrhunderts erlebte die Stadtmiliz eine kurze Blütezeit, nachdem mit ihrer Hilfe im Jahre 1343 der Herzog von Athen, Walter de Brienne, vertrieben werden konnte.

¹⁵ Griffiths et al. (1987), S. 45.

¹⁶ Bruni (1421), *De Militia*, S. 143.

Ostens korrumpiert wurde.¹⁷ Das politische Denken der Bürgerhumanisten im Allgemeinen und Brunis im Speziellen zeichnete sich aber gerade dadurch aus, dass privater Wohlstand, das egoistische Denken des Händlers und das Wohl des Staates als durchaus kompatibel miteinander angesehen wurden.¹⁸

Zweitens verleiht Bruni dem Ideal des Bürgersoldaten im Vergleich zu Machiavelli eine mehr meritokratisch-ritterliche als eine demokratisch-militärische Note. Bezeichnenderweise richtet sich Bruni auch auf Latein an seine Leser, während Machiavelli sich in all seinen Werken des Italienischen bedient. James Hankins behauptet sogar, Bruni sei es in seiner Schrift *De Militia* (1421) gar nicht um die kommunale Miliz gegangen, sondern um den Versuch, die klassischen Wurzeln der zeitgenössischen *dignità cavalleresca* zu finden.¹⁹ Auch Sergio Bertelli schreibt in seiner Rezension von Charles Bayleys Buch über Brunis *De Militia*, dass Bayley einem grundlegenden Missverständnis gefolgt sei, indem er das Traktat in den Kontext der kommunalen Miliztradition gestellt habe. In Wirklichkeit ginge es in *De Militia* um eine Lobpreisung der *ordo equestris* von Patriziern und nicht um eine militärische Reform.²⁰ Brunis Haltung gegenüber Söldnern erscheint zuweilen durchaus ambivalent. Er übernahm zwar – wie überhaupt die Bürgerhumanisten des *quattrocento* – vom Petrarca'schen Humanismus die Kritik am Söldnertum. Russell Dees weist jedoch darauf hin, dass Bruni in keiner seiner Darstellungen der Verfassung von Florenz den Einsatz von Söldnern ausdrücklich verurteilt. Im Gegensatz zu Machiavelli hebt er manchmal sogar die Bedeutung des Geldes und des Wohlstandes für die Kriegführung der Republik Florenz positiv hervor.²¹ Aus diesem Grunde kritisiert Dees auch Barons Analyse von Brunis Milizvorstellungen als reduktionistisch. Er selber vermag die vorhandenen Ambivalenzen aber auch nur dadurch zu erklären, dass Bruni zuweilen wohl bewusst seine Kritik am Florentiner Söldnereinsatz zurückhält, um das Image der Republik nicht zu trüben.²² Auch Antonio La Penna weist auf den Widerspruch hin: Bruni habe zwar im Grunde den Gebrauch von Söldnern abgelehnt und den Einsatz von Bürgerheeren begrüßt. Er sei jedoch überaus skeptisch gewesen bezüglich der destabilisierenden Wirkungen einer

¹⁷ Siehe Kap. 2.3.

¹⁸ Bracciolini Poggio schrieb 1428-29 sogar eine Schrift über *avaritia* und *luxuria*, in welcher er die Liebe zum Geld als die Grundlage eines Gemeinwesens überhaupt bezeichnete. Skinner (1978), I, S. 74. Diese Ungereimtheit übersehen Pocock (1975), S. 86-91, und Baron (1966), S. 430-439, bei ihrer Analyse des Milizkonzeptes von Bruni.

¹⁹ Hankins (1995), S. 333. Griffiths et al. (1987) übersetzen "De Militia" deswegen auch mit "On Knighthood" und nicht wie Skinner mit "On Military Service".

²⁰ Bertelli (1964), S. 834-836.

²¹ Beispielsweise Bruni (1403-04), *Laudatio Florentinae Urbis*, S. 142f.

²² Dees (1987), S. 10.

solcherart freigesetzten *potentia multitudinis* für die politische Ordnung innerhalb der florentinischen Republik.²³

Brunis Ansicht zum Niedergang der Miliztradition fand ihren ersten Niederschlag in der *Laudatio Florentinae Urbis* (1403/04). Darin preist er die militärischen Leistungen des mittelalterlichen Florenz in der Nachfolge des antiken Roms und für die Freiheit ganz Italiens: Florenz sei es gelungen, eine grosse Zahl von Truppen und enorme Mengen von Geld zu mobilisieren. Der grösste Schatz der Florentiner Republik sei aber deren Bevölkerung. Sie stamme direkt vom altrömischen Volk ab, das allein mehr Beispiele von Tugendhaftigkeit geliefert habe als alle übrigen Nationen bis zum heutigen Tage zusammen. Es habe kein Volk diesseits des Ozeans gegeben, das nicht den römischen Waffen erlegen sei. Aus diesem Grunde hätte Florenz einen Erbenspruch auf die Beherrschung der gesamten Welt.²⁴ Sämtliche Kriege, welche Florenz führe, seien *per se* gerecht, weil sie lediglich der Verteidigung oder der Rückeroberung dieses Anspruches dienten.²⁵ Zum Zeitpunkt der Gründung von Florenz seien die römischen Waffen und Tugenden noch den mächtigsten Königen und kriegerischsten Nationen überlegen gewesen. Caesar, Antonius, Tiberius und Nero, jene Plagen und Zerstörer der römischen Republik, hätten dem Volk damals noch nicht die Freiheit geraubt. Deshalb geniesse Florenz eine andernorts unbekannte Freiheit. Die Florentiner seien die grössten Feinde der Tyrannen bis zum heutigen Tage.²⁶ In Anlehnung an Cicero schreibt Bruni, in Florenz sei nichts als nützlich angesehen worden, was nicht auch ehrenvoll gewesen sei. Was Florenz aber vor allem auszeichne und mit der römischen Tugend in Einklang stehe, seien die Erhabenheit und die Verachtung gegenüber der militärischen Gefahr.²⁷ Bezeichnenderweise führt Bruni als ein Beispiel des militärischen Leistungsvermögens der Republik den Feldzug gegen Volterra von 1254 an. Zu diesem Zeitpunkt war die kommunale Miliztradition in Florenz noch intakt gewesen. Der Umstand, dass die Florentiner zu seiner Zeit schon seit zwei Generationen nicht mehr selber kämpften, unterschlägt Bruni geflissentlich in seiner rhetorisch überschwänglichen Darstellung des patriotischen Freiheitskampfes der Republik gegen den Mailänder Fürsten Giangaleazzo Visconti.²⁸

Die Übersetzung von Plutarchs Biographien berühmter Römer stärkte in der Folge Brunis Bewunderung für die Völker der Antike. Er begann den Kontrast zwischen an-

²³ La Penna (1966), S. 270.

²⁴ Bruni (1403-04), *Laudatio Florentinae Urbis*, S. 142f.

²⁵ *Ibid.*, S. 150.

²⁶ *Ibid.*, S. 151f.

²⁷ *Ibid.*, S. 162f.

²⁸ *Ibid.*, S. 166.

tiker Kriegführung und modernem Söldnertum zu erkennen. Im Vorwort zur Übersetzung von Plutarchs *Vita Quinti Sertorii* von 1408 fällt er ein vernichtendes Urteil über die moderne Kampfweise:

Möge ich dahinscheiden, wenn ich in meinem Urteil nicht Recht behalte, dass unsere eigene Leistung im Vergleich zu derjenigen der Antike kindlich und theatralisch ist: die fehlende Ordnung, Disziplin und militärische Erfahrung, die feige Abneigung gegenüber dem Nahkampf und das Begnügen mit Scharmützeln, Flucht und Verfolgung im Stile von Knaben.²⁹

Acht Jahre später übersetzte Bruni die *Nikomachische Ethik* von Aristoteles. Jener behandelt im dritten Buch die Tapferkeit als Tugend des Staatsbürgers. Aristoteles meint, dass der Bürger nicht aus Zwang tapfer sein solle, sondern weil die Tapferkeit sein Verlangen nach Ehre befriedigen könne. Obwohl die Söldner im Vergleich zu den Bürgern über mehr Kriegserfahrung verfügten, seien sie feige bei grosser Gefahr:

Sie fliehen also als erste, Bürger dagegen halten stand und sterben, wie es beim Hermaion geschah. Denn diese halten die Flucht für schimpflich und den Tod für wünschbarer als eine solche Rettung. Jene aber begaben sich von vornherein nur in die Gefahr unter der Voraussetzung, dass sie die Stärkeren seien; als sie aber erkannten, wie es stand, flohen sie, weil sie den Tod mehr fürchten als die Schande. Der Tapfere ist aber nicht derart.³⁰

Diese Zeilen hinterliessen einen starken Eindruck bei Bruni, der diesen Gedanken in seiner *Oratio in funere Johannis Srozzae* von 1428 wieder aufnimmt. Brunis Hauptwerk zur Milizproblematik ist jedoch das im Dezember 1421 entstandene Traktat *De Militia*. Darin nimmt er eine komparative historische Analyse der militärischen Organisationsformen Griechenlands, Roms und von Florenz vor.³¹ Auslösendes Moment für *De Militia* war die Revision der Statuten der Guelfenpartei im Jahre 1420. Innerhalb der Partei trugen etliche Bürger den Titel eines *miles* im Sinne eines Ritters. Zu einem solchen waren im 13. Jahrhundert durch Charles von Anjou mehrere florentinische Bürger für ihren Kampf um die guelfische, pro-päpstliche Sache geschlagen worden. Brunis philologisches Bestreben bestand darin, diesen *miles* die ursprüngliche Bedeutung des Begriffes *militia* aufzuzeigen.³²

Bruni teilt seinen Diskurs in drei Teile. Der erste Teil dient der inhaltlichen und philologischen Bestimmung des Begriffes *militia*. Der zweite Teil ist ein Vergleich der florentinischen mit der antiken *militia*. Schliesslich behandelt der dritte Teil, welchen Tätigkeiten der *miles* in Friedenszeiten nachgehen sollte. Den ersten Teil beginnt Bruni

²⁹ Bruni (1408), *Vita Quinti Sertorii*, zit. in Baron (1966), S. 431.

³⁰ Aristoteles, *Die Nikomachische Ethik*, III, 1116b15-23.

³¹ Baron (1966), S. 432.

³² Vgl. Griffiths et al. (1987), S. 22; S. 37 und S. 107ff.

mit der von Aristoteles abgeleiteten Aussage, dass jeder Mensch ein politisches (civil) Wesen sei. Da jeder *miles* ein Mensch sei, der in der Stadt (civitas) seine natürliche Bestimmung erfahre, müsse die gesamte Institution der *militia* vom staatlichen Ursprung her erklärt werden. Alle Verpflichtungen der Bürger würden durch die Stadt bestimmt. Dies gelte auch für diejenigen, welchen die Verpflichtung zur Verteidigung obliege. Deren Loyalität solle unmittelbar der Stadt gelten.³³ Also bleibt kein Platz für eine feudale Bindung an einen Lehensherren. Bruni fordert damit implizit die Unterordnung der militärischen unter die staatliche Gewalt. Vom Blickwinkel unserer Typologie entwickelt er mit diesen Überlegungen die beiden ersten Merkmale des Milizgedankens: Brunis Miliz ist eine (stadt-)staatliche Institution von *Einheimischen*.

Bruni möchte den Begriff der *militia* vorerst inhaltlich, das heisst von seiner Natur her bestimmen. Dafür zieht er nicht nur römische Quellen herbei, sondern auch theoretische Staatsentwürfe griechischer Philosophen. Bei Hippodamus von Milet, Platon und Phileas von Karthago³⁴ trifft er Krieger (propulsatores belli) respektive Wächter (custodes) an. Dies lässt ihn schlussfolgern, dass ein natürliches Bedürfnis des Staates nach *militēs* besteht.³⁵ Damit meint Bruni aber nicht, dass jeder Staat einen Berufskriegerstand haben muss, sondern lediglich, dass sich grundsätzlich jeder Staat mit den eigenen Waffen verteidigen sollte. Das Wesen einer *militia* hängt in seinen Augen von ihrer Fähigkeit ab, das Gemeinwesen zu verteidigen und nicht davon, ob ein *miles* der kriegerischen Tätigkeit hauptberuflich nachgeht oder nicht.

Diesem weiten Begriffsverständnis des *miles* bleibt Bruni treu, indem er drei etymologische Wurzeln des Terminus unterscheidet. Die erste Wurzel leitet er ab von dem Wort *malum*: Das Schlechte sei es ja gerade, welches durch den *miles* abgewendet werde.³⁶ Als zweite Möglichkeit meint er, dass der Begriff von einem griechischen Wort herkommen könnte, das Widerstandsfähigkeit bedeute.³⁷ Schliesslich erwähnt er als dritte Variante die Ansicht, dass *miles* von der Zahl *mille* herstamme.³⁸

Nach diesem verfassungstheoretischen und philologischen Exkurs und der Feststellung, dass theoretische Verfassungen ein Produkt des Geistes und praktische ein sol-

³³ Bruni (1421), *De Militia*, S. 128.

³⁴ Ein Übersetzungsfehler aus Aristoteles' *Politik*. Richtig wäre Phaleas von Chalkedonien. Griffiths et al. (1987), S. 364.

³⁵ Bruni (1421), *De Militia*, S. 129.

³⁶ Diese Erklärung stammt von Ulpian, *Corpus Iuris Civilis*. Bayley (1961), S. 320.

³⁷ Nach Bayley (1961), S. 320, stammt dieser Gedanke von den Anforderungen her, welche an die Wächter in Platons *Politeia* gestellt werden.

³⁸ Die Begründung ist von Varro, *De lingua latina* abgeleitet. Nach Bayley (1961), S. 391, wird keine von Brunis Begriffsherleitungen von der modernen Forschung gestützt. Gemäss der *Real-Encyclopädie der classischen Alterthumswissenschaft* (1848), 5. Bd., S. 14, stammt "militia" tatsächlich von "mile", "mille" ab.

ches der menschlichen Schwäche seien, kommt Bruni zu einem überraschenden Schluss:

Aus diesem Grunde hielten Plato und Hippodamus fest, dass der Kriegerstand vom Rest der Bürgerschaft getrennt werden sollte. Romulus, der Gründer Roms, machte jedoch keine Unterscheidung zwischen den *militēs* und den restlichen Bürgern, abgesehen von der Länge ihrer Dienstzeit. Dies aus dem Grunde, weil Romulus zwar sah, dass eine *militia* in der Stadt notwendig war, um den Gegner abzuweisen. Er sah aber auch die Schwierigkeit dieses Unterfangens. Denn es wäre kaum möglich gewesen, denselben Bürgern ständig die gesamte militärische Verantwortung aufzubürden.³⁹

Bruni sieht das Merkmal der Nebenberuflichkeit des Milizdienstes als Zugeständnis des Republikgründers Romulus an die praktischen Umstände. Trotzdem lobt Bruni diese Wehrform, in welcher aus zwei Kategorien von Menschen – aus Bauern und Handwerkern – eine dritte geschaffen werde. Die Kategorie bestehe jedoch nicht permanent, sondern nur für eine bestimmte Zeit. Die Individuen würden zwei Funktionen abwechslungsweise ausüben, als ob sie für diese Zeit jemand anderer wären.⁴⁰

Die Charakteristiken der römischen *militia* sieht Bruni darin, dass sie erstens nicht permanent, sondern temporär gewesen sei. Zweitens seien die Männer durch Leistung eines Eides zu *militēs* geworden. Drittens habe jemand, der nicht *miles* war, nicht am Krieg teilnehmen dürfen. Die *militia* bestand seiner Meinung nach aus Infanterie und Kavallerie (*equites*). Der militärische Rang des Berittenen sei mit der Zeit immer mehr mit Vornehmheit (*nobilitas*) gleichgesetzt worden. Es habe sich eine ritterliche Ordnung (*ordo equestris*) entwickelt, welche unabhängig vom Dienst in der *militia* auch in Friedenszeiten bestehen blieb. Die soziale ritterliche Ordnung habe sich verselbständigt und zurück auf die *militia* gewirkt, indem der Vornehme dank seiner Stellung nicht mehr zu Fuss habe dienen müssen.⁴¹

Brunis hauptsächliches Anliegen besteht nun darin, den vererbten sozialen Rang des *eques* vom militärischen Rang zu trennen – diese Vermischung war ja gerade kennzeichnend für das feudale Europa.⁴² Er billigt dem Vornehmen zwar einen höheren sozialen Status zu. Dieser Status, die Nobilität, soll jedoch nicht dank des höheren militärischen Ranges, das heisst *qua miles*, eingenommen werden. Durch die Einführung eines altrömischen Rittertums gelingt es Bruni, zwei aus heutiger Sicht unvereinbare militärische Erscheinungsformen miteinander zu verbinden: den Milizsoldaten und den

³⁹ Bruni (1421), *De Militia*, S. 132.

⁴⁰ *Ibid.*, S. 132.

⁴¹ *Ibid.*, S. 133.

⁴² Griffiths et al. (1987), S. 110.

Ritter.⁴³ Der römischen *militia* stellt Bruni das Heerwesen der Gallier gegenüber. Bei diesen hätten nur zwei Klassen kein sklavisches Dasein gefristet: die Druiden und die *equites*. In Rom jedoch habe Romulus gewollt, "dass das gemeine Volk seine Rechte und Freiheiten haben sollte."⁴⁴ Florenz solle sich auf der Suche nach der richtigen Wehrform deshalb nicht das französische Rittertum, sondern die römische *militia* zum Vorbild nehmen. Den Abschluss und die Zusammenfassung des ersten Teils bildet folgende Definition: "Ein *miles* ist nichts als ein Wächter der Bürger (*custos civium*) und ein Kriegführender (*propulsator belli*), der sich für diese Aufgabe durch die Leistung seines Eides legitimiert hat. Die Miliz (*militia*) selbst ist eine hoch ehrenwerte und unverzichtbare Institution, von der Natur geschaffen, um die Stadt zusammenzuhalten."⁴⁵

Im zweiten Teil von *De Militia* prüft Bruni, inwiefern die zeitgenössische *militia* von Florenz von der antiken *militia* abweicht. Er kommt zum Schluss, dass die heutige *militia* sowohl mit den theoretischen Entwürfen der Philosophen als auch mit Romulus' realer Miliz übereinstimme. Einerseits sei sie permanent im Dienst, wodurch sie der empfohlenen Ordnung der Philosophen folge. Andererseits bestehe in ihr die Möglichkeit, vom Infanteristen zum höheren militärischen Rang eines Berittenen aufzusteigen, wodurch sie der Ordnung von Romulus entspreche. Die Verbindung zum Pferd macht für Bruni vor allem die Eigenschaft eines *equus* aus. Deshalb schreibt er, dass man zwar keine Unwahrheit sage, wenn man einen so erhobenen mit *miles* anspreche, denn dieses sei er ja auch. Der Gebrauch von *equus* sei aber seiner höheren Stellung angebrachter und respektvoller.⁴⁶

Im dritten Teil von *De Militia* behandelt Bruni die Frage, ob der *miles* respektive der *equus* seiner Tätigkeit hauptberuflich, das heisst auch in Friedenszeiten nachgehen soll. Er führt aus, dass die römischen *equites* eine Reihe von öffentlichen Aufgaben in ihrer Stellung als *equus* ausgefüllt hätten – speziell nennt er den Dienst als Richter und als Steuereintreiber. "Auch unsere heutigen *equus*", fährt Bruni fort, "dienen im Frieden als Magistraten, Beschützer und engagieren sich sowohl in Familienangelegenheiten als auch in der Vergrößerung ihres Erbes". Aber: " ... dagegen spricht natürlich

⁴³ Nach Delbrück (1920), S. 259ff., gab es im ältesten Rom wirklich eine solche Ritterschaft. Kromayer/Veith (1928), S. 256f., meinen, es habe zwar eine Art Bürgerkavallerie gegeben, deren Mitglieder hätten sich allerdings nicht als "Ritter" gefühlt. Delbrücks Rittertum sei dem römischen Nationalcharakter ebenso fremd wie dem deutschen eigentümlich gewesen.

⁴⁴ Bruni (1421), *De Militia*, S. 134. Brunis Abscheu gegenüber dem französischen Rittertum zeigt sich auch an einer Stelle, wo er den gallischen Brauch kritisiert, dekorierte Waffen zu tragen. *Ibid.*, S. 137.

⁴⁵ *Ibid.*, S. 135. "Est enim miles nihil aliud quam custos civium et propulsator belli legitime ad hoc ipsum sacramento adactus. Militia vero est res ipsa et quidem honestissima et maxime necessaria secundum naturam ad civitatem continendam." Bayley (1961), S. 377.

⁴⁶ Bruni (1421), *De Militia*, S. 135f.

der Umstand, dass der *miles* ein Krieger ist. Im Frieden gibt es weder für einen Krieger noch für einen Kämpfer einen Platz. Soll ein guter, starker *miles*, der seine Mitbürger liebt, im Falle seiner Rückkehr vom Militärdienst, wenn die Stadt seiner Dienste gegen äussere Feinde nicht mehr bedarf, müssig zu Hause sitzen? Soll er nicht seinem Lande durch Worte und Taten helfen, falls durch boshafte Bürger ein Zustand der Verwirrung geschaffen wird?"⁴⁷

Die spezifische Kardinaltugend des *miles*, die Tapferkeit, kann nach Bruni auch in Friedenszeiten sinnvoll genutzt werden. Voller Bewunderung schreibt er von den Ruhmestaten der römischen *miles*. Diese seien für ihre Stadt den Heldentod gestorben und hätten grosse Gefahren auf sich genommen, um sowohl dem privaten als auch dem öffentlichen Machtmissbrauch entgegenzutreten. Sie alle hätten sich für die Verteidigung und die Erhaltung der Republik eingesetzt und das gemeine Wohl über ihr eigenes gestellt.⁴⁸

Jene berühmten Taten, entweder zum Schutze der Bürger vor den Beeinträchtigungen der Mächtigen, oder zur Verteidigung und Führung der Republik (*res publica*), werden darum von einigen als die Taten der *milites* bezeichnet. Dabei täuschen sie sich jedoch. Alle diese Taten sollten nämlich als Pflichten eines guten Menschen und Bürgers und nicht als [spezifisch] diejenigen eines *miles* betrachtet werden. ... Obwohl sie vorgängig Militärdienst geleistet hatten, waren sie nicht mehr *milites* zum Zeitpunkt dieser Handlungen. Jene waren auch nicht militärischer Natur. Mit einer solchen temporären militärischen Dienstzeit scheint der Fall gewesen zu sein, dass es [in Rom gar] keine innenpolitische Funktion des *miles* im Frieden gegeben hat. Unser Militär allerdings wäre eher ständig als temporär und darum gäbe es Anlass zu einer solchen [innenpolitischen] Funktion. Denn das militärische Amt würde auch nach der Rückkehr vom Kriege fortbestehen.⁴⁹

Anders als in der altrömischen temporären Bürgermiliz gibt es in der ständigen Florentiner Heeresverfassung für den *bonus miles* auch eine Rolle in Friedenszeiten. Diese Aufgabe erfüllt er jedoch nicht als *miles*. Bruni meint, dass immer unterschieden werden müsse, in welcher Eigenschaft jemand handle, ob als *miles*, *eques*, Richter, Anwalt, als Bürger oder ganz einfach als guter Mensch: "Auch wenn unsere *milites* viele Aufgaben im Frieden erfüllen ... sind diese trotzdem nicht militärischer Natur, noch erfüllen sie diese als *milites*."⁵⁰ Es gibt jedoch eine Ausnahme von dieser Regel und damit eine zivile Aufgabe, die der militärische *miles* erfüllen kann. Dies ist eine Funk-

⁴⁷ *Ibid.*, S. 139.

⁴⁸ *Ibid.*, S. 139-141. "Sed ille patrie consulere voluit, non sibi, et salutem publicam proprie antetulit." Bayley (1961), S. 384.

⁴⁹ Bruni (1421), *De Militia*, S. 141.

⁵⁰ *Ibid.*, S. 142.

tion, welche man heute als Polizeifunktion bezeichnen würde: Der *miles* schützt mit seiner Kraft die Schwachen.⁵¹

In diesem Falle, in dem der *miles* in seiner militärischen Eigenschaft, *qua miles*, handelt, stellt sich für Bruni jedoch das Problem, dass dieses Handeln zu Unruhe in der Stadt führen könnte, weil militärische und zivile Lebensform einander gegenüberstehen: "So könnte es besser scheinen, dem *miles* keine Pflicht in Friedenszeiten aufzuerlegen. Es sei denn, wir würden sagen dass kein Frieden herrscht, wenn gegen den Bürger Gewalt ausgeübt wird. Jene, die solche Gewalt mit sich bringen, wären Bürger nur dem Namen nach und in Wirklichkeit Feinde."⁵² Entscheidend für Bruni ist somit nicht die Frage, ob ein ständiger Kriegerstand aus der Staatsbevölkerung ausgeschieden werden soll; dies setzt er, zumindest in der Gegenwart, voraus. In Bezug auf das zeitgenössische Florenz steht er einer ständigen Ausscheidung sogar positiv gegenüber, denn sie sichert die Unabhängigkeit des *miles*:

Weil wir eine ständige militia haben wollen, ohne Rückkehr zu einer anderen Beschäftigung wie in Romulus' militia, sagt derjenige, welcher den militärischen Eid ablegt, implizit aus, dass er über genügend Eigentum verfügt und darum nicht nach mehr Gewinn streben möchte. Er will all seine Kraft dem gemeinen Wohl widmen und verschreibt sich deshalb dieser Aufgabe. Jegliches Streben nach Profit muss dieser Profession zuwiderlaufen. Selbst wenn der Handel mit anderen Lebensformen verträglich ist, ist er doch schäbig und unnatürlich für einen miles.⁵³

Bruni will den *miles* von Florenz deutlich machen, dass ihre Unabhängigkeit eine Verpflichtung gegenüber dem Staat mit sich bringt. Seine politische Aussage besteht in der Ablehnung des mittelalterlichen Verständnisses der *militia* als Ritterschaft, das nur die Verpflichtung gegenüber dem Feudalherren, nicht aber diejenige gegenüber den staatlichen Autoritäten akzeptiert. Seit über einem Jahrhundert wurde Italien von solchen mehrheitlich französischen *miles* dominiert. Bruni will, dass sich seine Mitbürger für ihre Militärorganisation am römischen Modell orientieren. Dort hatte in seiner Vorstellung der Berittene zwar einen höheren Rang inne als der Fusssoldat; dieser Rang befreite ihn jedoch weder von der Verpflichtung zum Kriegsdienst *für* noch von seiner Unterwerfung *unter* den Staat. Wie der römische hat auch der zeitgenössische Florentiner *miles* eine würdevolle Verantwortung gegenüber dem Staat zu übernehmen. Diese Verantwortung soll im Mittelpunkt seines Dienstes stehen: "Wer seinen Eid mit Füßen tritt, mischt sich mit dem Pöbel und wendet seine Aufmerksamkeit wie ein Deserteur seiner Profession der Anhäufung von Geld und Profit zu."⁵⁴ Damit diese Versuchung

⁵¹ *Ibid.*, S. 142.

⁵² *Ibid.*, S. 142.

⁵³ *Ibid.*, S. 143.

⁵⁴ *Ibid.*, S. 143.

unterbunden werden kann, soll der *miles* ein entsprechendes Entgelt erhalten. Diese Vorschrift darf jedoch nicht dahingehend gedeutet werden, dass sich Bruni in *De Militia* mit dem Söldnertum abgefunden habe, wie Griffiths dies tut.⁵⁵ Bruni spricht immer von *unseren miles* und meint damit, dass diese *miles* Einheimische, das heisst Bewohner der Republik Florenz sind. Er bewundert zwar die temporäre *militia* des Romulus, ist aber skeptisch, ob diese auch in der Gegenwart, mit den zeitgenössischen handels- und profitorientierten Menschen errichtet werden kann. Aus seiner Sicht wiegt entweder der Dienst des *miles* zu schwer, oder die Schultern des Menschen seiner Zeit sind zu schwach, als dass diese Bürde auf temporärer Basis zu tragen wäre. In Bezug auf das zeitgenössische Florenz beinhaltet Brunis Bild eines Bürgersoldaten deshalb sowohl den Berufssoldaten als auch den Milizsoldaten gemäss unserer Typologie. Seine Ablehnung der Söldner bleibt in *De Militia* explizit unausgesprochen, ist jedoch unterschwellig präsent.

Klarer kommt diese Ablehnung zum Ausdruck in der Grabrede *Oratio in funere Johannis Srozzae* von 1428.⁵⁶ Nanni degli Strozzi war im Mai 1427 im Kampf gegen die Truppen des Mailänder Herzogs Filippo Maria Visconti gefallen. Da sich die Republiken Florenz und Venedig zu diesem Zeitpunkt im Krieg mit dem Fürstentum Mailand befanden, stellt Bruni den Konflikt als Auseinandersetzung zwischen Republikanismus und Despotismus dar. Er nutzt die Gelegenheit, um anstelle eines persönlichen Nachrufs eine Lobpreisung der florentinischen Republik zu verfassen. Dabei richtet er sich nach dem Vorbild der von Thukydides festgehaltenen Grabrede des Perikles. Auch Brunis Aufmerksamkeit gilt weniger dem gefallenen Soldaten als der Stadt, für welche dieser zu kämpfen und zu sterben bereit war.⁵⁷ Die Umstände, die zu Nanni degli Strozzi's Tod führten, werden von Bruni so arrangiert, dass sie die aus der *Nikomachischen Ethik* abgeleitete These, Söldner seien feige und unzuverlässig, zu illustrieren vermögen. So beschreibt Bruni, wie Strozzi und seine Männer in einen Hinterhalt gerieten: Es sei schnell klar geworden, wie gross der Unterschied ist zwischen dem Gefühl für Ehre in einem fremden Söldner und in einem Bürger. Während die einen rasch Reissaus genommen hätten, um ihr Leben zu schützen, habe Nanni degli Strozzi sich unverzüglich in den Kampf gestürzt. Durch den Einsatz seines eigenen Körpers habe er für einen Moment die allgemeine Schlächtereie aufhalten können. Durch dieses Opfer hätten die Florentiner Söldner kostbare Zeit gewonnen, um sich wieder zu sammeln. Die drohende Niederlage konnte abgewendet werden. Über die Stadt, für welche Strozzi sein Leben hingab, meint Bruni, die florentinische Verfassung sei so gestaltet

⁵⁵ Griffiths et al. (1987), S. 110.

⁵⁶ Vgl. Baron (1966), S. 412ff.

⁵⁷ Griffiths et al. (1987), S. 105ff.

worden, um Freiheit (*libertas*) und Gleichheit (*paritas*) der Bürger zu gewährleisten: "Weil sie in jeglicher Beziehung egalitär ist, wird sie eine "Volksverfassung" (*popularis status*) genannt. ... Unsere Freiheit ist die gleiche für jedermann, begrenzt lediglich durch die Gesetze und frei von den Ängsten der Menschen."⁵⁸

Bruni sieht in Florenz den Hort der Freiheit, der dem Einzelnen Gelegenheit gibt, sein Potential als politisches Lebewesen zu realisieren.⁵⁹ Die Realisierung bürgerlicher Tugend erfordert die aktive und volle Partizipation am öffentlichen Leben der Stadt. Der Bürger soll an der Wahl der Magistraten, an der Gesetzgebung und an der Entscheidungsfindung beteiligt sein. Florenz entspricht den Erfordernissen, die an eine "demokratische" Republik gestellt werden, da die meisten Ämter auch den meisten Bürgern offenstehen.⁶⁰ Dabei versteht Bruni unter einer *res publica popularis* – angesichts seiner Skepsis gegenüber der unwissenden und unruhigen Volksmasse – keine Demokratie im heutigen Sinne. Die florentinische Republik war keine Demokratie, wohl aber eine Polyarchie (Herrschaft der Vielen) und als solche ist sie von den Oligarchien und Prinzipaten ihrer Zeit klar abzugrenzen.⁶¹

In seiner kleinen Schrift in griechischer Sprache *Über die Staatsverfassung der Florentiner* von 1439 beschreibt Bruni Florenz nicht mehr als eine demokratische Republik, sondern als eine Mischverfassung zwischen Aristokratie (*res publica optima-tum*) und Demokratie (*res publica popularis*). Als auslösendes Element für die Entwicklung in Richtung Aristokratie sieht er die Aufgabe der allgemeinen Wehrpflicht zur kommunalen Miliz im Jahre 1351: Früher sei das florentinische Volk gewohnt gewesen, Waffen zu tragen und seine Kriege selber zu führen. Infolge ihres Bevölkerungsreichtums habe Florenz beinahe sämtliche Nachbarn überwältigen können. In jener Zeit sei die Macht in der Stadt in den Händen der Vielen gewesen; beinahe die gesamte Nobilität sei von der Verfassung ausgeschlossen worden.⁶² Im Verlaufe der Zeit sei es jedoch üblich geworden, ausländische Söldner anzuwerben. Die Kraft des Staates schien nun nicht mehr bei den Vielen, sondern bei den Adligen und Reichsten zu liegen. Denn diese hätten an die Republik viele Abgaben entrichtet. Auch habe man zu diesem Zeitpunkt mehr des Rates als der Waffen bedurft. Deswegen habe sich der

⁵⁸ Bruni (1428), *Oratio in funere Johannis Strozzae*, S. 124. Dees (1987), S. 5, kritisiert Baron, unter dem Begriff "popularis status" bei Bruni fälschlicherweise eine Demokratie zu verstehen. Für Hankins (1995), S. 317, unterschied sich das oligarchische Florenz in seiner demokratischen Legitimation nicht wesentlich von den despotischen Einzelherrschaften seiner Zeit.

⁵⁹ Griffiths et al. (1987), S. 107.

⁶⁰ Vgl. Pocock, (1975), S. 87.

⁶¹ Riklin (1998a), S. 21.

⁶² Damit meint Bruni den Ausschluss der Nobilität von den höchsten Regierungsämtern in den 1290er Jahren und die Einrichtung eines Mittelklasse-Regimes. Vgl. Dees (1987), S. 7.

Einfluss des Volkes allmählich zurückgebildet, und die Verfassung habe sich in derjenigen Form ausgeprägt, wie sie sich heute präsentiere.⁶³

Vor dem Hintergrund von Aristoteles' *Politik* war die veränderte Einschätzung des Florentiner Regimes durch Bruni folgerichtig. Bruni hatte Aristoteles selber aus dem Griechischen übersetzt. Aristoteles beschreibt in der *Politik* die kriegerische Tüchtigkeit als spezifisch demokratische Tugend, als Tugend der Massen. Seiner Meinung nach ist es charakterisierend für die Verfassung einer Demokratie – respektive einer Oligodemokratie –, dass in ihr die oberste Staatsgewalt und die Teilhabe an den Staatsrechten bei den Waffentragenden liegt.⁶⁴

Das Bild des Bürgersoldaten hatte Bruni auch schon drei Jahre früher in seiner Biographie *Vita di Dante* (1436) auf den Florentiner Literaten übertragen. Darin werden die Taten der florentinischen Bürgermiliz und Dantes Anteil daran umfassend beschrieben. Weil diese Miliz eine nebenberufliche Bürgermiliz war, ist in deren Verherrlichung ein weiteres Indiz für die Haltbarkeit der These zu sehen, dass Bruni grundsätzlich eine Bürgermiliz gegenüber einem professionellen Heer vorzog.

Aber wie verhält es sich mit seiner Einschätzung der praktischen Realisierbarkeit einer solchen Miliz im realen Florenz des 15. Jahrhunderts? Zur Zeit Brunis war die Miliztradition zu stark verblasst, als dass er eine Bürgermiliz als ernsthafte Alternative ins Auge hätte fassen können. Deshalb musste er sich mit einer philologisch-theoretischen Bearbeitung der *militia*-Problematik begnügen, welche der ideengeschichtlichen Forschung einiges an Antworten schuldig bleibt. Erst mit der ausländischen Invasion von 1494, die eine Totalisierung der Kriegführung bisher ungekannten Ausmasses durch einen neuen Söldnertypus mit sich brachte, sollte der Gedanken der Volksbewaffnung wieder vermehrte praktische Relevanz gewinnen.

⁶³ Bruni (1439), *Über die Staatsverfassung der Florentiner*, S. 14f.

⁶⁴ Vgl. Aristoteles, *Politik*, 1279a23-1279b4 und 1329a13: " ... diejenigen, welche die Waffen in Händen haben, die haben auch das Bestehen oder Nichtbestehen der Verfassung (*politeía*) in Händen."

4.2 Niccolò Machiavelli: *virtù militare*

Perché delle republiche esce più uomini eccellenti che de' regni, perché in quelle il più delle volte si onora la virtù, ne' regni si teme; onde ne nasce che nell'una gli uomini virtuosi si nutriscono, nell'altra si spengono.

MACHIAVELLI, *Dell'Arte della Guerra*

Wohl kaum ein anderer Autor politischen Denkens ist von der Nachwelt so verschiedenartig interpretiert worden wie Niccolò Machiavelli (1469-1527). Hier soll im Sinne einer Einleitung lediglich auf diejenige Schule hingewiesen werden, die im Gefolge von Leo Strauss' *Thoughts on Machiavelli* den grossen Florentiner Staatsdenker als grundlegend modernen Autoren liest. Harvey C. Mansfield, Nathan Tarcov, Vickie Sullivan und Paul A. Rahe stellen vor allem auf den *Principe* (1513) ab. Sie vertreten die These, dass Machiavelli mit den moralischen Prämissen der politischen Philosophie der Antike bewusst bricht. Mit Machiavelli ersetzt in den Augen dieser Autoren die Anerkennung des menschlichen Egoismus in der Politik den Glauben an die Tugendfähigkeit des Bürgers als Grundvariable politischen Denkens. Für Leo Strauss ist Machiavelli ein "Lehrer des Bösen": Innerhalb der amoralischen Politikvorstellungen des Florentiners könne selbst der Patriotismus nicht mehr als ein kollektives Eigeninteresse darstellen.⁶⁵ Inhaltlich hervorgehoben werden von dieser Schule vor allem zwei Aspekte: Erstens wird darauf hingewiesen, dass Machiavelli selbst die Novität seines Denkens herausstreicht. So schreibt er im Vorwort zu den *Discorsi sopra la prima Deca di Tito Livio* (ca. 1513-17), es sei gefährlich, neue Einrichtungen zu treffen oder neue Staatsordnungen (*modi ed ordini nuovi*) zu schaffen. Er wolle jedoch trotzdem einen neuen Weg beschreiten, den noch niemand vor ihm gegangen sei.⁶⁶ Zweitens wird betont, dass Machiavelli in den ersten Kapiteln seiner *Discorsi* mit der ciceronischen Vision einer *concordia ordinum* bricht. Nicht eine friedliche Eintracht, sondern die ständigen Auseinandersetzungen zwischen dem Volk (*plebe*) und dem Adel (*nobili*) waren nach Machiavelli verantwortlich dafür, dass in der römischen Republik gute Gesetze verabschiedet, die Freiheit des Einzelnen erhalten und Rom gross und mächtig wurde. Der Florentiner sieht die Querelen zwischen den "Wenigen", den *nobles*, und den "Vielen", den *plebs*, als eine der *buoni ordini* der römischen Republik.

⁶⁵ Strauss (1958), S. 11. Zur Betonung des *Principe* gegenüber den *Discorsi* siehe S. 17.

⁶⁶ Machiavelli (ca. 1513-17), *Discorsi*, I, Vorwort, S. 19.

Diese Streitigkeiten entstammten dem Wunsch des Volkes nach Freiheit gegenüber adeliger Dominanz und führten zur Schaffung des Instituts der Volkstribune.⁶⁷

Harvey Mansfield und Nathan Tarcov vertreten die Auffassung, Machiavelli habe den Anspruch des Volkes nach *eigener* Herrschaft uminterpretiert zum Wunsch, vom Adel nicht dominiert zu werden. Damit habe er den Weg bereitet, die Demokratie und sogar den Republikanismus liberal werden zu lassen.⁶⁸ Bei Aristoteles ist die Tugend des Staatsbürgers eine zweiseitige Eigenschaft. Sie besteht sowohl aus der Fähigkeit, gut zu regieren als auch aus der Eigenschaft, gut regiert werden zu können.⁶⁹ Mansfield/Tarcov sind der Meinung, in Machiavellis Einschätzung hege einzig der Adel den Wunsch zur Herrschaft.⁷⁰

In diesem Zusammenhang sind jedoch zwei Aspekte von grosser Bedeutung: Erstens darf man das Ausmass, mit welchem Machiavelli die parteiischen Partikularinteressen toleriert, nicht überbewerten. Wenn man das vierte Kapitel des ersten Buches der *Discorsi* genau liest, stellt man fest, dass Machiavellis Verständnis der Ständekämpfe in der altrömischen Republik nichts mit einem modernen, pluralistischen Parteienwettbewerb zu tun hat. Er sieht in diesen gemässigten Tumulten vielmehr ein Zeichen politischer Wachsamkeit seitens der Bürger. Machiavelli anerkennt zwar die vitale und kreative Natur der *disunione*, versteht unter diesen Auseinandersetzungen jedoch keine eigentlichen Bürgerkriege. Bereits eine Verbannung und vor allem ein Blutvergiessen gehen für ihn über den zulässigen und nutzenstiftenden Intensitätsgrad einer gesunden bürgerlichen Streitkultur hinaus. Er ist sich auch durchaus der potentiell destruktiven Kraft einer überhand nehmenden *disunione* bewusst. Wie Sallust vermag er durchaus zu unterscheiden zwischen einer gesunden Rivalität vor dem Hintergrund des *bene comune* und einer zerstörerischen Parteisucht, geleitet durch das *bene particolare*.⁷¹

Zweitens muss man sich über die Motivation und die Rolle des Volkes innerhalb dieses Prozesses klar werden. Der Wunsch des römischen Volkes war in den Augen von Machiavelli nicht liberaler Natur. Er bezog sich nicht auf die Abwehr von Eingriffen staatlicher Organe in einen rechtlich fixierten Hoheitsbereich des Individuums. Die "Vielen" wehrten sich gegen ein Objekt, das für den Florentiner mehr gesellschaftlicher als funktionell-rechtlicher Natur war: die *ambizione* der *nobiles*. Ebenso wenig li-

⁶⁷ Machiavelli (ca. 1513-17), *Discorsi*, I, 4, S. 37-40.

⁶⁸ Mansfield/Tarcov (1996), S. xxviii: "In reinterpreting the popular claim to rule as the desire not to be dominated, Machiavelli prepares the way for democracy and even republicanism to become liberal."

⁶⁹ Aristoteles, *Politik*, 1277b24-30.

⁷⁰ Mansfield/Tarcov (1996), S. xxviii.

⁷¹ Vgl. Osmond (1993), S. 424, und Riklin (1998a), S. 9.

beraler Natur war das Instrument, das die Plebs in der Einschätzung Machiavellis anwendeten, um ihre Forderungen durchzusetzen: die Drohung zur Verweigerung des Wehrdienstes. Die Freiheit des Volkes steht in den Augen des Florentiners der Verpflichtung zum Militärdienst nicht entgegen. Im Gegenteil, beide sind untrennbar miteinander verbunden.⁷² Wie in Kapitel 2.2. dargelegt, müsste sich im Gegensatz dazu eine konsequente liberale Haltung gerade dadurch auszeichnen, dass sie von der Perspektive der individuellen Freiheit aus gesehen dem Institut einer Wehrpflicht eher feindlich als freundlich gegenübertritt.

Mit Machiavelli wechselt das Kriterium für die Partizipation des Volkes innerhalb der Mischverfassung. In der aristotelischen Tradition war die Beteiligung des Volkes am Staat durch das auf Erfahrung basierende Wissen begründet worden. Für Machiavelli besteht die demokratische Tugend nicht mehr primär darin, dass das „Volk“ infolge seines Wissens die richtigen Führer wählt und die richtigen Entscheidungen fällt, sondern dass es Wehrdienst leistet und dadurch zur Expansion der Republik beiträgt. Damit die Drohung zur Verweigerung der Wehrpflicht innenpolitisch glaubhaft sein konnte, *musste* die römische Republik in Machiavellis Einschätzung ständig Krieg führen. Der Motor aussenpolitischer Expansion bestand in den andauernden, aber trotzdem gemässigten innenpolitischen Tumulten.

Die Milizidee stellt ein zentrales, konstitutives Element innerhalb Machiavellis Konzept der Militarisierung bürgerlicher Tugend dar. *Militia (virtus) – libertas – gloria* sind untrennbar miteinander verbunden. Und dies in einer Art und Weise, die viel mehr mit Sallusts *Bellum Catilinae* als mit einer modernen Vorstellung liberaler Staatlichkeit zu tun hat.⁷³ Machiavelli spricht wenig über Rechte und bedient sich im Allgemeinen auch nicht eines naturrechtlichen Vokabulars wie Hobbes. Er verwendet viel ausgeprägter eine Sprache der Tugend, die im Grunde unvereinbar ist mit dem legalozentrischen [lawcentred] Paradigma.⁷⁴ Das Konzept bürgerlicher Tugend ist bei Machiavelli insofern "demokratisiert" und "militarisiert", als er die Priorität der Gerechtigkeit im ciceronischen Tugendkanon fallen lässt. Damit legt er denjenigen militärischen Kerngehalt republikanischer Tugend frei, welcher im politischen Alltag der Antike für den Normalbürger wegweisend war: den Mut im Kriege.

Im zweiten Kapitel des zweiten Buches der *Discorsi* lässt Machiavelli Sallusts Denken und Worte in *Catilinae* 7-9 anklingen. Er hebt die ausserordentlichen militärischen

⁷² Siehe Pocock (1975), S. 196.

⁷³ Machiavelli schreibt, jedermann habe Sallusts Schrift über die Verschwörung des Catilina gelesen. Vgl. Machiavelli (ca. 1513-17), *Discorsi*, III, 6, S. 408. Den Einfluss von Sallust auf Machiavelli zeigt Osmond (1993), S. 420-430.

⁷⁴ Pocock (1981b), S. 138.

Leistungen des römischen Bürgersoldaten im hartnäckigen Kampf gegen die freien italienischen Völker – wie die Etrusker und die Samniten – hervor: Es sei leicht zu erkennen, woraus bei den Völkern die Liebe zur Freiheit entspringe. Die Erfahrung zeige, dass Staaten immer nur dann an Gebiet und Reichtum zunahmten, solange sie in Freiheit lebten. Es sei in der Tat wunderbar zu sehen, zu welcher Grösse Athen in einem Zeitraum von 100 Jahren gelangte, nachdem es die Tyrannei des Peisistratos abgestreift hatte. Am wunderbarsten sei es jedoch zu sehen, welche Grösse Rom erreichte, nachdem es sich von seinen Königen befreit hatte. Die Ursache sei leicht einzusehen, denn nicht das Wohl des Einzelnen, sondern das Gemeinwohl sei es, welches die Grösse der Staaten ausmache. Und dieses werde ohne Zweifel nur in Republiken beachtet.⁷⁵

Vor diesem militärisch-politischen Hintergrund muss auch Machiavellis Abneigung gegenüber der zeitgenössischen Praxis der christlichen Religion verstanden werden. So schreibt er, dass die unterschiedliche Liebe zur Freiheit in der Moderne und der Antike von der unterschiedlichen Erziehung und diese wiederum von der unterschiedlichen Religion herrühre. Während sich die antike Religion durch eine Grossartigkeit ihrer Opfer und eine blutige Grausamkeit ihres Kults ausgezeichnet habe, sei die moderne Religion durch eine Feierlichkeit ohne Grausamkeit und ohne Kraft gekennzeichnet. Während in der Religion der Alten die aktiven, grossen Feldherren und Staatsmänner heilig gesprochen wurden, verherrliche man in der zeitgenössischen Religion mehr die demütigen und in Betrachtung versunkenen Menschen (*uomi umili e contemplativi*) als die tatkräftigen (*uomi attivi*). Die moderne Religion sehe das höchste Gut in Demut, Selbstverleugnung und in der Geringschätzung der weltlichen Dinge. Die Religion der Antike jedoch habe es in der Grösse des Mutes (*grandezza dello animo*), in der Kraft des Körpers (*fortezza del corpo*) und überhaupt in allen Eigenschaften gesehen, welche die Menschen möglichst tapfer (*fortissimi*) machten.⁷⁶

Soviel zur angeblich protoliberalen Natur der Tumulte bei Machiavelli. Im Folgenden soll es darum gehen, die Merkmale der Milizidee und die Milizfunktionen Schritt für Schritt herzuleiten. Es wird gezeigt, dass sich der Florentiner in dieser Frage nicht

⁷⁵ *Ibid.*, II, 2, S. 233: "E facil cosa è conoscere donde nasca ne' popoli questa affezione del vivere libero; perché si vede per esperienza, le cittadi non avere mai ampliato né di dominio né di ricchezza, se non mentre sono state in libertà. E veramente maravigliosa cosa è a considerare, a quanta grandezza venne Atene per spazio di cento anni, poiché la si liberò dalla tirannide di Pisistrato. Ma sopra tutto maravigliosissima è a considerare a quanta grandezza venne Roma, poiché la si liberò da' suoi Re. La ragione è facile a intendere; perché non il bene particolare, ma il bene commune non è osservato se non nelle republiche."

⁷⁶ *Ibid.*, S. 235f.

von modernen, liberalen Prämissen leiten liess, sondern eine weitgehend an der Antike orientierte Vorstellungswelt der Politik und des Krieges hatte.

Zunächst gilt darauf hinzuweisen, dass sich Machiavelli sowohl praktisch als auch in seinen staatsrechtlichen Schriften mit der Milizproblematik auseinandersetzte. Als Sekretär des Rates der Zehn (*Dieci di guerra*) war er die rechte Hand des *gonfaloniere a vita* Piero Soderini. Im Jahre 1506 wurde ihm die Aufgabe übertragen, eine Landmiliz aus den Bewohnern des Florentiner Umlandes, des *contado*, aufzubauen. Hierfür verfasste er zwei amtliche Milizdenkschriften.⁷⁷ Interessanter und aufschlussreicher als die amtlichen Schriften sind allerdings Machiavellis theoretische Werke. In ihnen konnte er seinen Milizgedanken entwickeln, ohne auf die in der Praxis ungenügend ausgeprägte Staatsgewalt der Republik Florenz Rücksicht nehmen zu müssen.

Im *Principe* von 1513 behandelt Machiavelli die Situation eines "neuen" Prinzen (*principe nuovo*), dem im Gegensatz zum *principe naturale* die natürliche Legitimation seiner Herrschaft abgeht. Dabei heisst "neu", dass eine bis anhin herrschende Form der Regierung abgelöst oder ersetzt wird. Die neue Situation erfordert die *virtù* des *Principe*, um die ausgebrochene *fortuna* in ihre ursprünglichen Schranken zu weisen.⁷⁸ Über das Kapitel XII setzt Machiavelli den Titel *Von den Formen der Heeresorganisation und von Söldnern* (Quot sint genera militiae et de mercenariis militibus). Söldner bilden aus seiner Sicht eigentlich kein Heer. Sie ziehen nicht auf Befehl der Obrigkeit in den Krieg, sondern nur um ihre eigene *ambizione* zu befriedigen. Wie Bruni fordert Machiavelli die Unterwerfung des Soldaten unter die Autorität und die Ziele des Staates. Die wichtigsten Stützen eines Staates sieht er in einer guten Miliz und guten Gesetzen. Er behauptet sogar, dass die gute Miliz notwendigerweise zu guten Gesetzen führen müsse.⁷⁹ Söldner sind aus dieser Optik deshalb schlechte Soldaten, weil sie ein schlechtes Fundament für den Staat darstellen. Zur Heeresorganisation eines Fürsten führt Machiavelli aus: "Dico, adunque, che l'arme con le quali uno principe defende il suo stato, o le sono proprie o le sono mercenarie, o ausiliarie, o miste."⁸⁰ Das Heer des Fürsten besteht entweder aus eigenen Truppen, Söldnern, Hilfstruppen oder aus Mischverbänden. In den Kapiteln XII bis XIV kritisiert Machiavelli vehement

⁷⁷ Hobohm (1913) behandelt das florentinische Staatsheer ausführlich im ersten Band. Die beiden Schriften sind auf S. 67ff. und S. 123ff. besprochen. Die Gründung der Miliz erfolgte unter der Federführung der *Dieci di guerra*. Später wurde die Leitung dem neu gegründeten Rat der Neun (*Nove della Ordinanza e Milizia fiorentina*) übergeben. Vgl. Hobohm (1913) S. 77ff., und Mallett (1990), S. 173ff.

⁷⁸ Vgl. Pocock (1975), S. 156-182.

⁷⁹ Machiavelli (1513), *Il Principe*, XII, S. 78: "E' principali fondamenti che abbino tutti li stati, così nuovi come vecchi o misti, sono le buone legge e le buone arme: e perché non può essere buone legge dove non sono buone arme, e dove sono buone arme conviene sieno buone legge".

⁸⁰ *Ibid.*, S. 78.

Söldner und Hilfstruppen: Beide seien unnütz und gefährlich. Ein Fürst, der sich auf sie verlasse, sei nie sicher. Sie seien uneins, ehrgeizig, undiszipliniert, treulos, tapfer unter Freunden, feig gegen Feinde und besäßen weder Gottesfurcht noch Redlichkeit. In Friedenszeiten werde man von ihnen, im Kriege von den Feinden geplündert. Das Resultat ist für Machiavelli klar: Italien sei allein deswegen zerrüttet, weil man sich über Jahre hinweg diesen Mietlingen anvertraut habe.⁸¹ In Kapitel XIII führt Machiavelli über die Hilfstruppen aus, diese könnten allein demjenigen nützen, der sie ausleihe, während sie demjenigen, der sie erhalte nur schädlich seien. Der letztere verliere, wenn sie geschlagen würden. Und wenn sie siegten, würde er in die Abhängigkeit des Gebers geraten.⁸² Hilfstruppen seien noch viel gefährlicher als Söldner: Während Söldner kein Ganzes bilden und einzeln angeworben würden, seien die Hilfstruppen einig und stünden unter dem Kommando eines anderen. Bei den Söldnern ginge die Bedrohung von ihrer Feigheit aus. Bei den Hilfstruppen sei es deren Tapferkeit, welche sie gefährlich mache.⁸³ So sei das römische Reich zusammengebrochen, weil es die Goten in Sold genommen habe. Ab diesem Zeitpunkt sei die Kraft des Römerreiches dahingesiecht. Alle seine schwindenden Kräfte gingen auf die Goten über. Hieraus müsse der Schluss gezogen werden, dass ein jeder *Principe* ohne eigenes Militär nicht sicher sei. Er hänge allein von der Gnade der *fortuna* ab.⁸⁴

Machiavelli unterlässt es jedoch, dem *Principe* eine bestimmte Heeresorganisation zu empfehlen. Die eigenen Truppen können bestehen aus Untertanen, Bürgern oder Gefolgsleuten: "E l'armi proprie son quelle che sono composte o di sudditi o di cittadini o di creati tuoi: tutte l'altre sono o mercenarie o ausiliarie."⁸⁵ Konkreter wird Machiavelli für den Fall der Republik: Sie könne sich mit ihren bewaffneten Bürgern gegen die Unterdrückung durch einen der Ihren besser sichern als durch fremde Waffen. So seien Rom und Sparta viele Jahrhunderte unter Waffen frei geblieben. Noch heute seien die Schweizer die Stärkstbewaffneten und Freiesten.⁸⁶ Die bewaffnete Bürgermiliz übt in der Einschätzung Machiavellis in der Republik eine innenpolitische regula-

⁸¹ *Ibid.*, S. 79: "... ora la ruina di Italia non è causata da altro che per essere in spazio di molti anni riposatasi in sulle arme mercenarie."

⁸² *Ibid.*, XIII, S. 84: "Queste arme possono essere utile e buone per loro medesime, ma sono, per chi le chiama, quasi sempre dannose; perché, perdendo, rimani disfatto: vincendo, resti loro prigione."

⁸³ *Ibid.*, S. 85: "In somma, nelle mercenarie è più pericolosa la ignavia, nelle ausiliarie, la virtù."

⁸⁴ *Ibid.*, S. 87: "Concludo, adunque, che, senza avere arme proprie, nessuno principato è sicuro; anzi è tutto oblicato alla fortuna".

⁸⁵ *Ibid.*, S. 87. Pocock (1975), S. 176, meint, dass die Textstelle zwar vielsagend sei, daraus jedoch keine Theorie abgeleitet werden könne.

⁸⁶ Machiavelli (1513), *Il Principe*, XII, S. 80: "Stettono Roma e Sparta molti secoli armate e libere. E' Svizzeri sono armatissimi e liberissimi."

tive Funktion aus und wirkt dadurch der staatlichen Korruption entgegen. Die Korruption ist deswegen staatlich, weil die Unterdrückung durch einen Mitbürger und durch Missbrauch eines öffentlichen Amtes erfolgt. Über den Fall, dass diese Unterdrückung auch durch den *Principe* erfolgen könnte, schweigt sich Machiavelli interessanterweise aus. Hier schätzt er die Gefahr weit geringer ein: Wenn ein wirklicher *uomo virtuoso* herrscht, ist auch die Möglichkeit staatlicher Korruption ausgeschlossen. Dann bedarf es allerdings konsequenterweise auch nicht der regulativen Funktion der Miliz, um staatlichen Machtmissbrauch zu verhindern. So wird erklärbar, warum Machiavelli im *Principe* nur die beiden Milizmerkmale der Staatlichkeit einer Wehrform sowie deren Rekrutierung aus den Einheimischen (*arme proprie*) behandelt. Das dritte Milizmerkmal, dass die Bürger weiterhin ihren angestammten Berufen nachgehen sollen, entwickelt der Florentiner Staatsdenker erst in *Dell'Arte della Guerra* in Verbindung mit den *Discorsi* in voller Deutlichkeit.⁸⁷

In den *Discorsi* liegt Machiavellis Schwerpunkt nicht auf der *virtù* eines *Principe*, sondern auf der *virtù* der Bürger. Durch diese soll die *fortuna* in ihre Schranken gewiesen werden. Eine *buona milizia* führt zu *buoni ordini* und beide wiederum zur *buona fortuna*.⁸⁸ Im sechsten Kapitel des ersten Buches behandelt Machiavelli die Frage, ob die Expansion Roms auch möglich gewesen wäre ohne die strukturelle Rivalität zwischen Volk und Adel. Er entwickelt das Argument, indem er einen Vergleich anstellt zwischen der römischen Republik auf der einen Seite sowie der spartanischen und zeitgenössischen venezianischen Republik auf der anderen Seite. Sparta und Venedig sieht Machiavelli als Paradefälle für stabile, langlebige und nicht expansive Republiken: In Sparta sei die Stabilität vor allem dadurch erreicht worden, indem man Fremden den Zuzug verweigert habe. Dadurch sei keine Gelegenheit zur Sittenverderbnis entstanden. In Venedig habe man das Volk nicht zum Kriegsdienst herangezogen. Dadurch habe es kein Ansehen erwerben können. Die Gesetzgeber Roms seien vor der Wahl gestanden, eine dieser Massnahmen zu treffen, hätten jedoch auf beide verzichtet. Das römische Volk sei sowohl vergrößert als auch bewaffnet worden. Grundlegend für Machiavelli ist der Entscheid einer Republik, ob sie wie das antike Rom auf Expansion und Tumulte oder wie Sparta und Venedig auf Nichtexpansion und Stabilität setzen will. Da es keinen Mittelweg gebe, sollte eine Republik die ehrenvollere rö-

⁸⁷ Skinner (1978), I, S. 130, geht somit zu weit, wenn er *allein* aus dem *Principe* die Empfehlung Machiavellis ableitet, der Fürst müsse eine Bürgermiliz (citizen militia) aufstellen. Diese ist ja nur eine Variante der *arme proprie*.

⁸⁸ Machiavelli (ca. 1513-17), *Discorsi*, I, 4, S. 37: "... dove è buona milizia, conviene che sia buono ordine, e rade volte anco occorre che non vi sia buona fortuna."

mische Variante wählen.⁸⁹ Machiavellis Urteil zugunsten der römischen *grandezza* beinhaltet gleichzeitig den Entscheid zugunsten eines *governo largo*: " ... senza gran numero di uomini e bene armati non mai una repubblica potrà crescere, o se la crescerà mantenersi."⁹⁰ Rom bewaffnete seine Plebejer, wodurch es expandieren und zu militärischer Grösse aufsteigen konnte. Eine der *buoni ordini* Roms habe darin bestanden, dass die Bürger nicht gezwungen werden konnten, gegen ihren Willen zu dienen. Wollte das römische Volk ein Gesetz durchsetzen, so habe es sich geweigert, in den Krieg zu ziehen. Was aber freie Völker verlangen würden, sei selten für die Freiheit verderblich. Denn ihr Verlangen entstehe entweder direkt durch die Unterdrückung oder durch die Furcht, unterdrückt zu werden.⁹¹ So gesehen ist die Freiheit für Machiavelli eine Folge der *buona milizia*, welche wiederum auf den *buoni ordini* beruht.

Wie sieht aber die *virtù* des Bürgers aus, die zu einer *buona milizia* führt? Darüber gibt *Dell'Arte della Guerra* von 1521 Auskunft. Machiavelli beginnt mit der bereits aus dem *Principe* bekannten Erkenntnis, eine starke Wehrverfassung sei die Voraussetzung für ein starkes Gemeinwesen: Die beste Verfassung ginge ohne den Schutz der Waffen genauso zu Grunde, wie die prächtigen Säle eines königlichen Palastes, wenn diese – obgleich mit Gold und Edelsteinen geschmückt – kein Dach hätten, das sie vor dem Regen schützen könne.⁹²

Der Ausdruck *arte della guerra* hat in Machiavellis Denken einen doppelten Sinn: Zum einen bedeutet er "Kriegskunst" und erfasst damit die kreative, überlegte, aus den Beispielen der Antike gewonnene Fähigkeit eines Feldherrn, erfolgreich in einer Schlacht zu operieren. Zum anderen bezeichnet *arte della guerra* auch den *Beruf* des Kriegführenden. Dieser Beruf ist für Machiavelli von seiner Natur her ein anderer als beispielsweise die *arte della lana*. Die *arte della guerra* ist eine öffentliche Aufgabe. Wer sie hauptberuflich und damit als seine eigene, private *arte* ausübt, nimmt sie zwangsläufig ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl wahr.⁹³ Wenn die *arte della guerra* die hauptsächliche Berufung eines Soldaten darstellt und er nichts anderes mehr ist als

⁸⁹ *Ibid.*, I, 6, S. 48: "Se alcuno volesse, per tanto, ordinare una repubblica di nuovo, arebbe a esaminare se volesse che ampliasse, come Roma, di dominio e di potenza, ovvero che la stesse dentro a brevi termini. Nel primo caso, è necessario ordinarla come Roma, e dare luogo a' tumulti e alle dissensioni universali, il meglio che si può".

⁹⁰ *Ibid.*, I, 6, S. 49.

⁹¹ *Ibid.*, I, 4, S. 39: "... la città di Roma aveva questo modo, che, quando il popolo voleva ottenere una legge, o e' faceva alcuna delle predette cose, o e' non voleva dare il nome per andare alla guerra, tanto che a placarlo bisognava in qualche parte sodisfarli. E i desiderii de' popoli liberi rade volte sono perniziosi alla libertà, perché e' nascono, o da essere oppressi, o da suspizione di avere ad essere oppressi." Siehe auch *Dell'Arte della Guerra* (1521), S. 167; *Die Kriegskunst*, I, S. 14.

⁹² Machiavelli (1521), *Dell'Arte della Guerra*, Proemio, S. 154; *Die Kriegskunst*, I, S. 2.

⁹³ Vgl. Pocock (1975), S. 200.

ein Soldat, ist sie keine öffentliche *arte* mehr. Sie stellt nurmehr eine egoistische, private Tätigkeit dar:

Eine wohl geordnete Republik soll also wollen, dass man sich zur Zeit des Friedens nur zum Kriege übe, dass man – wird der Friede gebrochen – den Krieg als eine Notwendigkeit und eine Quelle des Ruhms betrachte, und dass der Krieg als Handwerk nur vom Staate getrieben werden darf. So hielt es Rom. Jeder Bürger, der im Kriegshandwerk einen andern Zweck sucht, ist ein schlechter Bürger, und jede Republik, wo es anders ist, hat fehlerhafte Einrichtungen.⁹⁴

Machiavelli übernimmt hier implizit eine Kategorisierung, welche für das politische Denken der Antike wegweisend war und das wir in Kapitel 2.3 in Anlehnung an Hannah Arendt kennengelernt haben: die Trennung von politisch-militärischer und wirtschaftlich-beruflicher Sphäre. Auch für den Florentiner sind die Politik und der Krieg – die Kunst des Staatsmannes und des Bürgers – Tätigkeiten der öffentlichen Sphäre. Ein Berufssoldat ist ein schlechter Bürger. Aus aristotelisch-klassischer Sicht ist er eigentlich überhaupt kein wirklicher Bürger mehr, denn dieser wird ja über das aktive Eintreten für das Gemeinwohl durch ein *vivere civile* definiert. Ein Bürger, der zu den Waffen gerufen wird, möchte den Krieg so rasch als möglich beenden und nach Hause zurückkehren, während Berufssoldaten und Söldner den Friedensschluss so lange als möglich hinauszögern wollen. Während der aristotelisch-klassische Bürger einem Haushalt vorsteht, geht dem professionellen Soldaten diese eigenschaftliche Voraussetzung des Eintretens für das gemeine Wohl ab. Indem für ihn der Krieg eine Arbeit darstellt, bleibt er im Grunde stets ein Banause. Er teilt zwar sein Kriegslager mit andern Banausen, entbehrt jedoch den psychologischen Voraussetzungen zum Eintritt in die politische Sphäre und die Bürgergemeinschaft. So gesehen kann nur ein Bürger ein guter Soldat sein. Aber die Aussage gilt auch umgekehrt: Nur ein Soldat ist ein guter Bürger. So schreibt Machiavelli: "Von wem soll auch das Vaterland grössere Treue verlangen, als von dem, der in seinem Dienste zu sterben versprechen muss? Wer soll friedliebender sein, als der, welcher allein vom Kriege verletzt werden kann?"⁹⁵

Was ist nun eine *buona milizia*? Die Miliz muss dem Bürger helfen, seiner Natur (*prima forma*) als politisches und patriotisches Wesen nachleben zu können. Dies geschieht nach Machiavelli vor allem durch zwei Sozialisierungsprozesse: die militärische Disziplin und die Religion. Die heidnische Religion stärkte in den römischen

⁹⁴ Machiavelli (1521), *Dell'Arte della Guerra*, I, S. 167: "Debbe adunque una città bene ordinata volere che questo studio di guerra si usi ne' tempi di pace per esercizio e ne' tempi de guerra per necessità e per gloria, e al publico solo lasciarla usare per arte, come fece Roma. E qualunque cittadino che ha in tale esercizio altro fine, non è buono; e qualunque città si governa altrimenti, non è bene ordinata."; *Die Kriegskunst*, I, S. 14.

⁹⁵ *Ibid.*, Proemio, S. 154; *Die Kriegskunst*, Einleitung, S. 2.

plebs die Opferbereitschaft für ihre Republik und ermöglichte dadurch die Expansion Roms.⁹⁶

Die politische, moralische und ökonomische Unabhängigkeit des Bürgers ist die Vorbedingung für die Ausprägung seiner *virtù*. Dies gilt sowohl für Aristoteles' Bürger als auch für Machiavellis Milizsoldaten. Beide benötigen ihre *virtù*, um ihre Funktionen im Dienste des Gemeinwohls erfüllen zu können. Ein Berufssoldat ist korrupt, weil er wie ein Sklave ein Instrument in den Händen eines anderen ist. Er besitzt keine Autonomie und damit verbunden keine eigenständige *virtù*. Er ist ein *suddito, creato* oder Söldner, aber kein Bürger. Voraussetzung für die *virtù* des Bürgers ist seine Autonomie. Diese kommt in seiner Bereitschaft und Fähigkeit, sein Gemeinwesen zu verteidigen zum Ausdruck. Wenn der Bürgersoldat seine ihm eigene *virtù* durch Zwang und Verweichlichung verliert und einem Berufssoldaten und damit einem Nichtbürger die Verteidigung seines Staates überträgt, wird die öffentliche Funktion der *arte della guerra* ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl ausgeübt. Als Folge davon korrumpiert der Staat als Ganzes. In einer gesunden Republik gibt es keine ungleichgewichtigen militärischen Abhängigkeiten einzelner Bürger untereinander. Eine *buona milizia* besteht aus lauter Gleichen.

Nach Machiavelli ging die Republik und damit die Freiheit Roms vor allem aus zwei Gründen unter: erstens wegen den Streitigkeiten im Gefolge der Ackergesetzgebung durch die Gracchen und zweitens wegen der Verlängerung des militärischen Oberbefehls (*prolungazione degli imperii*). Diese Massnahme war in den Augen des Florentiners verantwortlich dafür, dass der römische Bürgersoldat seine moralische Autonomie verlor. Je weiter die Römer ihre Herrschaft ausgedehnt hätten, desto häufiger sei die Verlängerung des Oberbefehls vorgekommen. Dies habe zwei Übelstände nach sich gezogen: Erstens sei nurmehr eine kleine Zahl von Männern in der Heeresführung geübt worden. Dementsprechend habe sich das ganze daraus entstehende Ansehen auf wenige Leute beschränkt. Zweitens habe ein Bürger (*cittadino*) dadurch, dass er lange den Oberbefehl innehatte, das Heer für sich gewinnen und damit einen persönlichen Anhang schaffen können. Auf diese Weise habe das Heer mit der Zeit den Senat vergessen und nur noch seinen Feldherrn als Oberhaupt anerkannt. So hätten die Konsule Sulla und Marius Soldaten finden können, welche ihnen gegen das Allgemeinwohl (*contro al bene publico*) Folge leisteten. Caesar habe das Vaterland unterjochen können. Hätten die Römer den Oberbefehl nicht verlängert, wären sie nicht so

⁹⁶ Vgl. Pocock (1975), S. 199ff.

schnell zu bedeutender Macht aufgestiegen und ihre Eroberungen wären langsamer vor sich gegangen; sie wären jedoch auch später in Knechtschaft (*servitù*) geraten.⁹⁷

Nach Machiavelli gibt es für eine Republik drei Wege der Vergrößerung. Der erste Weg ist die Bildung eines Staatenbundes (*una lega di più republiche insieme*) nach dem Vorbild des antiken Griechenlands und der zeitgenössischen Schweiz. Der zweite Weg ist eine Hegemonie über Bundesgenossen (*farsi compagni*) entsprechend der römischen Republik. Der dritte Weg ist die direkte Unterwerfung der Eroberten (*farsi immediate sudditi*) wie im Falle Spartas und Athens.⁹⁸ Rom wählte in Machiavellis Einschätzung den zweiten, hegemonialen Weg der Expansion. Dies erforderte wiederum die Bewaffnung des Volkes. Gleichzeitig führte diese Volksbewaffnung aber auch zum Untergang der Republik; nämlich dann, als die bewaffneten Bürger ihre moralische Autonomie verloren. Eine Republik, die den Weg der Stabilität wählt, wie Sparta und Venedig, setzt eine geringere militärische *virtù* des Volkes frei. In ihr ist jedoch auch die Gefahr kleiner, dass das Abgehen vom Prinzip der Bürgermiliz zum Untergang der republikanischen Freiheit führt. Republiken mobilisieren eine grössere *virtù* als Monarchien, wobei Machiavelli darunter vor allem die kriegerische Tapferkeit versteht. Im zweiten Buch von *Dell'Arte della Guerra* vergleicht er die zeitgenössische Feigheit mit der antiken Tapferkeit: Europa habe eine weit grössere Zahl grosser Männer hervorgebracht als Afrika und Asien. Der Grund dafür sei darin zu suchen, dass es in Europa viele Republiken und nur wenige Monarchien gab. Da sich die Menschen nur dann in einer Kunst auszeichnen und mit ihrer Tapferkeit glänzen würden, wenn sie der Staat anwende, entstünden dort viele grosse Männer, wo viele Staaten sind. Für Republiken gelte dies noch speziell. Denn in diesen sei die Tapferkeit fast immer gehehrt, während sie in Monarchien stets gefürchtet sei. Alles ziele daher in einer Republik darauf ab, die Tapferkeit zu nähren und in einer Monarchie, diese zu ersticken.⁹⁹

Republiken sind in Machiavellis Einschätzung allerdings auch instabiler als Monarchien, weil ihr Fortbestand eine grössere Tugend der Bürger voraussetzt. Dies gilt im Speziellen für die römische Republik, die auf Expansion und damit auf die militärische Tugend des Volkes angewiesen war. John G.A. Pocock spricht von einer "Militarisierung der Bürgerschaft" durch Machiavelli. Er meint damit, dass im Denken des Florentiners die Fähigkeit einer Republik zur territorialen Expansion und zur Aus-

⁹⁷ Machiavelli (ca. 1513-17), *Discorsi*, III, 24, S. 474.

⁹⁸ *Ibid.*, II, 4, S. 243-249.

⁹⁹ Machiavelli (1521), *Dell'Arte della Guerra*, II, S. 215: "Perché delle republiche esce più uomini eccellenti che de' regni, perché in quelle il più delle volte si onora la virtù, ne' regni si teme; onde ne nasce che nell'una gli uomini virtuosi si nutriscono, nell'altra si spengono." *Die Kriegskunst*, II, S. 70.

übung einer *virtù militare* entscheidend ist, ob die zivile Tugend des Bürgers innenpolitisch erhalten bleibt.¹⁰⁰ Tugendhafte Republiken führen Krieg gegeneinander. Dieser Krieg ist nicht mehr durch die "Ermattungsstrategie" der *condottieri* gekennzeichnet, die als militärstrategische Konsequenz des Gleichgewichtssystems im Italien des 15. Jahrhunderts eine Variante des gehegten Krieges darstellte. Machiavellis tugendhafte Republiken sollen nicht Gleichgewichtspolitik betreiben, sondern die durch das Christentum aufgerichteten Hegungen des Krieges niederreißen. Ziel ist die Vernichtung der gegnerischen Streitkräfte in einer siegreichen Entscheidungsschlacht. Diese "Niederwerfungsstrategie" ist die logische Konsequenz, wenn eine Republik mit einer Bürgermiliz territorial expandieren soll. Machiavelli geht es um Auflösung des Gleichgewichts durch das Übergewicht des Siegers.¹⁰¹ Aus diesem Grunde besteht in seinem Denken auch eine Inkompatibilität zwischen christlicher und bürgerlicher Tugend. Vor allem dem Christentum wirft er vor, die Wiedergeburt der Tapferkeit nach dem Untergang Roms verhindert zu haben.¹⁰² Am Ende der Expansion Roms sei in der ganzen Welt weder ein Fürst noch eine Republik übrig geblieben, die allein oder vereint der römischen Macht hätten widerstehen können. Zu diesem Zeitpunkt habe es Rom an Widersachern gefehlt.¹⁰³ Weil die militärisch-bürgerliche Tugend verschiedener Völker in ständigem Wettstreit zueinander stehen, musste der Verlust der *virtù* der anderen Völker auch den Verlust der römischen *virtù* nach sich ziehen:

Ist es also wahr, dass, desto mehr grosse Männer aufstehen, je zahlreicher die Staaten sind, so folgt notwendig, dass durch ihre Vereinigung zu einem grossen Reiche die Tapferkeit nach und nach erlischt, da die Ursache seltener kommt, welche die Menschen tapfer macht.¹⁰⁴

Wo die Tugend untergeht, gewinnt wieder die *fortuna* die Oberhand. Dies ist nach Machiavelli der gegenwärtige Zustand der Staaten Italiens. Deren einziges Ziel bestehe darin, in Frieden die Gunst des Glückes (*fortuna*) zu geniessen, ohne jemals in der eigenen *virtù* eine Stütze zu suchen. Denn sie hätten gesehen, dass bei dieser Armut an *virtù* das Glück allein die Welt regiere. Statt es zu meistern, zögen sie es vor, dessen Sklaven zu sein.¹⁰⁵ Machiavellis Bild des antiken Roms ist dasjenige eines Kannibalen,

¹⁰⁰ Pocock (1975), S. 213.

¹⁰¹ Die Begriffe stammen von Delbrücks *Geschichte der Kriegskunst*. Vgl. auch Münkler (1984), S. 383f.

¹⁰² Machiavelli (1521), *Dell'Arte della Guerra*, II, S. 216; *Die Kriegskunst*, II, S. 71.

¹⁰³ Machiavelli (ca. 1513-17), *Discorsi*, II, I, S. 227-231.

¹⁰⁴ Machiavelli (1521), *Dell'Arte della Guerra*, II, S. 215; *Die Kriegskunst*, II, S. 70.

¹⁰⁵ *Ibid.*, II, S. 217: "... vogliono senza alcuno disagio stare con la fortuna e non con la virtù loro; perché veggono che, per esserci poca virtù, la fortuna governa ogni cosa, e vogliono che chella gli signoreggi, non essi signoreggiare quella." *Die Kriegskunst*, II, S. 72.

der seine Schwesterrepubliken auffrisst, bis er sich am Schluss selbst verzehrt. Pocock sieht deshalb den wirklich subversiven Machiavelli nicht als Ratgeber von Tyrannen, sondern als guten Bürger und Patrioten.¹⁰⁶

Darüber, wie die *virtù militare* des Bürgers aussieht, gibt im Speziellen *Dell'Arte della Guerra* Auskunft. Im Denken Machiavellis haben Söldner und Berufssoldaten keine wirkliche *virtù*, denn ihnen geht die Autonomie des Bürgers ab. Ist im *Principe* noch unklar, was Machiavelli unter den *arme proprie* versteht, gilt hier die Ablehnung des Berufssoldaten ganz klar auch für die Monarchien:

... da der Krieg ein Handwerk ist, wodurch sich die Menschen nicht jederzeit auf ehrbare Weise ernähren können, so kann nur eine Republik oder ein Königreich den Krieg als Handwerk führen. In beiden Regierungsformen, wenn sie gut eingerichtet sind, wird nie geduldet, dass ein Bürger oder Untertan ein Handwerk aus dem Kriege macht.¹⁰⁷

Berufssoldaten sind die Ursache der Wandlung der Monarchie zur Tyrannis.¹⁰⁸ Darüber, wie die Römer ihre Bürgermiliz gebildet haben, meint Machiavelli – respektive der fiktive Gesprächsteilnehmer Fabrizio Colonna –, die Römer hätten, solange sie weise (*savi*) und gut (*buoni*) waren, niemals erlaubt, dass ihre Bürger den Kriegerstand als ihr Handwerk (*per loro arte*) ergriffen hätten. Um sich vor der Gefahr, welche aus diesem beständigen Kriegshandwerk (*continuo esercizio*) hätte entspringen können, zu schützen, ersetzten sie die Menschen, weil sie die Zeiten nicht ändern konnten. Die ausgedienten Leute wurden allmählich ausgewechselt und die Dienstzeit so berechnet, dass eine Legion in 15 Jahren gänzlich erneuert wurde.¹⁰⁹

Hier sieht Machiavelli die *virtù* des Bürgers als Voraussetzung einer *buona milizia*. Nach welchen Prinzipien soll sein Idealheer rekrutiert werden? Der Florentiner meint, dass dies am besten auf dem Wege der Auswahl (*deletto*) geschehe. Dies bedeutet:

... die besten Leute eines Landes wählen, und die Macht besitzen, sowohl die, welche nicht wollen, als die welche gerne dienen, einzuschreiben. Man kann also nur im eignen Lande zu dieser Auswahl schreiten, denn man kann im fremden Lande nicht wählen wen man will; sondern man muss sich mit den Freiwilligen begnügen.¹¹⁰

¹⁰⁶ Pocock (1975), S. 218.

¹⁰⁷ Machiavelli (1521), *Dell'Arte della Guerra*, I, S. 164: " ... essendo questa una arte mediante la quale gli uomini d'ogni tempo non possono vivere onestamente, non la può usare per arte se non una republica o uno regno; e l'uno e l'altro di questi, quando sia bene ordinato, mai non consentì ad alcuno suo cittadino o sudditio usarla per arte; né mai alcuno uomo buono l'esercitò per sua particolare arte." *Die Kriegskunst*, I, S. 11.

¹⁰⁸ *Ibid.*, I, S. 167; I, *Die Kriegskunst*, S. 15.

¹⁰⁹ *Ibid.*, I, S. 168; I, *Die Kriegskunst*, S. 16.

¹¹⁰ *Ibid.*, I, S. 173: " ... deletto vuol dire torre i migliori d'una provincia e avere potestà di eleggere quegli che non vogliono, come quegli che vogliono, militare. No si può pertanto fare questo deletto se non ne' luoghi a te sottoposti, perché tu non puoi torre chi tu vuoi ne' paesi che non sono tuoi, ma ti bisogna prendere quelli che vogliono." I, *Die Kriegskunst*, S. 20.

Damit der Staat die Besten ausheben kann, braucht er die Macht, sämtliche Waffenfähigen zu ihrer Stellungspflicht anzuhalten. Die Stellungspflicht soll universal sein. Verwendet man den Begriff "Wehrpflicht" als gleichbedeutend mit "Stellungspflicht", jedoch abgegrenzt von der wirklich zu leistenden "Dienstpflicht", so werden auch die folgenden Ausführungen Machiavellis klar:

... so ist wohl zu beachten, dass die Leute, welche man ... einschreibt weder gänzlich wider Willen, noch ganz freiwillig unter die Waffen treten. ... Man muss daher einen Mittelweg einschlagen, welcher weder gänzlich Zwang noch gänzlich freier Wille ist.¹¹¹

Die geforderte Mischung zwischen Zwang und Freiwilligkeit bezieht sich im Grunde nur auf diejenigen, die von den staatlichen Autoritäten als die Brauchbarsten ausgewählt werden. Dabei sollen die Auswahlkriterien der Erfahrung (*esperienza*) und der Vermutung (*congettura*) angewandt werden. Die Dienstleistung soll weder rein erzwungen noch rein freiwillig erfolgen. In Machiavellis Bild der römischen Miliz und in seiner Idealmiliz besteht zwar eine allgemeine Wehr- im Sinne einer Stellungspflicht, jedoch keine allgemeine Dienstpflicht. Gemäss unserer Typologie fordert er eine "selektive dienstpflichtige Miliz".¹¹² Auch Machiavellis Landmiliz von 1506 war selektiv in Bezug auf die Dienstpflicht und beinhaltete eine grundsätzliche Stellungspflicht. Allerdings ging der florentinischen Republik die notwendige Staatsgewalt ab, eine allgemeine Stellungspflicht im näheren Umland (*contado*) auch wirklich durchzusetzen.¹¹³

Machiavellis Idealheer ähnelt sehr stark seiner florentinischen Miliz von 1506. Auch für sein Idealheer fordert er, dass das Fussvolk im *contado* und die Reiter in der *città* rekrutiert werden sollen: Die Bauern (*contadini*) verfügten über die besten Voraussetzungen zum Infanteristen, dem "Nerv des Krieges", weil sie gewohnt seien, die Erde zu bearbeiten. Die nächstbeste Berufsgruppe sind die Handwerker: Schmiede, Zimmerleute, Wagner und Steinhauer. Das Dienstalster erstreckt sich vom 17. bis zum 40. Altersjahr.¹¹⁴ Die Ähnlichkeit zwischen wirklicher *Contado*-Miliz und Milizideal ist dabei nicht so selbstverständlich, wie man auf den ersten Blick vermuten würde.

¹¹¹ *Ibid.*, S. 175f.: "... voi avete a intendere che gli uomini che si conducono alla milizia del principe, vi hanno a venire né al tutto forzati, né al tutto volontari; ... Però si debbe prendere una via di mezzo dove non sia né tutta forza né tutta volontà"; I, *Die Kriegskunst*, S. 24.

¹¹² Diese genauere Beleuchtung des Ausdruckes "allgemeine Wehrpflicht" unterlässt Hobohm. Aus seinen Ausführungen wird ersichtlich, dass sein Verständnis der allgemeinen Wehrpflicht auch eine allgemeine Dienstpflicht beinhaltet. So kommt er zum Schluss, Machiavelli habe keine allgemeine Wehrpflicht gewollt. Hobohm (1913), II, S. 53ff.

¹¹³ *Ibid.*, I, S. 423ff.

¹¹⁴ Machiavelli (1521), *Dell'Arte della Guerra*, I, S. 172ff.; *Die Kriegskunst*, I, S. 22ff.

Der Contado-Miliz war es zwar 1509 gelungen, Pisa für Florenz zurückzuerobern. In der Schlacht bei Prato von 1512 hatte sie jedoch gegenüber spanischen Söldnern völlig versagt. Die Niederlage war für den Kollaps des *governo largo* unter dem *gonfaloniere a vita* Piero Soderini und die Restauration der Medici in Florenz verantwortlich gewesen.

Auf dieses Debakel angesprochen, entgegnet Machiavelli, dass die Ursachen dieses Misserfolges nicht in der Fehlerhaftigkeit der Massregel *an sich* zu suchen seien. Sie stammten vielmehr daher, dass die Institution zu diesem Zeitpunkt noch nicht ihre ganze Vollkommenheit erreicht hatte:¹¹⁵ Zur Gefahr, dass die Bewaffnung des Volkes die freiheitliche Staatsordnung in Gefahr bringen könnte, führt er aus: Waffen, welche Bürgern durch Gesetze in die Hände gegeben würden, seien weit davon entfernt, jemals Schaden anzurichten. Im Gegenteil, sie hätten stets die grössten Dienste geleistet. Diejenigen Republiken, welche darauf vertrauten, seien länger von Knechtschaft verschont geblieben. Rom habe 400 Jahre frei gelebt und sei bewaffnet gewesen; Sparta sogar 800 Jahre. Die fremden Waffen seien für eine Republik gefährlich und nicht die eigenen.¹¹⁶

Aufschlussreich bezüglich des Verhältnisses zwischen Bürger und Republik erscheint auch Machiavellis Aussage, eine Republik müsse zwei Feinde mehr fürchten als einen. Eine Republik, welche sich auf ihre eigenen Waffen (*arme proprie*) stütze, brauche nur den eigenen Bürger (*cittadino*) zu fürchten. Diejenige, welche fremde Waffen (*armi forestiere*) einsetze, müsse zudem den Fremden misstrauen.¹¹⁷ Damit beschreibt Machiavelli nichts anderes als die eine Seite des republikanischen Paradoxes: Die Stabilität der Republik hängt von der *virtù* ihrer Bürger in der *buona milizia* ab. Die Miliz löst jedoch das Paradox nicht völlig, denn sie ist selbst aus dem Volk zusammengesetzt. Aus Sicht des Staates besteht immer die Gefahr, dass die private Korruption vom Volk auf die bewaffneten Bürger überspringt.

Machiavelli kritisiert die Republik Venedig, welche sich stets auf Söldner verlassen habe. Darin sei der Grund zu suchen, weshalb Venedig nicht zu derselben Grösse wie das antike Rom aufsteigen konnte. Dies sei ein Fehler gewesen; denn die Waffen in den Händen der eigenen Bürger könnten eine Stadt nicht tyrannisieren. Eine schlechte staatliche Ordnung hingegen könne dies tun. Wer aber eine gute Ordnung besitze,

¹¹⁵ *Ibid.*, I, S. 176: "E quando ei cercassero questo, troverebbono che non sarebbe stato per difetto del modo, ma dell'ordine ch non aveva la sua perfezione"; *Die Kriegskunst*, I, S. 25.

¹¹⁶ *Ibid.*, I, S. 176f.: "... e più presto noceranno al bene publico l'armi forestiere, che le proprie, perché le sono più facili a corrompersi e più tosto uno cittadino che diventi potente se ne può valere; e parte ha più facile materia a maneggiare, avendo ad opprimere uomini disarmati."; *Die Kriegskunst*, I, S. 26.

¹¹⁷ *Ibid.*, I, S. 177; *Die Kriegskunst*, I, S. 26.

brauche sich vor den eigenen Waffen nicht zu fürchten.¹¹⁸ Hier ist nicht die private Korruption verantwortlich für den Verlust der republikanischen Freiheit, sondern die schlechte Staatsordnung (i malvagi ordini del governo) und damit die Korruption des Staates.

Zu den "volkswirtschaftlichen" Kosten einer Milizarmee schreibt Machiavelli, eine *ordinanza* – sei sie zahlreich oder nicht – könne niemals eine wirkliche Last für den Staat sein. Die Miliz werde keinen Bürger seinem Gewerbe entziehen. Die Miliz beschränke sich darauf, die Leute an den Ruhetagen zu gemeinschaftlicher Übung zu versammeln. Dieser Gebrauch könne weder dem Land noch den Bürgern schaden. Er sei für die Jugend ein wahres Vergnügen.¹¹⁹

Machiavellis *deletto* darf nicht zu selektiv erfolgen. Eine genügend grosse Zahl der Bürger muss im Gebrauch der Waffen geübt werden: " ... dove non se ne può ordinare gran quantità, non può ordinare una ordinanza perfetta"¹²⁰. Im zweiten Buch von *Dell'Arte della Guerra* stellt Machiavelli sogar die Forderung auf, die ganze Jugend des Staates solle, wie bei den Römern, im Frieden geübt werden. Er krebst allerdings sogleich zurück und meint, dass besondere Sorgfalt für diejenigen aufgewendet werden müsse, die für den *wirklichen* Kriegsdienst bestimmt seien.¹²¹

Auf den Vorwurf, dass eine solche Zahl Bewaffneter Unruhe im Lande verursachen könnte, verweist Machiavelli auf die erzieherische Funktion der Miliz: Unkriegerische, aber geeinte Völker würden durch die Einführung einer Miliz tapferer, ohne ihre Einigkeit zu verlieren. Kriegerische, aber zerstrittene Völker hingegen würden geeint: "Denn was die Zwietracht unter ihnen betrifft, so hebt sie diese Einrichtung und nährt sie nicht, weil Ihr ihnen bei ihrer Organisation Waffen und Häupter gebt."¹²² Die *virtù* des Bürgers wird zu einer Folge seines Dienstes in der Miliz. Unkriegerische Bürger werden tapfer und zerstrittene Bürger geeint.

Gegenüber ihren Mitbürgern kann die Miliz in Machiavellis Augen nicht zu einer Gefahr werden: Eine Unterdrückung könne nur von denjenigen Häuptern (i capi) ausgeführt werden, die sie befehligen. Damit diese Häupter keine Unordnung stiften könnten, müsse Sorge getragen werden, dass sie nicht zu viel Gewalt über ihre Untergebenen erlangten. Wer in einer bestimmten Gegend geboren sei, dürfe deswegen nicht den dort eingeschriebenen Leuten vorgesetzt werden. Das assyrische Königreich habe

¹¹⁸ *Ibid.*, I, S. 178: " ... l'armi in mano a' loro cittadini non gli potevano fare tiranni, ma i malvagi ordini del governo che fanno tiranneggiare una città; e avendo quegli buono governo, non avevano a temere delle loro armi."; *Die Kriegskunst*, I, S. 26.

¹¹⁹ *Ibid.*, I, S. 181; *Die Kriegskunst*, I, S. 32.

¹²⁰ *Ibid.*, I, S. 181f.; *Die Kriegskunst*, I, S. 31.

¹²¹ *Ibid.*, II, S. 199; *Die Kriegskunst*, II, S. 52.

¹²² *Ibid.*, II, S. 183; *Die Kriegskunst*, II, S. 34.

1000 Jahre ohne Aufstände und Bürgerkriege überstanden, weil man alljährlich den Oberbefehlshaber der Truppen auswechselte.¹²³

Im siebten und letzten Buch von *Dell'Arte della Guerra* wiederholt Machiavelli den Gedanken, dass die Bewaffnung des Volkes die Expansionsfähigkeit des Staates ermöglicht: "Ich bin überzeugt, dass unter den Fürsten, die jetzt in Italien herrschen, der erste, welcher diese Bahn betritt, sich auch zuerst zum Herrn von ganz Italien empor-schwingen wird."¹²⁴ Martin Hobohm kritisiert in seiner magistralen Studie über Machiavellis Renaissance der Kriegskunst diese Verbindung von Milizarmee und Expansion: Sie entstamme einer falschen Kenntnis der römischen Geschichte. Machiavelli habe nicht erkannt, dass ein Milizheer, das 15 Jahre fortwährend Krieg führt, am Ende zwangsläufig zu einem Berufsheer werden müsse. Nach einer derart langen Kriegsdauer könne von einem bürgerlichen Charakter der Mannschaften gar keine Rede mehr sein. In Wirklichkeit habe sich zwischen Cannae und Zama die virtuelle Umwandlung der römischen Bürgermiliz zu einem Berufsheer vollzogen. Noch schlimmer sei, dass Machiavelli seine irrigen Ansichten auf das Idealheer übertrage. Der Florentiner fordere die Expansion seines Idealstaates und damit den immer währenden Kriegszustand, erkenne jedoch gleichzeitig nicht, dass eine solche Politik unvermeidbar zur Bildung einer Berufsarmee führen müsse. Zudem empfehle Machiavelli seinem fiktiven Bürgerheer taktische Manöver, welche in der historischen Wirklichkeit erst das römische Berufsheer entwickelt habe. Durch eine auf die Sonntage beschränkte Übung hätten diese Fähigkeiten niemals kriegsgenügend ausgebildet werden können.¹²⁵ Ebenso falsch ist gemäss Hobohm Machiavellis Sicht des römischen *dilectus*: Während der Florentiner nicht an eine Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht in Rom gedacht habe, sei in Wirklichkeit die Gesamtheit der wehrfähigen Bürgerschaft exerziert worden und im Bedarfsfalle in den Krieg gezogen.¹²⁶ Nach Hobohm bestand in der römischen Republik eine allgemeine Dienstpflicht. Seiner Meinung nach war das römische Heer in Wirklichkeit gemäss unserer Typologie eine "universale" und keine "selektive dienstpflichtige Miliz".

Diesem Einwand ist im Grundsatz zuzustimmen. Jedoch wurde die *theoretisch* universale römische Milizdienstpflicht des freien Bürgers mit der Zeit *faktisch* immer selektiver gehandhabt. So gesehen kann Machiavellis Bild des *dilectus* nicht einfach als falsch abqualifiziert werden. Die Entwicklung von einer universalen zu einer selektiven Aushebung in der freien Bürgerschaft erkennt er wohl richtig. In der historischen

¹²³ *Ibid.*, II, S. 184; *Die Kriegskunst*, II, S. 35.

¹²⁴ *Ibid.*, XII, S. 321; *Die Kriegskunst*, XII, S. 191.

¹²⁵ Hobohm (1913), II, S. 39ff.

¹²⁶ *Ibid.*, S. 45-65.

Wirklichkeit war allerdings eine zweite Entwicklung viel bedeutender, welche sich zunächst parallel zur Verwässerung der allgemeinen Dienstpflicht des freien Bürgers vollzog: Da bisher nicht dienstpflichtige Proletarier (*proletarii*) freiwillig angeworben wurden, entstand langsam ein Berufsheer. Diese Berufskomponente im römischen Heer verdrängte schliesslich die selektive Bürgermiliz vollständig. Am Schluss der Entwicklung resultierte ein reines Berufsheer.¹²⁷ Machiavellis Hauptirrtum in der Milizfrage liegt wohl vor allem darin begründet, dass er nicht erkennt, dass mit der Zeit der Terminus *dilectus* auch für die freiwillige Rekrutierung des Berufssoldaten verwendet wurde. Ebenfalls verschlossen blieb ihm der Umstand, dass der Begriff *militia* im Verlaufe dieser Entwicklung auch für den Kriegsdienst des Berufssoldaten Verwendung fand. Trotzdem geht Hobohm sicherlich zu weit, das Versagen der florentinischen Miliz allein in der Person Machiavellis und dessen falschen Gedankengebäuden zu suchen.¹²⁸

Andere Autoren meinen im Gegensatz zu Hobohm, dass das praktische Scheitern der Florentiner Miliz vielmehr darin begründet lag, dass die Aushebung lediglich auf die politisch entrechtete Landbevölkerung beschränkt wurde. Die Masse der florentinischen Stadtbevölkerung und der in ihrem Territorium liegenden Städte war von der Rekrutierung ausgeschlossen. Dem Bürgertum von Florenz konnte die Last des Militärdienstes nicht zugemutet werden. Gleichwohl hoffte Machiavelli, dass nach ersten Erfolgen der Miliz die Wehrpflicht schrittweise auch auf die höheren Schichten angewendet werden könnte. Dazu kam es jedoch nicht. Die gesellschaftliche Schichtung erwies sich als ein zu starkes Hindernis. Die praktische Durchführung der Miliz musste scheitern, weil die politisch-militärischen Voraussetzungen eines in sich gefestigten Bürgertums fehlten und sich die Truppe deshalb aus Untertanen anstatt aus Bürgern rekrutieren musste.¹²⁹

¹²⁷ Siehe Kromayer/Veith (1928), S. 379ff.

¹²⁸ Hobohm (1913), II, S. 144.

¹²⁹ Siehe Papke (1979), S. 69, und Münkler (1984), S. 393f.

4.3 Donato Giannotti: *virtù della ordinanza*

... in ciascuna città o egli si trova uno che è virtuosissimo, o pochi o molti virtuosi. ... Ma dove i molti sono di virtù ornati, quivi nasce quella terza specie di governo chiamata repubblica, la quale amministrazione si è trovata in quelle città, che hanno virtù militare, la quale è propria della moltitudine.

DONATO GIANNOTTI, *Repubblica fiorentina*

Nach dem Sturz der Medici und der Erneuerung der Republik im Jahre 1527 trat die Milizproblematik erneut ins Rampenlicht der florentinischen Tagesaktualität und Staatsphilosophie. Das "demokratische" Mittelklasse-Regime sah sich umgehend einer akuten aussenpolitischen Bedrohung ausgesetzt. Dies schuf einen bewundernswerten patriotischen Freiheits- und Durchhaltewillen unter den Florentiner Republikanern. Fungierte der rekonstituierte *Consiglio Grande* als *politisches* Zentrum und ideologischer Mittelpunkt der Republik, wurde die Miliz in Erinnerung an ihre Leistungen zur Zeit Soderinis zum *militärischen* Symbol des wiedergewonnenen republikanischen Staatsbewusstseins hochstilisiert. Die Miliz war die Körperschaft, in welcher der Wille zur Selbstverteidigung und zur Selbstbestimmung seinen konkreten Ausdruck annahm. Speziell die zahlreichen Milizreden geben Aufschluss über den religiös eingefärbten Republikanismus jener Zeit. Die Freiheit der Stadt wurde als ein Gottesgeschenk an ein ergebenes florentinisches Volk gesehen. Die Verteidigung der Freiheit war demzufolge nicht nur eine natürliche, patriotische Aufgabe eines jeden Bürgers; sie wurde vielmehr zur höchsten Christenpflicht erhoben. Mitunter taucht in diesen Reden auch die klassische Verbindung von privater Armut, martialer Bürgertugend (*virtù*) und staatlicher Freiheit (*libertà*) auf – so etwa bei Luigi Alamanni.¹³⁰

Die Medici hatten zwar ebenfalls eine Miliz unterhalten, diese war jedoch von den Florentinern nicht als "arme proprie" wahrgenommen worden. Sie hatte in der politischen Diskussion bis 1527 keine wichtige Rolle gespielt. Dies bedeutet, dass im Grunde erst unter dem republikanischen Regime eines *governo popolare* die Miliz wirklich zur Diskussion gestellt und wieder eingeführt wurde. Zunächst reorganisierte man lediglich die Landmiliz, deren Basis noch enger gewählt war als 1506. Während der Belagerung von Florenz 1528-30 wurde zusätzlich eine Stadtmiliz geschaffen. Alle "Bürger" im Alter von 18 bis 36 Jahren mussten sich einschreiben. "Bürger" bedeutete in diesem Falle alle Steuerzahler und damit über die Vollbürger (*beneficiati*) hinausgehend

¹³⁰ Zum ideologischen Gehalt der letzten Republik vgl. Albertini (1955), S. 122-146, und Höchli (1994), S. 20-27.

auch der steuerzahlende Teil der *non-beneficiati*. Die unteren Schichten blieben ausgeschlossen. Im Winter 1529 wurde die Rekrutierungsbasis zusätzlich erweitert. Zu diesem Zeitpunkt diente eine Höchstzahl von 10'000 Bürgern in der Florentiner Miliz.¹³¹

Geistiger Vater der Miliz war Machiavellis Nachfolger im Amt des Sekretärs des Rates der Zehn (*Dieci di guerra*), Donato Giannotti (1492-1573). Die Grundlage zur Reorganisation bildete sein *Discorso di armare la città di Firenze* von 1528. Vor allem im *Discorso* und in der *Repubblica fiorentina* von 1534 hielt Giannotti seine Milizvorstellungen fest. Dabei war er von Machiavelli beeinflusst, den er stets als grosse Autorität in Militärfragen anerkannte. Trotzdem unterscheidet sich das Milizkonzept des zu Unrecht weitgehend unbekanntes Giannotti in einigen wesentlichen Punkten von demjenigen seines berühmteren Vorgängers.¹³²

Giannottis Vorbild ist grundsätzlich nicht wie für Machiavelli die altrömische Republik, sondern die zeitgenössische Republik Venedig. Giannotti bewundert die venezianische Adelsrepublik wegen ihrer *virtù della forma*, die ihr Stabilität verschafft. Trotzdem präsentiert er deren Regime eines *governo stretto* nicht verklärt als ein Wunder oder einen Mythos. Er begegnet der Lagunenrepublik durchaus kritisch. Die *sere-nissima repubblica* dient Giannotti als ein praktisches Beispiel, von dem ausgehend er mit Hilfe eines aristotelischen Vokabulars sein eigenes Verfassungsprojekt zur Reform der florentinischen Republik entwickelt. Dieses Projekt formulierte er in seinem Hauptwerk *Repubblica fiorentina* (1534). Den Geheimplan zur Totalrevision der florentinischen Verfassung liess Giannotti nach der erneuten und endgültigen Restauration der Medici-Herrschaft im Jahre 1530 in republikanisch gesinnten Kreisen zirkulieren. Die *Repubblica fiorentina* ist dermassen von Rückbezügen auf Aristoteles und Machiavelli gespickt, dass Daniel Höchli zur Aussage gelangt, man gewinne den Eindruck, Giannotti habe sein Hauptwerk mit der *Politik* zur Linken und den *Discorsi* zur Rechten geschrieben.¹³³ Gleichwohl enthält die *Repubblica fiorentina* auch viele genuine und innovative Aspekte. Von diesen ragt im Besonderen die lange Zeit unerkannte Gewaltenteilungslehre heraus.¹³⁴

Dass sich Giannotti in der *Repubblica fiorentina* nicht nur gegenüber Aristoteles und Machiavelli emanzipiert, sondern auch gegenüber der venezianischen Republik eine kritische Distanz bewahrt, zeigt sich unter anderem bei seiner Behandlung der Wehr-

¹³¹ Albertini (1955), S. 131. In Florenz gab es um das Jahr 1500 bei einer Stadtbevölkerung von 70'000 Einwohnern etwa 3'500 *beneficiati*, das heisst zur Mitgliedschaft im *Consiglio Grande* berechnete Vollbürger. Riklin (1997), S. 20.

¹³² Einen guten Überblick über das politische Denken Giannottis gibt Riklin (1997), S. 17-75.

¹³³ Höchli (1997), S. 77.

¹³⁴ Vgl. Riklin (1997), S. 71-75.

verfassungsfrage. Schon eine Generation früher war Venedig von Machiavelli kritisiert worden, weil es seine Verteidigung traditionell gemieteten Söldnern überlassen hatte. Daran hatte sich zwischenzeitlich nichts geändert. Es spricht für den Realismus, mit dem Giannotti an die venezianische Verfassung heranging, dass er in dieser Hinsicht nicht dem Vorbild der aristokratischen *città disarmata* zu folgen gewillt war, sondern an die "demokratische" Miliztradition in Florenz anknüpfte.¹³⁵

Das erste Merkmal des republikanischen Milizgedankens, dass die Miliz eine *staatliche Institution* ist, leitet Giannotti her, indem er Aristoteles folgt: Es liege in der Natur des Menschen, sich zu verteidigen. Die Masse der Menschen bilde einen homogenen Körper, den Staat. Dieser müsse dieselbe Tugend zur Selbstverteidigung aufweisen wie seine Teile.¹³⁶ Wenn eine Stadt den Willen zur Verteidigung verliere, liege die Schuld dafür allein am Unvermögen der Verfassungsgeber und der Regierenden, weil sie den natürlichen Instinkt unterdrückten. Die Miliz ist eine *ordinanza* und als solche staatlich geordnet. So schreibt Giannotti, eine Miliz einzuführen bedeute nicht einfach Waffen abzugeben, sondern Regelungen zu treffen, welche die Männer befähigten zur Verteidigung des Vaterlandes gegen innere und äussere Angriffe.¹³⁷

Das zweite Merkmal, dass sich eine Miliz aus Einheimischen zusammensetzen muss, findet sich sowohl im *Discorso* als auch in der *Repubblica fiorentina*. Wie Machiavelli im *Principe* unterscheidet Giannotti zwischen den eigenen Waffen (*armi proprie*), Söldnern (*mercenarie*) und Hilfstruppen (*ausiliari*). Bezüglich der Nachteile der fremden Truppen verweist er ausdrücklich auf die Ausführungen seines Vorgängers. Da Söldner und Hilfstruppen voller Mängel seien, müssten sich Fürstentümer und Republiken mit eigenen Truppen verteidigen.¹³⁸ Die *armi proprie* unterteilt Giannotti in innere (*milizia di dentro*) und äussere Truppen (*milizia di fuori*). Eine Miliz sei kostengünstiger als fremde Truppen. Letztere würden trotz ihres ausbezahlten Soldes das umgebende Land verwüsten.¹³⁹

¹³⁵ Vgl. Pocock (1975), S. 272ff.

¹³⁶ Giannotti (1528), *Discorso di armare la città di Firenze*, S. 168: "Essendo adunque naturale alle città lo appetito del difendersi per conservazione sua, sí come è in ciascuno uomo particolare, è necessario dire che il non armarsi per potersi difendere è contrario alla natura." Gleich argumentiert er in der *Repubblica fiorentina*, IV, 1, S. 331; *Die Republik Florenz*, IV, 1, S. 302.

¹³⁷ Giannotti (1528), *Discorso di armare la città di Firenze*, S. 170: "... introdurre la milizia non vuol dire dare le armi. ... Ma vuol dire regolare gli uomini, e redergli atti al potere difendere la patria da gli assalti esterni e dalle alterazioni intrinseche".

¹³⁸ Giannotti (1534), *Repubblica fiorentina*, IV, 1, S. 331: "Se, adunque, le dette due specie d'armi sono difettuose, resta che le armi proprie siano quelle con le quali i principati e le repubbliche si debbono difendere."; *Die Republik Florenz*, IV, 1, S. 302.

¹³⁹ Giannotti (1528), *Discorso di armare la città di Firenze*, S. 169.

Das dritte Merkmal, weshalb die Milizsoldaten ihren Militärdienst nebenberuflich ausüben müssen, begründet Giannotti im *Discorso*: Es sei notwendig, diese Übungen an den Festtagen abzuhalten. Dadurch würden die anderen Tätigkeiten (altri esercizi) nicht in Mitleidenschaft gezogen, welche die Stadt am Leben erhielten. Man müsse sich bewusst sein, dass die Miliz eine Tätigkeit (uno esercizio), nicht jedoch ein Beruf (una arte) sein dürfe. Wer diese Tätigkeit zum Beruf mache, tue dies, weil er zuhause den Gesetzen nicht mehr gehorchen wolle.¹⁴⁰ Giannotti verwendet hier den Begriff *arte* zur Beschreibung eines privaten Berufes im Gegensatz zum öffentlichen *esercizio*. An anderer Stelle gebraucht er ihn umfassender auch für den öffentlichen Milizdienst.¹⁴¹ Für den klassischen Republikaner Giannotti ist entscheidend, dass der Kriegsdienst der Wahrnehmung einer öffentlichen Funktion entspricht. Er darf nicht zu einer privaten *arte* werden.

Zum vierten Merkmal, dass die Miliz weder auf reinem Zwang noch auf reiner Freiwilligkeit beruht, meint Giannotti, dass die Italiener – zusammen mit den Griechen – die von der Natur her besten Voraussetzungen als Soldaten mitbringen würden. Und von den Provinzen Italiens nehme die Toskana den Vorrang ein. Naturgemäss würden die Menschen zwar alle Anstrengungen vermeiden und wünschten sich Musse. Darum gingen sie nie von sich aus den *azioni virtuose* nach. Es sei denn, sie würden durch die Notwendigkeit dazu gezwungen. Im *Discorso* sieht Giannotti diese Notwendigkeit durch die Bedrohung der republikanischen Freiheit als gegeben an. Er fordert die sofortige Einführung der Miliz. Die Tugend der Bürger, die in ihrer Bereitschaft zur Verteidigung des Staates in der Zeit der Not ihren Ausdruck findet, trägt seiner Ansicht nach zum Ansehen der Stadt bei: " ... niuna cosa è che reciti maggior riputazione alle città, che il sentire i cittadini essere disposti a volersi per se stessi difendere"¹⁴².

Wie Bruni und Machiavelli übernimmt Giannotti von Aristoteles die Ansicht, die *virtù militare* sei eine grundlegend *demokratische* Tugend:

... drei Herrschaftsarten entstehen, weil in jeder Stadt entweder ein einzelner, wenige, oder viele sich durch besondere Tugend auszeichnen. ... Sind hingegen die Vielen mit Tugend ausgestattet, entsteht die dritte Regierungsart, welche Republik genannt wird. Diese Ordnung findet man in Städten mit militärischer Tugend, die nur der Menge eigen ist.¹⁴³

¹⁴⁰ *Ibid.*, S. 177: "Questo esercizio bisogna che si faccia ne' giorni delle feste, per non impedire gli altri esercizi, che si fanno nella città per vivere. Perchè bisogna far conto che la milizia abbia ad essere uno esercizio, e non una arte, come la pigliano questi che vanno a' soldi d'altri; li quali si danno a tale arte, perchè a casa loro non vogliono ubbidire le leggi".

¹⁴¹ *Ibid.*, S. 170: " ... la milizia non abbia proporzione con la vita civile più che le altre arti, le quali non danno impedimento a persona".

¹⁴² *Ibid.*, S. 170.

¹⁴³ Giannotti (1534), *Repubblica fiorentina*, I, 3, S. 194; *Die Republik Florenz*, I, 3, S. 137f.

Giannottis Hauptaugenmerk gilt allerdings nicht der Darstellung der *virtù* als Voraussetzung der Miliz, sondern er sieht sie vor allem als Folge derselben. Die Miliz hat eine aussenpolitische und innenpolitische Funktion. Aussenpolitisch soll sie die Republik verteidigen. Im Gegensatz zu Machiavelli sieht Giannotti die Bürgermiliz weniger als Expansionsmotor der tugendhaften Republik. Sein Milizkonzept ist eher defensiv als aggressiv. Dies hängt wohl damit zusammen, dass sich die florentinische Republik 1528-30 in einem existentiellen Abwehrkampf befand. Man war mehr als genug damit beschäftigt, die Republik überhaupt am Leben zu erhalten; geschweige denn, deren Grenzen auszuweiten. Nach der Restauration der Medici war die Expansion insofern kein Thema, als es den Republikanern erst einmal darum gehen musste, die Herrschaft zu erringen. Im Anschluss daran hätte die politische Herausforderung vor allem darin bestanden, die neugegründete Republik durch Einbindung der früheren Medici-Anhänger zu stabilisieren. Die Machtergreifung sollte nicht mehr gelingen. Dies erklärt, warum Giannotti die Stabilität seiner Idealrepublik weniger durch stetige aussenpolitische Expansion als durch die innenpolitische *virtù della forma* gesichert sehen will. Giannotti steht näher bei Aristoteles als bei Machiavelli: In seinem Denken wird die Glückseligkeit des Bürgers nicht im ausgreifenden Imperium, sondern in der stabilen Republik geschaffen.

In seinem frühesten Werk, der *Repubblica de' Veneziani* (1526), das 1540 in Venedig erschien, schreibt Giannotti, die Römer hätten zwar einen weit grösseren Herrschaftsbereich (*imperio*) besessen als irgendwer sonst. Dennoch könne man die venezianische Republik nicht als weniger selig und glücklich bezeichnen. Denn das Glück (*la felicità*) einer Republik bestehe nicht aus der Grösse des Imperiums (*la grandezza dell'imperio*), sondern aus einem Leben voller Ruhe und Frieden. Wenn er [Giannotti] demzufolge die venezianische gegenüber der altrömischen Republik vorziehe, könne ihm niemand gerechtfertigterweise widersprechen.¹⁴⁴ Noch auf derselben Seite konstruiert Giannotti allerdings wieder eine Annäherung, indem er behauptet, in Venedig lebe noch die *virtù* der alten Griechen und Römer – wohl im Gegensatz zum übrigen Italien und zu Florenz. Dies ist ein geschickter Schachzug: Das Interesse für die Gegenwart wird mit dem Hinweis auf die Antike begründet und Venedig neben Rom gestellt. Giannottis ideale *Repubblica fiorentina* soll gleichzeitig bewaffnet, "demokra-

¹⁴⁴ Giannotti (1526), *Della Repubblica de' Veneziani*, S. 14: "E quantunque i Romani possedessero tanto maggiore imperio quanto è noto a ciascuno, non però giudico la Repubblica nostra meno beata e felice. Perciocchè la felicità d'una repubblica non consiste nella grandezza dell'imperio, ma si ben nel vivere con tranquillità e pace universale: nella qual cosa se io decessi che la nostra Repubblica fosse alla romana superiore, credo certo che niuno mi potrebbe giustamente riprendere."

tisch" wie Rom und stabil, friedliebend wie Venedig sein. Allerdings führt die demokratische *virtù militare* im Denken Giannotti – wie bei Machiavelli – nicht zur reinen Demokratie, sondern nur zu einer demokratischen Schlagseite der Mischverfassung, des *governo misto*.¹⁴⁵

Innenpolitisch wird durch die Ausgestaltung der Miliz als *staatliche* Institution verhindert, dass sie selber zu einem Unruhefaktor werden kann. Im Gegenteil, meint Giannotti: Die *virtù della ordinanza* beseitige die Gelegenheiten zur Unruhe und erziehe den Bürgersoldaten zum Gehorsam. Alle Männer würden zu guten Bürgern.¹⁴⁶ Aus dieser aristotelischen Sicht fördert die Miliz die passive Tugend des Staatsbürgers, gut durch seine Mitbürger regiert werden zu können. Verbessert die Miliz auch die aktive Seite des aristotelischen Tugendverständnisses, die Fähigkeit des Staatsbürgers, seine Mitbürger gut zu regieren? Giannotti bejaht: Die Freiheit könne von Bürgern unterdrückt werden, welche sich eine grössere Autorität aneigneten als ihnen zustehe. Eine solche Usurpation werde aber durch eine *ordinanza* verhindert. Deswegen sei eine Stadt mit einer Miliz schwierig zu unterjochen.¹⁴⁷ Die Bürgermiliz verhindert den Machtmissbrauch der öffentlichen Amtsträger und damit die staatliche Korruption.

Die Miliz hat auch eine integrative Funktion. Dies ist der Punkt, wo das fünfte Merkmal des Milizgedankens zum Tragen kommt. Giannotti's Idealmiliz beinhaltet eine universale Dienstpflicht. Das Substantiv "universale" bezieht sich im Allgemeinen auf die gesamte Bürgerschaft. Darunter versteht Giannotti grundsätzlich lediglich die *beneficiati*, das heisst die Mitglieder des *Consiglio Grande*.¹⁴⁸ Die Rekrutierungsbasis der Bürgermiliz ist aber breiter. Damit der einzelne Bürger eine moralische Verpflichtung zur Verteidigung des Staates verspürt, muss er ein Interesse an der Aufrechterhaltung der Republik haben. Dieses Interesse entsteht nach Giannotti aus dem natürlichen Wunsch nach Selbstbestimmung: Es sei natürlicher, *ceteris paribus* eher einer Republik als einem Tyrannen zugeneigt zu sein. Ein jeder wünsche sich natürlicherweise mehr, Herr seiner selbst zu sein als von anderen abzuhängen.¹⁴⁹ Dieses Streben

¹⁴⁵ Siehe Pocock (1975), S. 307, und Albertini (1955), S. 146ff.

¹⁴⁶ Giannotti (1528), *Discorso di armare la città di Firenze*, S. 173: "Per virtù della ordinanza si leva via le occasioni a' tumulti, sapiendo ciascuno per cotal via egli abbia ad ubbidire. ... tutti quelli uomini diventorno buoni; e quello furore che usavano nel male operar, lo convertirono in far bene."

¹⁴⁷ *Ibid.*, S. 171: "La libertà ancora si rende sicura, per la medesima cagione: la quale è opressata da' cittadini, che si usurpano più autorità che non si conviene; e perché la ordinanza impedisce tale usurpazione, però una città, dove quella sia, difficilmente può divenire soggetta".

¹⁴⁸ Siehe Höchli (1997), S. 82.

¹⁴⁹ Giannotti (1528), *Discorso di armare la città di Firenze*, S. 172: "... è più naturale *caeteris paribus* essere affezionato alla Repubblica, che a una tirannide: perché naturalmente ciascuno più desidera essere signor di sè, che dipendere da altri."

nach *libertà* ist für Giannotti das charakterisierende Interesse des *popolo* am Staat.¹⁵⁰ Allein die Staatsform der Republik vermag diesem Interesse zu entsprechen. Nur in ihr wird durch die *virtù della forma* die bürgerliche Gleichheit und die *libertà* garantiert. Die Miliz soll möglichst umfassend, universal rekrutiert sein. Nur so kann die *virtù della ordinanza* Gleichheit schaffen und eine Spaltung der Republik vermeiden.

In der *Republica fiorenina* schreibt Giannotti im vierten Buch, Kapitel 3 unter dem Titel "Über die Landmiliz" (*Della Milizia di fuori*), niemand ausser den Behinderten solle vom Kriegshandwerk ausgeschlossen sein. Dies hätte zur Folge, dass im Laufe der Zeit alle Männer zu Kriegern (*uomini di guerra*) würden. Bei den Schweizern und den Deutschen sei dies heute noch der Fall. Die Aushebung solle alle umfassen (*vuole essere universale*). Wäre man später auf Männer angewiesen, würde eine Auswahl (*scelta*) derjenigen genügen, welche sich kriegstüchtiger zeigten als die übrigen. Es schade einer Provinz, wenn die einen an den Waffen übten und die anderen nicht. Denn der Unterschied führe zur Ungleichheit zwischen den Männern.¹⁵¹ Giannottis *scelta* sieht völlig anders aus als Machiavellis *deletto*. Eigentlich ist sie gar keine Auswahl: Es werden nur die Untauglichen nicht rekrutiert, während bei Machiavelli lediglich die Besten eingeschrieben werden sollen.¹⁵²

Für Giannotti steht die innenpolitische Einigungs- und Stabilisierungsfunktion im Mittelpunkt des Milizgedankens. Im *Discorso* befürwortet er den Einbezug der Einkommenssteuerepflichtigen in die Miliz, obwohl sie keinen Zugang zum *Consiglio Grande* haben.¹⁵³ Ebenfalls eingeschrieben sollen die ehemaligen Medici-Anhänger werden. In Giannottis Einschätzung hätte eine gemeinsame Miliz eine brüderliche Einigung zur Folge. Sie würde in jedem Milizionär das Verlangen nach dem Gemeinwohl, dem *bene commune*, einpflanzen.¹⁵⁴

Zu Beginn sollten die Übungen freiwillig sein, weil der Dienst in der Miliz ungewohnt und darum für viele mühsam sei. Alle mit 18 Jahren neu rekrutierten Jünglinge jedoch müssten obligatorisch an den Übungen teilnehmen. Mit der Zeit würde so eine

¹⁵⁰ Vgl. Pocock (1975), S. 311.

¹⁵¹ Giannotti (1534), *Republica fiorentina*, IV, 3, S. 336: "... col tempo tutti gli uomini del nostro paese fusseno uomini di guerra, come sono i Svizzeri e Tedeschi, i quali, per vecchi che siano, tutti esercitano le armi: il che avverebbe in breve, se tutti fusseno descritti. Basteria poi, quando bisognasse servirsi d'uomini, fare scelta di quelli che si mostrasseno più atti alla guerra che gli altri; ma la descrizione, senza dubbio, vuole essere universale per la ragione detta: senza che non è anco utile in una provincia, che alcuni esercitino le armi, alcuni non l'esercitino, per la disformità che nasce tra gli uomini di tale diversità."; *Die Republik Florenz*, IV, 3, S. 308.

¹⁵² Die Ausführungen beziehen sich nicht nur auf die Landmiliz (*Milizia di fuori*), sondern auf die gesamte Miliz – inklusive die Stadtmiliz (*Milizia di dentro*).

¹⁵³ Giannotti (1528), *Discorso di armare la città di Firenze*, S. 171.

¹⁵⁴ *Ibid.*, S. 173.

allgemeine Dienstpflicht resultieren.¹⁵⁵ Der Dienst in der Miliz soll die Tugend des Bürgers fördern. Für Giannotti ist nur der Soldat ein guter Bürger. Aber die Verbindung besteht grundsätzlich auch umgekehrt: Nur ein Bürger kann ein guter Soldat sein. Im *Discorso* schreibt er, dass nicht nur die Vollbürger, die *beneficiati*, sondern auch die einkommenssteuerverpflichtigten *non-beneficiati* eingezogen werden sollten. Letztere würden so gezwungen, die gegenwärtige Regierung zu schätzen. Sie gewännen den Eindruck, auf derselben Stufe zu stehen wie die *beneficiati*.¹⁵⁶ Die Dienstpflicht bezieht auch diejenigen Steuerzahler ein, die nicht im vollumfänglichen Besitz der Bürgerrechte sind.¹⁵⁷ Giannotti übernimmt die Forderung nach der allgemeinen Dienstpflicht auch in der *Repubblica fiorentina*. So bejaht er die Aussage, dass nur ein Bürger ein guter Soldat sein kann, indem er die Kongruenz fordert zwischen der Dienstpflicht des Steuerzahlenden und seinem politischen Bürgerrecht. Dann krebst er jedoch wieder zurück und reduziert seine Forderung auf die bereits im *Discorso* vertretene Position. Als Realist begnügt sich Giannotti für den Moment mit einer weniger vollkommenen Bürgerrechtsordnung.¹⁵⁸

Die Dienstpflicht in der Stadtmiliz (Milizia di dentro) soll zusätzlich zu den *beneficiati* auch für diejenigen 18 bis 40-jährigen gelten, welche in einem der vier Quartiere der Stadt wohnen und dort Steuern zahlen, weil sie über Häuser oder Besitzungen (*possessioni*) verfügen.¹⁵⁹ In der Stadtmiliz werden die Vorgesetzten von der Truppe gewählt, wobei die Ernennung der Offiziere durch den Senat erfolgt. Die Hauptleute und die anderen Offiziere (*capitani ed altri ufficiali*) werden nach einem Jahr ausgetauscht. Bei jeder Übergabe des Kommandos sollen patriotische Reden gehalten und zumindest von den Offizieren ein Eid abverlangt werden.¹⁶⁰ Die Wehrpflichtigen der Landmiliz (Milizia di fuori) werden aus dem Umland (*contado*) und den Herrschaftsgebieten (*dominio*) rekrutiert. Die Hauptleute, die *capitani*, sollen aus Florenz stammen und vom Senat gewählt werden. Auch hier gilt die Verpflichtung vom 18. bis zum 40. Altersjahr. Anders als Machiavelli sieht Giannotti nicht nur eine städtische, sondern auch eine ländliche Kavalleriemiliz (Milizia a cavallo) vor.¹⁶¹ Gemäss unserer Typologie favorisiert er eine "universale dienstpflichtige Miliz". Dies im Gegensatz zu Machiavelli, welcher eine "selektive dienstpflichtige Miliz" befürwortet.

¹⁵⁵ *Ibid.*, S. 175.

¹⁵⁶ *Ibid.*, S. 172.

¹⁵⁷ Zu den Begriffen *beneficiati* und *non-beneficiati* siehe im Begriffsregister zu Giannotti, *Die Republik Florenz*, S. 431.

¹⁵⁸ Siehe Riklin (1992), S. 155ff.

¹⁵⁹ Giannotti (1534), *Repubblica fiorentina*, IV, 1, S. 332; *Die Republik Florenz*, IV, 3, S. 303.

¹⁶⁰ *Ibid.*, IV, 2, S. 332ff.; *Die Republik Florenz*, IV, 2, S. 303ff.

¹⁶¹ *Ibid.*, IV, 4, S. 340ff.; *Die Republik Florenz*, IV, 4, S. 313ff.

Der Unterschied dieser Rekrutierungsmodi wird erklärbar, wenn man sich überlegt, wozu die jeweilige Miliz im Idealstaat dienen soll. Machiavellis tugendhafte Republik soll expandieren. Zu diesem Zweck bedient sie sich der Bürgermiliz. Das bedeutet, dass sie sich in einem ständigen Ringen mit anderen Republiken befindet. Wächst das eroberte Gebiet an, so sind immer ausgreifendere und länger andauernde Feldzüge die logische Konsequenz einer solchen imperialen Politik. Einen mehr oder weniger ständigen Kriegszustand kann eine universale Bürgermiliz nicht durchhalten, weil die Bürger durch den Kriegsdienst ihren zivilen Tätigkeiten nicht mehr nachgehen können. Darum muss früher oder später von der allgemeinen Dienstpflicht abgerückt werden. Diese Entwicklung von einem universalen zu einem selektiven Aushebungsmodus geschah im antiken Rom während des zweiten punischen Krieges. Es entstand das römische Berufsheer. Machiavelli erkennt zwar die Notwendigkeit eines Wechsels von der Universalität zur Selektion, sieht jedoch nur die eine Seite dieser Entwicklung: diejenige von einer "universalen" zu einer "selektiven dienstpflichtigen Miliz". Dass gleichzeitig mit der Einschränkung der allgemeinen Dienstpflicht des freien Bürgers auch die freiwillige Anwerbung bisher nicht dienstpflichtiger Schichten der römischen Bevölkerung einherging, bleibt ihm verborgen. Die Expansion Roms führt er auf die Leistungen einer "selektiven dienstpflichtigen Miliz" zurück, die in Wirklichkeit zu diesem Zeitpunkt bereits zu einem Berufsheer geworden war. Diese falsche Optik überträgt er auf seine Idealmiliz, von welcher er sich die Befreiung Italiens von den ausländischen Eroberern und die Errichtung eines neuen *imperio* erhofft.

Auch Giannotti ist von imperialen Aspirationen nach dem Vorbild Roms nicht völlig frei. Dies illustriert die folgende Passage aus der *Repubblica fiorentina*:

Sollte das Schicksal (la fortuna) dieser mit eigenen Truppen gerüsteten Republik einen einzigen Sieg gewähren, würde unsere Stadt so viel Ruhm und Ansehen erwerben, dass sie den Himmel berühren müsste. Und es wäre kein Wunder, wenn Florenz ein zweites Rom würde, da es dank Zahl und Charakter der Bevölkerung und dank der geschützten Lage bestens taugt für ein grosses Reich.¹⁶²

Hier handelt es sich aber wohl eher um eine rhetorische Übertreibung als um eine ernstgemeinte Hoffnung. Giannottis Idealrepublik soll wie das venezianische Vorbild innenpolitisch stabil und aussenpolitisch enthalten sein. Eine solche Republik greift nur zu den Waffen, wenn sie angegriffen wird. Anders als Machiavellis Miliz führt sie

¹⁶² Giannotti (1534), *Repubblica fiorentina*, IV, 7, S. 361: "... E se la fortuna concedesse a questa Repubblica con le sue armi armata, una sola vittoria; acquisterebbe la nostra Città tanta gloria e riputazione, che tocherebbe il cielo: e non saria maraviglia alcuna se Firenze diventasse un'altra Roma, essendo il subietto, per la frequenza e natura degli abitatori, e fortezza del sito, d'uno imperio grandissimo capace."; *Die Republik Florenz*, IV, 7, S. 339.

nicht ständig Angriffskriege. Deshalb ist für Giannotti eine universale Dienstpflicht in der Miliz mit den bürgerlichen Verrichtungen vereinbar. Machiavellis rastloser Imperialismus ist ihm fremd. Die Miliz ist zwar auch bei ihm eine Institution, durch welche die Bürger einer Republik politisiert werden. Die *buona milizia* ragt jedoch nicht im gleichen Ausmass heraus wie bei Machiavelli. Sie stellt lediglich einen von vielen Aspekten dar, die in den Augen Giannottis ein *buon governo* aus- und kennzeichnen.¹⁶³

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich in den Milizvorstellungen von Leonardo Bruni, Niccolò Machiavelli und Donato Giannotti Elemente einer personalistischen und einer institutionalistischen Ethik vereinigen. Alle hängen sie dem klassisch-aristotelischen Bild eines bewaffneten und unabhängigen Bürgers an. Der Dienst in der Miliz wird als patriotischer Ausdruck der Tugend eines wirklichen Bürgers einer Republik verstanden. Die Miliz ist diejenige Institution, in welcher der aristotelische Bürger seine tugendbestimmte Natur als *zoon politikon* ausleben kann. Der Dienst in der Miliz ist Teil der Erfahrung eines *vivere civile*, in welchem der Bürger seine ursprüngliche Natur, seine *prima forma*, zum Ausdruck bringt. Alle Autoren sehen in der bürgerlichen *virtus* die erforderliche Grundlage der politischen Freiheit einer wirklichen *res publica*. Die freie, republikanische Staatsform erlaubt den Menschen, ihren Zielen nach Ruhm, Ehre und Dienst an der Gemeinschaft nachzuleben. Die Miliz ist zugleich Ausdruck der Freiheit als auch der Gesundheit des Staates. *Libertas* und *virtus* stehen in einem sich gegenseitig verstärkenden Verhältnis zueinander.

Aber es gibt auch Unterschiede: Das Milizideal von Bruni zeichnet sich durch eine meritokratisch-ritterliche Note aus. Bei Machiavelli und Giannotti führt es dazu, dass beide ein *governo largo* gegenüber einem *governo stretto* bevorzugen. Dies im Gegensatz zu Francesco Guicciardini (1483-1540), der für eine eher aristokratische Ausprägung des Florentiner Republikanismus steht. Bei Guicciardini findet sich eine weit grössere Skepsis gegenüber der demokratischen Masse. Dementsprechend ist bei ihm der Milizgedanke durch inhärente Widersprüchlichkeiten gekennzeichnet.¹⁶⁴

In Leonardo Brunis Konzept des Bürgersoldaten überwiegt der Ansatz einer personalistischen Ethik. Er äussert sich kaum über die Ausgestaltung der Miliz als Institution. Dies aus dem Grund, weil er das erste Milizmerkmal gemäss unserer Typologie erst entwickeln muss: die *Staatlichkeit* der *militia*. Brunis philologisches Anliegen besteht darin, die Miliz als nichtfeudales, staatliches Heer zu entwerfen und den einheimischen *miles* für den Dienst in der *militia* zu gewinnen. Er entwickelt vor allem das

¹⁶³ Siehe Pocock (1975), S. 306.

¹⁶⁴ Vgl. Albertini (1955), S. 130; Skinner (1978), I, S. 173, und Pocock (1975), S. 248.

erste und das zweite Merkmal der Milizidee. Die Wirkung der Institution auf den *miles* steht nicht im Zentrum seiner Überlegungen.

Niccolò Machiavellis Milizgedanke im *Principe* beruht auf den gleichen zwei Merkmalen, indem er die *arme propria* von den fremden Waffen abgrenzt. In *Dell'Arte della Guerra* in Verbindung mit den *Discorsi* entwickelt er zusätzlich das dritte Charakteristikum, das die Miliz zur Bürgermiliz werden lässt: die Nebenberuflichkeit des Milizdienstes. Bei der vierten Weichenstellung favorisiert Machiavelli die allgemeine Wehrpflicht im Sinne einer Stellungspflicht. Weder gänzliche Freiwilligkeit noch völliger Zwang scheinen ihm die richtige Motivation für diese Verpflichtung zu sein, sondern die patriotische Hingabe zur Republik. Bezüglich des fünften Unterscheidungsmerkmals befürwortet er zwar eine universale Stellungspflicht, aber nur eine selektive Dienstpflicht. Die erzieherische, innenpolitische Funktion des Milizdienstes erkennt er, sie steht jedoch nicht im Mittelpunkt seines Interesses. Sein Hauptaugenmerk gilt der aussenpolitischen Aufgabe der Bürgermiliz: der Expansion.

Donato Giannottis Ansatz in der Milizfrage – wie sein politisches Denken überhaupt – ist stärker auf Institutionen orientiert als derjenige Machiavellis. Er bewundert die Republik Venedig aufgrund ihrer "mechanisierten Tugend". Gemäss diesem Vorbild überträgt er den Tugendbegriff auf die Institutionen. Durch die *virtù della forma* im Allgemeinen und die *virtù della ordinanza* im Speziellen will er die Bürger zur Tugend erziehen. Darum fordert er auch eine allgemeine Dienstpflicht. Nur durch die Universalität der Bürgermiliz können Einheit, Gleichheit und *libertà* in der Republik geschaffen werden.

Zu der von Giannotti erhofften Neukonstituierung der florentinischen Republik kam es jedoch nicht. 1527 mussten mit dem *Sacco di Roma* die Hoffnungen auf Errichtung eines republikanischen Regimes in Rom zu Grabe getragen werden. 1530 etablierte sich die Medici-Herrschaft in Florenz endgültig. Damit folgte auch diese letzte republikanische Bastion dem ab Mitte des 15. Jahrhunderts feststellbaren Trend in Richtung Einzelherrschaft, einem *governo d'un solo*. Das Jahr 1530 markiert aber nicht nur das Ende der Republik Florenz, sondern das weitgehende Absterben der bürgerlich-republikanischen Tradition in Italien überhaupt. Der charakteristische Glaube der Bürgerhumanisten an die Macht der *virtus* eines republikanischen *polites* oder *civis* in seiner Auseinandersetzung mit der unberechenbaren *fortuna* war unwiederbringlich verloren. Nicht mehr der tugendhafte Bürger, sondern der weise Herrscher sollte im Humanismus der späteren Renaissance in Italien im Mittelpunkt des politischen Diskurses stehen. Dieser Wechsel lässt sich bereits bei Machiavelli feststellen: Im *Principe* thematisiert er weniger die klassisch-kollektive *virtù* des Bürgersoldaten als die erfolgsge-

richtete und -legitimierte *virtù* eines Einzelnen, des gesetzgeberischen Republikgründers. Dementsprechend liegt in diesem Werk, anders als in den *Discorsi*, das Schwergewicht nicht auf dem Aspekt bürgerlicher Freiheit, sondern auf dem Grundwert der Sicherheit.¹⁶⁵ Frieden, Stabilität und Sicherheit waren von humanistisch gebildeten Autoren an italienischen Fürstenhöfen schon ab Mitte des 15. Jahrhunderts den Republikanern als Errungenschaften prinziplicher Regentschaft vorgehalten worden.¹⁶⁶ Mit dem Untergang der florentinischen Republik fand eine fruchtbare Epoche republikanischer Praxis und republikanischen Denkens ihren endgültigen Abschluss. Die nächsten Kapitel der klassisch-republikanischen Tradition sollten nicht mehr in Italien, sondern vor allem in England geschrieben werden.

¹⁶⁵ Skinner (1978), I, S. 156f.

¹⁶⁶ Zur Tendenz hin zu einem *governo d'un solo* und zum Aufstieg des Neo-Platonismus im späteren *quattrocento* siehe Skinner (1978), I, S. 113-138.

5. Die Commonwealth-Tradition

*[We] have now but those two things left, our arms
and our virtue ... and if we yield up our arms, how
shall we make use of our virtue.*

FRANCIS BACON

5.1 Die Tudor- und frühe Stuart-Zeit

Humanismus war niemals gleichbedeutend mit klassischem Republikanismus. Dies galt sowohl für die italienische Renaissance als auch für das frühneuzeitliche England. Nicht jede Rezeption klassischer Literatur musste zwangsläufig zu einer republikanischen Gesinnung führen. Die bewusste Wiederaufnahme und Reinterpretation der griechisch-römischen Geschichte, Literatur und Werte – die *studia humanitatis* – erwies sich in ihrer Anwendung auf Probleme der Gegenwart stets als überaus anpassungsfähig.

Im Falle Englands des 16. und frühen 17. Jahrhunderts bestand die erste, offensichtliche Herausforderung an die Anpassungsfähigkeit bürgerhumanistischer Inhalte darin, dass das Inselreich eine Monarchie und keine Republik wie Florenz war. Diese Anpassung wurde allerdings dadurch erleichtert, dass viele der Konzepte der klassisch-republikanischen Tradition nicht notwendigerweise auf eine republikanische *Form* angewiesen waren.¹ Vor allem war die bürgerlich-humanistische Tradition schon vorher nicht *per se* antimonarchisch ausgerichtet gewesen. Die Ablehnung hatte sich vielmehr auf eine *exklusive* monarchische Herrschaft bezogen, die zwangsläufig in Tyrannei enden musste. Die florentinischen Republikaner übernahmen aus der Antike die Idee der Mischverfassung, und in dieser war oft – aber nicht immer² – auch das monarchische Element vertreten.³ Bereits Polybios hatte im sechsten Buch seiner *Geschichte* den römischen Konsuln und damit dem monarchischen Element innerhalb der Mischverfassung der *res publica* eine ungemein wichtige Rolle zugemessen. Von dieser Rolle ausgehend war es nur ein kleiner Schritt zur These, dass die äusserliche Form

¹ Siehe Fink (1945), S. 4ff.

² Aristoteles sieht in der *Politik* die Mischung von Oligarchie und Demokratie – eine integrative, nichthereditäre, besitzständische, zweigliedrige Mischverfassung – als die für die meisten Staaten am ehesten erreichbare beste Verfassung an. Siehe Riklin (1988), S. 341-351.

³ Entscheidend für die Beurteilung des monarchischen Elements in der Mischverfassung war die Frage, ob dieses Element zwangsläufig zur Tyrannei hin degeneriert oder nicht. Hobbes kritisierte die allzu leichtfertige Gleichsetzung von Monarchie und Tyrannei durch die englischen Republikaner: "From Aristotles Civill [sic.] Philosophy, they have learned, to call all manner of Common-wealths but the Popular ... Tyranny. All Kings they called Tyrants." Hobbes (1651), *Leviathan*, IV, Kap. 46, S. 470.

eines gemischten Staates sowohl eine Monarchie als auch eine Republik sein konnte. Polybios entwarf den "Einen" in der Mischverfassung nicht als dynastischen König, sondern als Substrat zweier vom Volk gewählter Konsuln. Dadurch emanzipierte er das monarchische Element: Die Identifikation dieses Elements mit dem exekutiven Staatsorgan – dem König, Consul, Rat, Dogen oder Präsidenten – sollte im späteren politischen Denken leichter fallen. Cicero übernahm im wesentlichen von Polybios die Interpretation der Konsuln als "monarchisches" Element.⁴ Der "Einzelne" spielte jedoch in der klassischen Tradition nicht nur in der Mischverfassung eine ungemein wichtige Rolle, sondern auch als Begründer einer Republik: als Gesetzgeber im Sinne eines Solon in Athen, Lykurg in Sparta oder Romulus in Rom.⁵ Weil Cicero den Begriff *res publica* als Oberbegriff aller guten Gemeinwesen verstand, hatte darin auch ein monarchisches Element, die Konsuln, seinen Platz. Die *res publica* war nicht zwingend an eine bestimmte politische Ordnung gebunden; deshalb konnte es formell ein Königtum, eine Aristokratie oder eine Mischform sein.⁶

Wenn die Engländer also klassisch-republikanische Inhalte in einen monarchischen Kontext übernahmen, war dies weniger ein Bruch mit der Antike als mit dem Sprachgebrauch, welcher in der italienischen Renaissance ab dem 14. Jahrhundert vorherrschend gewesen war. Dort hatte man – wie in Kapitel 4 gezeigt – in einem engeren Sinne unter *republica* vorwiegend ein nichtmonarchisches Regime in Abgrenzung zur Fürstenherrschaft verstanden. Ganz scharf findet man diesen Gegensatz bei Machiavelli. Im ersten Satz des *Principe* schreibt dieser, dass alle Regierungen, unter welchen bisher die Menschen lebten und noch leben würden, Republiken oder Alleinherrschaften seien.⁷ Selbst bei Machiavelli findet sich jedoch der Begriff *republica* auch in einem generellen Sinne. Überhaupt war auch in der italienischen Renaissance die Grenze zwischen *republica* als Gattungsbegriff aller Verfassungen und als Bezeichnung der Bürgerherrschaft oft verwischt.⁸ All diese inhaltlichen Mehrdeutigkeiten sollten sich als günstig erweisen für die Rezeption der klassisch-republikanischen Sprache im mo-

⁴ Fink (1945), S. 3-8.

⁵ Ebenfalls die Aufgabe eines "Einzelnen" war das römische Institut des ausserhalb der ordentlichen verfassungsmässigen Bindungen stehenden Diktators. Diese wichtige und zu Beginn nicht negativ belegte Notstandsaufgabe konnte jedoch auch einem Rat aus mehreren Personen überantwortet werden.

⁶ Siehe *De officiis*, II, 8.29, wo Cicero impliziert, dass Rom nur unter der traditionellen Verfassung ein wirklicher Staat (*rem vero publicam*) war.

⁷ Machiavelli (1513), *Il Principe*, Kap. I, S. 29: "Tutti gli stati, tutti e' dominii he hanno avuto e hanno imperio sopra gli uomini, sono stati e sono o republiche o principati."

⁸ Siehe Höchli (1997), S. 84-90.

narchischen England. Auch im englischen Kontext sollten *republic* oder *commonwealth* stark schillernde und mehrdeutige Begriffe bleiben.⁹

Um 1600 war in Italien die Vitalität des Bürgerhumanismus fast völlig und für immer zum Erliegen gekommen. Einzig die Verfassung Venedigs vermochte weiterhin republikanisch gesinnte Geister anzusprechen, welche in ihr ein modernes Spiegelbild des antiken Roms auszumachen glaubten. Auf fruchtbaren Boden fiel das bürgerrepublikanische Gedankengut jedoch im protestantischen England. Die Ursache liegt teilweise in den oben beschriebenen *konzeptionellen* Mehrdeutigkeiten innerhalb der klassischen Tradition begründet. Trotzdem waren infolge der unterschiedlichen *realen* Umstände in England immer noch eine Reihe von theoretischen Anpassungen gegenüber dem italienischen Republikanismus notwendig; diese können jedoch teilweise auch als eine Rückkehr zu ursprünglichen Inhalten der klassischen Literatur gesehen werden.

Eine wesentliche Anpassung musste sich auf das politisch handelnde Subjekt im klassischen Republikanismus beziehen: den *Bürger*. In England fehlte, anders als in den zentral- und oberitalienischen Stadtstaaten, eine mittelalterliche Tradition kommunaler Freiheit. Im italienischen Bürgerhumanismus hatte der Stadtbürger im Zentrum des Interesses auf der Suche nach der Verkörperung der *vita activa* gestanden. In England waren um 1700 noch 90% der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig oder damit verbunden.¹⁰ Deshalb trat die Figur des Yeoman, des freien, fleissigen und tapferen Landbesitzers, in den Blickpunkt des klassisch orientierten Republikanismus. Die englischen Rezipienten des Florentiner Humanismus sahen sich mit demselben Problem konfrontiert wie die marxistisch geschulten Führer der Bolschewiki im zaristischen Russland. Sie waren in vergleichbarer Weise gezwungen, konzeptionelle Anpassungen einer politischen Ideologie aufgrund der agrarischen Verhältnisse ihrer Heimat vorzunehmen.

Dies war auch gar nicht so abwegig. Bereits Aristoteles hatte im sechsten Buch der *Politik* die ackerbauende Bevölkerung als beste Voraussetzung für eine Demokratie beschrieben: Der Hauptvorteil des Ackerbauern bestehe darin, dass dieser über ein mittleres Vermögen verfüge. Er habe auf der einen Seite zuwenig, um häufig an Volksversammlungen teilzunehmen; dadurch sei er weniger den Manipulationen von Demagogen ausgesetzt als der Städter. Auf der anderen Seite habe er aber genügend Vermögen, um die für die Erhaltung des Staates notwendige Tugend (*arete*) entwickeln zu können. Im Gegensatz zur ackerbauenden Bevölkerung seien die Handwer-

⁹ Zum Begriff der *res publica* vgl. Goldsmith (1987), und Wootton (1994), S. 5-19.

¹⁰ Zur englischen Gesellschaftsstruktur jener Zeit siehe Greyerz (1994), S. 49-69.

ker, Kaufleute und Tagelöhner das schwierigste und schlechteste demokratische Volk. Für diese Beschäftigungen sei keine Tugend (*arete*) notwendig.¹¹ Das ländliche Standesethos war auch im republikanischen Rom stark im Bewusstsein der führenden *nobiles* verbreitet. Durch gesetzliche Regelungen wie die *lex claudia* wurde lange versucht, bäuerliche Wertvorstellungen am Leben zu erhalten.

Eine weitere wichtige Anpassung musste sich auf den der Theorie zu Grunde liegenden *Staat* beziehen. Der monarchische Territorialstaat England war von seiner Fläche und politischen Struktur her nur sehr bedingt mit dem regionalstaatlichen Florenz und den antiken Stadtrepubliken vergleichbar.

Wie diese konzeptionellen Anpassungen von den englischen Republikanern im Einzelnen angegangen wurden, soll für jeden Vertreter gesondert behandelt werden. Hier bleibt lediglich festzuhalten, dass sie beträchtlich sein mussten, damit eine in der antiken Polis beheimatete Theorie ins frühneuzeitliche England übertragen werden konnte.

Die Rezeption humanistischen Gedankenguts hatte in England bereits früh, am Ende des 14. Jahrhunderts, eingesetzt und erlebte zu Anfang des 16. Jahrhunderts eine erste Blütezeit.¹² Die englischen Humanisten legten – wie die nördlichen Humanisten im Allgemeinen – eine freundlichere Einstellung gegenüber der Einzelherrschaft, dem "princely mode", an den Tag. Sie befassten sich primär mit erzieherischen Traktaten und Fürstenspiegeln. Dabei vertraten sie eine ihren italienischen Vorgängern vergleichbare politische Position: Der beste Staat war derjenige, in dem ein weiser und tugendhafter Prinz regierte. Der italienische Humanismus selber hatte im 15. Jahrhundert, infolge der Ablösung mehrerer republikanischer Regimes durch Prinzipate, eine Wandlung in dieselbe Richtung durchgemacht. Die Rezeption humanistischer Ideen erfolgte leichter, wenn sie mit den gegebenen politischen Verhältnissen im Einklang standen. Quentin Skinner meint, dieser Umstand sei verantwortlich für die relative Zurückhaltung, mit der die frühen nördlichen Humanisten zwei zentrale Aspekte des italienischen Republikanismus behandelt hätten: die Notwendigkeit der Erhaltung politischer Freiheit und die Bedrohung derselben durch stehende Söldnertruppen.¹³

¹¹ Aristoteles, *Politik*, 1318b-1319b.

¹² In diesem Zusammenhang ist der Humanist Thomas Starkey eine interessante Persönlichkeit. Starkey reiste um 1530 nach Italien und freundete sich mit den Venedig-Kennern Gasparo Contarini und Donato Giannotti an. Zurück in England unterbreitete er Henry VIII mit seinem *Dialogue between Pole and Lupset* (ca. 1529-32) Verfassungsreformen. Darin wurden viele der späteren klassisch-republikanischen Argumente vorweggenommen. Zu Starkeys Reformvorschlägen, denen eine praktische Umsetzung versagt blieb, siehe Mayer (1989).

¹³ Skinner (1978), S. 200.

Ein wichtiger Rezipient humanistischen Gedankenguts war der königliche Ratgeber. Dieser vermochte sich immer stärker gegenüber der älteren Vorstellung eines "godly prince" zu emanzipieren. Indem der humanistische Ratgeber eine eigenständige Fähigkeit zur Teilhabe am Entscheidungsprozess des Herrschens entwickelte, bewegte er sich als erster in Richtung eines aristotelischen Bürgerverständnisses. Er war der erste, welcher nicht nur die passive Fähigkeit besaß, gut regiert zu werden, sondern auch die aktive Fähigkeit, gut zu regieren. Für Aristoteles waren dies die Eigenschaften, welche die Tugend eines Staatsbürgers charakterisierten.¹⁴

Bis vor kurzem ging man davon aus, dass gegen Ende des 16. Jahrhunderts der Einfluss des älteren ciceronisch-aristotelischen Humanismus auf das englische politische Denken zunehmend an Bedeutung verlor. Erst in den 1640/50er Jahren soll er in stringenterer, klassisch-republikanischer Form wieder aufgetaucht sein. Blair Worden räumt zwar ein, dass sich ab 1580 ein "spekulativer" oder "hypothetischer Republikanismus" feststellen lässt. Dieser Prä-Republikanismus habe jedoch mehr die Hoffnung auf Verständnis der Antike beinhaltet als den Wunsch, das eigene politische System aktiv zu verändern: "The Humanist foundations on which republicanism would be built were laid before the civil wars, but the building was not begun."¹⁵ Erst der Zusammenbruch politischer Institutionen, traditioneller Herrschaftsformen und theoretischer Konzepte im Gefolge der Umwälzungen des Bürgerkrieges und des Interregnums führten nach dieser Lehrmeinung zu einem Wiederauftauchen bürgerrepublikanischer Werte in den späten 1640er und 1650er Jahren. Vor dem Bürgerkrieg sieht Worden den klassischen Republikanismus in England als noch nicht vollständig ausgeprägt an. Andere politische Traditionen wie diejenige der Ancient Constitution, das mittelalterliche Vokabular von *jurisdictio* und *gubernaculum*, die Doktrin der auserwählten Nation sowie naturrechtliche Positionen seien dominant gewesen. Auch John G.A. Pocock stellt fest: " ... after all Post-Elizabethan England lacked a fully developed civic consciousness, and was under the thrall of a doctrine of double majesty".¹⁶

Eine andere Meinung hat neuerdings Markku Peltonen. Er vertritt eine Kontinuitätsthese: Typisch ciceronisch-humanistische Postulate wie das Streben nach einem tugendhaften bürgerlichen Leben sowie einer *vera nobilitas* seien durchgehend zwischen der Mitte des 16. Jahrhunderts und dem Bürgerkrieg feststellbar. Sogar typisch republikanische Konzepte wie die Idee der Meritokratie oder der Mischverfassungsgedanke seien während dieser Zeitspanne durchgehend nachweisbar. Die Ursache der bisherigen Annahme eines relativ schroffen Bruches in den 1650er Jahren sieht Peltonen

¹⁴ Aristoteles, *Politik*, 1276b-1277b. Siehe Pocock (1975), S. 338f.

¹⁵ Worden (1994a), S. 51.

¹⁶ Pocock (1975), S. 348.

darin begründet, dass das Auftreten eines bürgerlichen Bewusstseins vor dem Bürgerkrieg bis anhin allzu leichtfertig mit dem Puritanismus in Verbindung gebracht wurde; dies vor allem im Falle von Thomas Scott.¹⁷

Peltonens Definition des Begriffs "klassischer Republikanismus" unterscheidet zwischen einem weiteren Verständnis "ein Bündel von Themen über Bürgerschaft, öffentliche Tugend und wirkliche Nobilität" und einem engeren: "Eine Verfassung ohne König"¹⁸. Damit weicht er nicht wesentlich von Pocock und Worden ab.¹⁹ Wie diese sieht er im klassischen Republikanismus eine bestimmte Art des politischen Diskurses. Darin sei vielmehr ein politisches Vokabular als ein konkretes Programm zum Ausdruck gekommen: "Es war eher ein Mittel, die Politik zu begreifen und zu konzeptionalisieren, als ein monolithischer und detaillierter Plan oder eine Strategie."²⁰

Anders als die obgenannten Forscher geht Peltonen davon aus, dass nicht notwendigerweise eine *voll* entwickelte republikanische Theorie notwendig war, um bei den Engländern jener Zeit die Entwicklung eines bürgerlich-humanistischen Bewusstseins (*civic consciousness*) zu inspirieren.²¹ Der klassische Republikanismus hatte seiner Ansicht nach einen zwar begrenzten, aber unleugbar konstanten Einfluss auf das englische politische Denken der späten Tudor- und frühen Stuart-Zeit. Peltonens Kritik an Pocock und Worden ähnelt im Grunde derjenigen, die an Hans Baron herangetragen wurde. Kritisiert wird in beiden Fällen die Perception eines allzu starken Bruches und eines zu abrupten Auftauchens der Konzepte des bürgerlichen Humanismus. Glenn Burgess moniert in einer Rezension von Peltonens Buch allerdings, dieser habe eine zu stark polarisierte Sicht der Periode zwischen 1590 und 1640. Deswegen überschätze Peltonen auch die oppositionellen, anti-absolutistischen Inhalte im ciceronischen Humanismus jener Zeit. Es habe sich weniger um eine Politik der Opposition und des Widerstandes gehandelt als vielmehr um eine Politik der Überzeugung.²²

In Bezug auf unser Forschungsinteresse ist vor allem der Zeitpunkt bedeutsam, ab wann die Engländer begannen, die Milizfrage vor einem klassisch-republikanischen Hintergrund wahrzunehmen. Ausgehend von der Prämisse, dass hierfür eine ganz bestimmte Rezeption von Machiavellis Schriften notwendig war, stellt sich das Problem

¹⁷ Peltonen (1995), S. 1-17.

¹⁸ *Ibid.*, S. 2.

¹⁹ Worden (1990), S. 225: "I mean by republicanism the movement of intellectual protest which opposed the rise of the Renaissance and Baroque monarchies of early modern Europe, and which, in articulating that opposition, drew extensively on the political writings and the political practices of classical antiquity."

²⁰ Peltonen (1995), S. 7.

²¹ *Ibid.*, S. 7.

²² Burgess (1996), 7.

herauszufinden, ab wann der Florentiner "richtig", im Sinne eines klassisch inspirierten Republikaners gelesen und verstanden wurde.

Darüber ist sich die Lehre nach wie vor uneinig. Unbestritten ist, dass Machiavellis Karriere als Militärsachverständiger weit früher einsetzte denn als politischer Philosoph klassisch-republikanischer Prägung. Seine *Dell'Arte della Guerra* wurde von Peter Whitehorne übersetzt und in mehreren Auflagen (1560, 1573, 1588) publiziert. Zusammen mit anderen kontinentalen Texten und Klassikern wie Vegetius stimulierte Machiavellis Werk über die Kriegskunst gegen Ende der Herrschaft Elizabeth I eine Schwemme von militärischen Traktaten. In diesen wurde eine Orientierung an den militärischen Praktiken des antiken Griechenlands und Roms gefordert. Im Zentrum der Werke von Thomas Digges, Barnabe Rich, Sir John Smythe und Thomas Styward stand jedoch nicht die Frage nach einer optimalen Verbindung von Wehr- und Staatsverfassung. Ihre Fragestellungen waren weit weniger politisch ausgerichtet als konkret militärisch. Weder die monarchische Staatsordnung noch die Milizstruktur als Basis der englischen Militärordnung wurden von ihnen theoretisch-politisch hinterfragt.²³

Als politischer Denker war Machiavelli zwar relativ früh bekannt. Gemäss der sich vor allem auf Felix Raab stützenden Lehre wurde er jedoch lange Zeit entweder als skrupelloser Ratgeber tyrannischer Fürsten kritisiert oder bestenfalls als Republikaner in einem negativen Sinne gelesen. Raab meint, Machiavelli sei erst ab den 1640/50er Jahren auch als Republikaner in einem positiven Sinne, als direkter Fürsprecher einer republikanischen Staatsform, verstanden worden. Selbst der Republikanismus während des englischen Bürgerkrieges sei weitgehend ein Republikanismus *ohne* Machiavelli gewesen. Der Bürgerkrieg sei primär wegen unterschiedlichen Repräsentationsvorstellungen entbrannt, und diesbezüglich sei der Florentiner weitgehend irrelevant gewesen.²⁴

Nach Peltonen vollzog sich das "richtige" Erkennen eines klassisch-republikanischen Machiavelli viel früher als bisher angenommen bereits in den 1590er Jahren. Als konkreter Anlass dienten die Bemühungen um eine Neustrukturierung der englischen Herrschaft in Irland. Richard Beacons *Solon his follie, or a politique discourse, touching the reformation of common-weales conquered, declined or corrupted* (1594) geht allerdings über diesen unmittelbaren irischen Kontext weit hinaus. Wohl als erster Engländer überhaupt macht Beacon einen gründlichen und positiven Gebrauch von Machiavellis Republikanismus der *Discorsi*.²⁵ In seinem Bestreben, eine alternative Form der englischen Regierung über Irland aufzuzeigen, nimmt Beacon starke Anlei-

²³ Siehe Webb (1965), S. 3-50.

²⁴ Raab (1964), S. 168ff.

²⁵ Vgl. Peltonen (1995), S. 70-102, und Ders. (1994), S. 469-503.

hen beim Florentiner Staatsdenker und behandelt mehrere zentrale Themen der bürgerlich-republikanischen Tradition. Seine Analyse der politischen Korruption und seine Therapievorschläge zur Reformation des irischen Gemeinwesens durch Tugendhaftigkeit, gute Gesetze, gemischte Verfassung, Freiheit und "civic greatness" zeigen deutlich Machiavellis Einfluss.

In klassischer Manier macht Beacon das Anwachsen des privaten Reichtums verantwortlich für die Misere Irlands. In Verbindung mit dieser bürgerrepublikanischen Abneigung gegenüber dem privaten Luxus übernimmt er von Machiavelli auch die Bewunderung für die römische Mischverfassung und die Überzeugung, dass das Volk eine zuverlässigere Stütze eines Monarchen darstellt als die Nobilität.²⁶ Auch die Passage, dass ein Staat sich notwendigerweise entscheiden müsse zwischen Frieden und Langlebigkeit oder Glorie und Empire, weist auf den Florentiner hin. Um Langlebigkeit zu erreichen, müsse sich ein Staat wie Sparta gegenüber Ausländern abschliessen, seine Bürger von militärischer Disziplin fernhalten [sic!] und wie Venedig an einem festen, uneinnehmbaren Platz gebaut werden.²⁷ Andernfalls solle wie in Rom das möglichst zahlreiche Volk bewaffnet, täglich trainiert und in militärischer Disziplin geübt werden. Zudem sollten Bünde mit anderen Staaten eingegangen werden. Letzten Endes sind für Beacon beide Staatstypen dem Untergang geweiht. Im friedfertigen Gemeinwesen müssen privater Reichtum und Luxus zur Verweichlichung führen. Im Kriegerstaat resultiert aus den militärischen Erfolgen notwendigerweise staatliche Uneinigkeit. Unter diesen Umständen schliesst sich Beacon Machiavelli an: " ... it seemeth then by that which you have said that the institution of that commonweale, which aymeth at vertue, honour, and glorie, is to be preferred before the other, & of princes much more to be desired".²⁸ Beacon wünscht sich, dass England gemäss römischem Vorbild als ein "commonwealth for war" konzipiert wird. Nicht so das unterworfenen Irland: Es soll ein "commonwealth for peace" darstellen.²⁹

²⁶ Beacon (1594), *Solon his follie*, S. 81: "A Monarchie governed popularlie is then secure and voide of perill: for in the multitude or people consisteth the strength and force of every kingdome".

²⁷ Beacons Meinung, Sparta habe seine Bürger nicht bewaffnet, ist ziemlich unkonventionell. Zudem steht sie im Widerspruch zu Machiavelli. Siehe *Discorsi*, I, 6.

²⁸ Beacon (1594), *Solon his follie*, S. 64.

²⁹ Peltonen (1995), S. 102.

5.1.1 Francis Bacon: *civic greatness* und der *tiller of the ground*

Eine bedeutende Phase für die Machiavelli-Rezeption stellen die frühen Jahre der Herrschaft James I dar. Einer der ersten und wahrscheinlich der wichtigste politische Denker, der die sich stellenden politischen Fragen dieser Zeit mit Machiavellis theoretischem Rüstzeug anging, war Francis Bacon (1561-1626).

Francis Bacon war Politiker und Staatsmann während eines Grossteils seines Lebens. So überrascht es nicht, dass er auch Gedanken zur politischen Theorie anstellte. Diese ist nationalstaatlich orientiert und weit weniger bekannt als seine Erkenntnistheorie. Mit Ausnahme von *The Advancement of Learning* (1605) erschienen alle philosophischen Werke in Latein, was darauf schliessen lässt, dass Bacon ein internationales Publikum ansprechen wollte.³⁰ Das Verhältnis von politischer Theorie und Wissenschaftstheorie ist bei ihm durch zwei grundlegende Gegensatzpaare geprägt: erstens zwischen demjenigen von Krieg und Frieden und zweitens zwischen demjenigen von Republik und Monarchie. Aus Sicht der politischen Theorie staatlicher Grösse, der "civic greatness", gilt Bacons Vorliebe dem kriegerischen und nicht dem friedfertigen Staat. Aus der Optik seiner Wissenschaftstheorie jedoch verhält es sich gerade umgekehrt.³¹ Ebenfalls durch Ambivalenzen geprägt ist seine Ansicht in Bezug auf die Vorteile einer Monarchie gegenüber einer Republik. Zum einen glaubt er, dass Monarchien gegenüber Neuerungen speziell resistent sind; zum anderen spürt er aber auch, dass eine starke Monarchie die beste Staatsform für die Entwicklung der Naturwissenschaften sein muss. Sie verspricht, den Wissenschaftler von seinen bürgerlichen Verpflichtungen, vor allem von der Wehrpflicht zu befreien. Nur die Monarchie scheint in der Lage zu sein, den politischen Freiraum zu schaffen, den Bacon für die Entwicklung wirklichen Wissens als notwendig erachtet. Insgesamt lässt sich nach Peltonens Einschätzung deshalb keine eindeutige Präferenz Bacons für eine bestimmte Staatsform vor dem Hintergrund ihrer Wissenschaftsverträglichkeit ableiten.³²

Ausschliesslich vom politischen Standpunkt aus betrachtet zeigt Bacon eine gezügelte Vorliebe für republikanische und aristokratische Regierungsformen. Dies zeigt sich in seiner Bewunderung für die Schweizerische Eidgenossenschaft, die Niederlande und den Senat der Republik Venedig. Die Lagunenrepublik preist er als den wei-

³⁰ Peltonen (1996a), S. 7. Machiavellis Einfluss auf Bacon wurde schon vor Peltonen erkannt, jedoch nicht als elementarer Baustein innerhalb einer klassisch-republikanischen Tradition. Siehe Raab (1964), S. 73-76. Auch Orsini (1936), S. 60, wies schon früh auf den Einfluss von Machiavellis martialer *virtù*-Konzeption auf Bacon hin.

³¹ Ausführlich Peltonen (1995), S. 206.

³² Peltonen (1996b), S. 291f.

sesten Staat Europas.³³ Politische Philosophie ist in Bacons Augen stets eng verbunden mit der Geschichte, denn die historische Wirklichkeit bildet für ihn die experimentelle Grundlage jeglicher Theorie. Dies zeigt sich auch in seinem einzigen historischen Werk *The History of the Reign of King Henry VII*. Dessen Veröffentlichung erfolgte erst 1622, nachdem Bacon infolge eines Komplotts gegen den einflussreichen Marquis von Buckingham politisch entmachtet worden war.

Obwohl Bacon nach der Thronbesteigung James I im Jahre 1603 ein wichtiger Ratgeber des Königs war, dienten seine politischen Ideen nicht der Verteidigung einer absolutistischen Staatsform. Bacon lehnte die absolutistische Forderung nach Vorrang der königlichen Macht gegenüber dem Gesetz ab. Wie viele klassische Republikaner vor ihm vertrat er keine antimonarchischen Überzeugungen. Er wandte sich lediglich gegen eine unbegrenzte, absolute Monarchie. Markku Peltonen meint dazu: "For Bacon a free monarchy was something akin to a republic."³⁴ Die königlichen Prerogative waren nach Bacons Ansicht dem König durch das Common law gewährt worden. Wie jeder andere Engländer war der Regent daran gebunden. Weder der König noch das Parlament waren in der Lage, die Magna Charta abzuändern.³⁵ Bacon versuchte nun erstens die Konzepte des Common law mit dem römischen Recht zu verbinden. Zweitens wollte er diese rechtliche Basis mit einer von Machiavelli beeinflussten Konzeption staatlicher Grösse, der *grandezza* oder "civic greatness", in Einklang bringen.

Als äusserer Anlass, erste grundsätzliche Überlegungen zum Fundament politischer Herrschaft und zur Frage staatlicher Grösse anzustellen, diente Bacon die Union-Debatte von 1603 bis 1608. Dabei ging es um das Projekt einer möglichen Vereinigung der beiden Königreiche von England und Schottland. Weitere Gelegenheit dazu fand der inzwischen politisch entmachtete Bacon in der Mitte der 1620er Jahre. Englands Aussenpolitik durchlebte in dieser Zeit eine kritische Phase. Das Königreich sah sich in seinen Kriegen mit Frankreich und Spanien ab 1625 mit einer Reihe von Fehlschlägen und Niederlagen konfrontiert. Dies führte zu Friedensschlüssen (1629 mit Frankreich und 1630 mit Spanien) und damit zum ruhmlosen Ausscheiden Englands aus dem Dreissigjährigen Krieg.

Die drei wichtigsten politischen Schriften Bacons zur Frage der *grandezza* sind: erstens die Rede im House of Commons vom 17. Februar 1607; zweitens das unvollendete, unveröffentlichte Traktat "Of the true greatness of the kingdom of Britain"; drittens das 1612 in der zweiten Edition seiner *Essays* publizierte "Of the true greatness

³³ *Ibid.*, S. 299f.

³⁴ *Ibid.*, S. 300.

³⁵ *Ibid.*, S. 289f. Peltonen glaubt sogar, bei Bacon Ansätze einer Widerstandstheorie auszumachen.

of kingdoms and estates". Bacons Analyse der Ursache staatlicher Grösse und deren Verbindung mit dem machiavellischen Konzept des Bürgersoldaten stellte insofern eine Neuerung dar, als diesen Themen seitens der früheren englischen Humanisten bloss sekundäre Bedeutung zugemessen worden war. Selbst in Richard Beacons *Solon his follie* von 1594 war das Hauptthema die Reform eines korrupten Commonwealth gewesen.³⁶ Bacon sah sich bei diesem Unterfangen mit neuen Konzepten vom europäischen Festland konfrontiert. Dort hatten am Ende des 16. Jahrhundert mehrere Autoren nicht mehr die moralische Bürgertugend, sondern den ökonomischen Wohlstand als relevante Messlatte der *grandezza* ausgemacht.

Der Holländer Justus Lipsius und der Piemonteser Giovanni Botero wollten die ausser Rand und Band geratene Kriegsgöttin *Bellona* durch strenge Disziplinierung, Reglementierung und Professionalisierung des Soldatenlebens bändigen. Im bewussten Gegensatz zu Machiavelli schrieb Lipsius, dass in der Moderne das Geld den Nerv eines Staates darstelle. Den kompletten zweiten Band seiner *Admiranda, siue, de magnitudine Romana* (1598) widmete er dementsprechend auch der Ökonomie des kaiserlichen Roms. Botero schrieb in seinem Hauptwerk *Della ragion di Stato, Libri Dieci, Con tre Libri delle Cause della Grandezza e Manificenza delle Città* (1589), dass die Grösse einer Stadt von der Vielzahl ihrer Bewohner und von deren Besitz abhängt: "... grandezza di città si chiama ... la moltitudine degli abitanti e la possanza loro."³⁷ Anders als Machiavelli sahen Lipsius und Botero die Ursache staatlicher Grösse primär im ökonomischen Reichtum. Geld, Wohlstand, Industrie und Handel waren ihrer Meinung nach die entscheidenden Erfolgsvariablen des zwischenstaatlichen Wettbewerbs. Die kontinentalen Konzepte blieben in England nicht ungehört. Einzelne Schriften von Lipsius und Botero wurden ins Englische übersetzt. Matthew Sutcliffe übernahm die Forderung nach einem disziplinierten, stehenden Heer und betonte die ökonomischen Grundlagen moderner Kriegführung in *The practice, proceedings, and lawes of Aarmes* (1593).³⁸

Um diese Ansichten zu verwerfen, bediente sich Bacon der älteren, massgeblich durch Machiavelli geprägten Theorie der militärischen Tugend, der Miliz, des Krieges und der *grandezza*. Wie kein anderer politischer Denker war Bacon verantwortlich dafür, dass der Engländer seiner Zeit mit dem klassisch-republikanischen Bild des Bürgersoldaten vertraut gemacht wurde.

³⁶ Peltonen (1995), S. 196: "Bacon can thus be said to be the first Englishman to ponder on civic greatness as a theme in its own right."

³⁷ Botero (1589), *Della ragion di Stato, Libri Dieci, Con tre Libri delle Cause della Grandezza e Manificenza delle Città*, S. 345.

³⁸ Peltonen (1995), S. 200f.

Das erste Milizmerkmal, die notwendige *Staatlichkeit* jeder militärischen Organisationsform, entwickelt Bacon in Anlehnung an Machiavelli. Wie der Florentiner geht er davon aus, dass jedem Staat grundsätzlich zwei miteinander unvereinbare Optionen offenstehen: Glorie oder Langlebigkeit.³⁹ Der Weg der Langlebigkeit, wie im Altertum von Sparta eingeschlagen, ist für Bacon nicht wünschbar, weil nicht erfolgreich. Die Qualität eines guten Ratgebers und Staatsmannes sowie gleichzeitig das Erfolgskriterium eines Staates ist: " ... the ability to raise and amplify an estate in power, means, and fortune"⁴⁰.

For we speak of that which is proper to the amplitude and growth of states, and not of that which is common to their preservation, happiness, and all other points of well-being.⁴¹

Der beste Staat ist für Bacon nicht derjenige mit den reichsten, sondern mit den tugendhaftesten Bürgern. Bereits früher hatte Bacon seinem Prinzen geraten, tugendhafte Männer (men of virtue) seien zu fördern und nicht solche mit korrupten Einstellungen (mercenary minds). Für den klassischen Republikaner Bacon korrumpiert übermässiger privater Reichtum einen Staat. Er steht im Gegensatz zur Tugend des Bürgers.⁴² Wie Machiavelli versteht Bacon unter Tugend – zumindest in diesem Zusammenhang – vor allem eine männlich-militärische Tapferkeit: "[We] have now but those two things left, our arms and our virtue ... and if we yield up our arms, how shall we make use of our virtue."⁴³ Die Grösse des Territoriums spiele nur dann eine Rolle, wenn sie mit der militärischen Tugend verbunden sei. Erst als Persien und Rom die Waffen vernachlässigten, sei die Grösse des Landes zu einer Bürde geworden.⁴⁴

Das klassische Rom mit seiner Politik der militärischen Kraftentfaltung stellt für Bacon ein historisches Ideal dar. Wie Machiavelli wünscht er sich gemäss diesem Vorbild einen tugendhaften und tugendschaffenden Imperialismus. Weil die Expansion eine grosse Bevölkerungszahl bedinge, solle eine grosszügige Verleihung des Bürger-

³⁹ In seiner Rede vom 17. Februar 1607 über den "Article of Naturalization" im House of Commons vertrat Bacon jedoch die Ansicht, eine Vereinigung von Schottland und England werde Sicherheit und Grösse für beide zur Folge haben. Bacon (1607), "A Speech", S. 322.

⁴⁰ Bacon (1612), "Of the true greatness of kingdoms and estates", S. 444.

⁴¹ Bacon (16__), "Of the greatness of the kingdom of Britain", S. 49.

⁴² Den negativen Einfluss privaten Reichtums beschreibt Bacon auch in seinem Essay "Of riches" von 1612. Vgl. Peltonen (1995), S. 199.

⁴³ Bacon (1597), *Of the colours of good and evil*, S. 79.

⁴⁴ Bacon (16__), "Of the greatness of the kingdom of Britain", S. 53: "For while they flourished in arms, the largeness of territory was a strength to them, ... but when they decayed in arms, then greatness became a burden."

rechts vorgenommen werden.⁴⁵ Massgebend für den militärischen Erfolg sei allerdings nicht die Anzahl der Soldaten an sich und deren Ausrüstung, sondern deren Qualität:

Walled towns, stored arsenals and armories, goodly races of horse, chariots of war, elephants, ordnance [sic.], artillery, and the like; all this is but a sheep in a lion's skin, except the breed and disposition of the people be stout and warlike. Nay, number (itself) in armies importeth not much, where the people is of weak courage.⁴⁶

Bacon schreibt, das wichtigste Kriterium für die Grösse eines jeden Staates sei der Umstand, ob dieser über eine Rasse militärischer Krieger (race of military men) verfüge. Das Geld sei nicht der Nerv des Krieges, wie dies bisweilen leichtfertig gesagt werde, denn ein verweichlichtes Volk müsse notwendigerweise scheitern.⁴⁷ In "Of the greatness of the kingdom of Britain" nennt Bacon ausdrücklich Machiavelli als Urheber dieses Gedankens. Der Florentiner habe in seiner Zeit und seinem Land den sichtbaren Beweis vor Augen gehabt und die überlieferte Meinung verspottet: "*That money was the sinews of war; affirming that it is a mockery, and that there are no other true sinews of war, but the sinews and muscles of men's arms: and that there was never any war, wherein the more valiant people had to deal with the more wealthy, but that the war, if it were well conducted, did nourish and pay itself.*"⁴⁸ Kriegerische Tugend und Disziplin entstehen jedoch nicht von alleine; ganz im Sinne Machiavellis sind *buoni ordini* notwendig. Die Ausrichtung des Staates auf den Krieg sei zwar schlecht im Falle eines Bürgerkrieges, aussenpolitisch hingegen sei dies die einzig richtige Ordnung für einen Staat, der wachsen wolle.⁴⁹

In klassischer Weise sieht Bacon einen grundlegenden Gegensatz zwischen verweichlichten, kommerziell ausgerichteten Staaten (effeminate, merchant-like states) auf der einen Seite und kriegerischen "magnimous states" auf der anderen Seite. Letztere sieht er aus bitterer Armut aufsteigen: Man könne kaum grosse Monarchien finden, welche ihr Fundament nicht in der Armut gehabt hätten.⁵⁰ Wie die stärksten Kräuter aus den ärmsten Böden seien die grössten Königreiche der Welt der Härte und der Kargheit entstiegen.⁵¹ Als historische Beispiele nennt Bacon Persien, Sparta, Maze-

⁴⁵ Zur Verbindung dieser Ansicht mit Machiavelli siehe Bacon (1603), "A brief discourse touching the happy union of the kingdoms of England and Scotland", S. 96. Zur Notwendigkeit der erleichterten Einbürgerung schreibt Bacon in "Of the true greatness of kingdoms and estates", S. 447: "... all states that are liberal of naturalisation towards strangers are fit for empire."

⁴⁶ *Ibid.*, S. 445.

⁴⁷ *Ibid.*, S. 446.

⁴⁸ Bacon (16__), "Of the greatness of the kingdom of Britain", S. 55f.

⁴⁹ *Ibid.*, S. 59.

⁵⁰ *Ibid.*, S. 56

⁵¹ *Ibid.*, S. 59.

donien sowie die Völkerschaften der Türken, Araber, Gothen, Vandalen und Schweizer. Er vertritt die These, dass die Grösse eines Landes ohne militärische Tugend nur eine Bürde darstellt: Ohne Tugend seien alle Schätze und alle Gelder nur eine leichte Beute. Drei Bedingungen müssten zusätzlich erfüllt sein, damit Geld einem Staat zu Grösse und Stärke verhelfen könne: Erstens müsse es sich mit kriegerischer Tapferkeit verbinden. Zweitens sei es besser, wenn der Reichtum eher mittleren als grossen Ausmasses sei; am besten sei es aber, wenn ein Teil des Staates ganz arm bleiben würde. Drittens sei das Geld einem Staat auch nur soweit von Nutzen, als es die Hände seien, in denen der Wohlstand hauptsächlich liege.⁵²

Der Faktor Geld spielt für Bacon im Grunde nur dann eine Rolle, wenn zwei sich gegenüber stehende Staaten die annähernd gleiche Tugend zu mobilisieren verstehen. Wie Machiavelli hat er ein klassisch-existentielles Verständnis des Krieges: Weder ein natürlicher noch ein politischer Körper könne ohne Übung gesund bleiben. Für einen Staat sei ein gerechter und ehrenhafter Krieg eine solche Übung. Während ein Bürgerkrieg für einen Staat wie die Hitze des Fiebers sei, würden Kriege nach aussen diesen Körper gesund erhalten. Der Friede jedoch mache träge, zerstöre den Mut und korrumpiere die Sitten: " ... for in slothful peace, both courages will effeminate and manners corrupt."⁵³

Der Krieg ist für Bacon – solange er gerecht ist und gegen fremde Staaten geführt wird – existentieller Natur. Er ist ein positiver, tugendschaffender Vorgang. Kriegerische Auseinandersetzungen sind nicht bloss ein Instrument der Politik gemäss der berühmten Formel von Clausewitz, sondern "als Medium der Konstitution oder Transformation einer politischen Grösse" die Quelle menschlicher und kultureller Weiterentwicklung.⁵⁴ Luxus führt in Bacons klassischer Sicht zur Verweichlichung und korrumpiert die militärische Tugend: " ... excess of riches, neither in public nor private ever hath any good effects; but maketh men slothful and effeminate, and so no enterprisers, or insolent and arrogant, and so overgreat embracers, but most generally cow-

⁵² *Ibid.*, S. 58: " ... as largeness of territory, severed from military virtue, is but a burden; so that treasure and riches, severed from the same, is but a prey ... Treasure and money do then add true greatness and strength to a state, when they are accompanied with these three conditions: First, ... that is, that they be joined with martial prowess and valour.

Secondly, *That treasure doth then advance greatness, when it is rather in mediocrity than in great abundance. And again better when some part of the state is poor, than when all parts of it are rich.*

And lastly, *That treasure in a state is more or less serviceable as the hands are in which the wealth chiefly resteth.*"

⁵³ *Ibid.*, S. 58.

⁵⁴ Zur existentiellen und instrumentellen Sicht des Krieges im Allgemeinen und bei Clausewitz im Speziellen siehe Münkler (1992), S. 92-110; Zitat S. 103. Vgl. auch Gabriel (1994), S. 36-42.

ardly and fearful to lose."⁵⁵ Mit dieser Darstellung des Gegensatzes von privatem Wohlstand und bürgerlich-militärischer Tugend lässt Bacon eine zentrale Prämisse klassischer Politikvorstellung anklingen.⁵⁶

Das existentielle Bild des Krieges erscheint bei Bacon bloss auf den ersten Blick gemildert durch das Erfordernis eines *gerechten* Krieges.⁵⁷ Bei Cicero ist die Bedeutung der Tapferkeit insofern eingeschränkt, als ihr die Gerechtigkeit vorangestellt wird. In Anlehnung an die Stoiker versteht er die Tapferkeit in einem weiteren Sinne als "die für die Gerechtigkeit kämpfende Tugend"⁵⁸. Bei Bacon erscheint das Verhältnis fast schon umgekehrt, indem er die Gerechtigkeit zum Zwecke der Kriegführung instrumentalisiert: Gerechte Gesetze schaffen im Volk mehr Sinn für Gerechtigkeit und tragen dazu bei, dass der Staat eher zur tugendschaffenden Kriegführung schreiten kann. So schreibt Bacon, es sei für einen Staat notwendig, jene Gesetze oder Gebräuche zu haben, welche wirklich (oder auch nur vorgegeben) Gelegenheit zum Kriege schafften. Es könne kein Staat erwarten, gross zu werden, wenn er nicht wachsam gegenüber jeder gerechten Gelegenheit zur Bewaffnung sei.⁵⁹ Ein Streit mit einer anderen Nation ist aus dieser Optik nicht ein Risiko, sondern eine machiavellische *occasione* zur tugendschaffenden Kriegführung.

Sind für Bacon Gesetze der hauptsächliche Nerv jeder Regierung⁶⁰, so sind mutige Männer der Nerv des Krieges. Welche Männer meint er nun damit? Bacon kommt auf das zweite Merkmal der klassisch-republikanischen Milizidee zu sprechen: die Notwendigkeit *eigener* Truppen. Jeder Prinz oder Staat müsse sich nüchtern über seine Streitkräfte Gedanken machen, es sei denn, die *einheimische* Miliz (militia of natives) bestehe aus guten und tapferen Soldaten. Prinzen mit einer solchen Miliz sollten sich ihrer Stärke bewusst werden. Wer sich jedoch auf Söldnertruppen (mercenary forces) verlasse, das zeige die Geschichte, könne zwar seine Federn für eine Weile ausbreiten, verliere sie jedoch bald wieder.⁶¹

⁵⁵ Bacon (16__), "Of the greatness of the kingdom of Britain", S. 59.

⁵⁶ Siehe Kap. 2.3.

⁵⁷ Siehe Bacon (1612), "Of the true greatness of kingdoms and estates", S. 450.

⁵⁸ Cicero, *De officiis*, I, 19.62. Siehe Kap. 2.3.

⁵⁹ Bacon (1612), "Of the true greatness of kingdoms and estates", S. 450: "... for a state to have those laws or customs which may reach forth unto them just occasions (as may be pretended) of war ... let nations that pretend to greatness have this; that they be sensible of wrongs, either upon borderers, merchants, or politic ministers; and that they sit not too long upon a provocation. ... Let it suffice, that no estate expect to be great, that is not awake upon any just occasion of arming."

⁶⁰ Bacon (1603), "A brief discourse touching the happy union", S. 97.

⁶¹ Bacon (1612), "Of the true greatness of kingdoms and estates", S. 446: "Let any prince or state think soberly of his forces, except his militia of natives be of good and valiant soldiers. And let princes, on the other side, that have subjects of martial disposition, know their own strength;

Die Metapher vom flügelhahnen Venedig entstammt Machiavellis *Discorsi*, Buch I, Kapitel 6 und sollte nach Bacon auch James Harrington beeindrucken.⁶² Wie der Florentiner und entsprechend unserer Typologie sieht Bacon in Söldnern das Gegenstück zu einheimischen Soldaten.

Das dritte Element der Milizidee, die *Nebenberuflichkeit* des Bürgersoldaten, ist nicht so leicht aus Bacons Schriften herauszulesen. Man könnte sogar versucht sein, vorschnell eine Präferenz Bacons für eine Berufarmee aus folgender Passage abzuleiten:

... above all, for empire and greatness, it importeth most, that a nation do profess arms as their principal honour, study and occupation. ... no nation which doth not directly profess arms, may look to have greatness fall into their mouths. And on the other side, it is a most certain oracle of time, that those states that continue long in that profession do wonders.⁶³

Bacon ist auch voll des Lobes für langgediente Veteranen – vor allem für die spanischen.⁶⁴

Diese Sätze scheinen aber eher momentane Eindrücke wiederzugeben. In "Of the true greatness of the kingdom of Britain" nennt Bacon vier unmassgebliche Kriterien staatlicher Qualität: territoriale Grösse, finanzieller Reichtum, materieller Wohlstand und die Stärke der Verteidigungsanlagen. Massgeblich sind für ihn die folgenden sechs Kriterien: geographische Lage, Bevölkerungszahl, militärische Disposition der Bevölkerung, zu militärischem Mut stimulierende Regierungsform, Seehoheit und die allgemeine Wehrpflicht. Jeder wahlberechtigte Bürger soll stellungspflichtig sein und nicht bloss eine bestimmte Gruppe: " ... that every common subject by the poll be fit to make a soldier, and not only certain conditions or degrees of men."⁶⁵ Leider ist Bacons Traktat unvollendet, so dass eine detaillierte Erörterung dieses Punktes fehlt. Anders als Machiavelli versäumt es Bacon, der Nachwelt eine Darstellung der korrumpierenden Einflüsse des Kriegshandwerks auf den professionellen Soldaten zu hinterlassen.

Der "bürgerliche" Beruf des Milizsoldaten ist für Bacon von entscheidender Bedeutung. Die feinen Künste sieht er in einem gewissen Gegensatz zum martialen Krieger-

unless they be otherwise wanting unto themselves. As for mercenary forces, ... all examples show that whatsoever estate or prince doth rest upon them, *he may spread his feathers tor a time, but he will mew them soon after.*"

⁶² Harrington (1656), *The Commonwealth of Oceana*, S. 332.

⁶³ Bacon (1612), "Of the true greatness of kingdoms and estates", S. 449.

⁶⁴ *Ibid.*, S. 451: " ... the strength of a veteran army (though it be a chargeable business) always on foot, is that which commonly giveth the law, or at least the reputation, amongst all neighbour states; as may will be seen in Spain, which hath had, in one part or other, a veteran army almost continually, now by the space of six score years."

⁶⁵ Bacon (16__), "Of the true greatness of the kingdom of Britain", S. 48f.

ethos: Generell seien alle kriegerischen Völker dahingehend ein wenig faul, als dass sie die Gefahr gegenüber der Arbeit vorziehen würden. Es sei für die Staaten der Antike wie Sparta, Athen und Rom ein grosser Vorteil gewesen, dass sie solche Arbeiten gemeinhin den Sklaven überliessen:

It is certain, that sedentary and within-door arts, and delicate manufactures (that require rather the finger than the arm), have in their nature a contrariety to a military disposition. And generally, all warlike people are a little idle, and love danger better than travail. ... Therefore it was of great advantage in the ancient states of Sparta, Athens, Rome, and others, that they had the use of slaves, which commonly did rid those manufactures.⁶⁶

Im England der Gegenwart sieht Bacon diese Option infolge des Christentums als (leider) verunmöglicht an. Deshalb postuliert er als zweitbeste Lösung, dass man diese Tätigkeiten Ausländern überlassen solle. Die Mehrheit der Einheimischen sollten stets entweder Freibauern (*tillers of the ground*), freie Bedienstete (*free servants*) oder Handwerker mit männlichen Berufen wie Schmiede, Maurer und Zimmermänner sein.⁶⁷ Wie Vegetius und Machiavelli fordert Bacon, dass sich eine Bürgermiliz aus den "manly professions", am besten aus den "tillers of the ground" rekrutieren sollte.⁶⁸ Wie Aristoteles und später James Harrington sieht Bacon den Mittelstand als den Träger des Staates. Der Mittelstand solle primär die Bürgermiliz bilden und nicht die Edelleute. Staaten, welche nach Grösse strebten, sollten darauf achten, dass sich die Nobilität und die Gentlemen nicht zu stark vermehren. Dies hätte nämlich eine Herabsetzung des gemeinen Bürgers zur Folge. Nicht einer unter Hundert wäre dann noch zum Militär tauglich. Dies gelte speziell für die Infanterie, welche den Nerv jeder Armee darstelle. Am Ende hätte man bloss eine grosse Bevölkerung, aber wenig Stärke.⁶⁹

Wie Machiavelli bevorzugt Bacon die demokratische Infanterie gegenüber der aristokratischen Kavallerie. Was er in der vorangegangenen Passage anspricht, ist das vierte Milizmerkmal: Der Bürgersoldat soll eine gewisse materielle Unabhängigkeit von seinen Mitstreitern haben. Die Mittelklasse verfügt einerseits über genügend Reichtum, um gegenüber dem Adel Autonomie zu wahren; aus diesem Grunde darf die

⁶⁶ Bacon (1612), "Of the true greatness of kingdoms and estates", S. 448f.

⁶⁷ *Ibid.*, S. 449.

⁶⁸ Hier unterscheidet sich Bacon nicht wesentlich von seinen Gegnern Lipsius, Lucinge und Sutcliffe. Peltonen (1995), S. 212.

⁶⁹ Bacon (1612), "Of the true greatness of kingdoms and estates", S. 446: "Let states that aim at greatness, take heed how their nobility and gentlemen do multiply too fast. For that maketh the common subject grow to be a peasant and base swain, driven out of heart, and in effect but the gentleman's labourer. ... So in countries, if the gentlemen be too many, the commons will be base; and you will bring it to that, that not the hundred poll will be fit for a helmet; especially as to the infantry, which is the nerve of an army; and so there will be great population and little strength".

Steuerlast des Bürgers auch nicht zu gross sein.⁷⁰ Andererseits besitzt die Mittelschicht aber auch nicht so viel Wohlstand, dass die Kriegertugend durch den privaten Luxus beeinträchtigt werden könnte. Ist der Wohlstand einer Nation auf die "Vielen" anstelle der "Wenigen" verteilt, so haben mehr Subjekte ein persönliches Interesse am Staat.

Bacon verbindet Machiavellis Milizidee mit dem englischen Ideal des freien Yeoman-Farmers. Diesen zeichnet er in scharfem Kontrast zum französischen "hireling": Obwohl England in Bezug auf Territorium und Bevölkerung Frankreich weit unterlegen sei, habe es militärisch die Oberhand behalten können. Dies aus dem Grunde, weil die englische Mittelklasse (middle people) gute Soldaten abgebe, die französischen Bauern jedoch nicht. Henry VII habe eine tiefgehende und bewundernswerte Vorkehrung getroffen, als er die freie, selbstversorgende Bauernschaft (husbandry) verbreiterte. Dadurch sei der Pflug – und damit das Schwert – in den Händen der Eigentümer geblieben und nicht in die Hände von Söldnern (hirelings) übergegangen.⁷¹ Bacon nimmt hier eine wichtige historische Prämisse späterer Commonwealth-Autoren vorweg: den Aufstieg der Commons und des Yeoman-Farmers. Dabei war der Gedanke an sich nicht neu. Sir John Fortescue (ca.1385-ca.1479) hatte bereits im 15. Jahrhundert einen scharfen Kontrast gesehen: zwischen dem tapferen englischen Common, dessen Eigentum (property) gesetzlich geschützt ist und dem armen, durch willkürliche Steuern und Pacht drangsalierten französischen Bauern. Fortescues Augenmerk galt dem englischen Bogenschützen (archer). Würde man diesen arm machen, zerstöre man gleichzeitig die grösste Machtgrundlage des Staates: "The making pour of the commons, which is the making pour of our archers, shall be [the] destruction of the greatest might of our realm."⁷² Auch Machiavelli hatte in den *Discorsi* unter dem Titel *Prinzen und Republiken ohne eigene Waffen verdienen schärfsten Tadel* (*Quanto biasimo meriti quel principe e quella repubblica che manca d'armi proprie*) den ad hoc und

⁷⁰ *Ibid.*, S. 446.

⁷¹ Bacon (1612), "Of the true greatness of kingdoms and estates", S. 447: "This which I speak of hath been no where better seen than by comparing of England and France; whereof England, though far less in territory and population, hath been (nevertheless) an over-match; in regard the middle people of England make good soldiers, which the peasants of France do not. And herein the device of king Henry der Seventh (whereof I have spoken largely in the history of his life) was profound and admirable; in making farms and houses of husbandry of a standard; that is, maintained with such a proportion of land unto them, as may breed a subject to live in convenient plenty and no servile condition; and to keep the plough in the hands of the owners, and not mere hirelings."

⁷² Fortescue (1471), *The Governace of England: Otherwise Called, The Difference Between an Absolute and a Limited Monarchy*, S. 138.

nach 30-jährigem Frieden aufgebotenen englischen Milizsoldaten dem kriegserprobten französischen Veteranen gegenübergestellt.⁷³

Bacon verbindet gedanklich den Engländer Fortescue mit dem Neo-Klassiker Machiavelli: Er sieht England als ein Land mit einer breiten, grundbesitzenden Mittelklasse, welche den besten Soldatentypus, den Milizsoldaten, hervorbringt. Auch die Edelleute hätten jedoch eine wichtige Rolle zu spielen: Sie müssten ihre Gefolgsleute ("free servants and attendants ... which are no ways inferior unto the yeomanry for arms"⁷⁴) mobilisieren. Bacons Konzept einer aus dem Mittelstand zu bildenden Miliz ist somit ziemlich breit: Sie umfasst nicht nur die eigentliche Mitte, die "yeomen", sondern auch die "free servants" und "attendants" gegen unten sowie die "noblemen" und "gentlemen" gegen oben.⁷⁵

In Bezug auf das innenpolitische Verhältnis zwischen der Führungsschicht und dem Volk weicht Bacon allerdings von Machiavelli ab. Der Florentiner sah die Querelen zwischen den "Wenigen", den *nobiles*, und den "Vielen", den *plebs*, als eine der *buoni ordini* der römischen Republik. Bacon scheint im Gegensatz dazu ein harmonisch-klassisches Bild des Verhältnisses zwischen den "Wenigen" und den "Vielen" zu haben. Ebenfalls aristotelisch-klassischer Natur ist seine Vorstellung der politischen Rolle des Eigentums: Eigentum (propriety, property) schafft ein Interesse an der Aufrechterhaltung und der Verteidigung des Staates. So schreibt Bacon, der "Treasure" eines Landes müsse so verteilt werden, dass: " ... it is readiest and easiest to come by for public service and use."⁷⁶ "Treasure" ist für Bacon gleichbedeutend mit Landbesitz. Diesen sieht er in England ausserordentlich günstig verteilt. Günstig heisst, dass sich das Land "eher in den Händen der Vielen als in denjenigen der Wenigen"⁷⁷ befindet. Dafür nennt Bacon drei Gründe: Erstens sei die Erfassung und Einschätzung eines

⁷³ Machiavelli (ca. 1513-17), *Discorsi*, I, 21, S. 104f: " ... ne' prossimi tempi il re d'Inghilterra assaltò il regno di Francia, né prese altri soldati che populi suoi; e, per essere stato quel regno più che trenta anni senza fare guerra, non aveva né soldati né capitano che avesse mai militato: nondimeno, non dubitò con quelli assaltare uno regno pieno di capitani e di buoni eserciti, i quali erano stati continuamente sotto l'armi nelle guerre d'Italia. Tutto nacque da essere quel re prudente uomo, e quel regno bene ordinato, il quale nel tempo della pace non intermette gli ordini della guerra."

⁷⁴ Bacon (1612), "Of the true greatness of kingdoms and estates", S. 447.

⁷⁵ Grundsätzlich lassen sich 1500-1700 sechs Rangstufen in der englischen Gesellschaft unterscheiden: 1. die Armen; 2. die Lohnarbeiter; 3. die Husbandmen (Kleinbauern), Yeomen (Grossbauern), Handwerker, Ladenbesitzer, Krämer und Kleinhändler; 4. die kleinere Parish-Gentry, 5. die Country-Gentry (ländlicher Kleinadel); 6. die Peers (Grossadel). Peers und Gentry bildeten die soziale Gruppe der Gentlemen im weiten Sinne. Ein Gentleman im engeren Sinne gehörte jedoch zur kleinen, lokalen Gentry. Der Begriff Gentleman wandelte sich erst später zur Bezeichnung einer Person mit guten Manieren. Greyerz (1994), S. 51ff.

⁷⁶ Bacon (1612), "Of the greatness of the kingdom of Britain", S. 59.

⁷⁷ *Ibid.*, S. 60.

grossen Besitzes schwierig zu bewerkstelligen, wenn der Aufwand nicht auf viele verteilt sei. Zweitens werde ein Grossteil des Reichtums der "Wenigen" von den "Vielen" abgesaugt. Drittens könne sich ein Überschuss zugunsten der Öffentlichkeit auch nur dann einstellen, wenn zuerst ein (breit verteilter) privater Überschuss vorliege.⁷⁸

Wie Machiavelli skizziert Bacon die *ambizione*, "the desire to advance", als typische Eigenschaft des Adelligen. Dessen Ehrgeiz steht in einem Spannungsverhältnis zum staatlichen Wohl respektive zum territorialen Expansionismus: Jene Staaten, in denen der Reichtum hauptsächlich in den Händen der Nobilität und der Gentlemen liege, seien am wenigsten zur Kriegführung fähig. Dies im Gegensatz zu jenen Staaten, wo Kaufleute (merchants), Stadtbürger (burghers), Händler (tradesmen) oder Freibauern (freeholders, farmers in the country) die Haupteigentümer seien.⁷⁹ Obwohl Bacon hier den handel- und gewerbetreibenden Stadtbürger neben den Yeoman-Farmer stellt, gilt seine Sympathie doch vor allem dem letzteren. So schreibt er über die Niederlande, diesen sei es trotz – nicht wegen! – ihrer "mechanical industry" gelungen, sich vom katholischen Spanien loszusagen.⁸⁰ Stellen die niederländischen Generalstaaten für Bacon den Prototypen eines Handelsstaates dar, so ist England in seiner Perzeption primär eine Agrarnation: " ... there is not any crown of Europe, that hath so great a portion of demesne and land revenue."⁸¹ In England schafft das ländliche Eigentum diejenige ökonomische Saturiertheit, welche Voraussetzung ist für die Ausprägung einer staats-erhaltenden Bürgertugend.

Nachdem Bacons politische Theorie und seine Milizidee vorgestellt sind, soll im Folgenden kurz geprüft werden, inwieweit diese theoretischen Konzepte mit den tatsächlichen Verhältnissen im England des 17. Jahrhunderts in Übereinstimmung standen. Vorneweg: Bacons klassisch inspiriertes Konzept deckt sich in erstaunlicher Weise mit den konkreten politischen Strukturen im England seiner Zeit. Dies hängt vor allem mit der Bedeutung des Eigentums im 16. und 17. Jahrhundert zusammen. Anders als im 18. Jahrhundert bestand im 17. Jahrhundert in der englischen Gesellschaft noch ein verhältnismässig hoher Grad sozialer Mobilität. Als wesentliches Medium vertikaler Mobilität diente der materielle Besitz. Im Verständnis des Engländers bedeutete "property" vor allem eines: Besitz an Grund und Boden. Das so verstandene Eigentum begründete Sozialstatus und politischen Einfluss, und zwar auf allen Rangstufen der Gesellschaft.

⁷⁸ *Ibid.*, S. 60.

⁷⁹ *Ibid.*, S. 61.

⁸⁰ *Ibid.*, S. 61.

⁸¹ *Ibid.*, S. 61.

Bedeutete für den kontinentaleuropäischen Adel des 16. und 17. Jahrhunderts die adelige Geburt das entscheidende Statusmerkmal, so beruhte in England der Aufstieg eines Commoners, eines Nicht-Gentleman, in den Adel vor allem auf Grundbesitz. Anders als die französische und deutsche Nobilität wies der englische Adel bis gegen Ende des 17. Jahrhunderts einen deutlich höheren Grad sozialer Mobilität auf. Trotzdem wurde auf dem Lande Eigentum nicht bloss als etwas Statisches begriffen, sondern zunehmend als potentielle Marktchance und Investitionsmöglichkeit. Das bedeutete, dass es für den Sozialstatus nicht entscheidend war, ob ein Yeoman sein Land selber besass – das heisst, ein Freeholder war – oder bloss gepachtet hatte. Massgebend war die Gesamtfläche des bewirtschafteten Landes.

Grundbesitz bedeutete jedoch nicht nur Sozialstatus, sondern war auch Massstab für die politischen Rechte des Einzelnen. Zumindest in den ländlichen Wahlkreisen beschränkte ein Gesetz aus dem Jahre 1429 die Wahlberechtigung auf die "Forty Shilling Freeholders" – diejenigen mit einem Grundbesitz von mindestens 40 Schilling. In der Restaurationszeit nach 1660 wurde dieser Betrag deutlich heraufgesetzt, desgleichen im Jahre 1711. Dies führte zu einer noch stärkeren politischen Bevorzugung der Mittel- und Oberschichten. Schon vor der Beschränkung des Wahlrechtes, das heisst im 17. Jahrhundert, machten die wahlberechtigten Bürger nie auch nur annähernd die Hälfte der männlichen Gesamtbevölkerung aus.⁸² Die Bedeutung, welche Bacon dem Eigentum innerhalb seiner politischen Theorie zumisst, ist somit durchaus realitätskonform.

Zur Rolle der englischen Miliz muss jedoch gesagt werden, dass hier die Bestandesaufnahme negativer ausfällt. Bacons Idealvorstellung des unabhängigen, gleichen, tugendhaften Bürgersoldaten stimmte kaum je mit der wirklichen Zusammensetzung und politischen Rolle der englischen Miliz im 16. und 17. Jahrhundert überein.⁸³ Andererseits waren Konzept und Realität nicht so weit voneinander entfernt, um Bacons Milizidee als völlig utopisch erscheinen zu lassen.

Bacon musste als öffentliche Person vorsichtig sein mit der Übernahme republikanischer Inhalte in den Kontext der englischen Monarchie. Er nahm richtig wahr, dass sich mit dem Niedergang des Feudalismus das Kräfteverhältnis innerhalb der englischen Verfassung zugunsten der Commons verlagert hatte. Anders als Marchamont Nedham und James Harrington nach ihm verband er jedoch diesen Aufstieg der Commons nicht mit der Mischverfassungsidee. Überhaupt fehlt bei Bacon eine Analyse der

⁸² Greyerz (1994), S. 57.

⁸³ Zur wirklichen Zusammensetzung und Rolle der englischen Miliz in der späten Tudor- und frühen Stuart-Zeit siehe Boynton (1967), und Morgan (1988), S.153-173.

verfassungsmässigen Ordnung eines erfolgreichen, weil expansiven Staates. Trotzdem verwendet er des Öfteren die Terminologie der Mischverfassung: die Unterscheidung der Herrschaft von "one", "few" und den "many". Einen expliziten Bezug zur klassischen Mischverfassungsidee vermeidet er allerdings. Markku Peltonen meint dazu: "Bacon employed the idea of a balanced constitution in a run-of-the-mill manner".⁸⁴ Folglich schweigt Bacon auch bezüglich der vertikalen Funktion der Miliz innerhalb der Mischverfassung.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich grundsätzlich sämtliche wesentlichen Milizmerkmale der klassisch-republikanischen Tradition in Bacons Schriften feststellen lassen. Für Peltonen ist Bacons Konzept staatlicher Grösse denn auch eine unverfälschte machiavellische Theorie des Krieges, der Vitalität und der Instabilität. Er sieht darin einen wichtigen Präzedenzfall für die militärischen Aspekte des englischen Republikanismus in der Mitte des 17. Jahrhunderts.⁸⁵ Zwar sieht Bacon im Vergleich zu Machiavelli das Verhältnis zwischen den "Wenigen" und den "Vielen" als weniger konfliktbehaftet. Trotzdem ist die tiefe Verpflichtung seiner politischen Theorie gegenüber der klassischen Tradition im Allgemeinen und dem Florentiner im Speziellen erstaunlich – zumal er gemeinhin vor allem als Begründer eines modernen Wissenschaftsverständnisses bekannt ist.

Allerdings weist Bacons Milizidee sowohl gegenüber seinem Vorgänger Machiavelli als auch gegenüber seinem Nachfolger Harrington deutliche Defizite auf. Die grösste Lücke zeigt sich im Fehlen einer Beschreibung der korrumpierenden Effekte des Soldatenberufes auf dessen moralische Tugend. Es fehlen weiterhin Hinweise auf die Gefahr einer Berufsarmee, einer "Standing Army", auf die englische Verfassung. Diese Verfassung wird von Bacon auch nicht als eine Mischverfassung gedeutet. Bacons Bedeutung liegt darin, dass er als erster den Aufstieg des englischen Yeoman-Farmers mit der klassisch-machiavellischen Milizidee verbindet. Durch Beschreibung dieser Gruppe als die "Vielen" operiert er implizit innerhalb des klassischen Mischverfassungs-Vokabulars. Der günstig verteilte Landbesitz stellt die materielle Grundlage der Tugend des englischen Yeoman dar. John G.A. Pocock unterschätzt Bacons Neomachiavellismus und überschätzt dementsprechend James Harringtons paradigmatische Novität. Dies ist erstaunlich, denn Harrington selbst zitiert in der *Oceana* mehrmals aus Bacons "Of the true greatness of kingdoms and estates". Peltonen behauptet sogar, Harrington habe die soziale Analyse seiner republikanischen Theorie auf Ba-

⁸⁴ Peltonen (1996b), S. 285.

⁸⁵ Peltonen (1996a), S. 22.

cons Beschreibung der gesellschaftlichen Grundlagen eines grossflächigen Staates aufgebaut. Bacons "Of the true greatnesse of kingdomes and estates" bilde zusammen mit Machiavelli die Grundlage von Harringtons Hauptwerk: "It is thus arguable that the commonwealth of Oceana was Bacon's Great Britain writ large."⁸⁶

Entwicklungsgeschichtlich steht Bacon am Ausgangspunkt eines neuen, insularen Stranges des klassischen Republikanismus, der seine Kulmination in den politischen Schriften James Harringtons finden wird. Gleichwohl verstand sich Bacon – anders als Harrington – niemals als politischer Architekt. Er unterliess es, zur Diagnose der günstigen Stellung des "Citizen-Freeholders" eine eigentliche historische Analyse beizusteuern und diese mit einer konzeptionellen Therapie – einem Verfassungsentwurf – zu verbinden. Pocock nennt die "radical" oder "real Whigs" des ausgehenden 17. Jahrhunderts "Neo-Harringtonianer", weil diese wie Harrington den Grundbesitz als materielle Grundlage bürgerlicher Tugend sahen. Sein Kriterium zur Bestimmung dieser heterogenen Oppositionsgruppe aus Whig-Commonwealthmen und Tories – von Henry Neville hin zu Lord Bolingbroke – ist deren Idealisierung der althergebrachten englischen Verfassung, der Ancient Constitution. Mit dieser Idealisierung verbanden die "Neo-Harringtonianer" die Überzeugung, dass der unabhängige Yeomen-Farmer und der Landadelige die staatstragende Basis der freiheitlichen "constitutional", "mixed", "landed" oder "limited monarchy" darstellten. Der gegen Ende des 17. Jahrhunderts immer stärker werdende kommerziell-urbane Charakter der englischen Gesellschaft musste vor diesem Hintergrund als eine Gefahr der traditionellen Bürgertugend erscheinen.

Bacon schrieb grundsätzlich nicht *in Opposition*, sondern *für* die Regierung. Trotzdem sind die Parallelen zu den späteren "Neo-Harringtonianern" nicht von der Hand zu weisen. Wendet man den gleichen Massstab wie Pocock an, erscheint es sogar vertretbar, ihn als einen "Prä-Harringtonianer" zu bezeichnen. Gerechter wäre dann allerdings die Bezeichnung "Neo-Baconianer" für James Harrington.⁸⁷ Nachfolgend wird gezeigt, dass auch Thomas Hedley und Thomas Scott als "Neo-Baconianer" bezeichnet werden können – wenn auch mit deutlichen Abstrichen vor allem bei Hedley.

⁸⁶ Peltonen (1995), S. 312.

⁸⁷ Ich danke August Benz für diesen Hinweis.

5.1.2 Die "Neo-Baconianer": Thomas Hedley und Thomas Scott

... gold is not sure to find good soldiers, but good soldiers are sure to find gold.

THOMAS HEDLEY

Die Unausgereiftheit bürgerlich-republikanischer Konzepte dauerte bis in die 1650er Jahre an. Dies gilt grundsätzlich auch für das Konzept des Bürgersoldaten im englischen politischen Denken jener Zeit. Die Milizidee kam zwar zu Beginn des 17. Jahrhunderts in mehreren Traktaten zum Thema der *grandezza*, der "civic greatness" zum Vorschein. Die volle konzeptionelle Ausprägung im Rahmen einer republikanischen Theorie blieb ihr jedoch versagt.

Wenn schon keine volle Machiavelli'sche, so doch eine annähernd Bacon'sche Ausprägung der Milizidee lässt sich in der Rede von Thomas Hedley im House of Commons vom 28. Juni 1610 feststellen. Mit dem folgenden Zitat bringt Hedley Bacons Milizidee auf den Punkt:

So if the liberty of the subject be in this point impeached, that their lands and goods be any way in the king's absolute power to be taken from them, then they are (as hath been said) little better than the king's bondmen, which will so discourage them and so abase and deject their minds, that they will use little care or industry to get that which they cannot keep and so will grow poor and base-minded like to the peasants in other countries, which be no soldiers nor will be ever made any, whereas every Englishman is as fit for a soldier as the gentleman elsewhere.¹

Wie Bacon vor ihm sieht Hedley materiellen Grundbesitz und die dadurch garantierte bürgerliche moralische Freiheit als Voraussetzung für die Schaffung militärischer Tugend. Diese ist grundlegend demokratischer Natur: Die Stärke eines Landes – und damit des Königs – hänge primär von der Stärke seines Volkes ab. Für die militärische Stärke des Volkes wiederum sei nicht das Klima eines Landes verantwortlich, sondern dessen "laws, liberties, and government"². Letztlich sei es im ureigensten Interesse des Königs, seine Prerogative nicht allzu stark auszudehnen und nicht in das Eigentum seiner Untertanen einzugreifen. Eine monarchische Steuerlast würde die althergebrachte Freiheit und das Eigentum der Commons beeinträchtigen. Dies hätte zur Folge, dass

¹ Hedley (1610), "Speech", S. 194f. Zu Hedley als Neo-Machiavellianer siehe Mendle (1989), S. 116-24. Ironischerweise richtete sich Hedleys konkretes Anliegen gegen seinen Vorredner Francis Bacon: "Hedley employed Baconian arguments to counter Bacon's arguments." Peltonen (1995), S. 221.

² Hedley (1610), "Speech", S. 195.

der König weder sich noch sein Königreich mit eigener Kraft (with his own force) verteidigen könnte.³

Bacon hatte sich ausschliesslich auf die Rolle des Yeoman-Farmers konzentriert. Er hatte eine geradezu klassische Geringschätzung der feinen Künste, der "sedentary and indoor arts", zum Ausdruck gebracht. Im Gegensatz dazu schliesst Hedley auch die Händler (merchants) in seine Überlegungen ein. Die königlichen Steuern führen seiner Ansicht nach unweigerlich zu einem allgemeinen Niedergang von Handel und Verkehr.⁴ Versteht Bacon unter "treasure" vor allem den Grundbesitz, so spricht Hedley in einem breiteren Sinne von "property in lands or goods". Dieses Eigentum sieht er durch die Magna Charta garantiert: "Heutzutage hängen der Reichtum und die Stärke des Königreiches ebenso vom Händler (merchant) wie vom Freibauern (ploughman) ab".⁵

Hedley meint, ohne eigene Streitkräfte – Machiavellis *arme proprie* – müsse ein König entweder bei anderen Prinzen oder Staaten Unterstützung suchen oder Söldner (mercenaries) anheuern. In diese setzt der Engländer in der aristotelischen Tradition wenig Hoffnung: "[England] must (as it hath done) stand of its own strength, which (as hath been said) resteth principally in the liberty and wealth of the commons."⁶ Hedleys Argumentation folgt der aristotelisch-klassischen Vorstellung, dass vererbtes Eigentum die materielle Grundlage persönlicher Bewaffnung und politischer Partizipation darstellt. Innerhalb dieser Vorstellung ist nicht die *Menge* an Eigentum entscheidend, sondern die individuelle *Fähigkeit zu besitzen*. Der Besitz dient als gesellschaftlicher Nachweis, dass der Besitzende zur persönlichen Machtausübung befähigt ist. In diesem Sinne meint Hedley, dass Land und Güter dem Eigentümer Gesinnung und Mut geben würden. Es sei jedoch weniger der Reichtum an sich entscheidend, sondern die Macht, über dieses zu verfügen. Land und Güter, über die man nicht selbst Macht ausübe, führten zu blosser Knechtschaft. Ein solcher armer Kerl mit niederer Gesinnung sei weder im Kriege noch im Frieden zum Dienste für sein Vaterland fähig.⁷

Von Machiavelli und Bacon⁸ übernimmt Hedley die Episode von Solon und Krösus: Es sei ungewiss, ob Gold gute Soldaten finde, das Umgekehrte treffe hingegen mit Si-

³ *Ibid.*, S. 196.

⁴ *Ibid.*, S. 183.

⁵ *Ibid.*, S. 196.

⁶ *Ibid.*, S. 196f.

⁷ *Ibid.*, S. 194: "[Land and goods] add spirit and courage to the professors thereof ... But it is not so much to lose all a man's wealth as the power of holding it, for that is nothing else but bondage, or the condition of a villain, whose lands and goods are only in the power of his lord, which doth so abase his mind, even the lack of liberty in this point, that he is neither fit to do service to his county in war nor peace".

⁸ Bacon (1607), "A Speech", S. 324f.

cherheit zu. Einer der ehrenwertesten Vertreter dieses Hauses [Bacon] habe richtig erkannt, dass die kräftigen Arme einer tapferen, bevölkerungsreichen und militärischen Nation den wahren Nerv des Krieges darstellten. Diese Werte hätten England in der ganzen Welt berühmt gemacht. Die Stärke der Nation hänge in einigen Nachbarländern ausschliesslich von der Ritterschaft (chivalry) ab; die Bauern dieser Nationen seien bloss Bauern und nicht gleichzeitig auch Soldaten. Die aus den Commons rekrutierte englische Infanterie sei nicht nur zahlreicher als die edle Ritterschaft anderer Staaten, sie bestehe auch aus besseren Soldaten. Denn ihr Mut beruhe auf der Gleichheit: " ... their courage is equal, because their freedom and liberty is equal with theirs."⁹ Mit dem Herunterspielen der Bedeutung des Geldes in der Kriegführung gelingt es Hedley, den monarchischen Anspruch auf Steuerhoheit zu entkräften.

Hedleys Rede wurde lange Zeit als typischer Ausdruck einer Common law-Position gedeutet. In der Tat sieht er im Bürger nicht primär einen aktiven Partizipanten an der Regierung: Er ist ein Subjekt, ein Untertan. Die Freiheit des Bürgers – verstanden als ein "right in property" – steht für Hedley grundsätzlich in keinem Gegensatz zur königlichen Prärogative. Beiden liegt das Common law zu Grunde. So verkündet Hedley, das Glück eines jeden Königreiches, speziell dasjenige Englands, hänge von einer gesunden Mischung der gesetzlichen Freiheit des Subjektes mit der Souveränität des Königs ab. Diese Mischung werde durch das Common law hervorragenderweise geschaffen: "This kingdom enjoyeth the blessings and benefits of an absolute monarchy and of a free state."¹⁰

Zu Beginn der 1620er Jahre setzten spanische Erfolge im Dreissigjährigen Krieg das Thema der *grandezza*, der "civic greatness", erneut auf die Tagesordnung der englischen Politik. Zahlreiche Pamphlete in dieser Zeit befürworteten einen Kriegseintritt Englands auf Seiten der Protestantischen Union. Der bekannteste und in Bezug auf den theoretischen Gehalt beste Pamphletist jener Debatte war Thomas Scott (1580-1626). Scott verfasste im Zusammenhang mit der "Spanish match"-Debatte über 20 Traktate. Das wohl aussagekräftigste darunter ist *The Belgicke pismire: stinging the slothfull sleeper* von 1622.

Scotts Ideen eines bürgerlichen Aktivismus wurden von der ideengeschichtlichen Forschung lange Zeit vor dem Hintergrund seines puritanischen Glaubens interpretiert.¹¹ Nach Markku Peltonen spielen zwar Religion und Antikatholizismus eine un-

⁹ Hedley (1610), "Speech", S. 195.

¹⁰ *Ibid.*, S. 191.

¹¹ Siehe Lake (1982), S. 805-825. In den 1620er Jahren kehrte auch der 1621 politisch entmachtete Francis Bacon zu diesem Thema zurück. Peltonen (1995), S. 254ff.

leugbar zentrale Rolle in den Schriften von Scott. Sein historisches Argumentarium und sein Ideal aktiver Bürgerschaft seien jedoch fast ausschliesslich klassisch-republikanischer Natur. Scotts puritanisches Anliegen einer *vita activa* sei nichts anderes als eine Mischung von christlichen und humanistischen Werten, der Ausdruck eines "christlichen Humanismus". Wichtig sei vor allem auch der schottische Hintergrund von Scott: Schottland sei ein besonders fruchtbarer Nährboden für den Humanismus im Allgemeinen und den klassischen Republikanismus im Speziellen gewesen. Als Gründe dafür nennt Peltonen folgende Umstände: das weitgehende Fehlen apokalyptischer Visionen und rechtlicher Traditionen, die chronische Instabilität schottischer Politik sowie die starke Betonung ritterlicher Bürgertugenden als Schutzschild gegenüber tyrannischen Machtambitionen.¹²

Scotts Anliegen richtet sich zwar in erster Linie an den König und gegen die Friedenspartei an dessen Hof. Seine grundsätzlichen Überlegungen will er jedoch von einer breiteren Leserschaft verstanden wissen: "I have given my heart to studie and contemplation, to finde out wisdom by all the creatures, to instruct man (the chiefe commander and king of all creatures) to make my subjects wise, that every man may be a king himselfe."¹³

Scotts Interesse gilt vor allem der Korruption der englischen Nobilität durch die Schurken am Hof, die "courtly thieves". Damit lässt er ein später immer wieder im Programm der Country-Partei auftauchendes Thema anklingen: den Gegensatz zwischen verweib- und verweichlichtem Adel am Hof und der "true Nobilitie", den tugendhaften und kriegstüchtigen Führern vom Lande.¹⁴ Scott vertritt eine meritokratisch-republikanische Position: Wahre Nobilität wird durch Tugend begründet und nicht durch Vererbung. Als Prototypen des wahren Noblen, eines "commonwealth-man", sieht er Cicero.¹⁵

Als klassischer Republikaner sieht Scott eine direkte Verbindung zwischen dem privaten Streben nach Reichtum und staatlicher Degeneration: Wenn die Nobilität degeneriere, ende der ganze Staat in Sklaverei. Als Gegenmittel empfiehlt er, die bürgerliche oder öffentliche Moral zu stärken. Statt privaten Luxus zu suchen und sich dadurch zu versklaven, sollten die Bürger zur ursprünglichen Einfachheit (frugality) und Frei-

¹² *Ibid.*, S. 233f.

[Scott] (1622), *The Belgicke pismire*, S. 9.

¹⁴ *Ibid.*, S. 26ff.: "... their breede is from the lazie scumme of counterfeyt Gentilitie, who bearing those Armes idely, which their diligent Predecessours have purchased as badges of some honorable atchievement [sic.], doe thereby disgrace their Originals, as if they were priviledged to be vicious by the redundancy of their predecessors vertues."

¹⁵ *Ibid.*, S. 28.

heit (liberty) zurückfinden.¹⁶ Konkret postuliert er die Notwendigkeit persönlicher Partizipation am Staate – eine *vita activa*: "Die Weisheit ist uns nicht gegeben worden damit wir stillsitzen und schlafen oder damit spielen und spassen wie mit einem Kompagnon, sondern um uns zu tugendhaften Handlungen (vertuous undertakings) anzuleiten."¹⁷

Als bürgerlicher Humanist sieht Scott die Bereitschaft des Adels und des Volkes zur Landesverteidigung – in Verbindung mit der Tugend des Mutes – als wichtigsten Inhalt einer *vita activa*.¹⁸ Ein zentrales, stetig wiederkehrendes Thema in Scotts Pamphleten ist eine klassisch-existentielle Sicht des Krieges: Kriege üben einen wohltuenden Einfluss auf die staatliche Gemeinschaft aus, während das Streben nach privatem Profit, Frieden und Korruption Hand in Hand gehen. Lange Friedensperioden führen zu persönlicher Verweichlichung und Degenerierung.¹⁹ Friedfertige Staaten versinken im privaten Egoismus. Darum fordert Scott James I auf, gegenüber Spanien eine aggressivere Aussenpolitik zu betreiben. Ständiges Üben an den Waffen soll seiner Ansicht nach die bürgerliche Tugend erhalten. Man solle sich die Ameisen ansehen und seinen Körper dementsprechend abhärten: " ... an army is termed *Exercitus, quod exercitando fit melior*, because it is much bettered by exercise"²⁰. Dass sich Scott gerade die Ameisen als Vorbild wählt, ist vielsagend; denn ein Ameisenhaufen wurde in seiner Zeit allgemein als eine Republik gesehen. An einer anderen Stelle beschreibt er das Ameisennest als: " ... a perfect plat-forme of a Commonwealth, as knowing herself by this confederacie, to be safer from forraine invasion, and that to dwell together in community."²¹ Die Ameisenrepublik solle dem Politiker als Lehrbeispiel dienen sowie aus dem Engländer einen guten "Common-wealths-man" machen.²²

Neben dem Ameisenstaat dient Scott das klassische Rom als militärisches Vorbild. Weil die Römer wussten, dass ein stehendes Wasser zu stinken beginne, hätten sie ihre Krieger in Zeiten des Waffenstillstandes stets mit Schanzarbeiten und dergleichen Tätigkeiten beschäftigt.²³ Als negativer Gegenpol zu Rom ("so brave a State") dient das zeitgenössische England ("so base a State"). Hier sei Not am Mann, denn England sei

¹⁶ *Ibid.*, S. 39.

¹⁷ *Ibid.*, S. 38.

¹⁸ Scott sieht die Ausübung wahrer Tugend und Nobilität durch eine *vita activa* jedoch nicht ausschliesslich in militärischen Dimensionen. Die *prudencia* spielt ebenfalls eine wichtige Rolle in seinen Überlegungen – angewandt indirekt als Ratgeber politischer Führer oder direkt im Parlament. *Ibid.*, S. 31f.

¹⁹ *Ibid.*, S. 51.

²⁰ *Ibid.*, S. 12f.

²¹ *Ibid.*, S. 25f.

²² *Ibid.*, S. 37.

²³ *Ibid.*, S. 13.

infolge seines Reichtums und einer langen Friedenszeit in den Schlaf gesunken: " ... unsere Körper sind generell schwach; unsere Umgangsformen korrumpiert, unsere Gesundheit angeschlagen sowie unsere Güter (estates) verwüstet in Trunkenheit, Übersättigung, Wollust und Arroganz."²⁴ Verantwortlich für den bedauernswerten Zustand Englands seien die "courtly thieffes". Diese hätten ihre privaten Gelüste über das öffentliche Wohl gestellt. Wie ein Krebs oder ein Tatzelwurm hätten sie sich in die Rasse der althergebrachten englischen Freibauernschaft (yeomandrie) hineingefressen. Damit werde die hauptsächliche Grundlage der Stärke und der Freiheit des Commonwealth angegriffen.²⁵

Wie Bacon und Hedley sieht Scott die Yeomandrie als Fundament des englischen Staates. Die militärische Tugend der "Vielen" dient der Erhaltung der staatlichen Freiheit. Zum Verhältnis zwischen den "Vielen" und den "Wenigen" meint Scott, er wolle die Nobilität an sich nicht herabsetzen. Die Yeomandrie sei zwar das Firmament des Staates (*firmamentum Reipublicae*), die Nobilität jedoch dessen Vervollständigung (*supplementum, or complementum ... Reipublicae*). Scott geht es um den Kern *wirklicher* Nobilität, dem Eintreten für das gemeine Wohl: "Denn alle Ehren und Privilegien der alten Nobilität (ancient Nobilitie) beruhen auf dem Umstand, dass die Noblen etwas zugunsten des Gemeinwohls (the generall benefit of many) unternahmen. Jedes Königreich wächst aus diesen einfachen aber fruchtbaren Wurzeln."²⁶ Was die *wirkliche* von einer *unwirklichen* Nobilität unterscheidet, ist die Tugendhaftigkeit des wahren Noblen. Diese steht für Scott in Verbindung mit dem Volk: Sie wird durch die Wahl der "Vielen" zwar nicht geschaffen, so doch wenigstens manifestiert.²⁷

Das einzige Heilmittel gegen die Hof-Korruption sieht Scott darin, die ökonomische Position des Yeomen-Farmers so zu sichern, dass seine Bereitschaft zum Kampf für das Vaterland gewährleistet bleibt. Anders als in Schottland ist die Situation in England nicht völlig hoffnungslos: " ... there is yet left some seed of that ancient vertue".²⁸ Es seien noch einige gute Männer übrig, welche den noblen Charakter ihrer Vorfahren hätten. Die Yeomandrie als einzige Basis der staatlichen Freiheit sei nicht völlig ausgelöscht.²⁹ Signifikanterweise unterlässt es Scott, den König oder die Nobilität als Hüter staatlicher Freiheit zu nennen. Damit folgt er Machiavelli, der diese Rolle ebenso aus-

²⁴ *Ibid.*, S.13. Siehe auch S. 51 und S. 89.

²⁵ *Ibid.*, S. 28.

²⁶ *Ibid.*, S. 28. Unklar ist, ob Scott hier das umfassende Gemeinwohl des Staates oder innerhalb der gemischten Verfassung nur das Wohl des Volkes, der "Vielen", im Sinne hat.

²⁷ Zu diesem siehe S. 29f.

²⁸ [Scott] (1624), *Robert earle of essex his ghost, sent from Elizian: to the nobility, gentry, and commonaltie of England*, S. 14f.

²⁹ [Scott] (1622), *The Belgicke pismire*, S. 34.

schliesslich dem Volk zugewiesen hatte. Die "ancient English yeomandrie" spielt für Scott sowohl eine militärische als auch eine politische Rolle: Sie ist der Hort der Tugend. Die korrupten "Courtiers" jedoch hätten ihre Unabhängigkeit und Freiheit unwiederbringlich eingebüsst.

Sieht Scott in der Tugend der Yeoman das moralische Gegenmittel gegen die Korruption des Commonwealth, so erschöpft sich sein Therapieansatz nicht mit dieser personalistischen Ethik. Auch mit politischen Institutionen kann ein Staat reformiert werden. Ein wichtiges Mittel der Therapie sieht er in der Idee der Mischverfassung. Diesbezüglich dienen Scott vor allem die Generalstaaten der Niederlande als Modell. Er verweist zuweilen auch anerkennend auf deren heidnische Vorläufer Sparta, Athen und Rom. In *The Belgicke pismire* und vor allem in *A tongue-combat* behandelt Scott die Vorzüge der niederländischen Republik. Diese sieht er als ein "mixed Government *ab initio*": In den Niederlanden herrsche allgemeiner Frieden, weil die Verfassung jedem freien Mann die Teilhabe an der Regierung ermögliche.³⁰ Das monarchische Element des Gouverneurs (governor) werde durch den aristokratischen Rat der Generalstaaten (States Generall) daran gehindert, zur Tyrannei zu verkommen. Der Rat handle als ein Moderator zwischen Prinz und Volk.³¹ Es bestünden in England günstige Voraussetzungen, das annähernd perfekte holländische Modell zu imitieren.³² In Bezug auf die Militärverfassung besitze England sogar einen Vorsprung. Die hauptsächliche Stärke der Generalstaaten beruhe im Gegensatz zu England auf der See und nicht auf dem Lande. Sowohl gegen den König von Spanien als auch gegen den Ozean hätten die Holländer sich vornehmlich ausländischer Mittel bedient.³³ Die Wehrverfassung der Generalstaaten sei mangelhaft (defect of weak hands); dies werde jedoch durch den starken Geist (strong wits) der Holländer kompensiert.³⁴

Scott hoffte, dass das englische Parlament eines Tages dieselbe Rolle spielen würde wie der Rat der Generalstaaten. Dabei musste er jedoch wie schon Bacon unter den konkreten Umständen der Herrschaft von James I vorsichtig operieren.³⁵ Diese Vor-

³⁰ *Ibid.*, S. 89: "I observe a generall freedome permitted and used, where generall actions which concerne all, and are maintined by all, are generally debated, argued, sifted and censured by all men without contradiction."

³¹ [Scott] (1623), *A tongue-combat*, S. 269.

³² [Scott] (1622), *The Belgicke pismire*, S. 47ff.

³³ *Ibid.*, S. 69: "Thus we see how this people maintiane their owne, both aginst the King of Spaine and the Ocean, by helpes wich they fetch from forraine Nations; wilst both their souldiers, wherewith they oppose the *Spaniard*, are principally strangers, and the very walles and bankes, whereby they hold out the Sea are likewise forraine, and far-fetcht."

³⁴ *Ibid.*, S. 71.

³⁵ In der Einleitung zu *The Belgicke pismire* preist Scott die Weisheit von James I, "our Prince".

sicht hinderte ihn wohl daran, die Idee der Mischverfassung ausdrücklich, das heisst in Bezug auf England, anzuwenden. Deshalb fehlt bei ihm die Verbindung des Mischverfassungsgedankens mit der Idee des freien englischen Yeoman-Farmers. Francis Bacon hatte die beiden Konzepte zwar gekoppelt, jedoch auch nur *implizit*. Der nächste Schritt, die Darstellung des englischen "Citizen-Freeholders" in klassischen Dimensionen und dessen *explizite* Verbindung mit der Idee der gemischten Verfassung, sollte erst in der Interregnums-Zeit durch Marchamont Nedham und James Harrington erfolgen.

Ab den späten 1620er Jahren trat der aristotelisch-ciceronische Bürgerhumanismus im politischen Denken Englands zunehmend in den Hintergrund. Die Petition of Rights von 1628 schützte den einzelnen Bürger vor willkürlicher Verhaftung und Besteuerung. Sie betraf damit eher eine Frage von Recht und Gesetz als eine von Tugend, wirklicher Nobilität und bürgerlicher *vita activa*.³⁶

Die Milizordnung blieb auch in diesen Jahren ein politisches Streitobjekt. Als Charles I 1625 den Thron bestieg, begann er sogleich mit der Reform der englischen Miliz. Diese Reformbestrebungen waren zusammen mit einer aggressiveren Aussenpolitik verantwortlich für die Publikation einer Reihe von Schriften und Traktaten zur Frage der richtigen Kriegführung und Wehrverfassung. Trotz Englands Ausscheiden aus dem Dreissigjährigen Krieg im Jahre 1630 blieb die Milizfrage auch während der 1630er Jahre umstritten. Während dieser Debatten wurde oft auf Francis Bacon als Autorität verwiesen. Erwähnenswert ist, dass 1633 erstmals diejenigen Fragmente von Polybios' Geschichtswerk ins Englische übersetzt wurden, in denen dieser die römische Wehrverfassung beschreibt. Erstmals übersetzt und veröffentlicht wurden 1636 auch Machiavellis *Discorsi*. Trotz dieser reichhaltigen literarischen Stimuli wurden die Milizdebatten der 1630er Jahre jedoch kaum vor einem klassisch-republikanischen Hintergrund geführt. Es ging weniger um die Frage, ob der englische Milizionär im Vergleich zu seinen antiken Vorgängern *tugendhaft* war und welche Auswirkungen dies für die englische Monarchie hatte. Das relevante Problem dieser Jahre war vielmehr ein rechtliches: Wer hatte die *Befugnis*, über die Miliz des Landes zu verfügen – das Parlament oder der König? Entsprechend dieser Problemstellung wurden die Milizdebatten bis zur Englischen Revolution fast ausschliesslich in der Sprache der Ancient Constitution geführt.³⁷

³⁶ Peltonen (1995), S. 288.

³⁷ *Ibid.*, S. 289ff.

Zusammenfassend lässt sich über das Vorhandensein klassisch-republikanischer Milizvorstellungen im politischen Denken Englands vor der Puritanischen Revolution folgendes sagen: Mehrere Autoren stellten zu Beginn des 17. Jahrhunderts den Versuch an, Machiavellis Konzept des Bürgersoldaten und der *grandezza* in den insularen Kontext zu übertragen. Geht man von einem theoretischen Idealtypus bei Machiavelli aus, lässt sich eine ganze Menge dieses Konzeptes bei Bacon und etwas weniger bei Hedley und Scott feststellen. Alle drei haben jedoch keine voll ausgeprägte klassisch-republikanische Theorie verfasst. Dazu hätte es einer umfassenderen Hinterfragung der politischen Ordnung des englischen Königreichs bedurft. Die politischen Implikationen des Konzeptes des Bürgersoldaten innerhalb einer bürgerlich-humanistischen Theorie wurden in diesen Texten nicht vollständig ausgelotet. Sowohl Bacon als auch seine Epigonen Hedley und Scott operierten unter der Prämisse, dass die bürgerliche *Freiheit* des Volkes und die *Souveränität* des Königs nicht in Konflikt, sondern in einem harmonischen Verhältnis zueinander standen. Das Common law garantierte gleichzeitig patriotische Gesinnung und Mut des Bürgers sowie dessen gehorsame Unterwerfung unter die monarchische Verfassung.³⁸ Monarchische Prärogative und bürgerliche Partizipation wurden von diesen Autoren grösstenteils nicht als Gegensatz, sondern in Symbose zueinander gesehen. Für Bacon, Hedley und Scott wurde die englische Freeholder-Miliz nicht durch die Ancient Constitution *bedroht*, sondern im Gegenteil im Namen dieser *verteidigt*. Über das Konzept des Eigentums (property) waren beide, Miliz und Ancient Constitution, miteinander verbunden. Nach Glenn Burgess war das politische Handeln und Schreiben der frühen Stuart-Zeit durch eine grundlegende Loyalität zur Krone geprägt: "Within this world humanism provided a powerful language of conformist reform. Neither overtly loyalist nor oppositional, it remained fundamentally counsel."³⁹ Burgess meint, der aristotelisch-ciceronische Bürgerhumanismus habe zwar sämtliche Voraussetzungen mit sich gebracht, als Munition gegen einen monarchischen Absolutismus verwendet zu werden. Das England der frühen Stuarts sei jedoch nicht als eine *absolute*, sondern als – durch Common law und Parlament – *begrenzte* Monarchie perzipiert worden.⁴⁰

Dem gilt entgegenzuhalten, dass Burgess das Ausmass der Opposition gegenüber den absolutistischen Tendenzen der frühen Stuarts wohl unterschätzt. Sowohl in als

³⁸ Vgl. Hedley (1610), S. 191.

³⁹ Burgess (1996), 11.

⁴⁰ *Ibid.*, 8: "In an absolute monarchy there can only be one citizen, only one person capable of living anything like a civil and active life. In such a world, civic humanism would be subversive. That was not, however, the world of early modern English people. Most people conceived their polity as a balanced one that functioned to restrict the possibilities of mixed government. In such a world there was ample room for Ciceronian language to play a role."

auch ausserhalb des Parlaments gab es zahlreiche Akteure wie den Rechtsgelehrten Edward Coke, welche den königlichen Vorstellungen eines Gottesgnadentums entgegenzutreten bereit waren. Jedoch bedienten sich diese Common-law-Juristen kaum eines bürgerrepublikanischen Vokabulars, sondern weitgehend der traditionellen Sprache der Ancient Constitution.⁴¹ Dies erklärt auch die konzeptionelle Unausgereiftheit des klassischen Republikanismus im Allgemeinen und des machiavellischen Konzeptes des Bürgersoldaten im Speziellen vor 1650. Das Volk spielte zwar eine aktive Rolle in der militärischen Sphäre, die Sphäre der Regierung blieb jedoch grundsätzlich die Domäne des Königs. Erst der Bürgerkrieg ab 1642 sollte zeigen, dass sich die Stärke des Volkes auch *gegen* den Monarchen richten könnte. Damit wurde der Weg frei, respektive die Notwendigkeit geschaffen, das Phänomen des Staates neu zu konzeptionalisieren. Die Werke von James Harrington, Thomas Hobbes und John Locke stehen als leuchtende Beispiele entlang dieses Weges, auf dem mitunter auch wieder das klassisch-republikanische Phänomen des Bürgersoldaten auftauchen wird.

⁴¹ Zu dieser Opposition siehe Riklin (1998c), S. 129-132.

5.2 Das Interregnum (1649-1660)

Das klassisch-republikanische Vokabular eines *vivere civile e popolare* hatte es angesichts konkurrierender Paradigmen vor der Englischen Revolution nicht leicht, auf der Insel festen Fuss zu fassen. Noch während der Zeit des ersten englischen Bürgerkrieges von 1642 bis 1648 bedienten sich die Kritiker von Charles I vor allem der insularen Sprache der Ancient Constitution. Vom Kontinent beeinflusst, fanden zudem kontrakt-theoretische Argumente Eingang in die politischen Debatten jener Zeit.¹

Die Sprache des klassischen Republikanismus drängte sich den Engländern in den 1640er Jahren insofern nicht auf, als es den meisten Revolutionären gar nicht darum ging, die Monarchie abzuschaffen und eine Republik auszurufen. Perez Zagorin schreibt in seiner Studie über das politische Denken der Englischen Revolution, dass sich der englische Republikanismus nur sehr langsam entwickelte und keine entscheidenden Analogien zum politischen Denken der Antike aufwies.² Die Antimonarchisten der Puritanischen Revolution waren demzufolge weitgehend Republikaner *ohne* Machiavelli. Sie argumentierten vornehmlich mit Überlegungen zur parlamentarischen Repräsentation und weniger mit Verweisen auf die Antike oder gar auf den Florentiner Staatsdenker.³ Als 1649 Charles I geköpft, das House of Lords und die Monarchie abgeschafft sowie die Errichtung eines "Commonwealth and Free State" verkündet wurde, war dies nicht das Ergebnis einer durchdachten Strategie hin zu einer republikanischen Staatsordnung. Die Republik wurde zu einer zwingenden Notwendigkeit, weil man keinen akzeptablen Monarchen als Nachfolger für Charles I finden konnte.⁴

Während der Zeit des Interregnums (1649-60) erfolgte ein grundlegender Durchbruch in der Entwicklung klassisch-republikanischer Inhalte im Allgemeinen und der Machiavelli-Rezeption im Besonderen. Bezeichnenderweise verhielt sich aber während dieser Phase die Ideologie des klassischen Bürgerhumanismus mehrheitlich oppositionell zur gegenwärtigen republikanischen Regierung: zur Herrschaft des gesäuberten Rumpfparlaments sowie zum Protektorat von Oliver Cromwell. In den Worten von Blair Worden: "Der Republikanismus der 1650er Jahre war ein Protest gegen die englische Republik und keine Lobpreisung derselben."⁵ Der *klassische* Republikaner stellte in der Zeit des Bürgerkrieges und während des Interregnums eher die Ausnahme als die Regel dar. Dieser Umstand sollte grundsätzlich auch für die späteren politischen

¹ Worden (1994a), S. 50.

² Zagorin (1954), S. 146.

³ Raab (1964), S. 180.

⁴ Worden (1994a), S. 55.

⁵ *Ibid.*, S. 48.

Auseinandersetzungen des 17. Jahrhunderts gelten. Viele – wahrscheinlich sogar die überwiegende Mehrheit – der politisch engagierten englischen Republikaner leiteten ihren Anti-Monarchismus nicht aus griechischen und römischen Quellen oder von Machiavelli ab.

Was bedeutete nun "klassischer Republikanismus" im Kontext der Commonwealth- und Protektoratsverfassung? Zunächst einmal stellte dieser eine *literarische* Kraft dar. Als "civic discourse" war er ein ganz bestimmtes, an den Republiken der Antike und der Gegenwart orientiertes politisches Vokabular. In diesem Sinne kann Marchamont Nedham als erster, John Milton als eloquentester und James Harrington als einflussreichster klassischer Republikaner jener Zeit bezeichnet werden.⁶ Caroline Robbins fasst die inhaltlichen Punkte, welche diese Autoren untereinander und mit ihren Epigonen gegen Ende des 17. Jahrhunderts verbinden, wie folgt zusammen:

Die säkularen oder klassischen Republikaner können am besten gekennzeichnet werden durch ihre Angst vor einer starken Exekutive, durch ihren ausgeprägten Antiklerikalismus, durch ihre Betonung der Tugend und des Gemeinwohls, durch die Überzeugung, bestehende Prinzipien erneuern und an veränderte Umstände anpassen zu müssen und durch die Befürwortung von bestimmten konstitutionellen Regeln, von welchen sie annehmen, sie würden die Herrschaft des Gesetzes und der allseits bewunderten, gemischten Verfassung gewährleisten.⁷

Bereits bei Nedham, Milton und Harrington lässt sich ein ausgesprochen pragmatischer Eklektizismus feststellen. Dieser sollte auch für die späteren bürgerhumanistischen Autoren des 17. Jahrhunderts kennzeichnend sein. In ihrer Angst vor einer tyrannischen Herrschaft verwendeten die englischen Republikaner auch des Öfteren Argumente, deren Ursprünge nicht typischerweise klassisch-republikanischer Natur waren. Vom Naturrecht abgeleitete Argumente des Widerstandsrechtes sowie Positionen des Common law erwiesen sich in der historischen Realität leichter mit dem machiavellischen Republikanismus vereinbar, als man dies als moderner Ideenhistoriker zuweilen gerne hätte. Im Allgemeinen war für die englischen Republikaner nicht der formale Aufbau eines Staates entscheidend, sondern dessen Geist. Darum stellte der bürgerliche Humanismus in England auch nie eine kohärente Bewegung mit einheitlicher Stossrichtung und Motivation dar. Trotz zahlreicher Freundschaften einzelner Republikaner untereinander, lassen sich erhebliche inhaltliche Unterschiede nicht verleugnen.

⁶ Einen guten Überblick über den englischen Republikanismus gibt Worden (1991a), S. 443-475. Siehe auch Nuzzo (1984), S. S. 7-61, und Robbins (1969), S. 40-59.

⁷ Robbins (1969), S. 42.

Erst ab Ende des 17. Jahrhunderts und verursacht durch zahlreiche Neupublikationen früherer Werke sollte ein eigentlicher "republikanischer Kanon" entstehen.⁸

Während einer kurzen Phase – in der Zeit des Langen Parlaments (1649-53) – stellte der klassische Republikanismus nicht nur eine literarische, sondern auch eine konkret *politische* Kraft dar. Eine auf die vorchristlichen Republiken des Altertums im Allgemeinen und auf Rom im Speziellen blickende Gruppe begann sich ab dem Oktober 1649 im Langen Parlament herauszubilden. Sie umfasste als prominenteste Mitglieder Thomas Chaloner, Henry Marten, Henry Neville und Algernon Sidney. Die Politik dieser Gruppe von "Commonwealthmen" richtete sich sowohl innen- als auch aussenpolitisch gegen die Positionen eines strengen Puritanismus. Innenpolitisch wandten sie sich gegen die puritanische Theologie und einen rigiden Klerikalismus. Wenn auch späteren Datums, so ist diesbezüglich ein Ausspruch von Henry Neville charakterisierend für die Haltung der Gruppe. 1659 wird dieser in einer Parlamentsrede verkünden, er bevorzuge die Lektüre Ciceros gegenüber derjenigen der Bibel; was ihm prompt eine Anklage seitens radikaler Puritaner wegen vermeintlichem Atheismus einbrachte. Aussenpolitisch lehnten die "Commonwealthmen" im Rumpfparlament die puritanische Politik einer protestantischen Allianz ab und befürworteten einen Krieg gegen die aufstrebenden protestantischen Niederlande. Die Gruppe setzte durch, dass die Aussenpolitik des Commonwealth von religiösen Vorbehalten weitgehend befreit wurde, was die Verfolgung einer Gleichgewichtsstrategie erst ermöglichte. In den frühen 1650er Jahren stieg England zum Schiedsrichter in Europa und zu einem "Commonwealth for expansion" in Übersee auf. Die Auflösung des Langen Parlaments im April 1653 durch Cromwell beendete den Einfluss des klassischen Republikanismus als *politische* Kraft im parlamentarischen Prozess.⁹

Neben den Werken antiker Staatsdenker und den Beispielen zeitgenössischer Republiken – die Niederlande, die Schweiz und Venedig – ist Machiavelli als wichtigste neuzeitliche Quelle für den englischen Republikanismus des 17. Jahrhunderts besonders hervorzuheben.¹⁰ Seit Markku Peltonens Studie über den bürgerrepublikanischen Humanismus der Tudor- und frühen Stuart-Zeit weiss man: Der Florentiner wurde bereits ab den 1590er Jahren von Autoren wie Richard Beacon und Francis Bacon "richtig"

⁸ Worden (1994a), S. 46: "Writing in order to influence events – and not in order to secure places in future university syllabuses in the history of political thought – they were sometimes opportunist in their arguments."

⁹ Zu dieser Gruppe siehe Worden (1981), S. 182-199.

¹⁰ Eine gute Übersicht der zeitgenössischen Republiken des 17. und 18. Jahrhunderts und deren Perzeption durch die anglo-amerikanischen Republikaner gibt Robbins (1972), S. 30-51.

gelesen – im Sinne eines klassischen, gemeinwohlorientierten Republikanismus. Diese Lesart stellte jedoch die Ausnahme von der Regel dar. Auch nach der Übersetzung der *Discorsi* im Jahre 1636 hatte "Old Nick" in weiten Kreisen der englischen Bevölkerung einen überaus schlechten Ruf. Kritisiert wurden vor allem seine Ansichten zur christlichen Religion und seine Bevorzugung des Staatsinteresses gegenüber der persönlichen Moral.

Machiavellis schlechtes Image bei der Masse der Engländer jener Zeit steht in markantem Kontrast zu seiner Wertschätzung bei vielen Vertretern des englischen Bürgerhumanismus wie Marchamont Nedham, James Harrington und Algernon Sidney. Nach Meinung von Caroline Robbins kann der Einfluss der *Discorsi* auf den englischen Republikanismus nicht gross genug eingeschätzt werden.¹¹ Es sei zwar unklar, wieviele Engländer der Revolutionsgeneration diese wirklich gelesen hätten. Dennoch hätten die englischen Republikaner daraus vor allem gelernt, unter welchen Bedingungen eine Republik erfolgreich sei.¹² Blair Worden räumt dem Florentiner Staatsdenker einen derart dominanten Einfluss ein, dass er zum Schluss gelangt, man bezeichne die Kontinuität des englischen republikanischen Denkens der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts am besten mit "Machiavellian":

Mit wenigen Ausnahmen teilten die Republikaner Machiavellis Respekt für und seinen Glauben an die Autonomie politischer Aktivität; seine Konzeption einer bürgerlichen *vita activa*; seine Sorge um nationale Grösse (obgleich nicht ohne Vorbehalte); seinen historischen Ansatz und seine Einsichten bezüglich des richtigen Verhältnisses zwischen Politik und Religion.¹³

Die englischen Republikaner der Revolutionsgeneration übernahmen von Machiavelli das klassische Ideal des aktiven und freien Bürgers und des Milizsoldaten. Zudem lehrte sie Machiavelli, dass ein "commonwealth for increase" gegenüber einem "commonwealth for preservation" vorzuziehen sei. Schliesslich zeigte ihnen der Florentiner auch die Überlegenheit einer "demokratischen" Republik, eines "popular government", gegenüber Monarchien und Aristokratien auf.¹⁴

Zum Ideal des Bürgersoldaten gilt es jedoch zu sagen, dass die Perzeption von Machiavellis Werken nicht die alleinige Quelle einer tiefsitzenden Abneigung gegenüber bezahlten professionellen Soldaten darstellte. Lois Schwoerer nennt in ihrer Studie über die in England bereits zu Beginn des 17. Jahrhunderts feststellbare Prädisposition

¹¹ Robbins (1969), S. 52f., nennt als weitere einflussreiche neuzeitliche Autoren: Francis Hototman, Emmanuel Sa, Francis Bacon, Hugo Grotius und John Selden.

¹² Robbins (1972), S. 51.

¹³ Worden (1991a), S. 464.

¹⁴ Worden (1994a), S. 53.

gegenüber professionellen Heeren neben der Lektüre klassischer-humanistischer Werke auch drei spezifisch insulare Gründe: erstens die Mythologisierung des traditionellen angelsächsischen Heerbannes (old fyrd) und des Feudalaufgebots (feudal array); zweitens die geographische Insellage und damit das Vertrauen in eine starke Flotte; drittens die pazifistische Haltung der späten Tudors und frühen Stuarts.¹⁵ Als ein illustratives und zugleich amüsanter Beispiel für dieses antisoldatische Meinungsklima erwähnt Schwoerer den Fall eines anonymen Antifeministen. Dieser weiss keine bessere Art und Weise, seiner Geringschätzung gegenüber Frauen Ausdruck zu verschaffen als zu bemerken, sie seien wie Soldaten – nur schlimmer.¹⁶

¹⁵ Schwoerer (1974), S. 8-18.

¹⁶ *Ibid.*, S. 9f.

5.2.1 Marchamont Nedham und das Paradox der *New Model Army*

That the people be continually trained up in the exercise of arms; and the militia lodged only in the peoples hands, or that part of them which are most firm to the interest of liberty, that so the Power may rest fully in the disposition of their supreme assemblies.

MARCHAMONT NEDHAM

John Milton (1608-74) und Marchamont Nedham (1620-1678) verstanden sich nicht als politische Architekten wie James Harrington, und keiner von beiden verfasste je ein systematisches Werk politischer Theorie.¹ Beide nahmen auch eine überaus ambivalente Position gegenüber dem Commonwealth ein. Auf der einen Seite standen sie im Dienste der englischen Republik und verteidigten in ihren öffentlichen Positionen das puritanische Regime vehement gegen royalistische und presbyterianische Angriffe. Auf der anderen Seite waren sie zu stark in der Literatur der Antike und der Renaissance belesen, als ihnen hätte verborgen bleiben können, dass das einparlamentarische Regime des Rump in krassem Gegensatz zur klassischen Mischverfassungskonzeption stehen musste.

Die Idee der Mischverfassung hatte kurz vor Ausbruch des Bürgerkrieges im Juni 1642 einen paradigmatischen Durchbruch im politischen Denken Englands erlebt. In *His Majesty's Answer to the Nineteen Propositions of Both Houses of Parliament* wurde die Ancient Constitution durch die royalistische Seite erstmals nicht mehr als eine vertikal-hierarchische, sondern als eine horizontal-ausbalancierte Ordnung dargestellt. Die royalistischen Autoren Viscount Falkland und Sir John Colepeper argumentierten, dass diese dreigliedrig-geburtsständische Mischverfassung durch die ungerechtfertigten Ansprüche des Parlaments unnötigerweise destabilisiert zu werden drohte.²

Sowohl Milton als auch Nedham hatten sich ab den 1640er Jahren mit der Idee der gemischten Verfassung vertraut gemacht. Beide wussten, dass das Rumpfparlament nicht das Produkt eines republikanischen Planes darstellte, sondern vielmehr ein Überbleibsel der Ancient Constitution war. Ab Februar 1651 führte das Rumpfparlament zwar eine jährliche Rotation der Hälfte der Mitglieder seines exekutiven Councils ein. Dies führte jedoch nicht wirklich zu einer gemischten Regierungsform, weil der Rump's Council weiterhin dem Gesamtparlament untergeordnet blieb. Selbst wenn

¹ Siehe Worden (1995), S. 156-180.

² Pocock (1975), S. 361-365.

Thomas Hobbes *historisch* seinen berühmten *Leviathan* in Opposition zum Rump verfasste, befand sich das parlamentarische Herrschaftsmuster *konzeptionell* eher mit Hobbes' Idee eines unbeschränkten Souveräns in Einklang als mit der klassischen Vorstellung einer gemischten *res publica*. Mit James Harrington und Henry Neville teilten Milton und Nedham die Überzeugung, dass das neue Regime nicht *wirklich* eine Republik darstellte. Trotz offizieller Ausrufung eines "Commonwealth and Free State" war in ihren Augen mit dem Aufstieg des "gesäuberten Rumpfparlaments" (purged Rump) zur beinahe uneingeschränkten politischen Kraft eine einmalige *occasione* zur Schaffung einer wahren Republik vergeben worden .

In den optimistischen Anfangsjahren des Commonwealth 1650/51 verfassten Milton (mit *Pro Populo Anglicano Defensio*) und Nedham (mit *The Case of the Commonwealth of England Stated*) die prominentesten Apologien des Rump. Milton wandte sich in Latein an ein europäisches, Nedham in Englisch an ein britisches Zielpublikum. Der in diesen Werken feststellbare klassische Republikanismus stellte einen Meilenstein im politischen Denken Englands dar: Vorher war der politische Diskurs überwiegend – jedoch nicht ausschliesslich – in der rückwärtsgewandten Sprache der Ancient Constitution geführt worden. Miltons Republikanismus zeigt im Vergleich zu Nedham deutlich weniger militärisch-demokratische, neo-machiavellische und verstärkt aristokratisch-religiöse Züge. Aus diesem Grunde soll er im Folgenden nicht weiter behandelt werden.³

Marchamont Nedhams Anerkennung als politischer Theoretiker wurde lange Zeit durch seinen augenscheinlichen Opportunismus beeinträchtigt. Schrieb er während des ersten Bürgerkrieges (1642-46) als politischer Journalist für die Parlamentszeitung *Mercurius Britannicus*, so wirkte er im zweiten Bürgerkrieg (1648) für Charles I. Am einflussreichsten und aussagekräftigsten war seine Tätigkeit als Herausgeber der Zeitung des Rumpfparlaments: dem *Mercurius Politicus*. In den Leitartikeln des ab 1650 wöchentlich erschienenen Blattes kommt der klassisch-bürgerrepublikanische Einfluss auf sein Denken am deutlichsten zum Ausdruck. Nedham avancierte zum meistgelesenen Journalisten des puritanischen England. Der *Mercurius Politicus* war von 1650-52 das politische Sprachrohr der vorgängig dargestellten radikalen Gruppe von "Commonwealthmen" im Parlament. Zwischen 1651 und 1652 zensurierte Milton als Chefpropagandist und "Secretary for Foreign Tongues" Nedhams Parlamentszeitung. Aus dieser Zusammenarbeit entwickelte sich eine enge Freundschaft. Wirkungsgeschicht-

³ Siehe jedoch Fink (1945), S. 90-122; Worden (1991a), S. 225-245, und Ders. (1995), S. 156-180.

lich war der *Mercurius Politicus* massgeblich verantwortlich dafür, dass zentrale Prämissen von Machiavellis Republikanismus als Gemeingut ins politische Denken Englands einflossen. Dadurch bereitete Nedham den Nährboden, auf dem im späteren Verlaufe der Dekade James Harringtons Republikanismus spriessen sollte.⁴ Im April 1653 begrüßte Nedham die Ablösung des Rump durch das kurzlebige Barebone's Parlament. Ebenfalls willkommen war ihm die anschließende Machtübernahme durch Oliver Cromwell im Dezember gleichen Jahres. Auch nach der Errichtung des Protektorats schrieb er für den *Mercurius Politicus* – diesmal jedoch als Sprachrohr für den Lordprotektor. Nach der Restauration der Stuarts im Jahre 1660 wirkte er wiederum für die royalistische Seite: für den Earl of Danby, einen einflussreichen Minister des Königs. Trotz dieses augenscheinlichen Opportunismus kann Nedham allerdings nicht einfach als politischer Wendehals abqualifiziert werden. Speziell in seinen Hauptwerken, *The Case of the Commonwealth of England Stated* (1650) und *The Excellencie of a Free State* (1656) wagt er zuweilen äusserst riskante und provokative Aussagen gegenüber seinen politischen Vorgesetzten, dem Rump und Oliver Cromwell.⁵

The Excellencie of a Free State ist gewissermassen eine erweiterte Fassung des letzten Kapitels "A Discourse of the Excellency of a Free State" von *The Case of the Commonwealth of England Stated*. Es stellt einen Zusammenzug praktisch aller – zum Teil etwas gekürzter – Artikel des *Mercurius Politicus* zwischen Oktober 1651 (Nummer 70) und August 1652 (Nummer 114) dar.⁶ *The Excellencie* sollte erst wieder 1767 auf Betreiben von Thomas Hollis neu publiziert und auf beiden Seiten des Atlantiks viel gelesen werden. Caroline Robbins behauptet, dass der Inhalt von Nedhams Werk für den amerikanischen Leser von 1767 sogar aktualitätsbezogener gewesen sei als Harringtons *Oceana*.⁷ John Adams sollte die zweite Hälfte des dritten Bandes seiner *Defence of the Constitutions of Government of the United States of America* (1787) einer Analyse und Kritik der *Excellencie* widmen.⁸ Während der Französischen Revolution wurde *The Excellencie* übersetzt und gedruckt als *De la souveraineté du peuple et de l'excellence d'un état libre* (1790). Im Folgenden wird aus der Baron-Ausgabe von 1767 zitiert. Eine Neuauflage wäre überfällig.

⁴ Worden (1995), S. 168.

⁵ Es gibt nur eine ausschliesslich dem politischen Denken Nedhams gewidmete Studie von Worden (1994a).

⁶ Für eine Gegenüberstellung der Leitartikel mit den Passagen in *The Excellency* siehe French (1936), S. 242f.

⁷ Robbins (1959), S. 50.

⁸ Vgl. Thompson (1995), S. 389-417.

The Case of the Commonwealth of England Stated erschien erstmals im Mai 1650 und wurde anschliessend in den Leitartikeln des *Mercurius Politicus* in Teilen zwischen September 1650 und Oktober 1651 (Nummer 16-69) wieder aufgelegt. Mit Ausnahme des letzten Kapitels, welches sich später zu *The Excellencie* entwickeln sollte, vertritt Nedham in *The Case* zunächst weniger eine republikanische als eine hobbesianische Position: Die Verpflichtung zum Gehorsam gegenüber dem neuen Commonwealth wird abgeleitet von der Fähigkeit des Regimes, seinen Bürgern Sicherheit zu verschaffen. Der Bürger soll einsichtig sein und die *de facto*-Autorität, "the power of the sword", anerkennen.⁹ Nedham versucht den Vorwurf der Illegitimität der parlamentarischen Herrschaft dadurch abzuwehren, dass er die Legitimationsperspektive als solche in Frage stellt. Mit einem Fundus historischer Belege möchte er aufzeigen, dass letztlich jede Staatsautorität – auch diejenige der englischen Monarchie vor der Revolution – auf der Macht des Schwertes beruht. Gedanklich Machiavelli folgend, sieht Nedham sowohl im früheren englischen König als auch im gegenwärtigen Commonwealth einen *per se* legitimationslosen *nuove principe*.¹⁰

Nach der entscheidenden Niederlage der Royalisten im dritten Bürgerkrieg in der Schlacht von Worcester im September 1651 verstärkt sich der klassisch-republikanische Einschlag im *Mercurius Politicus*. Nun besteht Nedhams Bestreben nicht mehr bloss wie für Hobbes darin, die Staatsautorität anerkannt zu sehen. Er will jetzt mehr: Aus den Engländern sollen wirkliche "Commonwealth's-men" werden.¹¹ Sein Zielpublikum ist – wie schon für Francis Bacon – die unabhängige Freeholder-Klasse. In der überwiegend ländlich geprägten Gesellschaft Englands setzt er diese mit der Bürgerschaft der römischen Republik gleich.¹² Während Hobbes' Subjekt im Grunde lediglich einer quietistischen Einsicht zum *fait accompli* bedarf, benötigt Nedhams Bürger einer korrigierenden politischen Erziehung.¹³

Nedhams Leitartikel folgen in Systematik und Argument dem Vorbild von Machiavellis *Discorsi*: Ein universales, von der Vernunft abgeleitetes Grundprinzip der Politik wird anhand von historischen Beispielen zu belegen versucht. Hatte der Florentiner aber hauptsächlich auf die römische *res publica* geblickt, bedient sich Nedham eines

⁹ Zur Dominanz dieser Position während der Engagement-Kontroverse siehe Skinner (1974), S. 79-98.

¹⁰ Nedham (1650), *The Case of the Commonwealth of England Stated*, S. 28.

¹¹ Nedham (1656), *The Excellencie of a Free State*, S. 46f.: "... the good people may (in order to their re-establishment) understand what commonwealth-principles are; and thereby become the more resolute to defend them against the common enemy; learn to be true commonwealth's-men, and zealous against monarchic-interest, in all its appearances and inroachments whatsoever."

¹² Worden (1991a), S. 450.

¹³ Zum Wechsel der innenpolitischen Positionen Nedhams siehe Worden (1994a), S. 69f.

reichen Fundus von klassischen und zeitgenössischen Republiken. Als Ausgangspunkt seiner politischen Theorie nennt er in *The Excellencie* ausdrücklich den Gedanken der Volkssouveränität: " ... this most excellent maxim, That [sic.] the original and fountain of all just power and government is in the people."¹⁴ Nicht die Repräsentanten des Volkes im House of Commons sind für ihn die demokratische Komponente in der englischen Verfassung, sondern das Volk selber: " ... all majesty and authority is really and fundamentally in the people, and but ministerially in their trustees, or representatives".¹⁵ Gedanklich leitet Nedham die Volkssouveränität folgendermassen her: Die "magistracy or government" sei entweder natürlicher oder politischer Natur. Eine natürliche Herrschaft basiere auf einer im Regenten selbst ruhenden, absoluten Autorität. Diese "paternal form" neige jedoch zu Tyrannei und sei lediglich geeignet für einen primitiven Gesellschaftszustand. Es gebe jedoch noch eine andere politische Herrschaftsform. Diese beruhe nicht auf der Natur, sondern auf der freien Wahl, auf dem gegenseitigen Konsens der Menschen, in den Zustand einer "civil society" einzutreten.¹⁶

Gemäss Nedham streben Tyrannen typischerweise nach einer unrechtmässigen Machtübernahme dazu, den Konsens des Volkes *ex post facto* einzuholen. Dies, um sich in einen legitimen Deckmantel zu kleiden.¹⁷ Nedhams Bürger willigt in den Vertrag nicht wie Hobbes Subjekt aus einer resignativen Verzweiflung heraus ein, sondern – hier beruft sich Nedham auf Cicero – weil er einen natürlichen Wunsch nach Selbstbestimmung hegt: " ... there is a natural desire of power and sovereignty in every man ... If a people once conceive they ought to be free, this conception is immediately put in practice; and they free themselves."¹⁸ Nicht der *Leviathan*, sondern allein das Volk vermag die Vorzüge oder die Nachteile einer Regierung richtig zu beurteilen.¹⁹

¹⁴ Nedham (1656), *The Excellencie of a Free State*, S. 34. Auf Seite 57 spricht er von der "majesty of the people".

¹⁵ *Ibid.*, S. 125. Die Repräsentanten des Volkes im Parlament sind allerdings "the supreme power of the nation", S. ix.

¹⁶ *Ibid.*, S. 85: "But ... there is a government political, not grounded in nature, nor upon paternal right by natural generation; but founded upon the free election, consent of mutual compact of men entering into a form of civil society."

¹⁷ *Ibid.*, S. 90. Dem Leser von 1656 musste sofort die Parallele zu Oliver Cromwell auffallen.

¹⁸ *Ibid.*, S. xi. und S. 33: " ... for, as Cicero saith, "Man is a noble creature, born with affections to rule, rather than obey; there being in every man a natural appetite or desire of principality." And therefore the reason why one man is content to submit to the government of another is, not because he conceives himself to have less right than another to govern; but either because he finds himself less able, or else because he judgeth it will be more convenient for himself, and that community whereof he is member, if he submits unto another's government."

¹⁹ *Ibid.* S. 34: " ... the people are the only proper judges of the convenience or inconvenience of a government"

Sowohl Eigeninteresse als auch Gemeinwohl können als Motivation zum Eintreten in den Vertrag und damit zur Errichtung einer Regierung dienen. Für Nedham besteht kein Gegensatz zwischen beiden Beweggründen: " ... A mind well instructed by the light of nature, will pay obedience unto none but such as command, direct, or govern for its good and benefit."²⁰ Letztlich gelte das Streben jedes Einzelnen der wirklichen Freiheit (true freedom). Diese sei als unschätzbare Juwel mehr wert als jeglicher Besitz oder sogar das Leben. Fünf Elemente machen in der Einschätzung Nedhams die wirkliche Freiheit des Bürgers aus.²¹ Der vierte Punkt ist für ihn entscheidend: Die Freiheit des Bürgers sieht er nur unter derjenigen Bedingung gewährleistet, dass keine "standing power", sondern eine "succession in power" besteht.²²

Anders als Bacon übernimmt Nedham sogar Machiavellis Meinung betreffend der Wohltat der gemässigten Auseinandersetzungen zwischen den römischen *nobiles* und den *plebs*.²³ Das Interesse des Volkes liege in der Erhaltung der Freiheit, während das Streben von Königen und Noblen in der Unterdrückung dieser Freiheit bestehe.²⁴ In diesem Schema gibt es für Nedham keinen Platz für den Gedanken einer demokratischen Mehrheitstyannei. Er sieht den Gefahrenherd ausschliesslich im "kingly interest" oder im "lordly interest"; wobei er diese Begriffe synonym verwendet. Beide schädlichen Interessen können in seinen Augen am besten durch den ständigen Wechsel der Parlamentarier eingedämmt werden. Für Nedham ist Parlamentsouveränität so lange gleichbedeutend mit Volkssouveränität, als die Volksvertretung nicht zu einer ständigen Einrichtung – einem "standing parliament" – verkommt. Der Gedanke der dauernden Rotation der Machtinhaber korrespondiert mit dem aristotelischen Konzept des guten Staatsbürgers: Sie regieren gut, weil sie nach dem Ende ihrer Amtszeit wieder gut regiert werden wollen.²⁵

²⁰ *Ibid.*, S. 33.

²¹ *Ibid.*, S. xiv: "First in having wholesome laws suited to every man's state and condition. Secondly, in a due and easy course of administration, as to law and justice, that the remedies of evil may be cheap and speedy. thirdly, in a power of altering government and governors upon occasion. Fourthly, in an uninterrupted course of successive parliaments, or assemblies of the people. Fifthly, in a free election of members to fit in every parliament, when rules of election are once destablished. By enjoying these only, a people are said to enjoy their rights, and to be truly stated in a condition of safety and freedom."

²² *Ibid.*, S. 1: " ... the interest of freedom consists in a due and orderly succession of the supreme assemblies." Auf S. 6 und S. 72 verwendet er den Begriff "revolution" gleichbedeutend mit "succession."

²³ *Ibid.*, S. 69. Zur Mässigung siehe S. 124.

²⁴ *Ibid.*, S. 18 und S. 2: "It is an undeniable rule, that the people (that is, such as shall be successively chosen to represent the people) are the best keepers of their own liberties."

²⁵ *Ibid.*, S. 62: " ... the people's trustees are to continue, of right, no longer than mere necessity requires, for their own redress and safety; which being provided for, they are to return into a condition of subjection and obedience, with the rest of the people, to such laws and government

"Standing Power" bedeutet für Nedham "kingly power". Diese wiederum sieht er notwendigerweise zu einer "tyrannical power" verkommen. Entscheidend ist für ihn der Geist einer Verfassung und nicht deren Form: Das monarchische Interesse könne sowohl in einer Einzelperson – Konsul, König oder Diktator – liegen, als auch in den Händen der Vielen.²⁶ Diese Perspektive ermöglicht es Nedham, nicht nur das aufgelöste House of Lords, sondern auch das Rump-Parlament kritisch zu hinterfragen. Das Rump ist für ihn ein "standing senate", der zwar nicht *de jure*, aber *de facto* eine titulare Nobilität, "a lordly interest" beherbergt. Mit dem Prinzip der Nobilität im Rump überlebte in seiner Einschätzung im Kern auch das freiheitsgefährdende Prinzip der Monarchie.²⁷

John G.A. Pocock meint, dass Nedham die Politik der römischen Republik aus einem militant plebejischen Blickwinkel darstellt.²⁸ Dazu gilt es jedoch, einige kritische Bemerkungen anzubringen. Zunächst einmal unterlässt es Nedham, den Begriff des Volkes genauer zu definieren. Er macht allerdings klar, dass er darunter nicht jedermann versteht.²⁹ Anders als James Harrington lehnt er den Begriff "demokratisch" ab. Wie dieser ist Nedham kein Demokrat im modernen Sinne: Er unterscheidet strikt zwischen dem "rabble" und dem "people". Dies zeigt sich vor allem in seiner Kritik der Levellers.³⁰

Trotzdem teilt er mit letzteren den Gedanken der Volkssouveränität und die Forderung nach einem – relativ – allgemeinen Wahlrecht (free suffrage of the people).³¹ Er

as themselves have erected: by which means alone, they will be able to know whether they have done well or ill, when they feel the effects of what they have done."

²⁶ *Ibid.*, S. 102f.: "... the interest of monarchy may reside in a consul, as well as in a king; in a dictator, as well as in a consul; in the hands of many, as well as a single person".

²⁷ Die Kritik an der titularen Nobilität, am "lordly interest", ist in *The Excellencie* deutlich verhaltener als in den ursprünglichen Leitartikeln des *Mercurius Politicus*. Die Ursache hierfür besteht darin, dass ab 1653 die aus der Politik verdrängten Commonwealthmen mit den bereits früher entmachteten Royalisten und Presbyterianern in einem Boot saßen. Worden (1994a), S. 78.

²⁸ Pocock (1975), S. 382.

²⁹ Nedham (1656), *The Excellencie of a Free State*, S. 38: "... when we mention the people, observe all along, that we do not mean the confused promiscuous body of the people, nor any part of the people who have forfeited their rights by delinquency, neutrality, or apostacy, &c. [sic.] in relation to the divided state of any nation; for they are not to be reckoned within the lists of the people." Siehe auch S. 174f.

³⁰ Nedham (1650), *The Case of the Commonwealth of England Stated*, S. 99: "Such a democratic or popular form that puts the whole multitude into an equal exercise of the supreme authority, under pretense of maintaining liberty, is in the judgement of all statesmen the greatest enemy of liberty."

³¹ Nedham (1656), *The Excellencie of a Free State*, S. 114: "... therefore, we may clearly deduce the necessity of this rule in a free-state, from the practice of times past, that no state can prefer its freedom, but by maintaining the free suffrage of the people in full vigour, untainted with the influence, or mixture, of any commanding power."

verspottet zwar offiziell die Levellers, hat jedoch unter der Oberfläche durchaus Sympathien für deren Forderungen. Blair Worden meint sogar, dass Nedham im *Mercurius Politicus* dem Programm der Levellers gleichsam eine klassische Dimension gegeben habe.³² Im Vergleich zu den späteren Autoren des englischen Bürgerrepublikanismus vertritt Nedham in der Tat deutlich stärker demokratische, ja sogar sozialreformerische Positionen. So kritisiert er das von anderen Commonwealthmen so bewunderte Venedig als eine Oligarchie oder "multiplied monarchy". Der *serenissima republica* will er keine Vorbildfunktion zusprechen: Obwohl Venedig formal ein "free-state" sei, lebe das venezianische Volk unter der Herrschaft des Senats *de facto* kaum besser als Sklaven.³³ Es sei eher als "Junta" denn als "Commonwealth" zu bezeichnen.³⁴ Während in Venedig die Patrizier die Überhand hätten, liege das Schwergewicht in den niederländischen Generalstaaten beim Volke.³⁵ Nedham präferiert auch das – vergleichsweise – demokratische Athen gegenüber dem aristokratischen Sparta: Solon sei eine gute Mischung zwischen dem aristokratischen Areopag und den demokratischen Versammlungen gelungen.³⁶

In der römischen Republik hingegen habe nach der Vertreibung der Tarquinischen Könige ein monarchischer Geist im "standing senate" überlebt. Die Patrizier hätten ohne Mitwirkung der Plebejer regiert.³⁷ Dadurch hätten die Senatoren ihre ursprüngliche Tugend (first virtue) verloren und seien der Habsucht (avarice) und dem Luxus (luxury) verfallen.³⁸ Dann habe sich das römische Volk erhoben; in den Ständekämpfen erstritt es sich den Zugang zu öffentlichen Magistratsposten, die Volkstribune als Schutzpatrone sowie die direkte Teilnahme am Staat durch Volksversammlungen. Erst als der Ehrgeiz (ambition) der Erbnobilität gezügelt und der ehrenhafte Aufstieg eines jeden Tugendhaften ermöglicht worden war, habe Rom eine wirkliche Republik (a free-state and commonwealth) dargestellt.³⁹ Von diesem Zeitpunkt an habe es eine gleiche Mischung der aristokratischen (patrician) und demokratischen (popular) Interessen gegeben. Dies sei verantwortlich gewesen für den Aufstieg zu Glorie und zu staatlicher Grösse (greatness).⁴⁰ Polybios hatte die römische Republik als eine drei-

³² Worden (1994a), S. 66. Zum politischen Denken der Levellers, das nach heutigen Massstäben schwer kategorisierbar und kaum radikaldemokratisch ist, siehe *The Blackwell Encyclopaedia of Political Thought*, S. 282-285.

³³ Nedham (1656), *The Excellencie of a Free State*, S. xvi.

³⁴ *Ibid.*, S. 32.

³⁵ *Ibid.*, S. xxiiif. und S. 151. Gnädiger als Venedig beurteilt er die Republik Genua, S. 152.

³⁶ *Ibid.*, S. xvi.

³⁷ *Ibid.*, S. xxii.

³⁸ *Ibid.*, S. xviiiff.

³⁹ *Ibid.*, S. xx.

⁴⁰ *Ibid.*, S. xxii.

gliedrige Mischverfassung beschrieben. Für Nedham war sie eine Aristodemokratie; mit einem Übergewicht der demokratischen Legislative, der Volksversammlungen, gegenüber der aristokratischen Exekutive, dem Senat.⁴¹ Legislative und Exekutive sollten in einer gut geordneten Republik gemäss diesem Vorbild stets getrennt sein.⁴² Im Verlaufe der territorialen Expansion Roms habe jedoch der Senat versucht, die eroberten Gebiete dem Volk vorzuenthalten. Die Gracchen hätten sich auf die Seite des Volkes gestellt und die Spannungen bis zum Ausbruch des Bürgerkrieges intensiviert. Die Schuldfrage beurteilt Nedham zweiseitig – was wiederum seine militant plebejische Interpretation durch Pocock relativiert: "The occasion [for the civil war], indeed, was given by the senators ... but yet the occasion ought not to have been so taken, and prosecuted with such violence as it was by the people."⁴³ War dieser Bürgerkrieg unnötig, so begrüsst Nedham den Widerstand des Volkes unter Pompeius gegen die versuchte Machtübernahme durch Caesar.⁴⁴ Den englischen Bürgerkrieg sieht Nedham im Gegensatz zu Harrington nicht als Endpunkt einer determiniert-langfristigen Entwicklung, sondern in der Person von Charles I begründet. Dieser habe ungerechtfertigterweise in den Hoheitsbereich der Legislative eingegriffen.⁴⁵

Zeigt bereits Nedhams innenpolitische Theorie deutlich Machiavellis Spuren, so verstärkt sich dieser Eindruck beim Blick auf seine aussenpolitischen Konzepte. Angesichts des schlechten Images des Florentiners gibt er sich jedoch zurückhaltend und vermeidet eine positive Erwähnung. Im Gegenteil: In *The Excellencie* bezeichnet er den *Principe* als ein für dessen Autoren unwürdiges Buch und kritisiert Machiavellis radikalen Pessimismus.⁴⁶

In einer aufschlussreichen Stelle verteidigt Nedham allerdings die Aussenpolitik des Rump in Schottland in Anlehnung an Machiavellis *Discorsi* (Buch II, Kapitel 4). Gemäss Machiavelli gibt es drei Möglichkeiten der Beziehungen einer expandierenden Republik zu ihren Nachbarstaaten. Nedham schliesst sich Machiavellis Präferenz für die Expansion durch ungleiche Bünde an: Schottland solle nicht als eine eroberte Provinz behandelt werden, sondern als eine Inkorporation mit "participation of the same liberties and privileges".⁴⁷

⁴¹ *Ibid.*, S. xxiii.

⁴² *Ibid.*, S. 147f.

⁴³ *Ibid.*, S. 127.

⁴⁴ *Ibid.*, S. 128.

⁴⁵ *Ibid.*, S. 153.

⁴⁶ *Ibid.*, S. 165.

⁴⁷ [Nedham], *Mercurius Politicus*, 90, 19.-26. Februar 1652, S. 1425-29. Diesen Leitartikel übernahm Nedham nicht in *The Excellencie of a Free State*.

Neben der Aussenpolitik gegenüber Schottland zeigt auch Nedhams Milizidee deutlich Machiavellis Einfluss.⁴⁸ Das erste Milizmerkmal – die notwendige *Staatlichkeit* – entwickelt Nedham, indem er dem Florentiner folgend seine Präferenz für ein "commonwealth for expansion" ausdrückt. Als eine solche Republik sieht er aufgrund der aussenpolitischen Erfolge der frühen 1650er Jahre das englische Commonwealth; und er hatte gute Gründe, dies zu tun.

Die Erfolge von Cromwells Armee in Schottland und Irland sowie der siegreiche erste Seekrieg mit den Vereinigten Niederlanden 1652-54 standen in markantem Kontrast zur zögerlichen, erfolglosen Aussenpolitik der frühen Stuarts zu Beginn des Jahrhunderts. Eine Welle von europäischen Revolutionen von Schweden bis Portugal setzte ab 1640 ein und erreichte 1648-52 ihren Höhepunkt. Während in England eine Republik ausgerufen wurde, vermochten sich die Vereinigten Niederlande nach 80-jährigem Unabhängigkeitskampf endgültig vom spanischen Joch zu befreien. Zunächst gelang es den holländischen Republikanern zudem, ihre Republik gegenüber den Machtbestrebungen des Hauses von Oranien zu sichern. Sogar in Frankreich, dem Paradeall der absolutistischen Monarchie, brach 1651 der Aufstand der Fronde aus. Die Staatsform der Monarchie als solche schien in den Augen vieler Zeitgenossen tief in einer Krise zu stecken. Der englische Admiral Robert Blake soll 1651 dem spanischen König optimistisch mitgeteilt haben, dass alle Königreiche früher oder später die Tyrannei ausrotten und zu Republiken konvertieren würden.⁴⁹

Vor diesem Hintergrund sah Nedham – wie viele andere Republikaner zu Beginn der 1650er Jahre – die englischen Bürgerkriege und die Hinrichtung des Königs als Teil einer gesamteuropäischen Auseinandersetzung zwischen absolutistischen Monarchien und freiheitlichen Republiken. Die Stimmung der englischen Republikaner war allgemein gekennzeichnet durch einen ausgesprochenen Radikalismus und Optimismus. Die Befreiung Europas von tyrannischen Monarchen stand in den Augen Vieler unmittelbar bevor.

Als klassischer Republikaner sieht Nedham die Fähigkeit zur Eroberung als wichtiges Erfolgskriterium eines Staates und als Unterscheidungsmerkmal zwischen einer Monarchie und einer Republik: " ... experience assures it to be the most commodious and profitable way of government, conducing every way to the enlarging a people in

⁴⁸ Nedhams Milizidee zeigt sich am besten in *Mercurius Politicus*, 103, 20.-27. Mai 1652, S. 1609-1613. Dieser Leitartikel findet sich leicht gekürzt in *The Excellencie of a Free State*, S. 114-119. Die Kürzung beinhaltet die Beschreibung der venezianischen und der niederländischen Wehrverfassung.

⁴⁹ Vgl. Worden (1994a), S. 72.

wealth and dominion."⁵⁰ Während in Republiken das Gemeinwohl herrsche, obsiege in Monarchien notwendigerweise das Partikularinteresse.⁵¹ Als Beispiele für die von Sallust abgeleitete Position, dass eine Republik eine grössere politisch-kriegerische Tugend freisetzt als eine Monarchie, nennt Nedham vor allem Rom und Athen. Während Rom unter den Königen nur wenig expandierte, habe es zur Zeit der Republik auf wundersame Weise ein Reich (empire) erobert, welches die ganze Welt umspannte.⁵² Unter den Kaisern hätten die Römer ihre Freiheit, ihre Tapferkeit (ancient courage) und ihre Grösse (magnanimity) erneut verloren.⁵³ Schon Aristoteles habe in der *Politik* geschrieben, dass die Verfassung in den Händen derjenigen liege, welche die Waffen in den Händen hielten: "... the Commonweal is theirs who hold the Arms. The Sword and Sovereignty ever walk hand in hand together."⁵⁴ Wie für Bacon und Machiavelli ist für Nedham der Eroberungseffekt dann am grössten, wenn die innenpolitische Macht eher bei den "Vielen" als den "Wenigen" liegt.⁵⁵ Eine Monarchie könne nicht so stark expandieren wie eine Republik, weil die Aneignungen ausschliesslich an den Prinzen gingen und nicht der Öffentlichkeit zugute kämen.⁵⁶

Nedham misst der Miliz dieselbe vertikale Funktion zu wie Machiavelli. Als klassischer Republikaner sieht er die kriegerische Tapferkeit in der Nachfolge von Aristoteles als eine grundlegend *demokratische* Tugend. Erst die Bewaffnung des Volkes ermöglichte in Rom den republikanischen Imperialismus, den Nedham vom zeitgenössischen Commonwealth nachgeahmt sehen will. Hier liegt der Grund verborgen, weshalb Nedhams zweigliedrig-gemischte Idealverfassung eine demokratische Schlagseite aufweist. John G.A. Pocock hat deshalb Recht, wenn er schreibt, Nedham habe ein *vivere civile e popolare* auf der Basis des klassischen Ideals des Bürgersoldaten dargestellt.⁵⁷ Wie Machiavelli und Bacon sieht Nedham den Krieg als kompetitiv-tugend-schaffenden und den Frieden als degenerativ-verweichlichenden Vorgang. Positive Wirkungen zeitigt der Krieg vor allem dann, wenn er zwischen freien Staaten geführt

⁵⁰ Nedham (1656), *The Excellencie of a Free State*, S. xxv.

⁵¹ *Ibid.*, S. xxvi.

⁵² *Ibid.*, S. 26.

⁵³ *Ibid.*, S. 28 und S. xxv: "'It is incredible to be spoken (saith Sallust) how exceedingly the Roman commonwealth increased in a short time, after they had obtained liberty.'" and Guicciardine affirms, "That free-states must needs be more pleasing to God than any other form, because in them more regard is to be had to the common good, more care for the impartial distribution of justice, and the minds of men are more enflamed thereby to the love of glory and virtue."

⁵⁴ [Nedham], *Mercurius Politicus*, 103, 20.-27. Mai 1652, S. 1610.

⁵⁵ *Ibid.*, 85, 15.-22. Jan. 1652, S. 1349.

⁵⁶ Nedham (1650), *The Case of the Commonwealth of England Stated*, S. 117.

⁵⁷ Pocock (1975), S. 383: "[Nedham] was describing a *vivere civile e popolare*, based on the classical ideal of the armed citizen and the Machiavellian ideal of the armed and militant people".

wird. Auch in Nedhams Einschätzung galt dies namentlich für die römische Republik in ihrer Auseinandersetzung mit den Etruskern und Samniten.⁵⁸

Auf das zweite Milizmerkmal, dass sich ein Staat auf die *einheimischen* Truppen stützen sollte, kommt Nedham im Zusammenhang mit der Republik Venedig zu sprechen: Angesichts der Tatsache, dass sich diese bei allen Kriegen auf fremde Söldner (foreign mercenaries) verlasse, müsse man sich wundern, weshalb dieser Staat so lange habe überleben können.⁵⁹ In Bezug auf das dritte Milizmerkmal, dass das Kriegshandwerk *nebenberuflich* ausgeübt werden sollte, scheint Nedham keinen qualitativen Unterschied zwischen Söldnern und professionellen Soldaten wahrzunehmen. Entscheidend ist für ihn, dass beiden eine Bindung zum Staat abgeht.⁶⁰ In Nedhams Augen gibt es eine geradezu zwingende Zuordnung zwischen Staats- und Wehrverfassung: Während sich tugendhafte Republiken zur Verteidigung ihrer Freiheit einer Bürgermiliz bedienen, würden sich korrupte, machthungrige Tyrannen auf Söldner oder stehende Heere stützen. Als Muster für den ersten Typus dient Nedham England, Negativbeispiel ist Frankreich.⁶¹ Das stehende Heer, "the sword of the king", habe in Frankreich dazu geführt, dass das Parlament und die Aristokratie ihre Autorität und ihr Interesse an den Geschicken des Staates eingebüsst hätten.⁶² Selbst die Republik der Vereinigten Niederlande wird von Nedham kritisiert, weil sie "a constant Army in pay" unterhalten habe.⁶³

Mit Blick auf die römische Republik kommt Nedham auf das vierte Milizmerkmal, die allgemeine Wehrpflicht und die horizontale Milizfunktion zu sprechen: Die Tugend der Bürger habe den Wunsch nach Freiheit und einen ausserordentlichen Mut zu deren Verteidigung erzeugt. Zu diesem Zeitpunkt habe die gesamte Republik (Commonweal [sic.]) eine formelle Miliz (one formall Militia) gebildet. Das Training des Volkes im Gebrauch der Waffen habe das einzige Bollwerk innen- und aussenpolitischer Freiheit dargestellt: " ... Their Arms were never lodg'd in the hands of any, but such as had an Interest in the Publick, such as were acted by that Interest, not drawn only by Pay; such as thought themsleves well paid in repelling Invaders, that they might with freedom return to their Affairs."⁶⁴

Trotz seiner – verhältnismässig – demokratischen Neigungen möchte Nedham die Wehrpflicht doch nicht auf die gesamte männliche Bevölkerung ausgedehnt wissen.

⁵⁸ Vgl. Nedham (1656), *The Excellencie of a Free State*, S. 27.

⁵⁹ *Ibid.*, S. 32.

⁶⁰ [Nedham], *Mercurius Politicus*, 103, 20.-27. Mai 1652, S. 1612.

⁶¹ Nedham (1650), *The Case of the Commonwealth of England Stated*, S. 23.

⁶² *Ibid.*, S. 24.

⁶³ [Nedham], *Mercurius Politicus*, 103, 20.-27. Mai 1652, S. 1613.

⁶⁴ *Ibid.*, S. 1610.

Auch in der römischen Republik seien lediglich die Eigentümer (men of Estates) und die Vorsteher einer Familie (Masters of Families) als "sufficient men" angesehen worden. In jenen Tagen habe es keinerlei Unterschied gegeben zwischen dem Bürger (citizen), dem freien Bauern (husbandman) und dem Soldaten (soldier). Weil es die öffentliche Freiheit verlangt habe, sei nach der Abwehr der Angreifer jeder Soldat umgehend wieder zum normalen Bürger geworden. So habe Rom die ganze Welt erobert.⁶⁵ Dann seien die Römer jedoch verweichlicht und den Lastern der eroberten asiatischen Gebiete anheim gefallen. Schon bald hätten sie sich dem Joch imperialer Tyrannei unterwerfen müssen.⁶⁶ Anteil an diesem Niedergang hatte die Errichtung eines stehenden Heeres (a continued *Stipendary Soldier*). Dieses habe erst die Ambitionen Cinnas, die schreckliche Tyrannei Sullas und die Anmassung von Marius ermöglicht:

... their Empire increasing, necessity constrained them to erect a continued *Stipendary Soldier* (abroad in foreign part) either for the holding or winning of Provinces. Then Luxury increasing with Dominion, the strict Rule and Discipline of *Freedom* was soon quitted; Forces were kept up at home .. as well as in the Provinces abroad. The Ambition of *Cinna*, the horrid tyranny of *Sylla*, the insolence of *Marius* ... fill'd all *Italy* with Tragedies and the world with wonder.⁶⁷

Am Ende habe Caesar den Rubicon überschritten und die Republik gestürzt. Diesem historischen Beispiel folgend entwickelt Nedham die allgemeingültige These, dass ein Staat ohne demokratische Bürgermiliz (a publick [sic.] popular Militia) notwendigerweise zu einer absoluten Tyrannei verkommen müsse.⁶⁸ Genau diesen Plan habe Charles I im Sinne gehabt, als er Ausländer – konkret Deutsche – angeworben und hernach die Engländer zu korrumpieren versucht hatte.⁶⁹

⁶⁵ *Ibid.*, S. 1610: "... *sufficient men*; such as for the most part were men of Estate, Masters of Families, that took Arms (only upon occasion) *pro Aris & Focis*, for their wives, their Children, and their Country. In those days, there was no difference in order between the Citizen, the husbandman, & the soldier; for, he that was a citizen or Villager yesterday, became a soldier the next, if the *publick Liberty* required it; and that being once secured by repelling of Invaders, immediately the soldier became Citizen again".

⁶⁶ Nedham (1650), *The Case of the Commonwealth of England Stated*, S. 113.

⁶⁷ [Nedham], *Mercurius Politicus*, 103, 20.-27. Mai 1652, S. 1611.

⁶⁸ *Ibid.*, S. 1612: "... the Commonweal having lost its Arms, lost it self too, the power being reduced both effectually and formally into the hands of a single person and his dependants, who ever after kept the Arms out of the hands of the people. Then followed the erecting of a *Praetorian*, instead of a publick popular *Militia*, he being followed herein by *Augustus*, and the rest of his successors ... by *Cosimus* the first great Duke of *Tuscany*, by the *Muscovite*, the *Russian*, the *Tartar*, and the *French*, who by that means are all absolute."

⁶⁹ *Ibid.*, S. 1612.

Mit der Gegenüberstellung von "liberty", "courage", "frugality" und "ancient vertue" auf der einen Seite mit "effeminacy", "luxury" und "licence" auf der anderen Seite, verwendet Nedham ein bekanntes klassisches Vokabular. Wie Machiavelli meint er, dass die kriegerische Tugend seiner Zeit vor allem in den nördlichen, männlicheren Völkern Europas überlebt habe. Diese seien den luxuriösen Versuchungen weniger ausgesetzt. Als verweichlichte Regionen sieht Nedham in bekannter Manier Asien und Italien.⁷⁰ Es lassen sich bei ihm jedoch auch deutliche Lücken feststellen. Blair Worden meint, dass sowohl Nedhams als auch Miltons Aussagen zur Milizfrage eine ausgesprochene Ambivalenz widerspiegeln. Beide hätten sich einem zeitgenössischen Paradox gegenüber gesehen: Der Monarchie war 1649 keinesweg durch die traditionelle englische County-Miliz der Todesstoss versetzt worden, die von späteren Republikanern als Äquivalent zu den Bürgerheeren der Antike hochstilisiert werden sollte; das Commonwealth war ein Produkt der *New Model Army*. Diese hatte sich 1647 nach dem ersten Bürgerkrieg dem Auflösungsbehl des Langen Parlaments erfolgreich widersetzt und sich daraufhin zum ersten stehenden Heer in England entwickelt. Nedham musste demzufolge – vor dem Hintergrund klassisch-republikanischer Prämissen – mit folgendem Problem fertig werden: Die Republik war *de facto* durch ein stehendes Heer nicht korrumpiert, sondern im Gegenteil erst geschaffen worden!⁷¹ In der Tat ist auffällig, dass in Nedhams dichotomischen Gegenüberstellungen von republikanischer Freiheit und monarchischer Tyrannei, von legitimer und illegitimer Herrschaft, von Bürger und Sklave, von Tugend und Korruption die naheliegende zeitgenössische Parallele zwischen dem französischen Berufsheer und der englischen Bürgermiliz fehlt. In *The Excellencie of a Free State* bezeichnet Nedham zwar das englische Volk als das freieste der gesamten Welt, vermeidet aber signifikanterweise einen Vergleich mit der römischen Republik.⁷² Er kritisiert zwar die französische Wehrordnung, stellt ihr aber nicht den zeitgenössischen englischen Yeoman gegenüber, sondern den altrömischen *miles*. In der *Mercurius Politicus*-Ausgabe Nr. 103, in welcher Nedham die Frage der Wehrverfassung ausführlicher diskutiert, findet sich kein einziges Wort über die englische Miliz. Anders als Bacon unterlässt es Nedham, den Gegensatz zwischen dem armen französischen Bauern und dem unabhängigen Freeman herauszustreichen. Den materiellen und agrarischen Voraussetzungen der Bürgertugend schenkt er überhaupt im Vergleich zu Bacon und Harrington deutlich weniger Aufmerksamkeit. Dement-

⁷⁰ Nedham (1650), *The Case of the Commonwealth of England Stated*, S. 113f. Schweizer und Niederländer nennt Nedham als positive Beispiele; Neapolitaner, Florentiner und Mailänder als negative.

⁷¹ Vgl. Worden (1994a), S. 174.

⁷² Nedham (1656), *The Excellencie of a Free State*, S. xii.

sprechend sieht er wohl die ideale Miliz weniger als Verkörperung eines englischen Agrarrepublikanismus wie Bacon, sondern mehr als altrömische *comitia centuriata*.

Konzeptionell stellte es für Nedham ein Problem dar, dass sich die *New Model Army* selber durchaus als ein Volksheer verstand. In ihrer *Declaration, or, Representation [of the Army]* von 1647 hatten sich die Offiziere vehement gegen den Vorwurf gewehrt, eine Söldnertruppe zu sein: "[We are not] a meere [sic.] mercenary Army, hired to serve any Arbitrary power of a State; but called forth and conjured, by the severall Declarations of Parliament, to the defence of our owne and the peoples just rights and liberties"⁷³. Mit diesem Selbstverständnis schien die *New Model Army* nicht richtig in Nedhams Schwarz-weiss-Schema einer tugendhaften Bürgermiliz oder eines korrupten Söldnerheeres zu passen. Dies vor allem auch darum nicht, weil er insgeheim durchaus Sympathien für den demokratischen Leveller-Aktivismus im jüngeren Offizierskorps der Armee empfand. Die *New Model Army* entwickelte sich *realiter* zu einer semi-professionellen Armee, weil die Kampfkraft der traditionellen englischen Milizordnung zu Beginn des Krieges sehr zu wünschen übrig gelassen hatte. Bereits in der Interregnums-Zeit war sie in weiten Teilen der Bevölkerung verhasst. Im späteren Verlauf des 17. Jahrhunderts sollte sie als Negativbeispiel einer "Standing Army" etabliert werden. Und trotzdem scheint Nedham in der *New Model Army* kein stehendes Heer französischen Zuschnitts gesehen zu haben.⁷⁴ Sie war für ihn aber sicherlich auch keine Bürgermiliz. In gleicher Weise wie Nedham dem Rumpfparlament implizit zu verstehen gab, dass dessen Herrschaft nicht den Erfordernissen einer aristotelisch-zweigliedrigen Mischverfassung entsprach, hielt er der *New Model Army* das Ideal der römischen Bürgermiliz als Spiegelbild vor Augen. Die Sorge vor einer "standing army" blieb für ihn dabei stets zweitrangig gegenüber der Gefahr der Korruption des Rump zu einem "standing parliament".

⁷³ *A Declaration, or, Representation [of the Army]* (1647), S. 55.

⁷⁴ "Standing Army" entwickelte sich erst in den 1670er Jahren zu einem politischen Propagandabegriff. Schwoerer (1974), S. 4.

5.2.2 James Harrington: *The Commonwealth of Oceana*

In making farms and houses of husbandry of a standard; that is maintained with such a proportion of land unto them as may breed a subject to live in convenient plenty and no servile condition, and to keep the plough in the hands of the owner and not mere hirelings; and thus indeed (saith he, [Bacon]) you shall attain Virgil's character which he gives of ancient Italy: terra potens armis atque ubere glebae. But the tillage, bringing up a good soldiery, bringeth up a good commonwealth.

JAMES HARRINGTON

Die Interpretationen des politischen Denkens von James Harrington (1611-77) sind so zahlreich und vielfältig wie die Verfassungsregelungen in seinem ersten und bedeutendsten Werk *The Commonwealth of Oceana* von 1656. Harrington wurde schon interpretiert: als Utopist, als Vertreter der Idee eines germanischen Volksstaates¹, als Sprachrohr eines frustrierten "mere gentry"-Klassenbewusstseins², als Mitbegründer eines bourgeois-kapitalistischen Besitzindividualismus³, als Neo-Machiavellianer⁴, als Hobbesianer⁵, als Neo-Aristoteliker⁶, als klassischer Republikaner⁷ und als aristotelisch-polybisch-machiavellischer Bürgerhumanist⁸.

Ob dieser Vielfalt und des Umstandes, dass sich die unterschiedlichen Interpretationen oft nicht gegenseitig ausschliessen, stellt sich als erstes Problem, einen Überblick der Sekundärliteratur zu James Harrington zu gewinnen. Die älteren Interpretationen sind zwar im Einzelnen sehr unterschiedlich, legen aber grundsätzlich einen gemeinsamen Schwerpunkt auf die materielle, sozio-ökonomische Basis der politischen Ordnung in der *Oceana*.⁹ Die neueren Auslegungen lassen sich grundsätzlich in eine "personalistische" und eine "institutionalistische" Schule unterteilen – entsprechend der Typologie politischer Ethik von Alois Riklin.¹⁰ Bedeutendster Vertreter der "personalistischen" Interpretation von Harringtons politischem Denken ist John G.A. Pocock. Dieser betont Harringtons Anleihen bei Aristoteles, Polybios und vor allem Machia-

¹ Wershofen (1935).

² Trevor-Roper (1954).

³ Macpherson (1967), S. 182-218.

⁴ Raab (1964), S. 185-217. Raab anerkennt jedoch Harringtons Bestreben, über Machiavelli hinauszugehen. Siehe S. 207f.

⁵ Rahe (1994a), II, S. 180-196.

⁶ Cotton (1991), S. 42-69.

⁷ Fink (1945), S. 52-89.

⁸ Pocock (1975), S. 383-400.

⁹ Siehe Tawney (1941), S. 99-223; Trevor-Roper (1954); Macpherson (1967), und Hill (1958).

¹⁰ Riklin (1994), S. 105-120.

velli. Pococks Ansicht nach dient die materielle Basis der *Oceana* letztlich der Verwirklichung einer klassischen, aristotelisch-machiavellischen Bürgertugend. Harrington sei ein Pionier bürgerhumanistischen Denkens, indem er aus der Perzeption des Niederganges der Feudalordnung ein für Europa und England allgemeingültiges Geschichtsbild entworfen habe. Diese Auffassung von Geschichte habe er mit der aristotelischen Theorie des freien Eigentümers und mit dem machiavellischen Konzept der *arme proprie* verbunden.¹¹ Pocock anerkennt zwar die Bedeutung der materiellen, sozio-ökonomischen Grundlage der *Oceana*, sieht in ihr jedoch lediglich ein Mittel zur Verwirklichung der moralischen Bürgertugend: "Harrington ist nur insofern am Eigentum interessiert, als es die Fähigkeit des Menschen, Waffenträger und Bürger zu sein, einschränkt oder fördert. So entwickelt er die klassische Position, dass eine materielle und präpolitische Grundlage für die Ausprägung der Bürgereigenschaft notwendig ist. Aristoteles, Machiavelli und Selden – *oikos*, *arme* und *feudum* – bilden die Pfeiler seines Denkens."¹²

Die "institutionalistische" Interpretation von Harringtons politischem Denken wird vor allem von der Schule von Leo Strauss vertreten. Sie betont erstens, dass Harrington mit der *Oceana* ein immer währendes "immortal Commonwealth" schaffen will. In diesem soll eine perfekte institutionelle Ordnung die Tugend des Bürgers überflüssig machen.¹³ Zweitens heben die "Institutionalisten" den Aspekt des "Schaffens" selbst hervor. Die *Oceana* widerspiegelt in ihren Augen ein modernes Wissenschaftsverständnis: Ihre Regelungen stellten ebenso ein logisches Konstrukt und eine politische Architektur dar wie Hobbes' *Leviathan*. Mit dem modernen Wissenschaftsverständnis sehen sie auch eine grundlegende Säkularisierung des politischen Individuums verbunden. Für Paul A. Rahe bestand im politischen Denken der Antike und des christlichen Mittelalters der Zweck des Staates vor allem darin, im Hinblick auf ein – wie auch immer definiertes – Gemeinwohl die Tugend des Bürgers zu fördern und dessen Laster zu unterdrücken. Im Gegensatz dazu sieht er mit Machiavelli beginnend den modernen Republikanismus. Im modernen Republikanismus bestehe der Zweck des Staates in der Garantie des individuellen Glücks des Bürgers. Deshalb stelle in der Moderne die Tugend nicht mehr das Endziel der Politik dar. Sie sei nur noch eines von mehreren, vorwiegend institutionellen Mitteln zur Sicherung der individuellen Freiheit. Aussagen

¹¹ Siehe beispielsweise Pocock (1975), S. 386, und Ders. (1966), S. 287.

¹² Pocock (1977), S. 55.

¹³ Strauss (1946), S. 394: "Harrington believed that the proper institutions would by themselves secure the state against dissolution from any internal causes. He could believe this because he held the opinion that the perfect character of the commonwealth is independent of the moral qualities of the citizens".

zur Gemeinwohlorientiertheit sind aus dieser Optik reine Rhetorik, ein Relikt der Antike, an die jedoch nicht mehr wirklich geglaubt wird. In dieses Schema moderner politischer Architektur scheint Harringtons selbstbewusster Anspruch, als politischer Architekt ein "immortal Commonwealth" schaffen zu wollen, perfekt zu passen.¹⁴ Rahe kommt denn auch zum Schluss, dass Harringtons politische Theorie zwar Anleihen bei klassischen Konzepten beinhalte, diese jedoch nicht konstitutiver Natur seien. Harrington hülle sich lediglich in eine klassische Toga, um die unmittelbare Akzeptanz seines grundlegend neuen Ansatzes zu fördern.¹⁵ Rahe stellt Harrington zwar in die Nähe von Machiavelli, sieht in beiden jedoch – wie in Hobbes – nicht klassische, sondern moderne politische Denker: "[Harrington] war in der Tat der erste, welcher die von Machiavelli eingespurte institutionelle Analyse der Politik und die neue politische Wissenschaft von Hobbes anwendete, um eine lebensfähige, moderne republikanische Ordnung zu schaffen."¹⁶

Meiner Ansicht nach werden sowohl ein ausschliesslich personalistischer als auch ein ausschliesslich institutionalistischer Ansatz Harringtons politischem Denken nicht gerecht.¹⁷ Schon Richard Koebner hat das Zusammenspiel von Tugend und Institution bei Harrington in einer frühen – heute von der anglo-amerikanischen Lehre weitgehend vergessenen – Analyse der *Oceana* erkannt:

Die Verfassung organisiert die politische Vernunft und in ihr die politische Ethik. Doch Harrington ist sich auch dessen bewusst, dass die Schwingkraft des demokratischen Staatsgeistes nicht allein durch eine kunstvolle Apparatur in Bewegung gehalten werden kann. Im Volksstaat muss jeder Bürger zur Mitarbeit ermuntert werden. ... Vor allem aber stellt er an den Staat die Forderung, dass er durch Massnahmen der Volkserziehung die intellektuellen und moralischen Kräfte, deren er bedarf, selbst erschliessen soll. "Education is the plastick art of government".¹⁸

¹⁴ Harrington (1659), *The Art of Lawgiving*, I, 2, S. 609.

¹⁵ Rahe (1994a), II, S. 180ff.: "James Harrington owes far, far less to the many thinkers of classical antiquity than to Thomas Hobbes. ... If he seems to restore the traditional typology, it is because he retains the familiar names to camouflage what is, in fact, a new typology grounded on a material rather than a moral foundation. ... The "superstructures" of the well-ordered commonwealth are intended to be substitutes for the political virtue that no man can be supposed to possess." Siehe auch Shklar (1959), S. 674; Davis (1981), S. 696; Sullivan (1994), S. 73ff., und Barnouw (1976), S. 63.

¹⁶ Rahe (1994a), II, S. 195.

¹⁷ Diese Auffassung vertritt auch Worden (1994b), S. 100.

¹⁸ Koebner (1933-34), S. 362. Die zitierte Passage findet sich in der Pocock-Ausgabe (1977) auf S. 298f.: "A man is a spirit raised up by the magic of nature; if she do not stand safe and so that she may set him to some good and useful work, he spits fire and blows up castles ... To set men unto this, the commonwealth must begin early with them, or it will be too late; and the means whereby she sets them unto it is education, the plastick art of government."

Ein wichtiger Aspekt der Erziehung in der *Oceana* betrifft die militärische Dienstpflicht in einer Volksmiliz. Ob die Milizidee für Harrington von derart zentraler Bedeutung ist, wie von Pocock dargestellt, erscheint fraglich. Denn im Gegensatz zu Machiavelli scheint Harrington die Korruption des Bürgersoldaten eher als Konsequenz denn als Ursache politischer Instabilität gesehen zu haben. Obwohl die bürgerliche Tugend zweifelsfrei eine wichtige Bedeutung in seinem Republikmodell hat, verschweigt er dem Leser die Art und Weise, wie diese genau entsteht und wie sie vergeht.¹⁹ Gleichwohl haben ihn Aristoteles und Machiavelli in dieser Frage sicherlich beeinflusst. Dies wird vor allem dann deutlich, wenn man Harringtons Milizideal vor dem Lichte der Kritik seines schärfsten zeitgenössischen Widersachers, des Monarchisten Matthew Wren, betrachtet. Wrens *Considerations on Mr. Harrington's Commonwealth of Oceana* von 1657 und sein Hauptwerk *Monarchy Asserted Or The State Of Monarchicall & Popular Government* von 1659 sind seit ihrem Ersterscheinen nicht mehr aufgelegt worden. Wrens politisches Denken soll im Folgenden dazu dienen, Harringtons Positionen zur Wehrverfassung deutlicher herauszuarbeiten.

Der unmittelbare Kontext der Veröffentlichung der *Oceana* stellte der Entscheid des Lordprotektors Oliver Cromwell dar, im Jahre 1656 ein neues Parlament einzuberufen. Dies schien aus der Optik der Radikalen in der *New Model Army* einen konservativen Trend widerzuspiegeln: den Versuch, das Protektorat auf der Basis der traditionellen dreigliedrig-hereditären Mischverfassung zu rekonstituieren.²⁰ Nedhams *Excellencie of a Free State* und Harringtons *Oceana* waren Reaktionen auf den sich anbahnenden Cromwell'schen Konservatismus. Unter dem Slogan des "Good Old Cause" sollten die politischen Ideale der Revolution und der frühen Commonwealth-Zeit bewahrt respektive überhaupt erstmals verwirklicht werden.²¹

Wie der anonyme Autor R.G. von *A Copy of a Letter from an Officer of the Army in Ireland* (1656) sucht Harrington in der *Oceana* den seit 1653 unbeschränkten Alleinherrscher Oliver Cromwell dafür zu gewinnen, in die Fussstapfen antiker Verfassungsgeber wie Moses oder Lykurg zu treten. Den Zeichen der Zeit folgend soll er in England ein wirkliches Commonwealth errichten.²² Der Lordprotektor zeigte sich jedoch kaum beeindruckt von Harringtons Verfassungsentwurf. Er liess vernehmen, was er

¹⁹ Siehe Worden (1994b), S. 100.

²⁰ Zum Hintergrund vgl. Pocock (1970), S. 30-48, und Ders. (1977), S. 6-14.

²¹ Worden (1994c), S. 114, vermutet, die *Oceana* habe ursprünglich eine Kritik des Rump dargestellt.

²² [R.G.] (1656), *A Copy of a Letter from an Officer of the Army in Ireland, to his Highness the Lord Protector, concerning his changing of the Government*. R.G. – mutmasslich Henry Neville – nahm viele Inhalte der Präliminarien zur *Oceana* vorweg.

mit dem Schwert erreicht habe, wolle er nicht für einen Schuss Papier wieder hergeben.²³

Um Harringtons politische Positionen verstehen zu können, ist es zunächst notwendig, sein Geschichtsverständnis zu beleuchten. Harrington geht von zwei historischen Bildern der Geschichte aus: einem retrogressiven und einem progressiven. Retrogressiv sieht Harrington die universalgeschichtliche Entwicklung von der "ancient prudence" hin zur "modern prudence". Mit Verweis auf Donato Giannotti schreibt er in der Einleitung zur *Oceana*, dieser habe die Geschichte grundlegend zweigeteilt: in eine antike Zeit, in welcher das Gemeinwohl die Grundlage staatlicher Herrschaft (government) darstellte und die moderne Zeit. In der späteren Epoche seien die Staaten von einem oder wenigen entsprechend ihren egoistischen Interessen regiert worden. Schon der Waffensieg Caesars führte in Harringtons Einschätzung zum verhängnisvollen Übergang von der "ancient prudence" zur "modern prudence".²⁴ Einen ähnlichen Schnitt bedeutet für ihn innerhalb der Moderne der Sieg des "Volkes" – der Commons – im englischen Bürgerkrieg. Die Vorzeichen sind jedoch umgekehrt: Die Entwicklung in England ist insofern progressiv, als Harrington den Tod des Königs und die Abschaffung des Oberhauses als Endpunkt einer langfristigen, von den frühen Tudors losgetretenen Entwicklung sieht. Er begrüsst den Kollaps von Erbmonarchie und -aristokratie, bringt aber dem gestürzten Charles I persönlich Sympathien entgegen. Harringtons Bild der Universalgeschichte ist speziell von Donato Giannotti geprägt. Den Aufstieg der Commons und den Niedergang der Feudalordnung sieht er vor allem vor dem Lichte des Rechtshistorikers John Selden, Francis Bacons *Essays* sowie dessen *History of the Reign of King Henry VII* (1622). Der Aufstieg vom instabilen "wrestling match" des Mittelalters, der "gothic balance", hin zu einer wirklichen Volksrepublik, einem "popular government", ist jedoch in Harringtons Augen noch nicht abgeschlossen. Er möchte den Kreis schliessen und vollends zur "ancient prudence" zurückkehren, ja diese sogar noch perfektionieren.

England ist in Harringtons Augen aufgrund des Übergangs des Schwertes in die Hände der unabhängigen Eigentümer – das heisst der Gentry und der Freeholders – reif für die Republik. Eine *wirkliche* Republik besteht hingegen noch nicht. Deren Gründung brauche entweder Zeit oder die Kunst (art of prudence), dem sozio-ökonomischen Fundament seine natürliche politische Struktur (superstructures of government) zu geben.²⁵ Es gibt Passagen in der *Oceana*, in welchen Harrington die Gelegenheit

²³ Pocock (1977), S. 8.

²⁴ Harrington (1656), *The Commonwealth of Oceana*, S. 161.

²⁵ *Ibid.*, S. 202.

dafür äusserst günstig beurteilt und den fiktiven Republikgründer Lord Archon euphorisch verkünden lässt: " ... a commonwealth rightly ordered may for any internal causes be as immortal, or long-lived, as the world."²⁶

Eng mit Harringtons Geschichtsbild verbunden ist seine Machttheorie, die "doctrine of the balance". Er unterscheidet zwischen innenpolitischer und aussenpolitisch-provinzieller Macht. Die innenpolitische Macht wird durch die wirtschaftliche Machtverteilung determiniert.²⁷

Empire is of two kinds, domestic and national, or foreign and provincial.

Domestic empire is founded upon dominion.

Dominion is property real or personal; that is to say in lands, or in money and goods.²⁸

In einem Flächenstaat wie England wird die inländische Macht in Harringtons Einschätzung einzig durch die Verteilung des realen Eigentums an Grund und Boden bestimmt. Die Englische Revolution war demzufolge in seinen Augen "natürlich". Die politische Veränderung – der Kollaps von Erbmonarchie und Erbaristokratie – war eine zwangsläufige Folge des Übergangs des Landeigentums auf die Commons. Diese Kausalbeziehung hat Harrington im Kopf, wenn er schreibt: "Wherefore the dissolution of this government caused the war, not the war the dissolution of this government."²⁹ Die alte staatliche Ordnung war im Prinzip schon vor dem Bürgerkrieg hinfällig geworden. Der Krieg brach nur aus, weil Charles I noch über eine Armee verfügte. Mit diesem Heer konnte der König jedoch in Harringtons Einschätzung niemals aus der Auseinandersetzung mit dem "Volk" als Sieger hervorgehen; denn die militärische Macht wird in Harringtons Augen grundsätzlich ebenfalls durch die Landverteilung determiniert: Eine Armee sei wie ein Tier mit einem grossen Magen und wolle gefüttert werden. Darum halte sie sich an die vorhandenen Weiden und diese wiederum würden dem Gleichgewicht des Eigentums (balance of property) unterliegen. Ohne Gleichgewicht des Eigentums sei das öffentliche Schwert nur ein Name oder bestenfalls ein Froschspiess.³⁰

Gibt es einen Fall, wo die militärisch-politische Macht nicht durch die Verteilung von Land bestimmt wird? Ja, in Staaten wie Holland und Genua, welche hauptsächlich vom Handel leben und wenig oder gar kein Land besitzen. Dort kann das Geld (balance of treasure) unter Umständen dem Landbesitz (balance of land) ebenbürtig sein.³¹

²⁶ *Ibid.*, S. 321.

²⁷ *Ibid.*, S. 163.

²⁸ *Ibid.*, S. 163.

²⁹ *Ibid.*, S. 198.

³⁰ *Ibid.*, S. 165.

³¹ *Ibid.*, S. 165.

In einem Flächenstaat wie England jedoch vermag in Harringtons Augen einzig das Landeigentum die machtdeterminierende Variable darzustellen. Und weil dem so ist und weil das Volk im Moment ein Übergewicht an Land besitzt, ist für Harrington die Errichtung einer Volksrepublik, eines "popular government", in England eine zwingende Notwendigkeit.

Genau an diesem Punkt setzte die aufschlussreiche Kritik von Harringtons wichtigstem zeitgenössischen Widersacher Matthew Wren ein. Nach Wrens Einschätzung ist nicht die Frage, wer Land besitzt, sondern diejenige, wer Geld besitzt, das relevante Kriterium, wonach die militärisch-politische Machtverteilung in einem Staat bestimmt wird:

... the Assertion will appear too positive that propriety producing Empire consists only in land, except in such places as *Holland* and *Genoa* which have little or no land: Experience instructs us that it is not a large possession in lands, but an Estate in ready mony which is proper for carrying on a great and sudden Enterprise.³²

Harringtons Opponent nimmt gedanklich die Position der späteren Court-Whigs vorweg, dass die generelle Wirtschaftskraft und nicht die agrar-republikanische Bürgertugend massgebend sei für die militärpolitische Stärke eines Staates:

It is not to be doubted but that a Revenue sufficient to maintain a Force able to bear down all Opposition, does equally conduce to Empire, whether it arises from the Rents of lands, the Profits of ready moneys, the Duties payable upon Manufactures and Trafique, or any other kind of Income.³³

Die militärischen Erfolge der frühen 1650er Jahre sind für Wren vor allem auf die finanziellen Mittel der City of London zurückzuführen. Bezüglich Finanzkraft sei eine Republik einer Monarchie nicht überlegen. Das Beispiel der Medici zeige dies.³⁴ Aufschlussreich ist, dass Wren das antike Sparta nicht als Hort bürgerlicher Tugend, sondern als erzwungenen, kulturlosen Kriegerstaat darstellt: Lykurg habe ausschliesslich darauf Acht gegeben, aus den Spartanern gute Soldaten zu machen. Angesichts der ständigen Kriege sowie der Unterdrückung des privaten Reichtums und des Luxus sei

³² Wren (1657), *Considerations*, S. 14f. und S. 32: " ... propriety may as well consist in ready Money, or any other forraign [sic.] Revenue as in Possession of Lands." Ders. (1659), *Monarchy Asserted*, S. 130: "That so far as Riches doe conduce to Empire, it is to be understood indifferently of all sorts of Riches and not to be restrained to Propriety or the *Ballance* in Land unless in such places where there is no considerable Wealth but what arises immediately from the Revenue or Cultivation of Land."

³³ *Ibid.*, S. 24: " ... where the Estimate and Purchase of all usefull things is reduced to Mony, there the Influence which Riches have upon Power flows not from an Estate in Land only, but principally and immediatly from ready Mony; Or to make use of Mr. *Harrington's* Words, the Balance of Dominion in land is not the Naturall Case of Empire."

³⁴ *Ibid.*, S. 31.

es kein Wunder, dass die Spartaner auszuwandern suchten.³⁵ Wrens positive Sicht von Luxus und Geld ist bemerkenswert. Dadurch deutet er bereits ansatzweise eine Neubewertung des Phänomens des privaten Luxus an. Im 18. Jahrhundert sollte diese Umdeutung durch Bernard Mandeville und David Hume weiter vorangetrieben werden.

C.B. Macpherson sieht in seiner Studie über die Wurzeln der politischen Theorie des liberal-demokratischen, kapitalistischen Besitzindividualismus Harrington neben Hobbes als einen wichtigen Vertreter.³⁶ Harrington verteidigt tatsächlich Hobbes gegenüber den Angriffen Wrens. Dies ist jedoch vor allem auf ihren gemeinsamen Antiklerikalismus zurückzuführen.³⁷ Wrens politische Theorie steht derjenigen von Hobbes viel näher als derjenigen von Harrington. Wren ist es, welcher in seiner Verteidigung der monarchischen Staatsform gegenüber Harringtons Republikideal mehrere besitzindividualistische Positionen auf der Basis der Prämissen des Handels entwickelt.³⁸ Der Unterschied zu Harrington zeigt sich mindestens in sechs wesentlichen Punkten: der methodologischen Frage nach dem Verhältnis zwischen politischer Theorie und Geschichte, dem Geschichtsbild, dem Freiheitsbegriff, dem Menschenbild, der Rolle des Eigentums und der Frage der Wehrverfassung. Während auf den letztgenannten Aspekt später ausführlich eingegangen wird, sollen im Folgenden die ersten fünf Punkte kurz dargestellt werden.

Sowohl Harrington als auch Wren bedienen sich historischer Beispiele, um ihre theoretischen Argumente zu untermauern.³⁹ Bei Harrington ist jedoch die Überzeugung, von historischen Beispielen handfeste politische Konzepte ableiten zu können, viel ausgeprägter als bei Wren. Er will die verborgenen Schätze aus den Minen der "ancient prudence" ans Tageslicht befördern.⁴⁰ Niemand könne ein Politiker sein, wenn er nicht vorher ein Historiker oder ein Reisender gewesen sei.⁴¹ Während es für Harrington keinen Konflikt zwischen Vernunft und Geschichte zu geben scheint, zeigt sich Wren in dieser Frage skeptischer. Er entwertet den historischen Faktor deutlich: Die politische Wissenschaft sei erst dann vollständig, wenn der Blick auf unbestreitbare

³⁵ *Ibid.*, S. 58f.: "The design of *Lycurgus* seems only to have looked at making them good Souldiers, and accordingly they were seldome free from War, ... Riches, Luxury and Excesse, being thus banished, it is no wonder they continued to quit".

³⁶ Macpherson (1967), S. 182-218.

³⁷ Siehe Pocock (1977), S. 83-89.

³⁸ Vgl. Pocock (1980), S. 114-118.

³⁹ Wren (1659), *Monarchy Asserted*, Einleitung, erste unpaginierte Seite: "That Mr. Harrington who undertakes to vindicate the reason of Popular Government and I who have professed myselfe a Friend to Monarchy, should from the observation of the same Naturall Causes, and of the the same Actions in Historie, forme different Judgements".

⁴⁰ Harrington (1656), *The Commonwealth of Oceana*, S. 207.

⁴¹ *Ibid.*, S. 310.

Prinzipien und die logischen Schlussfolgerungen daraus geworfen werde. Andernfalls sei sie blosser Empirie.⁴²

Harringtons Geschichtsbild ist insgesamt zyklisch – wobei er hofft, dass das neue Zeitalter noch besser wird als dasjeniger der "ancient prudence".⁴³ Bei Wren dagegen findet sich bereits in Ansätzen eine linear-progressive Geschichtstheorie über drei Stufen: Im Naturzustand (Stufe 1) gibt es kein Eigentum, und darum gilt das Streben eines jeden ausschliesslich dem physischen Überleben. Das Eigentum entsteht im Grunde erst auf der zweiten Stufe durch die Errichtung einer politischen Ordnung (establishment of empire). Das Eigentum an Land ist für Wren somit eine Folge der politischen Machtverteilung. Dies im Gegensatz zu Harrington, welcher die politische Macht als abhängige Variable der Eigentumsverhältnisse an Land sieht. Die politische Staatsgewalt entsteht auf dieser zweiten Stufe aus dem individuellen Wunsch nach Annehmlichkeit (Convenience and the Reall pleasing [of] our Senses). Die dritte Stufe ist dadurch gekennzeichnet, dass die Menschheit nach Luxus (Luxurie [sic.]) und Eitelkeit (vanity) strebt.⁴⁴ Auch mit diesem Geschichtsbild ist Wren seiner Zeit weit voraus. Im 18. Jahrhundert sollte die Vorstellung einer progressiven Geschichtsentwicklung durch Autoren wie Adam Smith zu einer mehrstufig-linearen Fortschrittstheorie ausformuliert werden.

Ein Hauptunterschied zwischen Hobbes und Wren auf der einen und Harrington auf der anderen Seite bezieht sich auf den Freiheitsbegriff. Hobbes' Untertan verzichtet im Gesellschaftsvertrag auf die positive Freiheit, um die negative Freiheit zu bewahren.⁴⁵ Diese Freiheit definiert Hobbes wie folgt: "A free man is he, that in those things, which by his strength and wit he is able to do, is not hindered to doe what he has a will to".⁴⁶ Entsprechend dieser Gleichsetzung von Freiheit mit Nichteingriff stellt für Hobbes letztlich jede Rechtsordnung eine Beschränkung der individuellen Freiheit dar. Ei-

⁴² Wren (1659), *Monarchy Asserted*, S. 90: "It is the Foundation of *Government* upon undeniable *Principles*, and the Deductions from them, which render Politiques a Compleat [sic.] Science, without which the greatest Conversation with particular Commonwealths can but at most make Men *Empiricks* in Policy."

⁴³ Pocock (1975), S. 388f.

⁴⁴ Wren (1659), *Monarchy Asserted*, S. 19-22; S. 19: "... there was no settled Propriety before the Establishment of Empire, nor could any Man be said to have the Dominion of that Land ... But after the Establishment of Empire, then the United Force of those who became Subject to One Sovereign Power was grown greater then could be resisted by Particular Men, Then and not before was Propriety and Dominion in Land fixed ... indeed Propriety may be said to be before Empire, ... But then this Propriety depended upon some former empire, and would no longer continue to be Propriety if the succeeding Empire (be it either by Naturall or Violent Revolution) did not allow and Authorize it."

⁴⁵ Siehe Berlin (1969), S. 121-131, und Pettit (1997), S. 17-50.

⁴⁶ Hobbes (1651), *Leviathan*, Kap. 14, S. 146.

ne perfekte Freiheit würde die völlige Absenz von Gesetzen bedingen. Deshalb ist für Hobbes keine Rechtsordnung *a priori* stärker freiheitsverträglicher als eine andere. Die Volksversammlung einer Republik kann tyrannischer sein als ein benevolenter Monarch.⁴⁷

Harrington verteidigt in der *Oceana* Aristoteles und Livius gegenüber Hobbes: Es sei wichtig, zu unterscheiden zwischen der Freiheit *von* den Gesetzen (liberty from the laws) und der Freiheit *durch* die Gesetze (liberty by the laws).⁴⁸ Anders als für Hobbes ist für Harrington die letztgenannte Freiheit relevanter. Die gesetzlich geschaffene Freiheit sieht er nur in ganz wenigen Republiken wie Lucca gewährleistet.⁴⁹ Für ihn ist eine gute Rechtsordnung die Folge einer gut geordneten Republik und die Quelle bürgerlicher Freiheit, während für Hobbes letztlich jede Rechtsordnung einen Eingriff in die individuelle Freiheit mit sich bringt. Für Hobbes schränken Gesetze die Freiheit ein, während für Harrington die gute Rechtsordnung die Freiheit erst ermöglicht. Während Hobbes die positive Freiheit zugunsten der negativen Freiheit ausblendet, finden sich bei Harrington neben der positiven Vorstellung auch Elemente eines negativen Verständnisses – so beispielsweise die Gewissensfreiheit.⁵⁰ Gleichwohl besteht Harringtons Ziel stets weniger darin, den individuellen Wunsch nach Sicherheit des Eigentums zu befriedigen, als diesen Wunsch zur Ausprägung bürgerlicher Tugenden nutzbar zu machen. Hierzu passt, dass er sich nicht oder nur wenig an individuellen Naturrechten interessiert zeigt. Das politische Leben ist für ihn nicht in erster Linie geprägt durch den Konflikt zwischen Staatsmacht und der Freiheit des Individuums. Blair Worden meint sogar, in Harringtons Denken gebe es im Grunde gar keinen Staat, sondern nur ein Commonwealth, und dessen Freiheit sei für ihn untrennbar mit der Freiheit der Bürger verbunden. Die Republik und der Bürger würden zwar gemeinsam stark und frei. Es sei aber doch das Commonwealth, welches für Harrington neu geboren werde und nicht das Individuum.⁵¹ Gleichwohl wirken die "orders" der *Oceana* auf den Bürger zurück: Sie tragen zur Verbesserung der für die Erhaltung des Common-

⁴⁷ In Filmer (1680), *Patriarcha*, S. 268, findet sich dieser Gedanke explizit: "... for it is no law except it restrains liberty"; S. 275: "But such liberty is not to be found in any commonweal, for there are more laws in popular estates than anywhere else, and so consequently less liberty".

⁴⁸ Harrington (1656), *The Commonwealth of Oceana*, S. 170: "The mountain hath brought forth, and we have a little equivocation! For to say that a Lucchese hath no more liberty or immunity from the laws of Lucca than a Turk hath from those of Constantinople, and to say that a Lucchese hath no more liberty or immunity by the laws of Lucca than a Turk hath by those of Constantinople, are pretty different speeches."

⁴⁹ *Ibid.*, S. 170f.

⁵⁰ Zur intrinsischen Verbindung von positiver Freiheit (civil liberty) und Gewissensfreiheit (liberty of conscience) siehe S. 332.

⁵¹ Worden (1994b), S. 105.

wealth notwendigen Bürgertugend bei.⁵² Harringtons Staatszweck ist letztlich derselbe wie für Aristoteles: das gute, sprich tugendhafte Leben. So schreibt er, dass das Commonwealth bei den Engländern dieselbe Tugend (virtue) und Glückseligkeit (felicity) schaffen werde, wie sie vordem Lykurg für die Spartaner erreichte.⁵³

Wrens Konzept der Freiheit entspricht weitgehend demjenigen von Hobbes. Wie sein Widersacher identifiziert Wren die positive Freiheit als typische Eigenart einer Republik (popular government) und versucht sie deshalb abzuwerten: Er könne nicht verstehen, wie es im Interesse des Volkes liegen könne, selber zu regieren und Gesetze zu verabschieden. Das öffentliche Interesse bestehe doch vielmehr darin, so regiert zu werden und unter solchen Gesetzen zu leben, dass erstens eine unparteiische Gerechtigkeit resultiere und zweitens jedermann seinem privaten Vergnügen nachgehen könne. Und gerade dies zu bewerkstelligen, sei die hauptsächliche Sorge eines Monarchen:

I cannot understand how it is the Publique Interest of the whole People to Govern and make Lawes, but indeed to be so Governed and live under such Lawes, that Justice may be impartially administred and Every Man preserved in the Enjoyment of his Own, which I have shown to be a Monarch's chiefe Care.⁵⁴

Keine Staatsform – vor allem auch nicht eine Republik – ist für Wren *per se* freiheitlicher oder stabiler⁵⁵ konstituiert als eine andere. Wirkliche Volkssouveränität sieht er notwendigerweise mit einer direktdemokratischen Staatsform verbunden. Weil diese für ganz England nicht durchführbar ist, ist für ihn auch ein "popular government" notwendigerweise zum Scheitern verurteilt.⁵⁶

Wrens Menschenbild ist nicht dasjenige eines aristotelischen *zoon politikon*, welcher vor dem Hintergrund eines identifizierbaren Gemeinwohls durch aktive Partizipation am Staat seiner Natur als politisches Lebewesen nachzuleben versucht. Er hat vielmehr ein quietistisches Menschenbild hobbesianischer Prägung. Wie für Hobbes stellt für Wren der individuelle Wunsch nach physischem Überleben der entscheidende

⁵² Siehe Harrington (1656), *The Commonwealth of Oceana*, S. 355.

⁵³ *Ibid.*, S. 341.

⁵⁴ Wren (1659), *Monarchy Asserted*, S. 12.

⁵⁵ *Ibid.*, S. 84: "Popular Government has no more security than any other of being free from *Seditious*."

⁵⁶ *Ibid.*, S. 85ff.: "For the *people of Oceana* being too numerous and too much dispersed to Assemble Personally in one place, They cannot concur to any Act but by their *Representative*; But that *Representative* not having the *Sovereign* power, ... So that upon the Matter, *Oceana*, is not a Single Commonwealth, but a Compounded One made up by a tacite League of so many Commonwealths as there are lesser *Sovereign* Assemblies in *Oceana*. ... And therefore whensoever the lesser *Sovereign* Assemblies in *Oceana* come to be divided in their Interest, the Commonwealth must fall in Pieces."

Schritt zur Errichtung staatlicher Macht dar: "The Desire of self Preservation was ... the first steep to *Government*, and the Institution of *Sovereign Power* was the Caution that every Man had of every other Man for his Preservation".⁵⁷ Es sei ein Fehler zu denken, die Mehrheit des Volkes sei mit dem Wunsche nach Machtbeteiligung infiziert. Der Schutz des Eigentums und die Motivation, sich mehr davon durch Gewerbeleiß anzueignen, würden genügen, um das Volk glücklich zu machen.⁵⁸

Für Wren schafft die politische Macht das Eigentum, indem sie es überhaupt erstmals zu garantieren vermag. Bei Harrington dient das Eigentum vor allem einer politischen Funktion. Demzufolge hat er auch gar nicht den Wunsch, eine ökonomische Wachstumstheorie zu entwickeln. Ökonomische Beziehungen des Eigentümers, welche über den Punkt hinausgehen, wo dieser aufhört, militärischer Gefolgsmann eines Feudalherren zu sein, interessieren ihn kaum. Gegenüber dem möglichen Einwand, ein Ackergesetz würde den Gewerbeleiß beeinträchtigen, gibt sich Harrington auf den ersten Blick ausgesprochen handelsfreundlich: Während Sparta den Handel und das Geld habe verbieten müssen, würde das Ackergesetz in England beides multiplizieren.⁵⁹ Jeffrey Barnouw zieht jedoch einen falschen Schluss, wenn er schreibt, Harrington habe England bereits als eine Handelsnation wahrgenommen.⁶⁰ Es ist vielmehr so, dass Harrington in einem Flächenstaat wie England das politische Gleichgewicht dermassen zugunsten der Landeigentümer fixiert sieht, dass man sich sogar erlauben kann, das Geld zuzulassen: " ... in a territory of such extent as Spain or England, the land being not to be overbalanced by money, there needeth no forbidding of money or usury."⁶¹ Harrington toleriert in seiner Vision einer Republik von Landeigentümern die Geldwirtschaft ohne sie wirklich zu schätzen. Geld kann in seinen Augen in England niemals dauerhaft eine stabile Grundlage politischer Herrschaft darstellen.⁶² Harringtons Wirtschaftskonzept ist letztlich nicht auf Profit ausgerichtet – wie dies Barnouw und Rahe fälschlicherweise meinen –, sondern auf Stabilität und Musse.⁶³ Wie Aristoteles sieht Harrington nicht individuellen Gewinn als Endziel persönlichen Landbe-

⁵⁷ *Ibid.*, S. 93. Siehe auch S. 97.

⁵⁸ *Ibid.*, S. 20: "It is an Error to think ... that the Generality of a People are infected with a Desire of Sovereign Power, and will not be satisfied with Protection in their present Possessions, and Incouragement in Acquiring more by the way of a Regular Industrie."

⁵⁹ *Ibid.*, S. 238.

⁶⁰ Barnouw (1976), S. 65.

⁶¹ Harrington (1658), *The Prerogative of Popular Government*, S. 407.

⁶² *Ibid.*, S. 404: "Though riches in general have wings and be apt to bate, yet those in land are the most hooded and tied unto the perch, whereas those in money have the least hold and are the swiftest of flight. ... lightly come, lightly go."

⁶³ Rahe (1994a), II, S. 190: "In James Harrington's hands the citizen-soldier ... becomes an almost bourgeois figure, pursuing his "trade" chiefly for the sake of the profits it brings."

sitzes. Massvoller Landbesitz schafft diejenige materielle Unabhängigkeit, welche Voraussetzung ist, um in die öffentliche Sphäre des Krieges und der Politik einzutreten.

Als Vorbild für das *zivile* Regelwerk in der *Oceana* dient Harrington vor allem das zeitgenössische Beispiel der Republik Venedig. Als Vorbild für die *militärische* Ordnung zieht er – neben Sparta und Israel – speziell die römische Republik heran. In dieser Frage ist der Einfluss Machiavellis auf Harrington am grössten.

Harringtons Miliz ist wie diejenige Machiavellis im Sinne des ersten Milizmerkmals keine private, sondern eine öffentliche Institution. Die *Oceana* ist eine Eigentümer- und Soldatenrepublik. Weil sie gut geordnet ist, wird sie auch militärisch erfolgreich sein. Militärische Stärke und gute staatliche Ordnung sind für Harrington interdependent. Auch hier ist es aufschlussreich, kurz anzuhalten und Matthew Wrens Gegenposition aufzuzeigen. Wren kritisiert nämlich genau diese Verbindung: Nicht die Perfektion einer staatlichen Ordnung, sondern die allgemeine Wirtschaftskraft und die Kriegswirtschaft sind für ihn die massgeblichen Determinanten des militärischen Erfolges.⁶⁴ Wren verweist auf die Zwergrepubliken Ragusa und San Marino: Diese hätten zwar eine gute staatliche Ordnung, seien jedoch militärisch nie erfolgreich gewesen.⁶⁵ Bezüglich militärischer Tugend ist für ihn keine Staatsform *per se* einer anderen überlegen – vor allem nicht eine Republik gegenüber einer Monarchie.⁶⁶

In *The Prerogative of Popular Government* (1658) reagierte Harrington auf Wrens Kritik. Von Machiavelli übernimmt er die grundlegende Unterscheidung zwischen eigenen (inländischen) und fremden (ausländischen) Truppen: "... arms are of two sorts, proper or improper; that is, native or foreign."⁶⁷ Dem Florentiner folgt er auch mit der Zweiteilung der fremden Einheiten in Hilfstruppen (*auxiliaries*) und Söldner (*mercenaries*) sowie mit deren negativen Beurteilung. Fremde Truppen seien die unzuverlässigsten und gefährlichsten von allen. Die Goten und Vandalen seien als Hilfstruppen oder

⁶⁴ Wren (1657), *Considerations*, S. 52: "It is not the perfection of government, but the populousness of a Nation, the natural Valour of the Inhabitants, the Abundance of Horses, Arms and other things necessary for equipping of an army, assisted with a good Military Discipline, that Qualify a people for Conquest; And where these concur, Victory is entailed upon them, whether it be of one Monarch over another, or of a Commonwealth over a people of the same form of Government."

⁶⁵ Wren (1659), *Monarchy Asserted*, S. 127: "... to prove that the Success of Arms has no necessary Dependance upon Perfection of Government, Seeing these Commonwealths have a good Government, yet never were successfull in Arms."

⁶⁶ *Ibid.*, S. 115: "He grants the Vanity of his own Conceit, That military Virtue should be the necessary Effect of Popular Government, Or that Commonwealths have merely by Virtue of their Policy been preserved from being conquered by Monarchs."

⁶⁷ Harrington (1658), *The Prerogative of Popular Government*, S. 443.

Söldner für den Ruin des römischen Reiches verantwortlich gewesen. Venedig könne mit solchen Truppen lediglich dank seiner günstigen geographischen Lage überleben.⁶⁸

Die eigenen Truppen können gemäss Harrington vorkommen: in einem "government of subjects", einem "government of citizens" und einem "government of servants". Auch diese Typologie stammt offensichtlich von Machiavelli. Im *Principe* gliedert dieser die eigenen Truppen (*armi proprie*) in solche aus Untertanen (*sudditi*), Bürgern (*cittadini*) und Dienern (*creati tuoi*).⁶⁹ Zwischen Staatsform und Wehrform gibt es für Harrington ganz bestimmte, geradezu zwingende Konstellationen.⁷⁰ Dabei schaut er durch die klassische und ihm namentlich von Machiavelli bekannte Mischverfassungsbrille. Diese unterteilt die Staatsformen in die Herrschaft eines "Einzelnen", von "Wenigen" oder von "Vielen".⁷¹

Ein "government of servants" ist für Harrington eine *absolute Monarchie*. Weil eine Einzelperson Eigentümer des ganzen Landes oder von zwei Dritteln bis drei Vierteln davon ist, liegt dessen uneingeschränkter Wille dem Gesetz zu Grunde. Ein solcher Staat sei zwar schwierig zu erobern, weil die Bewohner unter ständiger Kontrolle und Disziplin gehalten werden. Wer in die Türkei einmarschieren wolle, müsse sich deshalb – angesichts des Fehlens innenpolitischer Unruhe und Uneinigkeit – ausschliesslich auf die eigene militärische Stärke verlassen. Sobald die Eroberung jedoch einmal gelungen sei, könne ein solcher Staat sehr leicht kontrolliert werden. Weil die Bewohner schon immer Sklaven gewesen seien, könnten sie nämlich durch die Eroberung nur gewinnen.⁷² Als Beispiel für diese These nennt Harrington die Niederwerfung Persiens durch Alexander den Grossen. Für ein "government of servants" seien fremde Truppen am wenigsten notwendig, dafür aber am gefährlichsten. Wie das Beispiel der Türkei zeige, würden fremde Garden oder Mamelucken sowohl dem Herrscher als auch der Staatsmacht (*empire*) gefährlich. Die einheimischen Diener (*servants*) hingegen könnten nur die Person des Herrschers stürzen, nicht die Staatsmacht als solche.

Ein "government of subjects" ist für Harrington eine *gemischte Monarchie* (*regulated Monarchy*). Der Erbadel ist Eigentümer des ganzen Landes oder von zwei Dritteln bis drei Vierteln davon. Dies müsste theoretisch eigentlich zu einer reinen Aristokratie führen. In der Praxis braucht die Aristokratie in Harringtons Vorstellung jedoch stets einen König als Schiedsrichter. Das mittelalterliche England war zur Zeit der gotischen

⁶⁸ *Ibid.*, S. 445f.

⁶⁹ Machiavelli (1513), *Il Principe*, Kap. 13, S. 87.

⁷⁰ Zu den Staatsformen siehe Harrington (1656), *The Commonwealth of Oceana*, S. 163ff.

⁷¹ *Ibid.*, S. 162.

⁷² Harrington (1658), *The Prerogative of Popular Government*, S. 442: "For the people, having been always slaves, are such whose condition he may better, in which case they are gainers by their conqueror, but can never make worse, and therefore they lose nothing by him."

Balance ein solches Regime. Ein "government of subjects" kann leicht erobert werden, weil sich dort die Macht des Monarchen auf eine alteingesessene Erbaristokratie stützt. Der König kann sich dieses regulierenden aristokratischen Einflusses nicht einseitig entledigen, ohne – wie im Falle Henry VII – seine eigene Machtbasis zum Einsturz zu bringen. Das Eigengewicht der Aristokratie zeigt sich darin, dass sie immer wieder ausländische Invasoren zum Sturz einer herrschenden Dynastie einlädt. Dasselbe kann immer wieder geschehen. Dies erklärt, weshalb eine gemischte Monarchie aus der Sicht eines Eroberers nicht leicht zu halten ist. So habe es Frankreich geschafft, sowohl die Engländer als auch die Spanier aus seinen Territorien zu vertreiben.⁷³

Ein "government of citizens" ist für Harrington eine Republik, ein *Commonwealth*. Eine Republik wird für ihn dadurch charakterisiert, dass die Mehrheit oder das Volk Eigentümer des ganzen Landes oder von zwei Dritteln bis drei Vierteln davon ist. In einem Commonwealth wie Israel, Sparta, Rom oder Holland liegt der Wille des gesamten Volkes dem Gesetz zu Grunde. Mit Blick auf die Ackergesetzgebung unterteilt Harrington zwischen gleichen und ungleichen Republiken. Ein ungleiches Commonwealth wie die römische Republik oder Athen zeichnet sich dadurch aus, dass Volk und Nobilität zwei getrennte hereditäre Stände (estates) mit entgegengesetzten Interessen darstellen. Mit der Zweiteilung in Patrizier und Plebejer hatte Rom den Kern seines Unterganges schon von Beginn an in sich. In einem gleichen Commonwealth wie Israel, Sparta und Venedig fehlt der Gegensatz zwischen den "Vielen" und den "Wenigen", indem die "Wenigen" in den "Vielen" enthalten sind. Ist die ungleiche Republik durch eine Erbaristokratie charakterisiert, verfügt die gleiche Republik über eine rotierende und gewählte *natürliche Aristokratie*.⁷⁴ Das Volk und der aristokratische Senat haben in einer gleichen Republik identische Interessen. In einer ungleichen Republik gibt es ständigen Aufruhr, in einer gleichen Republik ständige Harmonie.⁷⁵ Um das harmonische Verhältnis zwischen natürlicher Aristokratie und der Demokratie der Eigentümer zu beschreiben, bedient sich Harrington einer militärischen Metapher: So wie es in einer Armee sowohl Offiziere als auch Mannschaften brauche, hänge eine Republik sowohl vom Adel (*gentry*) als auch vom Volk (*people*) ab.⁷⁶ Gleiche Republiken wie Israel seien am schwierigsten zu erobern, ungleiche wie Rom fast ebenso. An Freiheit und Waffen gewöhnte Menschen wollten niemals das Joch ertragen. Des-

⁷³ *Ibid.*, S. 442.

⁷⁴ Zur Idee der natürlichen Aristokratie und des "Deference"-Konzeptes siehe Pocock (1976), S. 516-523.

⁷⁵ Harrington (1658), *The Prerogative of Popular Government*, S. 426. In Bezug auf die Rotation waren für Harrington auch die gleichen Republiken Israel und Sparta ungleich. Ders. (1656), *The Commonwealth of Oceana*, S. 184.

⁷⁶ *Ibid.*, S. 183.

halb seien Republiken niemals durch Monarchien erobert worden, wenn sie nicht schon vorher innerlich zerbrochen waren.⁷⁷ Diese Position illustriert Harrington auch mit einem längeren Auszug aus *Dell'Arte della Guerra*, in welcher Machiavelli die Tugendhaftigkeit antiker Milizen der modernen Verweichlichung und Korruption gegenüberstellt.⁷⁸ Gleiche Republiken seien darum am schwierigsten zu erobern, weil der Invasor auf eine geeinte Gesellschaft treffe. Zudem seien alle Bürger auch Soldaten und als solche an den Waffen geübt. Nicht zur Verteidigung einer Sklaverei, sondern für ihre Freiheit würden sie die Waffen, mit dem grössten Mut beseelt, einsetzen.⁷⁹ Für den klassischen Republikaner Harrington ist das dritte Milizmerkmal – die notwendige Nebenberuflichkeit des Soldatenwesens – von grösster Bedeutung: "Where the arms in bulk are proper and consisting of citizens, they have other trades and therefore are no soldiers of fortune".⁸⁰ Die Milizsoldaten der *Oceana* werden abwechslungsweise in militärischer und bürgerlicher Disziplin geübt: Entsprechend den Notwendigkeiten und den Regeln (orders) der Republik alternieren sie zwischen dem militärischen und dem bürgerlichen Dienst. So hätten Israel, Athen, Sparta und Rom die bestdisziplinierten Milizen der Weltgeschichte besessen.⁸¹ Bürgermiliz und freiheitlich-republikanische Staatsordnung gehören für den Bürgerhumanisten Harrington untrennbar zusammen. Sind für Machiavelli gute Waffen noch grundlegender als gute Gesetze, ist das Verhältnis für Harrington umgekehrt. Militärische Stärke leitet sich von einer guten politischen Ordnung ab: "... arms except they have a root in policy, are altogether fruitless."⁸²

Wie ist die Miliz in Harringtons *Oceana* konkret organisiert?⁸³ Grundsätzlich ist jeder Eigentümer auch Soldat und Bürger. Eigentümer sind alle Grundbesitzer und die Selbständigerwerbenden in Handel und Gewerbe. Entscheidendes Kriterium bildet der Umstand, dass man über die nötigen Mittel verfügt, sich selber zu versorgen: "Freemen

⁷⁷ Harrington (1658), *The Prerogative of Popular Government*, S. 443. Hier zitiert Harrington wörtlich aus dem fünften Kapitel von Machiavellis *Principe*.

⁷⁸ *Ibid.*, S. 444f.

⁷⁹ *Ibid.*, S. 442f.: "... the invader of such a society must not only trust unto his own strength, inasmuch as, the commonwealth being equal, he must needs find them united, but in regard that such citizens, being all soldiers or trained up unto their arms, which they use not for the defence of slavery but of liberty ..., they have more especially upon this occasion the highest soul of courage and (if their territory be of any extent) the vastest body of a well disciplined militia that is possible in nature".

⁸⁰ *Ibid.*, S. 444.

⁸¹ *Ibid.*, S. 444.

⁸² *Ibid.*, S. 456.

⁸³ Die beste Darstellung der militärischen Ordnung findet sich in Harrington (1659), *The Art of Lawgiving*, III, 3, S. 682-685. Siehe auch Riklin (1998b), 198-200.

are such as have wherewithal to live of themselves; and servants such as have not."⁸⁴ Eigentum gewährleistet die Unabhängigkeit des Bürgersoldaten, wobei das Eigentum an Land in Harringtons Einschätzung sicherere Gewähr bietet als die übrigen Besitztümer. Als gebürtiger Landadeliger steht er dem unruhigen Stadtleben und dem gekünstelten Leben am Hof kritisch gegenüber.⁸⁵ Von Aristoteles übernimmt er die Auffassung, dass die freie Landbevölkerung die stabilste Grundlage einer demokratischen Republik darstellt:

... husbandy of the country way of life, though of a grosser spinning, as the best stuff of a commonwealth, according unto Aristotle, *agricolarum democratica respublica optima*; such an one being the most obstinate assertness of her liberty and the least subject unto innovation or turbulency.⁸⁶

Die Freien unterteilt Harrington in zwei Alters- und zwei Vermögensklassen. Im Falle einer ausländischen Invasion und einer akuten Notsituation sind sowohl die Jüngeren von 18 bis 30 Jahren als auch die Älteren über dreissig im Sinne des vierten Milizmerkmals wehrpflichtig. Die folgenden Ausführungen richten sich auf den Normalzustand, wenn nur die Jüngeren wehrpflichtig sind. Die Älteren sind dann als Freiwillige zugelassen. Die reicheren Bürger bilden die Kavallerie, die ärmeren Bürger die Infanterie der Republik.⁸⁷ Nur die älteren wehrpflichtigen Eigentümer über dem 30. Lebensjahr besitzen das aktive Wahlrecht. Das passive Wahlrecht ist gemäss den beiden Vermögensklassen abgestuft. Gewählt wird in militärischer Formation, getrennt in Reiter und Fusssoldaten.⁸⁸ Harrington übernimmt von Bacon und Machiavelli die Präferenz für die demokratische Infanterie gegenüber der aristokratischen Kavallerie: Die Infanterie sei der Nerv eines Heeres.⁸⁹

Es gibt in Harringtons Modell fünf Ausnahmen – das heisst Eigentümer, welche im Normalzustand nicht auch Soldaten sind: Erstens sind die Frauen zwar eigentums- und erbberechtigt, nicht aber wehrpflichtig; demzufolge haben sie auch keine politischen Rechte.⁹⁰ Zweitens ist ein Einzelsohn von der Wehrpflicht ausgenommen. Drittens darf bei zwei Söhnen immer nur einer im Ausland dienen; bei mehreren Söhnen nicht mehr als die Hälfte. Viertens ist die Dienstverweigerung bei gleichzeitigem Verlust der politischen Rechte möglich. Die Verweigerer zahlen zusätzlich zu ihren Steuern einen Militärflichtersatz von einem Fünftel des Einkommens. Es wäre jedoch ein Fehlschluss,

⁸⁴ Harrington (1659), *The Art of Lawgiving*, III, 1, S. 665.

⁸⁵ Harrington (1656), *The Commonwealth of Oceana*, S. 158.

⁸⁶ *Ibid.*, S. 158.

⁸⁷ *Ibid.*, S. 213.

⁸⁸ *Ibid.*, S. 218ff.

⁸⁹ *Ibid.*, S. 157.

⁹⁰ *Ibid.*, S. 231; S. 239 und S. 353.

Harrington eine allzu grosse Toleranz gegenüber der Militärdienstverweigerung zu unterstellen. In der *Oceana* kritisiert er nämlich als ein charakterisierendes Merkmal moderner Korruption, dass man heute die Reichen vom Militärdienst ausnehme und die Armen bewaffne. In der Antike jedoch habe man umgekehrt die Armen ausgenommen und den Mittelstand bewaffnet, das heisst diejenigen, welche reich genug waren, um frei zu sein.⁹¹ Fünftens sind Theologen, Ärzte und Juristen von der Wehrpflicht befreit. Sie haben aber auch keine politischen Rechte.⁹²

Aus dem Kreis der Jüngerer wird in einem mehrstufigen Verfahren die Truppe für den Aktivdienst bestimmt. Zunächst wählen auf der Stufe der Gemeinde (parish) die ungefähr 500'000 Jüngerer das erste Aufgebot (first essay) von 100'000 Mann. Auf der Stufe der Hundertschaft (hundred) wählt das erste Aufgebot die niederen Offizierschargen. Dann wird auf der Stufe des Stammes (tribe) aus den 100'000 Mann des ersten Aufgebots durch Los das zweite Aufgebot, die "marching army" oder "standing army" ausgeschieden. Diese besteht aus 40'000 Mann (10'000 Mann Kavallerie und 30'000 Mann Infanterie). Die Dienstzeit in der "standing army" beträgt ein Jahr. Für die Provinzialarmeen in Schottland und Irland werden im ersten Jahr je 9'000 Mann (1'500 Mann Kavallerie und 7'500 Mann Infanterie) bestimmt. Alljährlich sollen 3'000 Mann davon abgelöst werden (500 Mann Kavallerie und 2'500 Mann Infanterie).⁹³

Wichtig ist, dass die stehende Truppe aufgelöst werden soll, sobald sich die innenpolitische Lage stabilisiert. Zu diesem Zeitpunkt hat die Republik keine Truppen mehr im aktiven Dienst. Unter dem Begriff "standing army" versteht Harrington noch etwas ganz anderes als seine Epigonen – die "Neo-Harringtonianer" – gegen Ende des 17. Jahrhunderts. Vor allem ist ein stehendes Heer für ihn kein parlamentarisches Konzept. "Standing army" und "corruption" bezeichnen für Harrington noch nicht den dauernden Einsitz von Berufsmilitärs im Parlament. In seinem Verständnis ist der Begriff ideologisch unbelastet. Er beschreibt einen rein technischen Sachverhalt: Eine stehende Truppenformation ist so lange notwendig, bis die Milizordnung der *Oceana* in Gang gesetzt worden ist.⁹⁴

Die negative Verwendung des Begriffes "standing army" findet man schon zur Zeit des Interregnums. Der unbekannte Verfasser (R.G.) von *A Copy of a Letter from an*

⁹¹ *Ibid.*, S. 312: " ... this is the first point of the militia, in which modern prudence is quite contrary unto the ancient; for whereas we, excusing the rich and arming the poor, become the vassals of our servants, they, by excusing the poor and arming such as were rich enough to be free-men, became lords of the earth."

⁹² *Ibid.*, S. 300.

⁹³ Harrington (1658), *The Prerogative of Popular Government*, S. 682f.

⁹⁴ Harrington (1656), *The Commonwealth of Oceana*, S. 347.

Officer of the Army in Ireland verstand darunter allerdings noch eine Art Janitscharentruppe oder Prätorianergarde des Königs ohne jedwelchen parlamentarischen Bezug.⁹⁵ Inhaltlich – wenn auch nicht mit dem Begriff "standing army" verbunden – wurde ein stehendes Heer erstmals nach Cromwells Tod und im Verlaufe der Debatte von 1658-60 um ein "other House" vor einem parlamentarischen Hintergrund perzipiert.⁹⁶ Zu einem heftig diskutierten, negativ behafteten politischen Schlagwort mit stark polarisierender Wirkung entwickelte sich der Ausdruck "Standing Army" aber erst Mitte der 1670er Jahre – nun meistens signifikanterweise grossgeschrieben.

Die "standing army" darf somit in Harringtons Vision einer Eigentümer- und Soldatenrepublik nicht fehlinterpretiert werden. Für ihn kann es eine dauerhafte, professionelle Armee in einer Republik im Grunde gar nicht geben. Er schreibt denn auch in *The Art of Lawgiving* (1659), die Soldaten der "standing army" seien keine Söldner, sondern berufstätige Bürger. Sie sollten auch keinen Sold ausbezahlt bekommen.⁹⁷ Selbst in einer gemischten Monarchie ist die Existenz einer professionellen Armee in Harringtons Augen eine logische Unmöglichkeit. Denn die hereditäre Feudalaristokratie stellt für ihn per Definition die alleinige Militärmacht einer solchen Monarchie dar. Andernfalls wäre die Monarchie nicht gemischt, sondern absolut.⁹⁸

Im Gegensatz dazu begrüsst Matthew Wren eine kleine, vom Monarchen abhängige, professionelle Hofgarde als Gegengewicht zur Erbaristokratie.⁹⁹ Auch hier deutet Wren einen Gedanken an, welchen die späteren Court-Whigs gegen Ende des 17. Jahrhunderts wieder aufnehmen und weiterführen sollten. Gemäss dieser Position ist ein Berufsheer nicht *a priori* mit der Freiheit des Bürgers unvereinbar. Bezüglich der individuellen Freiheit ist es vielmehr relevant, ob es gelingt stehende Truppen konstitutionell einzubinden oder nicht.

Wren bringt sogar ansatzweise das Argument vor, dass in komplexen modernen Gesellschaften das Prinzip der Gewaltenteilung auch auf die militärische Tätigkeit ausgedehnt werden muss. Interessanterweise behandelt er diesen Punkt im Zusammenhang mit der für Harrington zentralen und im Grunde aristotelischen Idee der Rotation.¹⁰⁰ Wren gesteht zwar ein, dass das Prinzip der Rotation in den antiken Republiken weitherum praktiziert wurde. Es habe diesen jedoch mehr geschadet als genützt. Unter

⁹⁵ [R.G.] (1656), *A Copy of a Letter from an Officer of the Army in Ireland*, S. 11f.

⁹⁶ Siehe Pocock (1970), S. 46.

⁹⁷ Harrington (1659), *The Art of Lawgiving*, III, 3, S. 683: "The standing army of the commonwealth consisting thus of forty thousand, not soldiers of fortune, not in body nor in pay, but citizens at their vocations or trades".

⁹⁸ Harrington (1658), *The Prerogative of Popular Government*, S. 449.

⁹⁹ Wren (1659), *Monarchy Asserted*, S. 105ff.

¹⁰⁰ *Ibid.*, S. 159ff.

den militärisch unerfahrenen Konsuln Veturius, Varro und Mancinus hätten die Römer die grössten Niederlagen ihrer Geschichte erlitten. Die Armee der modernen Niederlande hingegen habe sich der Rotation nie bedient – wir erinnern uns an die oranische Heeresreform und Justus Lipsius. Trotzdem seien die Holländer die militärischen Vorbilder des gesamten Christentums gewesen. Militärischer Sachverstand ist für Wren nur schwer auf nebenberuflicher Basis zu erlernen. Man muss sich darauf voll konzentrieren: "In small Employments, it is not *Rotation*, or the passing through many hands, that can beget able Men."¹⁰¹ Wren verteidigt die Verlängerung des Heeresbefehls von Marius gegenüber Harrington – und indirekt gegenüber Machiavelli – als notwendige Massnahme zur Erhaltung Roms.¹⁰²

Die Unterscheidung zwischen gleichen und ungleichen Republiken ist für Harrington grundlegend. Eine weitere wesentliche Unterteilung eines "government of citizens" ist diejenige von Machiavelli zwischen einem "commonwealth for preservation" und einem "commonwealth for increase". Als nicht expansiv sieht Harrington die gleichen Republiken Sparta, Karthago und Venedig an. Expansiv waren in seinen Augen die ungleichen Republiken Rom und Athen. Für eine nicht expansive Republik seien fremde Truppen sowohl notwendig als auch gefährlich. So habe sich Sparta auf die Hilfe von Bundesgenossen und manchmal sogar auf die Heloten verlassen müssen. Seenationen wie Karthago und Venedig könnten ihre Landstreitkräfte gar nicht anders rekrutieren.¹⁰³

In einer expansiven Republik seien fremde Waffen weder notwendig noch gefährlich, weil das gesamte Volk selber bewaffnet sei.¹⁰⁴ Harrington will nun zwei Dinge verbinden, welche Machiavelli für unvereinbar hielt: das expansive Rom mit dem stabilen Venedig.¹⁰⁵ Nach Machiavelli muss eine Republik wie Sparta oder Venedig, welche sich nur auf Erhaltung ausrichtet und inneren Frieden bewahren will, notwendigerweise auf die Expansion verzichten. Eine Republik wie Rom jedoch, welche sich für die Expansion entscheide, müsse die innenpolitischen Streitigkeiten zwischen Volk und Nobilität in Kauf nehmen. Da es keinen Mittelweg gebe, sei die expansive Repu-

¹⁰¹ *Ibid.*, S. 166f.

¹⁰² *Ibid.*, S. 170f.

¹⁰³ Harrington (1658), *The Prerogative of Popular Government*, S. 446f. Die Einteilung der Heloten als fremde Truppen widerspricht S. 443, wo sie als "servants in arms" innerhalb der eigenen Truppen Dienst leisten.

¹⁰⁴ *Ibid.*, S. 447.

¹⁰⁵ *Ibid.*, S. 485: "... a soul or genius altogether new in the world, as embracing the arms of Rome and the counsels of Venice, and yet neither obnoxious unto the turbulence of the one nor the narrowness of the other."

blik vorzuziehen.¹⁰⁶ Harrington scheint der Mittelweg möglich, indem er Machiavellis Bild der römischen Republik modifiziert: Der Florentiner habe Rom völlig missverstanden. Wegen der Spaltung in Patrizier und Plebejer sei Rom von Anfang an eine ungleiche Republik und als solche eine unruhige Missgeburt gewesen. Würde man jedoch von Anfang an durch ein Ackergesetz eine gleiche Republik schaffen, gäbe es keinen inneren Grund für Unfrieden.¹⁰⁷ Eine expansive Republik *Oceana* würde wie Venedig innenpolitisch ruhig und wie Rom militärisch gerüstet sein. Mit Hilfe ihrer Insellage würde sie selbst das Meer in seine Schranken weisen.¹⁰⁸ Während eine ungleichgewichtige Republik die Wurzeln im Ausland suchen und nach innen wachsen müsse, würde ein gleichgewichtiges Commonwealth *Oceana* seine Wurzeln im Inland haben und nach aussen wachsen.¹⁰⁹ Erstaunlich ist, dass man diesen freiheitlichen Imperialismus bei Harrington auch noch im späteren Werk *The Prerogative of Popular Government* von 1658 findet. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Aussenpolitik der englischen Republik schon viel von ihrem ursprünglichen Glanz zu Beginn der 1650er Jahre eingebüsst.

Wie weit sollte nun konkret die scheinbar unbegrenzte freiheitliche Expansion Englands ablaufen? Bezüglich Expansionsart folgt Harrington wiederum Machiavelli: In diesem Punkt habe sich der Florentiner selber übertroffen.¹¹⁰ Auch Harrington plädiert für die Expansion nach dem Beispiel der römischen Republik mit ungleichen Bündnen. Dies bewahre die Führerschaft des Kernlandes und die Freiheit der neugewonnenen Gebiete. Das Provinzialregime in Harringtons Verfassungsmodell entspricht dieser gemässigten Expansionsart: England beansprucht gegenüber Schottland und Irland die Hegemonie, überlässt diesen jedoch einen gewissen Autonomiestatus.¹¹¹

Und darüber hinaus? Harrington bleibt eine klare Antwort schuldig. In der Rede des fiktiven Gesetzgebers, Lord Archon, geht er am weitesten. Die Errichtung einer freiheitlichen Weltherrschaft (*empire of the world*) sei nicht nur ein Leichtes, sondern sogar eine moralische Verpflichtung: "Wenn sich die *Oceana* nicht um die Freiheit der Menschheit kümmert, verdient sie ihre eigene nicht."¹¹² Die englische Republik hat eine zivilisatorische und eine religiöse Mission. Wenn nicht England, so würde eine andere Nation, wie das katholische Frankreich, die Weltherrschaft an sich reißen.¹¹³

¹⁰⁶ Machiavelli (ca. 1513-17), *Discorsi*, I, 6, S. 45-51.

¹⁰⁷ Harrington (1656), *The Commonwealth of Oceana*, S. 272-278.

¹⁰⁸ *Ibid.*, S. 160.

¹⁰⁹ Harrington (1658), *The Prerogative of Popular Government*, S. 411.

¹¹⁰ Harrington (1656), *The Commonwealth of Oceana*, S. 323.

¹¹¹ Im Einzelnen Riklin (1998b), S. 110f.

¹¹² Harrington (1656), *The Commonwealth of Oceana*, S. 330.

¹¹³ *Ibid.*, S. 332.

Allerdings ist unklar, inwieweit es sich bei dieser Verbindung von christlichem und republikanischem Messianismus um ein Zugeständnis an den apokalyptisch-puritanischen Zeitgeist oder an das *Alter ego* von Oliver Cromwell handelt.

Anders als für den Moralisten Machiavelli ist für Harrington die Expansion nicht ein kompetitiv-tugendschaffender, aber letztlich selbstzerstörerischer Prozess, an dessen Ende der unvermeidbare Kollaps der einzig verbliebenen Kannibalenrepublik stehen muss. Harrington ist ein Bewunderer venezianischer Institutionen. Als solcher scheint ihm die republikanische Expansion gleichsam ein begrüssenswertes Nebenprodukt einer perfekten, gleichgewichtigen innenpolitischen Ordnung zu sein. Es fällt auf, dass er im Gegensatz zu Machiavelli, Bacon oder Nedham sehr wenig über die Wirkungen des Krieges und des Friedens auf die Tugend des Bürgers schreibt. Der klassische Gedanke, dass längere Friedenszeiten korrumpierend und verweichlichend auf das Naturell eines Volkes wirken, findet sich einzig in einem längeren Zitat aus Machiavellis *Discorsi*.¹¹⁴ In *The Art of Lawgiving* schreibt Harrington zwar zunächst, der Luxus sei für das staatliche Leben viel verheerender als der Krieg. Dann fügt er jedoch überraschenderweise hinzu, ein Krieg würde gerade durch die gute Ordnung der Republik eher vermieden als notwendig gemacht: " ... to be potent in arms is the way of peace."¹¹⁵ Auch in *The Commonwealth of Oceana* findet sich eine Stelle in welcher Harrington individuellen Luxus in einem negativen Licht betrachtet und ihn in Kontrast setzt zur militärischen Tapferkeit.¹¹⁶ Aber im grossen Ganzen erscheint der klassische Gegensatz von verweichlichendem Frieden und Luxus auf der einen Seite, und männlicher Tapferkeit und *virtù* auf der anderen Seite im Vergleich zu Machiavelli, Bacon oder Nedham deutlich abgeschwächt.

Aufschlussreich ist allerdings der Umstand, dass Harrington an einer Stelle "increase" mit "progress" gleichsetzt.¹¹⁷ Er scheint noch einer klassischen Sichtweise verbunden zu sein, wonach territoriale Eroberung und nicht ökonomische Entwicklung die relevante Grösse darstellt für die Messung staatlichen Fortschritts. Mit anderen Worten: Er perzipiert Fortschritt wohl noch immer primär über die Variable *Raum* und weniger über die Variable *Zeit*. Eine Agrarnation kann in seinen Augen den Kommerz so lange tolerieren, als die agrarische Expansion der kommerziellen Entwicklung stets einen Schritt voraus bleibt. Denselben Gedanken wird man bei Thomas Jefferson und John Taylor von Carolina noch am Ende des 18. Jahrhunderts finden.¹¹⁸ Der *territoriale*

¹¹⁴ *Ibid.*, S. 274.

¹¹⁵ Harrington (1659), *The Art of Lawgiving*, III, 3, S. 685.

¹¹⁶ Harrington (1656), *The Commonwealth of Oceana*, S. 312.

¹¹⁷ Harrington (1658), *The Prerogative of Popular Government*, S. 447.

¹¹⁸ Siehe Pocock (1977), S. 63.

Fortschritt einer Nation wiederum hängt für Harrington – anders als für Matthew Wren – nicht von der Kriegswirtschaft, der finanziellen Ausstattung oder dem Bevölkerungsreichtum einer Nation ab. So zitiert Harrington Francis Bacon mit der Feststellung, Frankreich sei zwar viel bevölkerungsreicher als England, die freie englische Mittelklasse bringe jedoch weit bessere Soldaten hervor als die versklavte französische Bauernschaft.¹¹⁹ Als klassischer Republikaner ist für Harrington nicht das Gold, sondern die militärische Tugend des Bürgers ausschlaggebender Nerv der Kriegführung.¹²⁰ Diese militärische Tugend vermag nur eine freiheitliche, gleichgewichtige Mittelstandsgesellschaft nach aristotelischem Muster freizusetzen. Während der Händler als Entgelt für seine Geschäfte nur Seide oder Segeltuch erhalte, so Harrington, werde der Bürgersoldat durch seine Mühe mit dauerndem Landbesitz belohnt.¹²¹

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich bei Harrington die wesentlichen Merkmale der klassisch-republikanischen Milizidee feststellen lassen: Er sieht die ideale Miliz der Republik *Oceana* als eine staatliche, aus *Einheimischen* rekrutierte Institution. Die Truppe setzt sich aus *Bürgersoldaten* zusammen, welche normalerweise einem zivilen Beruf nachgehen. Die moralische Verpflichtung respektive Tugend zum Milizdienst wird materiell durch die ökonomische Unabhängigkeit des Bürgers geschaffen. Die sicherste Gewähr für die moralische Autonomie des Bürgers stellt dessen Landbesitz dar. Die Wehrpflicht ist in dem Sinne universal, als Harrington von jedem Eigentümer erwartet, bei Gefahr für die Republik zur Waffe zu greifen. Jeder Bürger ist somit grundsätzlich wehrpflichtig. Im Normalzustand sind jedoch durch ein gestaffeltes Wahlverfahren nur 43'000 Mann zu einer einjährigen Dienstleistung verpflichtet.

Harrington vertraut guten Gesetzen und Institutionen mehr als den Menschen. Wie Giannotti überträgt er den Tugendbegriff von Personen auf Institutionen.¹²² Trotz einer deutlichen Abschwächung der personalistischen gegenüber der institutionalistischen Ethik geht auch Harrington von derselben klassisch-republikanischen Trias *res publica* – *libertas* – *virtus (militia)* aus wie schon Machiavelli, Bacon und Nedham. Auch für ihn ist eine Berufarmee in einem freiheitlichen Staat undenkbar. Dadurch würde dem

¹¹⁹ Harrington (1658), *The Prerogative of Popular Government*, S. 456f.

¹²⁰ Harrington (1656), *The Commonwealth of Oceana*, S. 332.

¹²¹ Harrington (1658), *The Prerogative of Popular Government*, S. 471: " ... such an agrarian maketh a commonwealth for increase: the trade of a commonwealth for increase is arms; arms are not born by merchants, but by noblemen and gentlemen. The nobility therefore having these arms in their hands by which provinces are to be acquired, new provinces yield new estates; so, whereas the merchant hath his returns in silk or canvas, the soldier will have his return in land."

¹²² Beispielsweise Harrington (1656), *The Commonwealth of Oceana*, S. 205.

Bürger ein entscheidendes Mittel entzogen, nicht nur ein *blosses* Leben in der privaten Sphäre des Haushaltes, sondern ein *gutes* Leben in der öffentlichen Sphäre des Krieges und der Politik zu führen. Dieses Leben ist für Harrington noch immer geprägt durch die Formel einer *vita activa e popolare*. Im Streben nach der Glückseligkeit ist die bürgerlich-militärische Tugend in seinen Augen unverzichtbar. Freiheit und Tugend sind untrennbar miteinander verbunden.

Harringtons Verfassungsentwurf einer zweigliedrigen, besitzständischen Aristodemokratie vermittelte dem Leser seiner Zeit die Identifikation Englands mit einer antiken *res publica* und des englischen Freibauern mit dem klassischen *polites* oder *civis*. Diesem Verständnis zu Grunde lag eine klassisch-aristotelische Verbindung von Eigentum, Freiheit und Macht. Entgegen Harringtons Hoffnungen und Erwartungen kam es jedoch nicht zur Konstituierung einer bewaffneten Landeigentümergeokratie, sondern – schon vier Jahre nach Erscheinen der *Oceana* – zur Restauration der Stuart-Monarchie. Anders als die reale englische Republik blieben jedoch die politischen Ideen des Commonwealthman Harrington am Leben: Schon während der Restaurationszeit schlugen sie sich konkret in den frühen Verfassungen der Eigentümerkolonien Carolina, New Jersey und Pennsylvania nieder. In Nordamerika sollte die *Oceana* durch eine ganze Generation von amerikanischen Revolutionären wie James Otis, John Dickinson und vor allem John Adams geschätzt werden.¹²³ In England drückten Harringtons Ideen am Ende des 17. Jahrhunderts mehreren inner- und ausserparlamentarischen Auseinandersetzungen einen prägenden Stempel auf. Harrington irrte sich mit seiner Einschätzung, dass ein professionelles Heer in England nicht möglich sein würde. Und dennoch lieferte er seinen Epigonen die politischen Konzepte und das Vokabular, um eine solche "Standing Army" gegen Ende des 17. Jahrhunderts anzugreifen.

¹²³ Siehe Smith (1914), S. 153-200.

5.3 Die Stuart-Restauration (1660-1688)

5.3.1 Lord Ashley Cooper, Earl of Shaftesbury

Harrington täuschte sich gründlich mit seiner Diagnose des unvermeidlichen und irreversiblen Kollapses der englischen Monarchie. 1660 wurden die Stuarts restauriert und Charles II folgte seinem 1649 hingerichteten Vater auf den Thron. Die Rückkehr zur Monarchie hatte schon ab 1658 mit der Wiedereinführung des traditionellen Wahlrechtes und der vererbten Peerage eingesetzt. Die Neubelebung des House of Lords und der in *His Majesty's Answer to the Nineteen Propositions* gepriesenen dreigliedrig-geburtsständischen Mischverfassung aus King, Lords und Commons hätte gemäss Harrington eigentlich unmöglich geschehen können. Die Restauration der vorrevolutionären politischen Ordnung wurde dabei von den meisten Engländern keineswegs als Übergang zum monarchischen Despotismus empfunden. Von Bürgerkrieg und politischer Unruhe der Interregnums-Zeit heimgesucht, begrüßten sie zunächst Charles II als Symbol nationaler Einheit.¹

Die negativen Erfahrungen mit dem "Commonwealth and Free State" hatten eine tiefgreifende Diskreditierung des engeren Republikanismus zur Folge – im Sinne eines Antimonarchismus. Dies bedeutete allerdings nicht gleichzeitig das Ende des Einflusses der Sprache des klassischen Bürgerhumanismus in England. Das Vokabular von Tugend, Luxus, Korruption und Niedergang zeigte – wie schon vor der Commonwealth-Zeit – eine Emanzipation gegenüber der Form einer Republik im engeren Sinne. Harrington hatte geschrieben, dass innenpolitische Stabilität nicht bei gleichzeitiger Beschränkung der landbesitzenden Commons durch den Monarchen – sei es Charles I oder Oliver Cromwell – zu erreichen sei. Aussenpolitische Expansionsfähigkeit hatte er nur mit einem "popular government" für möglich gehalten. Die innenpolitische Instabilität nach der Restauration sowie die Rückkehr der späteren Stuarts zur traditionellen militärischen und diplomatischen Schwäche ihrer Vorgänger verschafften Harringtons Theorie eine unerwartete Plausibilität.

Mit der Restauration der monarchischen Form fand das klassisch-republikanische Vokabular nun wieder zur Verteidigung der "limited", "regular", "legal" oder "mixed monarchy" als Gegensatz zur absolutistischen Tyrannei des katholisch-kontinentalen Feindbildes Verwendung.² Ab Mitte der 1670er Jahre gingen die Neo-Harringtonianer daran, vor dem Hintergrund der Harrington'schen Theorie von Landeigentum und

¹ Siehe Kenyon (1978), S. 181-197.

² Zum Fortbestand des klassischen Republikanismus nach 1660 vgl. Worden (1994d), S. 139-193.

Macht, die freiheitlich-gemischte Verfassung gegenüber der Gefahr einer absoluten katholischen Tyrannei zu verteidigen. Den kontinentalen Despotismus versinnbildlichte das aufstrebende Frankreich unter Louis XIV. Als charakterisierende Merkmale dieser unfreien Staatsform identifizierten die Neo-Harringtonianer die Korruption der Judikative, ein "Standing Parliament" und eine "Standing Army". Ein katholisches England geisterte als Schreckensbild in den Köpfen vieler Engländer. Teilweise zu Recht: Die Stuarts Charles II und James II zeigten mitunter deutliche pro-katholische Tendenzen. Im Jahre 1673 heiratete James – noch als Duke von York – die katholische Prinzessin Maria von Modena. Dies gab den Befürchtungen der Kritiker der Krone (den Whigs) gegenüber einem katholischen Despotismus weitere Nahrung. Ihre Ängste fassten sie zusammen unter dem formelhaften Ausdruck: "the growth of popery and arbitrary government".³

Ausgehend von dieser grundlegenden Änderung der Umstände, unter denen die republikanisch-humanistische Tradition in England operierte, sind weitere wichtige Modifikationen ab 1660 feststellbar.⁴ Zunächst gilt es festzuhalten, dass dem Begriff der *fortuna* in dieser Zeit eine grundlegende soziokulturelle Konkretisierung und Monetarisierung widerfährt. *Fortune* beschreibt nun nicht mehr einen – zumindest teilweise – willkürlichen, irrationalen und unkontrollierbaren Einfluss auf das politische Leben des Bürgers wie bei Machiavelli, sondern eine persönliche finanzielle Ausstattung.⁵ Der konkretere englische Begriff *corruption* tritt an die Stelle des abstrakteren machiavellischen *fortuna*-Verständnisses, um als Antithese zur Tugend des Bürgers die ständige Verwundbarkeit der politischen Ordnung auszudrücken.

"Konkret" bedeutete dabei vor allem *parlamentarisch*. Das Parlament von Charles II widerspiegelte in Zusammensetzung und Politik den generellen Trend zum *status quo ante bellum*. Die desillusionierten Erfahrungen mit den repräsentativen Institutionen der Interregnums-Zeit standen einer grundlegenden Reform des antiquierten Wahlsystems im Wege. Dies hatte zur Folge, dass sich das House of Commons nach wie vor weitgehend aus oft auch kleinen Grundbesitzern zusammensetzte – und dies in einer Ära zunehmenden Handels. Korruption wurde im Umfeld der parlamentarischen Monarchie Charles II zunehmend in legislativen Dimensionen perzipiert. Diese Dimensionen waren immer mehr durch funktionale "powers" statt gesellschaftliche "estates" geprägt. Als entscheidende politische Frontlinie trat diejenige zwischen Exekutive und

³ Siehe Kenyon (1978), S. 198-227.

⁴ Die folgende Ausführungen stützen sich auf Pocock (1975), S. 405ff.

⁵ Das alte Begriffsverständnis von "fortune" überlebt jedoch in Begriffen wie "soldier of fortune", mit dem noch heute im Englischen Söldner bezeichnet werden.

Legislative, zwischen Hof und Ministern auf der einen und dem Parlament auf der anderen Seite an die Stelle des traditionellen Gegensatzes zwischen Peers und Commons.

Der Einfluss der Exekutive auf die Legislative erreichte im Jahre 1675 einen vorläufigen Höhepunkt. Der königliche Minister Danby versuchte zu diesem Zeitpunkt, durch Patronage – das heisst durch Posten- und Pensionenvergabe – eine eigentliche Hofpartei im House of Commons aufzubauen.⁶ Schon vor dem Bürgerkrieg und sogar während der Protektorszeit hatte ein Gegensatz zwischen einer Court-Partei und einer Country-Partei bestanden.⁷ Neu war im politischen Umfeld des Jahres 1675, dass die Whigs unter der Führung von Lord Ashley Cooper – dem ersten Earl of Shaftesbury – ihre polemische Gegenattacke gegen Danby ausgehend von Harrington'schen Prämissen lancierten. In den Augen Shaftesburys und seiner Gefolgsleute wurde die Court-Partei nicht mehr primär durch Höflinge, sondern durch Minister repräsentiert. Diese versuchten positiv betrachtet ein parlamentarisches Management durch den König sicherzustellen. Negativ gesehen – und das war die Position der Country-Opposition – stellte dies einen Versuch dar, die Mitglieder des Parlaments zu korrumpieren. Der Begriff "corruption" umfasste nicht nur die Überschreitung der *verfassungsmässigen* Schranken durch die Königspartei oder die moderne Auffassung in Form von Käuflichkeit und Bestechung öffentlicher Amtsinhaber. Er beinhaltete in einem weiteren, *moralischen* Sinne die Substitution öffentlicher durch private Autorität, von persönlicher Unabhängigkeit der Volksvertreter durch Fremdsteuerung seitens des königlichen Hofes. Im Programm der Country-Partei figurierten deshalb als prominenteste Forderungen die kurze, regelmässige Neuwahl des Parlaments und der Ausschluss von "officeholdern" oder "placemen" davon. Die Volksvertreter sollten – im Sinne Machiavellis *ridurre ai principii* oder Harringtons *rotation* – eine fortwährende Auffrischung ihrer Unabhängigkeit und Tugend erleben. Die Freiheit des Volkes und seiner Repräsentanten bestand in deren Unabhängigkeit. Vor einem Harrington'schen Hintergrund betrachtet konnte dies nur eines bedeuten: individueller Landbesitz. Der Begriff "country" umfasste vor allem die Gentry und Freeholders der Grafschaften (Shires) und der County Boroughs. Diese konnten sich nun in einer neo-Harrington'schen Interpretation als klassisches *populus* sehen, als Hort der Tugend. Die Posten- und Pensionvergabe durch königliche Minister begründete eine neue Form von Eigentum, eine neue Lebensform, die diesem unabhängigen Freeholder-Verständnis diametral entgegengesetzt war. Letzten Endes war die klassisch-republikanische Vision des unabhän-

⁶ Zum graduellen Wachstum der Patronage-Ressourcen ab 1660 siehe Plumb (1967), S. 98-128.

⁷ Kenyon (1978), S. 175.

gigen Parlamentariers nicht mit dem von Danby praktizierten Konzept eines King-in-Parliament zu vereinbaren.⁸

Danbys Politik provozierte im Parlament eine starke Polarisierung. Diese entsprach weniger dem traditionellen Tory-Whig-Muster, sondern legte mehr einen Country-Court-Bruch offen. Die überwiegend ländliche Geistes-tradition des Misstrauens gegenüber dem Hof wurde durch die Adoption des klassisch-bürgerrepublikanischen Vokabulars deutlich verstärkt. Die Diskussion setzte 1675 ein und erreichte 1680 mit der Debatte um die "Bill of Exclusion" ihren Höhepunkt. Die erste Manifestierung einer neo-Harrington'schen Country-Oppositionsideologie ist Shaftesburys Rede im Oberhaus vom 20. Oktober 1675. Shaftesbury ist offensichtlich auch der Autor der Schrift *A Letter from a Person of Quality, To His Friend in the Country*, welche in demselben Jahr erschien. Zwei Jahre später veröffentlichte Andrew Marvell innerhalb desselben intellektuellen Stroms *An Account of the Growth of Popery and Arbitrary Government*.⁹

Vor dem Hintergrund des klassischen Gegensatzes zwischen Tugend und Korruption gewinnt in diesen Werken der späten 1670er Jahre der Begriff "Standing Army" eine neue, sowohl militärpolitische als auch parlamentarische Signifikanz. Vom militärpolitischen Standpunkt aus betrachtet ist bedeutsam, dass sich in dieser Zeit die durch die Krone aufrechterhaltenen Gardes und Regimenter zu einer ständigen Institution zu entwickeln begannen. Dies beschwor die Gefahr einer Militärdiktatur herauf. Wenn Shaftesbury jedoch im *Letter from a Person of Quality* von der Möglichkeit eines "Military Government" spricht, dann hat er primär eine andere Bedrohung im Kopf.¹⁰ Für ihn und seine Gefolgsleute stand grundsätzlich nicht die Gefahr eines militärpolitischen Zwangs durch ein Berufsheer im Vordergrund, sondern diejenige einer parlamentarischen *Korruption*. Das Gefährliche an einem professionellen Militärkorps sahen sie weniger darin, dass dieses *selber* aktiv eine Militärjunta errichten könnte; das wirklich Bedrohliche an einer solchen Einrichtung war vielmehr, dass es den korrumpierenden Einfluss des Hofes auf das Parlament dauerhaft zementieren würde. Für Shaftesbury bedeutete die Schaffung von Stellen für militärische Offiziere und zivile Bürokraten zugleich eine potentielle Zunahme von abhängigen Platzhaltern im Parlament. Er befürchtete, dass die Berufsoffiziere im Parlament stets für eine Erhöhung der Militärausgaben stimmen und damit einen sich stetig verstärkenden Korruptionsprozess in Gang setzen würden. An dessen Ende konnte in Shaftesburys Augen nur die völlige Unterwerfung und Abhängigkeit der Legislative vom Hof und die

⁸ Pocock (1975), S. 409.

⁹ Siehe Pocock (1965), S. 558ff.

¹⁰ [Shaftesbury] (1675), *A Letter From a Person of Quality*, S. 2.

Errichtung eines "Arbitrary Government" stehen.¹¹ Cromwells *New Model Army* war nie eine "Standing Army" in diesem Sinne gewesen. Sie war niemals von der Exekutive abhängig, sondern hatte sich einer politischen Kontrolle weitgehend entzogen.

Shaftesburys Loyalität gilt der englischen gemischten Verfassung. Würde jedoch ein König ohne sein Parlament und mit einer Armee regieren, so Shaftesbury, dann würde diese Loyalität hinfällig werden.¹² Der professionelle Offizier ist in seinen Augen sowohl Ursache als auch Folge eines korrumpierenden Prozesses. Dessen Entscheidung, seine *arte* berufsmässig zu betreiben, beinhaltet in Shaftesburys Augen die Akzeptanz einer lebenslänglichen Abhängigkeit vom Hof. Der Einsitz von Berufsoffizieren beschwört für den Führer der Whigs und viele seiner Zeitgenossen eine akute Gefahr herauf: die Korruption der englischen Freeholder durch den traditionellen Garanten ihrer Freiheiten, durch das Parlament.

Vor diesem Hintergrund muss die neo-Harrington'sche mystische Verehrung der englischen Miliz und deren Tradition gesehen werden. Die Miliz wurde ebenso als ein Instrument zur Reaktivierung der bürgerlichen Tugend wahrgenommen wie die regelmässige Neuwahl des Parlaments. Die Miliz gegenüber einem stehenden Heer zu verteidigen, war gleichbedeutend mit dem Bestreben, das Parlament gegenüber der Korruption zu schützen. Ein unbekannter Pamphletist aus dem Lager Shaftesburys schrieb, dass die Miliz unmöglicherweise freiheitsbedrohend sein könne, sofern sie sich nicht selbst zerstören wolle. Er meinte damit das Gleiche wie schon James Harrington und Aristoteles: Die Stabilität des Staates hängt von der Garantie des Eigentums und der Unabhängigkeit des Volkes in Waffen ab.

The same might be said concerning the only Ancient and true Strength of the Nation the *Legal Militia*, and a *standing Army*. The *Militia* must, and can never be otherwise than for *English Liberty*, because else it doth destroy *itself*; but a *standing Force* can be for nothing but *Prerogative*, by whom it hath its *idle living* and *Subsistence*.¹³

Zum militärischen Hintergrund von Shaftesburys Agitation gegen ein stehendes Heer gilt anzufügen, dass die Restauration von 1660 auch eine neue Milizakte mit sich gebracht hatte. In dieser war die Oberhoheit über die Miliz unmissverständlich dem König übertragen worden. Als Gegengewicht zu dieser monarchischen Prerogative wurde jedoch stets der Umstand empfunden, dass unter "Militia" die vorwiegend ländliche Freeholder- und Gentrymiliz zu verstehen sei. Der König war zwar Oberbefehlshaber,

¹¹ *Ibid.*, S. 18f.

¹² "If ever there should happen in future Ages (which God forbid) a King governing by an Army, without his Parliament, 'tis a Government I own not, am not obliged to, nor was born under." Zit. in Pocock (1975), S. 413.

¹³ [Anonym], *A Letter from a Parliament man to his Friend* (1675), zit. in Pocock (1975), S. 410.

jedoch nur über die bewaffnete Landeigentümerschaft in der Miliz. Als die Krone daran ging, eine stehende Militärmacht mit einem katholisch durchsetzten Offizierskorps zu schaffen, musste dies einen höchst sensiblen Nerv des protestantischen Landadels treffen.

James Harrington kannte und verwendete den Begriff "standing army". Er verstand darunter in einem ideologisch neutralen, technischen Sinne eine Truppenformation, welche vorübergehend nötig ist, bis sich die innenpolitische Lage beruhigt. Die 40'000 Mann dieses Aufgebotes sind berufstätige Staatsbürger (citizens at their vocations or trades) und werden während ihrer einjährigen Dienstzeit nicht bezahlt.¹⁴ Eine dauerhafte, professionelle Armee erachtete Harrington – angesichts des Aufstiegs der landbesitzenden Commons – in England gar nicht für möglich. Geld konnte in seiner Einschätzung, mit Ausnahme von Handelsnationen wie Holland oder Genua, unmöglich die Grundlage einer Armee darstellen. So schrieb er in *The Prerogative of Popular Government* an die Adresse Matthew Wrens, eine Bank habe noch nie eine Armee bezahlt und wenn, dann habe diese aufgehört eine Bank zu sein: "Whence a bank never paid an army or, paying an army, soon became no bank."¹⁵ In Harringtons Denken war es entscheidend, dass Krieger letzten Endes nur auf der Basis von Land zu rekrutieren sind. Dies begründete entweder eine Sklaven-Monarchie türkischen Beispiels, eine feudale Aristokratie oder eine republikanische Bürgerschaft.¹⁶

Ende der 1670er Jahre war die Militärmacht Charles II drauf und dran, eine aus professionellen Offizieren und langzeitdienenden Soldaten zusammengesetzte, von der staatlichen Autorität kommandierte, organisierte und bezahlte Truppe zu werden. Hier ist vor allem die Bedeutung Danbys zu sehen. Als überaus geschickter Lord Treasurer gelang es ihm erstmals, das chronische Finanzierungsproblem der Stuart-Monarchen zu lösen und den öffentlichen Haushalt zu stabilisieren. Dies ermöglichte die Finanzierung eines englischen stehenden Heeres, das im Gegensatz zu Machiavellis *condottieri* nicht mehr von jedem beliebigen Regenten angeworben werden konnte. Anders als die *sudditi* und *creati* des Florentiners oder Harringtons Janitscharen und Vasallen waren diese Soldaten nicht mehr durch feudale, persönliche Bindung von einem Prinzen oder einem Heerführer abhängig. Bereits bei den Armeen des Dreissigjährigen Krieges (1618-48) hatten sich Ansätze zu verstärkter Uniformierung, Disziplinierung und Pro-

¹⁴ Pocock (1975), S. 411, irrt sich, wenn er schreibt, Harrington sehe die "standing army" als Antithese zur "marching army". Beide sind identisch und stehen im Gegensatz zur "standing garrison" der älteren Eigentümer. Vgl. Harrington (1659), *The Art of Lawgiving*, III, 3, S. 682f., und Ders. (1656), *The Commonwealth of Oceana*, S. 213.

¹⁵ Harrington (1658), *The Prerogative of Popular Government*, S. 404.

¹⁶ Siehe Kap. 5.2.2.

fessionalisierung gezeigt. Die holländische und die schwedische Armee Gustav Adolfs sind diesbezüglich besonders hervorzuheben. Der finanzielle, administrative und logistische Unterbau fehlte diesen Heeren jedoch noch weitgehend. Dies zeigte sich vor allem darin, dass sie sich immer wieder selbst von der umgebenden Landschaft versorgen mussten.

Von der Mitte bis zum Ende des 17. Jahrhunderts entwickelte sich England zu einer Handelsnation und trat als solche in die Fussstapfen der Niederlande. Ohne Zweifel hat Harrington das administrative und bürokratische Steigerungspotential der merkantilen Gesellschaft beträchtlich unterschätzt. Jedoch war nicht alles, was Harrington in den 1650er Jahren geschrieben hatte, in den 1670er Jahren überholt. Interessant für Shaftesbury war insbesondere Harringtons Theorie der Monarchie. Harrington hatte unterschieden zwischen einer gemischten, aristokratisch-feudalen Monarchie (*monarchy by a nobility*) und einer Militärmonarchie (*monarchy by an army*). Den Ausbruch des Bürgerkrieges hatte er dadurch erklärt, dass Charles I – angesichts des Niedergangs der Feudalaristokratie – versuchte, sich einer Armee zu bedienen. Weil eine "monarchy by a nobility" nicht mehr möglich war, blieb Charles I nichts anderes übrig, als eine "monarchy by an army" zu errichten – in den Augen Harringtons natürlich erfolglos.¹⁷

Shaftesbury übernimmt in seiner Rede im Oberhaus vom 20. Oktober 1675 den Harrington'schen Gedanken, dass sich jede monarchische Herrschaft letztlich nur auf zwei Pfeilern stützen lässt: eine Nobilität oder eine Armee.

My Lords, es liegt nicht nur in Ihrem Interesse, sondern im Interesse der ganzen Nation, dass sie Ihre Rechte wahren. Was auch immer das *House of Commons* und die *Gentry of England* denkt, es gibt keinen König, der je regierte, ohne eine Nobilität oder eine Armee zu haben. Das eine oder das andere werden Sie haben müssen oder die Monarchie wird nicht lange fort dauern und in eine demokratische Republik (*Democraticall Republique*) übergehen. Eure Lordschaften und das Volk haben denselben Beweggrund und dieselben Feinde. My Lords, sind Sie dem König wohlgesonnen? Dann wäre es ein sehr schlechter Weg, sich selbst die Möglichkeit zu nehmen, sich in Zukunft in seinen Diensten auszuzeichnen.¹⁸

Während Harrington diesen Gedanken historisch *erklärend* auffasste, verwendet ihn Shaftesbury *normativ*: Er will die Lords an ihre althergebrachten Pflichten erinnern.

¹⁷ Harrington (1656), *The Commonwealth of Oceana*, S. 198: "... a monarchy divested of her nobility hath no refuge under heaven but an army."

¹⁸ "My Lords, 'tis not only your Interest, but the interest of the Nation, that you maintain your Rights; for let the *House of Commons*, and *Gentry of England*, think what they please, there is no Prince that ever Governed without *Nobility* or an *Army*. If you will not have one, you must have t'other, or the Monarchy cannot long support, or keep itself from tumbling into a *Democraticall Republique*. Your *Lordships* and the *People* have the same cause, and the same enemies. My Lords, would you be in favour with the King? 'Tis a very ill way to it, to put yourselves out of a future capacity, to be considerable in his Service". Zit. in Pocock (1975), S. 415.

Harrington sah die Lords als Feudalherren und deren Grösse in einem grundlegenden Gegensatz zur Freiheit des Volkes. Für Shaftesbury handeln die Lords, indem sie eine Militärdiktatur verunmöglichen, in ihrem eigenen Interesse sowie im Interesse des Volkes und des Monarchen. In Harringtons Augen waren die Ancient Constitution und die feudale Erbaristokratie obsolet geworden. Deshalb konnte für ihn weder eine "monarchy by a nobility" noch eine "monarchy by an army" dauerhaft stabil sein. Für Shaftesbury ist das House of Lords notwendiger Bestandteil der erbaristokratischen Ancient Constitution. Diese erscheint nun anders als bei Harrington in einem positiven Licht. Shaftesbury stellt sie als eine symbiotische Verbindung von Volk, Peerage und König dar, welche durch die Machenschaften der Minister, der "new Partie", in Gefahr gebracht wird. Es droht eine neue Form von Korruption mit einer neuen "Standing Army":

... es muss ein grosser Fehler der Berater vorliegen, dass seitens des Hofes solch grosse Anstrengungen unternommen werden, das House of Peers herabzusetzen, wenn nicht gar eine Militärregierung (Military Government) bezweckt wird. Denn die Macht der Peers und ein stehendes Heer (Standing Army) verhalten sich wie zwei Eimer: Genau soviel wie der eine zunimmt, nimmt der andere ab. Ich weise darauf hin, unsere Geschichte und diejenige irgendeiner angrenzenden nördlichen Monarchie zu betrachten, um zu sehen, ob nicht stehende Truppen (standing forces Military) und Willkürherrschaft (Arbitrary government) stets im selben Mass aufgekommen sind, als die Nobilität herabgesetzt wurde. Aber wann immer die Nobilität machtvoll und gross war, hat sie niemals den kleinsten Schatten solcher Truppen zugelassen.¹⁹

Die Ancient Constitution der nördlichen, gotischen Monarchien ist für Shaftesbury keine hinfällig gewordene Staatsform wie für Harrington. Sie ist diejenige freiheitliche, stabile und natürliche Regierungsform, die einst in ganz Europa vorherrschend war und in neuerer Zeit immer mehr von einem "military and arbitrary government" abgelöst wurde. England stellt in seinen Augen die letzte freiheitliche Bastion dar. Auf der Seite der Freiheit stehen das House of Lords, das rotierende Unterhaus und die Bürgermiliz. Die Miliz ist für Shaftesbury nicht wie für Harrington eine vergleichsweise junge und revolutionäre Kraft, sondern althergebracht. Sie ist inhärenter Bestandteil der traditionellen Ordnung und steht im Einklang mit der Erbaristokratie. Auf

¹⁹ " ... it must be a great Mistake in Counsels, or worse, that there should be so much pains taken by the Court to debase, and bring low the House of Peers, if a *Military Government* be not intended by some. For the Power of *Peerage*, and a *Standing Army* are like two Buckets, the proportion that one goes down, the other exactly goes up; and I refer you to the consideration of all the Histories of ours, or any of our neighbor Northern Monarchies, whether standing forces Military, and Arbitrary government, came not plainly in by the same steps, that the Nobility were lessend; and whether when ever they were in Power, and Greatness, they permitted the least shadow of any of them." [Shaftesbury] (1675), *A Letter From a Person of Quality*, S. 33 (Die Seite ist fälschlicherweise mit 29 nummeriert).

der Gegenseite sieht Shaftesbury die Verschwörung der neuen Court-Partei aus Höflingen und Ministern. Diese versuchen, durch Patronage und die Errichtung eines stehenden Heeres das Parlament zu korrumpieren.

Zusammenfassend gilt festzustellen, dass sich bei Shaftesbury erstmals eine neo-Harrington'sche Position finden lässt. Diese wird vor allem charakterisiert durch die Versöhnung von Harringtons Vision einer gleichgewichtigen Eigentümerrepublik mit der älteren Vision der Ancient Constitution im Allgemeinen und der Erbaristokratie im Speziellen. Die Annäherung beider Visionen beinhaltete eine vollständige Revision von Harringtons Geschichtsbild Englands. Die neo-Harrington'sche Doktrin richtete sich nicht mehr gegen eine zerfallende Feudalordnung, sondern gegen den bürokratischen Regierungsapparat; nicht mehr gegen die Vergangenheit, sondern gegen die Moderne. Harringtons Freiheit wurde verlagert: Sie wuchs nun nicht mehr auf den Ruinen der gotischen und englischen Vergangenheit, sondern war seit jeher fester Bestandteil derselben.²⁰

²⁰ Zu den wesentlichen Neuerungen der neo-Harrington'schen Position gegenüber Harrington siehe Pocock (1975), S. 416.

5.3.2 Henry Neville: *Plato Redivivus*

Die konzeptionell klarste Formulierung neo-Harrington'scher Theorie vor dem veränderten Kontext der post-puritanischen Ära im Allgemeinen und der "Exclusion-Crisis" (1679-81) im Speziellen, stellt Henry Nevilles *Plato Redivivus* aus dem Jahre 1680 dar.¹ Henry Neville (1620-1694) ist wahrscheinlich der anonyme R.G., welcher im Juni 1656 in *A Copy of a Letter from an Officer of the Army in Ireland* verschiedene Thesen von Harringtons Hauptwerk vorweggenommen hatte. Vermutlich war er sogar an der *Oceana* mitbeteiligt. Sicher ist, dass er in den 1650er Jahren zum Freundeskreis von Harrington gehörte. Mit diesem debattierte er im Winter 1659/60 im Rahmen des "Rota Club" über mögliche politische und konstitutionelle Reformvorschläge. Im Verlaufe der Restauration wurden beide verhaftet und verhört. In den 1670er Jahren bis zu dessen Tod 1677 kümmerte sich Neville um den kranken Harrington.²

Obwohl die *Oceana* und *Plato Redivivus* im 18. Jahrhundert mehrmals gemeinsam wieder aufgelegt werden sollten, ist letzteres keine bloße Repetition von Harringtons Hauptwerk. Die Bedeutung Nevilles besteht vor allem darin, dass er von seinem Freund die Erklärung des Niedergangs des Feudalismus übernimmt und diese in Verbindung setzt mit dem schon von Shaftesbury kritisierten Phänomen exekutiver Patronage. Politisch steht *Plato Redivivus* der Whig-Opposition durchaus ambivalent gegenüber. In einigen wichtigen Punkten folgt er den Postulaten der Whigs: in seiner Forderung nach jährlicher Neuwahl des Parlaments, der Angst vor einer "Standing Army"³ und der Perzeption des Gegensatzes von Court und Country als massgebliche Konfliktlinie in der englischen Politik. Neville kritisiert bitter die verderblichen Machenschaften höfischer Ratgeber oder "parasites", um Einfluss auf das Parlament zu gewinnen. In religiöser Hinsicht zeigt er sich jedoch gegenüber Katholiken toleranter. Die Whig-Forderung nach Ausschluss des Herzogs von York von der Thronfolge stellt für ihn eine reine Symptombekämpfung dar. Weil politische Macht ökonomischer Eigentumsverteilung folgt und letztere irreversibel ist, muss seiner Ansicht nach die Verfassung durch monarchische Machtbeschränkung zugunsten des Volkes abgeändert werden. Shaftesbury sah die Unabhängigkeit der Peers bedroht; für Neville steht der Niedergang der Peers bereits fest. Er stimmt mit Harrington in der Analyse überein,

¹ Obwohl auf dem Titelblatt 1681 angegeben ist, wurde es bereits im Oktober 1680 gedruckt. Der volle Titel lautet: *Plato Redivivus, or a Dialogue Concerning Government, Wherein, by Observations drawn from other Kingdoms and States both Ancient and Modern, an Endeavour is used to discover the present Politick Distemper of our own, with the Causes, and the Remedies.*

² Nevilles Mitarbeit an der *Oceana* wurde schon von Thomas Hobbes und neuerdings auch von Blair Worden vermutet. Worden (1991a), S. 457.

³ Siehe Neville (1680), *Plato Redivivus*, S. 171.

dass die Verschiebung des Eigentums zugunsten der Commons den irreversiblen Niedergang der Feudalbindungen und damit der Macht der Peerage herbeiführte. Anders als sein Freund, der diese Entwicklung begrüsst hatte, nimmt Neville diesen Prozess negativ wahr. Durch den Niedergang der Aristokratie sieht sich in seinen Augen die königliche Exekutive einer parlamentarischen Commonalty gegenüber, welche sie nicht mehr zu kontrollieren vermag.⁴ Die resultierende Instabilität zwischen Krone und Commons könnte von Ministern und Höflingen dazu benutzt werden, den König negativ zu beeinflussen und das Volk zu korrumpieren.⁵ Darüber wie diese Korruption konkret vonstatten geht, schweigt sich Neville weitgehend aus. Wie Harrington sieht er sie weniger als Ursache, denn als Folge einer schlechten Politik: " ... nothing is more certain that politic defects breed moral one ... infuse into very many a neglect and carelessness of the public good".⁶ Das Aufkommen eines abhängigen Platzhalter-Parlaments, von böswilligen Ratgebern und von verschwörerischen Papisten sind für ihn blosser Symptome. Die wirkliche Ursache sieht er im Niedergang der alten Herrschaftsordnung begründet. Den Beginn dieses Prozesses datiert er mit 1485.⁷ Zur Wahrscheinlichkeit, dass dieser verderbliche Einfluss zur völligen Korruption führen könnte, gibt er sich im Vergleich zu Shaftesbury und Marvell optimistischer. So wie Harrington den Lordprotektor Oliver Cromwell zur Einsicht bringen wollte, dass seine Alleinherrschaft unmöglich von Dauer sein konnte, appelliert Neville an das Einsehen des Königs, freiwillig seinen unbotmässigen Einfluss auf das House of Commons zurückzuschrauben. Das Überzeugungsargument ist für beide, Harrington und Neville, dasselbe: Weil sich das Verhältnis des Landeigentums, die "balance of land", unumkehrbar zugunsten der "Vielen" verschoben hat, wird die politische Ordnung, die "balance of the constitution", dieser Entwicklung früher oder später folgen müssen.⁸

Aus diesem Grunde gibt sich Neville auch optimistischer als Shaftesbury in Bezug auf die Gefahr einer "Standing Army". Er bezweifelt, dass sich eine solche aus der

⁴ Neville (1680), *Plato Redivivus*, S. 144: " ... as in England by degrees property came to shift from the few to the many, so the government is grown heavier and more uneasy both to prince and people"

⁵ *Ibid.*, S. 172: " ... the chief cause of all our distractions is ... the breach of our government, so that the immediate causes are two; first, the great distrust between the king, and his people and parliament; the first fearing that his power will be so lessened by degrees, that length it will not be able to keep the crown upon his head: and the latter seeing all things in disorder, and that the laws are not executed, (which is the second of the two causes,) fear the king intends to change the government and be arbitrary. ... whoever can absolutely lay these two causes asleep forever, will arrive to a perfect cure: which I conceive no way of doing, but that the king have a great deal more power, or a great deal less."

⁶ *Ibid.*, S. 87.

⁷ *Ibid.*, S. 81.

⁸ Zur Unumkehrbarkeit siehe *ibid.*, S. 178.

wohlhabenden englischen Bürgerschaft würde rekrutieren lassen. Selbst wenn dies kurzzeitig gelingen sollte, liesse sich das Volk nicht auf Dauer versklaven. Sollte der König auf den Gedanken kommen, stattdessen ausländische Hilfstruppen (auxiliaries) oder Söldner (mercenaries) aufzubieten, so würde er sich einen Bärenienst erweisen. Diese fremden Truppen hätten keine Heilung zur Folge, sondern würden im Gegenteil die Krankheit noch verschlimmern: " ... the way of an army here, would either be no remedy at all; or one very much worse than the disease, to the prince himself."⁹

Worte und Gedanken erinnern an Machiavelli. Zu Recht, denn der Italienreisende Neville hatte den "göttlichen"¹⁰, "unvergleichbaren Machiavelli"¹¹, "den besten und ehrenhaftesten aller modernen Politiker"¹² überaus genau gelesen, ja selber übersetzt. 1675 hatte er die erste Gesamtedition der Werke Machiavellis in Englisch herausgegeben. Dem Vorwort fügte er einen fiktiven Brief Machiavellis an Zanobius Buondelmontius bei. Darin verteidigt Neville den Florentiner gegenüber seinen vielen Kritikern und verwandelt ihn gleichzeitig in einen Country-Whig. Neville lässt Machiavelli schreiben, ihm könne nicht vorgeworfen werden, dass er eine demokratische Republik gegenüber einer Monarchie bevorzugt habe. Denn zu seiner Zeit habe es noch keine gemischten, freiheitlichen Monarchien (mixt Monarchies) gegeben, wie man sie heute glücklicherweise in weiten Teilen Europas antreffe.¹³ Der *Principe* sei keine Anleitung für Tyrannen, sondern sowohl eine Satire *gegen* diese, als auch eine wirklichkeitsgetreue Beschreibung ihrer Charaktereigenschaften.¹⁴ Obwohl es ihm mit dem *Principe* weniger ernst gewesen sei wie mit den *Discorsi*, habe er in all seinen Werken stets das Wohl der Menschheit im Sinne gehabt.¹⁵

In *Plato Redivivus* behandelt Neville die Frage der Wehrverfassung nur kurz, wobei er den Gedanken einer vertikalen Milizfunktion weitgehend von Machiavelli übernimmt. Der englische Gentlemen – das heisst Neville – wendet sich im Dialog an den venezianischen Adligen:

Eine Demokratie besteht aus drei fundamentalen Regeln (orders); der Senat schlägt vor, das Volk entscheidet, und die Magistraten führen aus. Eine solche Staatsform ist weit mächtiger als eine Aristokratie. Diese kann das Volk nicht bewaffnen, weil sie Angst haben muss, diese könnten die Regierung stürzen. Deswegen bevorzugen sie lieber Fremde

⁹ *Ibid.*, S. 179ff.; Zitat S. 181.

¹⁰ *Ibid.*, S. 81.

¹¹ *Ibid.*, S. 97.

¹² *Ibid.*, S. 168.

¹³ [Neville] (1675), *A True Copy of a Letter written by N. Machiavill, in Defence of Himself and His Religion*, S. 10-14.

¹⁴ *Ibid.*, S. 30.

¹⁵ *Ibid.*, S. 32.

und Söldner als Soldaten. Dieses hat nach Machiavelli Ihre Republik Venedig davon abgehalten, bis zum Himmel aufzusteigen.¹⁶

Wie schon Machiavelli, Bacon, Nedham und Harrington sieht Neville in einer Demokratie, einem "popular government", die beste Staatsform zum Zwecke des Krieges und der Eroberung.¹⁷ Tugendhaft zu sein bedeutet in seinen neo-machiavellischen Augen für den Normalbürger vor allem eines: kriegstüchtig zu sein. Als Paradebeispiel für ein "commonwealth for expansion" dient Neville wiederum Rom: " ... the best and most glorious government that ever the sun saw"¹⁸. Rom sei von seiner Gründung an auf den Krieg ausgerichtet gewesen.¹⁹ Die Tugend des römischen Volkes habe jedoch nur so lange Bestand gehabt, als es arm geblieben sei. Wären die Römer arm geblieben, hätten sie ihre Regierung und ihre Tugend erhalten können und wären auch nicht bezwungen worden.²⁰ Die Armut des römischen Volkes und die Korruption des Staates waren für Neville eine Folge der Vernachlässigung des Ackergesetzes und der Konzentration des Grundbesitzes in den Händen weniger Reicher. Wo die Politik korrupt sei, müsse es notwendigerweise auch zur Korruption und zur Verdorbenheit der öffentlichen Moral kommen. Und die Veränderung des Eigentums an Land sei die einzige Ursache für eine korrupte Politik: " ... the alteration of property ... is the only corruptor of politics."²¹ Landeigentum gewährleistet für Neville eine patriotisch-gemeinwohlorientierte Grundeinstellung. Deshalb sollte seiner Meinung nach die grundbesitzlose Unterschicht auch keine politischen Beteiligungsrechte erhalten; der niedere Teil des Volkes würde nur ein willenloses Instrument für den Ehrgeiz der höheren Schichten darstellen.²²

Neville sieht in Charles II – anders als die meisten Vertreter der Whig-Opposition – keinen böswilligen Herrscher. Die Gefahr der Korruption geht für ihn weniger von den katholischen oder despotischen Intentionen des Monarchen aus, sondern resultiert

¹⁶ " ... democracy ... consist of three fundamental orders; the senate proposing, the people resolving, and the magistrates executing. This government is much more powerful than aristocracy; because the latter cannot arm the people, for fear they should seize upon the government; and therefore are fain to make use of none but strangers and mercenaries for soldiers: which, as the divine Machiavel says, has hindered your commonwealth of Venice from mounting up to heaven". Neville (1680), *Plato Redivivus*, S. 92.

¹⁷ *Ibid.*, S. 93.

¹⁸ *Ibid.*, S. 91.

¹⁹ *Ibid.*, S. 98ff.

²⁰ *Ibid.*, S. 97.

²¹ *Ibid.*, S. 100f.

²² *Ibid.*, S. 102: "That which originally causes this disorder, is the admitting (in the beginning of a government, or afterwards) the meaner sort of people, who have no share in the territory, into an equal part of ordering the commonwealth: these being less sober, less considering, and less careful of the public concerns; and being commonly the major part; are made the instruments oft-times [sic.] of the ambition of the great ones."

mehr aus einem langfristig-historischen Prozess. Diesem sieht sich der König ausgesetzt wie jeder andere auch. Harrington hatte geschrieben, dass sich eine Monarchie entweder auf eine starke Nobilität oder eine starke Armee stützen muss. Wie Harrington sieht Neville die traditionelle Nobilität zugunsten des Volkes entmachtet. Angesichts der demokratischen Landverteilung in England deutet er sogar an, dass England gemäss römischem Vorbild erneut zu einem "Commonwealth for expansion" werden könnte.²³

Hier gilt es sich vor Augen zu halten, dass die politisch aktive und formative Phase Nevilles – wie auch diejenige von Algernon Sidney – in die aussenpolitisch erfolgreichen frühen 1650er Jahre fiel. Dies erklärt, warum bei beiden Denkern in einer Zeit aussenpolitischer Schwäche neo-machiavellische Spekulationen ob der Errichtung eines "Commonwealth for expansion" zu finden sind. Diese Spekulationen gehen deutlich über die konventionelle Whig-Kritik an Stuart-Absolutismus und -Papismus hinaus.²⁴ Noch stärker als bei Neville findet sich dieser machiavellische Einfluss bei Sidney. Während der Zeit des Commonwealth hatte er massgeblichen Einfluss auf die Diplomatie des Rump sowie im Speziellen auf das Projekt der Einverleibung Schottlands gehabt. Im *Mercurius Politicus* hatte Marchamont Nedham diese Politik verteidigt.

Henry Neville war ein überaus langes Leben vergönnt. Nach der Glorreichen Revolution von 1689 sollte "Plato Neville" massgeblich dafür verantwortlich sein, dass klassisch-republikanische Politikinhalt im Allgemeinen und die Harrington'schen Konzepte *landed property – liberty – virtue* von einer neuen Generation wieder aufgenommen wurden. Weder Neville noch Harrington äusserten sich ausführlich über das Zustandekommen und das Vergehen der Tugend des Bürgersoldaten. Gleichwohl lieferten sie den späteren "real" oder "old Whigs" das historisch-theoretische Rüstzeug, mit dem diese darangingen, die sich entwickelnde kommerzielle Gesellschaft Englands kritisch zu beleuchten. Die tugendhafte Freeholdermiliz war nun ein integraler Bestandteil der Ancient Constitution geworden. Als althergebracht-gotisches Erbe und Äquivalent der antiken Bürgerheere war sie in den Augen der "real Whigs" die Antithese zur "Standing Army". In ihrer Einschätzung machten sich böswillige Höflinge und Minister Ende der 1690er Jahre daran, das Land – im doppelten Sinne! – zu unterjochen.

²³ *Ibid.*, S. 195.

²⁴ Worden (1994d), S. 170: "It is in addressing the subject of war and empire that Sidney in the *Discourses*, like Henry Neville in *Plato Redivivus*, stands furthest from the Gothic Whigs and closest to the anti-feudal republicanism of Harrington and Nedham."

5.3.3 Algernon Sidney: *Discourses Concerning Government*

We need no other definition of a happy human life in relation to this world than that set down by Aristotle as the end of civil societies, namely, that men may in them enjoy vita beata secundum virtutem (Aristotle, Politics, bk III). For as there is no happiness without liberty, and no man more a slave than he that is overmastered by vicious passions, there is neither liberty, nor happiness, where there is not virtue.

ALGERNON SIDNEY, *Court Maxims*

Henry Neville muss mit seiner These, dass die Verteilung des Grundeigentums die Machtdistribution in einem Staat determiniert, als Nachfolger von James Harrington und Francis Bacon gesehen werden. Sein Verwandter und enger Vertrauter im Langen Parlament zu Beginn der Commonwealth-Zeit, Algernon Sidney (1622-1683), steht innerhalb der klassisch-republikanischen Tradition näher bei Marchamont Nedham. Wie Nedham sieht Sidney einen Kontrakt zwischen Herrscher und Beherrschten als Grundlage jeder legitimen Staatlichkeit.¹ Sidneys zentrales Argument besteht darin, aufzuzeigen, dass die Monarchie kein geheiligtes, sondern ein natürliches, durch Menschen konstituiertes Phänomen darstellt. Anders als Harrington zeigt er sich wenig an der konkreten Ausgestaltung einer Regierung und an deren sozio-ökonomischen Grundlagen in Form von Eigentum interessiert. Seine Zielsetzung ist eher negativer als positiver Natur: Er will ein Widerstandsrecht gegenüber willkürlicher monarchischer Herrschaft theoretisch herleiten. Nicht die aktive Gestaltung einer republikanischen Ordnung, sondern die Rechtfertigung einer antityrannischen Vorgehensweise steht im Mittelpunkt seines Anliegens. Dies kostete Sidney im Jahre 1683 buchstäblich den Kopf, als er der Beteiligung am "Rye House"-Komplott zur Ermordung des Königs verdächtigt und enthauptet wurde. Während des Prozesses wurden ihm Auszüge aus seinem mutmasslich zwischen 1681 und 1683 verfassten Hauptwerk *Discourses Concerning Government* zur Last gelegt. Die ansonsten dünne Beweislage und die Manipulation des Gerichtes seitens des Hofes begründeten den Ruf Sidneys als Märtyrer.²

Sind John Lockes *Two Treatises of Government* eine rein rationale, so stellen die erst 1698 publizierten *Discourses* zugleich eine historische Widerlegung der Theorie

¹ Siehe Worden (1985), S. 1-40; Ders., (1994d), S.153-193, und Pocock (1994) S. 915-936. Eine kurze aber ausgezeichnete Darstellung von Sidneys politischem Denken findet sich bei Moore (1988), S. 572-578.

² Zum enormen Einfluss von Sidneys Ruf auf das politische Denken der amerikanischen Kolonisten siehe Robbins (1947), S. 267-296.

des Patriarchalismus dar; diese hatte namentlich Sir Robert Filmer in der *Patriarcha* von 1680 formuliert. Gemäss James Conniff ist Sidneys Verbindung von "Reason" und "History" typischer für das politische Denken der frühen Whigs als die rein vernunftmässig hergeleitete Theorie von Locke. Sidney habe jedoch kein einheitliches Geschichtsbild gehabt, sondern sei ständig zwischen einem retrogressiven und einem progressiven Verständnis hin- und hergeschwankt. Dies erkläre viele Inkonsistenzen in seinem politischen Denken.³

Die Geschichte ist für den "Republikaner" Sidney viel wichtiger als für den "Liberalen" Locke. Anhand des biblischen Israels sowie der Republiken der Antike und der Neuzeit möchte er die Überlegenheit gemischter Gemeinwesen gegenüber absoluten Monarchien aufzeigen. Wie Nedham zieht er einen klaren Trennungsstrich zwischen einem tugendhaften "popular government" und der Korruption einer absoluten tyrannischen Monarchie.⁴ Sowohl in den *Discourses* als auch in seinem früheren Werk *Court Maxims* (geschrieben 1664/65) fordert Sidney seine Landsleute zur Revolte gegen das "Monster" Charles II auf. Von Tacitus beeinflusst, sieht Sidney den königlichen Hof als korrupte Quelle allen Übels: Der Hof strebe danach, aus dem Parlament, dem traditionellen Pfeiler der Freiheit, ein Instrument der Sklaverei zu machen.⁵ Die massgebliche innenpolitische Konfliktlinie besteht für Sidney zwischen einer korrupten Court-Partei und einer tugendhaften Country-Partei.⁶

Wie Nedham ist Sidney vor allem von der römischen Republik fasziniert. Rom dient ihm als Paradebeispiel für die These, dass Republiken besser als Monarchien erpicht und fähig seien, tugendhafte, disziplinierte und kriegstüchtige Bürger hervorzubringen. In den *Discourses* schreibt er, dass die ursprüngliche angelsächsische Verfassung – wenn nicht der Form nach, so im Prinzip – der Verfassung des republikanischen Roms entsprochen habe. Wenn man nicht so degeneriert wäre, würde man die Römer in ihrer Zeit der Tugend, der Ehre, der Macht und des Glücks nachzuzahlen suchen und nicht in jener der Sklaverei, des Lasters und des Elends.⁷ Die beste Staatsform für Sidney ist eine dreigliedrige Mischverfassung gemäss römischem Beispiel: "The best Governments of the World have been composed of Monarchy, Aristocracy, and Democracy."⁸ Die römische Republik, "der einzige Staat, welcher Lobpreisung verdient", habe zwar mit den Konsuln ein monarchisches Element beinhaltet. Diese Magistraten seien je-

³ Conniff (1982), S. 414.

⁴ Gemäss Worden (1994d), S. 153, ist es sehr wahrscheinlich, dass Sidney direkt von Nedham beeinflusst wurde.

⁵ Sidney (1681-83), *Discourses Concerning Government*, S. 572.

⁶ *Ibid.*, S. 269.

⁷ *Ibid.*, S. 472.

⁸ *Ibid.*, S. 166.

doch durch das Volk gewählt worden und hätten ihr Amt nach Ablauf der Dienstzeit ordnungsgemäss niederlegen müssen.⁹

Anders als Harrington und Neville verwendet Sidney zuweilen die Bezeichnung "popular government" nicht nur für eine gemischte Republik mit demokratischer Schlagseite, sondern in einem generellen Sinne auch für die ursprüngliche gotische "legal", "mixed" oder "regulated monarchy". Als charakterisierendes Kriterium für ein "popular government" sieht er den Umstand, dass wie in Rom die Volksversammlungen eigene Machtbefugnisse zurückbehalten und im Speziellen die wichtigsten Magistraten durch Volkswahl berufen werden.¹⁰ Der solcherart breit aufgefassten Mischverfassung stellt er die absolute Monarchie entgegen, in welcher der Wille des Königs allein Recht setzt. In der ersteren sind die Bürger freie Männer und in der letzteren sind sie Sklaven. Während Harrington das Pendel moderner Geschichte zugunsten des Republikanismus ausschlagen sah, bewegt es sich für Sidney in Richtung Absolutismus. Wie Neville sieht er das späte 15. Jahrhundert als Wendepunkt für diese gesamt-europäische Entwicklung.¹¹ Als die verwendeten Techniken dieses Korruptionsprozesses listet Sidney die bereits von der Whig-Opposition um Shaftesbury identifizierten Mittel auf.¹² Als Ziel des von "Hof-Parasiten" gesteuerten Plans sieht er die mittelalterliche, tugendhafte, kriegstüchtige und mächtige Nobilität. Diese sei der alleinige Garant der Freiheit eines Staates.¹³ Der moderne titulare Adel hingegen sei in England wie in Europa unterdrückt, verweichlicht, korrumpiert und unfähig, ein Gegengewicht zur überbordenden Macht der Monarchen darzustellen.¹⁴

Sidneys aristokratische Präferenz gilt es dahingehend zu relativieren, als er die Nobilität sehr weit, wie im angelsächsischen England, definiert. Dazumal bedeuteten in seiner Einschätzung "Freeman" und "Nobleman" letztlich dasselbe: "... men are truly ennobled only by virtue"¹⁵. Die Nobilität sei identisch mit dem gesamten angelsächsischen Volk gewesen. Das Volk habe sich aus allen politisch partizipierenden Bürgern zusammengesetzt.¹⁶ Für Sidney verschwindet aus dieser nostalgischen Optik heraus oft die Trennungslinie zwischen einer aristokratisch und einer demokratisch dominierten Mischverfassung. Beide sind "popular governments" und beinhalten gewichtige Ele-

⁹ *Ibid.*, S. 169.

¹⁰ *Ibid.*, S. 189.

¹¹ *Ibid.*, S. 575f. In den *Court Maxims* datiert Sidney die Wandlung der englischen moderaten Monarchie zur Tyrannei mit der Machtübernahme der Stuarts im Jahre 1603.

¹² *Ibid.*, S. 351 und S. 571f.

¹³ *Ibid.*, S. 526.

¹⁴ *Ibid.*, S. 277 und S. 296.

¹⁵ *Ibid.*, S. 486.

¹⁶ *Ibid.*, S. 487: "... those called noblemen, or the nobility of England, are often by the historians said to be (*infinita multitudo*) an infinite multitude."

mente der anderen Mischform.¹⁷ Ein wichtiges Kriterium für den Vorzug eines "popular or mixed government" gegenüber einer absoluten Monarchie sieht Sidney in dessen überlegenen Fähigkeit zur Kriegführung. In der Frage der Bedeutung des Krieges und der männlich-martialen *virtù* in seinem politischen Denken ist der Einfluss Machiavellis auf Sidney am grössten.¹⁸

Das erste Milizmerkmal erarbeitet Sidney vor allem in Abschnitt 23 des zweiten Kapitels der *Discourses* unter dem Titel: "That is the best Government, which provides best for war".¹⁹ Sidney folgt Machiavelli mit der Aussage, dass ein Staat seine Sicherheit nur dann gewährleisten könne, wenn er auf Eroberung ausgerichtet sei. Wer nicht wachse, müsse vergehen, denn in dieser Welt gebe es nichts, was von Dauer sei. Was nicht besser werde, müsse sich verschlechtern.²⁰ Implizit folgt Sidney Machiavellis Unterscheidung zwischen einem "commonwealth of increase" und einem "commonwealth of preservation", indem er die Forderung aufstellt, dass die Verfassung der Eroberernation für die Expansion geeignet sein müsse. Rom sei so konstituiert gewesen, dass den Bürgern und der Stadt die Eroberung zugute kam. Nachdem es zu ungeheurer Macht aufgestiegen war, hätten jedoch Luxus und Eitelkeit Einzug gehalten. Dies hätte die Disziplin und die Tugend zerstört; der Ruin sei die notwendige Folge davon gewesen. Sparta jedoch sei anders konstituiert gewesen als Rom. Die Fähigkeit der Spartaner, ihre Freiheit gegenüber fremden Invasoren und innenpolitischen Verschwörungen zu bewahren, sei bewundernswert gewesen. Sie hätten viele Jahrhunderte in Freiheit und Glorie gelebt. Als sie aber danach trachteten, ihr Territorium zu vergrössern, hätten ihre Eroberungen sie zerstört. Auch das moderne Venedig habe nichts stärker zu fürchten, als die Ausdehnung seines Herrschaftsgebietes.²¹

¹⁷ Siehe Worden (1994d), S. 168, und Fink (1945), S. 159.

¹⁸ Neben Worden vertritt diese Ansicht auch Fink (1945), S. 156f. Anders Houston (1991), S. 164f., der meint, Machiavelli habe keinen grossen Einfluss auf den englischen Republikanismus im Allgemeinen und Sidney im Speziellen ausgeübt.

¹⁹ Siehe auch Sidney (1664-65), *Court Maxims*, S. 12ff.

²⁰ Sidney (1681-83), *Discourses Concerning Government*, S. 209: "He that builds a city, and does not intend it should increase, commits as great an absurdity, as if he should desire his child might ever continue under the same weakness in which he is born. If it do [sic.] not grow, it must pine and perish; for in this world nothing is permanent; that which does not grow better will grow worse."

²¹ Sidney (1664-65), *Court Maxims*, S. 12: "Rome was so constituted that the condition of citizens and city was bettered by conquests, till the prodigious power it arrived at brought in luxury and pride and destroyed discipline and virtue; for then ruin necessarily followed. The constitutions of Sparta were of a different nature. They were admirable for maintaining liberty against foreign invasion or domestic conspiracy, so they continued many hundreds of years in great liberty and glory; but, seeking to enlarge their dominion, their conquests were their destruction. So Venice in our days has nothing to fear more than the enlargement of its dominions."

Die Frage, ob ein Krieg gerecht oder ungerecht ist, spielt in Machiavellis und Baccos Sicht nur insofern eine Rolle, als Soldaten motivierter in einen gerechten Krieg ziehen als in einen ungerechten. Sidney scheint keine existentielle Sicht des Krieges zu haben. So stellt er die Forderung auf, dass die Regeln der Moralität beachtet werden müssen. Es genüge nicht, sich zu fragen, ob der Krieg nützlich sei, sondern man müsse auch fragen, ob man ein Recht dazu habe.²² Dass sich eine solche Sicht des *bellum iustum* theoretisch nicht mit der existentiellen Sicht des Krieges von Machiavelli vereinbaren lässt, scheint Sidney nicht zu stören. Wie der Florentiner geht Sidney davon aus, dass eine gute innenpolitische Ordnung tugendhafte, patriotische, mutige und kriegstüchtige Bürger schafft: "Good order being once established, makes good men".²³ Viele hätten sich gefragt, ob man eine Republik besser für den Krieg oder den Handel ausrichte, und ob man die ersteren bloss für die Verteidigung oder für die Eroberung konstituieren solle. Oder, sofern man den Handel erlaube, ob man auf ausländische oder Söldnertruppen (foreign or mercenary forces) vertrauen, oder das eigene Volk bewaffnen und es die Kriege selber führen lassen solle.²⁴ Gemäss Sidney könnten diese Fragen leicht beantwortet werden, wenn die Menschheit friedlich miteinander auskommen würde und bezahlte Soldaten dieselbe militärische Qualität hätten wie die eigenen Bürger:

Aber die Erfahrung lehrt uns, dass nur jene sicher sein können, welche stark sind. Und dass kein Volk je gut verteidigt wurde, ausser wenn es für sich selber kämpfte. Die Präferenz der besten Kenner dieser Dinge hat stets jenen Verfassungen gegolten, welche hauptsächlich den Krieg als Ziel wählten, jedoch den Handel als Mittel zur Erreichung dieses Zieles einsetzten. Ich finde es besser, Eroberungen anzustreben, als einfach sich selber zu verteidigen. Denn derjenige, welcher im Falle einer Niederlage alles verliert, hat einen grossen Nachteil in der Auseinandersetzung. Selbst wenn er siegt, gewinnt er keinen anderen Vorteil, als eine kurzfristige Abweisung der Gefahr.²⁵

²² *Ibid.*, S. 17: "Rules of morality also are to be observed ... It is not enough to see this is good for me, but whether I have a right to it. States are to consider not only whether such conquests may be useful to them but also whether they have a right of war."

²³ Sidney (1681-83), *Discourses Concerning Government*, S. 212 und S. 209. Ders. (1664-65), *Court Maxims*, S. 196: "Those laws only are good which lead to and encourage virtue, and punish vice ... In a commonwealth, therefore, well-constituted laws govern, not men."

²⁴ Sidney (1681-83), *Discourses Concerning Government*, S. 204: " ... many have doubted whether it were better to constitute a commonwealth for war or for trade; and of such as intend war, whether those are most to be praised who prepare for defence only, or those who design by conquest to enlarge their dominion. Or, if they admit of trade, whether they should propose the acquisition of riches for their ultimate end, and depend upon foreign or mercenary forces to defend them; or to be as helps to enable their own people to carry on those wars, in which they may be frequently engaged."

²⁵ *Ibid.*, S. 205: "But experience teaching us that those only can be safe who are strong; and that no people was ever well defend, but those who fought for themselves; the best judges of these matters have always given the preference to those constitutions that principally intend war, and make use of trade as assisting to that end: and think it better to aim at conquest, rather than

Die Landesverteidigung ist für Sidney eine öffentliche Funktion und liegt im allgemeinen Interesse. Sie kann und sollte nur vom eigenen Volk ausgeführt werden. Sidneys gute Miliz rekrutiert sich wie diejenige Machiavellis – entsprechend dem zweiten Milizmerkmal – aus den *arme proprie*: Weder auf ausländische Hilfstruppen noch auf Söldner sei Verlass. Gott helfe demjenigen, welcher sich selber helfe. Söldnern müsse es entweder an Treue oder an Mut fehlen, in den meisten Fällen sogar an beidem. Sofern sie nicht durch den Invasoren geschlagen oder korrumpiert würden, seien sie eine leichte Beute ihres Herrn. Sie seien Lagergefolgsleute, welche keinen Glauben und keine Pietät besäßen sowie den Gewinn dem Recht vorzögen. Wer sein Blut zu verkaufen pflege, suche überall nach dem besten Profit und würde nie arm an Vorwänden sein, die privaten Interessen zu verfolgen.²⁶

Während Söldner nur ihr eigenes Interesse im Sinn haben, ist die Bürgermiliz in Sidneys Augen dem Gemeinwohl verpflichtet. Wie seine klassisch-republikanischen Vorgänger assoziiert er die Bürgereigenschaft mit dem Willen, zur Verteidigung des Gemeinwesens einen persönlichen Beitrag zu leisten. Wie Machiavelli, den er namentlich zitiert, sieht Sidney eine klassisch-republikanische Verbindung zwischen *buoni ordini* (good government), *libertà* (liberty) und *virtù militare* (military virtue): Während ein freies Volk noch nie von einem absoluten Monarchen erobert worden sei, seien viele grosse Könige von kleinen Republiken bezwungen worden. Der Grund des Erfolges sei stets derselbe und könne nicht nur dem Glück (fortune) zugeschrieben werden. Er liege vielmehr in der Schaffung der Tugend und in einer guten staatlichen Ordnung begründet. Machiavelli diskutiere diese Dinge. Der Florentiner finde die Tugend so essentiell wichtig für die Errichtung und Aufrechterhaltung der Freiheit, dass er es als unmöglich ansehe, dass ein korruptes Volk eine gute Staatsform errichten oder dass ein tugendhaftes Volk einen Tyrannen einsetzen könnte. Daraus schliesse Machiavelli, dass Tumulte und Unruhen nicht schaden könnten, wo die Materie (das

simply to stand upon their own defence; since he that loses all if he be overcome, fights upon very unequal terms; and if he obtain the victory, gains no other advantage, than for the present to repel the danger that threatened him."

²⁶ *Ibid.*, S. 210: "God helps those who help themselves ... Men cannot rely upon any league: The state that is defended by one potentate against another becomes a slave to their protector: Mercenary soldiers always want fidelity or courage, and most commonly both. If they are not corrupted or beaten by the invader, they make a prey of their masters. These are the followers of camps who have neither faith nor piety, but prefer gain before right. They who expose their blood to sale, look where they can make the best bargain and never fail of pretences for following their interests."

heisst, das Volk) nicht korrupt sei. Und wo das Volk korrupt sei, könnten auch gute Gesetze nichts Gutes leisten.²⁷

Eine gute, kriegsgerichtete staatliche Ordnung sieht Sydney im republikanischen Rom und im biblischen Israel erfüllt – nicht aber im zeitgenössischen Venedig. Die von Gott den Israeliten gegebene Wehrverfassung beinhaltet in seiner Einschätzung eine universale Stellungen- und Wehrpflicht (Milizmerkmale 4 und 5): Moses habe das Volk aufgeteilt, und die Zahl derjenigen, welche das Land verteidigten, sei stets mit der Zahl der Waffenfähigen identisch gewesen.²⁸ Dass Republiken eine grössere militärische Tugend freizusetzen vermögen als Monarchien, illustriert Sidney vor allem anhand der Expansion Roms: Die Liebe zum Vaterland habe die Römer über den Rest der Menschheit erhoben. Die Römer hätten ebensoviele Soldaten wie freie Bürger gehabt. Solange sie es mit den freien Völkern Italiens, Griechenlands, Afrikas und Spaniens zu tun gehabt hätten, sei nie ein Land erobert worden, bevor die Einwohner nicht völlig erschöpft waren. Als die Römer später gegen Könige kämpften, habe eine gewonnene Schlacht bereits genügt, um das ganze Königreich zu unterwerfen.²⁹ Hier beschreibt Sidney in machiavellischer Weise die Kriegführung als einen tugendhaften und tugendschaffenden Wettbewerb zwischen Republiken. Die Bewohner Deutschlands, Italiens, Spaniens und Frankreichs sind in Sidneys Augen unfrei und darum nicht fähig zur Eroberung. Speziell die folgende Darstellung Spaniens erinnert an Machiavellis Diktum, dass die Bürgertugend und nicht das Geld den Nerv des Krieges darstellt:

Jenes Königreich ... geniesst den gesamten Reichtum [West]Indiens, weswegen man annahm, es würde eine universelle Monarchie errichten. ... Sie hatten Geld und Schiffe; aber keine solide Tugend und Stärke, welche Eroberungen machen und sie erhalten.³⁰

²⁷ *Ibid.*, S. 135: "I think no example can be alleged of a free people that has ever been conquer'd by an absolute monarch, unless he did incomparably surpass them in riches and strength: whereas many great kings have been overthrown by small republics: and the success being constantly the same, it cannot be attributed to fortune, but must necessarily be the production of virtue and good order. Machiavelli discoursing of these matters, finds virtue to be so essentially necessary to the establishment and preservation of liberty that he thinks it impossible for a corrupted people to set up a good government, or for a tyranny to be introduced if they be virtuous; and makes this conclusion, *That where the matter* (that is, the body of the people) *is not corrupted, tumult and disorders do no hurt; and where it is corrupted, good laws do no good.*" Die Passage findet sich in den *Discorsi*, Buch I, Kap. 17.

²⁸ *Ibid.*, S. 205; Ders. (1664-65), *Court Maxims*, S. 16.

²⁹ Sidney (1681-83), *Discourses Concerning Government*, S. 199f.; S. 201; S. 213: "... the part which relates to war is much better perform'd in popular governments than in monarchies ... no king could ever boast to have overthrown any considerable commonwealth, unless it were divided within itself, or weakened by wars made with such as were also free"; Ders. (1664-65), *Court Maxims*, S. 18.

³⁰ Sidney (1681-83), *Discourses Concerning Government*, S. 215: "That kingdom ... enjoys all the wealth of the Indies; whereupon they are thought to have affected an universal monarchy ...

Auch Frankreich beherberge, so Sidney, "miserable Subjekte", welche keine wirkliche Stärke hätten.³¹ Der gesamteuropäische Wechsel hin zu absoluten Monarchien habe zur Folge, dass die alte Tugend der Menschheit (ancient virtue of mankind) ausgelöscht sei. Anstelle der Liebe zum Gemeinwohl finde man heute nur noch das Streben nach dem privaten Interesse. Da die Zeit grundsätzlich nichts ändere, sei diese Wandlung einzig auf den Wechsel der Staatsformen zurückzuführen.³² Sidney erinnert sich wehmütig an die militärisch erfolgreiche Aussenpolitik des englischen Commonwealth: Damals habe man in wenigen Jahren dank guter Disziplin und der Ermunterung, sich hervorzutun, mehr Beispiele einer reinen, unkorruptibaren und unbesiegbaren Tugendhaftigkeit gezeigt als das antike Rom oder das antike Griechenland.³³ Wären die Engländer gut geordnet, würden sie wohl einen Grossteil der Welt erobern.³⁴ Die "good orders" erinnern an Machiavellis *buoni ordini* und die apokalyptische Sprache an Harrington. Allerdings entbehrt Sidney Harringtons Zuversicht, ein "immortal commonwealth" schaffen zu können. Er schliesst sich Machiavellis Einschätzung an: Selbst eine freiheitlich-expansive Republik sei letztlich dem Untergang geweiht.³⁵

Noch in einem weiteren Punkt folgt Sidney Machiavelli und Nedham: Innenpolitische Auseinandersetzungen üben – bis zu einem gewissen Grade – eine wohltuende Wirkung auf eine Republik aus. Für Sidney waren die Tumulte in Rom eine notwendige Begleiterscheinung der republikanischen Tugend: Solange Italien von Völkern bewohnt gewesen sei, welche sich selbst regiert hätten, seien innenpolitische Unruhen und Kriege mit den Nachbarstaaten öfters vorgekommen. Solange diese Völker frei gewesen seien, hätten sie ihr Land geliebt und seien stets bereit gewesen, dieses zu verteidigen. Als Eigentümer hätten sie gewusst, dass im Falle des Sieges eines Invasors alles verloren wäre. Dies habe zwar zu Krieg und Tumulten geführt, habe jedoch gleichzeitig den Mut geschärft, die gute Disziplin zu erhalten. Bei den kriegstüchtigsten Völkern führte es zu einem Anwachsen von Macht und Bevölkerung. Deswegen sei kein Land je stärker gewesen als Italien zur Zeit der Invasion durch Hannibal. Nach der Niederlage des Karthagers war der Rest der Welt nicht fähig, der italienischen Tugend und Macht zu widerstehen.³⁶

They had money and craft; but wanting that solid virtue and strength which makes and preserves conquests."

³¹ *Ibid.*, S. 216.

³² *Ibid.*, S. 216.

³³ *Ibid.*, S. 216; Ders. (1664–65), *Court Maxims*, S. 18.

³⁴ Sidney (1681–83), *Discourses Concerning Government*, S. 209.

³⁵ *Ibid.*, S. 204f. und S. 209f.

³⁶ *Ibid.*, S. 260. An anderer Stelle erwähnt Sidney explizit Machiavelli als Urheber dieses Gedankens: "Civil war in Machiavelli's account is a disease, but tyranny is the death of a state." Siehe

Sieht Sidney die bürgerliche Tugend als unabdingbar an zur Erhaltung und Erweiterung einer Republik, so äussert er sich leider wenig konkret zur Frage, wie diese Tugend geschaffen werden soll. Insbesondere schweigt er sich über das Verhältnis von Grundeigentum zur Bürgertugend und zur staatlichen Freiheit aus. Er sieht – wie Machiavelli, Bacon, Nedham und Harrington – die bürgerliche Freiheit natürlicherweise verbunden mit "frugality", "industry", "honest poverty", und im Gegensatz zu "luxury", "effeminacy" und "licentiousness".³⁷ Obgleich er wie Neville die gotische Verfassung idealisiert, ist Sidney kein Neo-Harringtonianer: Er sieht politisch-militärische Macht nicht vollständig durch die Landverteilung determiniert. Hierzu äussert er sich nicht. Erst später – während der "Standing Army"-Kontroverse von 1697-99 – sollte der "old-cause man" Sidney durch die radikalen Whigs wie John Toland und Walter Moyle zu einem respektablen Country-Whig umgedeutet werden.³⁸

Blair Worden diagnostiziert bei Sidney sowohl das negative, implizit in der Naturrechtstheorie schlummernde Freiheitsverständnis als auch das positive, klassisch-republikanische Freiheitskonzept von Machiavelli. Er sieht das ausserordentliche Verdienst von Sidney darin, diese zwei theoretisch unvereinbaren Konzepte praktisch miteinander verbunden zu haben.³⁹ Hier interessiert vor allem der positive Freiheitsaspekt. Diesen entwickelt Sidney in Anlehnung an Aristoteles und Machiavelli. Man brauche keine andere Definition des glückseligen Lebens als diejenige, welche Aristoteles als Zweck der bürgerlichen Gesellschaft niedergeschrieben habe: " ... that men may in them enjoy *vita beata secundum virtutem* (Aristotle, *Politics*, bk III)."⁴⁰ Denn es gebe kein Glück ohne Freiheit, und kein Mann sei mehr ein Sklave als derjenige, welcher sich von seinen lasterhaften Leidenschaften hinreissen lasse: " ... there is neither liberty, nor happiness, where there is not virtue."⁴¹ Für den klassischen Bürgerrepublikaner Sidney ist man nicht *per se* frei, sondern muss sich die Freiheit mittels Tugend erst verdienen. Machiavelli habe über diese Dinge geschrieben und die Tugend als notwendige Voraussetzung zur Erhaltung der Freiheit bezeichnet.⁴² Weil der Mensch für Sidney von Natur aus ein politisches Lebewesen ist, kann er nur als aktiv partizipierender Bürger ein gutes Leben führen. Ein wesentlicher Bestandteil der *vita activa* stellt der Dienst in der Bürgermiliz dar. In Sidneys klassisch-republikanischer Ein-

auch Ders. (1664-65), *Court Maxims*, S. 20: " ... the court factions have been far more pernicious than popular tumults in commonwealths."

³⁷ Siehe Sidney (1681-83), *Discourses Concerning Government*, S. 184 und S. 254.

³⁸ Worden (1985), S. 28.

³⁹ Worden (1994d), S. 174.

⁴⁰ Sidney (1664-65), *Court Maxims*, S. 24. Siehe auch S. 35.

⁴¹ *Ibid.*, S. 24.

⁴² Sidney (1681-83), *Discourses Concerning Government*, S. 135.

schätzung ist die Kriegführung – wie auch die Politik – eine Angelegenheit der öffentlichen Sphäre. Deswegen darf sie nicht vor dem Hintergrund privater Interessen, sprich hauptberuflich, ausgeübt werden.

Gemäss John G.A. Pocock unterscheidet sich Sidneys Position insofern von derjenigen seiner Zeitgenossen wie Shaftesbury, als er noch nicht die volle Tragweite des Konzeptes einer "Standing Army" erkannte.⁴³ Wie Harrington habe Sidney noch in einer Welt gelebt, in welcher das Schwert nach wie vor in den Händen des Individuums ruhte. Die nächste Gruppe "republikanischer" Theoretiker wie John Trenchard und Andrew Fletcher hätten jedoch mit einer Welt klarkommen müssen, in welcher das Schwert im Begriffe war, in die Kontrolle des Staates überzugehen. Im Rahmen dieses Bemühens seien die *Discourses* 1698 erstmals publiziert worden.⁴⁴ Anders als für die Whig-Oppositionellen Mitte der 1670er Jahre scheinen die Bestrebungen von Charles II zur Schaffung professioneller Regimenter für Sidney nicht einen entscheidenden Schritt in Richtung "arbitrary government" dargestellt zu haben.

Bezüglich horizontaler Milizfunktion äussert sich Sidney wenig, abgesehen davon, dass er ein Widerstandsrecht des Volkes gegenüber absoluten Monarchen begründet. Dieses Widerstandsrecht verbindet er allerdings nicht konzeptionell mit der Institution der Miliz. Bezüglich vertikaler Milizfunktion – die konzeptionelle Verbindung des Konzeptes des Bürgersoldaten mit der Mischverfassungsidee – ist seine Haltung nicht ganz klar. Sidney schätzt zweifelsohne die militärische Schlagkraft eines "popular government" höher ein als diejenige einer Monarchie. Obwohl er unter "popular government" nicht notwendigerweise eine demokratisch dominierte Mischverfassung versteht, scheint er wie Machiavelli die *virtù militare* als eine spezifisch demokratische Tugend zu perzipieren.⁴⁵ In anderen Passagen jedoch – vor allem in jenen, wo er über den Niedergang der gotischen "ancient nobility" sinniert – scheint er die militärische Tapferkeit nicht als eine demokratische, sondern als eine aristokratische Eigenschaft zu sehen.⁴⁶ Anders als viele seiner bürgerlich-humanistischen Vorgänger zeigt er keine Vorliebe für die demokratische Infanterie gegenüber der aristokratischen Kavallerie. Das Problem liegt letztlich im doppelten Umstand begründet, dass Sidney erstens eine breite Volksnobilität angelsächsischen Vorbildes vor Augen hat, und er zweitens das

⁴³ Der Begriff "Standing Army" findet sich auch weder in den *Discourses* noch in den *Court Maxims*.

⁴⁴ Pocock (1994), S. 932.

⁴⁵ Siehe Sidney (1681-83), *Discourses Concerning Government*, S. 81.

⁴⁶ Vgl. Sidney (1664-65), *Court Maxims*, S. 67ff.

Mischverfassungskonzept lediglich destruktiverweise zur Begründung eines Widerstandsrechtes und nicht konstruktiverweise verwendet.⁴⁷

Insgesamt scheint für Sidney eher die *moralische* Bedeutung einer republikanischen Bürgermiliz im Vordergrund zu stehen, während "Plato Redivivus" respektive Neville eher auf die *institutionelle* Kontrolle militärischer Macht anstrebt. Sidney ist auch weniger konkret, während Neville den Monarchen auffordert, seine alleinige Befehlsgewalt über die Miliz zugunsten eines parlamentarischen Mitspracherechtes einzuschränken. Nevilles und Sidneys politische Werke belegen den Fortbestand des bürgerlich-humanistischen Denkens, der inhärenten Verbindung von *res publica*, *libertas* und *virtus* während der späten Stuart-Zeit. Sidneys wichtigster Beitrag bestand darin, die klassisch-republikanische These vertreten zu haben, dass keine Regierung langfristig bestehen kann, wenn sie nicht von der Tugend des Volkes getragen ist.⁴⁸ In Bezug auf die Milizfrage widerspiegeln sowohl Nevilles als auch Sidneys spärliche Äusserungen die relative Bedeutungslosigkeit dieses Aspektes im Zusammenhang mit der "Exclusion-Crisis". Der wirkliche Test der klassisch-republikanischen Milizidee sollte erst in der "Standing-Army"-Kontroverse von 1697-99 geschehen. Sidney hatte den Übergang von der kriegstüchtigen angelsächsischen zur korrupten Hofnobilität nicht anhand einer ökonomischen Theorie zu erklären versucht. Trotzdem sollten seine nostalgischen Beschreibungen der römischen und gotischen Bürgermilizen Ende der 1690er Jahre dafür herhalten, die "moderne", "kommerzielle" Gesellschaft mit ihren Finanzinstitutionen und stehenden Heeren aus dem Blickwinkel einer "real Whig"-Country-Opposition zu kritisieren.

⁴⁷ Pocock (1994), S. 930.

⁴⁸ Siehe Moore (1988), S. 578.

6. Die "Standing Army"-Kontroverse von 1697-99

6.1 Robert Molesworth: *An Account of Denmark*

Algernon Sidney hatte seine *Discourses* in der schwärzesten Stunde für die Whigs nach Auflösung des Oxford-Parlaments im Jahre 1681 verfasst. Erstmals publiziert wurden die *Discourses* 1698, nachdem die Glorreiche Revolution die wichtigste Forderung der Whigs nach einem protestantischen Monarchen erfüllt hatte. Dadurch war das chronische Stuart-Problem des "popery", eines katholischen Königshauses, endgültig gelöst worden. In der Folge trat der traditionelle Tory-Whig-Gegensatz völlig in den Hintergrund.¹ Die komplementäre Gefahr eines "arbitrary government" blieb jedoch aus Sicht der "old", "true" oder "real Whigs" bestehen. Diese sahen die Ergebnisse der Revolution als unvollkommen an. Ab 1693 warfen sie ihren ehemaligen Mitstreitern, den moderaten, despektierlich "juncto" genannten Whigs am Hofe William III vor, die Ideale des gemeinsamen opferreichen Kampfes verraten zu haben. Insbesondere vor dem Hintergrund einer neuerlichen Stuart-Restauration erschien den "real Whigs" die Machtbeschränkung der königlichen Prärogative als ungenügend.²

Einen prominenten Punkt innerhalb der Mängelliste der "real Whigs" stellte das Vorhandensein eines stehenden Heeres dar. James II hatte William auf der einen Seite eine für englische Verhältnisse beachtliche militärische Streitmacht hinterlassen. Auf der anderen Seite war die Miliz von den späteren Stuarts immer mehr vernachlässigt worden. Im Jahre 1689 wurde im House of Commons ein Vorstoss zur Reform der Miliz in Richtung allgemeiner Wehrpflicht lanciert. Diese Bestrebungen verliefen jedoch im Sande, weil sich die Wehrverfassungsfrage angesichts des Krieges mit den Exil-Stuarts in Irland und mit Frankreich auf dem Kontinent bis Ende der 1690er Jahre nicht in aller Vordringlichkeit stellte.³ Bemerkenswert ist einzig das überaus sarkastisch verfasste Pamphlet *Several Reasons for the Establishment of a Standing Army, and the Dissolving of the Militia* (1689) des Geistlichen Samuel Johnson. Darin nahm Johnson inhaltlich viele Argumente der späteren Pamphlete von 1697-99 vorweg. Die Gefahr eines stehenden Heeres wurde zu Beginn der 1690er Jahre deswegen als relativ schwach eingeschätzt, weil sich Williams Armee weitgehend aus Protestanten zusammensetzte – dies im Gegensatz zu den Truppen seiner Stuart-Vorgänger.

¹ [Toland] (1698), *The Militia Reform'd*, S. 595: " ... these Names are now of a very doubtful Signification".

² Zum Entstehen des "true Whiggism" von 1688-1694" siehe Goldie (1980), S. 212-215.

³ Vgl. Schwoerer (1974), S. 137-154.

Den "real Whigs" genügten der 1689 im Gefolge der Meuterei des Regiments von Dumbarton erlassene Mutiny Act und die verfassungspolitischen Sicherheiten der Bill of Rights nicht. Der Artikel VI der Bill of Rights von 1689 beinhaltete die Bestimmung, dass sowohl die Aushebung als auch die Beibehaltung eines stehenden Heeres ohne Ermächtigung durch das Parlament illegal seien. Die Militia Acts der Restaurationszeit, welche dem König den uneingeschränkten militärischen Oberbefehl im Lande zuwiesen, wurden jedoch nicht widerrufen. 1689 wurden keine klaren Antworten auf die Fragen gegeben, ob ein stehendes Heer *an sich*, das heisst auch in Friedenszeiten, zulässig ist, und ob die Miliz zur Verteidigung des Landes ausreicht. Für die "real Whigs" war die Angelegenheit auch nicht vornehmlich *verfassungspolitischer* Natur, sondern vielmehr eine *moralische* Herausforderung. Für sie ging es letztlich um die Frage, ob es im zeitgenössischen England noch möglich sein würde, genügend Bürgersinn zu mobilisieren, um die Verteidigung einer Miliz zu überantworten, und das moralisch zersetzende Schreckgespenst einer "Standing Army" zu vermeiden. Von diesem Blickwinkel aus betrachtet machte es keinen Unterschied, ob ein stehendes Heer nun *mit* oder *ohne* Einwilligung des Parlaments existierte.⁴

Stand in den frühen 1690er Jahren die Milizfrage zwar nicht im Rampenlicht der politischen Tagesaktualität, so wurde in dieser Zeit doch der geistige Nährboden geschaffen, auf dem sich die "Standing Army"-Kontroverse vom Herbst 1697 bis zum Frühjahr 1699 abspielen sollte. Nur das Wissen um die ideologische Vorbelastetheit der Wehrverfassungsdiskussion vermag zu erklären, warum die Beibehaltung einer im europäischen Vergleich lächerlich kleinen Truppe einen eigentlichen "paper war" in Parlament und Presse auslöste. Der geistige Rucksack, mit dem die "real Whigs" 1697 ins Feld zogen, war vor allem gefüllt mit Werken, welche die moderne ideengeschichtliche Forschung unter der Bezeichnung "klassisch-republikanisch" einordnen würde.

Eine wichtige Rolle als Verbindungsglied zwischen den Commonwealthmen der 1650er Jahre und den "real Whigs" spielte der Machiavelli-Übersetzer und Neo-Harringtonianer Henry Neville. Um "Plato Neville" begann sich zu Beginn der 1690er Jahre bis zu seinem Tod 1694 im "Grecian" – der griechischen Taverne am Devereux Court, Essex Street in London – eine jüngere Generation von Republikanern und Whigs als inoffizieller Club zu versammeln. Die Gruppe sah sich als Nachfolgerin von Harringtons "Rota Club" und zeigte sich für Nevilles klassisches und Harrington'sches Gedankengut überaus empfänglich. Rund um den "Grecian Club" bestand ein intensi-

⁴ Siehe beispielsweise [Trenchard] (1698), *A Short History of Standing Armies in England*, S. 20.

ves persönliches Beziehungsgeflecht – namentlich zwischen Robert Molesworth, John Toland, Andrew Fletcher, John Trenchard und Walter Moyle.⁵

Die Prämissen, unter denen sich die spätere "Standing Army"-Kontroverse abspielen sollte, wurden zudem entscheidend durch ein Werk geprägt, das auf den ersten Blick weniger Harringtons als Sidneys Geist und Inhalt atmet: *An Account of Denmark* von Robert Molesworth wurde 1693 erstmals veröffentlicht. Wie Sidney sieht Molesworth im gesamten Europa die gotische Verfassung im Niedergang, und wie dieser verbindet er diesen negativen Prozess mit einem nostalgisch verklärten Bild der mittelalterlich-angelsächsischen Nobilität. Blair Worden vermutet, Molesworth habe die *Discourses* schon vor deren Publikation 1698 gelesen.⁶ Fest stehen zwei Dinge: Erstens waren beide, Molesworth und Sidney, für kurze Zeit englische Gesandte in Dänemark. Zweitens war ihr Bild der gotischen Verfassung von derselben Quelle beeinflusst: von François Hotomans *Franco-Gallia* (1574). Im Jahre 1705 sollte Molesworth dieses Werk selber übersetzen und 1711 erstmals publizieren. Seine Einleitung zur zweiten Auflage 1721 wird stärker neo-Harrington'sche Züge als *An Account of Denmark* offenbaren. Das Vorwort liest sich wie eine programmatische Fassung des "real Whiggism".⁷ Unter dem Titel *The Principles of a Real Whig* sollte es 1775 neu gedruckt und beidseits des Ozeans oft gelesen werden.

In *An Account of Denmark* porträtiert Molesworth den Wechsel von einem Wahlkönigtum zu einer absoluten Monarchie in Dänemark im Jahre 1660. Dieses Ereignis stellt er als einen exemplarischen Fall dar für eine europaweit feststellbare Tendenz der Verdrängung der gotischen Freiheit durch absolutistische Tyrannen. Weniger die Antike als die gotische Vergangenheit wird von Molesworth idealisiert.⁸ Wie bei Sidney gilt auch Molesworths Augenmerk insbesondere der Nobilität. Der zeitgenössischen, verweichlichten Erb- und Titulararistokratie will er die frühere militärische Schlagkraft der mittelalterlichen Nobilität vor Augen halten.⁹ Aber nicht nur der Adel, auch die ehemals freien Bürger, die Yeomanry und die Commonalty, hätten ihre ursprünglichen

⁵ Siehe Robbins (1959), S. 88ff.

⁶ Worden (1994d), S. 176.

⁷ Molesworth (1721), "Preface". Zum Aspekt der Wehrverfassung siehe S. xxv-xxxI.

⁸ Molesworth (1694), *An Account of Denmark*, S. 42f.: "The Ancient Form of Government here [in Denmark] was the same which the *Goths* and *Vandals* established in most, if not all Parts of *Europe* ... and which in *England* is retained to this day for the most part ... all *Europe* was beholding to these People for introducing or restoring a Constitution of Government far excelling all others that we know of in the World."

⁹ *Ibid.*, S. 79.

militärischen Pflichten vernachlässigt.¹⁰ Molesworths Hymne an die "Gothic Militia" ist jedoch keine an den Feudalismus. Die gotischen Soldaten waren in seinen Augen "Freeholders" und als solche mit den Bürgersoldaten des antiken Rom identisch.¹¹

Weil die römischen Bürger Landbesitz (an estate) hatten, waren sie in Molesworths Einschätzung entschlossener zum Kampfe bereit: " ... because they do it for Property".¹² Rom habe die eroberten Gebiete auf seine Veteranen verteilt, was eine unbezwingbare Bürgermiliz zur Folge hatte:

With this advantageous Change of their Condition, that whereas formely they fought for their Country only as *Soldiers of Fortune*, now they shou'd defend it as wise and valiant *Citizens*, as *Proprietors* of the Estates they fight for.¹³

Im Gegensatz zu den tugendhaften Bürgersoldaten Roms sieht Molesworth das vornehmlich aus Ausländern rekrutierte Heer des zeitgenössischen dänischen Königs. Gemäss französischem Vorbild diene es dem dänischen Tyrannen als Instrument zur Unterdrückung seiner zu blossen Subjekten verkommenen Untertanen.¹⁴

Molesworths *Account of Denmark* wurde weitherum gelesen. Es war verantwortlich dafür, dass die spätere Auseinandersetzung um ein stehendes Heer von den "real Whigs" unter dem Vorzeichen akuter Dringlichkeit geführt werden sollte. In ihren Augen war England eine "limited monarchy" und als solche im Vergleich zu den absolutistischen Regimes des Kontinents ein Commonwealth, ja das letzte Commonwealth überhaupt. Die Engländer waren – in Molesworths Worten – "the only Possessors of true Liberty in the World" und sollten sich dieses Umstandes auch bewusst werden.¹⁵ Verfliegen war der messianische Optimismus der frühen 1650er Jahre, wie er in den Werken von Milton, Nedham und Harrington zum Ausdruck kommt. Die "real Whigs" der 1690er Jahre träumten nicht mehr vom Export der englischen Freiheit, sondern nur noch von deren Erhaltung. Der englische Republikanismus dieser Jahre war immer weniger auf Machiavellis Italien und immer mehr auf das mittelalterliche England fokussiert. Die englische Freiheit als solche war nun in Gefahr. Wenn sie auf der Insel nicht gesichert werden konnte, wo und durch wen dann?

¹⁰ *Ibid.*, Vorwort: " ... when our *Yeomanry* and *Commonalty* were every day exercised in drawing the *Long-bow* and handling the *Brown-bill*, with other weapons then in use, wherein we excell'd all the world."

¹¹ Der Vergleich ist explizit in Molesworth (1721), "Preface", S. xxvii.

¹² *Ibid.*, S. xxix.

¹³ *Ibid.*, S. xxxi.

¹⁴ Molesworth (1694), *An Account of Denmark*, S. 81f. und S. 123ff.

¹⁵ Siehe Molesworth (1721), "Preface", S. v: " ... the chief Motive which induces me to send abroad this small Treatise is a sincere desire of instructing the only Possessors of true Liberty in the World, what Right and Title they have to that Liberty; what a great Value it is; what Misery follows the Loss of it; how easily, if Care be taken in time, it may be preserv'd."

Neben der von Molesworth skizzierten *politischen* Gefahr einer Tyrannei kontinentaleuropäischen Musters sahen sich die "real Whigs" auch *ökonomischen* Entwicklungsprozessen gegenüber, welche ihnen Sorge bereiteten. Die Glorreiche Revolution hatte England einen holländischen Monarchen und damit ein beträchtliches militärisches Engagement auf dem europäischen Festland eingebracht. Es war nun endgültig kein an der Peripherie des europäischen Theaters gelegener Aussenseiter mehr, sondern in Nachfolge der Niederlande eine führende Handels- und Kriegsnation. Die Positionen bezüglich dieses fundamentalen Wechsels waren ebenso ambivalent wie das Verhältnis zum Heimatstaat des neuen Königs. In der englischen Bevölkerung blieben während längerer Zeit anti-holländische Ressentiments stark verbreitet.¹⁶ Noch weitreichendere Folgen zeitigte der Neunjährige Krieg von 1688-97 in zwei Bereichen, welche von der modernen Forschung unter den Stichwörtern "Finanzielle Revolution" und "Militärische Revolution" zusammengefasst werden.¹⁷ Der Neunjährige Krieg war im Grunde ein britischer Erbfolgekrieg. Für das Regime des *nuovo principe* William III machte er den Aufbau der militärischen und finanziellen Institutionen eines *Leviathan* notwendig.¹⁸ Die administrative Entwicklung des öffentlichen finanziellen Sektors im Verlaufe der 1690er Jahre sowie die Gründung der Bank von England 1694 ermöglichten eine in diesem Ausmass bisher ungekannte Mittelaufnahme durch öffentliche Anleihen. Der bürokratische moderne Staat und sein militärischer Arm in Form eines stehenden Heeres waren nun endgültig auch in England an die Stelle des kurzfristig angeheuerten *condottiere* getreten. Im Folgenden soll weitgehend ausser Acht gelassen werden, wie sich die finanzielle und die militärische Revolution der 1690er Jahre im Einzelnen abspielten.¹⁹ Das Hauptaugenmerk soll vielmehr der Art und Weise gelten, wie die Entwicklung eines *novus ordo seclorum* und die damit einhergehende Transformation der britischen Politik und Gesellschaft von verschiedenen Zeitgenossen perzipiert wurde.

John G.A. Pocock spricht in diesem Zusammenhang vom ersten Kapitel *politischer Ökonomie*, welches aber gleichzeitig ein weiteres Kapitel in der Geschichte des Bürgerhumanismus darstelle. Er sieht die Kritik der "real Whigs" an der neuen Finanzwelt in den 1690er Jahren, die in *Cato's Letters* im Zusammenhang mit der Südseekrise 1720 niedergeschriebene politische Theorie, und die Bolingbroke-Kampagne von

¹⁶ Siehe Israel (1996), S. 75-86.

¹⁷ Die Standardwerke sind Dickson (1967) für die finanzielle und Parker (1988) für die militärische Revolution.

¹⁸ Siehe Pocock (1996), S. 87-103.

¹⁹ Zur Kriegswirtschaft Englands – respektive Grossbritanniens – im 18. Jahrhundert siehe Brewer (1989).

1726-34 gegen Walpole als intellektuelle Fortführung der neo-machiavellischen und neo-Harrington'schen Debatte von 1675. Die Hauptinhalte der "Country"-Ideologie seien während des gesamten Zeitraums erstaunlich konstant geblieben. Als Gegenpol zu den bürgerrepublikanisch geprägten Politikvorstellungen der Country-Oppositionellen sieht Pocock im halben Jahrhundert nach der Glorreichen Revolution eine protoliberalen und -kapitalistische "Court"-Theorie von Ökonomie, Politik und Geschichte entstehen.²⁰

Die "Standing Army"-Kontroverse brachte ein wichtiges – wenn auch nicht strenggenommen erstes – Aufeinanderprallen dieser beiden intellektuellen Diskurse in Bezug auf die Wehrverfassungsfrage mit sich. James Harrington und Matthew Wren hatten in den 1650er Jahren während ihres Disputes bereits viele Positionen dieser sich erst später konsistent herausbildenden Sprachen vorweggenommen. Harrington hatte eine den späteren Country-"real-Whigs" vergleichbare Haltung und Wren annäherungsweise die Position der moderaten Court-Whigs vertreten.²¹

Massgeblich erleichtert wurde der "paper war" 1697-99 durch die Abschaffung der staatlichen Zensur im Jahre 1695. Unmittelbarer Auslöser der Debatte war der Entscheid Williams, nach dem Friedensschluss von Ryswick 1697 seine Armee nicht aufzulösen. Was folgte, war ein Aufschrei der Empörung auf den Hinterbänken des Parlaments. Dort wurde die Aussicht auf eine "Standing Army" als nicht weniger bedrohlich empfunden als zu Zeiten von Charles II und James II. Genau genommen vollzog sich die Debatte in verschiedenen Etappen: Zunächst ging es 1697 um die Reduzierung des siegreichen Heeres auf 10'000 Mann, 1698 auf 7'000 Mann und 1699 um die Beibehaltung der holländischen Gardes des Königs.²² Im Verlaufe der im Parlament und im privaten Rahmen auf einem hohen intellektuellen Niveau²³ geführten Kontroverse wurden insgesamt 37 Pamphlete veröffentlicht. Dabei gilt es zu bemerken, dass die Pamphletliteratur in jener Zeit das gängige Medium der politischen Auseinandersetzung darstellte. Anders als in der modernen deutschen Sprache verstanden die englischen Leser den Begriff "Pamphlet" nicht in einem negativen Sinne.

Auf der Seite der Armeegegner schrieben vor allem John Trenchard, Walter Moyle, Andrew Fletcher, John Toland und der Geistliche Samuel Johnson. Auf der Seite des Königs entstanden mindestens 19 Traktate – vor allem vom Lord Chancellor John

²⁰ Pocock (1975), S. 423ff.

²¹ Siehe Kap. 5.2.2.

²² Schwoerer (1965), S. 187-212. Vgl. auch Miller (1946), S. 306-313.

²³ Siehe Orme (1698), *The Late Prints for a Standing Army*, S. 1: "... the ingenious Writings of several accurate Pens in Discourses rather Notional than Practical, concerning Militia's and Standing Armies".

Somers und von Daniel Defoe. Während der Court-Whig Lord Somers seine Ansichten auch im Parlament vertrat, nahmen die klassisch inspirierten "real Whigs" an den Debatten in Westminster nicht teil. Den konkreten parlamentarischen Kampf bestritt unter der Führung von Robert Harley eine aus Tories und Whigs bunt zusammengewürfelte "New Country"-Partei. Wie im 17. Jahrhundert üblich, wurden die Namen der Autoren auf den Titelseiten der Pamphlete nicht abgedruckt. Dies erklärt, warum in den Texten häufiger auf die Titel als auf die Autoren verwiesen wird.²⁴

Die aufgewühlte Gefühlslage schuf für radikale Publizisten wie John Toland und Walter Moyle die Gelegenheit, die Country-Whigs im Parlament mit einem republikanischen Programm vertraut zu machen. Dies erfolgte einerseits durch die Veröffentlichung eigener Werke und andererseits durch die mitunter stark modifizierte und manipulierte Erst- und Neuauflage früherer Schriften. In den Jahren 1698-1700 gaben Toland und seine Freunde diejenigen Klassiker heraus, welche im 18. Jahrhundert einen eigentlichen "republikanischen Kanon" bilden sollten. Als wichtigste davon sind zu nennen: die Erstausgabe von Algernon Sidneys *Discourses concerning Government* (1698), John Miltons *Historical and Political Works* (1698), Henry Nevilles *Plato Redivivus* (1698), Edmund Ludlows *Memoirs* (1698-99) und die gesammelten *Works* von James Harrington (1700).²⁵

Die Publikationsoffensive klassisch-bürgerrepublikanischer Werke hatte jedoch nicht eine Wandlung der Country-Whigs zu Republikanern zur Folge. Im Gegenteil: In der Realität war es vielmehr so, dass die republikanischen Klassiker von der Country-Partei zu ihrem Zweck instrumentalisiert wurden. Dieser Zweck bestand vor allem darin, den "landed interest" zu verteidigen. Die Verteidigung konnte verschiedene Formen annehmen: Erstens war sie in Fortführung der Whig-Opposition der späten 1670er Jahre ein Abwehrreflex gegenüber dem korrupten Hof. Zweitens war sie – mitunter auch in Kombination zum ersten Punkt – eine Verunglimpfung des "monied interest", das heisst des neuen, schnell wachsenden Finanzsektors in der englischen Wirtschaft. Auf diese Weise gefiltert, wurden die Commonwealth-Klassiker zum Fundament künftiger Country-Parteien des 18. Jahrhunderts.²⁶ Je weiter verbreitet und damit respektabler die bürgerlich-humanistische Tradition wurde, umso verwässert waren auch deren Inhalte. Die Bewegung war im 18. Jahrhundert immer weniger ein klassisches Programm und immer mehr eine insulare Sprache.²⁷ Eine wichtige Anpassung gegenüber Sidney liess sich bereits bei Molesworth feststellen. Während ersterer eine

²⁴ Eine chronologische Auflistung der Pamphlete findet sich bei Schwoerer (1966), S. 382-90.

²⁵ Zur Verbindung von Ludlows *Memoirs* zum "paper war" siehe Worden (1978), S. 17-55.

²⁶ *Ibid.*, S. 51.

²⁷ Zu den Anpassungen siehe Worden (1994d), S. 178ff., und Ders. (1991b), S. 241-277.

verlorene oder im Schwinden begriffene englische Freiheit diagnostizierte, sahen die jüngeren Republikaner diese Freiheit durch die Revolution von 1688 als grundsätzlich gegeben an – wenn auch stets gefährdet und durchaus verbesserungsfähig.²⁸

Die Vertreter des postrevolutionären Bürgerhumanismus gebrauchten einen Republiksbegriff, wie er schon vor 1650 verwendet worden war. Als Commonwealth wurde diejenige politische Staatsform angesehen, in welcher mit Blick auf das Gemeinwohl regiert wird. England war dementsprechend eine Republik, an deren Spitze rein zufällig ein Erbmonarch stand. Robert Molesworth verteidigte sich im Vorwort zu *Franco-Gallia*, dass er kein Commonwealthman im Sinne eines "Haters of Kingly Government" sei, sondern ein "real Whig". Ein solcher sei jemand, welcher danach trachte, die strenge Ordnung der alten gotischen Verfassung von König, Lords und Commons aufrechtzuerhalten. Gemäss dieser Ordnung würden alle drei Stände (Estates) die Legislative bilden. Die Exekutive sei allein dem Monarchen überlassen. Jedoch habe sich dieser dem gesamten Volke zu verantworten. Ein "true Whig" habe keine Angst vor der Bezeichnung "Commonwealthsman".²⁹ Auch John Toland beschrieb England in seinem Vorwort zu Harringtons *Works* als eine *res publica*: "... the English Government is already a Commonwealth, the most free and best constituted in all the world."³⁰ In seinem späteren Werk *The Art of Governing by Partys* (1701) war Toland noch ausführlicher in seiner mit Hinweis auf Polybios entwickelten Darstellung Englands als gemischter Republik.³¹

²⁸ Eine eindrucksvolle Darstellung Englands als Freistaat ist John Tolands Verteidigung des Act of Settlement in *Anglia Libera* von 1701.

²⁹ Molesworth (1721), "Preface", S. viif.: "My Notion of a *Whig*, I mean of a real *Whig* ... one who is exactly for keeping up to the Strictness of the true old *Gothick Constitution*, under the *Three Estates of King (or Queen) Lords and Commons*; the *Legislature* being seated in all Three together, the *Executive* entrusted with the first, but accountable to the whole Body of the People ... A true Whig is not afraid of the Name of a *Commonwealthsman*."

³⁰ Toland (1700), "Preface", S. viii.

³¹ Toland (1701b), *The Art of Governing by Party*, S. 32f.: "A Commonwealth, when the Administration lies in the People, is call'd a Democracy, when 'tis solely or for the most part in the Nobility, 'tis then an Aristocracy; but when 'tis shar'd between the Commons, the Lords, and the supreme Magistrate (term him King, Duke, Emperor, or what you please) 'tis then a mixt form, and is by *Polybius* and many Judicious Politicians among the Ancients esteem'd the most equal, lasting, and perfect of all others. In this sense *England* is undeniably a Commonwealth, tho' it be ordinarily stil'd a Monarchy because the chief Magistrat is call'd a King."

6.2 John Trenchard und Walter Moyle: *An Argument*

What is it that causeth the Tyranny of the Turks at this day, but Servants in Arms? What is it that preserved the glorious Commonwealth of Rome, but Swords in the hand of its Citizens?

JOHN TRENCHARD / WALTER MOYLE

Walter Moyle (1672-1721) und John Trenchard (1662-1723) eröffneten den Schlagabtausch mit dem langfristig einflussreichsten Pamphlet *An Argument Showing that a Standing Army is Inconsistent with a Free Government*. Auf die Publikation des ersten Teils im Oktober 1697 folgten im Dezember *The Second Part of an Argument* sowie *A Letter from the Author of the Argument against a Standing Army, to the Author of the Balancing Letter*. Letzteres war als Antwort auf das erste Pamphlet Lord Somers gedacht. Im November 1698 erschien wiederum in London und von Trenchard geschrieben *A Short History of Standing Armies in England*. Walter Moyle war ungemein belesen in antiker Geschichte. Sein mutmasslich 1699 verfasster *Essay upon the Roman Government* ist ebenfalls im Kontext der "Standing Army"-Kontroverse zu sehen. Obwohl erst 1727 veröffentlicht, kursierten Manuskripte des Essays schon ab 1699. Moyle übersetzte 1698 auf Verlangen von Charles Davenant Xenophons *Discourse upon Improving the Revenues of the State of Athens* und veröffentlichte 1726 *An Essay on the Lacedaemonian Government*.

An Argument ist unter anderem deswegen ein bemerkenswertes Werk, weil sich die Autoren mit ihrer Milizargumentation gleich selbst in die Nachfolge der klassischen Republikaner Machiavelli, Bacon und Harrington stellen: Machiavelli habe mehrere Kapitel darüber geschrieben, dass kein Prinz und kein Staat je Berufssoldaten zulassen sollte und dass keine Nation je sicher sein könne, ohne eine Miliz zu haben. Bacon habe sich des Öfteren gegen eine "Standing Army" ausgesprochen. Vor allem habe er geschrieben, dass eine Söldnerarmee (Mercenary Army) zwar am geeignetsten sei, in ein Land einzudringen, eine Miliz dieses jedoch am besten verteidigen könne. Denn die Söldner wollten Grund und Boden (Estates) nur aneignen, die Bürger ihn jedoch beschützen. Harrington habe seine gesamte *Oceana* auf der Grundlage einer trainierten Miliz aufgebaut.³² Weil die Natur des Menschen letztlich immer dieselbe sei, würden

³² [Trenchard/Moyle] (1697a), *An Argument*, S. 23f.: "I dare speak with the greater assurance upon this Subject, having the Authority of as great Men as the World hath produced for my Justification. *Machiavel* spends several Chapters to prove, that no Prince or State ought to suffer any of their Subjects to make War their Profession, and that no Nation can be secure with any other Forces than a settled Militia. My Lord *Bacon* in several places bears his Testimony against a Standing Army, and particularly he tells us, that a Mercenary Army is fittest to invade

auch die Staaten politischen Verfassungsmechanismen gehorchen, welche immer – sei es im klassischen Rom oder im modernen England – nach demselben Schema ablaufen. Die Kunst bestehe darin, das staatliche Uhrwerk so auszugestalten, dass es zugunsten des Gemeinwohls ablaufe:

A Government is a mere piece of Clockwork; and having such Springs and Wheels, must act after such a manner: and therefore the Art is to constitute it so that it must move to the public Advantage.³³

Die Verfolgung des Gemeinwohls garantiert in Trenchards Einschätzung einem Staat wenn nicht ein absolutes, so doch ein längerfristiges Überleben. Staaten unterliegen einem vorbestimmten Lebenszyklus, wobei unter anderem der private Luxus und die rücksichtslose Verfolgung des Eigeninteresses zulasten des Gemeinwohls am Beginn ihres Untergangs stehen.³⁴ Das Gemeininteresse werde so lange von den Parlamentariern im House of Commons verfolgt, als sie frei von externem Druck oder privater Bestechung bleiben könnten: " ... if we can preserve them free from Corruption, they will take care to keep every body else so."³⁵ England sei es bis vor kurzem vergönnt gewesen, ein freiheitlicher Staat zu sein. Zu Beginn von *An Argument* preisen die Autoren die englische Monarchie und stellen ihr Tyrannei und Versklavung im restlichen Europa gegenüber: Die Situation Englands sei gekennzeichnet durch Friede und Prosperität. Sogar der Luxus, welcher in den meisten anderen Ländern eine ruinöse Wirkung entfalte, vermöge die Engländer nicht zur Faulheit anzustiften. Als eine "limited mix'd Monarchy" habe England eine Bevölkerung aus freien Bürgern und nicht aus Sklaven wie in den übrigen Teilen der Welt.³⁶ England sei ein "Empire of laws, and not of Men", ein Commonwealth. Dessen Bewohner würden eine Freiheit genießen, wie sie die alten Griechen und Römer kaum gekannt hätten. Die Versammlung von König, Nobilität und Commons im Parlament stelle das Gemeinwesen dar. Deren Qualität (Excellence) bestehe im richtigen Gleichgewicht der einzelnen Teile zueinander.³⁷

a Country, but a Militia to defend it; because the first have Estates to get, and the latter to protect. Mr. Harrington hath founded his whole *Oceana* upon a trained Militia."

³³ [Trenchard] (1698), *A Short History*, S. iii.

³⁴ [Trenchard/Moyle] (1697b), *Second Part of an Argument*, S. 18: "Every body must die when their time is come: and Empires as well as private Men must submit to Time and Fate; Governments have their Infancy, their Meridian and their Decay; and the Preludes to their Destruction are generally Luxury, Pride, Sloth, Prodigality, Cowardice, Irreligion, Self-interest, and a universal Neglect of the Publick."

³⁵ [Trenchard] (1698), *A Short History*, S. iv.

³⁶ [Trenchard/Moyle] (1697a), *An Argument*, S. 2: " ... being Freeman and not Slaves in this unhappy Age, when an universal Deluge of Tyranny has overspread the face of the whole Earth."

³⁷ *Ibid.*, S. 3.

Als Ursache für den Gegensatz zwischen der Sklaverei auf dem europäischen Kontinent und der Freiheit in England sehen Trenchard und Moyle den Umstand, dass die Kontinentaleuropäer, entweder aus Notwendigkeit oder aus Unachtsamkeit, stehende Heere zuliessen. England sei dieses Verhängnis nur durch seine Insellage und nicht aufgrund einer besonderen politischen Klugheit erspart geblieben.³⁸ Gerade die politische Weisheit sei nun aber gefragt. Die Engländer sollten sich bewusst werden, welchen politischen Wert die Absenz eines stehenden Heeres bis anhin für ihre Nation hatte. Anders als Harrington sehen die Autoren in Analogie zu Neville und Sidney die Bürgermiliz nicht auf den Ruinen der gotischen Verfassung angetreten, sondern als inhärenter Bestandteil derselben. War für Harrington das gotische Gleichgewicht ein instabiler Ringkampf, so trauern ihm die Autoren nach:

... this Gothick Ballance (which was established in all Parts of *Europe*) made the Militia to consist of the same Parts as the Government, where the King was General, the Lords by virtue of their Castles and Hours, the great Commanders, and the Freeholders by their Tenures the Body of the Army.³⁹

Trotzdem ist der Einfluss von Harringtons Trias *landed property – liberty – virtue* spürbar. So schreiben die Autoren, eine stabile und freiheitliche Staatsverfassung könne *nur* auf der Milizgrundlage errichtet werden. Und diese Miliz müsse sich aus den über Eigentum verfügenden Staatsbürgern zusammensetzen:

Dieses [gotische] Gleichgewicht kann nur erhalten werden durch eine Vereinigung der natürlichen mit der künstlichen Kraft des Königreiches, das heisst durch die Union der Miliz mit den Eigentümern. Andernfalls wäre die Regierung gewalttätig und unnatürlich. Sie könnte unmöglich von Dauer sein. Denn entweder bricht die Verfassung die Armee oder die Armee zerstört die Verfassung.⁴⁰

Die Autoren sehen als klassische Republikaner einen Konnex zwischen der sich in einer Miliz manifestierenden Bürgertugend und der staatlichen Freiheit; entsprechend wird ein stehendes Heer mit Korruption und Unfreiheit in Verbindung gebracht: Kein Gesetzgeber der freiheitlichen Staaten des Altertums habe je ein stehendes Heer zugelassen. Denn die Israeliten, Athener, Korinther, Spartaner, Samniten und Römer hätten gewusst, dass das Schwert und die Souveränität stets Hand in Hand marschier-

³⁸ *Ibid.*, S. 4: " ... their Necessities or Indiscretion have permitted a standing Army to be kept amongst them, and our Situation rather than our Prudence, hath as yet defended us from it."

³⁹ *Ibid.*, S. 4.

⁴⁰ *Ibid.*, S. 4: "This Ballance can never be preserved but by an Union of the natural and artificial Strength of the Kingdom, that is, by making the Militia' to consist of the same Persons as have the Property; or otherwise the Government is violent and against Nature, and cannot possibly continue, but the Constitution must either break the Army, or the Army will destroy the Constitution."

ten. Deswegen hätten sie ihre eigenen Bürger ständig an den Waffen geübt. Entsprechend seien die antiken Republiken (Commonwealths) in viele geordnete Milizen aufgeteilt worden.⁴¹ Die Bürgermiliz ist somit für Trenchard und Moyle im Sinne des ersten Milizmerkmals eine staatliche und keine private Institution.

Auf das zweite Milizmerkmal kommen die Autoren nicht explizit zu sprechen. Jedoch gilt zu bemerken, dass sie den Begriff "Mercenaries" sowohl für in- als auch ausländische Söldner zu verwenden scheinen.⁴² In Bezug auf das dritte Merkmal, die Ablehnung der Professionalität der militärischen Tätigkeit, stimmen die Autoren mit Machiavelli überein. Die Verteidigung der *res publica* ist auch für sie eine öffentliche Aufgabe und darf deshalb nicht Einzelnen gegen Bezahlung anvertraut werden: Die Waffen der antiken Gemeinwesen hätten stets in den Händen derjenigen gelegen, welche ein Interesse am öffentlichen Frieden gehabt hätten. Durch die Abweisung des Invasors hätten sie sich genügend bezahlt gefühlt und seien friedlich zu ihren zivilen Tätigkeiten zurückgekehrt. In jenen Tagen habe es keinen Unterschied gegeben zwischen dem Bürger (Citizen), dem Soldaten (Souldier) und dem freien Bauern (Husbandman). Denn alle hätten sie gemeinsam zu den Waffen gegriffen, wenn die öffentliche Sicherheit dies erforderte. Und mit noch mehr Eifer hätten sie die Waffen anschliessend wieder niedergelegt.⁴³ Durch diese Wehrordnung habe sich das antike Rom zum Beherrscher der Welt aufgeschwungen. Als jedoch die eroberten Gebiete immer grösser wurden, habe man in entfernteren Gebieten ständige und bezahlte Truppen eingesetzt. Mit dem Einzug des Luxus im römischen Volk habe man diese Einheiten sogar in der Heimat stationiert. Die Auswirkungen seien so fatal gewesen, dass sich das Volk am Ende gezwungen sah, diese Truppen durch Gesetzeserlass auf Distanz zu halten:

Nor do we find that this famous Commonwealth ever permitted a Deposition of their Arms in any other hands, till their Empire, increasing, Necessity constrained them to erect a constant stipendiary Souldiery abroad in Foreign Part ... Then Luxury increasing

⁴¹ *Ibid.*, S. 6f.: "... as the Israelites, Athenians, Corinthians, Achaians, Ladedemonians, Thebans, Samnites, and Romans; none of which Nations whilst they kept their Liberty were ever known to maintain any Souldiers in constant Pay within their Cities, or ever suffered any of their Subjects to make War their Profession; well knowing that the Sword and Sovereignty always march hand in hand, and therefore they trained their own Citizens and the Territories about them perpetually in Arms, and their whole Commonwealths by this means became so many several formed Militias."

⁴² *Ibid.*, S. 21.

⁴³ *Ibid.*, S. 7: "[The weapons] were never lodg'd in the hands of any who had not an Interest in preserving the publick Peace, who fought *pro aris & focis*, and thought themselves sufficiently paid by repelling Invaders, that they might with freedom return to their own Affairs. In those days there was no difference between the Citizen, the Souldier, and the Husbandman, for all promiscuously took Arms when the publick Safety required it, and afterwards laid them down with more Alacrity than they took them up."

with Dominion, the strict Rule and Discipline of Freedom soon abated, and the Forces were kept up at home, which soon prov'd of such dangerous Consequence, that the People were forced to make Law to employ them at a convenient distance.⁴⁴

Auf die Dauer habe der korrumpierende Einfluss der professionellen Soldaten jedoch nicht aufgehalten werden können. Der Heeresbefehl des Konsuls Marius sei von einem auf fünf Jahre verlängert worden. Dies habe ihm die Gelegenheit verschafft, sich die Armee untertan zu machen und die römische Freiheit zu unterdrücken. Unter dem Konsul Sulla hätten die Nöte, die Massaker und der Ruin angedauert. Das beste Blut der Welt sei wie Wasser die Strassen Roms entlanggeflossen, und die ganze Stadt sei in ein Schlachtfeld verwandelt worden.⁴⁵

Die angeworbenen und stehenden Legionen zur Zeit von Marius hatten in den Augen von Trenchard und Moyle nicht den Charakter einer Bürgermiliz und entbehrten deswegen deren Unabhängigkeit und Tugend. Sie wurden von ihrem Oberbefehlshaber Marius abhängig und erlaubten dadurch, dass dessen privates Interesse an die Stelle des öffentlichen Wohles trat. Dasselbe Übel ermöglichte auch, dass Caesar an der Spitze seiner Legionen den Rubikon zu überschreiten wagte und das ganze Reich unterwarf. Neben Rom geben die Autoren eine ganze Reihe antiker und neuzeitlicher Beispiele für den freiheitszersetzenden Effekt stehender Truppen an. Mit Verweis auf Molesworth, "a late excellent Author", wird auch auf das abschreckende Beispiel Dänemarks Bezug genommen: Hätte der dänische König keine Armee unter seinem Kommando gehabt, hätte die Nobilität niemals ihre Macht eingebüsst.⁴⁶ Alle diese Beispiele dienen dem Nachweis der bürgerlich-humanistischen These, dass die militärische Verteidigung eine öffentliche Funktion ist. Aus diesem Grunde muss sie, wenn sie gut erfüllt werden will, von der staatstragenden, eigentumsbesitzenden Bürgerschaft ausgeübt werden. Andernfalls, so Trenchard und Moyle, gelte, was Harrington klug beobachtet habe. Jedwelche Nation, die es erlaube, dass ihre Diener (Servants) ihre Waffen tragen, werde von diesen zur Schlachtbank hingeführt.⁴⁷

Das Argument, dass die Republiken Venedig und Holland stehende Heere aufweisen und doch ihre Freiheit zu erhalten vermögen, versuchen die Autoren durch Verweis auf deren spezifische geostrategische Lage zu entkräften. Interessant ist die Aussage, in einer Republik im engeren Sinne könne man ein stehendes Heer unter Umständen tolerieren. Dies gelte jedoch in keinem Fall für eine begrenzte Monarchie wie

⁴⁴ *Ibid.*, S. 8.

⁴⁵ *Ibid.*, S. 9.

⁴⁶ *Ibid.*, S. 10.

⁴⁷ *Ibid.*, S. 10: " ... as Mr. Harrington judiciously observes, Whatever Nation suffers their Servants to carry their Arms, their Servants will make them hold their Trenchers."

England. Denn hier sei der Einfluss des Volkes beschränkt und der König ein ständiger General: "But if we admit that an Army might be consistent with Freedom in a Commonwealth, yet it is otherwise in a free Monarchy".⁴⁸

In der Existenz eines stehenden Heeres sehen die Autoren einen hinreichenden Indikator für das Vorhandensein der Freiheit in einem Staat. Das Argument, eine kleine Armee in England sei politisch relativ unbedenklich, vermag sie nicht zu überzeugen: Angesichts der Entwaffnung der Nobilität durch Abschaffung der Lehensfolge und der königlichen Kompetenz zur Aushebung der Miliz würden wenige stehende Regimenter genügen, um jeglichen Widerstand im Keime zu ersticken.⁴⁹ England habe eine gemischte Verfassung. Durch ein stehendes Heer würde das Gleichgewicht markant zugunsten des Königs verschoben; durch die traditionelle Miliz hingegen würde es erhalten bleiben.

Die Autoren sehen die Wehrverfassungsproblematik aber nicht nur als Frage des konstitutionellen Gleichgewichtes, sondern vor allem auch als Frage der öffentlichen Moral. Bürgerliche Tugend und staatliche Freiheit sind in ihren Augen interdependent. Berufssoldaten sind nicht besser als abhängige Diener (Servants), weil ihnen ebenso die moralischen Voraussetzungen zur Erfüllung der öffentlichen Aufgabe der Landesverteidigung abgehen. Was sonst liege denn der zeitgenössischen Tyrannei in der Türkei zu Grunde, als bewaffnete Diener? Was sonst habe die glorreiche römische Republik erhalten, als eine Bürgermiliz?

What is it that causeth the Tyranny of the *Turks* at this day, but Servants in Arms? What is it that preserved the glorious Commonwealth of Rome, but Swords in the hand of its Citizens?⁵⁰

Die moderne Kriegswissenschaft hat sich nach Meinung der Autoren zugunsten einer Bürgermiliz und zu Ungunsten einer Berufsarmee entwickelt. Die grossen Fortschritte der modernen Kriegführung würden sich beim Lagerbau, der Befestigungstechnik, der Artillerie und der geschickten Ingenieurskunst zeigen. Diese geistigen Künste könnten nur mit langer Beschäftigung und Erfahrung gelernt werden, was nicht nur im Felde, sondern ebenso im privaten Studierzimmer geschehe. Kein Mensch könne demnach behaupten, ein stehendes Heer sei notwendig, um gute Ingenieure auszubilden.⁵¹

⁴⁸ *Ibid.*, S. 11.

⁴⁹ *Ibid.*, S. 13.

⁵⁰ *Ibid.*, S. 13.

⁵¹ *Ibid.*, S. 24f.: "... the great Improvements in War are in regular Encampments, Fortification, Gunnery, skilful Engineering [sic.], & c. These are Arts not to be learn'd without much Labour, and Experience, and are as much gained in the Closet as in the Field; and I suppose no Man will say, that the keeping [of] standing Forces is necessary to make a good Engineer."

Professionelle Soldaten sind in den Augen der Autoren korrupt, weil sie keiner anderen beruflichen Tätigkeit, einem "zivilen" Lebensunterhalt, nachgehen. Weil sie keine wirkliche ökonomische Basis in der Gesellschaft haben, geht ihnen das Interesse am Gemeinwohl ab. Deswegen korrumpieren sie ursprünglich benevolente Könige zu Tyrannen der schlimmsten Sorte. Die folgende Beschreibung könnte durchaus auch von Machiavelli stammen. Sie zeigt deutlich die Abscheu Trenchards und Moyles gegenüber professionellen Soldaten:

Men of dissolute and debauched Principles, who call themselves Souldiers of Fortune ... For having no other Profession or Subsistence to depend upon, they are forced to stir up the Ambition of Princes, and engage them in perpetual Quarrels, that they may snare of the Spoils they make.⁵²

Professionelle Soldaten üben für Trenchard und Moyle nicht nur einen schlechten Einfluss auf den Monarchen aus, sie sind auch das willfähige Instrument *des* Hofes und gefährden somit das verfassungsmässige Gleichgewicht in England. Wie die Whig-Op-
position der späten 1670er Jahre um den Earl of Shaftesbury, nehmen die Autoren den Einfluss des Hofes auf das Parlament mittels Patronage als negativ wahr.⁵³ So schreiben Trenchard und Moyle, dass bei der Abweisung der Stuart-Despotie mehr Glück als Verstand im Spiel gewesen sei. Man könne jedoch in Zukunft nicht wieder darauf zählen. Selbst wenn man den gegenwärtigen "Courtiers" guten Willen unterstelle, so wisse man doch nie, wen und was die Zukunft bringe. Die Erfahrung zeige, dass die meisten Menschen durch politische Macht korrumpiert werden: " ... for in the little Experience I have had in the World, I have observed most Men to do as much Mischief as lay in their Power."⁵⁴ Die Court-Whigs Somers und Defoe argumentierten in der Debatte, dass die finanziellen Mittel für das stehende Heer vom Parlament gesprochen werden müssten. Die "power of the Purse" würde somit in den Händen des Volkes verbleiben.⁵⁵ Darauf entgegneten die Autoren, dass das Parlament kein wirkliches Gegengewicht darstellen könne. Denn die von der Regierung abhängigen Offiziere würden sich stets für eine Erhöhung der Ausgaben des Heeres aussprechen: " ... an Army will raise Money, as that Money will raise an Army"⁵⁶. Letztlich sei nur auf die Flotte und die Miliz Verlass. In untypischer Entlehnung des apokalyptisch-optimistischen Sprachgebrauchs der 1650er Jahre meinen die Autoren, die Flotte sei fähig, dem Universum Ge-

⁵² *Ibid.*, S. 28.

⁵³ *Ibid.*, S. 14: " ... we have enough to do to guard our selves against the Power of the Court, without having an Army thrown into the Scale against us."

⁵⁴ *Ibid.*, S. 17.

⁵⁵ Siehe hinten Kap. 6.5.

⁵⁶ *Ibid.*, S. 17.

setze zu geben: "[It will be] able to give Laws to the Universe."⁵⁷ Die englische Miliz jedoch könne im Moment die ihr zugewiesene Rolle nicht erfüllen. Sie sei von den Stuarts gezielt vernachlässigt worden, um die Einführung eines stehenden Heeres und damit von Katholizismus (popery) und Sklaverei (slavery) notwendig zu machen.⁵⁸

Im Anschluss an das Klagelied auf den Zerfall der traditionellen englischen Miliz entwickeln die Autoren das vierte Milizmerkmal in der bürgerrepublikanischen Tradition: die Notwendigkeit von unabhängigkeitsicherndem Eigentum für den Bürgersoldaten. So fragen sie: Warum sollte nicht der Nobilität, der Gentry und den Bürgern von England die Verteidigung ihres eigenen Lebens, ihrer Grundstücke und ihrer Freiheiten anvertraut werden?

Why may not the Nobility, Gentry, and Free-holders of *England* be trusted with the Defence of their own Lives, Estates and Liberties, without having Guardians and Keepers assign'd them?⁵⁹

Der Wehrpflicht sollen nur "Freemen" unterliegen, wobei es die Autoren unterlassen, ein bestimmtes Mindesteigentum bekanntzugeben. Klar ist: Wieder einmal ist die Wehrpflicht nur in demjenigen Sinne universal, als ihr alle Eigentümer unterliegen. Blair Worden meint, dass die Milizpamphlete der 1690er Jahre in dieser Frage einen exklusiveren Geist atmen als Harringtons *Oceana*.⁶⁰ In der Tat wird in diesen Texten im Allgemeinen stärker die hierarchische Unterordnung der Freeholder unter ihre aristokratischen Offiziere betont. Harrington hatte die Führung der Miliz einer "natürlichen" Aristokratie überantwortet. Diese sah er automatisch mittels überlegener persönlicher Fähigkeiten Einzelner aus der Eigentümerdemokratie entstehen. Nicht der adelige Stammbaum, sondern die überlegene Tugend sollte jemanden zum Offizier qualifizieren. In den Milizpamphleten der 1690er Jahre wird im Gegensatz dazu davon ausgegangen, dass der traditionelle Erbadel in der angestrebten reformierten Miliz das Kommando über die Freeman-Miliz haben wird. Harrington entwickelte das Ideal des Offiziers vor allem aus dem Blickwinkel der sozialen Funktion heraus, welche dieser in der Miliz einer gut geordneten Eigentümer- und Soldatenrepublik zu erfüllen hat. In den Milizpamphleten der 1690er Jahre ist der Rang des Gentlemanoffiziers viel stärker Ausdruck seiner gesellschaftlichen Besserstellung. Während Machiavelli, Nedham und Sidney gemässigte Auseinandersetzungen zwischen Volk und Adel als positiven Aus-

⁵⁷ *Ibid.*, S. 18.

⁵⁸ *Ibid.*, S. 20: "For the detestable Policies of the last Reigns were with the utmost Art and Application to disarm the People, and make the Militia useless, to countenance a standing Army in order to bring in Popery and Slavery."

⁵⁹ *Ibid.*, S. 20f.

⁶⁰ Worden (1994d), S. 186.

druck bürgerlichen Bewusstseins begrüßen, präsentieren Trenchard und Moyle das Verhältnis harmonischer: Adel und Gentry sollen kommandieren, die Freeholder die gemeine Truppe bilden und gehorchen.⁶¹

Die Betonung der Unterordnung der bewaffneten Eigentümer unter das aristokratische Offizierskorps geht in den Texten der 1690er Jahre einher mit deutlich abgeschwächten demokratisch-egalitären Vorstellungen im Vergleich zu Bacon, Nedham und Harrington. Der Unterschied zu den imperialen Aspirationen des Republikanismus der frühen 1650er Jahre ist frappant. Trauen Nedham, Harrington und Sidney der englischen Bürgermiliz noch zu, in die Fussstapfen der Legionen des republikanischen Roms treten zu können, sehen die "real Whigs" der 1690er Jahre deren Rolle primär defensiv. Blair Worden spricht in diesem Zusammenhang von einer "Gentrifizierungstheorie", wonach im postrevolutionären Republikanismus das stoische Ideal des losgelösten Gentleman grundsätzlich gegenüber dem machiavellischen Konzept bürgerlicher Partizipation immer mehr an Bedeutung gewinnt.⁶²

Damit einher geht auch ein verändertes Kriegsbild. Francis Bacon präsentierte dem pazifistischen Zauderer James I eine Milizvorstellung, in der er den Krieg in Anlehnung an Machiavelli als einen kompetitiv-tugendschaffenden Vorgang darstellte. In den Milizpamphleten Ende der 1690er Jahre ist diese existentielle Sicht des Krieges nur noch schwach feststellbar. Am stärksten ist sie in denjenigen Schriften zu finden, in denen erstens ein eigentliches Reformprogramm für die Miliz vorgeschlagen wird: in *The Militia Reform'd* von John Toland und in *A Discourse of Government with Relation to Militias* von Andrew Fletcher. Zweitens taucht diese Sicht noch zuweilen in historisch orientierten Werken dieser Zeit auf – wie vor allem in Walter Moyles *Essay upon the Constitution of the Roman Government*.

Walter Moyle schrieb sein historisches Werk über die römische Republik, während die "Standing-Army"-Kontroverse im Gange war. Es sollte später auch Montesquieu beeinflussen. Es atmet einen demokratisch-egalitären Geist, wie man ihn bei Molesworth, Trenchard oder Fletcher kaum mehr findet. Die breite Eigentumsstreuung in Rom ermöglichte in den Augen Moyles die Vertreibung der Könige und die Errichtung der Republik. Dass der Grundbesitz die einzig wahre Basis der Macht darstelle, habe Harrington in seiner *Oceana* überzeugend nachgewiesen.⁶³ Subtil kritisiert Moyle die zeitgenössische "limited monarchy" unter William III, indem er anhand der römischen

⁶¹ [Trenchard/Moyle] (1697a), *An Argument*, S. 22: " ... an Army where the Nobility and chief Gentry of *England* are the Commanders and the Body of it made up of the Freeholders, their Sons and Servants."

⁶² Siehe Worden (1994d), S. 186f.

⁶³ Moyle (ca. 1699), *Essay upon the Constitution of the Roman Government*, S. 232.

Geschichte die Tendenz jeder erbmonarchischen Ordnung hin zum Absolutismus aufzeigt.⁶⁴ Aufgrund seiner Vision eines römischen Imperialismus wird Moyle von Zera S. Fink als letzter klassischer Republikaner überhaupt in England bezeichnet.⁶⁵

Moyle ist jedoch eher die Ausnahme, welche die Regel bestätigt. Charakteristischer für die generelle Haltung der Republikaner der 1690er Jahre ist Andrew Fletchers Aussage, England solle keine Eroberungen anstreben. Das Meer sei das einzige Reich (empire), welches ihm natürlicherweise zukomme.⁶⁶ Wo Harrington und Nedham zu Beginn der 1650er Jahre die Milizidee in Verbindung mit einem freiheitlich-republikanischen Messianismus gesehen hatten, wird sie von den "real Whigs" anglozentrischer, aristokratischer und aussenpolitisch defensiver interpretiert. Eine instrumentale Sicht des Krieges im Rahmen einer gleichgewichtspolitischen Gesamtstrategie tritt immer mehr an die Stelle eines territorialen Imperialismus.

Trenchard und Moyle wünschen sich zwar grundsätzlich eine allgemeine Wehrpflicht im Sinne einer patriotischen Stellungspflicht aller "Freemen". Wie bei Machiavelli soll aus der Bürgerschaft jedoch eine Auswahl der wirklich Dienstleistenden vorgenommen werden. Im Sinne des vierten Milizmerkmals schwebt Trenchard und Moyle eine *selektive* Dienstpflicht vor. Sie fordern die Reduktion der englischen Miliz auf 60'000 Mann, von denen sich ein Drittel in ständiger Übung befinden soll: "Why may not the whole Militia of *England* be reduced to sixty thousand, and a third part of those kept by turns in constant Exercise?"⁶⁷ Man möge sich Polen, die Schweiz und Graubünden als Vorbild nehmen. Diese Nationen hätten es ohne Flotte, ohne Insellage, trotz kleiner Grösse und machtvollen Nachbarn allein dank ihrer Bürgermiliz geschafft, nicht angegriffen zu werden.⁶⁸ Es gebe letztlich keine Zwischenlösung: Entweder entscheide man sich für eine Bürgermiliz und die Freiheit oder für ein stehendes Heer und die Tyrannei.⁶⁹

Die Miliz erfüllt in den Augen von Trenchard und Moyle sowohl eine aussenpolitische als auch eine innenpolitische Funktion. Durch eine generelle Übung der Besten eines Volkes an den Waffen können Unruhen unterdrückt und fremde Invasoren abgewehrt werden:

⁶⁴ *Ibid.*, S. 207 und S. 227f.

⁶⁵ Fink (1945), S. 172. Siehe auch Robbins (1959), S. 107f.

⁶⁶ Fletcher (1698), *A Discourse*, S. 30.

⁶⁷ [Trenchard/Moyle] (1697a), *An Argument*, S. 21.

⁶⁸ *Ibid.*, S. 21. Zumindest im Falle der Schweiz öffnet sich hier allerdings ein tiefer Graben zwischen *Milizfiktion* und *Milizrealität*. Die eidgenössischen Milizen profitierten wesentlich vom militärischen Sachverstand der Söldnerveteranen aus fremden Diensten.

⁶⁹ [Trenchard/Moyle] (1697a), *An Argument*, S. 23.

A general Exercise of the best of their People in the use of Arms, was the only Bulwark of their Liberties; this was reckon'd the surest way to preserve them both at home and abroad, the People being secured thereby as well against the Domestick [sic.] Affronts of any of their own Citizens, as against the Foreign Invasions of ambitious and unruly Neighbours.⁷⁰

Die tapfere Bürgermiliz Londons sei allein dafür verantwortlich gewesen, dass Charles I mit seiner bewaffneten Hofgarde nicht die Inhaftierung von aufsässigen Mitgliedern des House of Commons gewagt habe.⁷¹ Wenn man ein stehendes Heer hätte, wäre alles von der unsteten und launenhaften Stimmung einer Soldateska abhängig. Diese seien zu allen Zeiten für gewalttätige und plötzliche Umstürze verantwortlich gewesen.⁷² Sogar die puritanische *New Model Army*, welche sich zu Beginn des Bürgerkrieges als Verfechter englischer Freiheiten gesehen hatte und aus religiös und moralisch einwandfreien Männern zusammengesetzt war, sei letztlich zum Instrument despotischer Tyrannei korumpiert. Damals sei das gesamte englische Volk mit dem Waffengebrauch vertraut gewesen; der Puls der ganzen Nation habe für die Freiheit geschlagen. Was könne man dann wohl in der Zukunft erwarten, falls ein ehrgeiziger Prinz mit einer verführten Armee, einer einschmeichelnden Geistlichkeit, sich prostituierenden Ministern, einem bankrotten Oberhaus, einem gekauften Unterhaus in einer versklavten, korumpierten Nation an die Macht kommen sollte?

If this Army could commit such violences upon a Parliament always successful, ... at a time when the whole People were trained in Arms, and the Pulse of the Nation beat high for Liberty; what are we to expect if in a future Age an ambitious Prince should arise with a dissolute and debauched Army, a flattering Clergy, a prostitute Ministry, a Bankrupt House of Lords, a Pensioner House of Commons, and a slavish and corrupted Nation?⁷³

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich in *An Argument* und den darauffolgenden Pamphleten derselben Autoren alle wesentlichen Elemente und Funktionen der bürgerrepublikanischen Milizidee feststellen lassen. Auch Trenchard und Moyle sehen eine bürgerhumanistische Verbindung zwischen *virtus*, *militia*, *res publica* und *libertas*. Was sie von früheren Vertretern wie Machiavelli, Bacon, Nedham und Harrington unterscheidet, ist die defensivere Ausrichtung ihres Konzeptes verbunden mit einer instrumentellen Sicht des Krieges. Die bürgerliche Kriegerqualität ist in ihren Augen weniger eine ausgreifend imperiale als eine defensiv-englische Tugend. Leider sind die

⁷⁰ *Ibid.*, S. 7.

⁷¹ [Trenchard] (1698), *A Short History*, S. 7.

⁷² [Trenchard/Moyle] (1697a), *An Argument*, S. 27: " ... if we keep a standing Army, all depends upon the uncertain and capricious Humours of the Souldiery [sic.], which in all Ages have produced more violent and sudden Revolutions, than ever have been known in unarmed Governments: For there is such a Chain of Dependence amongst them."

⁷³ [Trenchard] (1698), *A Short History*, S. 10.

Autoren nicht sehr konkret in Bezug auf den "Freeholder", der ihren Überlegungen zu Grunde liegt. Insofern lässt sich auch im Sinne des fünften Milizmerkmals schwer zwischen einer universalen und einer selektiven Dienstpflicht unterscheiden. Vielleicht waren aber gerade diese Unbestimmtheiten der Grund für die Popularität von *An Argument* und *A Short History* im 18. Jahrhundert. Insgesamt nimmt in Moyles und Trencards Pamphleten die Diagnose einen weit grösseren Platz ein als die Therapie. Dies wird verständlich, wenn man sich vor Augen hält, dass es den Autoren vor allem darum ging, ein stehendes Heer zu verhindern und weniger darum, eine Bürgermiliz als konkretes Gegenmodell zu entwerfen. Die Autoren zeigten sich zwar optimistisch, im englischen Volk genügend Tugend zur Wiederbelebung der traditionellen Miliz mobilisieren zu können. Aber wie sollte sich diese Miliz konkret zusammensetzen und trainiert werden, um eine wirkliche Alternative zum stehenden Heer darzustellen?

6.3 John Toland: *The Militia Reform'd*

The Romans, who understood the Art of War beyond all the World, did not make Soldiery a Refuge to Poverty and Idleness: for none but Men of Fortune and Property, whose private Interest firmly engag'd them to the Publick Good, had the Honour of serving in their Armies.

JOHN TOLAND

John Toland (1670-1722), Herausgeber von Harringtons *Works*, zu Exzessen neigender, chronisch verschuldeter religiöser Freidenker, Deist und Freund von Robert Molesworth, wandte sich 1698 in *The Militia Reform'd* ebenfalls gegen ein stehendes Heer. Anders als Trenchard und Moyle schlug er eine konkrete Reform der traditionellen englischen Miliz vor.¹

In der Bürgermiliz soll nach dem Vorbild der alten Römer, "des prächtigsten Volkes im Universum"², diejenige militärische und bürgerliche Tugend geschaffen werden, welche Toland aufgrund einer verhängnisvollen Entwicklung in England nicht mehr als vorhanden ansieht. Der negative Prozess ist für ihn in erster Linie das Produkt eines "Designs" des Hofes und nicht eine Folge der Entwicklung des Kommerzes oder des finanziellen Sektors. Dies zeigt sich unter anderem in seinem Vorwort zur *Oceana*. Dort bezeichnet er die Bank of England als Qualitätsmerkmal der freiheitlichen englischen Verfassung und vergleicht sie mit dem römischen Tempel des Saturn. Während es in absoluten Monarchien keinen Raum gebe für ein öffentliches Kreditwesen (Public Credit), komme die Verfassung der Bank of England von sämtlichen Verfassungen Harringtons Modell, "the most perfect Form of Popular Government that ever was"³, am nächsten.⁴ In *The Art of Governing by Partys* von 1701 äussert sich Toland allerdings sehr kritisch gegenüber der Bank of England⁵ und gegenüber "mony'd men without Land, and who consequently have no firm pledge in England"⁶. In *The State-Anatomy of Great Britain* von 1717 schreibt er wieder, dass lediglich Tyrannen und Katholiken natürlicherweise den Handel (trade) hassten, denn dieser mache das Volk poli-

¹ Eine gute Darstellung von Tolands Eskapaden und seinem politischen Denken gibt Worden (1978), S. 23-55. Seiner Meinung nach harret Tolands politisches und historiographisches Werk noch der verdienten Anerkennung. Er vermutet, dass Toland an *An Argument* und *A Short History of Standing Armies* mitbeteiligt gewesen ist. S. 41.

² [Toland] (1698), *The Militia Reform'd*, S. 607.

³ Toland (1700), "Preface", S. ix.

⁴ *Ibid.*, iii.

⁵ Toland (1701b), *The Art of Governing by Partys*, S. 134.

⁶ *Ibid.*, S. 166.

tisch scharfsinniger.⁷ Die Widersprüche sind nicht aufzulösen. Klar ist: Toland ist ein Beleg dafür, dass man sich hüten muss vor einem zu schablonenhaften Gegenüberstellen von "landed interest" und "monied interest".

Wie Machiavelli geht auch Toland im Sinne des ersten Merkmals davon aus, dass die ideale Miliz keine private, sondern eine staatliche Institution ist. Jeder Staat müsse für seine Sicherheit selbst sorgen.⁸ Toland übernimmt vom Florentiner auch die Unterscheidung zwischen einem "Commonwealth for preservation" und einem "Commonwealth for increase": Für die blosse Erhaltung verfüge eine Insel zwar über die besten Voraussetzungen. Wolle ein Staat jedoch wie England sowohl das eine als auch das andere, Handel treiben, Kolonien gründen und eine Gleichgewichtspolitik betreiben, so müsse er sich hierfür militärisch genügend ausstatten:

... all Countries must have some Force to defend them against foreign Invasions and domestick Tumults. ... An Island is best situated for Preservation, as having need of little other Force either to infest foreign Coasts, or to protect its own, besides a numerous Fleet which it can never want. But if it be likewise a Government for Increase, such as ours, its Situation naturally leading it to Trade and planting of colonies; and if it has the noble Ambition of holding the Ballance steddy [sic.] between other Governments, of succouring the Distress'd, and grudging Liberty to none, then it must be always provided with a considerable Land Force.⁹

Wie sein grosses Vorbild Harrington, welcher der grösste Commonwealthman der Welt gewesen sei, glaubt Toland, dass es für England möglich sei, die aussenpolitische Eroberungsfähigkeit Roms mit der innenpolitischen Stabilität eines "Commonwealth for preservation" zu verbinden.¹⁰ Dafür bedarf es jedoch einer umfassenden Reform der englischen Miliz. Diese freiheitliche Institution sieht Toland durch ein tyrannisches Design der Stuarts vernachlässigt: Die Stuarts hätten der Bevölkerung erfolgreich eine Abneigung gegenüber der Miliz, den Irrglauben an die Notwendigkeit eines stehenden Heeres und eine gute Meinung über Söldner eingimpft.¹¹

Während die meisten Länder Europas von einer Flutwelle der Tyrannei erfasst wurden, habe in England die Freiheit seit der Glorreichen Revolution sogar zugenommen.

⁷ Toland (1717), *The State-Anatomy of Great Britain*, S. 40ff.

⁸ Insofern ist die Bezeichnung der Anti-"Standing Army"-Einstellung der "real Whigs" als "Anti-Army Sentiment" irreführend.

⁹ [Toland] (1698), *The Militia Reform'd*, S. 597.

¹⁰ Siehe Toland (1700), "Preface", S. vii.

¹¹ [Toland] (1698), *The Militia Reform'd*, S. 596: " ... the Frame of our Militia could not be more successfully contriv'd to render it the Object of the Peoples Contempt and Aversion, and with a design to create in them a good opinion of Mercenaries, and to make 'em believe a necessity of always keeping up a Standing Force of such."

Heute habe sie eine nahezu optimale Höhe erreicht.¹² Nun ist es in Tolands Augen notwendig, die mangelhafte Wehrverfassung mit der annähernd perfekten Staatsverfassung Englands in Einklang zu bringen. Die Vorzeichen sind günstig, denn – hier folgt er Harrington – das Gleichgewicht der Eigentumsverteilung (und damit der politischen Macht) hat sich definitiv zugunsten des Volkes verändert: " ... the Overballance of Property (and consequently of Power) fell into the Scale of the Commons, where it seems to be now wholly fixt".¹³

Im Sinne des zweiten Milizmerkmals lehnt Toland die professionelle Ausübung der Soldatenfunktion ab. Professionelle Soldaten würden stets für eine Fortdauer ihres Gewerbes eintreten. Es sei nicht davon auszugehen, dass sie je von sich aus, ohne Intervention des Staates, von den Missbräuchen ihres Berufes absehen würden.¹⁴ Toland spricht den Armeeveteranen des Neunjährigen Krieges zwar seine Anerkennung für ihren Mut und ihre Erfolge in der Verteidigung der englischen Freiheit aus. Dies bedeute jedoch nicht, dass man sich jetzt durch sie versklaven lassen wolle. In den Augen des klassischen Republikaners Toland geht Berufssoldaten diejenige moralische Unabhängigkeit ab, welche erforderlich ist für die erfolgreiche Verteidigung der *res publica*. Die Römer hätten das Kriegshandwerk weltweit am besten verstanden. Deshalb hätten sie es niemals zugelassen, dass das Soldatentum zur Zuflucht von Armut und Trägheit hätte verkommen können. Im Sinne des dritten Milizmerkmals verspürten die römischen Bürger in Tolands Einschätzung eine moralische Verpflichtung zur Verteidigung des öffentlichen Gutes. Die Grundlage der militärischen Tugend des römischen *miles* stellte dessen Eigentum dar:

The Romans, who understood the Art of War beyond all the World, did not make Soldiery a Refuge to Poverty and Idleness: for none but Men of Fortune and Property, whose private Interest firmly engag'd them to the Publick Good, had the Honour of serving in their Armies.¹⁵

Toland zitiert den römischen Historiker Sallust, um zu belegen, dass die ärmeren Schichten – die *capitecensi* und die *proletarii* – in der römischen Republik im Normalfall nicht zur Militärpflicht herangezogen wurden. Weil sie nicht über einen wirkli-

¹² Toland (1701a), *Anglia Libera*, S. 18: " ... our Liberty ... has not only subsisted, while most Countrys [sic.] of Europe are overwhelm'd with a Deluge of Tyranny; but of late Years it has prodigiously increas'd, and seems at present to be arriv'd at a Heighth which wants very little of Perfection."

¹³ *Ibid.*, S. 19.

¹⁴ [Toland] (1698), *The Militia Reform'd*, S. 596: "War being their Trade, 'tis no wonder if they be always for continuing it; nor can it ever happen to be otherwise, should they be wholly left to themselves, no more than any other Persons, without the Intervention of the Civil Authority, would reform the Abuses of their own Professions."

¹⁵ *Ibid.*, S. 598.

chen, persönlichen Grundbesitz (Estate) verfügt hätten, habe der Staat für ihre Loyalität auch kein Pfand und keine Geisel gehabt. Dieselben Beweggründe, welche die [verhältnismässig] Reichen zum Kampfe für denjenigen Staat anleiten, welcher ihr Eigentum (Property) sichere, würden die Armen dazu verleiten, diesen Staat stürzen zu wollen. Daraus sei zu schliessen, dass Bürger stets für die Freiheit und Diener (Servants) stets für das Brot zu kämpfen gewillt seien.¹⁶

Der Konsul Marius habe, so Toland, die Errichtung einer absoluten Tyrannei beabsichtigt. Deshalb sei er von der guten Tradition abgewichen, indem er Soldaten aus den ärmeren Schichten zu rekrutieren begonnen habe. Aus diesem Grunde sei das "Free Empire" zur Tyrannei degeneriert.¹⁷ Aber wie war das möglich? Vorangegangen war in Tolands Einschätzung ein Korruptionsprozess im römischen Volk – das heisst den "Men of Property". Diese hätten nicht mehr selbst ins Feld ziehen wollen und hätten sich entweder direkt vom Wehrdienst freigekauft oder einen armen Stellvertreter geschickt: "They sent those to defend them in the Field, whom they would scorn to admit into their domestick Service."¹⁸ Willkürliche Caesaren, welche den "Men of Property" nicht trauten, hätten das Schwert aus den Händen der Bürger genommen und es in die Hände der Diener gelegt. Dadurch verloren die Römer ihre Freiheit, ihr Eigentum und damit die Liebe zu ihrer Nation, welche sie zuvor so freimütig für ihr Land hatte bluten lassen:

... the Sword was taken from the Citizens or Freeman, and put into the Hands of Servants by the Arbitrary Emperors who durst no trust Men of Property ... the Romans lost their Liberty and Property, and with them all that ardent Love to their Country, which made them so freely bleed in its defence before.¹⁹

Genau dieselbe Tendenz konstatiert Toland in der zeitgenössischen englischen Miliz: Entsprechend der Milizakte von 1660 sei kein Mann persönlich wehrpflichtig, sondern könne irgendeinen armen, schwachen oder debilen Stellvertreter schicken.²⁰ Die Stuarts hätten das Volk getäuscht und ein stehendes Heer von "mercenaries" aufge-

¹⁶ Ibid., S. 598: "Seeing a man's real or personal Estate, says Aulus Gellius, are a sure Pledge and Hostage for his Fidelity to the Government, and that these Enjoyments seem to be the ground of one's Love to his Country, therefore neither the Breeders [die Proletarii] nor the Pollmen [die Capitecensij] were listed as Soldiers, but in case of extraordinary Tumults or Insurrections. ... the same reason that prevails with the Rich to fight for that Government, whose excellent Constitution secures his Property to him, moves the Indigent to serve aganist it ... whence it may be concluded, that Citizens will always appear for Liberty, and Servants fight for Bread."

¹⁷ Ibid., S. 599.

¹⁸ Ibid., S. 599. Hier zitiert Toland von Vegetius.

¹⁹ Ibid., S. 608.

²⁰ Ibid., S. 599: "In the ... Act now in force for regulating our Militia, no Man is oblig'd to serve in Person, but may send whom he pleases to appear for him, tho [sic.] ever so poor and weak, or ignorant of the use of Arms, and all other Arts."

stellt. Aufschlussreich ist die unterschiedliche Verwendung des Begriffes "mercenary" durch Toland: Erstens gebraucht er ihn wie Machiavelli zur Bezeichnung ausländischer Söldner im Gegensatz zu den einheimischen *arme proprie*. In ähnlicher Weise wie der Florentiner sieht Toland in ihnen einen unwissenden, gewalttätigen, bettelnden und faulen Abschaum der Menschheit. Weil sie nur selten pünktlich bezahlt würden, müssten sie notwendigerweise zu Diebstahl, Raub, Plünderung und Mord schreiten.²¹ An anderer Stelle verwendet Toland "mercenary" als Gegenbegriff zu "virtuous". So verstanden können nicht nur Söldner, sondern auch Parlamentarier die korrupte Moral eines "mercenary" aufweisen. Ebenfalls 1698 verfasste Toland denn auch ein Pamphlet unter dem Titel *The Danger of Mercenary Parliaments*.²²

Das zweite Milizmerkmal steht für Toland offensichtlich nicht im Mittelpunkt seiner Überlegungen. Ganz anders das dritte, die notwendige Nebenberuflichkeit des Soldatentums. Nur temporäre Milizsoldaten kämpfen für das Gemeinwohl und die Freiheit und nicht für ein privates Interesse und die Sklaverei. Bei den "Freemen" glaubt Toland den von den Stuarts initiierten Korruptionsprozess noch nicht zu weit fortgeschritten. Mit anderen Worten: Die "Freemen" verfügen noch über genügend materielle Unabhängigkeit. Entsprechend definiert Toland in der aristotelischen Tradition stehend "Freemen" als "Men of Property", als Personen, die selbständig zu leben befähigt sind. "Servants" nennt er alle, welche nicht über diese Unabhängigkeit verfügen. Alle Voraussetzungen, welche dem Menschen von der Natur gegeben seien, würden im Status eines "Freemen" verbessert. Wegen der besseren Ernährung seien sie viel stärker und aktiver als die Diener. Mutig würden sie für ihre Freiheit und ihr Eigentum kämpfen:

*England consisting of Freeman and Servants, none be capable of serving in the Militia but the former. By Freeman I understand Men of Property, or Persons that are able to live of themselves; and those who cannot subsist in this Independence, I call Servants. ... besides that all the Endowments which Nature has made common to both are improv'd in Freeman, the very Temper of their Bodies being much stronger and livelier by better feeding, which is no little Ingredient to Courage, they fight also for their Liberty and Property.*²³

²¹ *Ibid.*, S. 603: " ... being most of 'em the Scum of Mankind, consisting of ignorant, brutish, mean, beggerly, and idle Fellows, that live only upon a scanty Hire, which is seldom punctually paid, they must necessarily have recourse to Stealing, Robbing, Plundering, Assassinating, and the like flagitious Practices."

²² Siehe Robbins (1959), S. 126. In *The Art of Governing by Partys* (1701b), S. 38 spricht Toland von "mercenary Drudges of the Court".

²³ [Toland] (1698), *The Militia Reform'd*, S. 597.

Mit der Verbindung von *property*, *virtue* und *liberty* gibt sich Toland klar als klassischer Republikaner und nicht als Liberaler zu erkennen. Eigentum ist bei ihm nicht ein passives Schutzobjekt, das gegen die Eingriffe des Staates verteidigt werden muss, sondern Ausgangspunkt jeder freiheitlichen und staatstragenden Gesinnung. Eine freiheitliche Staatsverfassung und eine schlagkräftige Wehrverfassung sind interdependent: Eine Miliz aus Freeholdern sei nicht nur Sklaven und Söldnern überlegen, sondern sogar einer Armee aus Gentlemen unter einem absoluten Monarchen.²⁴

Kritisch gilt es hier jedoch zu bemerken, dass Tolands simpler Gegensatz von Freeholdern und Servants der sich in Wirklichkeit zunehmend komplexer gestaltenden Sozialstruktur im England der 1690er Jahre nicht mehr gerecht wird. Wo sind beispielsweise die städtischen Lohnempfänger in seinem verkürzenden Schema einzuordnen? In Tolands nostalgischem Schematismus gibt es im Grunde auch keinen Platz für einen parlamentarisch kontrollierten Berufssoldaten. Professionelle Soldaten sind für ihn sowohl Ursache als auch Symptom eines moralzersetzenden Prozesses im Staat – respektive bei den "Men of property": Ein freiheitlicher Staat (Free Empire) sei immer dann zur Tyrannei degeneriert, wenn die Bürger nicht mehr selbst dienen wollten. Sie hätten entweder einen Stellvertreter gesandt oder Geld bezahlt.²⁵ Der gleichläufigen Entwicklung im England seiner Tage will Toland durch die Reform der Miliz entgegenwirken. Würden "alle Personen gleichermaßen in bürgerlicher und militärischer Disziplin geschult"²⁶, könnte die Insel niemals erobert werden. Toland erhofft sich einen Spillover-Effekt zwischen dem militärischen und dem zivilen Sektor der englischen Gesellschaft. Das Kunst- und das Kriegshandwerk soll in England, anders als in weiten Teilen der Welt, in denselben Personen vereinigt werden: "Men of Arts and Arms will be the very same Species among us, whereas now they are extremely different in most parts of the World."²⁷ In der Miliz erfüllen die Engländer die aristotelische Tugend des guten Staatsbürgers, diejenige gut zu regieren und gut regiert werden zu können. Von allen guten Politikern – dabei denkt Toland wohl vor allem an Aristoteles und Harrington – sei derjenige Staat als der beste und vortrefflichste bezeichnet worden, in welchem die Bürger abwechslungsweise gelernt hätten, zu kommandieren und zu gehorchen. Die *Rotation* sei eine vom Lichte der Natur vorgeschriebene Pflicht, um

²⁴ *Ibid.*, S. 598.

²⁵ *Ibid.*, S. 599: " ... whenever any Free Empire degenerated into Tyranny, as that of *Rome* is known to have done, then Men of Property were not enjoin'd or encourage'd to serve themselves, but either permitted to find others that would go out in their room, or to pay down so much ready Money".

²⁶ *Ibid.*, S. 598.

²⁷ *Ibid.*, S. 609.

ein friedliches und freundschaftliches Gleichgewicht gleichwertiger Amtsträger zu gewährleisten:

All good Politicians have ever allow'd that to be the best and noblest Government where Men learn alternately to command and to obey; because at this rate they are not only fitted to serve their Country upon all Occasions, but likewise made competent Judges of the Merit or Miscarriage of others ... *Rotation* seems to me a Duty requir'd by the Light of Nature: for keeping an equal Ballance between those of the same Qualifications, contributes above all things to keep 'em in Peace and Friendship.²⁸

In Tolands Augen wird die Bürgermiliz im Lande für Ruhe und Ordnung sorgen und potentielle Wegelagerer von ihren Untaten abschrecken.²⁹ Nachfolgend werden kurz die wichtigsten Eigenheiten von Tolands Reformprogramm skizziert, die er dem Leser in zehn "Propositions" ans Herz legt: Zunächst gilt es festzuhalten, dass Toland im Sinne des vierten Milizmerkmals und gleich wie Trenchard und Moyle grundsätzlich eine allgemeine Wehrpflicht im Sinne einer Stellungspflicht aller "Freemen" postuliert. Wie bei Machiavelli und den Autoren von *An Argument* soll aus diesen Wehrbürgern eine Auswahl vorgenommen werden; die "Standing Militia" soll 60'000 Mann umfassen. Die Dienstpflicht der Bürger ist somit selektiv. Es gilt jedoch bei Toland zu unterscheiden zwischen der Wehrpflicht und einer Übungspflicht. Die Übungspflicht ist universal in Bezug auf Bürger *und* Servants. Alle Freemen, aber auch alle Servants zwischen 16 und 40 Jahren, sollen einen Nachmittag pro Woche in den Gemeinden (parishes) zu Übungen aufgeboden werden. Nach dem Beispiel der Schweizer eigne sich hierfür der Sonntagnachmittag im Speziellen, weil dann das Volk vom Müßiggang, vom Spielen und von sonstigen amoralischen Versuchungen ferngehalten werden könne. Die übrige Bevölkerung sollte den militärischen Übungen beiwohnen. Dies würde bei den Kämpfern einen edlen Wetteifer entfachen.³⁰ Die Leitung des Trainings sollte zunächst den Veteranen des letzten Krieges obliegen. Diese würden auf ganz England verteilt und für ein Jahr zu halbem Lohn bezahlt.³¹ Toland präzisiert, dass die Armen und Servants zwar an den Waffen geübt werden, sie jedoch nicht zur eigentlichen Miliz zu zählen seien. Als Gefolgsleute ihrer Herren könnten sie dem Staate nicht gefährlich werden, weil sie ihre Waffen nach erfolgter Übung wieder im öffentlichen Zeughaus abgeben müssten. Der Vorteil ihres Trainings bestünde darin, dass sie im Falle eines sozialen Aufstiegs, "as, thanks to our Liberty, it happens every day", unver-

²⁸ *Ibid.*, S. 604.

²⁹ *Ibid.*, S. 612.

³⁰ *Ibid.*, S. 599.

³¹ *Ibid.*, S. 600.

züglich ihren militärischen Pflichten nachkommen könnten.³² Im Falle von Expeditionen ins Ausland könnten sie als Freiwillige und bei innenpolitischen Aufständen als Hilfstruppen aufgeboten werden. Auch das antike Rom habe sich dieses Instrumentes der *Subitarii Milites* bedient.³³

Bemerkenswert ist hier der Umstand, dass die militärische Dienstpflicht der Hilfsoldaten aus den unteren Schichten von Toland nicht ausdrücklich als Mittel des sozialen Aufstiegs genannt wird. Diesen Effekt hätte aber wohl das gemeinsame Training von Bürgern und Servants in der Praxis zur Folge gehabt. Andrew Fletcher zeigt sich in seinem Milizentwurf hier wohl realistischer und verzichtet auf eine Dienstpflicht von Servants. Die Frage stellt sich, ob Toland diesen Aspekt der sozialen Mobilität nicht erkannt hat, oder ob er ganz bewusst eine eingehende Betrachtung dieses Punktes vermied, um die Country-Gentry im Parlament eher für sein Reformprogramm gewinnen zu können. Auf jeden Fall flackert immer wieder in *The Militia Reform'd* die Wünschbarkeit sozialer Nivellierung und die Vorstellung eines "demokratischen" Imperialismus im Stile Machiavellis auf. So schreibt Toland, er hoffe, dass der König in gleicher Art und Weise, wie er im letzten Krieg die Gesamtheit seiner Untertanen beschützt habe, auch im Frieden die berüchtigten Ungleichheiten abschaffen werde. Damit würde England zur Glorie und zum Schrecken [sic!] der Welt.³⁴

Die Milizen der verschiedenen Gemeinden sollen sich nach Tolands Plan viermal pro Jahr in der Hauptstadt des Bezirks (hundred) versammeln. Diese nach dem römischen Vorbild der *Comitia Centuriata* "Centuriate Assemblies" genannten Zusammenkünfte würden erstens einen Vergleich des Niveaus der Gemeindemilizen durch Wettkämpfe sowie zweitens das Üben in grösseren Verbänden ermöglichen.³⁵ Als Preise in den Wettkämpfen sollen Waffen dienen, und nicht wie bei Julius Caesar Gold, Silber und Edelsteine. Die Centuriatsversammlungen oder Musterungen sind innerhalb der eigenen Bezirksgrenzen abzuhalten. Auf der nächsthöheren Ebene soll eine Einteilung Englands in drei gleiche Distrikte (classes) vorgenommen werden. Die "Standing Militia" des ganzen Landes von 60'000 Mann wird dreigeteilt in je 20'000 Mann im nördlichen, mittleren und westlichen Distrikt. Diese Einheiten haben gestaffelt alle drei Jahre für drei Wochen in einem Lager des Distrikts Dienst zu leisten.

³² In *Anglia Libera* (1701a), S. 12, bezeichnet Toland die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs als lobenswerte Eigenheit eines "Free Government".

³³ [Toland] (1698), *The Militia Reform'd*, S. 600.

³⁴ *Ibid.*, S. 605: "... as in War the King has equally protected all his Subjects, so I hope in Peace he'll abolish their famous Distinctions, and render *England* the Glory and Terror [sic!] of the World."

³⁵ *Ibid.*, S. 601.

Möglich ist nach Toland auch die Einteilung des Landes in sechs Distrikte à 10'000 Mann und zwei jährlichen Lagern. Die "Triennial Rotation" bleibt auch in diesem Fall erhalten. Eine Streitmacht von 20'000 Mann ist jederzeit irgendwo im Königreich abrufbar, um die Mobilisierung der restlichen Streitmacht zu decken. Im Notfall wird die "Standing Militia" nicht nur durch die reguläre Miliz ergänzt, sondern auch durch die trainierten Servants und die bisher vom Dienst freigestellten Bürger. Im jährlichen Lager sollen die Milizsoldaten zur Perfektionierung der Disziplin und zum Amusement der Bevölkerung in allen Techniken des Kriegshandwerkes unterrichtet werden. Toland schreibt, es sei weitaus billiger, 20'000 Milizsoldaten während 3 Wochen, anstatt 10'000 Söldner pro Jahr zu unterhalten.

Die eigentliche Wehrpflicht in der Miliz betrifft die 18 bis 50-jährigen Freeholder. Ausgeschlossen von der Wehrpflicht sind wie in Harringtons *Oceana* Priester, Juristen und Ärzte: "All above or under these years be exempted from the Service, tho[ugh] not from the Charge."³⁶ Die römischen *Veterans* und *Emeriti* hätten zwar *de jure* auch gezwungen werden können, hätten sich jedoch *de facto* im Normalfall freiwillig zur Verteidigung des Vaterlandes gemeldet. Toland illustriert dies anhand eines längeren, von Livius übernommenen Beispiels: Der altgediente und -verdiente römische General *Spurius Ligustinus* sei sich nicht zu schade gewesen, in jedwelchem militärischen Rang für sein Vaterland zu kämpfen.³⁷

Auf den allfälligen Einwand der Nobilität, gemeinsame Übungen mit den unteren Schichten seien unzumutbar, entgegnet Toland, dass es gerade die Miliz sei, in welcher sich die Gentlemen zu den besten Männern im Lande entwickeln würden.³⁸ Die Milizoffiziere sollen einander durch dreijährige Rotation (Triennial Rotation) abwechseln und einen Grad proportional zu ihren "real or personal Estates" einnehmen. Ausgenommen vom egalitären Prinzip der Rotation sind die Oberkommandierenden, die Lord Lieutenants der Counties – diese wurden gemeinhin aus den Peers rekrutiert. Wo Harrington die Führung der Miliz einer sich meritokratisch aus den Eigentümern herauskristallisierenden natürlichen Aristokratie zuwies, sieht Toland den traditionellen Erbadel in dieser Rolle:

The Peers, who are commonly the Lords Lieutenants of Counties, are by this Model restor'd to all the Privileges that were truly good and excellent in their first institution, the immediate Command of all the Freemen in *England* under the King being their proper Charge.³⁹

³⁶ *Ibid.*, S. 603.

³⁷ *Ibid.*, S. 610.

³⁸ *Ibid.*, S. 604.

³⁹ *Ibid.*, S. 604.

Während in der geltenden Milizordnung die Offiziere durch die Lord Lieutenants ernannt werden, will Toland diese Kompetenz auf Lebenszeit König William zuweisen. Die Offiziere sollen einer Eigentumsqualifikation unterliegen. Im Gegensatz dazu werden in Harringtons *Oceana* die Unterführer von der Truppe und die höheren Offiziere vom Parlament gewählt. Wo Harrington den Begriff "Standing Army" wertneutral verwendete und deren Bezahlung ausdrücklich ablehnte, erhalten die Soldaten der "Standing Militia" bei Toland einen Sold. Dieser sei allerdings weit geringer als derjenige von "Mercenaries".⁴⁰ Von wenigen Ausnahmen abgesehen, postuliert Toland als Grundvoraussetzung für ein öffentliches Amt, dass der Kandidat mindestens zwei Feldzüge zu Wasser oder zu Land mitgemacht hat.⁴¹ Sollte die Entsendung eines Expeditionskorps ins Ausland notwendig werden, so solle sich dieses zur überwiegenden Mehrzahl aus der freien Miliz rekrutieren, in einem jährlichen Turnus abgelöst und durch Hilfstruppen (Auxiliaries) verstärkt werden. Für solche Expeditionen sei die Bürgermiliz besser geeignet als eine Söldnertruppe.

Wie die meisten klassischen Republikaner vor ihm sieht Toland primär die römische Republik als militärisches Vorbild: Rom solle von jeder anderen Nation nachgeahmt werden. Solange sich die Römer einer Bürgermiliz bedient hätten, seien sie unbesiegbar gewesen. Kein Volk der Erde habe ihrer militärischen Macht widerstehen können.⁴² Im Gegensatz zur tugendhaften römischen *res publica* sieht Toland die despotischen Regimes in Asien. Die asiatischen Nationen hätten dem Luxus gefrönt, auf Söldner vertraut und seien deshalb in Kürze von der römischen Bürgermiliz unterworfen worden. Das gleiche Schicksal sei den Galliern, den Germanen und den Briten widerfahren, trotz ihrer Tapferkeit und dem Umstand, dass sie über eine Art Miliz verfügt hätten. Ausschlaggebend für den Erfolg Roms seien dessen "ancient orders" – Machiavellis *buoni ordini* – gewesen und nicht die Fruchtbarkeit des Bodens oder das Klima.⁴³ Rom sei auch insofern ein nachahmenswertes Vorbild, weil das zeitgenössische England eine ähnliche territoriale Strukturierung aufweise. Nichts spreche dagegen, das gesamte freie Volk von England zu bewaffnen. Dies sei ja eigentlich eine Rückkehr – ein *ridurre ai principii* in Machiavellis Worten – zur ursprünglichen, unverdorbenen Situation der Angelsachsen, wie sie Tacitus in *De Germania* beschrieben habe.⁴⁴

⁴⁰ *Ibid.*, S. 602. Siehe Harrington (1659), *The Art of Lawgiving*, III, 3, S. 682f

⁴¹ [Toland] (1698), *The Militia Reform'd*, S. 605.

⁴² *Ibid.*, S. 608: "The Romans in point of War are the best Example, with respect to Success or Safety, that any Nation can imitate; and while they strictly adher'd to this Rule, they were both invincible themselves, and no People on Earth could resist the Force of their Arms."

⁴³ *Ibid.*, S. 608.

⁴⁴ *Ibid.*, S. 609.

Zusammenfassend gilt für Toland festzuhalten, dass sich in *The Militia Reform'd* grundsätzlich alle bürgerrepublikanischen Milizmerkmale und -funktionen nachweisen lassen. Toland sieht die ideale Miliz als eine staatliche, aus Einheimischen rekrutierte Institution. Die Truppe setzt sich aus Bürgersoldaten zusammen, welche normalerweise einem zivilen Beruf nachgehen. Die moralische Verpflichtung respektive Tugend zum Milizdienst wird materiell durch die ökonomische Unabhängigkeit des Bürgers in Form von Landbesitz geschaffen. Die Wehrpflicht ist in dem Sinne universal oder allgemein, als bei Gefahr für die *res publica* von jedem Bürger erwartet wird, zur Waffe zu greifen. Jeder Bürger ist somit prinzipiell dienstpflichtig. Im Normalzustand allerdings, wenn sich der Staat nicht in einer Notlage befindet, wird die Auswahl einer "Standing Militia" von 60'000 Mann vorgenommen. Die Dienstpflicht der Bürger ist entsprechend in Normalzeiten selektiv. Nicht selektiv hingegen ist die militärische Übungspflicht in Tolands Konzept. Diese ist nicht nur universal in Bezug auf die Bürger, sondern umfasst auch die ärmere Schicht der Diener (Servants). Hier unterscheidet sich Toland wesentlich von seinem Vorbild Harrington und seinem Zeitgenossen Andrew Fletcher. Als weitere wichtige Unterschiede zu Harrington sind Tolands Regelungen zu nennen, dass die Bürgermiliz einen Sold erhält und dass ihre Führung dem traditionellen Erbadel, den Peers, zukommen soll. Wie bei Trenchard und Moyle ist Tolands Milizkonzept aussenpolitisch defensiver ausgerichtet als dasjenige von Machiavelli. Bisweilen bricht zwar auch bei Toland die Bewunderung für die militärische Eroberungsfähigkeit der römischen Republik durch. Trotzdem sieht er den Krieg nicht als ein tugendhaftes und -schaffendes Aneinanderreiben freiheitlicher Staaten. Der Krieg ist vielmehr ein Instrument der gleichgewichtspolitischen Gesamtstrategie des britischen Inselreiches.

6.4 Andrew Fletcher: *A Discourse of Government*

A good militia is of such importance to a nation, that it is the chief part of the constitution of any free government.

ANDREW FLETCHER

Der Schotte Andrew Fletcher of Saltoun (1653-1716) verfasste zwei Beiträge zur "Standing Army"-Kontroverse. Zuerst wandte er sich 1697 mit *A Discourse concerning Militias and Standing Armies: with Relation to the Past and Present Governments of Europe and of England in Particular* an eine englische Leserschaft. Im *Discourse of Government with Relation to Militias* von 1698 erweiterte er seine inhaltliche Analyse und setzte sie in einen schottischen Kontext.

In Schottland nahmen – wie bereits bei Thomas Scott festgestellt – die kriegerische Tradition und die Miliz eine besonders wichtige Stellung im politischen Selbstverständnis der Nation ein. Dies hing vor allem mit der relativen Schwäche von kirchlichen und politischen Institutionen zusammen. Waffen bildeten ein wesentliches, konstitutives Element der historischen Erfahrung der Schotten. Als Folge davon zeichnete sich die schottische Politik bis ins 17. Jahrhundert durch inhärente Instabilität und gewalttätige Turbulenzen aus.¹ Fletchers Milizpamphlete sind vor diesem Hintergrund als geistige Herausforderung an seine Landsleute zu sehen. Er kleidete deren martiales Selbstverständnis ins rückwärtsgewandte Vokabular der bürgerlich-humanistischen Tradition.

Am Beginn des *Discourse* erhebt Fletcher die Diagnose, dass beinahe die gesamte Welt der Tyrannei verfallen sei. Während man in allem und jedem dem Beispiel der Alten (antients) folge, treffe dies gerade für die nobelste und nützlichste aller Anwendungen nicht zu: die "art of government". Die meisten Leute liessen sich täuschen durch die Beibehaltung äusserer Formen, ohne über die wahre Natur der Freiheit im Bilde zu sein. Als Beispiel nennt Fletcher die politischen Veränderungen, welche sich in den meisten Ländern Europas innerhalb der letzten 200 Jahren zugetragen haben:

... the alteration of government which happened in most countries of Europe about the year 1500. And 'tis worth observation, that though this change was fatal to their liberty, yet it was not introduced by the contrivance of ill-designing men.²

Während Toland den freiheitszersetzenden Prozess vor allem als Resultante des "Designs" eines korrupten Hofes sieht, liegen für Fletcher die Ursachen tiefer. Wie James

¹ Siehe Robertson (1985), S. 3.

² Fletcher (1698), *A Discourse*, S. 2.

Harrington, aber mit umgekehrt-negativem, neo-Harrington'schem oder Neville'schem Vorzeichen, sieht Fletcher die Veränderung der Freiheit als Resultante einer langfristige-irreversiblen historischen Entwicklung. Während Harrington am Anfang des positiven Prozesses einen bewussten Willensentscheid der frühen Tudor-Monarchen gesehen hatte, verläuft für Fletcher die negative Entwicklung weitgehend unbeabsichtigt. Er nimmt eine historische Analyse vor, welche in ihrer europäischen und soziokulturellen Tiefe über die naive anglozentrische Verehrung der gotischen Balance anderer Neo-Harringtonianer weit hinausgeht.³ Aber auch Fletcher ist ein Neo-Harringtonianer: Wie erstmals Henry Neville verwischt er den Unterschied zwischen Harringtons "ancient prudence" der Antike und der englischen "ancient constitution". Harringtons Eigentüermiliz ist für ihn schon seit jeher fester Bestandteil der freiheitlichen gotischen Verfassung Englands. Insgesamt macht Fletcher vier Einflüsse verantwortlich für den Niedergang der freiheitlichen "limited monarchies" und das Ausbreiten der tyrannischen, französischen Form der Monarchie: " ... the restoration of learning" sowie "the invention of printing, of the needle and of the gunpowder."⁴

Die auf die Eroberung Konstantinopels durch die Türken 1453 folgende Verbreitung des Griechischen sowie die Reinigung des Lateinischen hätten, so Fletcher, im Verbund mit der Ausbreitung des Buchdrucks zu einer generellen Wiederbelegung der Künste im Italien der Renaissance geführt. Leider – hier tönt er wie Machiavelli – hätten sich die Italiener aber gerade denjenigen Künsten zugewandt, welchen schon in den korruptesten Zeiten des antiken Luxus gefrönt wurde. Anstatt ein bescheidenes, militärisches Leben weiterzuführen, seien sie den feinen und schönen Künsten anheim gefallen. Diese Infektion habe schrittweise auch die umgebenden Staaten erfasst.⁵ Die Erfindung der Nadel (des Kompasses) habe zur Folge gehabt, dass zum althergebrachten Luxus noch der asiatische und der amerikanische Prunk hinzukamen. Europa sei im Abgrund der Vergnügungssucht versunken. Diese Veränderung der sozialen Lebensweise habe letzten Endes auch zu einer Änderung der staatlichen Ordnung geführt:

... the luxury of Asia and America was added to that of the antient; and all ages, and all counties concurred to sink Europe into an abyss of pleasures ... These things brought a total alteration in the way of living, upon which all government depends.⁶

Zusammen mit der staatlichen Ordnung hatte sich in Fletchers Augen auch die Wehrordnung zum Schlechten hin verändert. Die Wehrverfassung der gotischen "limited

³ Vgl. Pocock (1975), S. 427ff.

⁴ Fletcher (1698), *A Discourse*, S. 4.

⁵ *Ibid.*, S. 5.

⁶ *Ibid.*, S. 6.

monarchies" sei vordem während elfhundert Jahren die gleiche gewesen. Nach dem Untergang des römischen Reiches hätten Vandalen, Goten und andere kriegerische Völker das eroberte Land unter sich aufgeteilt. Der General wurde König, die Offiziere wurden Barone, und die Soldaten wurden deren Vasallen. Jeder habe von seinem eigenen Land gelebt. Die Monarchie sei begrenzt gewesen, weil – abgesehen von den Kronlanden – die Vasallen stärker an die Barone als an den König gebunden gewesen seien. Auch die Barone hätten ihre Macht nicht missbrauchen können, weil ihre eigene "grandeur" vom Fortbestand dieser gleichgewichtigen Ordnung abhing. In dieser Verfassung hätten die Untertanen das Schwert in den Händen gehalten, während es im heutigen Europa weitgehend in den Händen des Prinzen liege.⁷

Um ihren ansteigenden Luxus finanzieren zu können, hätten die Barone ab 1500 begonnen, den Militärdienst ihrer Vasallen zu Geld zu machen. Weil die Vasallen dadurch zu blossen Pächtern (tenants) zurückgestuft worden seien, sei das Schwert aus den Händen der Barone gefallen. Das Volk, "grown rich by trade, and dispirited for want of military exercise", sei nicht mehr fähig gewesen, das Land zu verteidigen. Deswegen hätten die Könige Freiwillige (voluntiers) und Söldner (mercenaries) angeheuert. Diese Truppen seien immer länger im Dienst verblieben, um eine wegen der Erfindung des Schwarzpulvers notwendig gewordene langweilige und langwierige Belagerungs-Kriegführung auszuüben. Während in der früheren Ordnung die Milizen von den Baronen geführt wurden, seien die zeitgenössischen Söldneroffiziere und -soldaten vom König abhängig. Das Kriegshandwerk sei dadurch zu einer dauernden Profession geworden; das Schwert wechselte vom Untertanen zum König.

The officers and soldiers of these mercenary armies depending for their subsistence and preferment, as immediately upon the prince, as the former militias did upon the barons, the power of the sword was transferred from the subject to the king, and war grew a constant trade to live by.⁸

Im Sinne des zweiten Milizmerkmals lehnt Fletcher Söldner ab. Auch für ihn ist die Kriegskunst *per se* öffentlicher Natur und sollte demzufolge nicht als private Erwerbstätigkeit ausgeübt werden. Nur ein Milizsoldat ist zu dieser Aufgabe befähigt. Söldner haben kein Eigentum und darum kein anderes Interesse am Commonwealth als ihre Besoldung. Sie sind "men, who are of no fortunes, nor have any hopes but in the public calamity".⁹ Kein gut geordneter Staat habe je unter solchen Männern gelitten, welche den Krieg als ihr Handwerk betrieben. Venedig und Holland sei nur dank besonde-

⁷ *Ibid.*, S. 3.

⁸ *Ibid.*, S. 6f.

⁹ *Ibid.*, S. 10.

rer Umstände ein Freiheitsverlust erspart geblieben. Karthagos Söldner hätten sich Roms Bürgersoldaten hoffnungslos unterlegen gezeigt. Die Römer hätten genau gewusst, dass solche Gesellen und die staatliche Freiheit nicht kompatibel miteinander sind. Deshalb hätten sie ihre Soldaten stets zur beruflichen Tätigkeit zurückkehren lassen. Eine gute Miliz mache den Hauptteil der Verfassung eines jeden freien Staates aus. Der letzte Satz ruft unweigerlich Machiavelli in Erinnerung, der geschrieben hatte, dass eine *buona miliza* sogar noch grundlegender sei als die *buoni ordini*. Fletcher folgt dem Florentiner auch mit der Einschätzung, dass die Miliz Roms die beste Miliz gewesen sei, welche je existiert habe. Sie war auch in den Augen des Schotten verantwortlich dafür, dass die Stadt am Tiber zur "mistress of the world" aufsteigen konnte.¹⁰ Wohl mit Blick auf Marius, Sulla und Caesar meint Fletcher, dass jene, welche den grössten Staat in der Menschheitsgeschichte gestürzt hätten, dies dadurch bewerkstelligten, indem sie Soldaten in ständigem Sold und Dienst behielten: "... those who subverted that government, the greatest that ever was amongst men, found themselves obliged to continue the same soldiers always in pay and service."¹¹

Stehende Truppen sind für Fletcher das perfekte Instrument, um aus einem König einen absoluten Tyrannen zu machen: Zwar seien nicht alle absoluten Herrscher durch stehende Heere an die Macht gelangt, aber auch keiner ohne sie.¹² Die Signifikanz eines stehenden Heeres ist jedoch für Fletcher nicht nur *instrumenteller*, sondern vor allem auch *moralischer* Natur. Dieses Problem lässt sich in seinen Augen auch nicht durch eine parlamentarische Kontrolle der Militärgewalt durch das Parlament lösen. So fragt er: Welche wirkliche Sicherheit könne es gegen stehende Söldnerheere geben, wenn sich diese auf die Korruption beider britischen Nationen und auf die zunehmend degenerierter werdende Lebensweise stützen könnten?

I desire to know, what real security can be had against standing armies of mercenaries, backed by the corruption of both [british] nations, the tendency of the way of living, the genius of the age, and the example of the world.¹³

Das egoistische und hedonistische Streben nach "Luxury" hat in Fletchers Augen in weiten Teilen Europas die militärische Tugend der Völker untergraben. Es ermöglichte die Spezialisierung Einzelner auf die militärische Tätigkeit und führte dadurch zum Untergang der bürgerlichen Freiheit. Obwohl in seiner Einschätzung der Handel wesentlich für die Korruption der europäischen Völker verantwortlich zeichnet, fordert

¹⁰ *Ibid.*, S. 22.

¹¹ *Ibid.*, S. 15.

¹² *Ibid.*, S. 19: "... if there be any other way of making a prince absolute, than by allowing him a standing army: if by it all princes have not been made absolute; if without it, any."

¹³ *Ibid.*, S. 12f.

Fletcher keine naive Rückkehr zum präkommerziellen Zustand. Die gotische Verfassung hatte in seinen Augen auch durchaus ihre Schattenseiten: Ihre asketische und militärische Lebensart habe unvermeidbarerweise eine Mischung aus Derbheit und Ignoranz beinhaltet.¹⁴ Die gotische Tugend war eine rohe Tugend und kann deshalb von der modernen Ordnung nicht mehr geschaffen werden. Aus diesem Dilemma kann es für Fletcher letztlich nur einen Harrington'schen Ausweg geben: Der soziale Unterbau muss so gestaltet werden, dass eine freiheitssichernde, breite Freeholder-Klasse entsteht. Diesen Weg beschreitet Fletcher in seinem Werk *Two Discourses concerning the Affairs of Scotland* (1698). Darin schlägt er – offensichtlich beeinflusst durch Harrington, den er anders als Machiavelli nie namentlich erwähnt – eine Reihe von drakonischen Sozialreformen vor. Diese kommen in ihrer Summe der Einführung eines schottischen Ackergesetzes gleich. Wie für Harrington ist für Fletcher "wealth" letztlich kein privates, sondern ein öffentliches Gut. Bei den Autoren von *An Argument* und bei John Toland ist die Kritik an der kommerziellen Welt noch verhalten. Fletcher setzt das Streben nach übermässiger privater Vermögensanhäufung und deren Genuss durch "Luxury" im klassischen Sinne mit Korruption gleich. Er steht jedoch nicht jeglichem ökonomischen Wachstum feindlich gegenüber. Im Gegenteil: Gerade durch die in den *Two Discourses* entworfene straffe bürgerrepublikanische Sozialordnung soll ein gesunder wirtschaftlicher Fortschritt erst ermöglicht werden.¹⁵

Im *Discourse of Government with Relation to Militias* ist Fletcher weniger ambitiös als in den *Two Discourses*. Hier will er lediglich durch die Reform der Miliz den verderblichen gesellschaftlichen Entwicklungen entgegenwirken. Die Miliz soll eine ebenso grossartige Schule der Tugend wie der militärischen Disziplin darstellen.¹⁶ Fletcher konstatiert in weiten Teilen der Welt gezielt gesteuerte Vorurteile und eine Ignoranz in Bezug auf die Kriegskunst, wie sie von den Alten praktiziert wurde.¹⁷ Trotzdem zeigt er sich zuversichtlich, in der britischen "Commonalty" noch genügend militärische Tugend mobilisieren zu können. Grundsätzlich sieht er sogar *jede* Miliz für befähigt an, das Land zu verteidigen: "... any militia, however slightly constituted, be sufficient for that reason to defend us".¹⁸

Aber es sind seiner Meinung nach einige wesentliche Verbesserungen an der gegenwärtigen britischen Milizordnung notwendig. Zur Inspiration seines Milizmodells

¹⁴ *Ibid.*, S. 6: "... their frugal and military way of living, which I must confess had some mixture of rudeness and ignorance in it, though not inseparable from it."

¹⁵ Siehe Robertson (1985), S. 37.

¹⁶ Fletcher (1698), *A Discourse*, S. 29.

¹⁷ *Ibid.*, S. 20.

¹⁸ *Ibid.*, S. 22.

schreibt Fletcher, dass sich dieses zwar nicht direkt auf die Autorität der Antike abstütze. Es beinhalte aber wohl eine ähnlich strenge Disziplin und fördere dieselben körperlichen und geistigen Fähigkeiten zu militärisch-tugendhaften Taten wie die hervorragenden Institutionen des Altertums.¹⁹ Entsprechend den Autoren von *An Argument* und Toland, fordert auch Fletcher eine breite, allgemeine Wehrpflicht der freien Bürger im Sinne einer Stellungspflicht. Jeder "Freeman" ist nicht nur stellungspflichtig, sondern auch übungspflichtig. Anders als Toland postuliert Fletcher nicht ausdrücklich eine Übungspflicht für Bedienstete (Servants). Ob diese auch an den Waffen geübt werden sollen, ist unklar. Zum einen beklagt sich Fletcher, dass in der englischen und schottischen Miliz nur Servants üben würden, während die "men of quality and estate" vom Dienst ausgenommen seien. An anderer Stelle scheint er die Bediensteten ebenfalls einer Übungspflicht unterstellen zu wollen: Er sehe keinen Grund, weshalb Waffen nicht jedermann, der nicht ein Sklave sei, zugestanden werden sollten. Nur in absoluten Krisenzeiten sei zur Bewaffnung von Söldnern und Sklaven zu schreiten. Er könne nicht verstehen, weshalb nicht jeder Eigentümer einer Waffe auch geschult werden sollte, damit umzugehen:

I cannot see, why arms should be denied to any man who is not a slave, since they are the only badges of liberty; and ought never, but in times of utmost necessity, to be put into the hands of mercenaries or slaves: neither can I understand why any man that has arms, should not be taught the use of them.²⁰

Fletcher sieht in seinem Plan vier mobile Lager vor – eines in Schottland und vier in England. Alle jungen Männer im Alter von 22 Jahren sollen für die Dauer von zwei Jahren eingezogen werden, sofern sie sich dies leisten können. Für die Ärmere beträgt die selektive Dienstpflicht nur ein Jahr. Lediglich die Ausgaben der letzteren werden vom Staat getragen. Überhaupt würden dem Staat laut Fletcher keine grossen Kosten entstehen. Denn die nicht dienstleistenden Infanterie- und Kavallerieregimenter müssten nicht von vornherein eingeteilt werden. In späteren handschriftlichen Änderungen wird Fletcher die Anzahl der Lager vermehren, das Alter auf 18 Jahre senken und eine im Alter kontinuierlich abnehmende jährliche Trainingsperiode von zwei Sommermonaten vorsehen.²¹

¹⁹ *Ibid.*, S. 24: "... if the model which I shall propose, have not the authority of the antients to recommend it, yet perhaps by a severe discipline, and a rigid method of disposing the minds of men, as well as forming their bodies, for military and virtuous actions, it may have some resemblance of their excellent institutions."

²⁰ *Ibid.*, S. 23.

²¹ *Ibid.*, S. 24f., Fussnote 27.

Die Ausbildungsinhalte in den rigoros geführten Lagern entsprechen weitgehend denjenigen von Tolands Vorschlag. Interessant sind die Vorschriften, dass weder Geistliche noch Frauen im Lager zugelassen sind und dass "the crimes of abusing their own bodies any manner of way" die Todesstrafe zur Folge haben.²² In den Lagern ist eine spezielle Kriegsgerichtsbarkeit vorgesehen. Zur Wahl und Beförderung der Offiziere spricht sich Fletcher nicht aus; abgesehen von der Forderung, dass sie vom Volk auszugehen habe.²³ Wie Toland erhofft sich Fletcher einen Spillover-Effekt des militärischen Trainings auf das Verhalten der Truppe im zivilen Leben. Auch für Fletcher wäre ein solches Lager sowohl eine Schule der Tugend als auch der militärischen Disziplin. Die in jungen Jahren eingepflegte Tugend würde bis ins hohe Alter andauern: "Such a camp would be as great a school of virtue as of military discipline: ... virtue imbibed in younger years would cast a flavour to the utmost periods of life."²⁴

Nach der zweijährigen Grunddienstzeit sollten sich die Soldaten einmal pro Woche zu vierstündigen Übungen versammeln. Demselben Zweck könne auch ein einwöchiger Wiederholungskurs im Sommer dienen.²⁵ Angesichts der Tatsache, dass die wirkliche Kriegführung immer noch die beste Übung darstelle, solle ein kleines Kontingent stets in fremden Ländern dienen, wo Krieg herrsche. Eine solche rotierende Miliz würde den Alliierten auf dem europäischen Kontinent viel besser helfen als ein stehendes Heer.²⁶ Fletcher schwebt allerdings kein erobernder Imperialismus vor. Sein Ziel ist bescheidener: Die Miliz soll im Verbund mit der Flotte die "balance of Europe" bewahren. Hierzu sei bis zur Einführung der neuen sogar die gegenwärtige Miliz befähigt. Das Meer sieht Fletcher als einziges natürliches "Empire" des Inselreiches. Die Eroberung liege nicht im britischen Interesse und schon gar nicht die Verschwendung menschlicher und finanzieller Ressourcen für die Feldzüge anderer.²⁷

Dass Fletcher in der Frage aussenpolitischer Expansion Machiavelli nicht folgt, zeigt sich auch deutlich in seinem Entwurf einer europäischen Sicherheitsstruktur, in *An Account of a Conversation concerning a Right Regulation of Governments* von 1703. Implizit Bezug nehmend auf Machiavellis Diskussion der verschiedenen Expansionsmöglichkeiten von Republiken gilt Fletchers Vorliebe dem Staatenbund des anti-

²² *Ibid.*, S. 26f.

²³ *Ibid.*, S. 19.

²⁴ *Ibid.*, S. 29.

²⁵ *Ibid.*, S. 27.

²⁶ *Ibid.*, S. 28: "Such a militia, by sending beyond seas certain proportions of it, and relieving them from time to time, would enable us to assist our allies more powerfully than by standing armies we could ever do."

²⁷ *Ibid.*, S. 30: "The sea is the only empire which can naturally belong to us. Conquest is not our interest, much less to consume our people and treasure in conquering for others."

ken Griechenland und nicht der römischen Expansionsform durch Hegemonie und Bündnispartner: Grosse Städte hätten nicht nur die Korruption der eigenen Einwohner und derjenigen ganzer Nationen zur Folge, sondern müssten zum Untergang jeder staatlichen Ordnung führen. Moderate Städte hingegen seien leicht regierbar. Das Vorbild und die Autorität eines einzigen tugendhaften Mannes genügten oft, um in diesen Gemeinwesen eine gute Ordnung und die Disziplin zu erhalten.²⁸ In dieser frühen Verteidigung des Prinzips des Föderalismus schreibt Fletcher, dass kleine, unter einem Prinzen vereinigte Staatenbünde am besten dazu geeignet seien, die Menschheit zu erhalten. Weil jede Einheit jenen Anteil an der Regierung habe, welcher ihr zustehe, würden zerstörerische Kriege und die Korruption der Umgangsformen vermieden.²⁹

Was für Machiavelli der grosse Nachteil von Staatenbünden ist, stellt für Fletcher gerade deren Vorteil dar: die inhärente Expansionsschwäche. So schreibt der Schotte, dass grosse, auf Eroberung ausgerichtete Staaten sich letztlich unvermeidlicherweise selbst vernichten müssten: " ... whoever contrives to make a people very rich and great, lays the foundation of their misery and destruction which in a very short time will necessarily overtake them."³⁰ Auf der anderen Seite seien zu kleine Staaten sehr verwundbar, weshalb sie sich am besten für die Verteidigung zu Bündnissen zusammenschliessen würden.

Zusammenfassend finden sich auch bei Fletcher alle wesentlichen Milizmerkmale und -funktionen der klassisch-republikanischen Tradition. Als Hauptunterschied zu Machiavelli ist zu vermerken, dass Fletcher wie Trenchard, Moyle und Toland keinen kompetitiv-tugendschaffenden Imperialismus anstrebt. Als Vorbild bevorzugt er den Bund der griechischen Stadtstaaten gegenüber dem römischen Grossreich. Anders als Toland entwirft er nicht explizit eine Übungspflicht für Diener (Servants). Bei Fletcher soll die Wahl der Offiziere vom Volk ausgehen, während Toland diese traditionelle Kompetenz der Lord Lieutenants dem König William III auf Lebenszeit zuweisen will.

²⁸ Fletcher (1703), *An Account of a Conversation concerning a Right Regulation of Governments for the common Good of Mankind*, S. 210: " ... great cities do not only corrupt the manners of their own inhabitants, but those of whole nations, and destroy all good government. Cities of a moderate extent are easily governed, and the example and authority of one virtuous man is often sufficient to keep up good order and discipline."

²⁹ *Ibid.*, S. 208f.: " ... small sovereignties ... united under one prince ... are of all others the best to preserve mankind, as well from great and destructive wars, as from corruption of manners, and most proper to give to every part of the world that just share in the government of themselves which is due to them."

³⁰ *Ibid.*, S. 210.

Im Sinne einer kurzen Vorausschau auf Kapitel 8 gilt es festzuhalten, dass Fletchers Politikanalyse, das "Fletcherian Moment", ideengeschichtlich am Anfang der Auseinandersetzung mit der Milizfrage in der schottischen Aufklärung steht. Von ihm ausgehend lassen sich zwei unterschiedliche konzeptionelle Ansätze zur Wehrverfassungsfrage in der schottischen Diskussion des 18. Jahrhunderts identifizieren. Innerhalb des naturrechtlichen Ansatzes wird David Hume radikal und Adam Smith fast vollständig die Implikationen des klassischen Republikanismus in Frage stellen. Hume wird auf breiter Front die moralischen und konzeptionellen Grundfesten des humanistischen Konzeptes des Bürgersoldaten untergraben, welche im politischen Denken von Andrew Fletcher noch einen derart wichtigen Platz einnimmt. Anders als Fletcher spricht Hume den räumlich limitierten antiken Republiken jegliche Vorbildfunktion ab. Er gibt auch die von Fletcher vertretene aristotelische Dichotomie zwischen dem politisch-militärisch partizipierenden Bürger und dem ökonomisch tätigen Sklaven auf. Für ihn ist Wohlstand letztlich ein privates Gut und keine öffentliche Aufgabe mehr wie noch für Fletcher. Und schliesslich führt für Hume der Luxus nicht zur Korruption des Gemeinwesens, sondern zu Handel, Arbeitsamkeit und wirtschaftlichem Wachstum. Trotz dieser konzeptionellen Modifikationen wird auch Hume weiterhin hartnäckig am klassisch-republikanischen Postulat der Bürgermiliz und an einer tiefen Abneigung gegenüber stehenden Heeren festhalten.³¹ Die *Moderate Literati* in Edinburgh werden in der Folge der Niederschlagung des Jakobitenaufstandes von 1745 in der Milizfrage auf Humes "liberale" Herausforderung reagieren. Vor allem Adam Ferguson versuchte in seinen *Reflections Previous to the Establishment of a Militia* von 1756 und dem *Essay on the History of Civil Society* von 1767 durch Rückgriff und Modifikation von Fletchers Milizkonzeption die Machbarkeit, ja moralische Notwendigkeit einer schottischen Bürgermiliz aufzuzeigen.³² In Adam Smiths *Wealth of Nations* von 1776 wird die Idee des Bürgersoldaten schliesslich als unvereinbar mit der Arbeitsteilung in einer modernen Handelsgesellschaft dargestellt werden.³³

³¹ Zu den Unterschieden zwischen Fletcher und Hume siehe Robertson (1983a), S. 158ff.

³² Die *Moderate Literati* behandelt Robertson (1985), Kap. 2.

³³ Zu Adam Smith vgl. Sher (1989), S. 240-268, und Robertson (1983b).

6.5 Die "Court-Whigs": John Somers und Daniel Defoe

War is no longer an Accident but a Trade, and they that will be any thing in it, must serve a long Apprenticeship to it: Human Wit and Industry has rais'd it to such a Perfection; and it is grown such a piece of Management, that it requires People to make it their whole Employment.

DANIEL DEFOE

Die "moderate Whigs" oder "Court-Whigs" John, Lord Somers (1651-1716) und Daniel Defoe (1660-1731) antworteten auf die von den "real Whigs" vertretene bürgerrepublikanische Postulierung einer Verbindung von *virtue*, *liberty* und *citizen militia* sowohl auf einer pragmatischen als auch auf einer theoretischen Ebene.

Auf der pragmatischen Ebene wurde die Beibehaltung eines stehenden Heeres zunächst als unumgängliche Notwendigkeit dargestellt; so im "Ballancing Letter", der Antwort des Lord Chancellors John Somers auf *An Argument*. Somers versuchte, den Schwerpunkt der Debatte von einer innenpolitisch-konstitutionellen auf eine internationale Ebene zu verschieben. Louis XIV war drauf und dran, eine universale Monarchie zu errichten. Somers schrieb, dass man angesichts möglicher und in der Vergangenheit gezeigter Machtgelüste des Nachbarn jederzeit auf der Hut sein müsse. Die beste Garantie eines Friedens sei eine gute Truppe, die diesen sichere.¹ Gerade absolutistische Monarchen könnten, anders als freiheitliche Regierungen, jederzeit und schnell Truppen ins Feld schicken. Angesichts der enormen Aufrüstung Frankreichs und der Offenheit Englands könne man es sich nicht leisten, überrascht zu werden. Ein weiterer praktischer Punkt betraf nach Somers die moderne Kriegstechnik: Die englische Miliz sei zwar die beste der Welt; wäre der Feind ebenfalls eine Miliz könnte es über den Ausgang der Entscheidung keinen Zweifel geben. Doch habe er zu viele Armeen gesehen, um nicht zu wissen, dass langwierig trainierte und im Krieg disziplinierte Truppen von einer rohen, ungeübten "Multitude" wohl kaum überwunden werden könnten. Ein drittes Wunder wie die beiden vorangegangenen "Eighty Eights" [1588 und 1688] sei absolut unwahrscheinlich.²

Interessanter als Somers pragmatische Argumente sind seine theoretischen Überlegungen. Mit der Infragestellung der Prämissen seiner neo-Harrington'schen Kontrahenten geht er im Vergleich zu Defoe deutlich weniger weit. Dies zeigt sich bei Somers Betrachtung des Verhältnisses zwischen Theorie und Geschichte. Matthew Wren

¹ [Somers] (1697), *A Letter Ballancing the Necessity of Keeping a Land-Force in Times of Peace with the Dangers that may follow on it*, S. 2.

² *Ibid.*, S. 13.

hatte dem klassischen Republikaner James Harrington die Meinung entgegengehalten, man könne nicht aus der Geschichte stetig wiederkehrende Muster und politische Lehren für zeitgenössische Probleme ableiten. Somers schreibt, dass das römische und spartanische Beispiel für die heutige Miliz *nur dann* eine präjudizierende Wirkung entfalten könne, wenn sämtliche Sachverhalte zu beiden Zeiten übereinstimmten. Dies sei jedoch nicht der Fall.

Sparta ist für Somers wie schon für Matthew Wren ein kulturloser Militärstaat: Ohne "Arts" und "Learning" sei die ganze Republik wie eine "Standing Army" gewesen. Auch die römische *res publica* habe eine "Military Republic" [sic.] dargestellt. In einer modernen, differenzierten Handelsgesellschaft wären die klassischen Prinzipien nicht anwendbar, ohne die gesamte öffentliche und private Ordnung im Lande zu ändern:

These Precedents can never suit our Times, unless we could change our whole Constitution at home, as well as the State of Affairs abroad, and banish from us not only Luxury but both Wealth and Trade.³

Wie Wren beschreitet Somers den eingeschlagenen Weg hin zur Entwertung des historischen Vergleichs nicht konsequent zu Ende. An anderer Stelle bedient er sich des geschichtlichen Beispiels, um die eigene Position zu stärken. Die Geschichte aller Nationen zeige mit Bestimmtheit, dass reguläre und disziplinierte Truppen selbst den besten und kampfstärksten Milizen der Welt überlegen seien: "So certain it is from the Histories of all Nations, that regular and disciplined Troops will be far superior to the best and strongest Militia in the World."⁴ Rom verdanke seine Eroberungen nicht einer Bürgermiliz, sondern regulären Truppen.

Somers Inkonsistenz zeigt sich auch bei der Verwendung des Begriffes "Standing Army". Statt den angstvollen Assoziationen der "real Whigs" ein sachlich neutrales Verständnis entgegenzuhalten, verwendet er den Begriff wie diese in einem negativen Sinne: "When I seem to prepare you to consider the Necessity of keeping a Land-Force, I am far from the Thought of a *Standing Army*."⁵ Dieser Widerspruch brachte dem Lord Chancellor auch prompt den Spott von John Trenchard ein.⁶

Daniel Defoe schrieb für die Seite des Königs insgesamt drei Pamphlete. Darunter ist das zweite *An Argument Shewing, that a Standing Army, with Consent of Parliament,*

³ *Ibid.*, S. 10.

⁴ *Ibid.*, S. 12.

⁵ *Ibid.*, S. 3.

⁶ [Trenchard] (1697c): *A Letter from the Author of the Argument against a Standing Army, to the Author of the Ballancing Letter*, S. 5.

is not Inconsistent with a Free Government von 1698 das bedeutendste. Defoe geht deutlich weiter als Somers und entwickelt eine naturrechtlich abgestützte Machttheorie als Alternative zum klassischen Republikanismus.⁷

Defoes praktisches Argumentarium entspricht weitgehend demjenigen von Somers: Der Krieg sei kein Zufall mehr, sondern ein Gewerbe (Trade). Diejenigen, welche ihn richtig beherrschen wollten, müssten eine lange Lehrzeit durchschreiten. Menschlicher Geist und Schaffenskraft hätten den Krieg zu solcher Perfektion und zur Angelegenheit des "Management" erhoben, dass er notwendigerweise von Leuten hauptberuflich ausgeübt werden müsse. Der Krieg sei heute wie das Evangelium. Wie für den Klerus müssten auch für die kriegerische Tätigkeit bestimmte Männer aus der Gesellschaft ausgeschieden werden. Die Gentlemen des "Grecian Club" könnten sagen, was sie wollen über den natürlichen Mut der Engländer. Er jedoch müsse ihnen vorhalten, dass dem kriegerischen Mut als notwendige Qualifikation eines Soldaten heutzutage immer weniger Bedeutung zukomme. Er sei zwar noch erforderlich, aber in modernen Gesellschaften stelle das "Management" die hauptsächliche Kriegskunst dar:

War is no longer an Accident but a Trade, and they that will be any thing in it, must serve a long Apprenticeship to it: Human Wit and Industry has rais'd it to such a Perfection; and it is grown such a piece of Management, that it requires People to make it their whole Employment; the War is now like the Gospel, Men must be set apart for it; the Gentlemen of the Club may say what they please, and talk fine things at home of the natural Courage of the *English*, but I must tell them, Courage is now grown less a Qualification of a Soldier than formerly; not but that 'tis necessary too, but Management is the principle Art of War.⁸

Wie Somers sieht Defoe die Angelegenheit primär als ein Problem nationaler Sicherheit in einem veränderten internationalen Umfeld und weniger als innenpolitische Verfassungsfrage. Louis XIV und nicht William III sei von den englischen Freeholdern als der Hauptfeind ihrer Freiheit zu sehen. Darum müsse das Parlament dem König ein stehendes Heer zugestehen, "to hold the Ballance of Europe".⁹ Anstelle des anti-holländischen Isolationismus der "real Whigs" sieht Defoe – einer konsequenten Gleichgewichtskonzeption folgend – den Heimstaat des englischen Königs als natürlichen Alliierten im Kampf gegen die universale Monarchie von Louis XIV.

Noch interessanter als Defoes pragmatisches Argumentarium ist seine theoretische Position. Er identifiziert richtigerweise die realitätsferne, nostalgische Faszination der "real Whigs" für die althergebrachte gotische Verfassung als tiefsitzendes Hindernis

⁷ Siehe Dickey (1995), S. 63-96.

⁸ [Defoe] (1698b), *A Brief Reply to the History of Standing Armies in England*, S. 14.

⁹ [Defoe] (1698a), *An Argument Shewing, that a Standing Army, with Consent of Parliament, is not Inconsistent with a Free Government*, S. 36.

zur Modernisierung der englischen Streitkräfte. Dieses ideologische Hindernis will er beseitigen, indem er ein wirklichkeitsnäheres Bild der englischen Geschichte und der Rolle der Miliz darin zeichnet. Defoe unterscheidet grundlegenderweise zwischen "England formerly" und "England now". "England formerly" war eine kriegerische Feudalnation. Unter diesen konkreten Umständen schützte die Miliz zwar die staatliche Freiheit, indem die Barone ihre Vasallen gegen die absolutistischen Bestrebungen machthungriger Könige aufbieten konnten.¹⁰ Insgesamt zeichnete sich diese von den "real Whigs" so beschworene gotische Verfassung in Defoes Augen jedoch durch eine inhärente Instabilität aus. Seine Darstellung der Tyrannei der Barone gegenüber dem gemeinen Volk sowie der ständigen Streitereien unter den Adelligen weckt unweigerlich die Erinnerung an Harringtons Bild der gotischen Balance als eines fortwährenden Ringkampfes zwischen Volk und Adel.¹¹

"England now" ist für Defoe eine Handelsnation. Für deren Stärke sei mehr der kommerzielle Reichtum als die martiale Tugend der Bürger ausschlaggebend. In der modernen Welt würden staatliche Machtentwicklung, -erhaltung und -projektion massgeblich von der ökonomischen Prosperität eines Landes abhängen. Der Reichtum wiederum würde durch internationalen Handel geschaffen, wie am Beispiel der Niederlande aufgezeigt werden könne. Durch Handel hätten die Holländer ihren Freiheitskampf gegen die Spanier finanziert. Nicht die holländische Tugend oder die spanische Korruption seien für den Erfolg des Unterfangens ausschlaggebend gewesen, sondern der Geldbeutel (purse). Die Spanier seien einmal das mächtigste Volk Europas gewesen und die Holländer deren Subjekte. Heute jedoch seien die Holländer die reichsten und die Spanier die schäbigsten, jämmerlichsten Geschöpfe in Europa; und dies nur, weil die Spanier auch die ärmsten seien.¹² Wo Fletcher die gotische, präkommerzielle Tugend zwar als rohen, doch mit der Freiheit kompatiblen Zustand zeichnet, kann Defoe einer martialen Askese nichts Positives abgewinnen. Gerade der zeitgenössische Krieg mit Frankreich habe gezeigt, dass "*he who had the longest Sword has yielded to them who had the longest Purse.*"¹³ Die Grenzen der militärischen Macht eines Staates (Sword) werden in Defoes Einschätzung letzten Endes durch dessen finanzielle Leistungsfähigkeit (Purse) bestimmt. Schon ein Jahr früher hatte er im *Essay Upon Projects* dieselbe Meinung vertreten: "... the sinews (of war) fail' when money is in short

¹⁰ *Ibid.*, S. 45.

¹¹ *Ibid.*, S. 45.

¹² *Ibid.*, S. 47: "The *Spaniards* were once the most powerful people in Europe ... The Dutch ... were then ... [Spain's] subjects ... [The Dutch] are now the richest people in the world; and the Spaniard is now become the meanest and most despicable people in Europe, and that only because they are the poorest."

¹³ *Ibid.*, S. 48.

supply".¹⁴ Die Kontrolle über den Geldbeutel (Purse) – das heisst der politische Entscheid über den Einsatz finanzieller Mittel – liegt gemäss Defoe in England dank der Glorreichen Revolution beim Parlament.

Sehen die "real Whigs" um das Jahr 1500 mit der Übergabe des Schwertes vom Bürger auf den König einen korrumpierenden Prozess beginnen, welcher mit dem beinahe vollständigen Verlust der gotischen Freiheit in Europa endete, sind die Vorzeichen für Defoe vertauscht. Die moderne parlamentarische "Due Ballance" zwischen König, Baronen und dem Volk steht am Ende einer positiven sozioökonomischen Entwicklung: dem Aufstieg der Commons vom feudalen Vasallentum hin zu moderner Mündigkeit. Das Volk sei durch Frieden und Handel reich geworden und habe deswegen den Feudalherren nur noch unwillig folgen wollen. Es seien regelmässige Unruhen, Bürgerkriege und Schlachten entstanden. Schliesslich sei es dem Volk gelungen, eigene Privilegien zu erringen und den König und die Barone zur Akzeptanz eines neuen Gleichgewichts, genannt Parlament, zu bewegen. Von diesem Gleichgewicht sei die "Due Ballance" in Wirklichkeit abgeleitet. Die parlamentarische "Due Ballance" stelle in allen Punkten eine weit vortrefflichere Verfassung dar als die alte gotische Staatsordnung.¹⁵

Interessant ist, dass Defoe hier eigentlich Harringtons These vom Aufstieg der Commons gegen die neo-Harrington'sche Geschichtskonzeption seiner Widersacher einsetzt. Jedoch ist für ihn die Entwicklung primär *kommerzieller* – das Volk wurde reich – und sekundär *parlamentarischer* Natur. Sie ist nicht die Resultante einer von den frühen Tudors initiierten Landumverteilung. Für Defoe steht der Aufstieg des Parlaments im Allgemeinen und des House of Commons im Speziellen im Zusammenhang mit der Expansion des Handels in den letzten 200 Jahren. In "England now" ist für ihn das House of Commons institutioneller Ausdruck des Aufstiegs des Volkes, Quelle politischer Stabilität und Garant der insularen Freiheit. Implizit bedeutet dies, dass in Defoes Augen angesichts der wachsenden Kommerzialisierung der martiale, nostalgisch naive Gotizismus und seine präkommerzielle Moralität für die englische Politik weitgehend irrelevant geworden sind.

¹⁴ Defoe (1697), *Essay Upon Projects*, zit. in Dickey (1995), S. 69.

¹⁵ [Defoe] (1698a), *An Argument Shewing*, S. 44f.: " ... about the time, when this Service by Villenage and Vassalage began to be resented by the People, and by Peace and Trade they grew rich, and the Power of the Barons being too great, frequent Commotions, Civil Wars, and Battels were the Consequence ... the People obtain'd Priviledges of their own, and oblig'd the King and the Barons to accept of an *Equilibrium*; this we call a Parliament: And from this the Due Ballance, we have so much heard of is deduced ... I appeal to all Men to judge if this Ballance be not a much nobler Constitution in all its Points, than the old *Gothick* Model of Government."

Wie aus dem letzten Zitat ersichtlich, löst sich Defoe in *An Argument Shewing* nicht explizit vom traditionellen Mischverfassungsvokabular. Im englischen Parlament sieht er ein Gleichgewicht zwischen König, Baronen und dem Volk repräsentiert. An anderer Stelle zeichnet er hingegen ein anderes Bild des politischen Gleichgewichts; die "true Ballance" besteht hier in einer gegenseitigen parlamentarischen Hemmung von "Sword" und "Purse". Gemäss Defoe liegt im modernen parlamentarischen System das Schwert in den Händen des Königs und der Geldbeutel in den Händen des Volkes. Das Volk könne in diesem tatsächlichen Gleichgewicht ohne den König weder Frieden schliessen noch Krieg erklären. Der König könne ohne das Volk keine Armee aufstellen und unterhalten:

In this Establishment of a Parliament, the Sword is indeed trusted in the Hands of the King, and *the Purse in the Hands of the People*; the People cannot make Peace or War without the King, nor the King cannot raise or maintain an Army without the People; and this is the True Ballance.¹⁶

Der unbekannt Autor von *A Letter to A, B, C, D, E, F, & c.* (1698) verfolgte diesen Gedanken noch etwas weiter. Er willigte zwar ein, dass von aussen betrachtet die englische Regierungsform (government) auf der traditionellen dreifachen Grundlage basiere. Die wahre Regierung sei jedoch "the collective body of the people ... with a King at the head of them"¹⁷. Trotz dieser gedanklichen Vorstösse muss festgestellt werden, dass während der "Standing Army"-Debatte keiner der moderaten "Court-Whigs" die vom "Grecian Club" vertretene Theorie der gemischten Verfassung systematisch zu hinterfragen versuchte.¹⁸

Auch in *The True-Born Englishman* (1701), Defoes weit verbreiteter Satire auf die Standesdünkel und Ausländerfeindlichkeit der englischen Landaristokratie, findet sich das "long purse"-Argument; diesmal jedoch in der Form eines Gegensatzes zwischen "Money" und "Land". Defoe schreibt über Wilhelm den Eroberer, mit dem William III immer wieder verglichen wurde, dass dessen Normannenheer dem Parlament niemals habe gefährlich werden können. Denn die Heeresfolge habe lediglich auf einer feudalen Landverteilung und nicht auf einer Geldgrundlage beruht.¹⁹

Defoe war in den 1690er Jahren nicht der erste, der argumentierte, die "Purse" sei massgebender als das "Sword" für die Beurteilung der Macht des House of Commons

¹⁶ *Ibid.*, S. 45.

¹⁷ [Anonym] (1698), *A Letter to A, B, C, D, E, F, & c., concerning Their Argument about a Standing Army; Examining Their Notions of the Supposed Gothick, or Other Ballance, by the Constitution and Interest of the English Monarchy*, S. 9-14.

¹⁸ Zu diesem Schluss kommt auch Schwoerer (1965), S. 206.

¹⁹ [Defoe] (1701): *The True-Born Englishman, A Satyr*, S. 60: "No Parliament his Army cou'd disband; He rais'd no Money, for he paid in Land."

in der englischen Politik.²⁰ Trenchard hatte das Argument explizit abgelehnt und James II als Beispiel dafür genannt, wie leicht es für einen machthungrigen Monarch möglich sein könne, ausserparlamentarische Mittel zur Finanzierung eigener Truppen zu mobilisieren. Defoe sah in James II eher die Ausnahme, welche die Regel bestätigt. Diese bereits mit der Bill of Rights verankerte Regel lautete, dass ein auf einem Parlamentsakt beruhendes stehendes Heer nicht illegal, nicht unfreiheitlich und nicht zerstörerisch für die englische Monarchie sein kann:

[A] Standing Army in time of Peace, with Consent of Parliament, is not against Law, and I may go on, nor is not inconsistent with a Free Government, nor Destructive of the English Monarchy.²¹

In seinem ersten Pamphlet unter dem Titel *Some Reflections* (Dezember 1697) antwortete Defoe auf *An Argument* von Trenchard und Moyle. Defoe schrieb, ein stehendes Heer sei deshalb ungefährlich, weil das Parlament eine zu starke Stellung habe. Parlamente seien gross-, wenn auch nicht allmächtig. Das gesamte englische Volk könne nicht durch 20'000 Mann versklavt werden.²² In seinem dritten Pamphlet *A Brief Reply to the History of Standing Armies in England* (1698) legte Defoe den Finger auf weitere wunde Punkte in der Argumentation der "real Whigs". In bestechender Logik entwickelte er folgenden Gedankengang: Wäre die Miliz so stark, dass sie, wie von den "real Whigs" behauptet, England gegen die ganze Welt verteidigen könnte, dann wäre auch ein kleines Berufsheer unbedenklich. Wäre die Miliz jedoch nicht so stark, dann wäre ein stehendes Heer umso notwendiger.²³ Wäre die Miliz so gedrillt und diszipliniert wie die Armee – was etwa so oft vorkomme wie ein schwarzer Schwan!²⁴ –, könnte auch sie die Nation versklaven. Wäre sie es nicht, könnte sie die Nation auch nicht verteidigen.²⁵

Aus neo-Harrington'scher Sicht mussten langfristige politische Stabilität und militärische Macht letztlich auf der dauerhaften materiellen Basis des Landbesitzes beruhen. Defoe forderte dieses Diktum heraus und gab dadurch ansatzweise den nicht mit dem "landed interest" verbundenen Interessengruppen im House of Commons eine eigene, städtisch-liberale Moralität.²⁶ Ob der Bestand der staatlichen Freiheit durch ein Berufs-

²⁰ Nach Dickey (1995), S. 72, geht das Argument zurück bis in die späten 1650er Jahre.

²¹ [Defoe] (1698a), *An Argument Shewing*, S. 41.

²² [Defoe] (1697), *Some Reflections on a Pamphlet lately Publish'd, Entitled, AN ARGUMENT*, unpaginiertes Vorwort: "Parliaments are Magnipotent, tho' they are not Omnipotent, and I must tell you, Sir, the Commons of England are not a Body that can be Enslaved with 20000 Men."

²³ [Defoe] (1698b), *A Brief Reply to the History of Standing Armies in England*, S. 13f.

²⁴ *Ibid.*, S. 10.

²⁵ *Ibid.*, S. 18.

²⁶ Vgl. Dickey (1995), S. 70.

heer in Gefahr ist oder nicht, war für Defoe keine Frage der *bürgerlichen Tugend* wie für die "real Whigs", sondern eine Frage der *parlamentarischen Kontrolle*, der Unterordnung der militärischen unter die zivile Gewalt.

Hier liegt die langfristige Bedeutung Defoes. Er formulierte als erster in genügender Schärfe auf naturrechtlicher Grundlage eine markt-liberale Gegenposition zum bürgerrepublikanischen Milizcredo. John Locke hatte sich nicht zu dieser wichtigen Frage geäußert und sich auch nicht am "paper war" beteiligt. Bei Hobbes lässt sich nur mit einigem Interpretationsaufwand und mit erheblichem Fingerspitzengefühl eine Position ableiten.²⁷ Beide haben jedoch Defoe massgeblich beeinflusst. Isaac Kramnick meint sogar, dass es das Verdienst Defoes gewesen sei, die bis anhin wenig bekannten Ideen von Locke popularisiert zu haben.²⁸ Die Verbindung zwischen Hobbes und Defoe wird klar, wenn man sich vergegenwärtigt, wogegen beide geschrieben haben: die bürgerrepublikanische Trias *res publica – libertas – militia (virtus)*. Hobbes wollte das erste Glied aus der Kette herausbrechen. Er versuchte nachzuweisen, dass eine Republik nicht *a priori* freiheitsverträglicher ist als eine Monarchie. Defoe vertrat gegenüber den "real Whigs" die Ansicht, dass es für die Freiheit des Individuums nicht entscheidend sei, ob England eine Miliz oder ein stehendes Heer besitze; massgeblich sei vielmehr, ob eine Armee der zivilen Kontrolle des Parlaments unterliege oder nicht. In Defoes Augen war eine Bürgermiliz nicht *a priori* freiheitsverträglicher als eine Berufsarmee. Dadurch brach er das zweite Glied der obigen Trias heraus, dasjenige zwischen *libertas* und *militia*. In der bürgerlich-humanistischen Tradition wurde die sich in einer Miliz kanalierende Bürgertugend als notwendiger Bestandteil jeder freiheitlichen Verfassung gesehen. Für Defoe ist diese republikanische Tugend – zumindest im militärischen Bereich – im Grunde obsolet geworden. Nicht tugendhafte Bürger und eine "mixed monarchy", sondern gegenseitige Machthemmung im Parlament zwischen Volk und König führen seiner Meinung nach dazu, dass ein stehendes Heer in England nicht gefährlich werden kann. Defoes Beitrag zur "Standing Army"-Kontroverse stellt geistesgeschichtlich einen wichtigen Beleg dar für die allmähliche Ablösung der Mischverfassungsoptik durch eine Perspektive parlamentarischer «checks and balances».²⁹

Defoe perzipierte Fortschritt anders als die bürgerrepublikanischen Neo-Harringtonianer als einen linearen Prozess, als eine Entwicklung über *Zeit* und nicht über *Raum*. Dies zeigt sich vor allem in Defoes erstem Pamphlet, wo er die Ungültigkeit von Trenchards zyklischer Geschichtskonzeption nachzuweisen versucht: Nicht immer

²⁷ Siehe Kap. 2.2; Walzer (1970), S. 77-98, und Baumgold (1983), S. 43-64.

²⁸ Kramnick (1968), S. 189.

²⁹ Robertson (1985), S. 29.

würden dieselben Ursachen auch dieselben Wirkungen zeigen.³⁰ Zwar bemüht auch Defoe bisweilen historische Beispiele – so vor allem in seiner Replik auf Trenchards *History of Standing Armies in England*. Doch selbst dort schreibt er, dass man den geschichtlichen Teil auch hätte weglassen können, ohne den eigentlichen Zweck des Traktates zu beeinträchtigen.³¹ Moderne Gesellschaften expandieren in Defoes Augen nicht durch Eroberungen, sondern durch Handel. Sie leben in Frieden und nicht in Krieg, sind gekennzeichnet durch arbeitsamen Wohlstand anstatt träge, genügsame Armut, durch Freiheit statt Sklaverei, durch Frieden vor dem Recht statt Tyrannei und durch zivile statt kriegerische Werte.³²

Einschränkend gilt es jedoch auf die Gefahr hinzuweisen, Defoes Handelsargumentarium zu besitz*individualistisch* zu lesen. Dieser Versuchung unterliegt wohl ein Stück weit Isaac Kramnick, welcher Defoe als einen bourgeoisen Liberalen und als ersten Apologeten der englischen Mittelklasse darstellt.³³ Es lassen sich nämlich in Defoes politischem Denken auch starke merkantile, ja gar autoritäre Züge feststellen. Mit seiner Betonung des inländischen Wirtschaftskreislaufes gegenüber dem internationalen Handel, seiner Verteidigung ausgedehnter Handelsmonopole und seiner Befürwortung diskretionärer Eingriffe des Staates unterscheidet sich Defoe doch noch grundlegend von den späteren Freihandelstheoretikern vom Schlage eines Adam Smith. So wie John Toland nicht einfach als Schreiber des "landed interest" gelten kann, ist Defoe auch kein Sprachrohr des "monied interest". Er begrüßte zwar das moderne System öffentlicher Schuldenaufnahme, wandte sich aber auch in mehreren Pamphleten gegen das amoralische Verhalten von Börsenmaklern.³⁴ Und doch lässt sich bei ihm ein entscheidender Bruch mit den Prämissen des klassischen Republikanismus feststellen. Der "ink and pen war" war für ihn auch nicht die letzte Gelegenheit, diese Wertprämissen grundlegend in Frage zu stellen. Im Zusammenhang mit dem Act of the Union, der Vereinigung von England und Schottland im Jahre 1707, sollte er wiederum mit seinem alten Rivalen Andrew Fletcher die Klinge kreuzen. Im "paper war" hatte Defoe dem englischen Leser ein kommerzielles "England now" gegenüber einem martialen "England then" anempfohlen. Der schottische Leser am Anfang des 18. Jahrhunderts sollte nun wählen zwischen den antiquierten, unfreiheitlichen, kriegerischen Werten der "Caledonian Glory" eines Lord Belhaven und dem ökonomischen

³⁰ [Defoe] (1697), *Some Reflections*, S. 4.

³¹ [Defoe] (1698b), *A Brief Reply*, S. 2. Siehe S. 4: "The Question before us is not so much what has been, or has not been, but what is now needful to be done."

³² Siehe Dickey (1995), S. 81.

³³ Kramnick (1968), S. 188.

³⁴ Vgl. Brühlmeier (1997).

Fortschritt durch Handel dank einer freiheitlichen Verfassung im Verbund mit England.³⁵

Auch in der Debatte um die Vereinigung der beiden britischen Königreiche verwendete Defoe anders als Andrew Fletcher keinen positiven, machiavellischen Freiheitsbegriff. Für ihn bestand die bürgerliche Freiheit nicht darin, Waffen tragen zu *können*, sondern diese nicht gegen den eigenen Willen tragen zu *müssen*. Im letzten seiner vier *Essays at Removing National Prejudices against a Union* von 1706 wandte er sich in diesem Sinne an "the honest Soldiery of Scotland":

I could tell them, the Union will help them to such a thing in Britain, as they are unacquainted with in Scotland, I mean Liberty; and this liberty is such, as even a soldier cannot be listed but by his own consent.³⁶

Ab 1715 schrieb Defoe für den (Premier-)Minister Walpole und lieferte sich intensive intellektuelle Duelle mit der Tory-Opposition. Für diese schrieben vor allem Jonathan Swift und später Lord Bolingbroke. Swift und Bolingbroke kritisierten das Regime Walpoles von moralischen und politischen Prämissen aus, welche denjenigen der neo-Harrington'schen "real Whigs" am Ende des 17. Jahrhunderts sehr nahe waren. Als Vertreter einer Country-Ideologie perzipierten Swift und Bolingbroke die generelle wirtschaftliche Entwicklung in ähnlicher Weise als moralischen Verfall. Auch sie bedauerten den Niedergang der alten, landbesitzenden Nobilität und Gentry.

Auf der *realgeschichtlichen* Ebene scheiterten die "real Whigs" mit ihrem Bestreben um eine grundlegende Reform der englischen Miliz. Als Teilerfolg konnten sie 1698 William III zumindest die Reduktion seines Heeres auf 7000 Mann abtrotzen. Der König fühlte sich dermassen gekränkt, dass er für eine Weile sogar seine Abdankung ins Auge fasste. Allerdings wurde nach 1699 im Parlament kein ernsthafter Versuch mehr gestartet, die Armee weiter zu reduzieren oder die Miliz zu reformieren. Die Briten arrangierten sich in der Praxis mit einem kleinen Berufsheer. Ansonsten vertrauten sie auf die Schlagkraft ihrer Flotte sowie auf die nach wie vor selektiv, aus den ärmeren Schichten rekrutierte Miliz. Dies blieb auch für die nächsten 50 Jahre so. Erst ab 1745 und vor allem zu Beginn des Siebenjährigen Krieges (1756-63) regte sich das Interesse an einer praktischen Reform der englischen Miliz erneut.³⁷

Die eigentliche Bedeutung der "Standing-Army"-Kontroverse muss auf der *geistesgeschichtlichen* Ebene gesehen werden. Sie war ein definierendes Moment in der Ge-

³⁵ An den englischen Leser wandte sich Defoe in seiner *Review* ab Februar 1704. Im Einzelnen Dickey (1995), S. 75ff., und Penovich (1995), S. 228-242.

³⁶ [Defoe] (1706), *A Fourth Essay at Removing National Prejudices against a Union*, S. 30.

³⁷ Siehe Western (1965), S. 89ff.

schichte des englischen politischen Denkens und die tiefgründigste Wehrverfassungsdebatte im Europa der frühen Neuzeit. Über das ganze 18. Jahrhundert hinweg sollten die Texte beider Seiten in Dutzenden von Auflagen neu gedruckt und ihr Inhalt beinahe gebetsmühlenhaft wiedergegeben werden. Ideengeschichtlich steht Defoes Verteidigung eines parlamentarisch kontrollierten Berufsheeres am Anfang einer naturrechtlich-protoliberalen Court-Tradition. Diese sollte sich in Grossbritannien des frühen und den Vereinigten Staaten des späten 18. Jahrhunderts noch etliche Schlachten mit der alternativen bürgerlich-humanistischen Country-Position liefern.

Innerhalb der Country-Tradition wurde spätestens ab Francis Bacon die politische Entwicklung einer Gesellschaft in erster Linie in Verbindung mit der Verteilung und Verfügbarkeit des Landbesitzes, des *Raumes*, gesehen. Aus Sicht dieser Ideologie vermochte nur der Grundbesitz als materielle Basis die für das staatliche Überleben erforderliche moralische Qualität des Bürgers freizusetzen. Die Moral des Staates respektive die verfassungsmässige Ordnung basierte wiederum auf der Moral der Bürger. Die moralische und zugleich auf ein Verfassungsgleichgewicht orientierte Rhetorik der Tugend eignete sich vorzüglich dafür, die Country-Gentlemen und ihre unabhängigen Repräsentanten im Parlament gegen die regierende Administration zu mobilisieren. Die wirtschaftliche Entwicklung Grossbritanniens, vor allem die zunehmende Ausprägung der Finanz- und Kapitalwirtschaft im 18. Jahrhundert, gefährdete zunehmend dieses Bürgerethos des tugendhaften, unabhängigen Landbesitzers. Die moderne Ökonomie schuf neue Besitzformen, welche aus der Sicht der Country-Ideologen nicht *wirkliches* Eigentum darstellten. Vor diesem Hintergrund musste Geschichte als ein Prozess der moralischen Degeneration und der zunehmenden verfassungspolitischen Instabilität erscheinen.

In der Court-Ideologie wurde – in Variationen – der ökonomische Wert der neuen Eigentumsformen pragmatischerweise akzeptiert. Damit einher ging eine neue Psychologie, welche das Streben nach Eigennutz nicht mehr *per se* mit Korruption gleichsetzen wollte. Man begann zunehmend in Frage zu stellen, dass die Beziehung des Individuums zur *res publica* nur bürgerlich und tugendhaft sein konnte. Mit anderen Worten: Man war auf der Suche nach einer Moral für den eigennutz- und interessegeleiteten Marktmenschen als Alternative zum gemeinwohlorientierten klassischen Bürger. Wenn die Stabilität des Staates nicht mehr notwendigerweise mit dem moralischen Leben des Individuums in Verbindung stand, so musste sie aus Sicht der Court-Ideologie von einer neuen Instanz ausgehen. Eine starke, zentrale Exekutive musste das

eigen- und parteisüchtige Streben des Menschen in geordnete Bahnen lenken.³⁸ Das Problem der Verteidigung des Staates erschien somit nicht mehr wie in der Country-Ideologie als ein Aspekt der *bürgerlichen Moral*, sondern als Frage des richtigen *funktionalen* Gleichgewichts zwischen exekutiver Befehlsgewalt (dem Sword) und parlamentarischer Kontrolle (der Purse).³⁹ Stehen Fletcher und Defoe als Gegenpole am Beginn dieser Auseinandersetzung zwischen Court und Country, so markieren Alexander Hamilton und Thomas Jefferson am Ende des 18. Jahrhunderts annähernd ihr Ende.⁴⁰

Bevor allerdings der Blick auf die Rolle des Bürgersoldaten im politischen Denken der nordamerikanischen Kolonisten geworfen werden kann, gilt es zwei Abklärungen vorzunehmen. Die erste, stärker *wirkungsgeschichtliche* Abklärung betrifft die Frage, auf welche Weise der klassische Republikanismus im Allgemeinen und das Ideal des Bürgersoldaten im Speziellen in die nordamerikanischen Kolonien gelangte. Eine wichtige Rolle diesbezüglich spielten *Cato's Letters* sowie die politischen und historischen Werke von Henry St. John, Viscount Bolingbroke. Cato und Bolingbroke übernahmen in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts wesentliche Elemente des "Real Whiggism" der 1690er Jahre, modifizierten diese teilweise und versuchten sie auf die veränderten Sachfragen ihrer Zeit anzuwenden. Dabei gilt es grundsätzlich festzuhalten, dass die bürgerlich-humanistischen Inhalte, welche im politischen Denken der "real Whigs" noch deutlicher identifizierbar sind, bei Cato und bei Bolingbroke zunehmend verwässert werden. Locke'scher Liberalismus und neo-Harrington'scher Republikanismus – bei Bolingbroke vermischt mit traditionellen Tory-Inhalten – befinden sich in diesem Denken eher in Symbiose als in Konflikt zueinander. Trotz konzeptioneller Verwässerung mit liberalen Inhalten blieben aber beide Autoren einem wesentlichen klassisch-republikanischen Ideal treu: dem Bürgersoldaten. Aus diesem Grunde soll im folgenden Kapitel die Milizidee in *Cato's Letters* und in Bolingbrokes Werken analysiert werden.

Die zweite Klärung betrifft die ab 1745 einsetzende Debatte über den Bürgersoldaten in der schottischen Aufklärung. Dieses Kapitel ist stärker *ideengeschichtlich* orientiert. Die schottische Debatte kam zeitlich weitgehend zu spät, um auf das politische Denken der ersten Generation der Führer der Amerikanischen Revolution – zumindest in der Wehrverfassungsfrage – einen gegenüber dem "Real Whiggism" eigenständigen

³⁸ Vgl. Pocock (1975), S. 486f.

³⁹ Burt (1992), Kap. 6, findet in der Court-Ideologie keine gänzliche Aufgabe der bürgerlichen Tugend. Ihrer Meinung nach haben die Court-Whigs das Konzept politischer Moral lediglich transformiert: Anstatt *öffentlicher* Natur sei die Tugend grundlegend *privatisiert* worden.

⁴⁰ Vgl. Murrin (1980), S. 368-453.

Einfluss ausüben zu können. Insbesondere Adam Smiths Verteidigung der Freiheitskompatibilität eines Berufsheeres in *The Wealth of Nations* erschien erst im Jahre der Unabhängigkeitserklärung 1776. Obgleich viele von Smiths Schülern bereits in den 1760er und 1770er Jahren nach Amerika auswanderten, sollte die schottische Aufklärung ihren stärksten realgeschichtlichen Einfluss in der Wehrverfassungsfrage erst später ausüben: auf die Debatte zwischen *Hamiltonians* und *Jeffersonians* in den 1790er Jahren.

7. Transmission: *Cato's Letters* und Lord Bolingbroke

Virtue, and a good Name, is the best Wealth: It is Wealth which cannot perish; and he who is rich in Virtue, can never be poor.

THOMAS GORDON

Eine wichtige Bedeutung für die Weitergabe des politischen Denkens der "real Whigs" der 1690er Jahre an die amerikanischen Kolonisten des frühen 18. Jahrhunderts kommt *Cato's Letters* zu.¹ John Trenchard (1662-1723), den wir bereits als wichtigen Autoren der Wehrdebatte von 1697-99 kennengelernt haben, veröffentlichte von 1720 bis 1723 zusammen mit seinem Juniorpartner Thomas Gordon (?-1750) *Cato's Letters* im *London Journal*. Der Zeitschrift war mit einer wöchentlichen Auflage von zehn- bis fünfzehntausend Exemplaren ein grosser Erfolg beschieden. Ab 1724 erschienen *Cato's Letters* auch in Buchform. Unmittelbarer Anlass des Erscheinens stellte der Kollaps der britischen Südsee-Handelskompanie im September 1720 dar. Das Debakel brachte einige namhafte Familien Englands und Schottlands an den Rand des Ruins. In der Folge wurde immer mehr offenbar, dass die leitenden Direktoren der Kompanie Aktienmanipulationen enormen Ausmasses getätigt hatten. Selbst vor Bestechung von Regierungs- und Parlamentsmitgliedern, ja sogar von Mitgliedern der königlichen Familie waren sie nicht zurückgeschreckt.²

Cato beklagt die mit dem Debakel einhergehende "corruption". Die Lehre ist uneinig, ob er damit einen *allgemeinen*, die gesamte Bevölkerung umfassenden Degenerationsprozess durch den "monied interest" beklagt oder nur eine Kritik an den gekauften öffentlichen Machträgern zum Ausdruck bringen möchte. Isaac Kramnick interpretiert Cato als einen Nachfolger von Harrington, welcher die neue finanzielle Ordnung als grösstes Übel sehe. Aus der Optik einer konservativen Nostalgie beklage er den Zusammenbruch des auf breiter Landverteilung beruhenden politischen Gleichgewichts sowie deren Ersetzung durch die Konzentration des mobilen Kapitals und damit der politischen Macht in den Händen weniger.³ Für John G.A. Pocock äussert Cato als Country-Ideologe eine "unmissverständlich machiavellische und neo-Harrington'sche Kritik der Korruption": Cato beschreibe England (oder Grossbritannien) als eine Republik mit machiavellischen Charakteristiken. Handelskompanien vom Schlage der "South Sea Company" würden in den Augen Catos zur Verschuldung der Landbesitzer,

¹ Der volle Titel lautet: *Cato's Letters: Or Essays on Liberty, Civil and Religious, and Other Important Subjects.*

² Zu den Hintergründen siehe Hamowy (1990), S. 278ff.

³ Kramnick (1968), S. 243ff.

zur Zerstörung des Handels und zu allgemeiner Ungleichheit der Bürger führen.⁴ Für Ronald Hamowy bringt Cato fast ausschliesslich politische Überzeugungen zum Ausdruck, die im Einklang stehen mit John Lockes liberaler Naturrechtstheorie: Catos Kritik richte sich weniger an die neue ökonomische Finanzwelt als gegen den politischen Mechanismus mit einem korrupten Hof in seinem Zentrum, welcher willkürlich in diese Welt des Handels einzugreifen versuche. Cato richte sich zwar gegen die Börsenspekulation, sei jedoch nicht generell gegen die Institution öffentlicher Schuldenaufnahme eingestellt gewesen.⁵

Angesichts der Verbreitung von *Cato's Letters* als allgemeine Mode-Lektüre in den englischen Kolonien im 18. Jahrhundert ist die Frage der "richtigen" Interpretation überaus bedeutsam.⁶ Durch eine naturrechtlich Locke'sche oder bürgerrepublikanische Lesart der *Letters* wird die Auslegung des politischen Denkens der Amerikanischen Revolution in bedeutsamer Weise vorgespurt.

Grundsätzlich gilt es festzuhalten, dass sich *Cato's Letters* einer rigiden Entweder-oder-Perspektive entziehen. Sie stellen ganz bestimmt keinen ausgereiften Entwurf politischer Theorie dar. Zu stark sind sie unter dem Eindruck des konkreten Ereignisses der "South Sea Bubble" entstanden. In der Frage des Bürgersoldaten erscheinen sie allerdings als nahtlose Fortführung der Debatte der 1690er Jahre. Zumindest in diesem Punkt offenbaren sie eindeutig einen "Real Whiggism" nicht Locke'scher, sondern bürgerlich-humanistischer Prägung. Allerdings schwimmt die bürgerhumanistische Milizidee in den *Letters* gewissermassen als Treibgut mit. Inhaltlich gehen die Autoren nicht über das bereits in *An Argument* Ausgesagte hinaus. Dies wird auch verständlich, wenn man sich vor Augen hält, dass die Wehrfrage während der Krise im Jahre 1720 nicht vorrangig diskutiert wurde. Trotzdem äussert sich Cato in den Briefen Nr. 94 (vom 15. September 1722) und Nr. 95 (vom 22. September 1722) zu Bürgermilizen und stehenden Heeren. Beide Briefe erschienen noch 1722 als selbständige Zweitaufgabe in London unter dem Titel *A Discourse of Standing Armies; Shewing the Folly, Uselessness, and Danger of Standing Armies in Great Britain*.

Unter Hinweis auf die Debatte von 1697-99 bezeichnet Cato den Autor des *Balancing Letter*, Lord Somers, als einen schamlosen Gentleman. Dieser habe die Engländer davon zu überzeugen versucht, sie seien dermassen korrupt, dass ihnen nichts anderes übrig bleibe, als ein stehendes Heer aufzustellen. Der Autor habe sich aber gründlich verschätzt. Die Nation hätte einen freiheitlichen Geist gezeigt und sich nicht

⁴ Pocock (1975), S. 468f.

⁵ Hamowy (1990), S. 287.

⁶ Rossiter (1953), S. 225: "*Cato's Letters* rather than Locke's *Civil Government* was the most popular, quotable, esteemed source of political ideas in the colonial period."

versklaven lassen wollen.⁷ Trotz formeller Beseitigung des Court-Whigs Somers von der Macht sei jedoch nicht gleichzeitig die irreführende Argumentation verschwunden. Heute gebe es erneut solche Kreaturen, welche behaupteten, die Nation sei korrupt und man müsse darum entweder den Stuart-Pretender als König akzeptieren oder dessen Einsetzung durch Bestechung und die Aufstellung eines stehenden Heeres zu vermeiden trachten. Für Cato stellt letzteres keine sinnvolle Option dar: Es gebe in ganz Europa keine Macht, welche Grossbritannien gefährlich werde, solange das Gleichgewicht zwischen Frankreich und Spanien aufrechterhalten werden könne. Zudem müsse die Beibehaltung eines stehenden Heeres notwendigerweise den Verlust der nationalen Freiheit nach sich ziehen. Dies zeige sich in allen Teilen Europas:

It is certain, that all parts of Europe which are enslaved, have been enslaved by armies; it is absolutely impossible, that any nation which keeps them amongst themselves can long preserve their liberties; nor can any nation perfectly lose their liberties who are without such guests.⁸

Für Cato besteht eine klassisch-republikanische Trennung zwischen staatlicher Freiheit und einer Bürgermiliz auf der einen Seite sowie Sklaverei und professionellen Heeren auf der anderen Seite. Zur Frage, was er unter Freiheit versteht, muss allerdings gesagt werden, dass sich aus Cato sowohl das positiv-partizipatorische Verständnis eines Bürgerrepublikaners als auch das negativ-rechtliche Verständnis eines Jüngers von Locke herauslesen lassen. Daniel Brühlmeier vermutet deshalb, dass es ein Charakteristikum und eine grosse schriftstellerische Leistung der Autoren darstelle, in einem populären und einfachen Stil Gedanken ausgedrückt zu haben, welche derart gegensätzliche moderne Interpretationen zulassen.⁹

Für den hier verfolgten Untersuchungsgegenstand der Milizidee im bürgerlichen Humanismus genügt es festzuhalten, dass *Cato's Letters* von den englischen Kolonisten Nordamerikas durchaus im Sinne eines klassischen neo-Harrington'schen Republikanismus gelesen werden konnten. Vor allem dann, wenn Cato Algernon Sidney zitiert, um die Inkompatibilität von Reichtum und bürgerlicher Tugend und deren Rolle im Niedergang Roms aufzuzeigen, drängt sich eine solche Lesart auf. Der klassische Eindruck verstärkt sich sogar noch, wenn im Folgenden die späteren Schriften von Thomas Gordon in die Betrachtung eingeschlossen werden.

Nach dem Tode von Trenchard heiratete Gordon dessen reiche Witwe und veröffentlichte in zwei Bänden 1728 und 1731 eine Übersetzung von Tacitus. Dem ersten

⁷ Trenchard/Gordon (1720-32), *Cato's Letters*, No. 94, S. 669. Vgl. Burt (1992), Kap. 4: "A Republican Politics of Virtue: The Selfish Citizen in *Cato's Letters*".

⁸ Trenchard/Gordon, (1720-32), *Cato's Letters*, No. 95, S. 682.

⁹ Brühlmeier (im Druck), S. 51.

Band stellte er einen politischen Diskurs voran, der das Werk ungemein populär werden liess. Die Widmung des Werks an den (Premier-)Minister Walpole zeigt, dass sich Gordon *politisch* nach dem Erscheinen von *Cato's Letters* immer stärker auf die Seite der Regierung geschlagen hatte. *Inhaltlich* müssen seine *Political Discourses* hingegen als Fortsetzung des klassischen Bürgerrepublikanismus der "real Whigs" der 1690er Jahre gelesen werden. Im Discourse X "Of Armies and Conquests" schreibt Gordon, dass keine Regierung ohne militärische Gewalt andauern könne. Freistaaten hätten sich und ihre Freiheiten deswegen durch die Bewaffnung des gesamten Volkes erhalten. Von allen wehrpflichtigen Bürgern sei eine Selektion derjenigen vorgenommen worden, welche ihrem Land bei Bedarf zu dienen hatten. Als Vorsichtsmassnahme wurden die Milizsoldaten nach Wegfall des Bedarfs sofort wieder entlassen. Es sei ebenso Sorge getragen worden, dass sich die höheren Offiziere in ihrem Kommando stets abwechselten:

No Government can subsist but by force, and wherever that force lies, there it is that Government is or soon will be. Free States therefore have preserved themselves and their Liberties, by arming all their people, because all the people are interested in preserving those Liberties; by drawing out numbers of them thus armed, to serve their Country occasionally, and by dissolving them, (when that occasion was over) into the mass of the people again; [and] by often changing the chief Officers.¹⁰

In diesem kurzen Abschnitt finden sich bei Gordon im Kern die wesentlichen Milizmerkmale der bürgerlich-humanistischen Tradition. Die Miliz ist *staatlich* und wird aus den *Einheimischen* auf *nebenberuflicher* Basis rekrutiert. Sie beruht prinzipiell auf einer *allgemeinen Wehrpflicht* und praktisch auf einer *selektiven Dienstpflicht*. Woher sich die moralische Verpflichtung zur Verteidigung des Staates ableitet, wird offenbar, wenn sich Gordon über die professionellen "military Men" auslässt: Diese hätten kein anderes als ein *privates* Interesse daran, einem Tyrannen zu dienen. Sobald jedoch dieses Interesse dahinfalle, würden sie versuchen, auch den Despoten zu zerstören. Deshalb könne man feststellen, dass in allen despotischen Regierungen der Welt die Könige die Sklaven ihrer Soldaten seien.¹¹

Die Ursache, weshalb dieser missliche Zustand in den modernen absoluten Staaten Europas nicht gegeben ist, sieht Gordon darin begründet, dass diese Völker nach wie vor über genügend Eigentum und damit über entsprechende politische Macht verfügten:

¹⁰ Gordon (1728), *Works of Tacitus*, S. 117.

¹¹ *Ibid.*, S. 118: "... these men have no interest but their own in serving a Tyrant, so when that interest ceases, and they can serve themselves better in destroying him they seldom fail of doing it. In fact we find that, in all the great despotick Governments in the world the Monarchs are slaves to their soldiery."

If this is not done in the modern absolute Governments of Europe, it is because despotick Power is not so thoroughly established there, and the people have yet some share of Property, and consequently of Power.¹²

Der letzte Satz ist entscheidend: "Property" schafft in einem neo-Harrington'schen Sinne "Power". Nur jemand, der Eigentum besitzt, kann ein dauerhaftes Interesse *am* und beständige politische Macht *im* Staat entwickeln. Professionelle Soldaten haben zwar Geld, aber kein Eigentum im Sinne von "Propriety". Ihr Sold vermag ihnen nicht mehr zu geben als ein egoistisches Interesse am Staat. An anderer Stelle führt Gordon aus, wie in Britanniens gotischer Verfassung die Verteilung von Eigentum die politische Machtkonstellation determinierte und stabilisierte. Die gotische Besiedlung respektive Landverteilung folgte seiner Meinung nach einem militärischen Muster: Der General wurde König, die Offiziere Edelleute und die Soldaten deren Pächter. So sei aus einer Armee eine Landmiliz geschaffen worden, welche die Aufstellung stehender Truppen überflüssig machte. Dies habe die Errichtung einer absoluten, unfreiheitlichen Herrschaft verhindert, wie man sie heute in der Türkei antreffe.¹³

Lassen sich bei Gordon deutliche Harrington'sche Positionen identifizieren, muss festgehalten werden, dass seine ideale Bürgermiliz nicht wie diejenige Machiavellis auf Eroberung ausgerichtet ist. So schreibt Gordon in Teil V desselben Discourses mit dem Titel "Die Laune des Eroberers, wie unklug, vergeblich und zerstörerisch"¹⁴, dass die Athener den Ruin ihres Staates durch einen unsinnigen und teuren Krieg gegen Sizilien ausgelöst hätten. Sparta und Theben seien einem kriegerischen Wahn (warlike folly) anheimgefallen. Dieser habe sie gegenseitig geschwächt. So seien sie dem König von Mazedonien eine leichte Beute gewesen. Auch der zeitgenössische schwedische König Karl XII. gegen die Russen, der Herzog von Burgund, Karl der Kühne gegen die Schweizer und der spanische König Philip II. gegen die Niederländer dienen Gordon als Beispiele für die These, dass Eroberungen letzten Endes immer kontraproduktive Auswirkungen zeitigen, ja mit dem Untergang des Eroberers selbst enden müssen. Rom hatte nach Meinung Gordons mit seinen Armeen einen solchen Erfolg, dass seine Befehlshaber zu mächtig und zu unverschämt wurden. Es stellten sich Ungleichheiten ein, die sich schädlich auf jeden Freistaat auswirken müssen. Am Ende wurde Rom durch diejenigen undankbaren Barbaren versklavt, denen es seine Verteidigung anver-

¹² *Ibid.*, S. 118.

¹³ *Ibid.*, S. 120: "The Gothick Governments were military in their first settlement: the General was King, the Officers were the Noble, and the Soldiers their Tenants: but by the nature of the settlement, out of an Army a Country Militia was produced. The Prince had many occasional troops, but no standing troops: hence he grew not absolute, like the Great Turk."

¹⁴ "The Humour of Conquering, how injudicious, vain, and destructive.", *ibid.*, S. 120.

traut hatte. Wie Rom die fremden Nationen besiegte, so verdarb "Luxury" die Stadt am Tiber:

Rome itself perished by her conquests, which being made my great Armies, occasioned such power and insolence in their Commanders, and set some Citizens so high above the rest, an inequality pernicious to free States, that she was enslaved by ingrates whom she had employed to defend her. Rome vanquished foreign nations; foreign luxury debauched Rome.¹⁵

Anders als für Machiavelli gilt Gordons Vorliebe einem innenpolitisch stabilen und aussenpolitisch enthaltsamen Freistaat: Der römische Staat habe seine Grösse in beträchtlichem Umfange dem Missgeschick verdankt, dass er im Kriege gegründet und kriegerisch gewachsen sei. Für den Frieden geformte Staaten wie Sparta und Venedig jedoch seien langlebiger und sicherer.¹⁶

Im Jahre 1744 veröffentlichte Gordon eine englische Übersetzung der Werke von Sallust. Diese ergänzte er mit Ciceros catilinishen Reden und stellte beiden wiederum eigene *Political Discourses* voran. Darin behandelt er die Wehrverfassungsfrage allerdings nicht direkt, weshalb von einer genaueren Betrachtung abgesehen wird. Im Discourse VI "Of Public Corruption, particularly that of the Romans" lassen sich jedoch etliche Passagen finden, um die Fortdauer klassisch-republikanischer Wertvorstellungen belegen zu können. So schreibt Gordon an einer bemerkenswerten Stelle, dass Tugend und ein guter Name den grössten Wohlstand darstellten. Wer reich sei an Tugend, könne niemals arm sein: "Virtue, and a good Name, is the best Wealth: It is Wealth which cannot perish; and he who is rich in Virtue, can never be poor".¹⁷

Als klassischer Republikaner zeigt sich Gordon auch, wenn er von der Analogie privater und öffentlicher Moral schreibt.¹⁸ Der Niederländer Bernard Mandeville (1670-1733) hatte in seiner 1714 erschienenen *Fable of the Bees: or Private Vices, Public Benefits* die entgegengesetzte These aufgestellt, dass das private Laster, das Streben nach Luxus und die Verfolgung des Eigeninteresses der Gesellschaft letztlich zugute kommen würden. Für Gordon ist Egoismus nicht begrüssenswert. Es sei die Verfolgung privater statt öffentlicher Motive, welche einen Staat korrupt mache: "Corruption in a State is a Deviation from our Duty to the Public, upon private Motives".¹⁹ Auch Luxus sieht er in einem klassischen Sinne als gefährlichen Einfluss: Reichtümer hätten

¹⁵ *Ibid.*, S. 122.

¹⁶ *Ibid.*, S. 224: "The Roman State owed her greatness in a good measure to a misfortune: it was founded in War and nourished by it ... But States formed for peace, tho' they do not arrive to such immensity and grandeur, are more lasting and secure."

¹⁷ Gordon (1744), *Works of Sallust*, S. 88.

¹⁸ *Ibid.*, S. 91.

¹⁹ Gordon (1744), *Works of Sallust*, S. 93.

das ursprünglich arme und tugendhafte Rom korrumpiert. Werde Geld und nicht der persönliche Verdienst zum Massstab des Respekts, dann werde auch der schäbigste und lasterhafteste Reichste dem Fähigsten und Tugendhaftesten vorgezogen:

When Money, and not Worth, comes to be the Standard of Respect, the most Rich, however Sordid and Vicious, come to be preferred before the most Able and Virtuous.²⁰

Vor allem Gordons Tacitus-, aber auch seine Sallust-Übersetzung waren überaus populär. Gelesen wurden sie nicht nur in Grossbritannien und seinen Kolonien, sondern sogar auf dem Kontinent und vor allem in Frankreich. Zusammen mit *Cato's Letters* leisteten sie einen wichtigen Beitrag dafür, dass klassisch-republikanische Inhalte sich nachhaltig im politischen Denken der britischen Kolonisten in Nordamerika niederschlugen.²¹

Eine weitere wichtige Rolle in diesem Transmissionsprozess spielte Henry St. John, ab 1712 Viscount Bolingbroke (1678-1751). Der Aufstieg des Whig Robert Walpole zum (Premier-)Minister im Jahre 1722 und der zunehmend stärker werdende Einfluss der Court-Whigs führten zur Bildung einer heterogenen Oppositionsallianz von Jakobiten, konservativen Country-Tories und "old Whigs". Der Tory Bolingbroke etablierte sich als geistiger und ausserparlamentarischer Führer dieser Allianz. Er übernahm in seiner ab 1726 wöchentlich erscheinenden Zeitschrift *The Craftsman* (später umgetauft in *The Country Journal*) neben traditionellen Tory-Inhalten auch Argumente der "real Whigs", um die Abweichung Walpoles und seiner Minister vom "wahren" Whiggismus nachzuweisen. Das politische Zusammengehen dieser Allianz hatte Charles Davenant gedanklich bereits im Jahre 1702 vorweggenommen. In *The True Picture of a Modern Whig* schrieb Davenant, in der heutigen Zeit entspreche ein moderner Whig einem alten Tory und ein zeitgenössischer Tory einem wahren Whig. Für ihn – wie auch für Bolingbroke – bestand die massgebliche politische Trennlinie zwischen einer korrupten Court- und einer freiheitlichen Country-Partei. Als charakterisierendes Merkmal der "old Whigs" identifizierte Davenant deren Hass gegenüber einer unbeschränkten Willkürherrschaft und deren Eintreten gegen ein stehendes Heer.²²

Wie die früheren "real Whigs" sahen Davenant und Bolingbroke die Errungenschaften der Glorreichen Revolution durch die gerissenen Machenschaften einer klei-

²⁰ *Ibid.*, S. 100.

²¹ Allerdings finden sich in Gordons späterem *Essay on Government* (1747) stärker naturrechtliche Inhalte. Gordon wendet sich implizit gegen Aristoteles: Es gebe keinen natürlichen Appetit des Menschen, in die bürgerliche Gesellschaft einzutreten, S. 2; er trachte vielmehr danach, im Naturzustand seine vorstaatlichen Rechte zu schützen, S. 6f.

²² Davenant (1702), *The True Picture of a Modern Whig*, S. 152. Vgl. Kramnick (1968), S. 237ff.

nen Hof-Oligarchie in Gefahr. In Fortführung der Kritik Shaftesburys an Danby von 1675 nahm Bolingbroke vor allem den Einsitz von Platzhaltern der Regierung im Parlament als einen destabilisierenden Einfluss innerhalb der britischen Mischverfassung wahr. Neben dem Konzept parlamentarischer Korruption übernahm Bolingbroke von den "real Whigs" auch die Angst vor stehenden Heeren. Unter dem Vorwand einer möglichen jakobitischen Invasion hielt Walpole ständig eine Armee unter Waffen. Bolingbrokes Argumentation zur Milizfrage blieb allerdings unterentwickelt: Er entwarf kein positives Programm zur Auflösung dieser Einheiten und deren Ersetzung durch eine reformierte Bürgermiliz. Die Gefahr stehender Heere war für ihn nur einer unter mehreren Pfeilen im Köcher, mit dem er auf den verhassten Walpole anlegen konnte. So schreibt Bolingbroke in der *Dissertation on Parties* von 1735 (Craftsman-Artikel von 1733/34), dass ein Hauptpunkt der böswilligen Machenschaften der Feinde einer Verfassung stets darin bestehe, ein stehendes Heer zuzulassen:

It is certain then, that if ever such men as call themselves friends to the government, but are real enemies of the constitution, prevail, they will make it a capital point of their wicked policy to keep up a standing army.²³

Zum Verhältnis zwischen stehendem Heer und staatlicher Freiheit äussert sich Bolingbroke an einer anderen Stelle. Wie die "real Whigs" der 1690er Jahre sieht er in einem stehenden Heer nicht nur das *Instrument* eines korrupten Hofes, sondern als Symptom für den *moralischen* Zerfall im britischen Volk: Die britische Freiheit könne einem nur weggenommen werden, wenn das Volk als Komplize mitmache. Um versklavt zu werden, müsse das britische Volk selber korrupt, liederlich, gefühllos und eine kriecherische Nation von Schufden sein. Eine Kraft wie ein stehendes Heer, welche gross genug sei, den Briten ihre Freiheit zu rauben, könne nicht von Dauer sein, wenn das Volk sie nicht längerfristig trage:

... our liberty cannot be taken away by the force or fraud alone of those who govern; it cannot be taken away, unless the people are themselves accomplices; ... In order to become slaves, ... we must become the most corrupt, most profligate, the most senseless, the most servile nation of wretches, that ever disgraced humanity: for a force sufficient to ravish liberty from us, such as a great standing army is in time of peace, cannot be continued, unless we continue it.²⁴

Dieses *moralische*, breite Korruptionsverständnis glaubt neben John G.A. Pocock auch Issac Kramnick im politischen Denken Bolingbrokes zu finden. Beide sehen Bolingbrokes Angriffe gegen Börsenspekulation, öffentliche Verschuldung, Geldwirtschaft

²³ Bolingbroke (1733-34), *A Dissertation upon Parties*, S. 92.

²⁴ *Ibid.*, S. 117.

und stehende Heere als Reaktion eines nostalgischen Rebellen des "landed interest" gegen die zeitgenössischen Urbanisierungs- und Monetarisierungs-Tendenzen.²⁵ Für Jesse R. Goodale dagegen haben sowohl Catos als auch Bolingbrokes Kommentare zu "Wealth" und "Luxury" wenig mit Korruption zu tun. Als Neo-Harringtonianer hätten Cato und Bolingbroke zwar gewisse Vorbehalte gegenüber der sich zunehmend kommerzieller und städtischer gestaltenden Welt des 18. Jahrhunderts gehabt. Im grossen Ganzen sei von ihnen jedoch nicht eine gesellschaftliche Korruption, sondern eine Fehlentwicklung des politischen Prozesses angeprangert worden. Politische *Institutionen* und nicht eine sozio-ökonomische Moral stelle die Hauptstossrichtung ihrer politischen Theorie dar.²⁶

Fest steht: Bolingbroke lehnt auch in seinen *Remarks on the History of England* (Craftsman-Artikel von 1730/31) wiederholt stehende Heere ab. Der Verlust der bürgerlichen Tugend und des "public spirit" werden als korrumpierende Elemente in der englischen Geschichte identifiziert. Bolingbrokes Vermächtnis für seine Leser – vor allem in den amerikanischen Kolonien – bestand in der Forderung, dass seitens des Bürgers sämtlichen zentralen Machträgern, den "men in power", ein ständiges Misstrauen entgegenzubringen sei. In Bolingbrokes Schriften konnte sowohl der konservative Landadelige im Mutterland als auch der einfache nordamerikanische Freeman sein abgrundtiefes Misstrauen gegenüber der modernen Finanz- und Handelswelt bestätigt finden. Für Bolingbroke waren die Landeigentümer die Besitzer des politischen Schiffes, die "moneyed men" nur gerade Passagiere darauf.²⁷ So ist es kein Zufall, dass der einem ländlichen Ethos verhaftete Thomas Jefferson später empfohlen wird, Bolingbrokes Schriften müssten in der Bibliothek eines jeden gebildeten Gentleman zu finden sein.²⁸

²⁵ Kramnick (1968), S. 56ff., und Pocock (1975), S. 477-486.

²⁶ Goodale (1980), S. 247-259.

²⁷ Die Metapher findet sich in *Some Reflections on the Present State of the Nation* von 1749 und ist hier übernommen von Berry (1994), S. 120f.

²⁸ Kramnick (1968), S. 262.

8. Die Milizdebatte in der schottischen Aufklärung

8.1 David Hume: *Politeness, Luxury und Commerce*

Nor need we fear, that men, by losing their ferocity, will lose their martial spirit, or become less undaunted and vigorous in defence of their country or their liberty. The arts have no such effect in enervating either the mind or body. On the contrary, industry, their inseparable attendant, adds new force to both.

DAVID HUME

Zwischen 1740 und 1790 fand in Schottland ein konzentriertes Aufflammen intellektueller Aktivität statt, welche man heute unter dem Begriff der *schottischen Aufklärung* zusammenfasst. Das langsame, aber stetige Wirtschaftswachstum schuf zusammen mit einer leeren, weil parlamentslosen politischen Bühne ein günstiges, freigeistiges Klima. Bei einer Gruppe aufgeklärter und universitär gebildeter Intellektueller weckte dieses Umfeld ein lebendiges und direktes Interesse daran, die Dynamik des Wechselspiels von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik grundlegend zu überdenken. Vor allem in Edinburgh entstand eine kultivierte und hochentwickelte Klubkultur. Neben der Erforschung der menschlichen Natur stand vor allem die Frage nach den Auswirkungen der Kommerzialisierung im Mittelpunkt des Interesses: erstens auf die sozio-ökonomische Gleichheit sowie zweitens auf die Lebensumstände und die sozial-moralische Konstitution verschiedener Stände und Klassen. Ebenso diskutiert wurden die unterschiedlichen Voraussetzungen von armen und reichen Ländern sowie deren Perspektiven im Verlaufe des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses.¹

Für die vorliegende Arbeit sind hauptsächlich zwei Dinge von Bedeutung: Erstens kann das politische Denken der schottischen Aufklärer als Transformation und Transmission von Konzepten des klassisch-republikanischen Paradigmas interpretiert werden; zweitens als Reaktion und Überwindung dieser Wertvorstellungen. Die bürgerrepublikanische Sprache war vor allem von Andrew Fletcher in die schottische Diskussion eingebracht worden. Dessen Werke wurden 1749 in Glasgow neu aufgelegt. Es war wohl kein Zufall, dass das Interesse an Fletcher gerade zu jenem Zeitpunkt wieder stärker wurde, als nach der Niederschlagung des Jakobitenaufstandes 1745 auch die Milizdiskussion wieder langsam einsetzte. Zu stümperhaft war die Verteidigung der Lowlands gegenüber den Invasoren aus den Highlands organisiert gewesen.

¹ Grundlegend ist der Sammelband von Hont/Ignatieff (1983). Einen guten Überblick gibt die *Blackwell Encyclopaedia of Political Thought* (1987), S. 468-472.

Das politische Denken von David Hume und in einem stärkeren Masse dasjenige von Adam Smith kann als mehr oder weniger umfassender Angriff auf die Prämissen des klassischen Republikanismus im Allgemeinen und der Milizidee im Speziellen gesehen werden. Von diesem Blickwinkel aus betrachtet entstand das naturrechtlich-liberale Paradigma gleichsam als Antwort auf die bürgerlich-humanistische Tradition. Das in der schottischen Aufklärung massgeblich von Hume und Smith entworfene Konzept der *politischen Ökonomie* ist denn auch in dieser Optik weniger gegen das Christentum als gegen die Antike gerichtet: Es ist die "eigentliche Alternative zur Nostalgie eines auf gleiche Besitzverteilung zielenden Republikanismus"². Bei einem politischen Denker der Antike hätte die Vorstellung einer *politischen Ökonomie*, eines kollektiven Haushaltens, nur Unverständnis oder gar Abscheu ausgelöst. Die Sphäre des Haushaltes (*oikos*) war für ihn *per se* unpolitisch. Die Sphäre des Öffentlichen wiederum war *per se* politisch, martial und in dem Sinne "unwirtschaftlich", als der ökonomische Tausch-Egoismus hier keine Rolle spielen durfte.³

Das idealtypische Wehrverfassungskonzept des liberalen Paradigmas – eine kleine, parlamentarisch kontrollierte Berufsarmee – war im frühen 18. Jahrhundert fester Bestandteil einer pragmatisch ausgerichteten Court-Ideologie.⁴ David Humes und Adam Smiths politische Theorie sowie ihre Ansichten zur Wehrverfassung können als Weiterführung und Ausformulierung des vom Court-Whig Daniel Defoe eingeschlagenen naturrechtlich-liberalen Weges hin zu einem *homo faber et mercator* interpretiert werden. Vor allem Smiths Einsichten gingen jedoch ein grosses Stück weiter als diejenigen von Defoe.⁵

Das schottische provinzielle Denken lässt sich allerdings nur sehr bedingt auf die Auseinandersetzung zwischen Court und Country reduzieren; auch wenn eine solche Brille zuweilen durchaus hilfreich ist – vor allem mit Blick auf die Amerikanische Revolution.⁶ Dies zeigt sich namentlich bei Adam Ferguson: Ferguson ist derjenige schottische Aufklärer, bei welchem der bürgerliche Humanismus im Allgemeinen und Machiavelli im Speziellen am stärksten nachhallt. Fergusons Kritik richtet sich jedoch nicht wie diejenige früherer Country-Ideologen im Stile eines Bolingbroke direkt an den Hof. Seine Besorgnis bezieht sich vielmehr auf das in der Wirtschaft um sich greifende egoistische Streben nach Profit und Gewinn. Der wirtschaftliche Aufschwung Grossbritanniens im 18. Jahrhundert wurde wesentlich von einer auf politische Stabili-

² Pocock (1983), S. 167.

³ Siehe Kap. 2.3.

⁴ Browning (1982), S. 189f.

⁵ Vgl. Robertson (1985), S. 219f.

⁶ Siehe Pocock (1983), S. 179.

tät abzielenden Politik der Regierung gefördert. Deshalb beinhaltet Fergusons *explizite* Kritik der Wirtschaft *implizit* einen Verweis an die Adresse des Court – oder konnte zumindest in diesem Sinne vom zeitgenössischen Leser verstanden werden.

Die Country-Ideologie vertrug sich sowohl konzeptionell als auch historisch besser mit dem klassischen Bild des Menschen als *homo politicus* denn mit demjenigen eines *monied man*. Deshalb erscheint es hilfreich, Ferguson innerhalb der republikanischen Country-Tradition zu behandeln. Auch Zwi Batscha und Hans Medick meinen, Ferguson habe unter einer "bürgerlichen Gesellschaft" vor allem eine Gesellschaft politisierender Bürger nach dem Modell der griechischen Polis oder der altrömischen Republik verstanden. Er habe dabei nicht an jenes "System der Bedürfnisse" arbeitender und/oder besitzender bürgerlicher Privatpersonen gedacht, welches später von Hegel in seiner "Philosophie des Rechts" thematisiert werden sollte.⁷ Aus diesen Gründen – und mit der gebotenen Vorsicht – wird im Folgenden die Court-Country-Brille auch für die schottische Diskussion der Milizfrage aufgesetzt bleiben.

Einen wichtigen Meilenstein in der Auseinandersetzung zwischen Court- und Country-Ideologie im 18. Jahrhundert markiert der Schotte David Hume (1711-1776). Der Historiker und Philosoph Hume vermochte der bis anhin stärker *pragmatisch* ausgerichteten Argumentation der Court-Whigs schärfere *institutionelle* und *konzeptionelle* Konturen zu geben.⁸

Hume untergräbt und entwertet auf breiter Front die moralischen und konzeptionellen Grundfesten der bürgerlich-humanistischen Milizidee, wie sie zu Beginn des 18. Jahrhunderts noch Andrew Fletcher vertreten hatte. Für Hume ist Geschichte nicht ein Prozess der Degeneration von einem ursprünglich harmonischen Zustand; diesen tugendhaften Ausgangspunkt hatten die "real Whigs" in der gotischen Zeit ausgemacht. In Humes *History of England* und in einigen seiner *Essays* findet sich bereits implizit die schottische Stadien-Theorie. Diese sollte später durch Adam Ferguson und Adam Smith explizit ausformuliert werden. Wie Defoe und die Pamphletisten Walpoles wendet sich Hume als Historiker gegen die traditionelle Verehrung der gotischen Verfassung durch den Landadel. Anders als Fletcher spricht Hume den räumlich limitierten antiken Republiken jegliche Vorbildfunktion ab. Eine Rückkehr zu den Maximen antiker Politik sieht er als praktisch unmöglich an, weil diese Maximen nur in einem kriegerischen Zeitalter Gültigkeit hatten: Sparta sei zwar mächtiger als irgendein moderner Staat gewesen, habe sich diese Grösse jedoch mit dem gänzlichen Verzicht auf Kom-

⁷ Batscha/Medick (1988), S. 29.

⁸ Gegenüber dem (Premier-)Minister Walpole hatte Hume jedoch ein durchaus ambivalentes Verhältnis. Siehe Phillipson (1989), S. 74f.

merz und Luxus erkaufte.⁹ Die durch die Entwicklung der Agrarproduktivität gegenüber dem "savage state" freigesetzten "überflüssigen Hände" hätten die Spartaner nicht in den feinen Künsten (*finer arts*) eingesetzt – Hume bezeichnet diese üblicherweise mit "arts of luxury". Diese Hände seien vielmehr in ihre Armeen gesteckt worden. Sparta und Rom seien zwar freiheitliche Staaten gewesen, aber sie waren klein. Sie hätten in einem kriegerischen Zeitalter gelebt und seien ständiger Gefahr ausgesetzt gewesen. Dies habe einen starken "public spirit" zur Folge gehabt. Die immer währende Kriegführung habe aus jedem Bürger einen Soldaten gemacht.¹⁰ Allerdings hätten die Spartaner keine Freiheit in einem modernen Sinne besessen, weil sie über keine Zivilisation verfügt hätten: "Wenn man sie imitieren wollte", so Hume, "müsste man sämtliche Kultur und den Luxus aufgeben."¹¹

Bei Hume tritt das Konzept der Höflichkeit (*politeness*) an die Stelle der Polis und die Ökonomie an die Stelle des Haushaltes (*oikos*). Als Quelle der modernen, höflichen Umgangsformen und der kultivierten Leidenschaften sieht er die Ausweitung des Handels und die Durchsetzung komplexer Tauschbeziehungen. Aus dem Kommerz erwächst aber nicht nur die Kultur, sondern auch eine weitgehend unklassisch-individualistische Konzeption der Freiheit, welche man im Grunde bereits bei Thomas Hobbes und Matthew Wren findet.¹²

Im gleichen Sinne schrieb Montesquieu fast zeitgleich im *De l'Esprit des lois*, dass der Handel, *le doux commerce* zur Verfeinerung der Sitten eines Staates beitrage.¹³ Die antiken Republiken seien mit ständiger Kriegführung beschäftigt und darum einer strengen Politik unterworfen gewesen, weil sie keinen Handel gekannt hätten.¹⁴ Heute – zur Zeit Montesquieus – gelte hingegen die *Maxime*: " ... ce sont les richesses qui font la puissance."¹⁵ In den grossen Gesellschaften der Gegenwart ist Geld für Montesquieu nicht nur notwendig, es wird zum alles entscheidenden Mittel der Macht. Diese

⁹ Hume (1752), "Of Commerce", S. 96. Dem gleichen Argument widmete Hume den ausführlicheren Essay "Of the Populousness of Ancient Nations".

¹⁰ *Ibid.*, S. 95.

¹¹ *Ibid.*, S. 100.

¹² Vgl. Pocock (1983), S. 169ff.; Zur Sprache der *Politeness* – der "politics of culture" – bei Hume siehe Phillipson (1989), S. 17-34, und Pocock (1985), S. 234-239.

¹³ Montesquieu (1748), *De l'Esprit des lois*, XX, Kap. 1, S. 609: " ... partout où il y a des mœurs douces, il y a du commerce; et que partout où il y a du commerce, il y a des mœurs douces."

¹⁴ Montesquieu (1734), *Considérations sur les Causes de la Grandeur et décadence des Romains et de leur décadence*, S. 86: "Les citoyens romains regardaient le commerce et les arts comme des occupations d'esclaves; ils ne les exerçaient point." Siehe auch *De l'Esprit des lois*, XXI, Kap. 14, S. 676-678.

¹⁵ Montesquieu (1727), *Réflexions sur la Monarchie universelle*, zit. in Manicas (1989), S. 97.

Macht sieht er letztendlich an die Stelle der Tugend treten.¹⁶ In der Moderne sind es für den Franzosen deshalb auch die Monarchien, die expansionistisch sind und nicht die Republiken: "L'esprit de la monarchie est la guerre et l'agrandissement; l'esprit de la république est la paix et la modération."¹⁷ Während für Machiavelli die freiheitliche Republik expansionistisch sein *muss*, *darf* eine Republik für Montesquieu *nicht* auf Eroberung aus sein, will sie langfristig überleben.¹⁸ Während Machiavelli in den *Discorsi* für Rom optiert, gilt Montesquieus Vorzug Sparta: Achthundert Jahre lang und nach all ihren Kriegen hätten sich die Spartaner mit ihrem ursprünglichen Territorium begnügt.¹⁹

Hume und Montesquieu sehen in den antiken Stadtrepubliken eher einen Kontrast als ein anzustrebendes Ideal. Ihre eigentliche Bewunderung gilt dem Typus der modernen, zivilisierten Monarchie, wie ihn vor allem Grossbritannien repräsentiert.²⁰ In einer solchen Monarchie ist für Montesquieu die Ehre im Verein mit der Gerechtigkeit an die Stelle der republikanischen Tugend (*vertu politique*) getreten. In der Antike machte die *vertu politique* den Bürger zum *zoon politikon* oder, in Montesquieus Worten, *homme de bien*. In der modernen, wohlgeordneten Monarchie kann ein Bürger auch gut sein, wenn er den Staat lediglich aus egoistischen Motiven anstatt aus patriotischer Hingabe unterstützt.²¹ Das berühmte XI. Buch des *Esprit des lois* enthält im 6. Kapitel eine idealtypisch erhöhte Darstellung der Verfassung Englands. Dort spricht Montesquieu nicht mehr von der *vertu politique*, sondern von der Macht und deren Missbrauch sowie der Chance, diesen zum Schutze der politischen Freiheit durch das komplexe System einer nicht strikten Gewaltenteilung einzudämmen.²²

Für Montesquieu ist die moderne, kommerzielle und begrenzte englische Monarchie im Grunde gar keine Monarchie, sondern eine als Monarchie getarnte Republik²³: Ein

¹⁶ Montesquieu (1748), *De l'Esprit des lois*, IV, Kap. 7, S. 142: "Pour porter partout sa puissance, ou la défendre partout, il faut avoir ce à quoi les hommes ont attaché partout la puissance."

¹⁷ *Ibid.*, IX, Kap. 2, S. 289.

¹⁸ Vgl. Manicas (1989), Kap. 4.

¹⁹ Montesquieu (1748), *De l'Esprit des lois*, VIII, Kap. 16, S. 277.

²⁰ Montesquieu bezeichnet weder einen nicht antiken noch einen christlichen Staat als Republik. Siehe Stourzh (1989), S. 123, Fussnote 28. Zu Montesquieu als Vertreter eines neuen, modernen Republikanismus siehe Shklar (1990), und Sher (1994).

²¹ Montesquieu (1748) *De l'Esprit des lois*, III, Kap. 6., S. 123: "Ainsi, dans les monarchies bien réglées, tout le monde sera à peu près bon citoyen, et on trouvera rarement quelqu'un quit soit homme de bien; car, pour être homme de bien, il faut avoir intention de l'être, et aimer l'État moins pour soi que pour lui-même."

²² Montesquieu (1748) *De l'Esprit des lois*, XI, Kap. 4, S. 326: "Pour qu'on ne puisse abuser le pouvoir, il faut que, par la disposition des choses, le pouvoir arrête le pouvoir." Für Montesquieu stellten Gewaltenteilung und Mischverfassung noch verschiedene Seiten derselben Medaille dar. Siehe Riklin (1989a), und Stourzh (1989), S. 117-124.

²³ Montesquieu (1748) *De l'Esprit des lois*, V, Kap. 19, S. 190.

Engländer könne wie in einer kommerziellen Republik den vollständigen Nutzen des *commerce d'économie* im Gegensatz zum monarchischen *commerce de luxe* genießen. Und dies, ohne der traditionellerweise mit kommerziellen Regimes einhergehenden Instabilität ausgesetzt zu sein.²⁴

Auch aus Sicht des Skeptikers Hume kann in der modernen Welt kein Staat dauerhaft auf der Basis bürgerlicher Tugend beruhen – im Sinne einer Leidenschaft für das Gemeinwohl.²⁵ Die modernen Bürger müssen ihrer menschlichen Natur entsprechend *über* und *durch* ihre verfeinerten Leidenschaften regiert werden: " ... it is requisite to govern men by other passions, and animate them with a spirit of avarice and industry, art and luxury."²⁶ Für Hume ist die Regierung eine Instanz, welche die selbstsüchtig veranlagten Individuen durch institutionelle Vorkehrungen dazu bringt, ihre kurzfristigen Perzeptionen von Eigeninteresse in eine langfristige Einsicht genereller Interessenidentität umzuwandeln.²⁷ Hume nimmt James Madisons Argument im *Federalist* Nr. 10 vorweg: Diese Aufgabe sei in einem weiträumigen Staat – respektive einer zivilisierten Monarchie wie Grossbritannien – einfacher zu bewerkstelligen als in einer Stadtrepublik.

In a large government ... the parts are so distant and remote, that it is very difficult, either by intrigue, prejudice, or passion, to hurry them into any measures against the public interest.²⁸

Mandeville sieht den Luxus als ein *privates* Laster, das jedoch positive öffentliche Wirkungen zeitigt. Für Hume ist der Luxus nicht *per se* negativ, sondern wertneutral (innocent). In einer kommerziellen Gesellschaft entfaltet er im Normalfall aber positive Wirkungen.²⁹ Betriebsamkeit, Wissen und Humanität sind in Humes Augen mit ihm eng verbunden. Vor allem führt in seiner Einschätzung der Luxus nicht zu einem Verlust der militärischen Tugend. Damit zerbricht Hume bewusst die traditionelle Kausalkette der klassischen Tradition politischer Moralität. Diese hatte Luxus stets mit Korruption sowie Verweich- und Verweiblichung gleichgesetzt.³⁰ Hume schreibt, man müsse keine Angst haben, dass mit dem Verlust der Wildheit auch ein Verlust des militärischen Geistes und des Patriotismus einhergehe. Durch Kultur werde weder der

²⁴ *Ibid.*, XIX, Kap. 27, S. 592-604 und XX, Kap. 4-8, S.609-623. Vgl. Sher (1994), S. 379.

²⁵ Vgl. Moore (1977), S. 820.

²⁶ Hume (1752), "Of Commerce", S.100.

²⁷ Vgl. Pocock (1975), S. 495.

²⁸ Hume (1752), "Idea of a Perfect Commonwealth", S. 232. Zum Einfluss von Hume auf Madison siehe Adair (1957), und Branson (1979).

²⁹ Hume (1752), "Of Refinement in the Arts", S. 106.

³⁰ Zur bahnbrechenden "Ent-Moralisierung" der klassischen Vorstellung von Luxus durch Hume siehe Berry (1994), S. 142ff.

Geist noch der Körper geschwächt. Im Gegenteil: Der durch die kulturelle Entwicklung freigesetzte Arbeitsfleiss werde beiden zusätzliche Kraft zuführen.

Nor need we fear, that men, by losing their ferocity, will lose their martial spirit, or become less undaunted and vigorous in defence of their country or their liberty. The arts have no such effect in enervating either the mind or body. On the contrary, industry, their inseparable attendant, adds new force to both.³¹

Um von Dauer zu sein, braucht die Tapferkeit militärische Disziplin und Ausbildung. Diese Eigenschaften fehlen in Humes Einschätzung bei barbarischen Völkern weitgehend: Die alten Römer seien das einzige unzivilisierte Volk mit militärischer Disziplin gewesen. Die einzigen modernen, zivilisierten Europäer, welchen die Tapferkeit und der militärische Geist fehle, seien die Italiener. Es sei ein Irrtum, die Verweichlichung der Italiener oder deren Anwendung feiner Künste für diesen Zustand verantwortlich zu machen. Dies zeige auch das Beispiel von Franzosen und Engländern: Deren Tapferkeit sei ebenso über jeden Zweifel erhaben wie ihre Liebe zur Kunst und ihre Emsigkeit im Handel (Commerce).³²

Hume kritisiert die Klassiker der Antike und darunter vor allem Sallust, welche den Untergang des römischen Staates in Verbindung mit dem Luxus und der Entwicklung der Künste gesehen hatten. Wirklich verantwortlich dafür waren seiner Meinung nach die schlecht geregelte Regierungsform Roms und das ungezügelte Streben nach Eroberungen.³³ Bei einem freien und ausgesprochen kriegerischen Volk könne es zwar unter Umständen vorkommen, dass das Fehlen von Handel und Manufakturen einen Staat mächtiger mache. Im Allgemeinen sei jedoch das Gegenteil der Fall. In der modernen Zeit würden Industrie, Künste und Handel sowohl zu einem mächtigeren Staat als auch zu einer glücklicheren Bevölkerung führen:

Now, according to the most natural course of things, industry and arts and trade increase [sic.] the power of the sovereign as well as the happiness of the subjects.³⁴

Eine moderne Handelsnation ist für Hume mächtig *wegen* ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und nicht verweichlicht *als Folge* derselben.³⁵ Sie ist im Grunde auch freier als die antiken Stadtrepubliken – wie es das Beispiel Englands zeigt.³⁶

³¹ Hume (1752), "Of Refinement in the Arts", S. 109.

³² *Ibid.*, S. 110.

³³ *Ibid.*, S. 111.

³⁴ Hume (1752), "Of Commerce", S. 98.

³⁵ *Ibid.*, S. 94.

³⁶ Hume (1752), "Of Refinement in the Arts", S. 111: "The liberties of England, so far from decaying since the improvements in the arts, have never flourished so much as during that period. ... a progress in the arts is rather favourable to liberty, and has a natural tendency to preserve, if not produce a free government."

In unkultivierten Nationen gliedert sich in Humes Augen die Bevölkerung stets in zwei Klassen: die Landeigentümer und deren Pächter. Infolge ihrer Abhängigkeit würden die Pächter natürlicherweise in Sklaverei enden und die Landeigentümer sich zu kleinen Tyrannen aufschwingen. Wo jedoch der Luxus Handel und Industrie antreibe, würden die Bauern reich und unabhängig. Die Händler und Kaufleute erlangten Eigentum und damit politische Autorität. Anders als Bolingbroke und die "real Whigs" der 1690er Jahre sieht Hume nicht mehr in erster Linie den Landadel und die Freibauernschaft als Grundlage einer freiheitlichen Staatsordnung, sondern die neue, handel-treibende Mittelschicht:

... where luxury nourishes commerce and industry, the peasants, by a proper cultivation of the land, become rich and independent; the tradesmen and merchants acquire a share of the property, and draw authority and consideration to that middling rank of men, who are the best and firmest basis of public liberty.³⁷

Wie bereits Defoe stützt sich Hume auf Harrington, um die neo-Harrington'sche Position zu widerlegen, dass die britische Freiheit gegenüber den Zeiten der gotischen Verfassung abgenommen hat. Die Freiheitlichkeit der britischen Verfassung ist für ihn ein vergleichsweise neues Phänomen. Sie steht in enger Verbindung mit der wirtschaftlichen Entwicklung und der Zunahme des Handels. Die Freiheit des Briten ist aus Sicht Humes kein althergebrachtes Erbe der gotisch-angelsächsischen Verfassung des Mittelalters, sondern eine moderne Errungenschaft. Wie Harrington sieht Hume den materiellen Aufstieg der Commons als Grundlage dieser britischen Freiheit. Die Art und Weise dieses Aufstiegs ist jedoch in seiner Wahrnehmung eine ganz andere als bei Harrington: Nicht die demokratische Landverteilung, sondern die wirtschaftliche Diversifizierung war seiner Meinung nach verantwortlich für den Aufstieg des House of Commons.³⁸ Die von der Feudalbindung frei gewordene neue Mittelklasse sieht bei Hume anders aus als bei Harrington: Sie umfasst neben der Bauernschaft vor allem auch die städtischen Handwerker und Kaufleute.³⁹

Hume anerkennt zwar die Bedeutung des Eigentums in der Politik. Anders als für Harrington sieht er darin jedoch nicht die *alleinige* Determinante politischer Macht. Als Begründung nennt er den Umstand, dass Grossbritannien in diesem Falle schon längst eine Republik sein müsste – angesichts des Gewichtes der eigentumsbesitzenden Gentry im House of Commons.

³⁷ *Ibid.*, S. 112.

³⁸ *Ibid.*, S. 112.

³⁹ Nach Phillipson (1989), S. 55, richtete sich Hume speziell an einen urbanen Adressatenkreis.

Für Hume befinden sich Autorität und Freiheit ständig in einem spannungsgeladenen Verhältnis zueinander. Das moderne Grossbritannien ist für ihn ein Kompromiss zwischen einer absoluten Monarchie und einer Volksrepublik.⁴⁰ Wie Montesquieu sieht er die begrenzte, kommerzielle britische Monarchie als äusserst fragil und bedroht an. Hume perzipiert auch eine spezifisch *moderne* Gefahr, welcher ein Freistaat ausgesetzt ist: die Praxis öffentlicher Schuldenaufnahme.⁴¹ Übernimmt er hier ein traditionelles Argument der Country-Ideologie, so scheint er einer anderen Gefahr relativ gleichgültig gegenüberzustehen: der Patronage – der Beeinflussung des Parlaments durch die Ämter- und Postenvergabe seitens der Exekutive. Seit der Zeit Shaftesburys war der Begriff "Standing Army" mit dem parlamentarischen Einsitz abhängiger Berufsoffiziere in Verbindung gebracht worden. Diese Offiziere drohten das verfassungsmässige Gleichgewicht zugunsten des Court zu verschieben. Besser als die Vertreter der Country-Opposition erkannte Hume, dass sich in der britischen Verfassungs*realität* seit der Glorreichen Revolution das Machtgleichgewicht *de facto* massiv zugunsten des House of Commons verschoben hatte – trotz *formeller* Einhaltung der "mixed constitution". Aus diesem Grunde musste in Humes Augen die rigide Forderung der Country-Partei nach gegenseitiger Unabhängigkeit von Krone und Parlament einer realistischen Einschätzung der politischen Machtverhältnisse Platz machen. In dieser pragmatischen und flexibleren Einschätzung galt es, den indirekten Einfluss der Regierung auf das Parlament in Form von Patronage als *notwendige* Massnahme zur Erhaltung eines wirklichen Verfassungs*gleichgewichtes* anzuerkennen.⁴²

Auch hier zeigt sich, dass Hume im Grunde das republikanische Ideal aufgibt, dass ein Staat nur auf der Basis der Tugend seiner Bürger und deren Repräsentanten im Parlament stabilisiert werden kann. Weil jeder Mensch ein Egoist ist und letztlich nur sein privates Interesse im Sinne hat, muss man ihn über dieses Interesse zum Gemeinwohl hinführen. Ein institutionelles System von "checks and controuls [sic.]" tritt an die Stelle bürgerlicher Tugend und Moral:

... in contriving any system of government, and fixing the several checks and controuls of the constitution, every man ought to be supposed a *knave*, and to have no other end, in all

⁴⁰ Hume (1741), "Whether the British Government Inclines more to Absolute Monarchy, or to a Republic", S. 28.

⁴¹ Hume (1752), "On Public Credit", S. 174: "It must, indeed, be one of these two events; either the nation must destroy public credit, or public credit will destroy the nation." Siehe auch "Of Civil Liberty" (1741), S. 57.

⁴² Hume (1741), "Of the Independency of Parliament", S. 26: "We may, therefore, give this influence what name we please; we may call it by the invidious appellations of *corruption* and *dependence*; but some degree and some kind of it are inseparable from the very nature of the constitution, and necessary to the preservation of our mixed government." Siehe Moore (1977), S. 822.

his actions, but private interest. By this interest we govern him, and, by means of it, make him cooperate to the public good.⁴³

Hume konnte zwar mit der Politik der Patronage leben, lehnte allerdings Zeit seines Lebens die Kombination von öffentlicher Schuld und territorialem Imperialismus ab. Kriegerische Auseinandersetzungen mussten in seinen Augen notwendigerweise zu "faction" und damit zu parteiischem Fanatismus führen. In seinem Todesjahr 1776 sah er deshalb die britische Regierung kurz vor dem finanziellen Kollaps und bedroht durch egoistisches Parteiengezänk. Dies erklärt, weshalb er aus einer Tory-Position heraus die amerikanischen Unabhängigkeitsbestrebungen begrüßte. Die Lektüre von Hume führte bei einigen Kolonisten – namentlich bei Alexander Hamilton – zur Einsicht, dass die 1787 gegründeten Vereinigten Staaten eine Handelsmacht mit einer starken exekutiven Patronage und einem System öffentlicher Verschuldung werden sollten. Zusammen mit der Lektüre von Adam Smiths *Wealth of Nations* überzeugte Humes Theorie einer kommerziellen Gesellschaft Hamilton davon, dass ein solches Imperium nur durch ein professionelles Heer verteidigt werden könnte.

Dies waren genau diejenigen Punkte, welche James Madison dazu bewogen, mit Hamilton zu brechen und auf die Seite Thomas Jeffersons zu treten. Für den Country-Denker Jefferson war Hume der verhasste Ideologe einer Verschwörung von britischen Exporteuren, amerikanischen Händlern und den *Federalists*, um der frischgeschlüpften Republik ein korruptes Regime im Stile eines Walpole aufzuzwingen.⁴⁴ Jefferson erkannte die Tragweite der Infragestellung agrarisch-republikanischer Prämissen durch Hume. Er machte sich ernste Sorgen über den verderblichen und wachsenden Einfluss der durch urbane Wertvorstellungen geleiteten "Humists" in der amerikanischen Gesellschaft.⁴⁵

Zusammenfassend lässt sich im Vergleich zu seinem schottischen Landsmann Andrew Fletcher sagen, dass David Hume zahlreiche wesentliche Pfeiler der klassischen republikanischen Milizidee untergräbt: Für den Skeptiker Hume ist erstens das von Fletcher hochgehaltene klassische Tugendideal nicht mehr mit der Natur und den verfeinerten Sitten des modernen Menschen zu vereinbaren. Der gute Staat zeichnet sich zweitens für ihn weniger dadurch aus, dass er *moralische* Tugenden fördert und Laster unterdrückt, sondern dass er *institutionelle* Rahmenbedingungen schafft, welche den grundsätzlich eigensüchtigen Menschen im Sinne des öffentlichen Interesses handeln

⁴³ Hume (1741), "Of the Independency of Parliament", S. 24.

⁴⁴ Vgl. Pocock (1979), S. 343, sowie detaillierter Adair (1957), und Branson (1979).

⁴⁵ Siehe Moore (1977), S. 838.

lassen. Drittens gibt Hume die klassisch-aristotelische Trennung von politischer und ökonomischer Sphäre auf. Seine gesellschaftliche Gliederung gestaltet sich weit komplexer als Fletchers simpler Gegensatz vom politischen Bürger (Freeman) und dem in der Ökonomie (*oikos*) tätigen Produzenten (Servant). Unter Freiheit – zumindest in einer modernen kommerziellen Gesellschaft – versteht Hume viertens weniger eine Freiheit *zur Teilhabe* am Staat, sondern abgeleitet von der naturrechtlichen Tradition eine Freiheit *vor* Eingriffen der Regierung oder der Mitmenschen. Fünftens ist Wohlstand für ihn letztlich ein privates Gut und keine öffentliche Aufgabe wie für Fletcher. Luxus führt in Humes Augen nicht zur Korruption des Bürgers und des Gemeinwens, sondern zu Handel, Arbeitsfleiss und wirtschaftlichem Wachstum. Der mächtigste Staat ist nicht derjenige mit den tugendhaftesten Bürgern, sondern derjenige mit der grössten Wirtschaftskraft.⁴⁶

Und trotz all dieser konzeptionellen Modifikationen schreckt Hume – wie auch Montesquieu⁴⁷ – vor der expliziten Überwindung eines zentralen Pfeilers in der klassisch-republikanischen Tradition zurück: der Idee des Bürgersoldaten. Allgemein steht Humes politische Philosophie jenseits der Grenzen der bürgerrepublikanischen Tradition. In der Wehrverfassungsfrage überschreitet er diese Grenze nicht – dies im Gegensatz zu Adam Smith.⁴⁸ Als Altlast eines "old Whiggism" hält sich bei Hume, sowohl in seinen *Essays*⁴⁹ als auch in seiner *History of England* (1754-62) weiterhin hartnäckig eine tiefe Abneigung gegenüber Söldnern und stehenden Heeren. Auch Humes perfekte Republik (Commonwealth) sollte von einer Bürgermiliz nach Schweizer Vorbild verteidigt werden, denn: " ... ohne eine Miliz ist es vergebens zu denken, ein freiheitlicher Staat könne je Sicherheit und Stabilität erlangen."⁵⁰

⁴⁶ Vgl. Robertson (1985), Kap. 3.

⁴⁷ Montesquieu (1734), *Considérations ... des Romains et de leur décadence*, IX, S. 79, und *De l'Esprit des lois* (1748), XIII, Kap. 17, S. 433f. Siehe aber XI, Kap. 6, S. 340, wo Montesquieu ein aus dem Abschaum der Nation rekrutiertes Berufsheer (un corps de troupes permanent) zulässt, sofern die Legislative jederzeit das Heer auflösen kann und die Soldaten nicht in Kasernen, sondern unter den Bürgern wohnen.

⁴⁸ Vgl. Robertson (1983), S. 151-177.

⁴⁹ Beispielsweise "Of the Protestant Succession" (1752), S. 215f.

⁵⁰ Hume (1752), "Idea of a Perfect Commonwealth", S. 230: " ... without a militia, it is vain to think that any free government will ever have security or stability." Vgl. auch S. 226 und S. 232.

8.2 Adam Ferguson: *Reflections*

The subdivision of arts and professions, in certain examples, tends to improve the practice of them, and to promote their end. By having separated the arts of the clothier and the tanner, we are the better supplied with shoes and with cloth. But to separate the arts which form the citizen and the statesman, the arts of policy and war, is an attempt to dismember the human character, and to destroy those very arts we mean to improve.

ADAM FERGUSON, *An Essay*

David Hume setzte sich mit der Milizfrage vorwiegend *intellektuell* und im Rahmen seiner Untersuchungen über den historischen Fortschritt von Gesellschaften auseinander. In den 1750er Jahren erlangte sie eine stärkere *kulturelle* und *politische* Signifikanz. Verantwortlich dafür war eine Gruppe ehemaliger Geistlicher: die *Moderate Literati of Edinburgh*. Dieser Gruppe gehörten neben Adam Ferguson unter anderem auch Alexander Carlyle und William Robertson an.¹ Nebst persönlichen Freundschaften von jungen Jahren an, wurden die *Moderate Literati* durch gemeinsame religiöse, politische und kulturelle Wertvorstellungen zusammengehalten. Am Ende der 1750er Jahre nahm die Milizidee und die Verehrung kriegerischer Tugenden einen zentralen Stellenwert im politisch-kulturellen Programm der Gruppe ein. Massgeblich beeinflusst wurde sie diesbezüglich durch Andrew Fletcher. Dessen *Political Works* waren 1749 in Glasgow neu herausgegeben worden. Fletchers Neffe, Lord Milton, war der Gruppe freundschaftlich und als Patron verbunden.²

Allen *Moderate Literati* gemeinsam war erstens, dass ihnen während ihrer universitären Ausbildung in den 1740er Jahren eine Prägung durch die didaktische Tradition einer religiösen Moralphilosophie widerfuhr, welche vor allem von Francis Hutcheson geformt worden war. Dies führte dazu, dass die Gruppe die Wehrordnungsfrage vor allem unter dem Blickwinkel kultureller und moralischer Werte und weniger als institutionellen Aspekt anging. Zweitens war allen Mitgliedern der Gruppe mehr oder weniger direkt der Jakobitenaufstand von 1745 im Gedächtnis. Dieser hatte schonungslos die militärische Verwundbarkeit Grossbritanniens im Allgemeinen und der Lowlands im Speziellen aufgezeigt. Auch David Hume bewog die Erfahrung des Aufstandes dazu, sich ab 1745 mit historischen und konkreten politischen Fragen zu befassen.³

¹ Der Begriff stammt von Sher (1985).

² *Ibid.*, S. 216.

³ Robertson (1985), S. 74ff.

Als zu Beginn der 1750er Jahre eine eigentliche britische Wehrverfassungsdebatte entbrannte, gewann die Frage einer schottischen Miliz aus der Sicht der gebildeten Lowlanders eine wichtige symbolische Bedeutung: Die Miliz war in ihren Augen sichtbarer Ausdruck schottischer Loyalität gegenüber der politischen Union mit England. Ursache der Debatte waren die sich ab 1754 zu einem Kolonialkrieg ausweitenden Spannungen zwischen Grossbritannien und Frankreich. Im Siebenjährigen Krieg von 1756-63 standen sich in einer weltweiten, in Europa, Westafrika, Indien, Nordamerika und Westindien geführten Konfrontation vor allem Grossbritannien und Preussen auf der einen Seite und Frankreich, Österreich und Russland auf der anderen Seite gegenüber. Französische Anfangserfolge beschworen die Gefahr einer Invasion herauf, führten 1757 zum Sturz der Whig-Regierung und brachten William Pitt (den Älteren) als (Premier-)Minister an die Macht.⁴ Pitt hatte schon vorher die zunehmende Irrelevanz traditioneller Politikmuster ausgenutzt und sich geschickt als Patriot und Volksvertreter in Szene zu setzen vermocht. Seine vaterländische und kriegsorientierte Agitation führte im Jahre 1757 zu einem neuen, angesichts des Misstrauens gegenüber den schottischen Jakobiten vorläufig nur englischen Militia Act.

Auch aus *militärischer* Sicht schien in dieser Zeit der Milizsoldat gegenüber dem Professionellen wieder an Relevanz zu gewinnen: Wie bei der Bezwingung der Highlander-Miliz 1745 kämpften die britischen Regulären zu Beginn des amerikanischen Kolonialkrieges nicht eben glücklich. Auch auf dem Kontinent kamen zunehmend Zweifel auf an der Taktik des rigid-mechanischen Drills regulärer Einheiten. Die Tendenz ging hin zu "leichten Truppen", ja gar zur Guerilla-Kriegführung. Die Effektivität dieser Kampfweise vermochten als erste die ungarischen Husaren und kroatischen Panduren im Kampf gegen die Türken aufzuzeigen.⁵

In Grossbritannien unterschied sich die Debatte der 1750er Jahre in einem Punkt wesentlich von der Auseinandersetzung der Jahre 1697-99: Es wurde nun nicht mehr für eine *völlige* Abschaffung des stehenden Heeres argumentiert. Die Milizverbände sollten die Armee nicht komplett *ersetzen*, sondern lediglich *ergänzen*, respektive ein militärpolitisches Gegengewicht bilden. Während die Aufgabe der Armee vor allem in der Sicherung imperialer Interessen in den Kolonien gesehen wurde, sollte die Miliz die britischen Inseln verteidigen.⁶ So erstaunt es nicht, dass auch in der Debatte der

⁴ Zur strategischen Isolation Grossbritanniens ab 1739 siehe Western (1965), S. 104.

⁵ *Ibid.*, S. 105. Allerdings entstand diese militärische Bedeutung des Begriffs "Guerilla" erst im spanischen Befreiungskrieg gegen die französische Besetzung unter Napoleon Bonaparte.

⁶ So schrieb beispielsweise Alexander Carlyle (1760), *The Questions Relating to a Scots Militia Considered*, S. 17: "By arguing for a militia as the firmest internal defence, it is not my design to invalidate the reasons for a standing army."

1750er Jahre die Milizidee nicht in Verbindung mit einer existentiellen Sicht des Krieges auftrat. Kein imperiales, sondern eine defensives Verständnis militärischer Tugend war vorherrschend.

In Edinburgh etablierte sich 1754 auf Initiative von Allan Ramsay, David Hume und Adam Smith die wohl berühmteste Institution des aufgeklärten Schottlands: die *Select Society*. Die Society bildete fortan das Forum, in welchem unter anderem die *Moderate Literati* zur Frage der nationalen Verteidigung und Wehrverfassung Stellung nahmen. Der ehemalige Regimentskaplan Adam Ferguson (1723-1816) stammte aus den Highlands. Wahrscheinlich inspiriert durch die Diskussionen in der *Select Society* veröffentlichte er im Jahre 1756 anonym und als Beitrag zur englischen Debatte seine *Reflections Previous to the Establishment of a Militia*.

Fergusons *Reflections* können als implizite Widerlegung von Humes These gelesen werden, dass Handel und Luxus letztlich sowohl den zivilen als auch den militärischen Werten des Menschen zugute kommen. Ferguson setzt allerdings nicht einfach Kommerz mit Korruption gleich wie viele Vertreter der bürgerlich-humanistischen Tradition vor ihm. Diese simple, klassische Gleichsetzung findet sich im Zusammenhang mit der englischen Milizdebatte jener Jahre nur noch vereinzelt; so beispielsweise im Werk des moralisierenden Historikers Edward Wortley Montagu (1713-76).⁷ Montagu vertritt in seinen *Reflections on the Rise and Fall of the Antient Republicks. Adapted to the Present State of Great Britain* (1759) die Ansicht, Grossbritannien befinde sich infolge der Ausbreitung von Handel (commerce) und Luxus (luxury) in demselben korrupten Zustand wie Rom und Karthago in ihrem verweichlichten Niedergang.⁸ Eine Nation von unbewaffneten und undisziplinierten Händlern – wie Karthago respektive das moderne Grossbritannien – kann es seiner Ansicht nach niemals mit einer Nation von Soldaten – wie Rom respektive das moderne Frankreich – aufnehmen. Darum bedürfe es der Neubelebung des martialen Geistes in der britischen Nation, was nur in einer extensiven Eigentümermiliz gelingen könne.⁹

Fergusons Position ist demgegenüber moderater, aber auch weit komplexer. Bei gleichzeitiger Betrachtung seines Hauptwerkes, dem *Essay on the History of Civil Society* (1767), ist eine Vorstellung zentral für sein Denken: Ferguson geht von einer klassisch-aristotelischen Trennung zwischen politischer und ökonomischer Sphäre aus.

⁷ Vgl. Robbins (1959), S. 293f.

⁸ Montagu (1759), *Reflections on the Rise and Fall of the Antient Republicks*, S. 373.

⁹ *Ibid.*, S. 380: "I speak to the nobility and gentry, the traders and yeomanry of this kingdom, to all those who are possess'd of property, and have something to lose, and from the interest of their respective shares, are equally concern'd in the preservation of the whole."

Diese für die bürgerlich-humanistische Tradition typische Trennung¹⁰ verbindet Ferguson mit einer evolutiven, am Ende aber durchaus offenen Sozialgeschichte von einer "rude society" zu einer "civilized society".¹¹ Ferguson bricht damit wie Hume mit dem rigid-zyklischen Geschichtsbild der klassisch-republikanischen Tradition. Dieses Geschichtsbild hatten die Autoren von *An Argument* im Jahre 1697 treffend festgehalten: "... what hapened yesterday, will come to pass again; and the same Causes will produce like Effects in all Ages."¹² Für Ferguson ist die menschliche Persönlichkeit *im Allgemeinen* nicht historisch fixiert. Sie wandelt sich mit der Kulturstufe. Das heisst, auch der Handel vermag sie zu einem gewissen Grade zu konstituieren – unter Umständen sogar positiv. Bei Adam Smith führt dieser Gedanke so weit, dass in der gesellschaftlichen Evolution der Kommerz zum notwendigen Attribut der Ausprägung bürgerlicher Eigenschaften wird.¹³ In ihrem *politischen Kern* ist für Ferguson die menschliche Persönlichkeit aber noch immer klassisch-aristotelisch und anti-kommerziell veranlagt. In der öffentlichen Sphäre des Krieges und der Politik ist der Bürger für Ferguson kein *homo faber et mercator*, sondern ein *zoon politikon*: "Men is, by nature, the member of a community".¹⁴

Rohe und barbarische Gesellschaften – als solche sieht Ferguson auch die Gemeinwesen der Antike – hätten sich in einem ständigen Kriegszustand mit ihren Nachbarn befunden. Dies habe wie in Sparta zu Gehorsam, Tapferkeit, Eifer für das öffentliche Wohl und zu interner Solidarität geführt. In einer Passage, welche stark an Machiavelli erinnert, schreibt Ferguson: "Es ist bemerkenswert, dass sie [die Spartaner] es vorzogen, allein durch ihre Tugenden zu erlangen, was andere Nationen genötigt sind, mit ihren Schätzen zu kaufen."¹⁵ Machiavellis Ansicht folgend führte auch für Ferguson die dauernde Kriegführung der antiken Republiken zur positiven Mobilisierung bürgerlicher Tugenden. So schreibt er, der Wettstreit der Völker habe sich aus ihrer Teilung ergeben. Athen sei für die Ausübung der Tugend ebenso notwendig für Sparta gewesen wie der Stahl für den Flintstein zur Erzeugung des Feuers. Die Ursache, weshalb der Krieg positive Auswirkungen zeitigte, sei ein auf Gleichheit beruhendes internationales System gewesen:

¹⁰ Siehe Kap. 2.3.

¹¹ Vgl. Robertson (1985), 200-209, und Pocock (1975), S. 499-502.

¹² Trenchard/Moyle (1697), *An Argument*, S. 5.

¹³ Vgl. Pocock (1975), S. 502.

¹⁴ Ferguson (1767), *An Essay on the History of Civil Society*, S. 57. Anders als Robertson und Pocock sieht Hamowy (1986), S. 83ff., in Fergusons Denken keinen grundsätzlichen Antagonismus zwischen politisch-militärischer Bürgertugend und kommerzieller Gesellschaft: Ferguson habe, gerade dem amerikanischen Leser, eine starke Verteidigung kommerziellen Fortschritts präsentiert.

¹⁵ Ferguson (1767), *An Essay*, S. 147.

The emulation of nations proceeds from their division. A cluster of states, like a company of men, find the exercise of their reason, and the test of their virtues, in the affairs they transact, upon a foot of equality, and of separate interest.¹⁶

Ein solches gleichgewichtiges System unabhängiger Republiken – Ferguson verwendet ausdrücklich den Begriff "balance of power" – wirkte so lange einheitsstiftend, als kein Akteur, wie historisch das imperiale Rom, zu mächtig wurde.¹⁷ Dann fehlte das Element der Gleichheit, und die nationale Grösse Roms ruinierte die Tugend seiner Bürger.¹⁸ Fergusons Bewunderung gilt dementsprechend eher Sparta aufgrund seiner politischen Kohäsion und nicht Rom aufgrund seiner Eroberungsfähigkeit. Das imperiale Ausgreifen war nach Ferguson vor allem verantwortlich dafür, dass die römische Republik korrumpierte und vom imperialen Despotismus abgelöst wurde. In Sparta sieht er die Trennung zwischen politischer und ökonomischer Sphäre geradezu modellhaft vollzogen.¹⁹

Für Ferguson führte in der Moderne die fortschreitende Arbeitsteilung in der ökonomischen Sphäre zu *materiellem Fortschritt*. Anders als die "real Whigs" der 1690er Jahre begrüsst er, dass die Handelsgewinne des Bürgertums der gotischen Gesellschaft den Garaus gemacht haben.²⁰ Die Arbeitsteilung beinhaltet allerdings beträchtliche *moralische Kosten* in der von Ferguson höher eingeschätzten öffentlichen Sphäre. Vor allem durch die Aussonderung einer separaten Kriegerklasse widerfuhr den entwickelten Nationen (polished nations) ein Verlust ihrer nationalen und militärischen Gesinnung: "The discipline of armies was perhaps improved; but the vigour of nations was gone to decay."²¹ Die Eigentümer legten ihr Schwert beiseite und bezahlten nun ihre Stellvertreter. In den Armeen lösten Disziplin, Drill und die Angst vor Bestrafung die Liebe zum Gemeinwohl als Motivationsmittel ab.²²

Bevor allerdings genauer auf die moralischen Kosten innerhalb der öffentlichen Sphäre des Krieges und der Politik eingegangen werden kann, gilt es, kurz zu präzisieren, dass die Arbeitsteilung für Ferguson selbst *innerhalb* der ökonomischen Sphäre

¹⁶ *Ibid.*, S. 59 und S. 229.

¹⁷ *Ibid.*, S. 133.

¹⁸ *Ibid.*, S. 59.

¹⁹ Zur Bedeutung Spartas bei Ferguson siehe Robertson (1985), S. 204-207.

²⁰ Ferguson (1767), *An Essay*, S. 180ff.

²¹ *Ibid.*, S. 230.

²² *Ibid.*, S. 150f.: "In the progress of arts and of policy, the members of every state are divided into classes; and in the commencement of this distribution, there is no distinction more serious than that of the warrior and the pacific inhabitant; ... They who have the greatest share in the division of fortune, and the greatest interest in defending their country, having resigned the sword, must pay for what they have ceased to perform; ... A discipline is, invented to inure the soldier to perform, from habit, and from the fear of punishment, those hazardous duties, which the love of the public, or a national spirit, no longer inspire."

nicht nur positive Auswirkungen zeitigt. Zwar profitieren seiner Meinung nach die geistig verhältnismässig anspruchsvolleren Berufe (liberal employments) wie die Gewerbetreibenden, Handwerker und Kaufleute. Diese mittleren Schichten könnten in eine höhere Klasse (superior class) aufsteigen und demjenigen Zustand am nächsten kommen, in welchem keine spezifische Bindung an eine Aufgabe mehr bestehe, ausser an diejenige der Politik und des Krieges.²³ In einer Zeit allgemeiner Korruption verfügt für Ferguson der Händler über jede Tugend, ausser der Kraft, seine Besitztümer zu verteidigen.²⁴ In den untersten Schichten, der "labouring class", welche eintönigen, mechanischen Beschäftigungen nachgeht, führt die Arbeitsteilung allerdings in Fergusons Augen zu einer Verengung des geistigen Horizontes. In Vorwegnahme einer später auch von Adam Smith und Karl Marx vertretenen Position führt die Arbeitsteilung zu einer intellektuellen und gefühlsmässigen Entfremdung, ja Verkümmern: Viele mechanische Tätigkeiten (mechanical arts) würden keinerlei geistiger Befähigung bedürfen. Sie würden am besten bei völliger Unterdrückung von Gefühl und Vernunft gedeihen. An einer prägnanten Stelle schreibt Ferguson, die Unwissenheit sei ebenso die Mutter des Gewerbefleisses wie des Aberglaubens.²⁵ Darum würden die Gewerbe (manufactures) am besten dort gedeihen, wo der Geist am wenigsten zu Rate gezogen werde. In modernen Gesellschaften seien die tiefsten Klassen (lowest orders) zwar keine Sklaven mehr wie in der Antike. Ihr kriecherischer und eigensüchtiger Geist sei allerdings weit stärker entwürdigt als derjenige des ursprünglichen Wilden.²⁶ Wegen dieser geistigen Verarmung kann für Ferguson ein entwickelter, arbeitsteiliger Handelsstaat auch nicht auf direktdemokratischer Grundlage errichtet werden.²⁷

Im Mittelpunkt von Fergusons Überlegungen steht allerdings nicht die ökonomische Sphäre *als solche* und schon gar nicht das Schicksal der untersten Schichten. Deren Entwürdigung ist für ihn zwar bedauerlich, aber gewissermassen als Preis gesellschaftlichen Fortschritts unvermeidlich. Entscheidend sind die sozialen und moralischen Auswirkungen der Arbeitsteilung auf die "higher departments of policy and war". Bei den höheren Klassen ist die Gefahr der Korruption am akutesten. Korruption bedeutet dabei für Ferguson nicht wie für die "real Whigs" der 1690er Jahre eine Abhängigkeit von einem Court und die damit einhergehende Gefährdung des Verfassungsgleichgewichts. Er versteht darunter das Zurückstellen des bürgerlichen Gemeinsinns zugun-

²³ *Ibid.*, S. 185.

²⁴ *Ibid.*, S. 143.

²⁵ *Ibid.*, S. 182.

²⁶ *Ibid.*, S. 186.

²⁷ *Ibid.*, S. 186. Karl Marx vermutete, Adam Smith habe diesen Gedanken von Ferguson übernommen. Forbes (1966), S. xxxi, meint, es sei wohl umgekehrt gewesen.

sten eines von der Wirtschaft übernommenen eigensüchtigen Strebens nach Profit. Hat die Vernachlässigung des Politischen einmal Fuss gefasst, so ist es für Ferguson nicht mehr weit bis zum Despotismus: " ... every citizen is reduced to a slave".²⁸

In den *Reflections* beklagt Ferguson, dass in Grossbritannien der individuelle Wohlstand anstelle der klassisch-militärischen Tugend zum Massstab der öffentlichen Anerkennung und des sozialen Ranges wurde. Dies habe zur Folge gehabt, dass sich die britische Gentry auf eine Stufe mit Händlern gestellt sah und ihren Sinn für das Militärische zunehmend verlor. Für Ferguson ist man im Glauben zu weit gegangen, Handel und Manufakturen seien das einzig Erforderliche im Lande. Im Streben um Wohlstand habe man die Mittel vernachlässigt, diesen zu verteidigen.²⁹

Wie Machiavelli sieht Ferguson weniger im Geld als in tugendhaften Bürgern den Nerv des Krieges: Zahlen, Reichtümer und andere Kriegsressourcen seien zwar bedeutsam. Nationen bestünden allerdings aus Männern. Eine Nation aus degenerierten und erbärmlichen Männern sei schwach, und eine Nation aus tatkräftigen, patriotischen und entschlossenen Männern sei stark. Die Tugend sei ein notwendiger Bestandteil nationaler Stärke.³⁰ In ursprünglichen Zeiten (rude ages) habe der Mensch und nicht das Territorium das definierende Element einer Gemeinschaft, eines Volkes und einer Nation dargestellt. In verfeinerten und merkantilen Staaten sei es gerade umgekehrt: Die Nation sei bloss noch ein Territorium.³¹

Die Arbeitsteilung und die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft hatte für Ferguson durchaus positive Auswirkungen: Durch die Trennung der Tätigkeit des Schneiders und des Schusters habe man heute bessere Kleider und Schuhe. Wie Machiavelli sieht Ferguson in der *arte della guerra* jedoch einen Spezialfall. Zusammen mit der Kunst der Politik, die "art of policy", muss sie eine öffentliche Angelegenheit sein: "Self-defence is the Business of all"³². Während die Politik die Kunst des Staatsmannes sei, bilde der Krieg die Kunst des Bürgers. Die Auftrennung dieser beiden Künste würde den menschlichen Charakter zerreißen und diejenigen Künste zerstören, welche man eigentlich fördern wolle:

²⁸ Ferguson (1767), *An Essay*, S. 272.

²⁹ Ferguson (1756), *Reflections Previous to the Establishment of a Militia*, S. 12: " ... we have already gone too far, in the Opinion that Trade and Manufacture are the only Requisites in our Country. In Pursuit of such an Idea, we labour to acquire Wealth; but neglect the Means of defending it."

³⁰ Ferguson (1767), *An Essay*, S. 225: "Numbers, riches, and the other resources of war, are highly important: but nations consist of men; and a nation of degenerate and cowardly men, is weak; a nation consisting of vigorous, public-spirited, and resolute men, is strong. ... Virtue is a necessary constituent of national strength." Siehe auch S. 61.

³¹ *Ibid.*, S. 228.

³² Ferguson (1756), *Reflections*, S. 12.

The subdivision of arts and professions, in certain examples, tends to improve the practice of them, and to promote their end. By having separated the arts of the clothier and the tanner, we are the better supplied with shoes and with cloth. But to separate the arts which form the citizen and the statesman, the arts of policy and war, is an attempt to dismember the human character, and to destroy those very arts we mean to improve.³³

Die Verteidigung des Gemeinwesens kann, weil sie eine öffentliche Aufgabe ist, im Sinne des dritten Milizmerkmals nur *nebenberuflich* ausgeübt werden. Hier besteht für Ferguson Anlass zur Hoffnung. Ein Grossteil des Volkes sei nach wie vor in Berufen tätig, welche sich für den gelegentlichen Gebrauch von Waffen eignen würden: "the [military] Spirit is not extinct".³⁴ Hinzu kommt, dass die Handhabung moderner Waffen vergleichsweise einfacher geworden sei und ein Anfänger mit Leichtigkeit den Stand eines Veteranen erreichen könne.³⁵

Entscheidend scheint für Ferguson der Umstand zu sein, dass der kommerzielle Geist von Arbeit und Handel sowie der militärische Geist von Politik und Krieg unabhängig voneinander operieren müssen. Nur durch diese Trennung scheint es möglich zu sein, dass beide – Kommerz und Tugend – verträglich nebeneinander existieren können.³⁶ Wie für Hume ist auch für Ferguson individueller Luxus grundsätzlich ein wertneutraler Begriff. Für sich allein betrachtet ist auch für ihn materielle Prosperität durchaus wünschbar.³⁷ Der Einfluss von Luxus wird jedoch dann in seinen Augen negativ, wenn die politischen Kerninhalte des Gemeinwesens von diesem in Mitleidenschaft gezogen werden. Luxus wird dann zu Korruption, wenn seine Gegenstände dem politischen Charakter des Menschen und des Landes vorgezogen werden. Aus diesem Grunde müssen die politische und die ökonomische Sphäre des Staates so in klassisch-aristotelischer Art und Weise voneinander getrennt werden, dass die Natur des Menschen als *homo politicus* erhalten bleibt. Im *Essay* zeichnet Ferguson diese Natur in klassisch-maskulinen Zügen. Anders als Rousseau lehnt er eine vorsoziale menschliche Persönlichkeit ab. Der Mensch ist in Fergusons Einschätzung für die Gesellschaft *geschaffen*; er wird nicht durch sie in seiner Natur *entfremdet*. Weil es keinen präpolitischen Menschen gibt, kann man auch nicht durch einen Hobbes'schen Willensentscheid vertraglich in die Gesellschaft eintreten. Man war schon immer in ihr.³⁸

Zu verhindern, dass das Streben nach materiellem Wohlstand zur Korruption des Gemeinwesens führt, ist in Fergusons Einschätzung ein schwieriges Unterfangen. Hi-

³³ Ferguson (1767), *An Essay*, S. 230.

³⁴ Ferguson (1756), *Reflections*, S. 14.

³⁵ Ferguson (1767), *An Essay*, S. 232.

³⁶ Ferguson (1756), *Reflections*, S. 3: "... to mix the military Spirit with our civil and commercial Policy".

³⁷ Ferguson (1767), *An Essay*, S. 244ff.

³⁸ *Ibid.*, S. 5. Vgl. Oz-Salzberger (1995), S. 111, und Hamowy (1986), S. 68.

storisch sei dies einzig von den Spartanern verstanden und praktiziert worden. In diesem Zusammenhang zitiert er Xenophon mit der Aussage, Sparta sei der einzige Staat gewesen, in welchem die Tugend als Staatszweck angestrebt wurde.³⁹ Das Beispiel Spartas ist jedoch auch für Ferguson nicht direkt auf eine moderne Handelsgesellschaft anwendbar: Man müsse sich damit abfinden, dass die moderne Freiheit (freedom) einen anderen Ursprung habe. Der oberste Staatszweck bestehe heute in der Sicherung der Person und des Eigentums des Individuums.⁴⁰ Dies bedeute allerdings nicht, dass die Bürger ihre Freiheit auch *verdienten* und langfristig würden erhalten können.⁴¹

Freiheit muss in Fergusons Augen verdient werden, um Bestand zu haben. Deshalb ist es für ihn wichtig, die Integrität der Bürgereigenschaft durch Eindämmung der ökonomischen Profitsucht zu erhalten. Andernfalls müssten die Ansprüche auf gleiches Recht und gleiche Freiheit darauf hinauslaufen, jede Klasse gleichermaßen kriecherisch und käuflich (mercenary) zu machen. Die Folge wäre eine Nation von Heloten ohne freie Bürger.⁴² Ferguson ist sich allerdings bewusst, dass in einer grossflächigen, komplexen und kommerziellen Monarchie diese Eindämmung nie vollständig gelingen kann. Alle zivilisierten Staaten (polished nations) sind für ihn – im Vergleich zu den wirtschaftlich primitiven Republiken der Antike – bis zu einem gewissen Grade korrupt.⁴³

Ferguson schwebt nach dem Vorbild Spartas eine bestimmte gesellschaftliche Ordnung vor: Die tiefere Klasse geht dauernd und ausschliesslich der wirtschaftlichen Tätigkeit nach; die höhere Klasse ist frei, ihren politisch-militärischen Geist zu pflegen.⁴⁴ Die mit der Abschottung der öffentlichen Sphäre einhergehende *Klassenteilung* ist allerdings keine *Arbeitsteilung*. Das Prinzip der Arbeitsteilung hat für Ferguson ausschliesslich in der ökonomischen Sphäre seinen Platz. In der Sphäre der Politik und des Krieges wäre die Arbeitsteilung schädlich, weil sie das aktive Streben nach Tugend in den höheren Schichten in Mitleidenschaft ziehen würde. Die Funktion der bürgerlichen Tugend kann zwar nicht mehr wie in der Antike darin bestehen, eine Republik zusammenzuschweissen; doch kann damit wenigstens verhindert werden, dass die moderne britische Monarchie auseinanderbricht.⁴⁵

³⁹ Ferguson (1767), *An Essay*, S. 159.

⁴⁰ *Ibid.*, S. 161. Zu Fergusons widersprüchlichen Vorstellungen von Freiheit siehe Robertson (1985), S. 208f.

⁴¹ Ferguson (1767), *An Essay*, S. 221f.

⁴² *Ibid.*, S. 186.

⁴³ *Ibid.*, S. 250.

⁴⁴ Vgl. Robertson (1985), S. 91. Zu Sparta siehe Ferguson (1767), *An Essay*, S. 158ff.

⁴⁵ Vgl. Sher (1994), S. 398.

Wie bei Fletcher besteht in Fergusons Miliz der oberen Klasse eine klare, konservative Rangordnung zwischen der Truppe aus Freeholdern und den Offizieren aus der Gentry.⁴⁶ Im *Essay* setzt sich die Miliz – Ferguson verwendet dort den Begriff jedoch nie explizit – aus den "higher ranks" und dem "body of the people" zusammen.⁴⁷ Nur diese Schichten sind im Sinne des vierten Milizmerkmals einer allgemeinen Wehrpflicht unterworfen. Die Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht darf jedoch in Fergusons Einschätzung nicht *reiner* Zwang sein: Dies gelte nur in despotischen Staaten und bei Söldnern. Die Soldaten bedürfen einer zusätzlichen Motivation. Als eine solche sieht Ferguson die patriotische Grundeinstellung (personal spirit) des Eigentümers.⁴⁸ Eigentum sollte idealerweise nicht nur ein Interesse an der Erhaltung des Staates schaffen, sondern auch die nötige Macht zu deren Verteidigung freisetzen.⁴⁹ Es darf nicht ausschliesslich dem Genuss dienen. Sonst wird es zur Quelle der Korruption.⁵⁰

Söldner (hired troops) – seien es Ausländer oder Einheimische – hätten Angst, ihr Leben aufs Spiel zu setzen und würden eine innenpolitische Gefahr darstellen. Manchmal seien es gerade diese vermeintlich "eigenen" Truppen, gegen die sich das Volk zur Erhaltung seiner Freiheit wehren müsse.⁵¹ Söldner hätten militärische Macht, ohne ein Interesse am Staat zu haben, während sich in einer Eigentümermiliz Interesse und Macht vereinigen würden.⁵² Aus diesem Grunde dürfe der Milizdienst auch nicht auf die tieferen, arbeitenden Schichten ausgedehnt werden: "It excludes all Cottagers, Day-Labourers and Servants."⁵³ Der römische Konsul Marius beging nach Einschätzung von Ferguson einen kapitalen Fehler, als er seine Legionen aus den ärmeren Schichten zu rekrutieren begann: Diese Legionäre seien für ihren Unterhalt einzig vom militärischen Sold abhängig gewesen. Das solcherart zusammengesetzte Heer habe einzig auf Disziplin basiert und sei von Marius gegen die staatliche Verfassung eingesetzt worden.⁵⁴ Diese These wiederholte Ferguson später auch in seinem vor allem in Amerika bekannten Werk *The History of the Progress and Termination of the Roman Republic* (1783). Darin stellte er die Korruption der römischen Republik und den Übergang zum kaiserlichen Despotismus dar.

⁴⁶ Ferguson (1756), *Reflections*, S. 39.

⁴⁷ Ferguson (1767), *An Essay*, S. 227.

⁴⁸ Ferguson (1756), *Reflections*, S. 41.

⁴⁹ Ferguson (1767), *An Essay*, S. 231.

⁵⁰ *Ibid.*, S. 222.

⁵¹ *Ibid.*, S. 227.

⁵² *Ibid.*, S. 231.

⁵³ Ferguson (1756), *Reflections*, S. 51.

⁵⁴ Ferguson (1767), *An Essay*, S. 231.

Ebenfalls vom Milizdienst ausgenommen sind in den *Reflections* die Vorbestraften. Die Bürger lösen sich in ihrer Dienstleistung ab, wobei es die Möglichkeit gibt, dass ein Freeman für einen anderen oder für seinen Sohn einspringt. Wer der allgemeinen Stellungspflicht der Bürger nicht nachkommt, wird auf Lebenszeit von der Liste der Freien gestrichen. Falls notwendig gilt diese Regelung auch für die Nachkommen.⁵⁵ Der explizite Ausschluss der untersten Schichten durch Ferguson gibt Anlass zur Vermutung, dass er die Mittelklasse als frei ansah. Auch sie hätte sich wohl dem militärischen Training in der Miliz unterziehen müssen.⁵⁶

Fergusons Bürgermiliz ist wie diejenige Andrew Fletchers sowohl eine Schule der Tugend als auch der gesellschaftlichen Unterordnung. Bei genauerer Betrachtung offenbaren sich allerdings deutliche Unterschiede – abgesehen davon, dass Fergusons institutionelle Regelungen weit weniger konkret sind: Fletcher formulierte seine Positionen zur Miliz aus dem Blickwinkel des unabhängigen Landadels heraus. Die Wehrfrage war für ihn sowohl moralischer Natur als auch eine Angelegenheit des *verfassungspolitischen Gleichgewichts*. Er war *für* eine Miliz aus moralischen Gründen, aber auch mindestens ebenso stark *gegen* ein stehendes Heer aus Gründen der konstitutionellen Balance. Bei Ferguson fehlt die Ablehnung eines stehenden Heeres vor einem *konstitutionell-funktionalen* Hintergrund weitgehend. Sie wird durch eine viel stärker *moralisierende* Befürwortung der Miliz ersetzt. Ferguson ist sozusagen weit weniger *gegen* ein stehendes Heer als *für* eine Bürgermiliz. Fletcher hielt in den *Two Discourses* noch wirtschaftlichen Fortschritt und eine straffe bürgerrepublikanische Sozialordnung auf der Grundlage eines Ackergesetzes und mit einer Miliz für möglich. Für Ferguson bedeutet wirtschaftlicher Fortschritt nicht mehr die Entwicklung einer traditionellen Agrargesellschaft, sondern die arbeitsteilige Dynamik einer modernen Handelsnation. Die Korruption ist in seinen Augen nicht eine persönliche Abhängigkeit, sondern das eigensüchtige Profitstreben des Einzelnen. Fergusons Miliz ist wie diejenige Fletchers eine Schule der Tugend; allerdings nicht, weil sie eine unabhängige Freeholderklasse schaffen soll, sondern weil durch sie die Akteure der öffentlichen Sphäre vor den gefährlichen Werten der ökonomischen Sphäre – vor Profit und Eigeninteresse – geschützt werden.⁵⁷ Während Fletcher in seinen Lagern die Bürgersoldaten einer strengen militärischen Zucht unterwirft, geht es in Fergusons Miliz verhältnismässig human zu und her. So lehnt er körperliche Bestrafung, Gefängnis oder finanzielle Bussen als

⁵⁵ Ferguson (1756), *Reflections*, S. 51f.

⁵⁶ Vgl. Robertson (1985), S. 207. Leider äussert sich Ferguson nie über die sozio-ökonomische Basis der Bürgerschaft. Dies erschwert die Beurteilung der praktischen Anwendbarkeit des *Essay*. *Ibid.*, S. 229, Fussnote 27.

⁵⁷ Vgl. Sher (1985), S. 219f.

Disziplinierungsmittel ab: Nicht die Angst oder ein anderes "mercenary Motive [sic.]", sondern positive und negative Sanktionen, basierend auf den Prinzipien der Ehre und der Schande, seien einzusetzen.⁵⁸

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Adam Ferguson ein vergleichsweise moderater Bürgerhumanist ist. Trotzdem lassen sich auch bei ihm die wesentlichen Milizmerkmale der klassisch-republikanischen Tradition feststellen: Ferguson sieht die ideale Miliz im Sinne des ersten, zweiten und dritten Merkmals als eine *staatliche*, aus *einheimischen* Bürgern und auf *nebenberuflicher* Basis rekrutierte Institution. Im Sinne des vierten Milizmerkmals bezieht sich die grundsätzlich *allgemeine Wehrpflicht* nur auf die höhere Klasse der Besitzbürger. Die Funktion der Miliz ist vor allem innenpolitischer Natur. Sie ist: " ... a Force in the Hands of that Part of the Nation, which is the least corrupted, and the most to be trusted with its internal Peace."⁵⁹ Mehr als irgendein anderer Vertreter der schottischen Aufklärung sieht Ferguson die militärische Tapferkeit als notwendige Grundlage bürgerlicher Tugend und staatlicher Freiheit. Anders als für den friedliebenden Hume ist der Krieg für Ferguson ein integraler Bestandteil gesellschaftlichen Fortschritts. Ständige Kriegführung spielte in seinen Augen eine positive Rolle für die Staatenbildung und erhöhte die Kohäsion der antiken Republiken. Der Krieg ist für den rückwärtsgewandten Ferguson – anders als für die zukunftsorientierten Liberalen Hume und Smith – nicht abgrundtief schlecht, destruktiv und unnötig.⁶⁰ Nach Duncan Forbes war Ferguson ein machiavellischer Moralist: Sein Hauptaugenmerk seien die *virtù* von Menschen und Staaten, der patriotische Geist und die moralische Vitalität von Nationen in verschiedenen historischen Etappen gewesen.⁶¹ Für den klassischen Republikaner Ferguson sind die Moral des Staates und die Moral des Bürgers interdependent. Für einen Liberalen kann (darf) es angesichts der Vielzahl und Gegenläufigkeit menschlicher Wünsche und Interessen kein identifizierbares Gemeinwohl und damit keine staatliche Moral geben. Sind politische Ruhe und Mäßigung für Hume begrüssenswert, sind sie für Ferguson ein Symptom von bürgerlicher Gleichgültigkeit und Korruption. Anders als Hume sieht Ferguson die militärisch-politischen Werte durch die moderne Arbeitsteilung in Gefahr. Wo Hume die prosperierende Mittelschicht als Stütze der öffentlichen Freiheit bezeichnet, beurteilt Ferguson deren Fähigkeit zum politischen Handeln skeptisch. Trotz positiver Entwicklung der

⁵⁸ Ferguson (1756), *Reflections*, S. 42f.

⁵⁹ *Ibid.*, S. 19.

⁶⁰ Forbes (1966), S. xviii. Eine amüsante Anekdote zum martialen Ferguson und friedliebenden Hume erwähnt Moore (1977), S. 830.

⁶¹ Forbes (1966), S. xxxviii.

Mittelklasse bleibt er misstrauisch, insofern ihre Werte noch zu engstirnig ökonomisch geprägt sind. Er bezieht sie wohl in seine Miliz ein, jedoch nur bei strenger Unterordnung unter die höhere Klasse. Misstrauisch zeigt sich Ferguson auch gegenüber dem von Hume und Smith vertretenen Legalismus: Eine Rechtsordnung allein vermag in seinen Augen einen Staat nicht zu erhalten. Individuelle Rechte, persönliche Freiheit und sicheres Eigentum sind als Konzepte politischer Ordnung ungenügend, wenn sie nicht durch ein bürgerliches Konzept *aktiv* ausgeübter Tugend begleitet werden. Mit der Rekrutierung von Söldnern (*soldiers of fortune*) traten die römischen Bürger in Fergusons Einschätzung gleichzeitig ihre politischen Rechte ab.⁶² Die rechtliche *libertas* des *bourgeois* ist aus Sicht Fergusons nicht hinreichend, um einen Staatsbürger im griechisch-aristotelischen Sinne des Wortes zu schaffen – das heisst einen *polites*, der zugleich regiert und regiert wird. Freiheit muss *verdient* werden, wenn sie langfristig Bestand haben soll. Hume anerkennt die grundsätzlich egoistische Natur des Menschen und will sie durch geeignete *institutionelle* Vorkehrungen in Richtung Gemeinwohl *umleiten*. Ferguson möchte den Egoismus *eindämmen*, ihn hinter die Schranken der ökonomischen Sphäre weisen. Öffentliches Handeln kann für ihn die modernen Gegebenheiten einer "polished society" zwar nicht von Grund auf umstossen oder verändern, aber unter Umständen deren Entwicklung zum Despotismus aufhalten.⁶³ Durch ein politisches Leben soll die Moral der Bürger gegenüber dem ausschliesslich an Profit und Gewinn orientierten wirtschaftlichen Denken immunisiert werden. Wo Hume und Smith zivilisatorischen Fortschritt vom Blickwinkel der *Ökonomie* her betrachten, beurteilt Ferguson die Nationen primär nach *politischen* Gesichtspunkten. Während sich für die Liberalen Hume und Smith Freiheit und Kommerz im Gleichschritt entwickeln, bleibt für Ferguson die Ökonomie eine freiheitsbedrohende Kraft, indem sie in klassischer Weise dem Ethos des Bürgers entgegensteht. Kein Wunder, dass sich David Hume für den *Essay* seines Freundes Ferguson nicht erwärmen konnte, ja sogar versuchte, dessen Erscheinen zu verhindern!⁶⁴

Fergusons *Reflections* stellten den einzigen Beitrag der *Moderate Literati* zur englischen Debatte von 1756-57 dar. Überhaupt reagierten die Schotten zunächst verhältnismässig passiv auf ihren Ausschluss vom Militia Act von 1757. Angesichts einer drohenden französischen Landung in Schottland erwachte aber das Interesse erneut. In der schottischen Milizkampagne 1759/60 ging es den Befürwortern um die Ausweitung

⁶² Ferguson (1767), *An Essay*, S. 231. Vgl. Oz-Salzberger (1995), S. 121 und S. 127.

⁶³ Vgl. Batscha/Medick (1988), S. 74.

⁶⁴ Zur überwiegend positiven Reaktion auf das Erscheinen des *Essay* siehe Hamowy (1986), S. 64ff.

der englischen Regelung auf Schottland. Alexander Carlyle veröffentlichte zu diesem Zweck *The Question Relating to a Scots Militia Considered* (1760). Darin machte er explizite Anleihen bei Andrew Fletcher sowie implizite bei Adam Ferguson und bei Machiavelli.⁶⁵

Ferguson veröffentlichte 1761 sein zweites Milizpamphlet⁶⁶. Ein Jahr später gründete er den "Poker Club", um das Programm einer schottischen Miliz weiter voranzutreiben. Der Versuch scheiterte allerdings ebenso wie die späteren Kampagnen der Jahre 1776 und 1782. Fruchtbarer als die *real*geschichtlichen Erfolge der Bestrebungen der *Moderate Literati* um eine Bürgermiliz war deren *intellektuelles* Vermächtnis. Den *Literati* war es zu verdanken, dass die Wehrverfassungsfrage im gebildeten Schottland der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts als eine Angelegenheit nationaler und sozialer Werte begriffen wurde. Für den kulturell interessierten, belesenen Schotten war das Vorhandensein oder das Fehlen einer Miliz nicht nur eine militärische Angelegenheit, sondern stand im engen Zusammenhang zur sozio-ökonomischen Entwicklung seines Landes.

⁶⁵ Carlyle (1760), *The Question Relating to a Scots Militia Considered*, S. 12f. und S. 28f. (Fletcher); S. 5 (Ferguson); S. 15 (Machiavelli). Vgl. Robertson (1985), Kap. 4.

⁶⁶ Ferguson (1761), *The History of the Proceedings in the case of Margaret, commonly called Peg, only lawful sister to John Bull Esq.* Peg steht stellvertretend für Schottland, John Bull für England.

8.3 Adam Smith: *The Wealth of Nations*

The art of war, however, as it is certainly the noblest of all arts, so in the progress of improvement it necessarily becomes one of the most complicated among them ... it is necessary that it should become the sole or principal occupation of a particular class of citizens, and the division of labour is as necessary for the improvement of this, as of every other art.

ADAM SMITH

Die Bedeutung der Arbeitsteilung als *dem* entscheidenden Faktor innerhalb des Modernisierungsprozesses einer Nation wurde neben Adam Ferguson auch von einem anderen, heute weit bekannteren schottischen Aufklärer erkannt. Adam Smith (1723-1790) wurde in demselben Jahr geboren wie Adam Ferguson. Und doch scheinen seine Einsichten einer ganz anderen Epoche zu entstammen als diejenigen seines Zeitgenossen und Freundes. Beide verspürten ähnliche Ambivalenzen, mit denen schon Montesquieu zu kämpfen hatte, und die generell für das politische Denken der schottischen Aufklärung charakterisierend sind: die Spannung zwischen den modernen Ideen des Wohlstandes, des Handels und dem legalozentrisch-individualistischen Konzept von Freiheit auf der einen Seite und den Vorstellungen klassischer, martialer und politischer Bürgertugend auf der anderen Seite.¹ Liegt Fergusons Augenmerk vor allem auf den Gefahren der arbeitsteiligen Gesellschaft und deren Wachstum, beschreibt Adam Smith in den ersten Kapiteln seines Hauptwerks *Inquiry into the Nature and the Causes of the Wealth of Nations* (1776) vor allem deren positive Aspekte. Während Smith bereit ist, Nationen und Individuen primär von einem ökonomischen Blickwinkel aus zu betrachten, verschmäht Ferguson diesen "modernen" Ansatz und beharrt auf der Priorität der politisch-militärischen Sphäre und von bürgerhumanistischen Moralvorstellungen.²

Smiths *Wealth of Nations* entstand zwar nicht in unmittelbarer Reaktion auf die vorangegangenen schottischen Miliz-Agitationen. Wie stark die Logik des Buches allerdings den Ansichten der Milizbefürworter in den Reihen der *Moderate Literati* entgegenstand, lässt sich anhand der heftigen Reaktionen ersehen, welche Smiths Ansichten dort auslösten. Smith hatte selber im Jahre 1760 die Bestrebungen um eine schottische Miliz unterstützt. Er war auch vielen Mitgliedern des "Poker Clubs" freundschaftlich

¹ Sher (1994), S. 371-383 weist in diesem Sinne bereits in Montesquieus *Lettres persanes* (1721) einen "Trogodyte Trade-off" nach.

² Vgl. Sher (1989), S. 240-268.

verbunden. Vor diesem Hintergrund kam für viele die Art und Weise, wie er in *Wealth of Nations* die Milizfrage anging, vollkommen unerwartet. Vom zeitgenössischen Leser konnte Smiths Behandlung dieses Aspektes in *Wealth of Nations* durchaus als eine mehr oder weniger direkte Replik auf Fergusons Argumentation im *Essay* verstanden werden – und sie wurde es auch.

Das erste Kapitel des fünften Buches, das von Finanzen des Staates handelt, enthält im ersten Teil Smiths Ansichten über die Ausgaben und die Form der Landesverteidigung. Dieser Abschnitt lässt sich grundsätzlich in zwei Unterabschnitte aufteilen.

Im ersten Unterabschnitt formuliert Smith eine vierstufige Entwicklungstheorie der Gesellschaftsordnung und der Wehrform. Ausgehend von den Jäger- und Hirtenvölkern, bei denen jeder Mann ein Krieger ist, hat nach Smith der Ackerbauer (husbandman) bereits arbeitsteilig die bäuerliche Tätigkeit und den Wehrdienst zeitlich abstimmen müssen. Darin sieht Smith einen der Gründe dafür, dass Kriege früher im Sommer stattfanden, in der Zeit zwischen Aussaat und Ernte. Bereits in einer Gesellschaft, welche nur aus Ackerbauern besteht, ziehen allerdings nicht mehr alle in den Krieg, sondern nur noch die Männer im wehrfähigen Alter. In einer höher entwickelten, kommerziellen Gesellschaft (commercial society) ist diese persönliche zeitliche Arbeitsteilung überhaupt nicht mehr durchführbar, weil der Fortschritt (progress of manufactures) zu einer Zunahme der Handwerker und Gewerbetreibenden geführt hat. Während dem Bauern durch den Militärdienst kein Einkommensverlust entsteht, weil in dieser Zeit der Boden sowieso ruhen muss, ist der Handwerker ganz auf die eigene Arbeit angewiesen. Deshalb muss er von der öffentlichen Hand bezahlt werden.³

Neben diesem *ökonomischen* nennt Smith noch einen weiteren, *technologischen* Einfluss: die zunehmende Komplexität der Kriegstechnik (art of war). Sie hat zur Folge, dass das Kriegshandwerk zur einzigen oder hauptsächlichen Beschäftigung einer bestimmten Klasse von Bürgern wird. Die Arbeitsteilung ist hier ebenso erforderlich wie in jeder anderen Tätigkeit, wenn man sie verbessern möchte.⁴

Anders als für die klassischen Republikaner ist für Smith ein Staat nicht mächtig, weil er die *tugendhaftesten Bürger* hat, sondern weil er über eine grosse *ökonomische Leistungsfähigkeit* verfügt. In einem modernen Krieg bedeuten die hohen Kosten der Feuerwaffen und der Artillerie unbestreitbar einen Vorteil für jene Nation, die diese

³ Smith (1776), *Wealth of Nations*, V.i.a.1-9.

⁴ *Ibid.*, V.i.a.14: "The art of war, however, as it is certainly the noblest of all arts, so in the progress of improvement it necessarily becomes one of the most complicated among them ... it is necessary that it should become the sole or principal occupation of a particular class of citizens, and the division of labour is as necessary for the improvement of this, as of every other art."

Ausgaben am besten aufbringt. Deshalb ist für Smith eine reiche, zivilisierte Nation einem armen, wenig entwickelten Land stets überlegen. Moderne Kriege werden in seiner Einschätzung immer weniger von einer einzigen Schlacht, sondern mehr von einer Vielzahl von Feldzügen entschieden.⁵

Zusammen führen der sozio-ökonomische und der technologisch-militärische Einfluss dazu, dass mit zunehmender Zivilisationsstufe die Anzahl derjenigen, welche am Krieg teilnehmen können, immer kleiner wird.⁶ In Smiths Analyse entstehen in einer zivilisierten Gesellschaft zwei gegenläufige Tendenzen: Auf der einen Seite führt die Arbeitsteilung zu allgemeiner Wohlstandserhöhung. Auf der anderen Seite schränkt diese Entwicklung immer stärker die Möglichkeit ein, diesen Wohlstand auf *nebenberuflicher* Basis zu verteidigen. Auch Ferguson diagnostiziert grundsätzlich positive Auswirkungen der Arbeitsteilung – allerdings nur innerhalb der ökonomischen Sphäre und nicht bei den "labouring poor". Der entscheidende Unterschied zwischen Ferguson und Smith zeigt sich in der unterschiedlichen Wahrnehmung der Folgen der Spezialisierung in der öffentlichen Sphäre des Krieges und der Politik: Während für Smith die Arbeitsteilung im Grunde das militärische Milizprinzip *obsolet* macht, vergrößert sie für Ferguson dessen politische und moralische *Notwendigkeit*. Für Smith ist ein professionelles Heer ein natürliches Attribut der "commercial society". Aber begrüsst er diese Entwicklung auch?

Im zweiten Unterabschnitt nimmt Smith detaillierter Stellung zur Frage "Miliz oder stehendes Heer". Es ist erstaunlich, dass er ungeachtet der starken historischen Vorbelastung den Begriff "Standing Army" verwendet. Eine Miliz wird nach Smith dadurch gekennzeichnet, dass alle oder ein Teil der wehrfähigen Bürger, ohne Rücksicht auf Interesse, Anlagen und Neigungen zu Wehrübungen gezwungen werden. Für den klassischen Republikaner Ferguson ist der Milizdienst Ausdruck patriotischer *Tugend*, für den Liberalen Smith Ausfluss brutalen staatlichen *Zwangs*. In Smiths Einschätzung unterscheiden sich beide Wehrformen grundlegend: In der Miliz sei der Einzelne primär Arbeiter, Handwerker oder Händler und dann erst Soldat; in einem stehenden Heer sei jeder in allererster Linie Soldat.⁷ Wie die früheren Court-Whigs Somers und Defoe behauptet Smith, dass ein gut geführtes stehendes Heer jeder Miliz, wie auch immer ausgebildet, überlegen sei. So habe Philipp von Makedonien mit seinem stehenden Heer die Milizen der griechischen Stadtrepubliken und die Miliz der Perser geschlagen. Erst nachdem die römische Miliz zu einem stehenden Heer wurde, habe Karthago von Rom besiegt werden können. Die Römer seien, solange ihr stehendes Heer intakt

⁵ *Ibid.*, V.i.a.10, 43, 44.

⁶ *Ibid.*, V.i.a.15.

⁷ *Ibid.*, V.i.a.19.

war, Germanen und Skythen überlegen gewesen. Nachdem die Legionen in Städten einquartiert wurden und die Soldaten begonnen hätten, selbst Handel, Gewerbe oder ein Handwerk zu betreiben, sei das Zivilleben immer mehr in den Vordergrund gerückt. Das Heer sei zu einer undisziplinierten Miliz degeneriert und von den Barbaren überwunden worden.⁸ Auch wenn eine Miliz stets einem stehenden Heer unterlegen sei, könne sie sich bei ständiger Kriegführung zu einem solchen entwickeln. Mit Weitblick sieht Smith diese Entwicklung in der amerikanischen Kolonistenmiliz voraus. Diese hatte 1775 begonnen, die britischen Regulären zu bekämpfen.⁹

Mit Smith ist man an einem Punkt angelangt, wo die Nichtteilnahme eines jeden Bürgers am Krieg als ein Zeichen des *Kulturfortschritts* und nicht als ein Symptom moralischer *Korruption* gesehen wird. Ein entwickelter Staat kann im Grunde gar nicht anders verteidigt werden, weil die Miliz einer zivilisierten Nation immer derjenigen einer barbarischen unterlegen sein muss – wie Smith am Beispiel des römischen Reiches zeigt. Ebenso kann allein durch die Einführung eines stehenden Heeres ein barbarisches Land zivilisiert, stabilisiert und befriedet werden; dies zeigen die Reformen Peters des Grossen.

Für Smith ist ein professionelles Heer nicht nur eine wesentliche Stütze staatlicher Autorität, es wird im Allgemeinen auch nicht der staatlichen Freiheit gefährlich. So schreibt er, Republikaner hätten in einem stehenden Heer eine Gefahr für die Freiheit gesehen. Dies treffe sicherlich zu, wenn Feldherren und hohe Offiziere an der Erhaltung der bestehenden Staatsform nicht ernsthaft interessiert seien. Führe jedoch der Herrscher selbst das Oberkommando über das Heer und stellten Hoch- und Landadel die höchsten Offiziere, so könne eine solche Armee niemals die Freiheit bedrohen. Im Gegenteil: " ... it may in some cases be favourable to liberty."¹⁰ In dieser Court-Perspektive, wie wir bereits in Ansätzen bei Defoe gefunden haben, ist das Militär kein Instrument zur Unterdrückung des Volkes. Es verhält sich gerade umgekehrt; durch das stehende Heer wird erst die stabile Ordnung geschaffen, auf der aufbauend der Monarch grosszügig persönliche Freiheiten gewähren kann: "That degree of liberty which approaches to licentiousness can be tolerated only in countries where the sovereign is censured by a well-regulated standing army."¹¹

⁸ *Ibid.*, V.i.a.28-36.

⁹ *Ibid.*, V.i.a.27.

¹⁰ *Ibid.*, V.i.a.41.

¹¹ *Ibid.*, V.i.a.41.

Smiths Argument läuft in logischer Weiterführung darauf hinaus, dass die *negative* Freiheit des Bürgers erst innerhalb eines Rechtsstaates garantiert werden kann, welcher durch ein professionelles Heer verteidigt wird. In dieser *rechtlichen* Perspektive stellt die Gesellschaft und nicht die politische Gemeinschaft das eigentliche universale Element dar. Der Besitz von Rechten tritt an die Stelle des Strebens nach Tugend als Grundbedingung menschlichen Zusammenlebens. Die Sicherung der Freiheit gegen ein stehendes Heer wird in letzter Konsequenz zu einem Problem *parlamentarischer Kontrolle*, der Unterordnung der militärischen unter die zivile Macht. Sie ist keine Frage der *moralischen Wertigkeit* der Bürger mehr. Ein solches Verständnis von Freiheit ist im Grunde unvereinbar mit der bürgerrepublikanischen Vorstellung eines *vivere civile e popolare* durch den Wehrdienst in der Bürgermiliz, wie sie Adam Ferguson vorschwebte.

Der konzeptionelle Graben zwischen negativer und bürgerrepublikanischer Freiheitsvorstellung hatte schon Thomas Hobbes in einer zentralen Stelle des *Leviathan* erkannt. Hobbes kritisiert die Stadt Lucca, weil sie sich das Wort "LIBERTAS" an ihre Türme geschrieben habe, obwohl dort der Mensch als Individuum in seiner Freiheit und seiner Immunität *gegenüber* der Republik nicht besser dastehe als ein Untertane Konstantinopels.¹² Gerade in der Milizfrage musste die Inkompatibilität allerdings nicht auch notwendigerweise zum Ausbruch eines Konfliktes führen. Solange die rechtliche Position als ein *privates Recht, Waffen zu tragen* verstanden wurde, war diese Haltung durchaus mit dem Dienst in der Bürgermiliz als Ausdruck *öffentlicher Tugend* zu vereinbaren. Die Inkompatibilität musste erst dann offenbar werden, als die private Freiheit als ein *Recht, Waffen nicht tragen zu müssen*, konzipiert wurde.¹³

Deutlicher als Smith und Hume legte Daniel Defoe den Konflikt zwischen *militia* und *libertas* offen. Damit deckte er die von Hobbes *allgemein* aufgezeigte Inkompatibilität von bürgerrepublikanisch-positiver und liberal-negativer Freiheit *angewandt auf den Dienst in der Miliz* auf.¹⁴ In diesem Aspekt blieben somit Smith und Hume hinter Defoe zurück. Erst einige Jahre nach Erscheinen von *Wealth of Nations* brachte der anonyme Autor von *Reasons Against a Militia* (1783) den Konflikt erneut auf den Punkt. Dieser fragte sich, ob es etwas Absurderes geben könne, als dass im Namen einer freiheitlichen Verfassung ein Mann gezwungen werde, seine Arbeit, seine Familie und sein Haus zu verlassen, um eben diese Freiheit zu verteidigen. Zuerst vernichte man die wichtigsten Inhalte der Freiheit, und dann sage man einem, man verteidige sie.

¹² Ausführlich Kap. 2.2. Hobbes (1651), *Leviathan*, Kap. 21, S.149. Zur Entwicklung des negativen Freiheitsbegriffs von Hobbes zu Locke siehe Goldsmith (1994), S. 197-200.

¹³ Robertson (1985), S. 12f.,

¹⁴ *Ibid.*, S. 225.

Nach Meinung des Autors kann sich darum kein Land freiheitlich nennen, welches einen Unwilligen dazu zwingt, Waffen zu tragen:

... can any thing be conceived, more completely absurd, than this, that, in consequence of a scheme, the very life and soul of which are said to be a regard for liberty and the constitution, a man shall be forced from his business, his family and fireside, to enable him to defend his freedom. You begin by annihilating it in its most essential forms, and then tell us that you are protecting it.

I lay it down as a principle, that no country can, with propriety, be called free, in which a man, however unwilling, is compelled to carry arms.¹⁵

In anderen wesentlichen Punkten untergräbt Smith allerdings die Prämissen des klassisch-republikanischen Milizkonzeptes viel umfassender als Defoe: Mit seiner systematischen Analyse des Verhältnisses zwischen staatlicher Ordnung und kommerzieller Gesellschaft aus dem Blickwinkel der *politischen Ökonomie* gibt er stillschweigend die klassische Trennung zwischen ökonomischer und öffentlicher Sphäre auf.

Während man den Court-Whig Defoe noch nicht als marktliberalen *Besitzindividualisten* im Sinne C.B. Macphersons bezeichnen kann, wird für Smith im Verlaufe der gesellschaftlichen Entwicklung jedermann notwendigerweise und in einem gewissen Umfang zum Händler.¹⁶ Weil der Mensch eine natürliche Veranlagung zum Tauschhandel hat, ist im Grunde die Marktgesellschaft natürlich und nicht die politische Gemeinschaft. An die Stelle der Unabhängigkeit des *homo politicus* tritt bei Smith die Interdependenz des *homo faber et mercator*. Das Vorzeichen dieser linear und in vier Stufen ablaufenden historischen Entwicklung ist positiv: Die Marktgesellschaft ist ein Zeichen kulturellen Fortschritts und nicht einer moralischen Korruption. Das Gemeinwohl resultiert nicht durch die bewusste Fixierung irgendeines *telos*, sondern durch den ungesteuert ablaufenden Marktprozess der "invisible hand". Moralität wird in dieser Sichtweise von einer öffentlichen Vorgabe zu einem freiwilligen und privaten Wahlentscheid. Sie resultiert aus der gesellschaftlichen Interaktion und ist nicht Ausdruck einer politisch motivierten Persönlichkeit. Die private Freiheit des *homo faber* verlangt vom Einzelnen weit weniger als die aristotelisch-politische Freiheit des *homo politicus*: Er muss eigentlich nur das Recht befolgen, während der klassische Republikaner tugendhaft zu sein hat; respektive – in Fergusons Worten – sich seine Freiheit erst *verdienen* muss. Die klassisch-aristotelische Freiheit antiker Republiken beruhte deswegen auf dem Ausschluss des grössten Teils der Bevölkerung von der Macht. Im Gegensatz dazu gilt die Bewunderung von Smith, Hume und Montes-

¹⁵ [Anonym] (1783), *Reasons Against a Militia for Scotland*, S. 17.

¹⁶ Smith (1776), *Wealth of Nations*, I.ii.1f.

quieu den modernen kommerziellen Monarchien, welche es verstanden haben, für breitere Bevölkerungskreise die rechtliche Freiheit des Bürgers zu garantieren.¹⁷

In intellektueller Weiterführung der Ansichten Matthew Wrens, Daniel Defoes und David Humes erreicht die naturrechtlich-liberale Position in der Wehrverfassungsfrage bei Adam Smith durch die "Entpolitisierung der individuellen Moral und [die] Entmoralisierung der Politik"¹⁸ einen eigentlichen konzeptionellen Höhepunkt – wenn auch nicht unbedingt ihren logischen Endpunkt. Smith treibt das *ökonomische* Konzept der Arbeitsteilung auf die Spitze, indem er es auch auf die militärische Organisation eines Staates anwendet. Die militärischen Institutionen ändern sich für ihn entsprechend dem zivilisatorischen Zustand einer Gesellschaft. Die Berufsarmee wird zum notwendigen, ja begrüßenswerten Attribut einer kommerziellen Gesellschaft.

Wie bereits anhand des Freiheitsverständnisses aufgezeigt, bewegt sich aber selbst der vermeintliche "Urbiberale" Smith nicht immer ausserhalb der Grenzen des klassisch-republikanischen Paradigmas. Trotz seines Eintretens für eine kommerzielle Gesellschaft nimmt Smith – stärker als Hume – auch deren Nachteile wahr. Vor allem in seiner Beurteilung der Auswirkungen der Arbeitsteilung und der Verstärkung auf das gemeine Volk lassen sich bürgerlich-humanistische Reminiszenzen identifizieren.¹⁹

Ebenfalls im fünften Buch und unter dem Titel "Of the Expence of the Institutions for the Education of Youth" diagnostiziert Smith – wie schon Ferguson – einen mentalen Verarmungsprozess (mental mutilation) der "labouring poor" als Folge der Arbeitsteilung. Vor allem verliert der Arbeiter nach Meinung von Smith sowohl die geistige als auch die physische Fähigkeit zur Verteidigung seines Landes.²⁰ In dieser Diagnose unterscheidet sich Smith von Hume, welcher diesen Effekt der Arbeitsteilung ausdrücklich verneint. Wahrscheinlich ist hier die Ursache zu suchen, weshalb Hume immer noch eine Bürgermiliz für möglich und notwendig hält und Smith nicht. An anderer Stelle schreibt Smith, die Sicherheit einer Gesellschaft sei mehr oder weniger vom militärischen Geist (martial spirit) des gemeinen Volkes abhängig. In der heutigen Zeit müsse dieser allerdings durch ein gut diszipliniertes stehendes Heer ergänzt werden. Wo jeder Bürger den Geist eines Soldaten habe, brauche man nur ein kleines stehendes Heer. Dies würde die tatsächlichen und eingebildeten Gefahren eines solchen Heeres erheblich verkleinern.²¹

¹⁷ Ausführlich bei Berry (1994), S. 152-173.

¹⁸ Brühlmeier (1996), S. 31.

¹⁹ Vgl. Brühlmeier (1991a) S. 287-293, und Ders. (1992), S. 36-38.

²⁰ Smith (1776), *Wealth of Nations*, V.i.f.50.

²¹ *Ibid.*, V.i.f.59.

Um dem Niedergang des militärischen Geistes entgegenzuwirken, muss nach Smith die Regierung die Initiative ergreifen und allgemeine militärische Übungen als Bestandteil der öffentlichen Ausbildung organisieren. Diese Übungen sollten jedoch nicht der eigentlichen Vorbereitung für den Krieg dienen.²² Entsprechend würden sie wohl auch nicht im Milizverband abgehalten werden, denn eine moderne Miliz kann in Smiths Einschätzung angesichts ihrer komplexen Anforderungen stets nur einen Bruchteil aller Wehrfähigen aufnehmen.²³ Die Übungen dienen grundsätzlich demselben Zweck wie die allgemeine Schulpflicht: Der intellektuellen und moralischen Verkümmern soll entgegengewirkt werden. Die militärische Übungspflicht wird von Smith deshalb wohl nur dem gemeinen Volk empfohlen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass er die Kultivierung militärischer Werte nicht explizit als Ausdruck der geistigen Führerschaft der Gentry darstellt – dies im Gegensatz zum konservativen Ferguson. Die Übungspflicht hat weniger einen kriegerisch-militärischen als vielmehr einen erzieherisch-zivilen Hintergrund. Dies lässt sich auch daraus ersehen, dass sie Smith nicht unter "Defence", sondern unter "Education" behandelt.

Smith operiert in der Frage der Notwendigkeit militärischer Übungen zwar im Rahmen des bürgerhumanistischen Paradigmas, seine Perspektive ist aber doch deutlich verschoben: Die Übungen – wie auch der obligatorische Schulunterricht – dienen nicht dem Zweck, aus den Arbeitern verantwortungsvolle Bürger im Sinne des klassisch-republikanischen Paradigmas zu schaffen; Smiths Vier-Stufen-Theorie zeigt ja, wie fremd eine solche Vorstellung der Bürgerschaft in einer modernen kommerziellen Gesellschaft erscheinen muss. Sie entstammen vielmehr der Besorgnis des Schotten, dass die Arbeitsteilung die "labouring poor" zu einem solchen Grad entmenschlicht, dass die sozial-psychologischen Bindungen der Arbeiter an den Rest der Gesellschaft reißen und dadurch die gesellschaftlichen Hierarchien und Autoritäten erschüttert werden könnten.²⁴

Smiths Perspektive der *politischen Ökonomie* ist gänzlich verschieden von derjenigen Adam Fergusons: In Fergusons klassisch-aristotelischer Optik besteht eine fundamentale Trennung zwischen öffentlicher und ökonomischer Sphäre. Politischer Bürger ist nur, wer über genügend Eigentum und Musse verfügt, sich mit den öffentlichen Angelegenheiten auseinanderzusetzen. Demgegenüber sind die ärmeren Schichten

²² *Ibid.*, V.i.f.60: "Even though the martial spirit of the people were of no use towards the defence of the society, yet to prevent that sort of mental mutilation, deformity and wretchedness, which cowardice necessarily involves in it, from spreading themselves through the great body of the people, would still deserve the most serious attention of government."

²³ *Ibid.*, V.i.f.60.

²⁴ Diese Meinung vertritt überzeugend Harpham (1984), S. 771.

bloss Arbeiter und deshalb auch nicht Mitglieder der Bürgermiliz. Smith und Hume haben grundsätzlich ein grosses Vertrauen in das moralische Potential des Kommerzes – bei Smith relativiert durch die diagnostizierten negativen Effekte der Arbeitsteilung. Der Optimismus, welchen sie der ökonomisch tätigen Mittelklasse entgegenbringen, unterscheidet beide Autoren grundlegend von der Skepsis Adam Fergusons gegenüber dieser sozialen Schicht. Bei Smith fällt die Abschottung der öffentlichen gegenüber der ökonomischen Sphäre weg: Die militärische Übungspflicht wird zum Vehikel, mit welchem die Masse der Arbeiter ein politisches Bewusstsein erlangt und Eingang in die politische Ordnung findet. Sie wird zur "Schule universaler Bürgerschaft".²⁵

Nach Meinung von John Robertson übernimmt Smith das klassisch-republikanische Gedankengebäude, selbst wenn er es umgestaltet.²⁶ Wenngleich als Komplement zu einem einseitig liberalen Bild Smiths wertvoll, dürfen diese Inhalte auch nicht überschätzt werden. Den Möglichkeiten, in ihm – gerade im Vergleich zu Adam Ferguson – einen "civic moralist" zu sehen, sind doch enge Grenzen gesetzt.²⁷

Realgeschichtlich gesehen trug Smiths klassische Forderung nach allgemeinen militärischen Übungen wenig dazu bei, den Unmut der schottischen Milizbefürworter zu besänftigen. Ferguson bewunderte durchaus *The Wealth of Nations*, schrieb aber an Smith, in der Frage der Miliz müsse er gegen ihn sein. Vermutlich Alexander Carlyle veröffentlichte im Jahre 1778 in London ein weiteres, explizit als Antwort auf *The Wealth of Nations* konzipiertes Pamphlet. Darin meint Carlyle in klassischer Manier, es sei besser, etwas weniger reich und kommerziell zu sein, anstatt die Verteidigung Ausländern sowie Söldnern zu überlassen. Ansonsten werde man wie das *imperium romanum* an Dekadenz, Luxus und Verweichlichung eingehen:

But if there should be some small interference [between commerce and a militia], it is surely better to be a little less rich and commercial, than by ceasing to be men, to endanger our existence as a nation. Let us attend to the examples that are pointed out to us in the downfall of other nations; let us guard with jealous vigilance the constitution of our country; lest, like the greatest empire that ever was, that of the Romans in their decadency, we become so luxurious or effeminate, as to leave the use of arms to strangers and mercenaries.²⁸

²⁵ Robertson (1985), S. 224.

²⁶ Robertson (1983b), S. 457.

²⁷ Der Ausdruck stammt von Phillipson (1983). Einen guten Überblick hierzu gibt Brühlmeier (1991a), S. 287-293.

²⁸ [Carlyle] (1778), *A Letter ... on National Defence; With Some Remarks on Dr Smith's Chapter on that Subject, in ... the Wealth of Nations*, S. 47. Vgl. Sher (1989), S. 247.

Auch nach Erscheinen seines Hauptwerkes fuhr Adam Smith fort, eine schottische Miliz zu befürworten – entgegen der Logik seines theoretischen Argumentes für ein professionelles Heer. Dies erfolgte offensichtlich aus dem Grunde, weil er den moralisch-erzieherischen Wert einer solchen Miliz als Ergänzung zum stehenden Heer begrüßte.²⁹

Vom methodischen Standpunkt aus gesehen ist Adam Smith ein gutes Beispiel dafür, dass man vorsichtig sein muss mit der idealtypischen Überinterpretation eines Autors. Smith treibt seine Einsichten zu den liberalen Prämissen eines professionellen Heeres wohl weiter als irgendwer vor ihm. Aber auch er verwendet die liberale Sprache nicht in *reiner* Form. Auf der anderen Seite ist in Adam Ferguson lediglich ein moderater Bürgerrepublikaner zu sehen. Trotzdem steht Smith – bei gelegentlichem Rückwärtsblinzeln – grundsätzlich auf der Seite der Moderne, während sich Ferguson am klassischen Ideal des unabhängigen Bürgersoldaten orientiert. Dieser soll durch den Dienst in der Miliz seinen Patriotismus und seine Tugend zum Ausdruck bringen. Gilt Smiths Augenmerk dem friedfertigen *homo faber et mercator*, bewundert der "schottische Cato" Ferguson die kriegstüchtigen und politisch aktiven Spartaner.

²⁹ *Ibid.*, S. 261.

9. Die Milizidee in der Amerikanischen Revolution

9.1 Unabhängigkeit und stehende Truppen

I must indulge a hope that Britain's liberty, as well as ours, will eventually be preserved by the virtue of America.

JOSEPH WARREN, 1775

Adam Smiths liberale Einsichten von der Vereinbarkeit eines parlamentarisch kontrollierten Berufsheeres mit der Erhaltung individueller Freiheit waren zur Zeit der Veröffentlichung von *Wealth of Nations* im Jahre 1776 durchaus repräsentativ für die englische Haltung zur Rolle der Armee in der Gesellschaft. In England hatte man sich mit dem Machtinstrument eines stehenden Heeres ebenso abgefunden wie mit einem Hume'schen Ausmass von Patronage durch die Regierung sowie der Verschuldung der öffentlichen Hand. Tugend und Kommerz, Freiheit und Macht sowie Country und Court wurden zwar noch immer in einem durchaus ambivalenten Verhältnis zueinander gesehen. Es waren jedoch keine simplen Antithesen mehr. Diese Gegenpole existierten nebeneinander, ohne dass notwendigerweise die Vision einer ultimativen Korruption durch Luxus, Kommerz und stehende Heere aufkommen musste.¹

In den nordamerikanischen Kolonien war dies anders. Dort besass das politische Denken der "real Whigs" im Allgemeinen und das Ideal des Bürgersoldaten im Speziellen eine Prominenz im politischen Denken, wie sie dem zeitgenössischen Engländer unverständlich erscheinen musste. Die Ideen und Handlungen der amerikanischen Revolutionäre waren in hohem Masse beeinflusst von einer Oppositionsideologie, welche in Grossbritannien um 1730 vorherrschend gewesen war. Im Mutterland hatten in der Zwischenzeit die realwirtschaftliche und -politische Entwicklung sowie die geistigen Strömungen der englischen und schottischen Aufklärung deren Inhalte zunehmend als obsolet erscheinen lassen. Die Bedeutung dieses "real Whig"-Oppositionsdenkens für die amerikanische Gründergeneration ist erst seit den 1960er Jahren von der ideengeschichtlichen Forschung adäquat erkannt worden. Vorher hatte man die Spannungen zwischen Mutterland und Kolonien überwiegend vor einem wirtschaftlichen Hintergrund beurteilt.²

Mit einer auf sozio-ökonomische Fakten beschränkten Betrachtung konnte bis anhin nicht befriedigend erklärt werden, warum die Revolution gerade in jenem Teil des

¹ Vgl. Pocock (1975), S. 508f.

² Eine Bestandsaufnahme der neueren Forschung zur Amerikanischen Revolution macht Nolte (1991), S. 114-140.

englischen Imperiums ausbrach, in dem die Freiheit des Bürgers am weitesten gediehen war. Mitte des 18. Jahrhunderts bestand in Amerika keine jener legendären Tyrannen, die so oft in der Geschichte ein hoffnungsloses Volk zur Revolution getrieben haben. Auch die englischen Siedler in Nordamerika selbst waren sich durchaus bewusst, dass sie wahrscheinlich freier von feudalen und monarchischen Beschränkungen leben konnten als irgendein anderer Teil der Menschheit. Sie verstanden sich auch kulturell noch nicht eigentlich als Amerikaner, sondern als "Englishmen in America"³. Sie waren stolz darauf, Teil eines britischen Staates zu sein, der es geschafft hatte, die religiösen Turbulenzen des 17. Jahrhunderts hinter sich zu lassen. Innenpolitisch war es der britischen Monarchie gelungen, durch die subtile Ausbalancierung der sozio-konstitutionellen Elemente eines "mixed government" ein bisher ungekanntes Mass an ziviler und politischer Freiheit und Stabilität zu schaffen. Aussenpolitisch wurde im Verlaufe des 18. Jahrhunderts ein Weltreich errichtet. Der brillante Sieg über Frankreich im Jahre 1763 hatte in den nordamerikanischen Kolonien keine Sezessionsbestrebungen induziert, sondern im Gegenteil die provinzielle Loyalität gegenüber Grossbritannien noch weiter verstärkt.⁴ So gesehen stellte der amerikanische Widerstand gegen die restriktiven englischen Handelsmassnahmen der 1760/1770er Jahre eine Überreaktion mit beinahe paranoiden Zügen dar. Gordon S. Wood meint dazu: "Die amerikanische Antwort verhielt sich masslos überproportional gegenüber den Stimuli. ... Die objektive soziale Realität schien kaum geeignet zu sein, eine Revolution zu erklären."⁵

Worauf kann diese Überreaktion zurückgeführt werden? Angesichts der Tatsache, dass das konkrete Bedrohungspotential der britischen Massnahmen vergleichsweise gering ausfiel, mussten mentale Verstärkereffekte wirksam gewesen sein, die das Bedrohungsempfinden der amerikanischen Revolutionäre massgeblich steigerten. Der wichtigste ideologische Verstärkereffekt bestand in der Tatsache, dass die britische Vorgehensweise die latent vorhandene koloniale Erinnerung an die Versuche der Stuarts zur Errichtung eines Absolutismus erneut akut werden liessen. Die traumatische Erinnerung an den monarchischen Despotismus war in Amerika stärker ausgeprägt als im Mutterland selber, weil sie unmittelbar mit dem eigenen Ursprung verknüpft war – zumindest in den nördlichen puritanischen Kolonien.⁶ Die Kolonisten sahen ihren Widerstand in einer von der Whig-Geschichtsschreibung geprägten Perspektive als Teil einer langen Geschichte der Auseinandersetzung um die englische

³ Vgl. Quincy (1774), *Observations on the Act of Parliament*, S. 302.

⁴ Vgl. Bailyn (1970), S. 52-58.

⁵ Wood (1966), S. 55.

⁶ Banning (1978), S. 78, spricht von Prinzipien politischer Pathologie.

Freiheit.⁷ Sie mussten durch die zentralistischen und freiheitsbedrohenden Aspekte der englischen Politik den Eindruck gewinnen, die Vergangenheit drohe sie einzuholen. Entscheidend für die Auslösung des kolonialen Widerstandes war das ideologische Deutungsmuster der "real Whigs" sowie die dahinter stehende Commonwealth-Literatur des 17. Jahrhunderts. Dadurch erschienen die englischen Massnahmen nicht nur bedrohlicher als sie es in Wirklichkeit waren, sondern als zusammenhängendes Ganzes, als ein verschwörerischer Plan zur Beseitigung der kolonialen Freiheit.⁸ Wie für die englischen "real Whigs" spielte für die amerikanischen Revolutionäre der 1770er Jahre die Gefahr einer "Standing Army" und das entgegengesetzte Ideal des Bürgersoldaten innerhalb des Whig-Deutungsmusters eine wichtige Rolle.

Auf die spezifische Frage, weshalb die Idee des Bürgersoldaten bei den Kolonisten so hoch im Kurs lag, soll später eingegangen werden. Im Folgenden werden kurz die allgemeinen strukturellen Eigenheiten kolonialer Politik dargelegt. Diese waren verantwortlich dafür, dass die Whig-Konzepte von Korruption, Luxus, Sklaverei und Tyrannei in den Kolonien realitätsnäher empfunden wurden als in England und darum einen derart starken Einfluss ausüben konnten.⁹ Auf den ersten Blick erschienen die politischen Systeme in den Kolonien mit einem Gouverneur, einem Council und einem House of Representatives wie eine verkleinerte Kopie des britischen Originals von König, House of Lords und House of Commons. *De jure* waren die Gouverneure sogar vergleichsweise mächtiger als der König. *De facto* fehlten ihnen allerdings die indirekten, von der Country-Opposition am Anfang des Jahrhunderts als Korruption und von Hume als notwendig eingeschätzten Einflussmöglichkeiten auf das Parlament. Patronage, Pensionen- und Ämtervergabe waren im Mutterland durch (Premier-)Minister Walpole in den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts zur Perfektion entwickelt worden. Die exekutive Patronagepolitik hatte in Grossbritannien massgeblich zur politischen Stabilität beigetragen. In den Kolonien fehlte sie weitgehend. Was in den Kolonien ebenfalls fehlte, war eine Erbaristokratie nach dem Muster der englischen Peers. Die Mitglieder der Councils wurden deswegen entweder von der Krone ernannt oder von den kolonialen Volksversammlungen (Assemblies) gewählt. In keinem Fall waren sie fähig, ein politisches Eigengewicht in der kolonialen Politik zu bilden.¹⁰ Die "demokratischen" Versammlungen wiederum waren im Vergleich zum britischen Vorbild

⁷ Zur Whig- respektive Anti-Stuart-Historiographie und deren Einfluss auf John Adams, John Dickinson, James Wilson, Benjamin Franklin und Thomas Jefferson siehe Bailyn (1967), S. 41f., und ausführlicher Colbourn (1965). Speziell Catherine Macaulays *History of England* war in Bailyns Einschätzung eine einflussreiche Lobpreisung republikanischer Prinzipien.

⁸ Siehe Schröder (1982), S. 72-89.

⁹ Vgl. Bailyn (1970), S. 59-105.

¹⁰ Bailyn (1967), S. 275.

weit mächtiger, weil ihnen eine breitere Wählerschaft und ein direkteres Repräsentationskonzept zu Grunde lag als in Grossbritannien. Der Grund dafür war, dass in den Kolonien der 40 Schilling-Zensus eine viel grössere Schicht wahlberechtigter Landeigentümer hervorbrachte.¹¹ Es schien, als würde in Amerika bereits in der Person des einfachen, unabhängigen und landbesitzenden Yeoman-Farmers die moralische Basis eines gesunden, egalitären, neo-klassischen und freiheitsliebenden Staatswesens existieren. Auch Adam Smith bemerkte in *The Wealth of Nations* die grössere Freiheit der amerikanischen Kolonisten im Vergleich zu den Engländern: Ihr Verhalten und ihre Regierungen, vor allem in den drei Kolonien Neu-Englands, seien "more republican".¹² Nach Pauline Maier hatte die koloniale Gesellschaft bereits in den späten 1760er und frühen 1770er Jahren durch die ausserordentliche Breite der Bürgerschaft, die Erfahrung der Selbstregierung und die politische Mobilisierung in Komitees und Vereinigungen einen "proto-republikanischen" Charakter angenommen.¹³ Anders als Europa stand Amerika nicht unter dem Fluch der Armut. Die Amerikaner hatten 1776 bereits eine einzigartige und zum Teil jahrhundertalte Erfahrung der Selbstverwaltung vorzuweisen.¹⁴ Lance Banning vermutet, die Country-Oppositionsideologie sei darum bei den Kolonisten so beliebt gewesen, weil sich damit die provinzielle Unterentwicklung nicht als Nachteil, sondern im Gegenteil als Vorzug darstellen liess.¹⁵

Während im britischen Wahlsystem die Regierung leichter im Hinblick auf eine langfristige Stabilisierung des politischen Systems manipulativ eingreifen konnte, gingen diese Möglichkeiten den kolonialen Gouverneuren ab. Deren Stellung war zusätzlich dadurch geschwächt, dass sie nicht alleine die Exekutive darstellten, sondern nur im Verbund mit den höheren Autoritäten in England. Dies führte dazu, dass die lokale Opposition sie regelmässig übergang und direkt in London vorstellig wurde. In ihrer Gesamtheit führten diese strukturellen Gegebenheiten verhängnisvollerweise dazu, dass die *de jure* ausgeprägteren Prärogativen der Exekutive in den Kolonien erstens akuter im Sinne einer Bedrohung traditioneller Freiheiten wahrgenommen wurden.

¹¹ Der Anteil der Wahlberechtigten schwankte je nach Kolonie zwischen 50-80% der erwachsenen männlichen Bevölkerung. In einzelnen Gemeinden Neu-Englands betrug er nahezu 90%. Im Mutterland belief sich der Anteil 1715 im Landesdurchschnitt auf 15%. Seither hatte er stetig abgenommen. Zwischen verschiedenen Boroughs konnten beträchtliche Unterschiede vorkommen. Schröder (1982), S. 17.

¹² Smith (1776), *Wealth of Nations*, IV.vii.b.51.

¹³ Maier (1972b), S. 98-117. Auch Rossiter (1953), S. 235, vertritt die Ansicht, die eigentliche Revolution habe bereits vor 1776 stattgefunden.

¹⁴ Für Arendt (1965), S. 218, liegt gerade darin der entscheidende Unterschied zur Französischen Revolution begründet.

¹⁵ Banning (1978), S. 76f.

Zweitens waren diese Prerogativen *de facto* doch zu schwach, um das zunehmend ausser Kontrolle geratene politische System wieder stabilisieren zu können.

Wie stark die Ideologie der Country-"real Whigs" und das Ideal des Bürgersoldaten in den amerikanischen Kolonien verankert war, lässt sich anhand der Popularität eines Werkes politischer Theorie aufzeigen, das nur ein Jahr vor Adam Smiths *Wealth of Nations* erschien: *Political Disquisitions* von James Burgh (1714-1775). Burgh wurde in Schottland geboren, lebte und unterrichtete aber als Schulmeister in England. In den *Disquisitions* stöberte er sowohl im ergiebigen Fundus antiker und moderner politischer Philosophie als auch in den Werken antiker und moderner Whig-Geschichtsschreibung, um die Notwendigkeit einer radikalen Reform der britischen Verfassung aufzuzeigen: "... history is the inexhaustible mine, out of which political knowledge is to be brought up."¹⁶ Wie die früheren Country-Oppositionellen verabscheute der Dissenter und Moralist Burgh die korrupten Minister am königlichen Hof. Sein Adressat war das britische Volk. Diesem wollte er "einen Satz von soliden politischen Prinzipien" ans Herz legen.¹⁷ Burghs *Disquisitions* erlangten in den Kolonien als ergiebiges Quellenbuch rasch einen kanonischen Status. Ihr Nachdruck in Philadelphia 1775 wurde von so prominenten Persönlichkeiten wie George Washington, John Hancock, John Dickinson, Thomas Jefferson und James Wilson angeregt. Auf die Anfrage, ob er alle drei Bände gelesen habe, soll ein Zeitgenosse geantwortet haben: "Have I read my Bible, Sir?"¹⁸

Burgh argumentiert in offensichtlicher Fortsetzung der Rhetorik der Country-Opposition des frühen 18. Jahrhunderts gegen die Verschwörung der Machtträger am Court und für die Reinigung der korrupten britischen Verfassung. Angeprangert wird vor allem die ungenügende Repräsentation des Parlaments sowie dessen fehlende Unabhängigkeit gegenüber der Krone. Im Vorhandensein von Platzhaltern (placemen) im House of Commons sieht Burgh – wie schon Shaftesbury – eine "art of corruption". In seinen Augen ist diese Praxis letztlich unvereinbar mit einer freiheitlichen, gemischten Verfassung.¹⁹ Bernard Bailyn, Gordon S. Wood und Lance Banning interpretieren deshalb Burghs politische Aussagen als typische Inhalte eines ländlichen Oppositionsdenkens. Dieses sei in Fortführung der klassisch-republikanischen Inhalte von Harrington,

¹⁶ Burgh (1774), *Political Disquisitions: An Enquiry into Public Errors, Defects, and Abuses*, S. vi.

¹⁷ *Ibid.*, S. xii.

¹⁸ Vgl. Handlin (1961), S. 51. Gemäss Bailyn (1967), S. 41, waren die *Disquisitions* das Schlüsselwerk einer ganzen Generation.

¹⁹ Dem Problem parlamentarischer Repräsentation und Korruption widmet Burgh den gesamten ersten Band sowie das erste Buch des zweiten Bandes.

Milton und Sidney der neuen finanziellen Ordnung Grossbritanniens feindlich gegenübergestanden.²⁰

Burgh nennt sich selbst "a true independent whig" gemäss der Definition von Thomas Gordon. Von den "real Whigs" übernimmt er die Abneigung gegenüber stehenden Heeren und das Ideal des Bürgersoldaten. Im dritten Band widmet er ein ausführliches Kapitel von 136 Seiten der Frage der Armee. Mit geringer intellektueller Eigenleistung geht Burgh durch eine Unmenge von Parlamentsakten sowie historische und politische Werke, um nachzuweisen, dass "standing armies" Freistaaten immer und überall gefährlich geworden sind. In typisch bürgerlich-humanistischer Manier werden stehende Heere sowohl als *Instrumente* des Machtmissbrauchs wie auch als *moralisches* Symptom der Korruption des Volkes dargestellt.²¹ Im Umstand, dass das englische Volk kaum Unbehagen unter dem Übel eines stehenden Heeres verspürt, sieht Burgh einen Hinweis darauf, dass es reif ist für die Sklaverei.²² Ist für Adam Smith die Akzeptanz eines Berufsheeres in der englischen Gesellschaft ein Zeichen kulturellen *Fortschritts*, sieht der Klassiker Burgh darin ein Merkmal moralischer *Korruption* im englischen Staat. Eine gute Miliz aus "men of property" werde jedoch stets die öffentliche Freiheit erhalten, denn alle hätten ein Interesse am Staat.²³

Die Namen der von Burgh seitenweise zitierten Originalautoren lesen sich wie ein "Who's-who" der klassisch-republikanischen Tradition: Vor allem Andrew Fletchers *Works*, aber auch Aristoteles' *Politica*, Harringtons *Oceana*, Robert Molesworths *Account of Denmark*, John Trenchards *History of Standing Armies*, Charles Davenants *Works*, Thomas Gordons *Tracts*, Bolingbrokes *Works*, Adam Fergusons *Essay*, Edward Montagus *On Antient Republics* und David Humes *History of England* u.a.m. dienen Burgh dazu, sein Argument zu untermauern. Dieses besteht aus der These, dass eine gut disziplinierte Bürgermiliz die einzige freiheitsverträgliche Wehrform darstellt.²⁴ Burghs Auswahl ist jedoch nicht auf die bürgerlich-humanistische Tradition beschränkt. So zitiert er beispielsweise auch Montesquieu und den englischen Rechtsgelehrten Blackstone. Blackstone hatte in seinen ebenfalls weit verbreiteten *Commentaries on the Laws of England* (1765) geschrieben, dass in einem Freistaat ein speziell ausgeschiedener Soldatenstand äusserst gefährlich sei. In absoluten Monarchien mache

²⁰ Bailyn (1967), S. 41, S. 132, S. 283; Wood (1969), S. 15f., und Banning (1978), S. 61.

²¹ Burgh (1774), *Political Disquisitions*, S. 349: "... a standing army may be used as an instrument in the hand of a wicked minister for crushing liberty"; S. 343: "There can no account be given of this alarming increase [of the army], but the increase of corruption, and decrease of attention to liberty".

²² *Ibid.*, S. 354.

²³ *Ibid.*, S. 402.

²⁴ *Ibid.*, S. 347.

das Regierungsprinzip der Furcht einen solchen Stand für die Sicherheit des Königs absolut notwendig:

In a land of liberty it is extremely *dangerous* to make a distinct order of the profession of arms. In absolute monarchies, this is necessary for the safety of the prince, and arises from the main principle of their constitution, which is, that of governing by fear.²⁵

Im Wehrverfassungskapitel der *Disquisitions* zeigt sich Burgh ausgesprochen eklektisch und keineswegs einem rigiden ideologischen Raster verpflichtet. Der Sachverhalt kompliziert sich weiter, wenn seine früheren Werke in die Betrachtung miteinbezogen werden. An anderen Stellen der *Disquisitions* sowie in den früheren Werken *Britain's Remembrancer* (1746), *The Dignity of Human Nature* (1754) und *Crito* (1766-67) erscheint ein ganz anderes Bild Burghs als dasjenige eines nostalgischen klassischen Republikaners mit agrarisch-militärischen Werten. Issac Kramnick betont den Einfluss von Locke auf Burghs Vorstellung eines gesellschaftsvertraglichen Ursprungs des Staates sowie des Vorrangs der Naturrechte des Menschen vor staatlicher Konstituierung und Eingriffen.²⁶ Für Kramnick ist Burgh ein Paradebeispiel dafür, dass in der englischen Oppositionsideologie in den 1750/1760er Jahren ein Wandel hin zu individualistisch-liberalen Inhalten stattfand. Dies unterscheidet die englischen Radikalen James Burgh, Joseph Priestley und Richard Price grundlegend von den früheren Country-Oppositionellen unter Lord Bolingbroke. Burgh führe zwar in seiner Darstellung eines korrupten Englands die in der Country-Tradition typischen Sündenböcke auf: das stehende Heer, den Luxus, die öffentliche Verschuldung und die Platzhalter im Parlament. Neben dieser bürgerlich-humanistischen Dimension gebe es jedoch noch eine weitere, welche diese sogar überschatte: Burgh als Theoretiker des Individualismus, der politischen Rechte und der dynamischen Marktgesellschaft. John Locke sowie die ökonomischen und sozialen Interessen der protestantischen Mittelklasse stellen für Isaac Kramnick den Schlüssel zur Interpretation Burghs dar. Gerade Burghs Artikulation einer protestantischen Arbeitsethik sei beim amerikanischen Leser auf spezielle Gegenliebe gestossen.²⁷

Interessant ist, wie Kramnick Burghs Kritik an stehenden Heeren angeht. Diese liest sich seiner Meinung nach vielmehr wie eine allgemein aufklärerisch-liberale Abscheu vor Krieg und Militarismus als eine bürgerlich-humanistische Angst vor dem korrumpierenden Einfluss von stehenden Heeren und Söldnern auf die *res publica*.²⁸

²⁵ *Ibid.*, S. 344.

²⁶ Kramnick (1990), S. 241; Ders. (1992), S. 94. Burgh behandelt den Ursprung des Staates zu Beginn des ersten Bandes.

²⁷ Kramnick (1990), S. 239; S. 253.

²⁸ *Ibid.*, S. 245.

Diese Interpretation hat durchaus etwas für sich. Bevor Burgh mit dem ganzen Geschütz klassisch-republikanischer Milizliteratur auffährt, schreibt er: " ... if any thing might be called the peculiar disgrace of human nature, and of our world, it is war."²⁹ Die gesamte Kriegskunst (art of war) sei von Anfang bis zum Ende bestenfalls eine Bühne der Verrücktheit und der Absurdität. Die Regierenden dieser Welt würden ihr und damit der Kunst der Vernichtung ihrer Mitkreaturen mehr Beachtung schenken als den liberalen Künsten und Wissenschaften (liberal arts and sciences).³⁰ Anders als Machiavelli und viele englische Neo-Machiavellianer des 17. Jahrhunderts ist somit der Krieg für Burgh nicht tugendschaffender Natur. In dieser Frage ist in der bürgerlich-humanistischen Tradition allerdings schon früher ein eigentlicher Bruch feststellbar: zwischen einer eher *existentiellen* Sicht des Krieges (bei Machiavelli, Bacon, Harrington, Nedham, Neville und Sidney) sowie einer eher *instrumentellen* Sicht (bei Trenchard, Moyle, Toland, Fletcher, *Cato's Letters* und Bolingbroke). Ganz so klar ist die Linie allerdings nicht zu ziehen: Vor allem bei Moyle, Toland, Fletcher und Ferguson bricht die Vorstellung eines tugendhaft-kompetitiven, männlich-martialen Imperialismus im Stile Machiavellis immer wieder durch.

Bei Burgh erscheint die Milizidee noch weiter "pazifiziert". So wie er den Krieg beschreibt, scheint es, als ob er ihn nicht einmal mehr als *Instrument* der Staatsräson anerkennen möchte. Was gerecht ist und was ungerecht ist, sollte seiner Ansicht nach durch eine dritte Instanz entschieden werden und nicht durch die zerstrittenen Kontrahenten:

War is not a proper method of deciding controversies between kings, than single combat between individuals. All that can be determined by fighting is, that the conqueror is the best fighter of the two; not that he has justice on his side.³¹

Mit dieser Sicht des Krieges lehnt Burgh eigentlich nicht nur den *Berufsmilitär*, sondern *jeden*, auch den nebenberuflichen Soldaten ab. So schreibt er, dass neben Armee und Krieg das Wort Soldat in einem humanen und christlichen Ohr Schmerzen bereite:

The very words, Army, War, Soldier, & c. entering into a humane and christian ear, carry with them ideas of hatred, enmity, fighting, bloodshed, mangling, butchering, destroying, unpeopling, and whatever else is horrible, cruel, hellish.³²

Die entscheidende Frage lautet nun: Wenn die "liberal arts and sciences" von Burgh eine derart höhere Wertschätzung gegenüber der "art of war" genießen, warum hält er

²⁹ Burgh (1774), *Polittical Disquisitions*, S. 341.

³⁰ *Ibid.*, S. 342.

³¹ *Ibid.*, S. 343.

³² *Ibid.*, S. 341.

dann einem Milizideal die Treue, in welchem eine weit grössere Anzahl von Bürgern in dieser verderblichen Kunst geübt werden, als dies bei einem kleinen Berufsheer der Fall wäre? Mit einer aufgeklärt-liberalen Sicht des Krieges als nicht instrumentell und schon gar nicht existentiell, sondern *per se* schlecht, zerstörerisch, abnormal und unnatürlich, müsste Burgh eigentlich konsequenterweise entweder als Pazifist eine Armee überhaupt ablehnen oder als Liberaler für eine kleine, streng disziplinierte und von der Zivilgewalt kontrollierte Berufsarmee eintreten. Warum hält ein in Einschätzung Kramnicks "liberaler" Burgh trotzdem das bürgerlich-humanistische Ideal der Bürgermiliz hoch? Um diese Fragen beantworten zu können, gilt es im Folgenden einige grundsätzliche Überlegungen anzustellen zum Verhältnis zwischen klassischem Republikanismus und Liberalismus im politischen Denken der Amerikanischen Revolution.

Lange Zeit galt John Locke – interpretiert in einem besitzindividualistischen und mittelständisch-liberalen Sinne – als einzige ideologische Quelle des pragmatischen politischen Denkens der amerikanischen Gründerväter. Dieses Dogma des *Locke et praeterea nihil* wurde ab 1960 zunehmend in Frage gestellt. Die Arbeiten von Caroline Robbins, Bernard Bailyn und Gordon S. Wood zeigten die Bedeutung der englischen Commonwealth- und Whig-Wurzeln für die politischen Denkmuster der Gründergeneration. John G.A. Pocock schrieb bewusst seine Tunnelgeschichte der bürgerlich-humanistischen Tradition unter Hervorhebung von Machiavelli und ohne Locke. Allerdings nicht um Locke gänzlich wegfällen zu lassen, wie ihm immer wieder unterstellt wurde, sondern um ihn später wieder ins revidierte Mosaik einzufügen.³³ Für Pocock besass die sich im 18. Jahrhundert in den Kolonien herausbildende politische Kultur alle Charakteristiken des neo-Harrington'schen Bürgerrepublikanismus. Für ihn war die Amerikanische Revolution gleichsam der letzte Akt der bürgerlich-humanistischen Tradition, eine letzte machiavellische Konfrontation von Tugend und Korruption, dem "Machiavellian Moment".

Heute sind die Fronten in der noch immer heftig geführten und in ihrer Literaturflut zunehmend ausufernden Auseinandersetzung zwischen "Neo-Lockeans" und Vertretern der "republikanischen Synthese" insofern aufgeweicht, als keine Seite mehr der anderen völlig die Existenzberechtigung verweigert.³⁴ Es kann in dieser Frage ja auch nicht um eine wahre oder falsche Interpretation gehen, sondern nur eine unterschiedliche Gewichtung des Einflusses einzelner Autoren und Denktraditionen auf ihre Leser. *Analytisch* sind moderner Liberalismus und klassischer Republikanismus im Grunde

³³ Vgl. Pocock (1975), S. 424 und S. 545.

³⁴ Der Begriff stammt von Shalhope (1972). Vgl. Ders. (1982). Die wichtigsten Beiträge der Hauptvertreterin der "Neo-Lockeans" finden sich in Appleby (1992).

nicht miteinander zu vereinbaren – gerade in der Frage der Wehrpflicht. *Historisch* waren sowohl das englische Oppositionsdenken als auch die amerikanische Revolutionsideologie immer eine komplexe Mischung zwischen naturrechtlich-liberalen und bürgerlich-humanistischen Inhalten. Aus diesem Grunde muss man sich stets der Problematik bewusst sein, dass sich die heutigen konzeptionellen Unterscheidungen im historischen Kontext und in dieser analytisch interpolierten Stringenz niemals in dieser Klarheit manifestierten.³⁵ Zudem darf auch nie vergessen werden, dass sich beide Sprachen in der angelsächsischen Welt des 17. Jahrhunderts eher als Alliierte in einem gemeinsamen Kampf gegen die unbeschränkte Ausübung politischer Macht herausbildeten – vor allem seitens der Stuart-Könige und gegen religiöse Bevormundung. Deshalb haben Liberalismus und Bürgerrepublikanismus konzeptionell viele gemeinsame Inhalte: die grundlegend säkuläre und rationale Begründung politischer Herrschaft, die eminente Bedeutung der Freiheit sowie deren Verbindung mit dem persönlichen Eigentum. Die Gemeinsamkeit vieler Inhalte leitet sich zu einem gewissen Grade ab vom gemeinsamen Nährboden des Whiggismus: Der Liberale John Locke war dem Führer der Whig-Opposition der 1670er Jahre, dem ersten Earl of Shaftesbury, als Arzt und persönlicher Berater eng verbunden gewesen. Shaftesbury hatte massgeblichen Anteil an der Formulierung neo-Harrington'scher klassisch-republikanischer Konzepte im Kontext der Stuart-Restauration gehabt.³⁶

Die amerikanischen Gründerväter dachten nie daran, sie müssten zwischen Locke und Machiavelli eine Wahl treffen. Der Einfluss des Florentiners war auch vorwiegend indirekt spürbar, über die Commonwealth- und "real Whig"-Tradition. Machiavellis Name wurde mehrheitlich in einem negativen Sinne verwendet, zur Beschreibung der Machenschaften skrupelloser Machtpolitiker. Positiv angewandt wurde einzig Machiavellis Konzept des *ridurre ai principii*, dass ein Staat immer wieder zu seinen freiheitlichen Gründungsprinzipien zurückgeführt werden müsse. Diese Maxime übernahmen die Amerikaner allerdings vorwiegend indirekt von Sidney, Swift, *Cato's Letters*, Bolingbroke, Hume, Montesquieu und Burgh.³⁷

John Adams war wohl der einzige namhafte Vertreter der Gründergeneration, der sich wirklich intensiv mit Machiavelli beschäftigte und dessen Ideen ernst nahm. Bradley Thompson meint dazu: " ... we are led to believe that eigtheenth-century Ame-

³⁵ Vgl. Banning (1986), S. 12.

³⁶ Die Gemeinsamkeiten betont auch Pocock (1985), S. 225ff. Für ihn war Locke ein "first Whig", der nie zu einem "real Whig" wurde. Zu Shaftesbury siehe Kap. 5.3.1.

³⁷ Vgl. Ganter (1937), S. 239-264, und Stourzh (1970), S. 34-37.

ricans were Machiavellians without knowing it."³⁸ Thomas Jefferson glaubte unter klassisch-republikanischen Vorzeichen an die hohe Wahrscheinlichkeit, dass die Amerikaner über kurz oder lang korrumpiert würden. Er befürwortete bisweilen sogar in Anlehnung an Machiavelli und im Zusammenhang mit Shay's Rebellion 1786 innenpolitische Gewaltausbrüche: Der Baum der Freiheit müsse von Zeit zu Zeit mit dem Blut von Patrioten und Tyrannen getränkt werden. Diese seien sein natürlicher Dünger.³⁹ Gleichzeitig glaubte Jefferson aber auch in einem liberalen Sinne an die Notwendigkeit, individuelle Rechte gegenüber Regierungseingriffen zu schützen. Und all dies, ohne dass ihn je ein Gefühl dogmatischer Inkonsistenz beschlichen hätte. Unter "classical republicanism" verstanden die amerikanischen Revolutionäre keine kohärente Tradition politischer Maxime, wie sie erst am Ende des 20. Jahrhunderts von der modernen ideengeschichtlichen Forschung rekonstruiert werden sollte. Allerdings verwendeten die Amerikaner den Begriff "republicanism" und sprachen von republikanischen Prinzipien, die notwendig waren, um den amerikanischen Staat am Leben zu erhalten. Dies im Gegensatz zum Begriff "liberalism": "Liberal" bezeichnete wie "Whig" ganz allgemein eine freiheitliche Position in der Tradition der "real Whigs" des ausgehenden 17. Jahrhunderts. Anders sieht das heutige, engere Verständnis von "liberal" aus. Damit wird in der modernen politischen Philosophie eine auf naturrechtlicher Grundlage entwickelte Denktradition bezeichnet. Von John Locke, Immanuel Kant, John Stuart Mill bis John Rawls fordert diese die Toleranz und den Respekt vor Individualrechten sowie die freie Wahl eigener Werte und Ziele innerhalb einer moralisch neutralen "prozeduralen Republik".⁴⁰ Signifikanterweise bezeichneten sich die Patrioten schon früh – ab etwa 1774 – selber als "Whigs" und schubladisierten entsprechend die Loyalisten als "Tories". Gleichwohl war auch das politische Argumentarium der Tories überwiegend vom englischen Whig-Denken geprägt.⁴¹ In einem weiten Sinne waren für die amerikanischen Gründerväter sowohl die politischen Werke des klassischen Republikaners Andrew Fletcher als auch diejenigen des Liberalen John Locke Ausdruck einer freiheitlichen, "liberalen" Whig-Position.

³⁸ Thompson (1995), S. 390. Allerdings sieht Thompson in Adams weniger einen Neo-Machiavellianer klassisch-republikanischer Provenienz, sondern einen Nachfolger in Bezug auf die realitätsbezogene Methodologie des Florentiners.

³⁹ "The tree of liberty must be refreshed from time to time, with blood of patriots and tyrants. It is its natural manure." Zit. in Ganter (1937), S. 256, Fussnote 23. Angesichts der Exzesse der Französischen Revolution kühlte später Jeffersons Euphorie gegenüber politischer Gewalt deutlich ab. Vgl. Arendt (1965), S. 300.

⁴⁰ Vgl. Sandel (1996), S. 4f.

⁴¹ Schröder (1982), S. 107.

Heute kann nicht mehr bestritten werden, dass der naturrechlich-liberale Einfluss von Locke im Allgemeinen auf das politische Denken der amerikanischen Gründerväter einen wichtigen Einfluss ausübte. Er lag sozusagen "in der Luft".⁴² Während der 1770er Jahre wurde Locke von allen europäischen Denkern in der politischen Literatur Amerikas am meisten zitiert. Als es in diesen Jahren darum ging, den Bruch mit dem tyrannischen Mutterland zu rechtfertigen sowie neue einzelstaatliche Regierungen zu etablieren, wurde oft auf ihn Bezug genommen.⁴³ Die naturrechtliche Sprache Lockes ist in der Unabhängigkeitserklärung und in der amerikanischen Verfassung von 1787 nicht zu überhören. Die Verteidigung von "Rights" stand in der anglo-amerikanischen Kontroverse ebenso im Zentrum wie in der Debatte zwischen *Federalists* und *Anti-Federalists*. Gerade in Bezug auf die Verfassung erscheint allerdings eine Feststellung von David C. Williams interessant. Dieser vertritt die Ansicht, dass der Milizartikel des zweiten Verfassungszusatzes innerhalb der klassisch-republikanischen Tradition stehe, und zwar mehr als irgendeine andere Regelung. Deshalb sei er auch von dieser Tradition her auszulegen.⁴⁴ Der zweite Verfassungszusatz von 1791 lautet: "A well regulated Militia, being necessary to the security of a free State, the right of the people to keep and bear Arms, shall not be infringed."⁴⁵

Mit Blick auf den zweiten Verfassungszusatz wird die eher akademische Kontroverse um Liberalismus und Republikanismus zwischen Historikern der politischen Ideengeschichte zu einem konkreten, im aktuellen politischen Leben der Vereinigten Staaten bedeutungsvollen Streit von zwei Rechtsschulen. Die eine, *individualrechtliche* Interpretation leitet das Recht eines jeden privaten Bürgers zur Selbstverteidigung und zum Tragen von Waffen ab. Die andere, *kollektivrechtliche* Interpretation sieht ein historisch *gemeinschaftliches* Recht nur im Verband der universalen Miliz garantiert. Da eine solche Miliz heute in den Vereinigten Staaten fehlt, schlagen die Vertreter der kollektivrechtlichen Interpretation zeitgenössische Surrogate vor – wie eine öffentliche, allenfalls auch zivile Dienstpflicht.⁴⁶

Hier soll nicht den Verästelungen amerikanischer Rechtsinterpretationen gefolgt, sondern lediglich auf Gordon S. Wood verwiesen sein. Dieser schreibt, aus historischer

⁴² Young (1985), S. 620. Eine neuere, vor allem auf Locke abstellende Interpretation des Denkens der Gründerväter ist die Studie von Pangle (1988). Auf den Seiten 28-39 findet sich eine vernichtende Kritik der "republican synthesis" aus neo-Strauss'scher Sicht.

⁴³ Lutz (1991), S. 192. In den 1780er Jahren nahmen die Referenzen auf Locke ab, und Montesquieu trat an seine Stelle als meistzitiertester Autor.

⁴⁴ Williams (1991), S. 552f.

⁴⁵ *Ibid.*, S. 558.

⁴⁶ Vgl. den Sammelband von Cottrol (1994), in welchem neben dem Artikel von Williams eine ganze Reihe weiterer juristischer Beiträge zur historischen Auslegung des zweiten Verfassungszusatzes zu finden sind.

Perspektive könne es weder 1787 noch heute eine "richtige" oder "korrekte" Bedeutung der Verfassung geben. Trotzdem stelle eine solche Perspektive für den Berufsstand der Juristen und Anwälte eine notwendige Fiktion dar.⁴⁷ Gerade aus ideengeschichtlicher Optik erscheint es allerdings interessant, sich die folgende Frage zu stellen: Warum könnte es historisch durchaus Sinn machen, dass der Milizartikel ein klassisch-republikanisches Überbleibsel in einer ansonsten liberalen Verfassung darstellt? Die Frage ist grundsätzlich dieselbe, welche wir uns im Zusammenhang mit James Burgh gestellt haben: Warum hält ein nach Isaac Kramnicks Interpretation liberaler Burgh immer noch am Ideal des Bürgersoldaten fest? Irgendetwas musste Burgh, seine amerikanischen Leser und auch die Väter des zweiten Verfassungszusatzes daran gehindert haben, wie Adam Smith gedanklich zur liberalen Lösung einer Berufarmee vorzustossen. Überhaupt ist das Milizideal im politischen Denken der Amerikanischen Revolution allgegenwärtig – vor allem in der ersten Phase bis in die 1790er Jahre. Insbesondere die Feindschaft gegenüber stehenden Heeren und – etwas weniger ausgeprägt – das Ideal des bewaffneten Yeoman-Milizionärs stellten eine rhetorische Konvention dar. Das Anliegen, eine "Standing Army" zu verhüten war deshalb wichtiger, weil es den amerikanischen Revolutionären sozusagen vielmehr darum ging, ein "römisches Imperium" zu verhindern, als aktiv eine "römische Republik" zu schaffen.⁴⁸ In Bezug auf die beste Wehrordnung eines Freistaates war zunächst die liberale Lösung komplett ausgeblendet. Es galt gleichsam das Dogma *militia et praeterea nihil*. Das liberale Argument hätte darin bestanden, dass ein vom Parlament kontrolliertes, kleines Berufsheer *de facto* die Freiheiten der Bürger eher schützen als sie zerstören würde. Dieses Argument konnte sich in der Vorstellung der Amerikaner deshalb lange Zeit nicht festsetzen, weil verschiedene real- und ideengeschichtliche Umstände dessen Ausprägung hemmten.

Eine *ideengeschichtliche* Hemmung ergab sich zunächst aus der fehlenden literarischen Verfügbarkeit des liberal-naturrechtlichen Wehrverfassungskonzeptes. Locke selbst hatte sich nicht zur Verteidigung seines Idealstaates geäußert. Auch bei Hobbes ist mitnichten davon auszugehen, dass ein normaler amerikanischer Leser am Ende des 18. Jahrhunderts dasselbe aus dem *Leviathan* herauslesen konnte wie der heutige politische Philosoph Michael Walzer: die Unvereinbarkeit von liberaler Gesellschaftstheorie und militärischer Wehrpflicht.⁴⁹ Die protoliberalen Court-Position, formuliert in den Pamphleten von John Somers und Daniel Defoe während der "Standing Army"-Kontroverse 1697-99, war in den Kolonien nahezu unbekannt. David Hume hatte in seinen

⁴⁷ Wood (1987), S. 632f.

⁴⁸ Richard (1994), S. 121.

⁴⁹ Walzer (1970), S. 89.

Essays mehreren zentralen Pfeilern der bürgerlich-humanistischen Milizidee die Grundlage entzogen. Bekannter in den Kolonien war jedoch seine in mancherlei Hinsicht konventionellere *History of England*. Darin spricht sich Hume ausdrücklich für eine Bürgermiliz und gegen ein stehendes Heer aus. Dies bedeutet, dass Hume von den meisten Revolutionären anders gelesen wurde als in dieser Studie vorgestellt: als Exponent eines Whig-Republikanismus – zuweilen sogar als Tory-Historiker mit versteckten Sympathien für die Stuarts. Alexander Hamilton und mit Abstrichen James Madison sind diesbezüglich als Ausnahmen zu sehen, welche die Regel bestätigen.⁵⁰ Josiah Quincy zitiert in seinen *Observations on ... the Boston Port-Bill* sogar Humes Votum für eine Miliz im "Essay of a Perfect Commonwealth".⁵¹ Adam Smiths *Wealth of Nations* erschien erst 1776, und damit zu spät, um die Haltung der ersten Generation von Revolutionären in der Wehrverfassungsfrage nachhaltig beeinflussen zu können.

Warum haben denn die Amerikaner nicht von sich aus das Milizideal in Frage gestellt? Dazu hätten sie ja nicht unbedingt einer literarischen Inspiration aus Europa bedurft. Abgesehen davon waren schon vor 1776 zahlreiche Studenten von Adam Smith nach Amerika ausgewandert. Die Antwort ist einfach: Es fehlte in den Kolonien weitgehend diejenige Instanz, für welche um 1700 der Pamphletist Daniel Defoe argumentiert und dabei die liberale Position grundlegend eingespurt hatte. Amerika war ein Country ohne Court.⁵² Hinzu kamen verschiedene *realgeschichtliche* Einflüsse: Bis zum Siebenjährigen Krieg – von den Amerikanern "French and Indian War" genannt – gab es in den Kolonien keine nennenswerten professionellen Verbände. Dies könnte leicht zum Schluss verleiten, die Amerikaner hätten von Anbeginn weg ihre militärische Verteidigung in den provinziellen Milizen selbst in die Hand genommen. Die hohe Einschätzung des Milizsoldaten im politischen Denken der amerikanischen Revolutionäre wäre dann folgerichtig das Abbild der eigenen kolonialen Erfahrung. Im Selbstverständnis vieler Amerikaner um 1770 verhielt es sich auch so.

In der Realität sah es jedoch (zumeist) anders aus: Bereits ab Ende des 17. Jahrhunderts war die traditionelle militärische Funktion der einzelstaatlichen Milizen immer stärker in den Hintergrund getreten. Die Milizionäre kämpften im Allgemeinen nicht mehr selber. Sie stellten nur noch die organisatorische und zeremonielle Rekrutierungsbasis dar, aus welcher Expeditionskorps von Freiwilligen zusammengestellt wurden. Die Struktur dieser Expeditionskorps glich sich im Verlaufe des 18. Jahrhunderts

⁵⁰ Nach Ansicht von Lutz (1984), S. 196, bedarf die Art und Weise, wie Hume von der Gründergeneration perzipiert wurde, einer weiteren Prüfung. Vgl. auch Bailyn (1967), S. 28, Fussnote 8, und S. 339.

⁵¹ Quincy (1774), *Observations on the ... Boston Port Bill*, S. 335f.

⁵² Pocock (1975), S. 509.

zunehmend derjenigen des stehenden Heeres im Mutterland an. Weil die wahlberechtigte Bürgerschaft nicht für die Krone in entfernten Gebieten zu kämpfen bereit war, wurden diese Einheiten zunehmend aus den unteren Schichten mehr oder weniger zwangsrekrutiert und unter das Kommando britischer Offiziere gestellt. Während des Siebenjährigen Krieges (1756-63) standen sich französische Reguläre und Indianer auf der einen Seite sowie britische Rotröcke und halbrekuläre Kolonisten auf der anderen Seite gegenüber. Die letzteren entsprachen aber kaum mehr dem Bild des tugendhaften unabhängigen Yeoman-Farmers. Ironischerweise waren es gerade jene armen, unterprivilegierten und landlosen Gesellen, welche vom Dienst in der eigentlichen Miliz mangels Eigentum ausgeschlossen wurden.⁵³ Was Edmund Morgan treffend über die Idealvorstellung des unbesiegbaren englischen Yeoman schreibt, trifft auch auf dessen amerikanisches Pendant zu: "Englands yeoman remained invincible, to foreign foes at least, by virtue of not having to fight."⁵⁴ Der Bürgersoldat war spätestens zur Mitte des 18. Jahrhunderts in Amerika fast ebenso eine Fiktion wie in England. *Faktisch* hatten die kolonialen Armeen zu diesem Zeitpunkt mehr Gemeinsamkeiten mit den Söldnertruppen des monarchischen Europa aufzuweisen, als mit den verherrlichten Bürgerheeren klassisch-republikanischer Theoretiker.⁵⁵

Warum wurde das Milizideal trotzdem von den amerikanischen Revolutionären so hochgehalten? Dies hängt damit zusammen, dass die koloniale Miliz trotz ihrer militärischen Schwäche auf bedeutend breiterer Basis stand als die englische. Zudem übte sie wie ihr englisches Pendant wichtige lokalpolitische Polizeifunktionen aus: Sie hatte Ruhe und Ordnung sicherzustellen und die freien, weissen, erwachsenen und männlichen Besitzbürger vor ihren ärmeren, andersfarbigen Zeitgenossen zu schützen.⁵⁶ Als traditionelles angelsächsisches Erbe wurde die Miliz in den Kolonien nach wie vor mit überlieferten englischen Freiheiten und mit einer sozialen Verpflichtung der Gemeinschaft gegenüber in Verbindung gebracht. Im Vergleich zum Mutterland war dieses Erbe frischer, weil die militärische Bedeutung der Miliz erst später in den Hintergrund getreten war. Hinzu kam, dass die in den Dienst gezwungenen Soldaten wenigstens Kolonisten waren und keine deutschen Söldner in roten Waffenröcken. Die Existenz einer Bürgermiliz wurde bei Ausbruch des Unabhängigkeitskrieges von den meisten amerikanischen Kolonisten noch immer als Beleg für die moralische Gesundheit ihrer Gesellschaft gesehen. Dass der Miliz zu diesem Zeitpunkt *de facto* militärisch keine grosse Bedeutung mehr zukam, störte wenig. Die Illusion konnte so lange überleben,

⁵³ Martin/Lender (1982), S. 17.

⁵⁴ Morgan (1988), S. 161.

⁵⁵ Shy (1976), S. 30.

⁵⁶ Martin/Lender (1982), S. 17.

als die traditionellen englischen Freiheiten der Amerikaner nicht herausgefordert wurden und die Kolonialmilizen nicht wirklich kämpfen mussten.

Ironischerweise ging das Ideal der Bürgermiliz sogar gestärkt aus dem Österreichischen Erbfolgekrieg (1743-48) – von den Amerikanern "King George's War" genannt – und aus dem anschließenden Siebenjährigen Krieg hervor. Ein aus Kolonialmilizen gebildetes Expeditionskorps von Neu-Engländern hatte 1745 völlig überraschend das strategisch wichtige Fort Louisbourg erobert – das französische Gibraltar der neuen Welt. In der Folge entspann sich ein patriotischer Mythos um dieses "Miracle". Dieser musste bald einer breiten Ernüchterung und einem Gefühl von Verrat weichen, als London im Friedensvertrag von Aix-la-Chapelle 1748 das Fort kampflos an Paris zurückgab und allgemein zum *status quo ante bellum* zurückgekehrt wurde. Der Siebenjährige Krieg brachte zu Beginn einige schwerste Niederlagen der britischen Berufssoldaten. Auch dies schien nicht gerade dazu geeignet, das koloniale Vertrauen in die eigene Miliz zu untergraben. Als 1763 Frieden geschlossen wurde, verblieben 8'000 bis 10'000 britische Reguläre auf dem amerikanischen Kontinent. Die Aufgabe der Rotröcke bestand primär nicht darin, einen Krieg mit den Indianern zu führen; sie sollten vielmehr als Puffer Spannungen zwischen diesen und den Siedlern verhindern. Diese Aufgabe konnte den provinziellen Milizen nicht übertragen werden: Erstens standen sie auf der Seite der Siedler und zweitens befanden sie sich zumeist in einem erbärmlichen Zustand. Durch die "real Whig"-Literatur geprägt, witterten die Kolonisten überall eine Verschwörung korrupter Minister. Deshalb erregte das Verbleiben britischer Soldaten auf dem nordamerikanischen Kontinent sofort die Befürchtung, England wolle den Kontinent nun mit einer "Standing Army" überziehen.⁵⁷

Richtig akut wurde die Gefahr allerdings erst im September 1768. Zwei reguläre Regimenter wurden aus den Grenzgebieten abgezogen und im ohnehin schon chronisch tumultbehafteten Boston stationiert. Eigentlich hätten diese Einheiten für Ruhe und Ordnung sorgen sollen. Sie hatten allerdings genau die umgekehrte Wirkung: Das Eintreffen der Einheiten heizte die Stimmung weiter an. Die Bevölkerung interpretierte ihr Erscheinen vor dem Hintergrund der "real Whig"-Literatur als ein entscheidendes Glied in einer ganzen Kette von Massnahmen in Richtung Tyrannei. War dies nicht genau diejenige Art und Weise, wie im antiken Rom, in Dänemark und anderswo freiheitliche Verfassungen gestürzt wurden? Angst beschlich die Einwohner Bostons. Sie begannen ihre täglichen Probleme, Zwischenfälle und Provokationen seitens der Rotröcke aufzuschreiben sowie diese Korrespondentenberichte im *Journal of the Times* in New York und Philadelphia zu veröffentlichen. Allenthalben reifte bei politisch und

⁵⁷ *Ibid.* (1982), S. 15f.

ideologisch sensitiven Amerikanern die Gewissheit, dass in der zweitgrössten Stadt Nordamerikas ein Komplott zur Beseitigung kolonialer Freiheiten im Gange war. Das *Journal of the Times* überzeugte viele Leser, dass Boston unter militärischer Kontrolle stand und die zivile Autorität faktisch abgedankt hatte.⁵⁸ Als am 5. März 1770 eine Auseinandersetzung zwischen Handwerkern und britischen Posten vor dem Zollhaus in Boston eskalierte und fünf Männer erschossen wurden, gab es keinen Zweifel mehr: Ein tyrannischer Wille musste hinter dieser "Standing Army" stehen! In der anschließenden, weit verbreiteten Sachverhaltserzählung des "Horrid Massacre in Boston" zuhanden der Gemeindeversammlung Bostons wurde der bewusste Vorsatz der Rotröcke sowie der dahinter stehende langfristige Plan betont. Das "Boston Massacre" war die logische Tat eines stehenden Heeres. Es war ein Verstoss gegen den Geist der Magna Charta und die Bill of Rights. Letztere beinhaltete die Regelung, dass die Aufstellung und die Beibehaltung eines stehenden Heeres in Friedenszeiten ohne Einwilligung des Parlaments gegen das Gesetz verstösst.⁵⁹ John Adams und Josiah Quincy verteidigten die verantwortlichen Soldaten daraufhin erfolgreich vor Gericht. Gleichwohl waren beide persönlich davon überzeugt, dass das Massaker die Gefährlichkeit stehender Heere in brutalster und augenfälligster Art und Weise belegt hatte. Der 5. März wurde in Massachusetts zum allgemeinen Trauertag ernannt. Die alljährlichen Gedächtnisreden hielten noch lange die Erinnerung an das Massaker sowie das Bewusstsein um die Gefahr professioneller Armeen wach.⁶⁰

Bereits am ersten Jahrestag zog der Redner James Lovell Parallelen zwischen dem antiken Athen, dem römischen Usurpator Caesar und dem fatalen Ereignis ein Jahr zuvor. Lovell meinte, die wahre Stärke und Sicherheit eines jeden Commonwealth oder jeder begrenzten Monarchie sei die Tapferkeit seiner Bürgermiliz. Durch eine tapfere Miliz würden diese Staaten zur Grösse aufsteigen und durch eine "mercenary army" zu Grunde gehen. Dies sei ein historisches Faktum. Dieselben Ursachen würden, bei gleichen Umständen, stets dieselben Auswirkungen zeitigen:

The true strength and safety of every commonwealth or limited monarchy, is the bravery of its freeholders, its militia. By brave militias they rise to grandeur, and they come to

⁵⁸ Das *Journal of the Times* war neben John Dickinsons *Letters from a Pennsylvania Farmer* bekannt wie keine andere koloniale Schrift vor der Revolution. Es erschien bis November 1769.

⁵⁹ Bowdoin et al. (1770), *A Short Narrative of the Horrid Massacre in Boston*, S. 8: "Thus were we, in aggravation of other embarrassments, embarrassed with troops, forced upon us contrary to our inclination – contrary to the spirit of the Magna Charta, – contrary to the very letter of the Bill of Rights, in which it is declared, that the rising of keeping a standing army within the kingdom in time of peace unless it be with the consent of parliament, is against law."

⁶⁰ Zur Entwicklung der Logik hinter der Rebellion siehe Bailyn (1967), Kap. IV.

ruin by a mercenary army. This is founded on historical facts; and the same causes will, in similar circumstances forever produce the same effects.⁶¹

Der letzte Satz erinnert an *An Argument* von John Trenchard und Walter Moyle.⁶² Die Vermutung bestätigt sich an anderer Stelle, wo Lovell explizit aus Trenchards *History of Standing Armies* zitiert. Er deutet auch auf die Gefahr hin, dass das Vorhandensein eines professionellen Heeres zur totalen Vernachlässigung der Miliz führen muss. In Bezug auf die Garantie der Bill of Rights kritisiert er, dass es nur das *britische* Parlament sei, welches einen Entscheid in dieser Frage treffen dürfe und nicht die Versammlung von Massachusetts: "... when did *our* assembly pass an act to hazard all the property, the liberty and the lives of their constituents? What check have *we* upon a British Army? Can *we* disband it? Can *we* stop it's pay?"⁶³

Lockes Dreiklang – *lives, liberties, estates (property)* – verträgt sich bei Lovell problemlos mit dem bürgerlich-humanistischen Ideal eines Bürgersoldaten: Man sei entweder ein Sklave oder ein freier Mann. Relevant hierfür sei nicht, ob man wirklich unterdrückt werde, sondern ob man eine verfassungsmässige Kontrolle der unterdrückenden Gewalt besitze oder nicht.⁶⁴ Der Akt des britischen Parlaments, ein stehendes Heer in den Kolonien beizubehalten, sei deshalb illegal. Das Parlament ernenne sich damit unrechtmässig zum König in Amerika.⁶⁵ Hat Lovell somit die Hoffnung auf das britische Parlament zur Entspannung der Situation durch Abberufung der professionellen Einheiten aufgegeben, hofft er noch auf die Einsicht des Königs: "May the allwise and beneficent Ruler of the Universe preserve our *lives and healths*, and prosper all our lawful *endeavours in the glorious cause of Freedom*."⁶⁶ Es sollte noch weitere fünf Jahre dauern, bis auch das letzte Vertrauen in den Monarchen erschöpft und dies die Unabhängigkeitserklärung unumgänglich machen würde.

Lovells Rede von 1771 ist insofern typisch, als zu diesem Zeitpunkt der Schwerpunkt kolonialer Agitation noch darin bestand, in Auslegung der Bill of Rights das Vorhandensein eines stehendes Heeres ohne Einwilligung des *eigenen* Parlaments anzuprangern. Ein professionelles Heer wurde noch nicht abgelehnt, weil es *selbst* die Moral der Amerikaner zu korrumpieren drohte, sondern weil man es als traditionelles Instrument machthungriger Despoten wahrnahm. In dieser *instrumentellen* Sicht der

⁶¹ Lovell (1771), *An Oration Delivered April 2d*, S. 8.

⁶² [Trenchard/Moyle] (1697a), *An Argument*, S. 5: "... what happened yesterday, will come to pass again; and the same Causes will produce like Effects in all Ages."

⁶³ Lovell (1771), *An Oration Delivered April 2d*, S. 10.

⁶⁴ *Ibid.*, S. 11: "Who are a free people? Not those who do not suffer actual oppression; but those who have a *constitutional check upon the power to oppress*."

⁶⁵ *Ibid.*, S. 16.

⁶⁶ *Ibid.*, S. 19.

"Standing Army" ging es vor allem um die Rechtsfrage, wie der Missbrauch einer solchen Armee durch London verhindert werden könnte. Anders als für die "real-Whigs" der 1690er Jahre war zu diesem Zeitpunkt für viele Amerikaner die professionelle Armee noch kompatibel mit den bürgerlichen Freiheiten – sofern sie durch die kolonialen Versammlungen kontrolliert sein würde.⁶⁷

Ab 1773/74 begann sich die Perspektive langsam zu verschieben. Zunehmend wurde in einer *existentiellen* Sicht der "Standing Army" argumentiert, dass diese Professionellen selbst *mit* Einwilligung des Parlaments abzulehnen seien. Die Diskussion verlagerte sich dadurch von einer rechtlichen auf eine moralische Ebene. Der Berufssoldat wurde immer stärker *selbst* als korrumpierendes Element in der amerikanischen Gesellschaft perzipiert. Eine Vorreiterrolle in diesem Wechsel spielte Neu-England. Dort war das Milizideal traditionell stärker verhaftet als im Süden. Die Konflikte mit Frankreich im Verlaufe des 18. Jahrhunderts hatten vornehmlich in diesem Gebiet stattgefunden. Die vergleichsweise kleinräumige Siedlungsdichte, eine homogene Bevölkerung und die egalitären politischen Strukturen der Neu-Englandstaaten hatten zur Folge, dass sich deren Milizen aus der überwiegenden Mehrheit der weissen männlichen Bevölkerung zusammensetzten. Bei Ausbruch des Unabhängigkeitskrieges war die Miliz von Massachusetts von allen Kolonialmilizen am besten für die militärische Auseinandersetzung gerüstet.⁶⁸

Die Vorstellung der englischen "real Whigs", dass eine Bürgermiliz das moralische Mittel sei zur Eliminierung von Luxus, Korruption und Dekadenz, fiel bei den puritanischen Neu-Engländern auf einen besonders fruchtbaren Boden. In ihrer Einschätzung hatte die Korruption in Amerika unter anderem mit der Präsenz von Professionellen in Boston Einzug gehalten. Aber warum war dies möglich gewesen? Hatte man nicht selbst in den letzten Jahrzehnten die Milizpflichten vernachlässigt? Früher als ihre Zeitgenossen in den südlichen Kolonien kamen die Neu-Engländer zum Schluss, dass es an ihnen selber lag, durch eine Reform der Miliz der um sich greifenden Dekadenz Einhalt zu gebieten.

Simeon Howards Predigt an die "Ancient and Honourable Artillery Company" vom 7. Juni 1773 illustriert diesen Wechsel. Howards Schwerpunkt ist nicht mehr die Behandlung der Frage, wer die Berufssoldaten kontrollieren soll. Er will sie *ganz* aus Amerika verbannt sehen. Howard zitiert Locke, um nachzuweisen, dass jegliche Herrschaft auf der Einwilligung der Regierten beruhen muss: Es gebe natürliche Freiheiten und Rechte, die unabtretbar seien.⁶⁹ Deshalb bestehe ein legitimes Widerstandsrecht

⁶⁷ Vgl. Cress (1982), S. 37ff.

⁶⁸ Higginbotham (1971), S. 22.

⁶⁹ Howard (1773), *A Sermon Preached to the Ancient and Honourable Artillery-Company*, S. 9f.

jedes Einzelnen gegenüber tyrannischer Herrschaft. Dieses Recht komme kollektiv in der Miliz zur Anwendung. Grundbedingung sei allerdings, dass ein Volk nicht von Steuern überladen sei. Ein solches Volk könne nie tapfer und kriegerisch sein.⁷⁰ Ein Volk, das seine Freiheit erhalten wolle, müsse sich selber mit Waffen ausrüsten und den Gebrauch derselben lernen.⁷¹ Eine Bürgermiliz, gebildet aus den "men of property", die ihre Religion, ihr Eigentum, ihre Freiheiten und ihre Familien verteidigen würden, sei den besten Veteranen annähernd ebenbürtig. Das zeige auch das Beispiel Roms und des alten Englands.⁷² Eine "Standing Army", "a number of men paid by the public, to devote themselves wholly to the military profession", könne leicht zum Werkzeug des Despotismus werden. Zudem seien diese Armeen im Allgemeinen aus Männern zusammengesetzt, welche kein Landeigentum (no real estate) und folgerichtig auch kein Interesse an der Verteidigung eines Staates hätten.⁷³ Es sei nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht eines jeden Eigentümers gegenüber der Menschheit und der eigenen Nachkommenschaft, die von Gott gegebene Freiheit zu verteidigen.⁷⁴ Als Alternative komme einzig die Sklaverei und die allgemeine Verbreitung des Lasters in Frage. Es sei oft beobachtet und durch die Erfahrung bestätigt, dass dem Verlust der Freiheit bald der Verlust jeglicher Tugend und Religion folgen müssten.⁷⁵ Das britische Amerika, vor allem der nördliche Teil, würde niemals ein stehendes Heer in seiner Mitte zulassen: "Virtue, domestic peace ... all loudly cry out against this measure."⁷⁶

Denselben bürgerlich-humanistischen Grundtenor von *militia*, *virtus* und *libertas* findet man auch in der umfassendsten Darstellung der amerikanischen Befindlichkeit zur Rolle des Militärs in einer freiheitlichen Gesellschaft am Vorabend der Revolution. 1774 veröffentlichte Josiah Quincy, vor dem Hintergrund der erneuten Ankunft britischer Truppen in Boston, seine einflussreichen und viel gelesenen *Observations on the ... Boston Port Bill; With Thoughts on Civil Society and Standing Armies*. Zentrales Thema der *Observations* ist, dass höchste Not am Mann sei, wenn die durch den Erlass der "Coercive Acts" sichtbar gewordene Gefahr von Tyrannei und Unterdrückung noch aufgehalten werden soll. Mit Verweis auf die "real Whig"-Literatur wendet sich

⁷⁰ *Ibid.*, S. 24.

⁷¹ *Ibid.*, S. 25.

⁷² *Ibid.*, S. 29.

⁷³ *Ibid.*, S. 26f. Hier zitiert Howard aus Trenchards *History of Standing Armies*.

⁷⁴ *Ibid.*, S. 33 und S. 40.

⁷⁵ *Ibid.*, S. 34: "Hence it has been often observed, and is confirmed by experience, that the loss of liberty is soon followed by the loss of all virtue and religion."

⁷⁶ *Ibid.*, S. 39.

Quincy an den amerikanischen Freeholder, den kolonialen Pfeiler des "landed interest". Diesen versucht er davon zu überzeugen, dass nur eine Bürgermiliz nach alter angelsächsischer Manier als militärisches Äquivalent zur zivilen Verfassungsordnung das harmonische Gleichgewicht einer freien Gesellschaft erhalten kann. Quincy stellt Amerika als Asyl der englischen Freiheit dar: Wirkliches Wissen und wirkliche Tugend hätten hier eine weitere Verbreitung gefunden als irgendwo sonst.⁷⁷ Aber selbst die beste Nation, beschützt von guten Gesetzen, voll von öffentlicher Tugend und kriegerischem Mut habe eine Achillessehne.⁷⁸ Quincy lässt keinen Zweifel darüber offen, woher er die Gefahr kommen sieht: Grossbritannien befinde sich in demselben Zustande wie das imperiale Rom zur Zeit seines Niederganges. Alle grossen Reiche müssten letztendlich entarten und dabei die Moral ihrer Bürger untergraben. Dieser gesellschaftliche Korruptionsprozess sei es genau, welcher momentan in den amerikanischen Kolonien im Gange sei.⁷⁹ Verhalte sich nicht Britannien gleich zu Amerika wie Caesar zu Rom?⁸⁰

Quincy war keineswegs der einzige, der eine grundlegend negative Analogie sah zwischen Korruption und Unterdrückung in der kaiserlichen Ära Roms und dem gegenwärtigen Zustand des britischen Weltreiches. Auch die positive Analogie zwischen der früheren einfachen, tugendhaften, freiheitlichen, patriotischen römischen Republik und der eigenen amerikanischen Situation war weit verbreitet.⁸¹ Begonnen hatte für Quincy die Korruption in Britannien schon früh, unter dem Stuart Charles II.⁸² Vor diesem Hintergrund könne es nur die Wahl geben zwischen einer absoluten Monarchie mit dem Monster einer "standing army", gebildet aus "mercenary legions", oder einem freiheitlichen Staat mit einer Bürgermiliz. Das erste würde sich sowohl in der politischen als auch in der moralischen Welt fatal auswirken. Jegliche Tugend würde erstickt.⁸³ Kein Freistaat sei je gegründet oder habe seine Freiheit langfristig erhalten können, ohne dass die Charaktere des Bürgers und des Soldaten in denjenigen vereinigt worden wären, welche für die Verteidigung des Staates bestimmt wurden. Das Schwert dürfe nur in die Hände derjenigen gelegt werden, welche ein Interesse an der

⁷⁷ Quincy (1774), *Observations on the ... Boston Port Bill*, S. 302.

⁷⁸ *Ibid.*, S. 326.

⁷⁹ *Ibid.*, S. 331f.: "The dominion of all great empires degrades and debases the human species. The dominion of Britain is that of a mighty empire. Her laws waste our substance; her placemen corrupt our morals; and her armies are to break our spirits." Siehe auch S. 303.

⁸⁰ *Ibid.*, S. 352.

⁸¹ Vgl. Bailyn (1967), S. 25f., und Wood (1969), S. 51. Bailyn vertritt die Ansicht, der Einfluss der antiken Klassiker auf die Gründerväter sei eher illustrativ und nicht entscheidend. Dem widerspricht Richard (1994), S. 2. Vgl. auch Arendt (1965), S. 253.

⁸² Quincy (1774), *Observations on the ... Boston Port Bill*, S. 360.

⁸³ *Ibid.*, S. 328ff.

Sicherheit der Gemeinschaft hätten. Eine gut geregelte Miliz setze sich deshalb aus Freeholdern, Citizens und Husbandmen zusammen. Diese würden nur dann zur Waffe greifen, um ihr Eigentum als Individuum und ihre Rechte als Freie zu verteidigen.⁸⁴ Interessant ist Quincys Aussage, man solle sich in dieser Frage nicht ausschliesslich von einer kommerziellen Sichtweise leiten lassen. Instinktiv scheint er zu ahnen, dass eine marktliberale Vorstellungswelt – er spricht von den "ideas of the merchant" – in einem inhärenten Spannungsverhältnis steht zum Ideal einer tugendhaften Bürgermiliz. Explizit offengelegt hat Quincy diesen Konflikt allerdings nicht.⁸⁵

Am 17. Mai 1774 traf General Thomas Gage in Boston ein – zugleich Oberbefehlshaber der britischen Truppen in Nordamerika und Gouverneur von Massachusetts. Damit schienen sich für die meisten Neu-Engländer der Wille und die Macht zur Tyrannei endgültig in *einer* Person vereinigt zu haben. Massachusetts ging als erster Staat daran, Quincys Forderung in die Tat umzusetzen und seine Miliz zu reorganisieren. Der im September gleichen Jahres eingesetzte erste Kontinentalkongress empfahl diese Ordnung auch den anderen Kolonien. Die Kolonialmilizen entwickelten sich zum idealen Mittel, politisch indifferente Mitbürger auf die Seite der Patrioten zu ziehen. Dadurch glichen sie sich immer stärker dem klassischen Konzept einer universalen Bürgermiliz an.⁸⁶

Zu diesem Zeitpunkt argumentierten nicht einmal mehr die loyalen Tories für eine Freiheitsverträglichkeit professioneller Truppen. Überhaupt unterschieden sich diese in ihrem ideologischen Weltbild nicht wesentlich von den Revolutionären. Auch sie waren überzeugt, es mit einer boshaften Verschwörung zu tun zu haben; allerdings nicht von Seiten korrupter britischer Minister, kolonialer Gouverneure oder des englischen House of Commons, sondern von Seiten der Patrioten. Der Tory Samuel Seabury kritisierte, dass die mobilisierten Kolonialmilizen keiner zivilen Kontrolle unterstellt seien. Dies müsse zum Zustand der Sklaverei führen. Grossbritannien werde den sich anbahnenden Konflikt wohl gewinnen. Deshalb habe die Rebellion einzig zur Folge, dass künftig mehr britische Truppen ständig auf dem amerikanischen Kontinent verbleiben

⁸⁴ *Ibid.*, S. 336: "No free government was ever founded, or ever preserved its liberty, without uniting the characters of citizen and soldier in those destined for the defence of the state. The sword never be in the hands of any but those who have an interest in the safety of the community ... Such are a well-regulated militia composed of the freeholders, citizens, and husbandmen, who take up arms to preserve their property as individuals, and their rights as freemen."

⁸⁵ *Ibid.*, S. 319f. Im Gefolge des Konsum- und Importboykotts britischer Waren Ende der 1760er Jahre sahen sich die amerikanischen Händler scharfer Kritik seitens patriotischer Mitbürger ausgesetzt, weil sie wenig Enthusiasmus für den Boykott aufbrachten. Thomas Jefferson sagte in diesem Zusammenhang: "Merchants have no country." Vgl. Morgan (1967), S. 83.

⁸⁶ Vgl. Cress (1979), S. 58ff.

müssten. Indem man die Dinge ins Extreme treibe, zwingt man Grossbritannien gerade dazu, das zu unternehmen, was man eigentlich verhindern wolle.⁸⁷

Die dargelegten Voraussetzungen waren zusammen mit der Dynamik des Ablösungsprozesses verantwortlich dafür, dass man in den politischen Schriften des vorrevolutionären Amerikas keine Verteidigung eines Berufsheeres aufgrund markt-liberaler Wertvorstellungen finden kann. Es lässt sich sogar folgendes behaupten: Die realgeschichtliche Entwicklung führte zu einer Verstärkung des Milizideals im kolonialen politischen Denken im unmittelbaren Vorfeld des Unabhängigkeitskrieges. Ohne Revolution hätte sich die seit Anfang des 18. Jahrhunderts feststellbare Tendenz in Richtung semi-reguläre Einheiten wohl weiter fortgesetzt – bis hin zur völligen Professionalisierung. Das Problem militärischer Macht wäre dann wohl im Rahmen der Frage, wer letztlich die *parlamentarische Kontrolle* über diese Einheiten verfügt, geregelt worden. Es wäre nicht wieder als eine Frage *moralischer Wertigkeit*, von Tugend und Korruption, ins politische Rampenlicht getreten.

Einer der ersten, welcher sich im realen Leben mit dem gestärkten Milizideal auseinandersetzen musste, war General George Washington. Dieser machte sich nach Kriegsausbruch im April 1775 daran, mit der Continental Army eine reguläre Armee aufzubauen. Paradoxerweise war es dieselbe Ideologie, die den Widerstand gegen das Mutterland massgeblich ausgelöst hatte, welche nun beträchtlich erschwerte, diesen militärisch effizient durchzusetzen.⁸⁸ Gravierend kam für Washington hinzu, dass die anfänglichen Erfolge der Kolonialmilizen bei Lexington, Concord und der Schlacht von Bunker Hill perfekt in die "real Whig"-Perspektive von der Überlegenheit einer Bürgermiliz gegenüber einem stehenden Heer zu passen schienen. Als bald entwickelte sich ein eigentlicher Mythos um den bewaffneten "Minuteman", der sich an der North Bridge von Concord mutig den Rotröcken entgegengestellt und diese blutig abgewiesen hatte.⁸⁹ Dieser Mythos sowie die revolutionäre Agitation gegen "Standing Armies" behinderten spürbar Washingtons Bestreben, eine professionelle amerikanische Armee aufzubauen. Zunächst glaubte der Kontinentalkongress sogar, eine solche sei gar nicht nötig. Er war fest davon überzeugt, dass der tapfere amerikanische Milizionär den Konflikt mit dem angeheuerten hessischen Söldner rasch würde für sich entscheiden können.

Die amerikanische Opposition steigerte sich vom defensiv-konservativen Widerstand gegenüber ungerechten Magistraten 1765 zur radikalen Revolution gegen die bri-

⁸⁷ Seabury (1775), *An Alarm to the Legislature of the Province of New York*, S. 158ff.

⁸⁸ Schröder (1982), S. 122.

⁸⁹ Vgl. Martin/Lender (1982), S. 1ff.

tische Monarchie 1776. Während dieses Prozesses zeigte die Idee des Bürgersoldaten einen ähnlichen Verlauf wie das damit verbundene Konzept bürgerlicher Tugend.⁹⁰ Die Kolonisten wurden im Verlaufe dieser Jahre zunehmend desillusioniert. Sie mussten einsehen, dass sich ihre Anliegen nicht durch die Verteidigung althergebrachter englischer Freiheiten im Rahmen der bisherigen politischen Ordnung durchsetzen liessen. Die Desillusionierung führte zu einer grundlegenden rechtlichen und moralischen Neubewertung des Verhältnisses zum Mutterland. Die *rechtliche* Neubewertung führte jedoch interessanterweise lange Zeit nicht dazu, dass das englische Common-law zugunsten der abstrakteren Naturrechtslehre aufgegeben wurde. Für die meisten Kolonisten gab es keinen Konflikt zwischen aufgeklärtem Naturrecht und englischer Geschichte. Bis zur Unabhängigkeitserklärung und mehrheitlich sogar darüber hinaus hielten die Amerikaner der englischen Mischverfassung die Treue. Dies verlieh der ganzen Revolution einen konservativen Anstrich. Gordon S. Wood meint denn auch: " ... they revolted not against the English constitution but on behalf of it."⁹¹ Die *moralische* Neubewertung äusserte sich darin, dass viele Kolonisten zunehmend der Meinung waren, dass sie es mit einem durch "wealth" und "luxury" vollständig korrupten britischen Staat zu tun hatten. Dem jungen, einfachen, männlichen und tugendhaften Amerika sollte eine bestimmte weltgeschichtliche Verantwortung zukommen: die Bewahrung der englischen Freiheit für kommende Generationen.

In seiner Rede zum zweiten Jahrestag des Boston Massakers (1772) wandte sich Joseph Warren in diesem Sinne an seine Zuhörer:

May our land be a land of liberty, the seat of virtue, the asylum of the oppressed, a name and a praise in the whole earth, until the last shock of time shall bury the empires of the world in one common undistinguished ruin!⁹²

Seine zweite Gedächtnisrede hielt Warren 1775, wenige Wochen vor Kriegsbeginn und Monate bevor er in der Schlacht von Bunker Hill fallen sollte. Zu diesem Zeitpunkt gab er sich noch immer der Illusion hin, die Amerikaner könnten das britische Volk durch das eigene gute Beispiel wieder zurück auf den tugendhaften Weg führen:

Britain ... may be the seat of universal empire. But should America, either by force, or those dangerous engines, luxury and corruption, ever be brought into a state of vassalage, Britain must lose her freedom also. ... I must indulge a hope that Britain's liberty, as well as ours, will eventually be preserved by the virtue of America.⁹³

⁹⁰ Als beste Studie dieser Entwicklung siehe Maier (1972a).

⁹¹ Wood (1969), S. 10.

⁹² Warren (1772), in: *Orations ... to Commemorate the Evening of the Fifth of March, 1770* (1807), S. 25.

⁹³ *Ibid.*, S. 67.

Allgemein reifte jedoch ab Mitte der 1770er Jahre bei den meisten amerikanischen Whigs immer stärker die Erkenntnis heran, dass eine Trennung unumgänglich sein würde. Nur so waren die freiheitlichen Prinzipien der englischen Verfassung in der neuen Welt zu erhalten.⁹⁴ Dass in der Boston Tea Party von 1773 ein Luxusgut in die Massachusetts Bay geworfen wurde, war vor diesem moralischen Hintergrund kein Zufall. Die mehr schlecht denn recht als Indianer verkleideten Kolonisten wollten nicht nur gegen den kürzlich erlassenen Tea Act protestieren; die Aktion stellte symbolisch eine moralische Selbstreinigung dar. Es war ebenfalls kein Zufall, dass dies im ursprünglich als puritanische Kolonie gegründeten Massachusetts geschah. Die religiöse Homogenität der Kolonie hatte zwar im Zuge der Umwälzungen des "Great Awakening" in den 1740er Jahren deutlich abgenommen. Trotzdem war die puritanische Ethik noch immer stark verhaftet. Bereits Ende der 1760er Jahre hatte sie sich in den sogenannten "Non-importation movements", dem Boykott von britischen Importen, im politischen Leben konkret manifestiert.⁹⁵

In ihrer wirtschaftlichen, sozialen und militärischen Struktur hatte sich das koloniale Leben um 1775 immer stärker dem britischen Muster angenähert. Der koloniale Soldat glich zunehmend dem britischen Rotrock, die koloniale Gesellschaft wurde immer kultivierter, die Wirtschaft diversifizierter, die Bevölkerung urbaner und der soziale Aufstieg schwieriger. Diese Entwicklung wurde überall im britischen Amerika ambivalent vor dem Hintergrund des klassischen Gegensatzpaares von "luxury" und "virtue" gesehen. In Neu-England und vor allem in Massachusetts waren diese allgemein feststellbaren Ambivalenzen aufgrund des puritanischen Erbes nur deutlich stärker. Der Appell "Let our harbours, our doors, our hearts, be shut against luxury!" richtete sich an die eigene Adresse. Er brachte eine moralische Pflicht eines jeden Amerikaners zum Ausdruck, die Tugenden der Einfachheit und Genügsamkeit zu bewahren. Als Amerika unabhängig und plötzlich zur Republik wurde, sollten Republikanismus und Religion zusammenarbeiten, um im Volk ein Gefühl der Enthaltbarkeit, der Aufrichtigkeit, der Milde und des Gemeinwohls zu schaffen. Die Unabhängigkeit vom Mutterland war weit mehr als ein politischer Bruch. Sie sollte die Quelle einer moralischen Regeneration sein. Amerika würde sich – in den Worten von Samuel Adams – in ein "christliches Sparta" verwandeln.⁹⁶

⁹⁴ Vgl. Wood (1969), S. 45.

⁹⁵ Siehe Morgan (1967), S. 81ff. Zusätzlich alarmierend-mobilisierende Wirkung hatten in Massachusetts weitverbreitete Ängste, dass die anglikanische Kirche in Cambridge ein Bistum errichten wollte. Bailyn (1967), S. 254-257.

⁹⁶ Wood (1969), S. 91-124. Während für Wood der Republikanismus eine säkulare Version des Puritanismus mit grundlegend anti-kommerzieller Ausrichtung darstellt, sieht Rossiter (1953),

Auch im meistverbreiteten Pamphlet der Revolutionszeit, in *Common Sense* des englischen Quäkers Thomas Paine, findet sich die Aussage, dass sich Amerika auf einer welthistorischen Mission befindet. Isaac Kramnick glaubt in Paine einen Vertreter des Locke'schen, bourgeois Radikalismus der englischen Dissenter-Mittelschicht zu erkennen.⁹⁷ In der Tat argumentiert Paine am Anfang von *Common Sense* in offensichtlicher Anlehnung an Locke, dass die Regierung auf dem Konsens der Individuen beruhe. Sie habe grundsätzlich keine andere Funktion zu erfüllen, als deren naturgegebenen Rechte zu schützen: " ... government even in its best state is but a necessary evil".⁹⁸ Wie Adam Smith vertraut Paine auf den zivilisierenden Einfluss des Freihandels auf die internationale Staatenwelt: "Unser Plan heisst Handel (commerce), welcher uns bei guter Beachtung Friede und Freundschaft ganz Europas sichern wird."⁹⁹

Gegen Ende von *Common Sense* leitet Paine allerdings auch eine moralische Notwendigkeit der Unabhängigkeitserklärung unter klassisch anti-kommerziellen Prämissen ab: Der jugendliche Zustand der Kolonien spreche nicht gegen, sondern für die Unabhängigkeit. Die Amerikaner seien genügend zahlreich. Wären sie mehr, so wären sie auch weniger geeint. Im Allgemeinen gelte die Regel, dass bei zunehmender Bevölkerungszahl die Armeen eines Landes kleiner werden. Die Heere der Antike hätten an Grösse diejenigen der Moderne bei weitem überstiegen. Der Grund liege beim Handel:

... for trade being the consequence of population, men become too much absorbed thereby to attend to any thing else. Commerce diminishes the spirit, both of patriotism and military defence ... With the increase of commerce England hath lost its spirit.¹⁰⁰

Die Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776, mehr als ein Jahr nach Ausbruch des Krieges, rückte das Konzept bürgerlicher Tugend noch stärker ins Rampenlicht politisch bewusster Amerikaner. Dies hatte vor allem mit Montesquieu zu tun. Der Franzose hatte geschrieben, dass die *vertu politique* im Sinne einer patriotischen Hingabe für das Gemeinwohl das spezifische Prinzip einer Republik darstelle. Im Gegensatz dazu seien in einer Monarchie die Ehre und in der Despotie die Furcht vorherrschend.¹⁰¹ In einem Brief an James Warren schrieb John Adams in Anlehnung an Montesquieu, die republikanische Staatsform und die Freiheit bedingten im Volk eine

S. 93, den Puritanismus als Basis des ökonomischen Individualismus einer "middle-class, bourgeois, free-enterprise democracy".

⁹⁷ Kramnick (1990), S. 133-160. Hinzu kamen auch wirtschaftliche Gründe: Die Wirtschaft Neu-Englands stagnierte, und der Siedlungsdruck nahm immer mehr zu. Schröder (1982), S. 97.

⁹⁸ Paine (1776), *Common Sense*, S. 65.

⁹⁹ *Ibid.*, S. 86.

¹⁰⁰ *Ibid.*, S. 107.

¹⁰¹ Montesquieu (1748), *De l'Esprit des lois*, II-III.

positive Leidenschaft für das Gemeinwohl, das öffentliche Interesse, die Ehre, die Macht und die Glorie. Diese öffentliche Leidenschaft müsse allen privaten Begehrllichkeiten vorangehen:

There must be a positive Passion for the public good, the public Interest, Honour, Power and Glory, established in the Minds of the People, or there can be no Republican Government, nor any real Liberty: and this public Passion must be Superior to all private Passions.¹⁰²

Es war kennzeichnend für den "Spirit of '76", dass die meisten Amerikaner optimistisch waren, diesen hohen republikanischen Anforderungen gerecht werden zu können. Hatten nicht die Erfolge der Kolonialmilizen bei Lexington, Concord und Bunker Hill gezeigt, dass die Bürger einer Republik gegenüber monarchischen Untertanen stets siegreich blieben?

Im England des 17. Jahrhunderts hatten Autoren wie Neville, Sidney, Trenchard, Toland und Fletcher bürgerrepublikanische Prinzipien in einen monarchischen Kontext übernommen. Dabei hatten sie sich immer wieder dem Vorwurf ausgesetzt, Anti-Monarchisten zu sein. Sidney war für seine republikanischen Ideen sogar geköpft worden. Für den Durchschnittsamerikaner von 1776 war im Vergleich hierzu die Sachlage einfach: Man hatte sich von der britischen Erbmonarchie losgesagt und war nun eine Republik. Republikanische Prinzipien wurden als so wohlbekannt und ihre Gültigkeit im amerikanischen Kontext als so selbstverständlich angesehen, dass nur ganz wenige Lust verspürten, ihnen formell auf den Grund zu gehen. Erst viel später sollten die vagen Prämissen, auf denen der amerikanische Republikanismus beruhte, einer systematischen Prüfung unterzogen werden. 1807 wird John Adams an Mercy Warren schreiben, er selber und auch niemand sonst habe je verstanden und werde je verstehen, was eine Republik sei: "... alles, jedes oder nichts".¹⁰³ Im Jahre 1776 war es für die Amerikaner nicht entscheidend, herauszufinden, was genau eine Republik ist; sie wollten vielmehr den Tatbeweis erbringen, dass es möglich war, auf der Grundlage der öffentlichen Moral eine frische, republikanische Welt zu erschaffen. Jedem Amerikaner war angesichts der historisch prekären Instabilität der Republiken der Antike, der Renaissance und der Moderne sowie der Turbulenzen der Commonwealth-Zeit klar, dass eine schwere Aufgabe auf ihn zukam. Eine Republik zu bilden, bedeutete nicht nur, eine bestimmte Staatsform gegen eine andere zu tauschen, sondern eine moralische Herausforderung an ein neues Volk in einer neuen Welt anzunehmen.¹⁰⁴ Robert Shalhope

¹⁰² Zit. in Stourzh (1989), S. 118.

¹⁰³ Wood (1969), S. 48f., und Wootton (1994), S. 7.

¹⁰⁴ Vgl. Wood (1969), S. 46ff. Nach Greene (1972), S. 120, überschätzen Pauline Maier und Gordon Wood den republikanischen Optimismus von 1776.

meint, die Revolution habe das Konzept der Tugend, der kollektiven Harmonie und der Gleichheit gerade zu *dem* Zeitpunkt geweiht, als diese vormodernen republikanischen Werte in der amerikanischen Gesellschaft bereits einen Anachronismus darstellten.¹⁰⁵

Inspiration zur republikanischen Neugeburt boten vor allem die Republiken der Antike (Athen, Sparta und insbesondere Rom), die englische Commonwealth-Erfahrung sowie die zeitgenössischen Republiken Holland, Venedig, San Marino und die Schweiz. Eine klare Trennung zwischen klassischen und englischen Whig-Commonwealth-Einflüssen ist dabei kaum haltbar – eine solche scheint Carl Richard vorzuschweben.¹⁰⁶ Die meisten klassischen Werke wurden über "real Whig"-Historiker wie Thomas Gordon, Walter Moyle oder Edward Montagu perzipiert.¹⁰⁷ Da öffentliche Moral vor allem klassische Moral bedeutete, konnten die Kolonisten nicht genug von den Helden Roms, von Cato, Brutus und Cicero lesen. Klassische Moral bedeutete wiederum vor allem republikanische Moral – vor dem Hintergrund der Lektüre der Historiker der sogenannten "römischen Aufklärung" Sallust, Tacitus und Plutarch. Diese Tugend galt es im Sinne einer historisch einmaligen Chance in den modernen Republiken Nordamerikas zur Anwendung zu bringen. Angeleitet durch lateinische Klassiker, zeitgenössische Geschichtswerke der antiken Welt, die englische Commonwealth-Literatur und Texte der europäischen Aufklärung stellten sich die Revolutionäre das Idealbild eines republikanischen Amerikas zusammen. Gegenüber den amerikanischen Republiken sollten alle historischen Beispiele verblassen. Dass dies die Mobilisierung einer besonderen moralischen und bürgerlichen Tugend erforderlich machen würde, war jedermann klar. Ob dies nun eine spartanische, römische, angelsächsisch-gotische, puritanische, christliche oder kultiviert-moderne Tugend sein müsste, wurde zunächst kaum hinterfragt.¹⁰⁸ Die meisten Amerikaner gingen davon aus, dass alle diese Tugenden in dieselbe Richtung und zum Kern des Republikanismus hin tendierten: zur Bereitschaft, das eigene Interesse zugunsten des öffentlichen Wohls zurückzustellen. Neben dem Begriff der Freiheit wurde kein anderer Ausdruck von den Revolutionären öfter verwendet als derjenige des "public good". Kaum ein Whig war 1776 theoretisch bereit, das Konzept bürgerlicher Tugend grundsätzlich zu hinterfragen, den Glauben an die Priorität des kollektiven Wohls als Ziel der Politik umzustossen und den Egoismus als normatives menschliches Verhalten zu akzeptieren. Individuelle Freiheit und Gemeinwohl waren *deshalb* leicht zu vereinbaren, weil das Problem der amerikanischen

¹⁰⁵ Shalhope (1991), S. 657.

¹⁰⁶ Richard (1995), S. 2 und S. 7f.

¹⁰⁷ Wood (1969), S. 50.

¹⁰⁸ Zur Sprache der "Politeness" im amerikanischen Revolutionsdenken siehe Wood (1992), Kap. 12.

Politik zu diesem Zeitpunkt weniger darin bestand, private Rechte der Individuen gegen den Willen der Mehrheit zu schützen, als die öffentlichen Rechte des gesamten Volkes gegen die mutmasslichen Sonderinteressen der korrupten Regierenden zu sichern. Die Möglichkeit einer demokratischen Mehrheitstyannei war im Grunde auch theoretisch undenkbar: In der Whig-Konzeption war der Court, die Exekutive, immer Ausgang des Missbrauchs politischer Macht und von Korruption gewesen. In dieser Sichtweise wurde die Macht des Volkes mit der Freiheit gleichgesetzt. Deren Missbrauch war Anarchie, aber niemals Tyrannei.¹⁰⁹

In ihrem idealistischen Vertrauen gegenüber dem amerikanischen Volk gingen wenige so weit wie der exzentrische Revolutionsgeneral Charles Lee (1731-82). Dieser stellte die für eine Republik erforderliche bürgerliche Tugend als eine spartanisch-egalitäre und anti-kommerzielle Moral dar. Lees politische und militärische Ansichten widerspiegeln beispielhaft den durch ein nostalgisches Bild der Antike massgeblich geprägten Enthusiasmus und Optimismus bei Kriegausbruch.¹¹⁰ 1776 schrieb Lee an Patrick Henry, er habe immer zutiefst bedauert, nicht in die Blütezeit der römischen Republik geboren worden zu sein. Nun schienen Lees klassisch-republikanische Träume Wirklichkeit geworden zu sein. Lee hatte von seinem vierzehnten Lebensjahr an in der britischen und polnischen Armee Dienst getan. Dennoch unterschied er sich von anderen Offizieren – namentlich von seinem Vorgesetzten George Washington – dadurch, dass er von einem ausgesprochenen Misstrauen gegenüber dem militärischen Professionalismus durchdrungen war. Bei Kriegsbeginn verfasste Lee, zugegebenermassen inspiriert durch Machiavelli, den Plan einer Bürgermiliz. Dieser Plan erinnert stark an die früheren Vorschläge von John Toland und Andrew Fletcher.¹¹¹

Lee hat ein beinahe grenzenloses Vertrauen in die "Yeomanry of America". Diese sei von Kindesbeinen an gewöhnt, mit Waffen umzugehen. Die englische Mittel- und Unterklasse hingegen sei ebenso unfähig, mit einer Muskete zu hantieren wie mit einem antiken Katapult. Innerhalb von drei bis vier Monaten könne aus den Kolonialmilizen ein schlagkräftiges Infanterieheer von 100'000 Mann gebildet werden.¹¹² Die Anwerbung Freiwilliger sei abzulehnen. Denn dies würde einen gesonderten Berufsstand, zusammengesetzt aus den unnützigsten, lasterhaftesten und liederlichsten Teilen der Gesellschaft zur Folge haben. Berufssoldaten würden normalerweise als willenloses Instrument eines Generals gegen das eigene Land eingesetzt:

¹⁰⁹ Wood (1969), und Ders. (1990), S. 13ff.

¹¹⁰ Wood bezeichnet Lee als amerikanischen Archetypus eines "real Whig". Wood (1969), S. 140. Zu Lees Charakter siehe Royster (1979), S. 40-42.

¹¹¹ Vgl. Cress (1982), S. 54-56.

¹¹² Lee (1774), *Strictures on a Pamphlet*, in: *The Lee Papers* (1871), Bd. 4, S. 153-166.

This has and must be the fate of every people who have not wisdom enough to make, and virtue enough to submit to, laws which oblige every citizen to serve in his turn as a soldier.¹¹³

Lee lehnt die Verwendung von Rekrutierungsprämien und verlängerten Dienstzeiten deshalb ab, weil dies seiner Meinung nach zur Vernachlässigung der kriegerischen Gesinnung in der Bürgerschaft führen muss. Jeder Bürger soll in der Miliz abwechselnd Dienst tun, wobei die aktive Dienstzeit zwei Monate pro Jahr nicht überschreiten darf.¹¹⁴ In Lees "Plan for the Formation of a Military Colony" soll ein Ackergesetz den Landbesitz auf 5'000 Morgen (=40,47 a) beschränken. Jeder der 10'000 Bürger soll bei Gründung der Kolonie einen Landbesitz zwischen 200 Morgen (für normale Soldaten) und 2'500 Morgen (für Obersten) erhalten. "The State" – wie Lee seine Militärkolonie auch nennt – soll durch eine jährlich abwechselnde Miliz von einem Fünftel der 17 bis 45-jährigen verteidigt werden. Handel (trade) ist in der Kolonie ausgeschlossen. Lee meint, es sei wohl der grösste Fehler und das grösste Verhängnis moderner Gesellschaften, dass sie davon überzeugt sind, extensiver Handel sei die Quelle von Reichtum, Stärke, Glück und Ehre. Gerade das Gegenteil sei der Fall: " ... it must emasculate the body, narrow the mind, an in fact corrupt every true republican and manly principle".¹¹⁵ Verweichlichende und niedrige berufliche Tätigkeiten wie diejenigen des Schneiders, Barbiers, Schuhmachers und des Webers werden den Frauen, Gebrechlichen und Sklaven zugewiesen. Die männlichen Bürger der Kolonie sind einzig Bauern, Jäger und Krieger – wobei durch Musik, Poesie und Religion einer Verrohung der Sitten entgegengewirkt werden soll.¹¹⁶

Thomas Paine und Charles Lee stehen als krasse Gegensätze exemplarisch für den konzeptionell uneinheitlichen Optimismus von 1776. Paine sieht die Unabhängigkeit als Beginn einer liberal-kommerziellen Revolution durch die Möglichkeiten des freien Handels. Für Lee schafft sie die Voraussetzung der Neugründung einer egalitär-klassischen Republik spartanischer Prägung. Obwohl diese Visionen im Grunde nicht miteinander vereinbar sind, waren sie doch beide typisch für jene Zeit. Lees klassische, anti-kommerzielle Vorstellung bürgerlicher Tugend war durchaus extrem. Gleichwohl teilten viele Amerikaner 1776 seinen Wunsch nach einer spartanisch-egalitären Gesellschaft mit einer Bürgermiliz. Jeder sollte wie im alten Rom bereit sein, das Leben für das Gemeinwohl hinzugeben.¹¹⁷ Viele Amerikaner – mitunter sogar die gleichen – teil-

¹¹³ Lee an James Bowdoin, 30. November 1776, *ibid.*, Bd. 5, S. 323f.

¹¹⁴ "Plan for an Army", *ibid.*, Bd. 5, S. 383-389.

¹¹⁵ "A Sketch of a Plan for the Formation of a Military Colony", *ibid.*, Bd. 6, S. 330.

¹¹⁶ Lee toleriert ebenfalls: " ... the trade of smiths, carpenters, and those which do not emasculate", *ibid.*, S. 324.

¹¹⁷ Vgl. Wood (1969), S. 53.

ten aber auch Paines Euphorie, dass die Befreiung von den merkantilistischen Fesseln des Mutterlandes den amerikanischen Handel antreiben würde. Internationale Kooperationen und Wissensaustausch sollten die errungene amerikanische Freiheit in die Welt hinaus tragen.¹¹⁸

Voller Elan und angeleitet durch John Adams' *Thoughts on Government* gingen die frischgebackenen amerikanischen Republikaner ab dem 15. Mai 1776 daran, gemischt-gewaltenteilige einzelstaatliche Verfassungen zu schaffen. Dies spielte sich zunächst stark vor dem Hintergrund der durch die Revolution noch weiter verfestigten Whig-Oppositionsideologie ab. Diese hatte die Gefahr für eine staatliche Ordnung vornehmlich bei der Magistratur gesehen. Das führte dazu, dass in den ersten einzelstaatlichen Verfassungen die legislativen Befugnisse der nun überall gewählten Gouverneure oder Präsidenten ganz und die exekutiven Prerogative beträchtlich zurückgestuft wurden.¹¹⁹ In der radikalsten Verfassungsdiskussion von Pennsylvania wurde sogar über die Einführung eines Ackergesetzes debattiert und am Ende auf einen Gouverneur überhaupt verzichtet. Ein direkt vom Volk gewählter "Executive Council" von 12 Mitgliedern trat an dessen Stelle. In Pennsylvania wurden die Mitglieder dieses "Executive Council" ebenso als Repräsentanten des Volkes gesehen wie die Mitglieder der Volksversammlung. Für die Magistraten in den anderen Staaten traf dies zunächst nicht zu. Alle Councils wurden nun entweder direkt vom Volk – wie in Pennsylvania und Vermont – oder indirekt durch die Volksversammlungen gewählt. Abgesehen von Pennsylvania amtierten die Councils auch als zweite legislative Kammer. Das Ergebnis dieser Entwicklung war, dass in allen Staaten die Volksversammlungen die anderen Organe beinahe erdrückend dominierten.¹²⁰ Trotz dieses Ungleichgewichts wurde im Allgemeinen das Zweikammersystem noch immer mehrheitlich als eine gemischte Verfassung wahrgenommen. Die radikalen Verfassungsväter in Pennsylvania waren die Ersten, welche angesichts der Einkammerherrschaft und des ebenfalls vom Volk gewählten "Executive Councils" ihre Republik mit einer ungemischten, *reinen* Demokratie gleichsetzten.¹²¹

Die meisten Staaten nahmen einen Passus in ihre Bill of Rights auf, in welchem stehende Heere abgelehnt und die Miliz als natürliche Wehrform einer freien Gesellschaft bezeichnet wurde. Auch die Forderung nach der Unterordnung der militärischen unter

¹¹⁸ Zum amerikanischen Freihandels-Optimismus von 1776 vgl. McCoy (1980), S. 86-90.

¹¹⁹ Einzig in South Carolina wurden dem Gouverneur noch legislative Kompetenzen belassen. *Ibid.*, S. 207.

¹²⁰ *Ibid.*, Kap. IV, S. 127-161.

¹²¹ *Ibid.*, S. 222-237.

die zivile Gewalt sowie die Garantie des Rechts eines jeden freien Mannes, Waffen zu tragen, findet sich in praktisch allen einzelstaatlichen Bills of Rights.¹²²

In dieser Phase – bis 1778/79 – befanden sich sowohl das Konzept bürgerlicher Tugend als auch das Konzept des Bürgersoldaten gleichsam auf ihrem Höhepunkt. Zum Bürgersoldaten gilt es allerdings zu bemerken, dass in Wirklichkeit das erste patriotische Feuer, die *rage militaire*, eigentlich nur gerade bis zur Winterkampagne 1775/76 brannte. Zu diesem Zeitpunkt brach die aus Kolonialmilizen gebildete Armee General Montgomerys vor den Toren Quebecs auseinander. Die Milizionäre gingen nach Ablauf ihrer Dienstzeit scharenweise einfach nach Hause. Das Selbstverständnis des "minute man" als freier Bürgersoldat stellte sich zunehmend als zweischneidiges Schwert heraus. Seit Beginn des Krieges hatten sich die Patrioten gegen Drill, Hierarchie und einer strengen Disziplinierung gestraubt. Sie waren von der Überzeugung durchdrungen, ihr Mut sei natürlichen Ursprungs und demzufolge sei dessen künstliche Anerziehung nach britischer Façon überflüssig, ja sogar schädlich.¹²³

Der Gedanke, dass die Tapferkeit mehr moralischem Enthusiasmus als handwerklicher Fertigkeit entspringt, war schon 1776 jahrhundertealt. Bereits um 430 v. Chr. findet man ihn in der Grabrede von Perikles auf die ersten Gefallenen des Peloponnesischen Krieges. In einer von Patriotismus durchtränkten Rede hatte er den athenischen Teilzeitsoldaten dem gedrillten Spartaner gegenübergestellt:

In der Erziehung streben jene in rastlosem Mühen schon von klein auf nach Mannesmut, wir aber leben gelöst, doch gehen wir nicht minder entschlossen an die gleichen Gefahren heran. ... wenn wir eher mit unbeschwertem Sinn als sorgenvoller Mühe und nicht so sehr in gesetzgebotener als wesensentsprungener Tapferkeit bereit zum Wagnis sind, so haben wir davon nur Vorteil: künftige Not macht uns nicht vorher schon Sorge, und ist sie da, zeigen wir uns nicht weniger wagemutig als solche, die sich immer abmühen.¹²⁴

Athen verlor jedoch bekanntlich den Peloponnesischen Krieg, und das gleiche Schicksal drohte auch den Kolonisten in ihrer kriegerischen Auseinandersetzung mit dem Mutterland. Als sich der natürliche Mut auf dem Schlachtfeld nicht im erhofften Ausmass manifestierte, äusserte sich die Selbstbestimmung des Patrioten konkret darin, dass er Reissaus nahm. Vor die Wahl gestellt zwischen persönlicher Freiheit und öffentlicher Tugend, entschieden sich nicht wenige Amerikaner für das erstere. Die Desertationsrate kletterte auf 20 bis 25 Prozent. Dies führte zur paradox erscheinenden

¹²² Cress (1982), S. 60, und Shalhope (1982), S. 608-610. Ein typisches Beispiel ist der Artikel 13 der *Declaration of Rights* von Virginia. Dieser wurde von George Mason verfasst: "That a well-regulated Militia, composed of the body of the people, trained to arms, is the proper, natural, and safe defence of a free State." Zit. in Cress (1984), S. 29.

¹²³ Royster (1979), S. 25-53.

¹²⁴ Thukydides, *Der Peloponnesische Krieg*, S. 163f.

Situation, dass der Enthusiasmus für die Unabhängigkeit gerade zu jenem Zeitpunkt answoll, als die Euphorie, den Krieg hierfür in *eigener* Person zu führen, schon wieder im Schwinden begriffen war.¹²⁵ Damit kollabierten im Grunde auch die Hoffnungen, den Krieg mit einer Armee von Bürgersoldaten gewinnen zu können. Der Oberbefehlshaber George Washington erhielt in der Folge vom zweiten Kontinentalkongress die Vollmacht, eine Kontinentalarmee (Continental Army) mit verlängerter Dienstzeit – bis 3 Jahre oder bis Kriegsende – aufzustellen. Diese Soldaten kamen wie diejenigen früherer kolonialer Expeditionskorps aus den Reihen der Ärmsten und Landlosen. Das Problem für Washington – respektive für die einzelnen Staaten, welche ihre vom Kongress zugewiesenen Quoten zu erfüllen hatten – war nun allerdings, dass es in Amerika, dem Land des Yeoman-Farmers, nie genügend solcher armer Gesellen und Vagabunden gab. Darum musste ein komplexes System von finanziellen Anreizen zur Einschreibung von Rekruten und Veteranen sowie ein Prämiensystem entwickelt werden. Nur so gelang es Washington, seine Leute einigermaßen bei der Stange zu halten.¹²⁶

Im Allgemeinen waren es weniger revolutionäre Ideale als ökonomische Zwänge oder persönliche Ambitionen, welche die oft eben erst eingewanderten jungen Männer dazu veranlassten, sich in die Rekrutierungslisten der Armee einzuschreiben.¹²⁷ Die Verlängerung der Dienstzeit führte dazu, dass aus der Kontinentalarmee erstaunlich rasch eine professionelle Truppe europäischen Zuschnitts und Drills wurde. Die meisten Schlachten des Unabhängigkeitskrieges wurden denn auch von den Continentals geschlagen. Wie war man in einer ganzen Tradition politischer Denker über den unfreien, zum Kriegsdienst gezwungenen französischen Bauernsoldaten hergezogen! Wie oft hatte man diesem die Figur des tugendhaften englischen Yeoman-Milizionärs gegenübergestellt! War es da nicht eine Ironie des Schicksals, dass in der entscheidenden Schlacht von Yorktown im Jahre 1783 mehr französische Soldaten und Matrosen eingesetzt wurden als amerikanische Continentals – von Milizionären ganz zu schweigen.¹²⁸

Gerechterweise muss aber festgehalten werden, dass die einzelstaatlichen Milizen an den meisten Schlachten mitbeteiligt waren. Ihnen kam die wichtige Rolle zu, Loyalisten- und Indianeraufstände zu unterdrücken. Dies genügte, um das Ideal des bewaffneten Bürgersoldaten in den Augen der meisten Amerikaner am Leben zu erhalten. Und trotzdem: Ab 1778/79 hatte sich die allgemeine Stimmung gewandelt. Der

¹²⁵ Royster (1979), S. 71, und S. 104.

¹²⁶ Die Prämien wurden entweder von den Staaten, Städten, Dörfern oder direkt von der Armee ausgerichtet. *Ibid.*, S. 132.

¹²⁷ Royster (1979), S. 373-378.

¹²⁸ Morgan (1988), S. 162f.

Optimismus von 1775/76 schlug zunehmend in politische Skepsis um. Um diesen Umschwung darzustellen, gibt es wohl kein besseres Fallbeispiel wie das Schicksal von Benedict Arnold (1741-1801). Benedict Arnold – sozusagen der Quisling Amerikas – galt als Inbegriff des tugendhaften Bürgersoldaten. Am Anfang des Krieges hatte er zusammen mit Ethan Allen das strategisch wichtige Fort Ticonderoga in einem Überraschungsangriff erobert. Im folgenden Winter führte er eine kühne Expedition bis nach Kanada hinein. Schliesslich hatte er als General massgeblichen Anteil am wichtigen Sieg von Saratoga im Jahre 1777. Als dieser vermeintliche Kriegsheld 1780 mit den Briten Verhandlungen aufnahm, um das Fort von West Point kampflos zu übergeben und anschliessend desertierte, war die ganze Nation geschockt. Viele Amerikaner rieben sich konsterniert die Augen. War die eigene Tugend wirklich dermassen über alle Zweifel erhaben, wie man geglaubt hatte? Wenn selbst dieser Vorzeigepatriot nicht in der Lage war, die hohen Anforderungen einer republikanischen Ordnung zu erfüllen, wie verhielt es sich dann mit dem Normalbürger?¹²⁹

Hinzu kam, dass die koloniale Wirtschaft infolge der Geldausgabe durch den Kontinentalkongress zu diesem Zeitpunkt einen eigentlichen Boom erlebte. Ja man ging sogar daran, Luxusgüter aus Grossbritannien zu importieren. Die Vorliebe der Amerikaner für britische Produkte war so stark, dass vereinzelt Händler begannen, aus Frankreich importierte Kleider mit britischen Etiketten zu versehen. In krassem Gegensatz zur wirtschaftlichen Prosperität stand allerdings die chronisch ungenügende logistische Versorgung der Continental Army. Die Amerikaner verkauften der eigenen Armee öfters verdorbene Nahrungsmittel, verschlissene Uniformen und nasses Schwarzpulver.

Trotz ihres Rufes als Rückgrat republikanischer Gesellschaft und Ideologie erwies sich die Miliz im Verlaufe des Krieges in Wirklichkeit als eine weitgehend untaugliche militärische Institution. Ab 1780 gewährte der Kontinentalkongress den Offizieren der Armee eine Pension auf Lebenszeit mit halber Bezahlung. Washington kannte zu diesem Zeitpunkt die Schriften der Court-Whigs oder von Adam Smith nicht. Gleichwohl verteidigte er diesen militärisch notwendigen Schritt damit, dass in der Moderne "interest" und nicht "public virtue" die Menschheit zum Handeln antreibe.¹³⁰ Für Kritiker war dies eine Kapitulation vor dem Eigeninteresse. Die Möglichkeit eines vom Kongress gesteuerten militärischen Pensionensystems rief althergebrachte Ängste hervor, dass der "monied interest" gegenüber dem "landed interest" die Überhand gewinnen würde. Man befürchtete, dass "places of luxury & splendor" durch ihr Beispiel und ihren Einfluss den republikanischen Verfassungen gefährlich werden könnten.¹³¹ Die

¹²⁹ Vgl. Royster (1979), S. 283-294.

¹³⁰ Vgl. Stourzh (1970), S. 79.

¹³¹ Zur "Half-pay"-Kontroverse siehe Cress (1982), S. 67-73.

Einrichtung der "Order of Cincinnati" – eine Veteranengilde von höchsten Offizieren der Continental Army, mit Ehrenabzeichen und hereditärer Mitgliedschaft – erregte ebenfalls grösstes Misstrauen. Der Name der Gesellschaft war vom römischen General Lucius Quinctius Cincinnatus abgeleitet. Dieser hatte widerwillig das Amt des Diktators eingenommen, die Feinde der Republik besiegt und am Ende jeglicher Macht entsagt. Ohne sich durch seine Machtfülle korrumpieren zu lassen, war dieser Held der römischen Republik freiwillig zur Scholle zurückgekehrt.¹³²

Aedanus Burke sprach sich unter dem Pseudonym "Cassius" – neben Brutus einer der Mörder von Caesar – gegen die Gesellschaft der Cincinnati aus. Für Cassius bestand der Zweck der Veteranengilde allein darin, das amerikanische Volk zu entmündigen und eine Erbaristokratie (hereditary peerage) nach englischem Vorbild zu schaffen.¹³³ Er sah in ihr nicht nur eine Offiziersgesellschaft. Sie war der sichtbare Beweis dafür, dass das historische Experiment einer amerikanischen republikanischen Gesellschaft bereits gescheitert war. Während andere Staaten einen Lebenszyklus von Wachstum, Perfektion und Niedergang durchliefen, habe die amerikanische Republik schon frühzeitig eine Abtreibung erlitten.¹³⁴

Ähnliche Reaktionen löste in Boston 1785 die Gründung eines elitären Tee-Clubs aus, des "Sans Souci Club". Angestachelt durch die wirtschaftliche Malaise sowie den weiterhin zunehmenden Import von eleganten englischen Manufakturzeugnissen erreichten die Luxus-Ängste Mitte der 1780er Jahre ihren Höhepunkt.¹³⁵ Besorgniserregend waren auch die Kriegsgewinnler. Diese verdienten ein Vermögen durch dubiose Geschäfte. Korrupte Finanzbeamte liessen sich selbst durch den Feind bestechen und manche Kampfunwillige suchten sich dem Dienst in der Kontinentalarmee zu entziehen. Angesichts dieser desillusionierenden Entwicklung zieht Charles Royster den Schluss: "The British may have been the main enemies of American freedom; [but] the Americans were the main enemies of American virtue."¹³⁶ Viele Amerikaner begannen sich aufgrund all dieser besorgniserregender und ernüchternder Zeichen europäischer Laster zu fragen, ob man angesichts der Versuchungen von "interest", "luxury" und "wealth" die eigene republikanische Tugend nicht überschätzt hatte. War man schon zu

¹³² George Washington pflegte bewusst sein Image als tugendhafter Republikaner entsprechend dem Vorbild von Cincinnatus. Richard (1994), S. 70-72.

¹³³ Cassius [Aedanus Burke] (1783), *Considerations on the Society or Order of Cincinnati*, S. 30: "... however pious or patriotic the pretence, yet any political combination of military commanders, is, in a Republican government, extremely hazardous and highly censurable."

¹³⁴ *Ibid.*, S. 28: "In other countries, governments, like the human body, have had their growth, perfection and decay: but ours, like an untimely birth, suffered an abortion before it was in maturity fit to come into the world."

¹³⁵ Vgl. Wood (1969), S. 421f.

¹³⁶ *Ibid.*, S. 274.

stark eine moderne, verfeinerte und kommerzielle Gesellschaft geworden, um mit der öffentlichen Tugend eine Republik oder gar ein christliches Sparta stützen zu können? Hatte Amerika nun – wie Grossbritannien 1775 – den Punkt erreicht, wo "Refinement" in "Corruption" überschlagen würde?¹³⁷

Diese verstärkten Ambivalenzen und das wachsende Misstrauen vieler revolutionärer Führer gegenüber dem gemeinen Volk manifestierten sich konkret in den späteren einzelstaatlichen Verfassungen jener Zeit. Vor allem in der Verfassung von Massachusetts von 1780 zeigt sich dieser Trendumschwung deutlich. An ihr hatte John Adams massgeblichen Anteil. Sie sollte beispielhaften Charakter für die spätere Bundesverfassung von 1787 haben.¹³⁸ 1783 wurde das Kriegsende trotz aufkommender Zweifel allerdings noch von den meisten Amerikanern als Beweis für ihre moralische Stärke und als Testament für ihre republikanischen Ideale gefeiert. Mit den Worten von Robert Shalhope: " ... they celebrated public virtue, not its failure."¹³⁹

¹³⁷ Vgl. McCoy (1980), S. 67-75.

¹³⁸ Vgl. Wood (1969), Kap. XI, S. 430-467.

¹³⁹ Shalhope (1991), S. 658.

9.2 Die Gründung der amerikanischen Republik: *Federalists und Anti-Federalists*

The industrious habits of the people of the present day, absorbed in the pursuits of gain and devoted to the improvements of agriculture and commerce, are incompatible with the condition of a nation of soldiers, which was the true condition of the people of those [Greek] republics.

ALEXANDER HAMILTON

Im Jahre 1781 trat eine Konföderationsverfassung in Kraft, welche eine Union als Bund quasi-souveräner Staaten vorsah. Diese Verfassung war das Ergebnis einer lokal orientierten Vorstellungswelt der Revolutionäre der ersten Stunde. Im Gegensatz dazu entstand im Verlaufe des Revolutionskrieges vor allem bei jüngeren Offizieren der Continental Army ein kontinentales, gesamtamerikanisches Solidaritäts- und Nationalgefühl. Angesichts des Versagens der öffentlichen Tugend hatte sich bei diesen Offizieren schon zu Beginn der 1780er Jahre die Erkenntnis durchgesetzt, der Ausgang der Revolution würde allein von ihrem Einsatz als "gentlemen leaders" abhängen.¹

Erste Pläne in Richtung nationalstaatlicher Reform scheiterten in den Jahren 1781/82. Mitte der 1780er Jahre führten zwei Ereignisse zu einer neuerlichen Offensive, welche 1787 die Gründung des Bundesstaates bringen sollte. Zunächst machten die durch den amerikanisch-spanischen Handelsvertrag ausgelösten Spannungen zwischen verschiedenen Nord- und Südstaaten die Einberufung einer Handelskonferenz in Annapolis im September 1786 nötig. Im selben Monat brach im westlichen Massachusetts eine Rebellion von steuerbelasteten Farmern unter der Führung eines früheren Hauptmanns der Continental Army aus. Anstatt Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, schloss sich die lokale Miliz den Aufständischen unter Daniel Shays an. Dieses Ereignis traf bei vielen politisch aufmerksamen Amerikanern einen wunden Punkt. Es bestätigte tiefe innere Zweifel und wurde als erschreckender Kulminationspunkt einer schon seit längerem konstatierten negativen Entwicklung gesehen. Für viele Vertreter der Elite war es offensichtlich, dass etwas mit der Republik und der Tugend des amerikanischen Volkes nicht (mehr) stimmte. Shays Rebellion schien der Beleg dafür zu sein, dass die bisherige republikanische Ordnung die Zügellosigkeit der durch die Revolution freigesetzten Massen nicht mehr im Zaume halten konnte. Vor allem die reicheren Schichten glaubten ihr Eigentum in Gefahr.²

¹ Royster (1979), S. 315f.

² Schröder (1982), S. 132ff.

Damit einher ging ein grundsätzliches Überdenken des Verhältnisses von Freiheit und Macht. Zu Beginn der Revolution hatte man stets die Regierung als Gefahrenherd für die persönliche Freiheit wahrgenommen. Dementsprechend hatte man den Schwerpunkt politischer Macht auf die demokratischen Repräsentantenhäuser verlagert. Nun waren es offensichtlich gerade diese Parlamente, welche sich freiheitsbedrohender Übergriffe schuldig gemacht hatten. Der Missbrauch der Macht durch das Volk war jetzt in den Augen vieler keine Anarchie mehr, sondern eine Tyrannei der Mehrheit. Galt es 1776 das Eigentum gegenüber einem drohenden Despotismus von oben zu schützen, sollte es nun nicht einem Angriff von unten anheim fallen. James Madison (1751-1836) schrieb 1787 in seinen "Vices of the Political System of the United States", dass die Amerikaner zu Beginn der Revolution offensichtlich die Gefahr der öffentlichen Freiheit gegenüber dem privaten Recht auf Eigentum unterschätzt hätten. Shays Rebellion hatte neben Madison vielen anderen Amerikanern den Beweis geliefert, dass die republikanische Freiheit der individuellen Freiheit des Bürgers durchaus entgegenstehen konnte. Auch für Alexander Hamilton war die freiheitliche Politik überbietet. Um weitere Exzesse zu vermeiden, schien es ihm unumgänglich, eine stärkere und stabilere Regierungsstruktur zu schaffen. Die Freiheit des Individuums und die Macht der Regierung sollten wieder in ein Gleichgewicht gebracht werden.³

Die wohl entscheidende Frage für die Beurteilung des politischen Denkens der 1780er Jahre lautet: Inwiefern führte die Ernüchterung vieler amerikanischer Whigs angesichts der Entwicklungen und demokratischen Auswüchse innerhalb der Einzelstaaten sowie der Probleme zwischen den dreizehn Republiken zu einer Neubewertung des Konzeptes bürgerlicher Tugend im politischen Denken der *Federalists*? Zwei Antworten bieten sich an. Die erste lautet, dass die *Federalists* aufgrund ihrer Enttäuschung mit dem Konzept bürgerlicher Tugend dieses fallenliessen. Sie anerkannten den Amerikaner als grundsätzlich durch sein Eigeninteresse gesteuert an und beschränkten sich im Sinne David Humes darauf, durch ein System von "checks and balances" auf bundesstaatlicher Ebene die eigennützigen lokalen Interessen gegeneinander auszuspielen. Die zweite Antwort lautet, dass die *Federalists* durch eine institutionelle, bundesstaatliche Reform das Konzept bürgerlicher Tugend zu retten versuchten. In der ersten Sichtweise steht der Verfassungskonvent von Philadelphia gleichsam für die Resignation, dass angesichts der Unmöglichkeit der Schaffung bürgerlicher Tugend das Ziel der Politik einzig darin bestehen kann, die Auswirkungen des Lasters im Zaume zu halten. In der zweiten Sichtweise steht der Konvent für den Versuch, Institutionen zu schaf-

³ Vgl. Wood (1969), Kap. X, S. 393-429, und Stourzh (1970), S. 5.

fen, in denen die Tugend einer republikanischen Bürgerschaft erst wirklich zum Ausdruck gelangen könnte.

Vornweg: Die erste Antwort trifft die Wahrheit wohl eher als die zweite; aber auch letztere ist nicht falsch. Die *Federalists* äusserten sich zuweilen, als ob die Tugend wieder erweckt werden könnte und zuweilen, als ob sie endgültig verschwunden und durch neue Paradigmen ersetzt werden müsste.⁴ Trotzdem lässt sich während der 1780er Jahre im politischen Denken der *Federalists* doch eine unbewusste Bewegung von klassisch-republikanischen hin zu liberalen Prämissen feststellen. Allenthalben waren – schon während der Kriegsjahre und vor allem danach – revolutionäre Führer gezwungen, vom republikanischen Idealismus der 1770er Jahre Abstand zu nehmen. Es erschien zunehmend als Utopie zu erwarten, die meisten Menschen würden ihre privaten Interessen zugunsten des öffentlichen Wohls opfern. Ganz offensichtlich verhielten sich republikanische Bürger nicht grundlegend verschieden von monarchischen Untertanen. Allerdings lässt sich in mancherlei Hinsicht diese Bewegung von klassisch-republikanischen hin zu liberal-demokratischen Inhalten ebenso bei den politischen Gegnern, den Befürwortern einer weniger umfassenden Reform des Staatenbundes feststellen. Auch im politischen Denken der *Anti-Federalists* nahm die Bedeutung der Tugend in diesen Jahren immer mehr ab und diejenige von rechtlich verteidigten Interessen immer mehr zu.⁵

Nach Meinung Isaac Kramnicks lässt sich nur mit zahlreichen Einschränkungen argumentieren, die *Federalists* seien liberale Moderne und die *Anti-Federalists* seien nostalgische bürgerrepublikanische Kommunitaristen.⁶ Wie vor allem anhand von Alexander Hamilton und James Madison zu zeigen sein wird, gab es auch 1787 eine allgemeine Mischung politischer Diskurse in der Diskussion um die Bundesverfassung. Erst als Hamilton ab 1789 als "Secretary of the Treasury" in verschiedenen Berichten zur fiskal-wirtschaftlichen Lage der Nation wieder eine den früheren Court-Whigs vergleichbare Position einnehmen sollte, wurde der Frontverlauf deutlicher – wenn auch nicht völlig klar. Auch der grosse Gegensatz der 1790er Jahre, zwischen *Hamiltonian Federalists* und *Jeffersonian Republicans*, ist nur in bestimmten Aspekten und mit gewissen Einschränkungen ein solcher zwischen Liberalismus und Bürgerrepublikanismus.⁷

⁴ Pocock (1975), S. 520; Sandel (1996), S. 129, unterscheidet zwischen einem formativen, klassisch-republikanischen und einem prozedural-liberalen Impuls.

⁵ *Ibid.*, S. 521f.

⁶ Kramnick (1990), S. 261ff.; Pangle (1988) S. 34f., meint, die *Anti-Federalists* seien mehr an einer liberalen Bill of Rights als an einem christlichen Sparta interessiert gewesen.

⁷ Banning (1986), S. 12ff., und Pocock (1975), S. 525.

Lässt sich im Allgemeinen kein systematischer Gebrauch von Court-Positionen durch die *Federalists* feststellen, so ist in Hamilton eine Ausnahme von dieser Regel zu sehen.⁸ Während seiner Jahre in der Continental Army entwickelte er ein reges Interesse an den Prinzipien der *politischen Ökonomie*. Von David Hume massgeblich beeinflusst, griff Hamilton ab 1781 in einer Serie von Zeitungsartikeln unter dem Titel *The Continentalist* das Konzept einer klassisch inspirierten republikanischen Tugend an. Dort schrieb er, man könne bis zur Erschöpfung von der notwendigen Gemeinwohlorientiertheit einer Republik predigen, ohne jedoch je irgendwen bekehren zu können. Der tugendhafte Eiferer könne weder sich noch einen anderen davon überzeugen, eine doppelte Ration Suppe gegenüber einem vernünftigen Entgelt vorzuziehen. Ebenso aussichtslos sei das Unterfangen, die spartanische Lebensweise, inklusive langer Bärte und schwarzer Suppenbrühe, zu übernehmen. Im Kult vor der Antike sieht Hamilton in der amerikanischen Gesellschaft eine weit verbreitete Heuchelei am Werk: Es sei ebenso lächerlich, Vorbilder bei den schlichten Griechen und Römern zu suchen wie bei den Hottentotten oder den Lappen.⁹

Strenggenommen wandte sich Hamilton mit diesem Spott auf die "Spartomanie" weniger gegen Montesquieu selbst. Dieser hatte das Konzept der *vertu politique* deskriptiv-historisch aufgefasst und es in der Antike angesiedelt. Hamiltons höhnische Kritik galt vielmehr jenen von republikanischem Idealismus erfüllten Amerikanern, welche die *vertu politique* normativ verstanden. Viele Freeholders und aristokratische Pflanzler gaben sich zu diesem Zeitpunkt noch der Hoffnung hin, Amerikas agrarische Sozialstruktur würde die Realisierung einer republikanischen Tugend diesseits des Atlantiks ermöglichen.¹⁰

In seiner Rede vor dem Konvent in Philadelphia sagte Hamilton, dass in jeder auf Arbeit ausgerichteten Gesellschaft notwendigerweise verschiedene Interessen entstehen müssten. Allerdings ging er zu diesem Zeitpunkt noch davon aus, diese Interessen würden sich entsprechend den Kategorien der klassischen Mischverfassung auf die

⁸ Banning (1978), S. 134.

⁹ Hamilton (1781), *The Continentalist*, Nr. 6, in *Works*, I, S. 282: "We may preach till we are tired of the theme, the necessity of disinterestedness in republics, without making a single proselyte. The virtuous declaimer will neither persuade himself nor any other person to be content with a double mess of pottage, instead of a reasonable stipend for his services. We might as soon reconcile ourselves to the Spartan community of goods and wives, to their iron coin, their long beards, or their black broth. There is a total dissimulation in the circumstances, as well as the manners, of society among us; and it is as ridiculous to seek for models in the simple ages of Greece and Rome, as it would be to go in quest of them among the Hottentots and Laplanders."

¹⁰ Vgl. Stourzh (1989), S. 133.

"Wenigen" und die "Vielen" bündeln.¹¹ In der Debatte um die Ratifikation der Bundesverfassung im Staate New York brachte Hamilton den Gedanken auf den Punkt, dass die Erreichung des Gemeinwohls nicht dem Interesse nach persönlicher Bereicherung entgegensteht. Die öffentliche Tugend sei mit privatem Reichtum nicht nur vereinbar, sie sei sogar ein Nebenprodukt desselben:

As riches increase and accumulate in few hands; as luxury prevails in society; virtue will be in a greater degree considered as only a graceful appendage of wealth, and the tendency of things will be to depart from the republican standard. This is the real disposition of human nature: It is what, neither the honorable member nor myself can correct.¹²

Mit ihrer Entwertung der Bedeutung öffentlicher Tugend hatten David Humes *Essays* in Hamiltons politischem Denken deutliche Spuren hinterlassen. Im *Federalist* Nr. 12 sieht Hamilton "commerce" nicht klassischerweise als Ursprung und Symptom von Korruption, sondern als Quelle nationalen Wohlstands:

The prosperity of commerce is now perceived and acknowledged by all enlightend statesmen to be the most useful as well as the most productive source of national wealth, and has accordingly become a primary object of their political cares. ... it serves to vivify and invigorate all the channels of industry and to make them flow with greater activity and copiousness.¹³

Im *Federalist* Nr. 26 liest sich Hamilton wie die naturrechtlichen Staatstheoretiker Hobbes und Locke. So schreibt er von der Bedeutung der "energy of government" für die Sicherung privater Rechte. Von Hobbes übernahm Hamilton die Doktrin der radikalen Selbstsucht des Menschen im Naturzustand. Auch David Hume hatte in seinem *Essay* "On the Origin of Justice and Property" diesen als "full of war, violence, and injustice" beschrieben. Hamilton schliesst sich an. Der Mensch ist in seiner Einschätzung nicht von Natur aus politisch orientiert, sondern tritt in die politische Gemeinschaft ein, um sein physisches Überleben zu sichern. In einem frühen Pamphlet *A Full Vindication of the Measures of Congress* vom Dezember 1774 schreibt Hamilton, die Selbsterhaltung sei das erste Naturprinzip. Wenn das eigene Leben und das Eigentum auf dem Spiel stünden, sei es verrückt und unnatürlich, von Massnahmen zu deren Erhaltung abzusehen, nur weil diese nachteilig für andere wären.¹⁴

¹¹ *Ibid.*, S. 70.

¹² *Ibid.*, S. 71.

¹³ *The Federalist Papers* (1787-88), Nr. 12, S. 134. In Nr. 85, S. 486, bezeichnet Hamilton Hume als "a writer equally solid and ingenious."

¹⁴ "Self-preservation is the first principle of our nature. When our lives and properties are at stake, it would be foolish and unnatural to refrain from such measures as might preserve them because they would be detrimental to others." Zit. in Stourzh (1970), S. 19.

In demselben Traktat lässt Hamilton auch Humes Diktum widerhallen, dass individueller Nutzen (utility), und nicht die Tugend des Bürgers der primäre Zweck des Gesetzes darstellt.¹⁵ Hamilton geht nicht von einer politischen, sondern von einer ziemlich verkommenen Natur des Menschen aus. Im zweiten Frühwerk *The Farmer Refuted* (1775) zitiert er ausgedehnt aus Humes *Essay "Of the Independency of Parliament"*: Jeder Mensch sei im Grunde ein Schurke (knave) und verfolge allein sein Privatinteresse. Darum müsse man ihn durch ein System von "checks and controuls" [sic.] über dieses Interesse regieren und zur Kooperation für das Gemeinwohl anleiten.¹⁶

Allerdings muss man vorsichtig sein, nicht zu vorschnell in Hamilton einen marktliberalen Besitzindividualisten im Sinne C.B Macphersons zu sehen. Er verteidigte zwar Handel und – wie noch zu zeigen sein wird – eine Berufsarmee. Trotzdem war er weniger am begrenzt-liberalen als vielmehr am machtvoll-heroischen Staat interessiert. Hamilton verstand sich noch als aristokratischer Staatsmann, ja Staatsgründer des 18. Jahrhunderts. Dem um sich greifenden vulgären Egoismus der Wirtschaftswelt brachte er ebenso Verachtung entgegen wie James Madison. Nach Meinung von Gordon S. Wood ignorierte Hamilton im Grunde die sich dynamisch vervielfältigenden kommerziellen Interessen der arbeitenden Mittelschicht – vor allem in den mittleren Atlantikstaaten. Diese Mittelschicht endete mehrheitlich im Lager der sich ab 1790 als Gegenpartei zu Hamilton und den *Federalists* konstituierenden *Republicans* unter Jefferson.¹⁷ Hamilton begriff, dass in einem kompetitiven internationalen Umfeld nur ein diversifizierter Handelsstaat nach britischem Vorbild ein mächtiger Staat sein konnte. Ein solcher Machtstaat brauchte eine Berufsarmee, eine starke Flotte und eine funktionierende Geldwirtschaft: " ... war, without credit, would be more than a great calamity – [it] would be ruin."¹⁸

Für Montesquieu war das zeitgenössische Grossbritannien eine Republik unter dem Mantel einer Monarchie. Für den anglophilen Hamilton sollten die Vereinigten Staaten zwar nicht gerade eine Monarchie unter dem Mantel einer Republik werden, aber sich doch wesentliche monarchische Charakterzüge aneignen.¹⁹ Im *Federalist* Nr. 24 schrieb er, wenn man eine Handelsnation (a commercial people) sein wolle, müsse

¹⁵ Hamilton (1775), *The Farmer Refuted*, in: *Works*, I, S. 73f..

¹⁶ *Ibid.*, S. 77f.

¹⁷ Wood (1992), S. 262ff.

¹⁸ Hamilton (1794), "Second Report on the Public Credit", zit. in Earle (1986), S. 237.

¹⁹ Hamilton erregte in der Philadelphia Convention einigen Unmut, als er die Vorzüge der Monarchie herausstrich und forderte, der Präsident sowie die Senatoren sollten auf Lebenszeit gewählt werden. Selbst Madison sprach im Vertrauen von den Vorzügen einer Monarchie. Vgl. Wood (1992), S. 255, und Stourzh (1970), S. 46.

man auch die Fähigkeit haben, diesen Handel zu verteidigen.²⁰ Hamilton hatte den *Leviathan* gut gelesen. Darin meint Hobbes, das Geld sei das Blut eines Staates.²¹ Im Zusammenhang mit der vorgeschlagenen Nationalbank für die Konföderation schrieb Hamilton im Jahre 1781, in der heutigen Zeit hänge das Wohlergehen eines jeden Staates, insbesondere eines kommerziellen, von der Menge und der ungehemmten Zirkulation des Geldes ab. Für den klassischen Republikaner Machiavelli ist der kriegstüchtige Bürgersoldat der Nerv des Krieges; der liberale "Gesinnungsmonarchist" Hamilton sieht in Geld "the vital principle of the body politic".²²

Ein anderer Autor brachte den Gegensatz von Reichtum und Soldatentugend auf den Punkt. Er schrieb, durch die Verschuldung würden viele Bürger an den Staat gebunden. Durch deren Zahl, Reichtum und Einfluss würde mehr als durch Soldaten zur Erhaltung des Staates beigetragen:

A national debt attaches many citizens to the government who, by their numbers, wealth, and influence, contribute more perhaps to its preservation than a body of soldiers.²³

In Hamiltons liberaler Vision *politischer Ökonomie* sollte sich Amerika dank der neuen bundesstaatlichen Ordnung so schnell als möglich durch Manufakturen und Handel zu einer modernen Gesellschaft entwickeln. Was ihm vorschwebte, war eine kommerzielle Expansion über die *Zeit* und nicht über den *Raum*. Andere *Federalists* wie James Madison hingegen kämpften noch stärker mit republikanischen Ängsten, mit zyklischen Geschichtsbildern des Aufstiegs und Niederganges von Nationen und der Rolle von "Luxury", "Wealth", "Standing Armies" und "Commerce". So hoffte James Madison, dass durch die neue Verfassung Amerika auf einer mittleren, noch immer vorwiegend agrarischen Wirtschaftsstufe stabilisiert werden könnte.²⁴

Die allgemeine Tendenz von klassisch-republikanischen hin zu liberalen Prämissen zeigt sich im politischen Denken der *Federalists* eigentlich weniger deutlich in den *Federalist Papers* als in den vergleichsweise unbekanntenen Schriften von William Vans Murray, Noah Webster und John Stevens. Diese Autoren erklärten rundheraus, dass die moralische Tugend des Individuums keine notwendige Voraussetzung für eine freiheitliche Staatsform mehr darstelle. Gemäss Webster war es nie anders gewesen und würde auch nie anders sein: "Virtue, patriotism, or love of country, never was and never will be, till men's natures are changed, a fixed, permanent principle and support of

²⁰ *The Federalist Papers* (1787-88), Nr. 24, S. 192.

²¹ Hobbes (1651), *Leviathan*, II, Kap. 24, S. 174f.

²² *The Federalist Papers* (1787-88), Nr. 30, S. 212. Vgl. Stourzh (1970), S. 141.

²³ "The Tablet", in: *Gazette of the United States*, 24. April 1790, zit. in Banning (1978), S. 137.

²⁴ Vgl. McCoy (1980), S. 132-145.

government."²⁵ Die Erfindung des politischen Imperativs, dass das Gemeinwohl gegenüber dem privaten Wohl stets den Vorrang haben muss, wurde zumindest von Murray in einer unterentwickelten, präkommerziellen Gesellschaft angesiedelt.²⁶

Diese Tendenz hin zu liberalen Prämissen ist – mit Einschränkungen – auch im *Federalist* Nr. 10 und Nr. 51 von James Madison erkennbar. Madison kommt – ebenfalls in Anlehnung an David Hume – zum Schluss, dass die egoistische Faktionsbildung in der Kleinräumigkeit einer Republik nicht ausgeschaltet werden kann. Damit bricht er nicht nur mit den meisten Autoren der bürgerrepublikanischen Tradition, sondern vor allem mit Montesquieu.²⁷ Anders als Hamilton in seiner Rede vor dem Konvent in Philadelphia geht Madison nicht mehr davon aus, dass sich die soziale Ordnung Amerikas durch die klassische Polarität zwischen den "Wenigen" und den "Vielen" charakterisieren lässt.²⁸ Die Begriffe Aristokratie und Demokratie sind für ihn nur zur Beschreibung einer europäischen Sozialstruktur geeignet. In Amerika sind eine Vielzahl von Parteien, Berufen, Klassen, Interessen, Cliques und Institutionen an deren Stelle getreten. Auch in einer grossräumigen Republik können lediglich die Auswirkungen der Verschiedenheit der Interessen und der Faktionsbildung kontrolliert werden – mit Hilfe des Repräsentationsprinzips, einem System von "checks and balances" und der vertikalen Machtteilung. Die amerikanische Republik sollte sich in Madisons Einschätzung nicht wie ihre historischen Vorgänger durch die aktive politische Partizipation ihrer Bürger, sondern durch deren Repräsentation auszeichnen. Die vorgeschlagene Regierungsform sollte eine "repräsentative Demokratie" sein. Obwohl diese Formel in unseren Ohren vertraut tönt, stellte deren Schöpfung – übrigens nicht durch Madison, sondern durch Hamilton – einen paradigmatischen konzeptionellen Durchbruch dar. Für Philosophen wie Hobbes, Locke, Sidney oder Rousseau hätte der Ausdruck einen Widerspruch in sich getragen.²⁹ Madison sprach nie einem parteiischen Egoismus das Wort. Er sah in Parteien und Faktionen ein notwendiges Übel, welches immer und überall in freien Staaten zu finden ist. Von dieser Position war es aber nur ein kleiner

²⁵ Webster (1787), *An Examination into the Leading Principles of the Federal Constitution*, zit. in Sandel (1996), S. 130.

²⁶ Vgl. Bailyn (1967), S. 351-379, und Pocock (1975), S. 526ff.

²⁷ Vgl. Adair (1957), 348ff., und Wood (1969), S. 610-612.

²⁸ Vgl. Branson (1979), S. 243f.

²⁹ *The Federalist Papers* (1787-88), Nr. 10, S. 122-128; Nr. 51, S. 318-322. Die 85 Artikel über den Verfassungsentwurf des Konvents von Philadelphia wurden für die Ratifizierungsdebatte in New York unter dem Pseudonym Publius von James Madison, Andrew Hamilton und John Jay geschrieben. Einen guten inhaltlichen Überblick in deutscher Sprache gibt Gebhardt (1968), S. 75-103.

Schritt zur Haltung, Parteien nicht bloss als *Effekt*, sondern sogar als *Basis* staatlicher Freiheit wahrzunehmen.³⁰

Leiden aber die *Federalist Papers* als Ganzes an einer "Persönlichkeitsspaltung", so gilt dies auch für Madisons Beiträge dazu. So schreibt er im *Federalist* Nr. 55, dass eine Republik mehr Tugend voraussetze als jede andere Staatsform.³¹ Kennzeichnend ist allerdings, dass er hier von der Tugend der Repräsentanten spricht. Madison registrierte zwar wie andere *Federalists* das Ausmass, mit welchem das private Interesse die amerikanische Politik zu dominieren begonnen hatte. Diese Privatinteressen sollten jedoch in einer bundesstaatlichen Republik kontinentaler Grösse neutralisiert werden. Die *Federalists* als Vertreter eines modernen Pluralismus zu sehen erscheint überzogen. Sie gingen noch immer von der republikanischen Vorstellung einer autonomen öffentlichen Autorität aus. Diese moralische Autorität, die Bundesregierung, sollte über den Einzelinteressen stehen und als unparteiischer Schiedsrichter fungieren. Die wenigen Parlamentarier und Beamten der Zentralregierung würden weniger von lokalen Interessen und Demagogen beeinflusst sein und mehr dem Idealbild einer "disinterested gentry" entsprechen als die zerstrittenen Lokalpolitiker.

Die *Federalists* gaben somit die Möglichkeit einer bürgerlich-humanistischen Politik der Tugend nicht umfassend zugunsten einer liberalen Politik des Eigeninteresses auf. Sie verengten das Konzept vielmehr. Einige wenige, die "natural aristocracy of virtue", sollten unabhängig sein und stets das Gemeinwohl im Blickfeld haben.³² Madison war sich aber durchaus bewusst, dass diese tugendhaften Führer nur gewählt würden, wenn auch das Volk nicht gänzlich korrupt wäre. Er war somit nicht bereit, das Konzept bürgerlicher Tugend *völlig* aufzugeben. Doch stellte er die klassische und ihm von Montesquieu bekannte These in Frage, dass die Staatsform der Republik *in besonderer Weise* mit dem Prinzip der Tugend verbunden ist. So verkündete Madison in der weniger bekannten Rede im Ratifikationskonvent von Virginia: Es sei ein Hirngespinnst zu glauben, *irgendeine* Regierungsform könne je Freiheit und Glück ohne die Tugend des Volkes sichern. Theoretische Checks und institutionelle Formen würden niemals einen Ersatz darstellen können für die moralische und rationale Fähigkeit des Volkes, die richtigen "men of virtue and wisdom" auszuwählen.³³

³⁰ Stourzh (1970), S. 111.

³¹ *The Federalist Papers* (1787-88), Nr. 55, S. 339.

³² Vgl. Wood (1992), Kap. 14.

³³ "I go on this great republican principle, that the people will have virtue and intelligence to select men of virtue and wisdom. ... No theoretical checks, no form of government, can render us secure. To suppose that any form of government will secure liberty or happiness without any virtue in the people is a chimerical idea." Zit. in Bailyn (1967), S. 369.

Dieses Konzept einer hierarchischen Gesellschaft provozierte die Kritik von *Anti-Federalists* aus der Mittelklasse. William Findley hatte bereits 1786 in einem anderen Zusammenhang bestritten, dass es eine natürliche Aristokratie gebe, welche keine Privatinteressen verfolge und ausschliesslich das öffentliche Wohl im Blickfeld habe. Für Findley war das Streben nach Eigeninteresse legitim, ja sogar begrüssenswert. Schlecht sei einzig, wenn man dieses private Interesse unter dem Deckmantel der angeblichen Uneigennützigkeit einer natürlichen Aristokratie kaschiere. Andere populistische *Anti-Federalists* stiessen ins gleiche Horn. Sie wollten das klassische, am anschaulichsten wohl von James Harrington dargestellte "Deference"-Konzept nicht mehr akzeptieren. Gemäss dieser Theorie hätte sich das Volk freiwillig durch eine gewählte, gemeinwohlorientierte Elite führen und repräsentieren lassen sollen.³⁴

Mit ihrem Angriff gegen das Konzept einer natürlichen Aristokratie drückten diese *Anti-Federalists* – bewusst oder unbewusst – zwei Dinge aus: Erstens, dass das amerikanische Volk keine sozial homogene Einheit mit gleichgerichteten Interessen und Identitäten mehr darstellte und zweitens, dass es keine wohlwollende Elite (mehr) gab, welche für dieses Volk hätte sprechen können. Und dies sogar auf Stufe der Einzelstaaten. Nicht im *Federalist* Nr. 10, sondern in der obigen Argumentation und dem Ruf nach wirklicher Repräsentation durch populistische *Anti-Federalists* sind deshalb nach Meinung von Gordon S. Wood die wirklichen Wurzeln des modernen amerikanischen Pluralismus zu suchen.³⁵ Allerdings beriefen sich nicht alle *Anti-Federalists* auf eine Theorie legitimer Privatinteressen. "Aristokratischere" *Anti-Federalists* aus den Südstaaten wie George Mason und Richard Henry Lee stiessen sich nicht am Konzept einer natürlichen Aristokratie. Sie hingen noch stark klassisch-agrarischen und anti-kommerziellen Tugendvorstellungen an. Mason befürchtete, dass die Virginia Port Bill 1786 eine Konzentration des Handels an der Küste schaffen und eine umfangreiche Verstärkung dieser Gebiete mit sich bringen würde. Dies hätte in seinen Augen notwendigerweise den Niedergang der bürgerlichen Moral und die Korruption von Virginia zur Folge gehabt:

If virtue is the vital principle of a republic, and it cannot long exist, without frugality, probity and strictness of morals ... will the manners of populous commercial cities be favorable to the principles of our free government? Or will not the vice, the depravity of morals, the luxury, venality, and corruption which invariably prevail in great commercial cities, be utterly subversive of them?³⁶

³⁴ Pocock (1976), S. 516-523. Beeman (1992), S. 401-430, äussert sich kritisch gegenüber der Anwendung eines voluntaristischen "Deference"-Konzeptes zur Beschreibung der amerikanischen Politik im 18. Jahrhundert.

³⁵ Wood (1992), S. 256-258.

³⁶ Mason (1786), II, S. 862f. Vgl. McCoy (1980), S. 15-17.

Anti-Federalists wie Mason hatten wie die früheren englischen Country-Oppositionellen und "real Whigs" Angst vor einer Kommerzialisierung und Destabilisierung der traditionellen Gesellschaftsordnung durch den "levelling spirit" der demokratischen Masse. Wie diese standen sie einer Zentralisierung der politischen Macht überaus kritisch gegenüber. Diesen konservativen *Anti-Federalists* wuchsen letztlich die durch die Revolution losgetretenen demokratischen, individualistischen und kapitalistischen Umwälzungen der amerikanischen Gesellschaft und Kultur ebenso über den Kopf wie den *Federalists*. Nachdem 1776 das Konzept einer amerikanischen *Erbaristokratie* über Bord gegangen war, glaubten die *Federalists* zunächst daran, wenigstens die Vorstellung einer *natürlichen* Aristokratie retten zu können. Der demokratische Radikalismus und der Übergang zur modernen Massenpolitik zerschlug auch diese Hoffnung. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war das von Tocqueville beschriebene Amerika bereits die egalitärste, materialistischste und individualistischste Gesellschaft in der Geschichte des Abendlandes.³⁷ Gordon S. Wood vertritt die These von einem Ende der klassischen Politikvorstellungen in den 1790er Jahren. Er begründet dies mit der zunehmenden Irrelevanz der Konzepte bürgerlicher Tugend, der klassischen Mischverfassung und von "Deference" in dieser Zeit.³⁸ Diese These gilt es allerdings dahingehend zu relativieren, dass auch Tocquevilles Amerika nicht frei von Restbeständen der klassisch-republikanischen Sprache war. Es ist wohl mit Lance Banning anzunehmen, dass diese Entwicklung selbst am Ende des 20. Jahrhunderts nicht vollständig abgeschlossen ist.³⁹

"Aristokratische" *Anti-Federalists* wie George Mason stellten eher die Ausnahme von der Regel dar. Deshalb hatte der Vorwurf etlicher *Anti-Federalists*, ihre Gegner seien Aristokraten und sie selbst seien Demokraten, im Allgemeinen durchaus etwas für sich. In den 1780er Jahren bestand der massgebliche Antagonismus im politischen Wettbewerb nicht mehr zwischen "Patriots" und "Courtiers", sondern zwischen Demokraten und Aristokraten. Die *Anti-Federalists* waren grundsätzlich eher die ältere Generation von Revolutionären der ersten Stunde. Oft waren sie soziale Aufsteiger, sogenannte "new men", welche auf einzelstaatlicher Ebene politischen Einfluss und demokratische Legitimation in den Parlamenten erreicht hatten. Den meist jüngeren *Federalists* fehlte häufig dieser lokale Rückhalt und das Selbstverständnis als Volksvertreter. Im Falle von James Madison war gerade der verlorene Wahlkampf – gegen einen früheren Schenkenwirt – um einen Sitz im House of Delegates von Virginia ausschlaggebend für seine Unzufriedenheit mit den Entwicklungen der Revolution. Alexander

³⁷ Wood (1992), S. 230.

³⁸ Wood (1969), S. 606-615.

³⁹ Banning (1992), S. 162.

Hamilton wurde in Westindien geboren und hatte in der Continental Army als Sekretär und Adjutant von Washington gedient. Eine lokale Verwurzelung in New York fehlte ihm weitgehend. Hamilton war zwar Vertreter von New York auf dem Kontinentalkongress 1782/83, der Annapolis Convention 1786 und der Philadelphia Convention. Dass er die Ratifizierung im Konvent von New York gegenüber einer ursprünglich negativ eingestellten Mehrheit durchpauken konnte, war allerdings vor allem seinem persönlichen Engagement und seinen brillanten rhetorischen Fähigkeiten zuzuschreiben. Zur Perspektive, in der Konfrontation zwischen *Federalists* und *Anti-Federalists* vor allem eine solche zwischen Lokalismus und Kontinentalismus zu sehen, passt auch der Befund des Militärhistorikers Richard Kohn. Dieser stellt fest, dass in Pennsylvania und New York die Konfliktlinien zwischen Befürwortern und Gegnern der Verfassung entsprechend den unterschiedlichen militärischen Erfahrungen verliefen. Während die *Federalists* meistens Veteranen des Offizierskorps der Continental Army waren, hatte die überwiegende Mehrheit der *Anti-Federalists* im Krieg in den Reihen der lokalen Miliz gedient.⁴⁰

Konzeptionell vermochten die *Federalists* der "demokratischen" Kritik den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem sie das Prinzip der Volkssouveränität als Legitimationsquelle für *alle* bundesstaatlichen Organe postulierten. In der britischen Mischverfassung hatte lediglich das House of Commons seine Legitimation – zumindest virtuell – vom Volk abgeleitet. Das House of Lords hatte seine Berechtigung aus der Vertretung der Interessen der hohen Erbaristokratie geschöpft. Der König vertrat das monarchische Interesse in der Verfassung. In Amerika fehlten sowohl ein König als auch eine Erbaristokratie. Übrig war gewissermassen nur das Volk. Bei Montesquieus idealisierter Darstellung der britischen "mixed constitution" waren noch funktionelle Gewaltenteilung und ständisch-hereditäre Mischverfassung übereinander gelegen.⁴¹ Die Kolonisten hatten ab 1776 und zuerst in Pennsylvania begonnen, alle Verfassungsorgane als gleichberechtigt anzusehen, weil sie von der Volkssouveränität her abgeleitet waren.⁴² Im Denken vieler Amerikaner wurde ein Regierungsgleichgewicht immer mehr als eine funktionelle Teilung zwischen verschiedenen Gewalten und immer weniger als eine sozio-konstitutionelle Mischung von einzelnen Ständen mit ihren spezifischen Tugenden und Lastern wahrgenommen. Damit einher ging auch eine Änderung

⁴⁰ Die *Federalists* waren auch Kosmopoliten, jedoch in einem vornationalstaatlichen Sinne des 18. Jahrhunderts. Vgl. Wood (1969), S. 511, und Kohn (1975), S. 13.

⁴¹ Siehe Riklin (1989a).

⁴² Wood (1969), S. 150-161. In Pennsylvania argumentierten die Anti-Konstitutionalisten Benjamin Rush und James Wilson gegen die unbeschränkte Einkammerherrschaft mit dem Argument, der zweiten Kammer würde die gleiche demokratische Legitimation zukommen, und sie würde ebenso die Interessen des Volkes vertreten. S. 244-255 und S. 385.

des Verständnisses parlamentarischer Repräsentation. Die zahlenmässig stark vermehrten und gewählten Parlamentarier repräsentierten nicht mehr wie in England bloss *virtuell*, das heisst ohne tatsächliches Wahlrecht der überwiegenden Mehrheit, die Commons als sozialer Stand (Estate). Weil Erbmonarchie und Erbaristokratie in Amerika fehlten, wurde die *aktuelle* Repräsentation sämtlicher Regierungsorgane zum Substitut für die direkte Gesetzgebung durch das Volk.⁴³ Als es darum ging, eine bundesstaatliche Verfassung zu verteidigen, mussten die "aristokratischen" *Federalists* dem Vorwurf der "demokratischen" *Anti-Federalists* begegnen, sie hätten eine Oligarchie im Sinn. Die *Federalists* argumentierten, dass sämtliche Organe der bundesstaatlichen Ebene ebenso – oder sogar besser – demokratisch legitimiert seien wie die einzelstaatlichen Parlamente. Mit anderen Worten: Sie argumentierten mit einer vertikal und horizontal teilbaren Volkssouveränität gegen eine unteilbare einzelstaatliche Parlaments-souveränität.⁴⁴ Mit der Aufgabe der britischen, ständisch-hereditären Ausprägung der "mixed constitution" ging in den Augen der meisten *Federalists* auch das Konzept der Mischverfassung als Ganzes über Bord – John Adams ist hier die grosse, fast schon tragische Ausnahme. Die horizontale Gewaltenteilung befreite sich damit nicht nur gegenüber der "balanced constitution" des britischen Vorbilds, sondern gegenüber dem Konzept der Mischverfassung überhaupt.⁴⁵ Ergänzt wurde die von Publius-Madison nicht strikt verstandene horizontale Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative durch das neue Konzept einer vertikalen Gewaltenteilung des Föderativsystems.⁴⁶

Die Persönlichkeitsspaltung der *Federalist Papers* lässt sich auch bei Hamiltons Behandlung der Milizfrage feststellen. Gemäss dem Verfassungsvorschlag sollte der Bundeskongress die Kompetenz erhalten, im Kriegsfall eine Armee und eine Flotte aufzustellen, zu unterhalten sowie die nach wie vor einzelstaatlichen Milizen einheitlich zu bewaffnen und zu organisieren. Das Oberkommando über sämtliche Einheiten im Dienste des Bundes sollte der Präsident haben; ob reguläre Armee oder Miliz. Ausser in Notfällen sollte es den Einzelstaaten nicht erlaubt sein, eigene Truppen ohne Genehmigung des Kongresses auszuheben. Trotz zahlreicher Einschränkungen im Einzelnen bedeuteten diese Kompetenzen eine starke Zentralisierung militärischer Macht

⁴³ Vgl. Bailyn (1967), S. 160-175 und S. 272-301; Wood (1969), Kap. V, S. 162-196.

⁴⁴ *Ibid.*, Kap. XIII, S. 519-564.

⁴⁵ Vgl. Riklin (1991), S. 274-293, und Wood (1969), Kap. XIV, S. 567-592.

⁴⁶ Für den Beleg, dass die *Federalists* eine gewisse Vermischung der Gewalten zulassen vgl. *The Federalist Papers* (1787-88), Nr. 47, S. 302-308.

beim Bund. Die einzelstaatliche Kontrolle über die Miliz wurde beträchtlich eingeschränkt.⁴⁷

Eigentlich ging es bei der anschliessenden Debatte zwischen *Federalists* und *Anti-Federalists* um die Frage der Verteilung militärischer Kompetenzen zwischen Bund und Einzelstaat, und nicht um die Frage "Miliz oder stehendes Heer". Trotzdem entbrannte sofort eine hitzige Kontroverse über die Bedeutung einer zentralisierten militärischen Macht für die amerikanische Republik. Die *Anti-Federalists* attackierten die vorgeschlagene Ordnung aus einer durch die Revolution gestärkten "real Whig"-Position heraus. Sie sahen sich einem verschwörerischen Plan zur Errichtung einer "Standing Army" und zur Unterminierung der hart erkämpften republikanischen Freiheit gegenüber. Viele Anti-Nationalisten sahen die Armee als Fels, an dem die künftige amerikanische Republik notwendigerweise Schiffbruch erleiden müsste. Ihre Argumentation war allerdings selektiv: Es wurden weniger die *moralischen* Gefahren einer regulären Armee hervorgehoben als die unzureichende *Kontrolle* der Miliz und der nationalen Armee durch die Volksvertreter in den einzelstaatlichen Parlamenten. Als grösste Bedrohung wurde allgemein die Möglichkeit eingeschätzt, der Kongress könnte die Milizen vernachlässigen. Nach dem Vorbild der Stuart-Despoten hätte der Bund daraufhin den bedauernden Zustand der Milizen zum Vorwand nehmen können, um ein stehendes Heer und eine Tyrannei aufzubauen.⁴⁸

Die in Artikel I, Absatz 8 der vorgesehenen Verfassung festgehaltene Kompetenz des Kongresses, Armeen auszuheben und zu unterhalten, war für George Mason der hauptsächliche Grund dafür, dass er die Verfassung durch eine Bill of Rights ergänzt sehen wollte. Eine entsprechende Regelung hatte er selber der Verfassung von Virginia angefügt. Während des Verfassungskonvents in Philadelphia verstand sich Mason als Hüter des alten Republikanismus von 1776. In seinen Augen waren die ursprünglichen Ideale von den Kollegen aus Virginia wie James Madison verraten worden. Mason befürchtete, dass der Kongress die allgemeine Milizpflicht aushöhlen sowie nur noch die unteren und mittleren Schichten des Volkes in einer selektiven Miliz einziehen würde. Ohne Teilnahme der landbesitzenden Yeomanry jedoch würde die Miliz zerstört, was der Regierung einen Vorwand geben würde, ein stehendes Heer zu schaffen. Sobald dies in einem Staat geschehe, sei es mit der Freiheit vorbei.⁴⁹

Hamilton reagierte auf diese Argumentation auf den ersten Blick ganz ähnlich wie der Court-Whig John Somers beinahe ein Jahrhundert früher. Wie dieser stellte er die überlieferte Ansicht nicht ausdrücklich in Frage, dass ein professionelles Heer mit der

⁴⁷ Cress (1982), S. 97.

⁴⁸ *Ibid.*, S. 101; Ders. (1984), S. 31-33, und Bailyn (1967), S. 338-340.

⁴⁹ Vgl. Mason (1788), III, S. 1073-1081.

staatlichen Freiheit nicht zu vereinbaren sei. Im *Federalist* Nr. 8 beschreibt Hamilton stehende Heere zwar als gefährliche Institutionen mit bedenklichen Auswirkungen auf die Freiheit und die Wirtschaft eines Landes. Im zeitgenössischen Europa hätten sie allerdings den Vorteil gehabt, dass sie plötzliche Eroberungen und die Verwüstung weiter Landstriche verunmöglichten. Anschliessend beschreibt Hamilton das europäische System des Kabinettskrieges mit einer für die Zivilbevölkerung begrüssenswerten Hegung der Kriegsgöttin *Bellona*. Dieser Abschnitt liest sich wie eine implizite Verteidigung von kleinen, disziplinierten professionellen Heeren, welche dieses System erst ermöglichen.⁵⁰ In Amerika allerdings würde nach Hamiltons Einschätzung das Misstrauen gegenüber stehenden Heeren die Aufstellung solcher Armeen lange hinauszögern. Dies hätte eine planlose, auf Raub ausgerichtete Kriegführung zwischen den einzelnen Staaten zur Folge. Denn Plünderungen und Verwüstungen seien die immer währenden Begleiterscheinungen ungeordneter Truppen.

Die Logik dieser Argumentation hätte eigentlich zur Forderung hinauslaufen müssen, dass die Einzelstaaten ihre Vorurteile gegenüber stehenden Heeren aufgeben und im Sinne einer gehegten Kriegführung kleine Berufsarmeen aufstellen sollten. Hamilton möchte aber ein *nationales* reguläres Heer und keine einzelstaatlichen Armeen. So bedient er sich eines rhetorischen Kunstgriffs, welcher der Logik seiner vorangegangenen Ausführungen im Grunde diametral entgegensteht. Er schreibt, in den amerikanischen Staaten würde die ständige Kriegführung in den Einzelstaaten notwendigerweise zu einer Stärkung der Exekutive auf Kosten der Legislative führen. Um Ruhe und Sicherheit gewährleisten zu können, müsste man zu Einrichtungen Zuflucht nehmen, die tendenziell für die bürgerlichen und politischen Rechte gefährlich seien. Eine dieser Einrichtungen seien "Standing Armies". Innerhalb kurzer Frist würden in allen Teilen des Landes jene Instrumente der Despotie eingeführt werden, welche die Geiseln der alten Welt waren.⁵¹

Anstatt die Anti-Standing-Army-Ideologie als übertriebene Rhetorik zu *entlarven*, nutzt Hamilton diese Rhetorik, um die Notwendigkeit einer nationalen Lösung aufzuzeigen. Erst auf der nationalen Ebene ist Hamiltons Denken ohne innere Widersprüche. Hier kann er in Anlehnung an David Hume den grundsätzlich selbstsüchtigen modernen Menschen anerkennen und die Bürgermiliz als ein mit der modernen Lebensweise unvereinbares Ideal abschreiben.⁵²

⁵⁰ *The Federalist Papers* (1787-88), Nr. 8, S.113f.

⁵¹ *Ibid.*, S. 115.

⁵² *Ibid.*, S. 116: "The industrious habits of the people of the present day, absorbed in the pursuits of gain and devoted to the improvements of agriculture and commerce, are incompatible with

So schreibt Hamilton, die enorme Steigerung der Staatseinkünfte, der industrielle Fortschritt, die moderne Finanzwissenschaft und die veränderte Lebensweise hätten zu einer völligen Revolutionierung der Kriegführung geführt. Disziplinierte, von der Bürgerschaft abgesonderte Heere seien zur unvermeidlichen Begleiterscheinung moderner Staaten geworden. In Kontinentaleuropa habe die dauernde Kriegführung die gesellschaftliche Stellung des Berufssoldaten auf Kosten des Bürgers erhöht. Dies habe zu einer Militarisierung dieser Staaten und zu ständigen Verletzungen bürgerlicher Rechte geführt. Grossbritannien hingegen habe dank seiner Insellage, einer schlagkräftigen Flotte und einem kleinen Berufsheer seine Freiheit erhalten können. In der Court-Whig Tradition stehend, siedelt Hamilton den Ursprung der britischen Freiheit verhältnismässig kurzfristig in der Glorreichen Revolution an und nicht in einer idealisierten gotischen Feudalverfassung.⁵³ Denselben Vorteil der Insellage habe Amerika: "Extensive military establishments cannot, in this position, be necessary to our security".⁵⁴

Im *Federalist* Nr. 25 antwortet Hamilton auf den Einwand, dass eine Bürgermiliz ein natürliches Bollwerk darstelle und allein zur nationalen Verteidigung fähig sei. Im Gegenteil, so Hamilton: Diese Doktrin habe Amerika beinahe die Unabhängigkeit gekostet. Militärische Operationen gegen eine reguläre und geschulte Armee könnten nur von einer ebensolchen Streitmacht durchgeführt werden. Die amerikanischen Milizionäre hätten sich zwar tapfer geschlagen. Trotzdem müssten sie einsehen, dass die Kriegführung wie die meisten anderen Dinge eine Wissenschaft sei, die durch Fleiss, Ausdauer und Übung nach und nach erworben und vervollkommnet werden müsse.⁵⁵ Wie für Adam Smith gehorcht auch für Hamilton das Kriegshandwerk den grundlegenden Gesetzen der Arbeitsteilung. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Hamilton Artillerieoffizier war, bevor er zum Sekretär von Washington aufstieg. Auch Adam Smith hatte die Entwicklung des Militärwesens vor allem von der artilleristischen Perspektive aus gesehen. Im Gegensatz dazu war in der machiavellischen Tradition stets der Infanterist zur Verkörperung des Milizsoldaten herangezogen worden.

Im *Federalist* Nr. 24 meint Hamilton, man habe grundsätzlich zwei Möglichkeiten, die Garnisonen an der Westgrenze zu bemannen: durch Abordnungen der Miliz oder durch ein professionelles, ständiges Korps. Das erste sei undurchführbar, und wäre es durchführbar, so wäre es verderblich. Hamiltons Begründung dazu ist eine grundsätzli-

the condition of a nation of soldiers, which was the true condition of the people of those republics."

⁵³ *Ibid.*, Nr. 26, S. 197.

⁵⁴ *Ibid.*, Nr. 8, S. 117.

⁵⁵ *Ibid.*, Nr. 26, S. 195: "War, like most other things, is a science to be acquired and perfected by diligence, by perseverance, by time, and by practice."

che Infragestellung des Milizprinzips: Die Angehörigen der Miliz würden sich nicht lange – wenn überhaupt – damit abfinden, von ihren gewöhnlichen Beschäftigungen und von ihren Familien getrennt zu sein, um diese äusserst unangenehme Pflicht in Zeiten tiefsten Friedens zu erfüllen. Würden sie dazu gezwungen, wäre der Arbeitsverlust und die wirtschaftliche Belastung des Einzelnen ein trefftiger Einwand gegen ein solches Vorhaben: " ... it would be as burdensome and injurious to the public as ruinous to private citizens."⁵⁶ Die zweite Alternative wäre ein ständiges Korps im Solde der Regierung, was auf ein stehendes Heer in Friedenszeiten hinauslaufen müsste. Dieses sei allerdings nur klein und würde der verfassungsmässigen Kontrolle seitens der Legislative unterstehen.⁵⁷ Für Hamilton ist ein kleines Berufsheer tolerierbar, ja wünschbar. Dessen Freiheitsverträglichkeit sieht er vor allem durch eine institutionelle, konkret parlamentarische Kontrolle gewährleistet. Aus der Sicht der privaten Freiheit ist für ihn ein nationales Berufsheer der Miliz sogar vorzuziehen, weil dadurch der wirtschaftlich tätige Bürger weniger belastet wird. Trotzdem geht Hamilton nicht so weit, den Milizsoldaten völlig durch den Berufssoldaten ersetzen zu wollen. Ihm genügt es, dass eine selektive Miliz *national* organisiert wird und nicht mehr der alleinigen Hoheit des Einzelstaates untersteht. Auch Madison argumentiert im *Federalist* Nr. 46, eine reguläre Armee könne in Amerika gar nicht grösser sein als 30'000 Mann. Angesichts einer halben Million Milizsoldaten in den einzelstaatlichen Milizen sei dies völlig unbedenklich.⁵⁸

Für die *Federalists* war eine nationale Militärstruktur – aus regulärer Armee und selektiver Miliz – keine *Gefahr*, sondern eine *Garantie* für das weitere Überleben der amerikanischen Republik. Mit der Verfassung von 1787 wurde diese nationale Militärordnung geschaffen. Der Sieg der *Federalists* war allerdings kein vollumfänglicher. Als Zugeständnis konnten ihnen die *Anti-Federalists* den zweiten Verfassungszusatz abtrotzen, welcher den Fortbestand der einzelstaatlichen Milizen garantierte. Durch die ökonomische Rechtfertigung professioneller Truppen folgten die *Federalists* Adam Smith. Sie anerkannten implizit – Hamilton sogar explizit –, dass die klassischen Ansichten zur Verbindung von Soldatentum und Bürgerschaft in einer arbeitsteiligen Gesellschaft am Ende des 18. Jahrhunderts keine Gültigkeit mehr haben konnten. Nach Lawrence Cress waren sie damit die ersten, welche Argumente für einen militärischen Professionalismus in den ideologischen Kontext der amerikanischen Republik einfügten. Ausgehend von Positionen der englischen Court-Whigs anerkannten sie nicht nur die militärische Notwendigkeit regulärer Soldaten in Kriegszeiten, sondern auch deren

⁵⁶ *Ibid.*, Nr. 24, S. 191.

⁵⁷ *Ibid.*, S. 191.

⁵⁸ *Ibid.*, Nr. 46, S. 301.

Bedeutung für die politische Stabilität und Freiheit eines modernen Staates im Frieden. Ein Grossteil der Bürgerschaft blieb zwar in diesem System noch immer zum Dienst in der Miliz verpflichtet. Diese Verpflichtung wurde jedoch immer mehr als Ausdruck ökonomischer Zweckmässigkeit und immer weniger als Manifestierung bürgerlicher Tugend gesehen.⁵⁹

⁵⁹ Cress (1982), S. 108f.

9.3 Alexander Hamilton und der Niedergang der klassischen Miliz- idee

Whenever the militia comes to an end, or is despised or neglected, I shall consider this union dissolved, and the liberties of North America lost forever.

JOHN ADAMS

Der ideologische Unterbau der Milizordnung der amerikanischen Republik kam in den 1790er Jahren weiter unter Beschuss. Alexander Hamilton entwickelte von 1789 bis 1795 als "Secretary of the Treasury" in verschiedenen Berichten die Vision eines kommerziellen, modernen sowie durch Nationalbank, Börse und Verschuldung der öffentlichen Hand stabilisierten Amerikas. Für jeden mit der Country- und Whig-Literatur vertrauten amerikanischen Leser war offensichtlich, dass Hamilton mit diesem Vorhaben in den Fussstapfen von Robert Walpole wandelte. Hamiltons Wunsch eines wirtschaftlich und militärisch mächtigen Staates nach dem Vorbild Grossbritanniens rief insbesondere in den agrarisch geprägten Südstaaten starke Opposition hervor. Während der Unabhängigkeitsbestrebungen hatte sich vor allem das puritanische Neu-England der klassisch-republikanischen Sprache von Tugend und Korruption bedient. Nun war es vorwiegend die Pflanzaristokratie Virginias, welche dem Aufkommen eines "monied interest", von Manufakturen und einer "Standing Army" mit Sorge begegnete.¹

Vor allem aus den Reihen der *Anti-Federalists* und unter Zuzug prominenter früherer *Federalists* wie James Madison, konstituierten sich zu Beginn der 1790er Jahre die *Republicans* unter Führung von Thomas Jefferson als Gegenpartei zu den *Federalists* – Jefferson amtierte 1789-93 als "Secretary of State". Die *Republicans* sprachen ganz bewusst die Sprache des Country. Ihnen gegenüber stand Hamilton, welcher sich vielleicht nicht gerade als Court-Whig, so doch als "modern Whig" im Kontext eines neomachiavellischen Kontrastes zwischen tugendhafter Antike und kommerzieller Moderne verstand.² Wichtig ist allerdings: Hamilton begrüßte den Übergang von einer tugendhaften zur kommerziellen Republik nicht in erster Linie darum, weil diese die individuellen Freiheiten besser schützen würde. Adam Smith glaubte an die zivilisatorische, friedensschaffende Wirkung des Freihandels, begründet auf einer minimalen Intervention seitens der Regierung. Als Hamilton seinen berühmten "Report on Manu-

¹ Murrin (1980), S. 404.

² Vgl. McCoy (1980), S. 136-165, und Pocock (1975), S. 529.

factures" 1791 verfasste, lag *The Wealth of Nations* auf seinem Pult.³ Trotzdem glaubte er nicht an Frieden durch Freihandel, sondern an ein konfliktgeladenes internationales Umfeld. Bei Machiavelli hatte die klassische Politik bürgerlicher Tugend letztlich dem Zweck territorialer Expansion respektive der Einigung Italiens gedient. Auch Hamilton hing einer expansiven Vision an; allerdings nicht einer über *Raum*, sondern über *Zeit*. Eine Berufarmee sollte in seiner Vorstellung der noch flüggen amerikanischen Republik diese Zeit verschaffen. Eine solche kommerzielle Expansion beruhte nicht mehr auf der Tugend der Bürger, sondern auf den Prämissen der modernen Politik: dem Eigeninteresse und dem ökonomischen "spirit of enterprise". Wie Adam Smith begrüßte Hamilton die Arbeitsteilung als ein wichtiges Element gesellschaftlichen Fortschritts. Anders als dem Schotten schienen ihm deren negative Auswirkungen kein grosses Kopfzerbrechen bereitet zu haben. Hamiltons Interesse galt letztlich nicht dem besitzindividualistischen Bürger, sondern dem militärisch-fiskalisch mächtigen Staat.⁴

Vor dem Hintergrund einer althergebrachten und politikerproben Country-Ideologie machten sich *Republicans* wie John Taylor von Carolina daran, Hamiltons militärisch-industriellen Komplex als Ausfluss einer Politik der Korruption zu torpedieren.⁵ Für Taylor war der Kapitalismus nicht nur eine Form der Aristokratie. Er ging zudem davon aus, dass die Aristokraten um Hamilton den Kapitalismus zur Verfolgung ihrer privaten Ziele missbrauchten. Dem städtischen Manufakturarbeiter und dem "monied man" der modernen Finanzwelt stellte Taylor, "the American Bolingbroke", die Idealvorstellung des genügsamen, unabhängigen und selbstversorgenden Ackerbauern (husbandman) gegenüber.⁶

Taylor wird von modernen Historikern auch als "Virginia Cato" bezeichnet, weil sich in seinem einflussreichen Hauptwerk *Arator* viele inhaltliche Parallelen feststellen lassen zu *De agri cultura* von Cato, dem römischen Zensor. Darin erlangte die antike Agrarideologie wohl ihren deutlichsten Ausdruck – zusammen mit Xenophons *Oikonomia*. In dieser agrarrepublikanischen Tradition wurde die Landbearbeitung als diejenige charakterbildende Tätigkeit angesehen, durch welche Pietät und männlich-soldatische Tugend gewonnen wird. In seinem öffentlichen Amt als Zensor hatte Cato versucht, dem wirtschaftlichen Niedergang des freien Ackerbauern entgegenzuwirken. Für ihn war der Bauern- und Bürgersoldat, das Rückgrat der römischen Republik, in

³ Earle (1986), S. 231.

⁴ Vgl. Pocock (1975), S. 531.

⁵ Der Bezug zu Präsident Eisenhowers "military-industrial complex" in den 1950er Jahren ist gewollt.

⁶ Vgl. Banning (1978), S. 192-200, und Pocock (1981b), S. 161f.

Gefahr auszusterben.⁷ Taylor und seine virginischen Mitstreiter befanden sich in einer vergleichbaren Situation. Allerdings nahmen sie nicht nur den Yeoman-Bauern mittleren Einkommens, sondern auch die reiche Pflanzeraristokratie als Bollwerk einer amerikanischen Agrarrepublik wahr.⁸

In den erstmals 1781 erschienenen *Notes on the State of Virginia* von Thomas Jeffersons (1743-1826) findet sich der programmatische Gegensatz von ländlicher "virtue" und städtischer "corruption" eindrücklich. Jefferson schreibt, der Anteil der Ackerbauern stelle im Verhältnis zu den anderen gesellschaftlichen Klassen einen Barometer dar für die Gesundheit eines Staates respektive für dessen Grad der Korruption. Der städtische Mob vermöge eine Regierung ebenso wenig zu stärken, wie eine Verwundung der Kraft eines menschlichen Körpers zuträglich sei. Die Vitalität einer Republik hänge vom Verhalten und Geist des Volkes ab. Degeneriere dieses, so werde der Krebs bald bis zum Herz der Verfassung vordringen.⁹ Jeffersons Anglophobie und seine Abneigung gegenüber David Hume grenzten an Besessenheit. In den amerikanischen Städten der Ostküste sah er eine ähnliche Entwicklung im Gange, wie sie in England seiner Ansicht nach zur Korruption des ganzen Landes geführt hatte. Eine kapitalistische Verschwörung, gesteuert durch Hamilton, war in den Augen vieler *Jeffersonian Republicans* verantwortlich für diese Tendenz. Nur die Tugend, die Unabhängigkeit und die Macht des einfachen amerikanischen Farmers konnten ihrer Meinung nach dieser verhängnisvollen Entwicklung Einhalt gebieten.¹⁰

Wichtig erscheint allerdings, die *Jeffersonians* nicht als zu anti-kommerziell darzustellen. Dem kleinen Handwerk und dem normalen Handel vermochten sie durchaus Positives abzugewinnen. Korruption sahen sie jedoch dort am Werk, wo Kommerz in Luxus und Korruption überzugehen drohte. Der militärisch-industrielle Komplex, die Allianz von Regierung, Finanzwelt, Grossmanufakturen und Armee, stellte das primäre Angriffsziel ihrer politischen Rhetorik dar. Letztlich ging es den meisten *Jeffersonians* darum, die amerikanische Republik in einer mittleren, schwergewichtig agra-

⁷ Vgl. Foshee (1985), S. 527-530.

⁸ *Ibid.*, S. 530-543.

⁹ Jefferson (1787), *Notes on the State of Virginia*, Query XIX, S. 217. Eine beinahe identische Belegstelle von Madison zitiert McCoy (1980), S. 156f.

¹⁰ "I fear nothing for our liberty from the assaults of force; but I have seen and felt much and fear more from English books, English prejudices, English manners, and the apes, the dupes and designs among our professional crafts. When I look around me for security against these seductions, I find it in the widespread of our agricultural citizens, in their unsophisticated minds, their independence and their power, if called on, to crush the Humists of our cities, and to maintain the principles which severed us from England." Brief an H. G. Spafford, 17. März 1814, zit. in Moore (1977), S. 838.

risch geprägten Stufe der sozio-ökonomischen Entwicklung zu stabilisieren; zwischen einem ignoranten, primitiven Sparta und einem korrupten, lasterhaften Britannien.¹¹

Insbesondere die professionelle Armee hatte es den *Republicans* angetan. Obwohl die Verfassung dem Kongress die Kompetenz zum Erlass einer einheitlichen Milizordnung zugesprochen hatte, war die Vorlage lange Zeit verschleppt worden. Erst als ein aus Milizionären und Regulären gebildetes Expeditionskorps unter General St. Clair im Feldzug gegen die Indianer eine schwere Schlappe einsteckte, wurde sie wieder aktuell. 1792 verabschiedete der Kongress den ersten nationalen Militia Act. Dieser vermochte jedoch keine Trendumkehr im seit beinahe einem Jahrhundert andauernden Niedergang der Miliz einzuläuten. Im Gegenteil: Der Act war von so vielen Schwächen geprägt und überliess den Einzelstaaten einen so grossen diskretionären Spielraum, dass damit *de facto* die Hoffnungen der *Federalists* auf eine selektive Nationalmiliz als Ergänzung zur professionellen Armee beerdigt werden mussten. Richard Kohn bezeichnet deshalb den Militia Act von 1792 als Mord am Milizsystem.¹² Bereits zwei Jahre später sollten die Schwächen einer dezentralisierten Milizordnung schonungslos zu Tage treten: In Pennsylvania konnte die Whiskey Rebellion nur mit Mühe niedergeschlagen werden.¹³

Im Parteienspektrum schuf der Militia Act ab 1792 klare Fronten. Für die *Federalists* konnte der Aufbau einer nationalen Wehrverfassung jetzt nur noch eines bedeuten: den Auf- und Ausbau der Berufsarmee. Bei den *Republicans* hielt sich noch immer die Ansicht, die Verteidigung des Landes könne angesichts der geopolitischen Isolation der Vereinigten Staaten ausschliesslich der dezentralen Milizordnung anvertraut werden. 1793 brachte die republikanische Partei einen erfolglosen Antrag zur Reduktion der Armee ein. Um dieses Anliegen durchzubringen, fuhren die *Republicans* mit dem traditionellen ideologischen Geschütz gegen eine "Standing Army" auf. Eine Bedeutung, welche der Begriff "Standing Army" ab 1675 in der englischen Diskussion stets gehabt hatte, fiel allerdings im amerikanischen Kontext dahin. Der Einsitz von Berufsoffizieren im Parlament stellte in den Vereinigten Staaten keine Gefahr mehr dar, weil diese von vornherein vom Kongress ausgeschlossen waren.¹⁴ Als 1793 die revolutionäre französische Republik Grossbritannien den Krieg erklärte, führte dies zu einer starken Polarisierung im politischen Leben des grössten Neutralen jener Zeit. Die

¹¹ Banning (1986), S. 5f., und McCoy (1980), S. 210ff. Eine pro-kapitalistische, liberale Deutung von Jefferson findet sich bei Appleby (1992), 253-276; S. 291-319, und Rahe (1994), III, S. 184-205.

¹² Kohn (1975), S. 128-138.

¹³ Cress (1982), S. 121-129.

¹⁴ Banning (1978), S. 180.

Republicans stemmten sich erfolgreich gegen das Anliegen der *Federalists*, die Truppenstärke von Armee und Flotte zu erhöhen; und dies obwohl sie selbst stärkere Massnahmen als Vergeltung für britische Übergriffe gegenüber amerikanischen Schiffen gefordert hatten. Dabei kam das traditionelle Argumentarium gegen stehende Heere auch in Bezug auf die Flotte zur Anwendung – auch dies im Gegensatz zum englischen Oppositionsdenken. Zu stark war das Misstrauen, dass die militärische Macht in den Händen einer ministerialen "paper junto" zum Instrument der Unterdrückung werden könnte.¹⁵

In einer "Standing Army", ja sogar einer "Navy", sahen die *Republicans* ebenso eine Gefahr für ihre agrarrepublikanische Gesellschaft wie in der Nationalbank, der öffentlichen Verschuldung und der "monied aristocracy". John Adams' Abneigung gegenüber stehenden Heeren und der Nationalbank war bekannt. Deshalb wurde seine Wahl 1796 auch von vielen *Republicans* begrüsst, obwohl er eigentlich von den *Federalists* portiert worden war. 1798 kam es zum Quasi-Krieg mit Frankreich. Die Flotte wurde vergrössert und das Heer unter Anleitung des neuen Generalinspektors Alexander Hamilton verdreifacht. Nun war für viele *Jeffersonians* der Punkt erreicht, an dem eine "mercenary army" als Saatgut der Tyrannei dem militärischen Geist und der bürgerlichen Freiheit des Amerikaners den Garaus machen musste.¹⁶ Mit der Wahl Jeffersons zum Präsidenten, von den *Republicans* als Revolution von 1800 gefeiert, kam die Country-Partei an die Macht. Die prophezeite Rückkehr zum "wirklichen" Republikanismus von 1776 blieb allerdings aus. Jefferson reduzierte die Berufsarmee zwar beträchtlich, schaffte sie allerdings nicht ab. Und dies sollte nicht sein einziges Zugeständnis an die realen Gegebenheiten des frühen 19. Jahrhunderts darstellen. Nach und nach musste in der Praxis die Jefferson'sche Vision vor derjenigen von Hamilton kapitulieren. Weitgehend unbewusst wurden die ursprünglichen Ideale der *Republicans* subtil an die veränderten Umstände angepasst. Die Wirklichkeit liess sich immer weniger in die Form neo-klassischer Träume giessen.¹⁷

Jefferson und seine Anhänger hegten im Innersten starke Zweifel, ob die agrarische Tugend selbst in einem isolationistischen amerikanischen Staat stets die Oberhand behalten würde. Darum stand letztlich nur die territoriale Expansion nach Westen offen. Ein grenzenloses Landreservoir, in Besitz genommen durch bewaffnete Bauern- und

¹⁵ *Ibid.*, S. 222f., und Murrin (1980), S. 416f.

¹⁶ Banning (1978), S. 261f. Präsident John Adams zögerte nicht nur, die Truppenstärke auszubauen; er schreckte auch davor zurück, den Erwartungen entsprechend Hamilton zum Oberbefehlshaber zu ernennen. Am Ende einer Reihe von Kabinettsintrigen bestimmte er Henry Knox zum Oberkommandierenden. Kohn (1975), S. 193-238.

¹⁷ McCoy (1980), S. 238.

Bürgersoldaten, sollte eine unerschöpfliche Tugend im Sinne von Machiavellis *virtù* freisetzen. In der Vorstellung vieler *Republicans* konnte nur eine expandierende, agrarische und egalitäre Gesellschaft den sich entwickelnden Kommerz absorbieren und ihren republikanischen Charakter bewahren. Hamiltons inneres Auge blickte nach Europa. Darum bezeichnete er Kanada als zur Linken und die spanischen Besitzungen in der Karibik als zur Rechten liegend. Jefferson schaute nach Westen, auf ein selbstgenügsames, agrarisches und friedfertiges Amerika. Der Kauf von Louisiana im Jahre 1803 stellte nicht nur den grössten Erfolg seiner Präsidentschaft dar, er passte auch haargenau in diese Vision. Durch ihn wurde in den Augen der *Jeffersonians* vermieden, dass die junge Republik in den europäischen Krieg hineingezogen wurde. Dies hätte entsprechend dem negativen Vorbild der europäischen Grossmächte die Notwendigkeit geschaffen, ein kriegswirtschaftliches System aus Berufarmee, Flotte und öffentlicher Verschuldung aufzubauen. Hätte dies nach Meinung der *Jeffersonians* zwangsläufig die amerikanische Freiheit untergraben, so versprach die Besiedelung einer ungeheuren Landmasse für Generationen ein "Empire of Liberty".¹⁸

Andrew Jackson sollte später diesen Mythos des Westens personifizieren. Als im Jahre 1812 ein neuerlicher Krieg mit Grossbritannien ausbrach, standen die Vereinigten Staaten infolge der Politik der *Jeffersonians* praktisch ohne ein Berufsheer und mit einer mangelhaft organisierten Miliz da. Das Misstrauen gegenüber einer "Standing Army" hatte in der Praxis die Realisierung von Hamiltons Vision eines Machtstaates schwer gehemmt. Angesichts von sechzehn Kriegsschiffen und einer regulären Armee von weniger als 7'000 Mann schien der Krieg für die Amerikaner auch beinahe mit einer Katastrophe zu enden. Doch dann gelang es den legendären Jägern von Kentucky, unter dem Kommando von Jackson, in der Schlacht von New Orleans die britischen Veteranen zu schlagen. In den Augen vieler Amerikaner hatte man die Unabhängigkeit von der grössten imperialen Macht der Erde ein zweites Mal gewonnen. Der traditionelle Kontrast zwischen tugendhafter Miliz und korrupter "Standing Army" hatte sich abermals der ganzen Welt gezeigt.

Die von Tocqueville beschriebene individualistische, demokratische, materialistische und liberale Vorstellungswelt des *homo faber et mercator* löste das bürgerlich-republikanische Paradigma des *homo politicus*, verkörpert in Andrew Jackson, nur langsam ab. Der Grund dafür ist wohl darin zu suchen, dass die Politik der Tugend während der Besiedlung der ungeheuren Landreserven – wie von den *Republicans* er-

¹⁸ Vgl. Horsman (1989), S. 1-20. Der in dieser Vision inbegriffene Genozid an der Urbevölkerung stellte ebenso eine Inkonsequenz Jeffersons dar wie der Umstand, dass der grosse Verfechter der Freiheit selber Sklavenbesitzer war. Siehe Stourzh (1970), S. 189-201; McCoy (1980), S. 185-208, und Foshee (1985), S. 543-548.

hofft – ständig reaktiviert wurde.¹⁹ In Wirklichkeit wurde die Schlacht von New Orleans durch Artillerie entschieden. Gleichzeitig sassen die Milizen von Neu-England zuhause fest, weil die Gouverneure ihren Einsatz ausserhalb der Staatsgrenzen verweigert hatten. Auch war Andrew Jackson gar kein "frontiersman", sondern ein Pflanze. Gerade diese Divergenzen zwischen Ideal und Realität zeigen, dass die Milizidee im Denken der Amerikaner noch resistenter war als die ihr zu Grunde liegenden klassischen Prämissen politischer Moralität.

Thomas Jefferson konnte sich mit der Zeit dazu durchringen, den Manufakturarbeiter auf eine Ebene mit dem Ackerbauern zu stellen. Die neugebildete Flotte schickte er ins Mittelmeer, um die Handelsinteressen der jungen Nation gegenüber Berberpiraten zu verteidigen. Schliesslich lernte er auch mit einer Nationalbank und einem professionellen Heer zu leben. Er begrüsst sogar die Errichtung der Akademie von West Point zur Ausbildung von Berufsoffizieren. Nach Meinung von John Murrin beinhaltet die Machtergreifung durch die *Jeffersonian Republicans* überhaupt eine grosse Inversion: Der Court sei dezentralisiert und weitgehend entpolitisiert, die Country-Partei zentralisiert worden. Im Verlaufe dieser Entwicklung hätten die *Republicans* weitgehend ihre anti-kapitalistische Ideologie aufgeben oder sie relativieren müssen.²⁰

In Bezug auf die Milizidee gilt jedoch anzumerken, dass Jefferson – gleich wie John Adams – Zeit seines Lebens davon überzeugt blieb, dass in einem freiheitlichen Staat jeder Bürger auch Soldat sein sollte. In einem Brief an James Monroe im Jahre 1813 schrieb der Weise von Monticello, es sei ein Glücksfall, dass es in den Vereinigten Staaten nur wenige solcher hoffnungsloser Gestalten gebe, aus denen [in Europa] moderne reguläre Armeen zusammengesetzt seien. Dies beweise die Notwendigkeit, dass in jedem freien Staat jeder Bürger, wie in Griechenland und Rom, auch Soldat sein müsse. Es sei erforderlich, die ganze männliche Bürgerschaft zu üben, einzuteilen sowie die militärische Schulung zu einem festen Bestandteil der College-Erziehung zu machen. Bis dies getan sei, könne man nicht sicher sein.²¹ John Adams antwortete 1823 an William H. Sumner auf dessen *Inquiry into the Importance of the Militia to a Free Commonwealth*. Er schrieb, dass weder Schulen, Universitäten noch Gemeindever-

¹⁹ Die Fortdauer klassisch-republikanischer Inhalte während der Präsidentschaft von Jackson beschreiben Berthoff (1979), S. 109ff., und Sandel (1996), S. 154-167.

²⁰ Murrin (1980), S. 428.

²¹ "It is more a subject of joy that we have so few of the desperate characters which compose modern regular armies. But it proves more forcibly the necessity of obliging every citizen to be a soldier; this was the case with the Greeks and Romans, and must be that of every free State. ... We must train and classify the whole of our male citizens and make military instruction a regular part of collegiate education. We can not be safe till this is done." Zit. in Earle (1986), S. 242.

sammlungen für die Errichtung und den Charakter der amerikanischen Nation massgebender gewesen seien als die Miliz. Sowohl vom bürgerlich-politischen als auch vom moralischen Gesichtspunkt aus gesehen sei sie von Bedeutung. Sie müsse allerdings stets universal sein, denn eine selektive Miliz werde schnell zu einem stehenden Heer konvertieren: "Whenever the militia comes to an end, or is despised or neglected, I shall consider this union dissolved, and the liberties of North America lost forever."²² Beide grossen Geister der amerikanischen Geschichte starben am selben Tag, am 4. Juli 1826. Das Konzept des Bürgersoldaten im politischen Denken Amerikas überlebte sie beide. Allerdings wurde es immer mehr zu einem leeren Gehäuse ohne geistige Füllung. Vor allem entbehrte es einer konzeptionellen Verbindung zum politischen Pragmatismus des demokratischen Liberalismus. Diese Ethik des kompetitiven Individualismus sollte im 19. Jahrhundert von den Vereinigten Staaten aus einen beeindruckenden Siegeszug in die Welt antreten.

Im Zuge dieser Entwicklung wurde die von Jefferson in der Unabhängigkeitserklärung festgehaltene Glücksformel *the pursuit of happiness* nur noch dahingehend verstanden, dass jedermann ein *Recht* darauf habe, glücklich zu sein. Die ursprünglich mindestens gleichrangige positive Bedeutung, dass man sich dieses Recht durch Partizipation, durch ein aktives Streben (*the pursuit*) im öffentlichen Bereich erst verdienen muss, geriet in Vergessenheit. Der Akzent verschob sich von der *öffentlichen* Freiheit des *citoyen* auf die *private* Freiheit des *bourgeois*; von der Freiheit *zur* Politik hin zur Freiheit *von* der Politik. Obwohl die Terminologie aus der Französischen Revolution stammt, beschreibt sie doch treffend den liberal-kapitalistischen Prozess der "Verbürgerlichung"; eine Funktionalisierung des Politischen, welche sich in den Vereinigten Staaten im 19. Jahrhundert abspielte. Nicht mehr der Anspruch auf Teilhabe an den Regierungsgeschäften stand fortan im Zentrum. Angestrebt wurde vielmehr, von dem notwendigen Übel des politischen Lebens befreit zu werden und Garantien zu erlangen, die eine ungestörte Verfolgung ökonomischer Eigeninteressen gegenüber dem Staat erlaubten.²³ Die vormodernen, anti-kapitalistischen und anti-individualistischen Prämissen einer Sprache von Tugend und Korruption mussten angesichts der Dynamik der modernen amerikanischen Industriegesellschaft zunehmend als obsolet erscheinen. Gewiss: Es gab noch Überreste der bürgerlich-humanistischen Tradition. Doch diese lösten sich immer mehr von dem sie umgebenden kulturellen, sozialen und ökonomischen Kontext. Die Priorität des Gemeinsinns wurde durch die Priorität des Individual-

²² Sumner (1823), *Inquiry into the Importance of the Militia to a Free Commonwealth*, S. 69f.

²³ Arendt (1965), S. 162ff., spricht von einem Versagen des nachrevolutionären Denkens, weil die Revolution zwar dem amerikanischen Volk die Freiheit gab, jedoch keinen Raum, diese auch wirklich auszuüben.

rechtes abgelöst. Der Begriff "virtue" ging seines gemeinwohlorientierten Inhalts verlustig. Er wurde im amerikanischen Alltagsverständnis nurmehr zur Beschreibung bewundernswerter persönlicher Charaktereigenschaften verwendet. Eine ähnliche inhaltliche Verengung erfuhr der Begriff "corruption". Korruption bezeichnete nun keinen moralischen Verfall mehr, sondern – entsprechend der Tendenz zur funktionalistischen Perspektive der Politik – eine Dysfunktion innerhalb der politischen Behörden. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts konnten nur noch wenige *Amsträger*, und nicht mehr ganze *Völker* wie im 18. Jahrhundert korrupt sein.

Die Entmoralisierung des Begriffes "luxury", von Mandeville und Hume eingeleitet, setzte sich fort. Luxus wurde nun allgemein nicht mehr als Zeichen politischer Degeneration, sondern als Attribut gesellschaftlichen Fortschritts gesehen. So wurde die bürgerlich-humanistische Milizidee immer mehr zu einem Fremdkörper in einer Welt der Kommerzialisierung, der Spezialisierung und der Professionalisierung. Für kaum einen Amerikaner machte die Forderung noch Sinn, ein Berufssoldat sei aufgrund seiner Tätigkeit davon auszuschliessen, Bürger des Staates zu sein. Das Soldatsein wurde nicht mehr als öffentlich-moralische *Verantwortung* der Bürgergemeinschaft gesehen, sondern als eine *Funktion* des von der Zivilgesellschaft getrennten Staates. Das Militär war nun ein Organ dieses Staates. Es war nicht mehr mit der bürgerlichen Gemeinschaft der *citoyen* identisch, sondern hatte die bürgerliche Zivilgesellschaft der *bourgeois* zu schützen. Es trat das ein, wovor sich die Bürger der antiken Republiken stets gefürchtet hatten: Die öffentliche Sphäre der Politik und der Verteidigung wurde durch die private Sphäre der Wirtschaft und der physischen Notwendigkeit erobert. Das Soldatsein wurde eine Arbeit und damit zum Beruf.²⁴ Das Verhältnis zwischen staatlicher Freiheit und Berufsarmee war keine moralische Frage mehr, sondern eine Frage parlamentarischer Kontrolle, der Unterordnung der militärischen unter die zivile Gewalt. So schienen militärischer Professionalismus und staatliche Freiheit miteinander versöhnt.

Aber dieser Prozess vollzog sich nur sehr langsam. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts entwarf in Europa Carl von Clausewitz vor dem Hintergrund der napoleonischen Kriege und der *levée en masse* eine neuartige Theorie des Krieges. Gemäss dieser Theorie wurde der Krieg nicht mehr durch die Bürgermiliz einer Polis, sondern durch das Konstriktionsheer eines bürokratisch entwickelten Nationalstaates geführt. Für Clausewitz war der Krieg nicht mehr *Ausdruck* republikanischer Tugend, sondern die *Fortsetzung* nationalstaatlicher Politik. An Amerika waren die napoleonischen Kriege nahezu ohne negative Folgen vorübergegangen. Im Gegenteil: Als wichtigster Neutraler hatte man durch die Auseinandersetzung ökonomisch stark profitiert. Weil die Er-

²⁴ *Ibid.*, S. 14.

fahrung totaler Kriegführung fehlte und weil der Atlantik dauernden Schutz vor europäischer Intervention versprach, konnte man es sich leisten, noch immer archaisch-romantischen Vorstellungen von der Überlegenheit eigener Bürgermilizen anzuhängen. Obwohl Präsident Madison im Jahre 1815 das Berufsheer auf 20'000 Mann ausbaute, sollte es bis zum Ende des Bürgerkrieges dauern, bis die Wehrpflicht in der Miliz auch *offiziell* aufgegeben wurde. In freiwilligen Milizformationen lebte das Phänomen des Bürgersoldaten trotzdem weiter. Zur Zeit des Krieges mit Spanien 1898 wurde aus diesen Milizen die moderne *National Guard* gegründet. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde diese immer enger an die reguläre Armee gebunden. Im Grunde erfuhr das Konzept des Bürgersoldaten aber erst 1973 mit dem Übergang zur *All-Volunteer-Force* (AVF) seinen realpolitischen Todesstoss – drei Jahre nachdem der Philosoph Michael Walzer die militärische Wehrpflicht als unvereinbar mit einer liberal-individualistischen Gesellschaftstheorie erklärt hatte.²⁵

²⁵ Walzer (1970), S. 89.

10. Theorie und Geschichte: Schlussbetrachtung

Homer schildert, wie der nach Hause zurückgekehrte Odysseus von seiner Frau Penelope kaum mehr wiedererkannt wurde. Auch das Milizideal erfuhr während seiner Odyssee mit und innerhalb der klassisch-republikanischen Tradition zahlreiche Modifikationen. Militärhistorisch betrachtet scheinen das Mitglied der Florentiner Landmiliz, der englische Yeoman und der amerikanische Patriot wenig Gemeinsamkeiten aufzuweisen. Von einem politisch-philosophischen Standpunkt aus gesehen verhält es sich anders. Die konzeptionelle Kette *res publica – libertas – virtus – militia* wurde über Jahrhunderte hinweg vor dem Hintergrund antiker Geschichtsschreibung in vergleichbarer Art und Weise wahrgenommen. Der nostalgische Blick auf den römischen *miles* war bei vielen Autoren so stark, dass sie gerne bereit waren, über die offensichtlichen Unzulänglichkeiten zeitgenössischer Milizordnungen hinwegzusehen.

In den konzeptionellen Einleitungskapiteln wurde aufgezeigt, dass sich das militärpolitische Konzept der Milizarmee innerhalb der Ideologie des klassischen Republikanismus durch fünf Merkmale charakterisieren lässt: *Staatlichkeit* (vs. privates Engagement), *einheimische Soldaten* (vs. Ausländer), *Nebenberuflichkeit* (vs. Professionalität und Konskription), *Wehrpflicht* (vs. Freiwilligkeit), *universale oder selektive Dienstpflicht*. Es ist erstaunlich, wie dieser Definitionsraaster über Jahrhunderte hinweg im politischen Denken verschiedenster klassisch orientierter Autoren wiederzufinden ist – und zwar in einem völlig unterschiedlichen kulturellen, religiösen, soziologischen, wirtschaftlichen und politischen Kontext.

Von Leonardo Brunis ritterlich-aristokratischem Ideal eines *bonus miles* bis zu Andrew Jacksons *Kentucky Riflemen* legte das Phänomen des Bürgersoldaten einen weiten Weg hinter sich. Und doch: Ob Bruni, Machiavelli, Bacon, Harrington, Fletcher oder Thomas Jefferson, alle gingen sie davon aus, dass eine *res publica* ihre Freiheit nur erhalten könne, wenn die Bürger gewillt sind, selber in den Krieg zu ziehen. Die Tugend der Bürger galt als unverzichtbare moralische Voraussetzung der Überlebensfähigkeit eines Staates. Eine Republik war darum der bessere Staat als eine Monarchie, weil sie eine grössere bürgerlich-militärische Tugend freizusetzen vermochte.

Von Aristoteles bis zu Thomas Jefferson wurde die Kriegführung als inhärenter Bestandteil der öffentlich-politischen Sphäre perzipiert. Weil das Soldatsein *per se* eine *öffentliche Berufung* war, durfte niemals zugelassen werden, dass diese Tätigkeit *privatberuflich* ausgeübt wurde. Freiheit musste zuerst verdient werden, bevor man sie geniessen konnte. Deshalb war in den Augen vieler klassisch-republikanischer Autoren das Söldnerwesen so verderblich. Es nahm dem Bürger den öffentlichen Raum, in welchem er eine *vita activa* führen konnte. Es verhielt sich so, als ob gemietete Wähler

und nicht die Bürger selbst in der Volksversammlung über die Geschicke eines Staates entschieden hätten.

Natürlich gibt es auch bedeutende Unterschiede zwischen den Miliz- und Republikanismusdiskursen in Italien, Grossbritannien und Nordamerika: In Italien entwickelte sich der klassische Republikanismus in erster Linie in der Auseinandersetzung mit dem *Autoritarismus*, in Grossbritannien und Nordamerika in Abgrenzung zum *Autoritarismus* sowie zum sich ab Mitte des 17. Jahrhunderts herausbildenden *Liberalismus*. *Theoretisch* ist die beste Wehrverfassung aus der Sicht des Liberalismus ein Berufsheer, aus der Sicht des klassischen Republikanismus eine Milizarmee. *Historisch* trafen diese Gegenpositionen ab Mitte des 17. Jahrhunderts aufeinander: zuerst im Disput zwischen Matthew Wren und James Harrington um 1658, mit schärferen Konturen während der "Standing Army"-Kontroverse 1697-99 und modern klingend in der Wehrverfassungsdebatte der schottischen Aufklärung (1740-90).

Florenz

Im spätmittelalterlichen Italien führte das vermehrte Aufkommen von erblichen Einzelherrschaften (Signorien) gegen Ende des 13. und zu Beginn des 14. Jahrhunderts in verschiedenen Städten zu einer grundlegenden Neubesinnung auf die Werte der politischen Unabhängigkeit und der republikanischen Selbstregierung. Mehrere Lektoren der Rhetorik, die *dictatores*, begannen die spezifischen Tugenden und Vorzüge einer bürgerrepublikanischen Verfassung zu erkennen und herauszustreichen. Vom römischen Historiker Sallust übernahmen diese prähumanistischen *literati* des Mittelalters wie Brunetto Latini die Erklärung, weshalb sich die römische Republik zum Despotismus gewandelt hatte: Der private Reichtum und die Gier nach Geld (*avaritia*) hatten die öffentliche Tugend der römischen Bürger korrumpiert. Diese Dekadenzthese, die Darstellung des gefährlichen Einflusses des privaten Strebens nach Luxus, blieb bis ins 18. Jahrhundert hinein wie ein roter Faden mit der Milizdebatte verbunden.

Als eine Ausnahme dieser Regel sind die optimistischen, "pro-kommerzielleren" Bürgerhumanisten des frühen 15. Jahrhunderts zu sehen. Herausgefordert durch die autoritären Bestrebungen der Mailänder Visconti-Fürsten, des Papstes und Neapels verbanden die Florentiner Kanzler Coluccio Salutati und Leonardo Bruni zu Beginn des *quattrocento* die bislang getrennten Traditionen des Petrarca'schen Humanismus und des Florentiner pro-päpstlichen Guelfen-Patriotismus. Salutati und vor allem Bruni stellten die Republik Florenz als Nachfolgerin der römischen Republik zum Zeitpunkt ihrer Grösse, der *grandezza*, dar. Das von beiden Autoren verwendete bürgerhumanistische Konzept der *grandezza* umfasste viel stärker als dasjenige der prähumanisti-

schen *dictatores* eine aussenpolitische Dimension: das Streben nach territorialer Vergrößerung und politischer Dominanz. Trotz einer stärkeren Betonung des aktiv-kompetitiven Charakters republikanischer Tugend stimmte Bruni aber noch mit den früheren prähumanistischen Autoren dahingehend überein, innenpolitische Eintracht als notwendige Voraussetzung jeglicher *grandezza* zu sehen.

Während die Humanisten des *trecento* noch vorwiegend das kontemplative Ideal einer *vita solitaria* angestrebt hatten, ging Bruni aufgrund der Lektüre von Aristoteles und Cicero von der Leitvorstellung aus, dass die Werte einer *vita activa et politica* des griechischen und römischen Bürgers in den zeitgenössischen florentinischen Kontext übertragen werden könnten, ja müssten.

Da das antike Bürgerideal untrennbar mit dem Konzept des Milizsoldaten verbunden war, erstaunt es nicht, dass dieser im politischen Denken der Bürgerhumanisten des *quattrocento* wieder zunehmend thematisiert wurde. Schon der Petrarca'sche Humanismus des *trecento* hatte bereits eine starke Abneigung gegenüber Söldnern entwickelt. Mit dem Niedergang der kommunalen Miliztradition im Verlaufe des 14. Jahrhunderts öffnete sich die Schere zwischen antikem Ideal und zeitgenössischer Realität noch weiter und die Kritik verstärkte sich. In den meisten italienischen Städten wurde in dieser Zeit die traditionelle Verpflichtung des wohlhabenden Bürgers zum Milizdienst immer mehr fallengelassen – in Florenz im Jahre 1351. Gleichzeitig wurde die Aufgabe der Kriegführung vermehrt gemieteten Söldnern, den *condottieri*, überlassen.

Bruni war nicht nur *der* Bestseller-Autor des 15. Jahrhunderts, er setzte sich auch intensiv mit dem Begriff der *militia* auseinander. Obgleich er den Bürgersoldaten eher als meritokratisch-ritterliches denn als demokratisch-militärisches Konzept verstand – oder in seiner Zeit verstehen musste –, vermittelte er den späteren Autoren des ausgefeilteren Republikanismus um 1500 wie Francesco Guicciardini und vor allem Niccolò Machiavelli mindestens drei zentrale Politikvorstellungen des Florentiner Bürgerhumanismus: die Forderung einer *vita activa* des Bürgers, die Gleichsetzung der zeitgenössischen Florentiner Freiheit und Grösse mit derjenigen der römischen Republik, und die Verbindung dieser Freiheit mit dem Konzept des Bürgersoldaten. Die Sallust'schen Themen *virtus*, *libertas*, *gloria/grandezza* und *miles* wurden durch Bruni erstmals in einem kohärenten und umfassenden Erklärungsmodell zusammengefasst und auf die Geschichte der Republik Florenz angewendet. Der ciceronische Schleier der *concordia ordinum*, durch den die Prähumanisten Sallusts zentrale Themen gesehen hatten, wurde jedoch erst zu Beginn des 16. Jahrhunderts gelüftet – durch Machiavelli.

Mit Machiavelli wechselte das Kriterium für die Partizipation des Volkes innerhalb der Mischverfassungs-Tradition. Seit Aristoteles war die Beteiligung des Volkes am

Staat durch das auf Erfahrung basierende Wissen begründet worden. Für Machiavelli bestand die demokratische Tugend nicht mehr primär darin, dass das „Volk“ infolge seines Wissens die richtigen Führer wählt und die richtigen Entscheidungen fällt, sondern dass es Wehrdienst leistet und dadurch zur Expansion der Republik beiträgt. Damit die Drohung zur Verweigerung der Wehrpflicht innenpolitisch glaubhaft sein konnte, *musste* die römische Republik in Machiavellis Einschätzung ständig Krieg führen. Der Motor aussenpolitischer Expansion bestand in den andauernden, aber trotzdem gemäßigten innenpolitischen Tumulten.

Die Milizidee stellte ein zentrales, konstitutives Element innerhalb Machiavellis Konzept der Militarisierung bürgerlicher Tugend dar. *Militia (virtus) – libertas – gloria* waren untrennbar miteinander verbunden. Und dies in einer Art und Weise, die viel mehr mit Sallusts *Bellum Catilinae* als mit einer modernen Vorstellung liberaler Staatlichkeit zu tun hatte. Machiavelli sprach wenig über Rechte und bediente sich im Allgemeinen auch nicht eines naturrechtlichen Vokabulars wie Hobbes. Er verwendete viel ausgeprägter eine Sprache der Tugend, die im Grunde unvereinbar ist mit dem gesetzeszentrierten Paradigma des Naturrechts.

Das Konzept bürgerlicher Tugend wurde durch Machiavelli insofern "demokratisiert" und "militarisiert", als er die Priorität der Gerechtigkeit im ciceronischen Tugendkanon fallen liess. Damit legte er denjenigen militärischen Kerngehalt republikanischer Tugend frei, welcher im politischen Alltag der Antike für den Normalbürger wegweisend gewesen war: den Mut im Kriege. Für Machiavelli war es weniger entscheidend, ob Kriege gerecht oder ungerecht waren, sondern mehr ob sie zwischen gleichwertigen freien Völkern geführt wurden. Dann stellten sie in den Augen des Florentiners einen dynamischen, positiv-tugendschaffenden Vorgang dar. Lange Friedenszeiten mussten in seiner Einschätzung jedoch zwangsläufig zu Degeneration, Verweichlichung und Verweiblichung (*corruzione*) führen.

Donato Giannotti war in der Zeit der dritten Florentiner Republik (1527-30) Nachfolger Machiavellis als Sekretär des Rates der Zehn (*Dieci di Guerra*). Im Angesicht einer akuten aussenpolitischen Bedrohung des "demokratischen" Mittelklasse-Regimes formulierte er im *Discorso di armare la città di Firenze* von 1528 ein Projekt zur Reform der Miliz. Nach der Restauration der Medici-Herrschaft im Jahre 1530 verfasste er 1534 einen geheimen Verfassungsentwurf, die *Repubblica fiorentina*, für den Fall der Wiedereinführung der Republik.

Giannottis Milizvorstellungen in diesen Schriften ähneln denjenigen Machiavellis, den er als Autorität in Militärfragen ansah, sehr stark. Während Machiavelli jedoch primär die Tugend der antiken Römer im Blickfeld hatte, bewunderte Giannotti vor allem die Institutionen der Republik Venedig. Wie später der Engländer James Har-

rington übertrug Giannotti den Tugendbegriff auf die Institution, erkannte jedoch auch, dass diese *virtù della miliza* der aristokratischen *città disarmata* Venedig weitgehend fehlte.

Giannottis Hauptaugenmerk galt nicht der Darstellung der *virtù* als Voraussetzung der Miliz, sondern er sah sie vor allem als Folge derselben. Im Gegensatz zu Machiavelli sah er die Bürgermiliz weniger als Expansionsmotor der tugendhaften Republik. Giannotti stand näher bei Aristoteles: In seinem Denken wurde die Glückseligkeit des Bürgers nicht im ausgreifenden Imperium, sondern durch die innenpolitische *virtù della forma* einer stabilen Republik geschaffen. Giannottis ideale *Republica fiorentina* sollte gleichzeitig bewaffnet, „demokratisch“ wie Rom und stabil, friedliebend wie Venedig sein. Aus diesem Grunde war sein Milizkonzept umfassender als dasjenige Machiavellis: Er forderte eine universale und nicht nur eine selektive Dienstpflicht der Bürger. Allerdings führte die demokratische *virtù militare* im Denken Giannottis – wie bei Machiavelli – nicht zur reinen Demokratie, sondern nur zu einer demokratischen Schlagseite der Mischverfassung, des *governo misto*.

Der *Sacco di Roma* von 1527 und die endgültige Medici-Restauration in Florenz im Jahre 1530 markierten das weitgehende Ende der bürgerlich-republikanischen Tradition in Italien. Nicht mehr der tugendhafte Bürger, sondern der weise Herrscher stand im Humanismus der späteren Renaissance in Italien im Mittelpunkt des politischen Diskurses. Die Polarität von Bürgersoldat und Söldner, von Tugend und Korruption, von Freiheit und Tyrannei blieb jedoch erhalten.

England

Namentlich in England wurde Ende des 16. Jahrhunderts Machiavellis militärisch-männliches Konzept bürgerlicher Moral sowie seine Vorstellung des Krieges als kompetitives Aneinanderreiben tugendhafter Republiken wieder aufgenommen. Richard Beacon machte 1594 in *Solon his follie, or a politique discourse, touching the reformation of common-weales conquered, declined or corrupted* (1594) wohl als erster Engländer überhaupt einen gründlichen und positiven Gebrauch von Machiavellis Republikanismus der *Discorsi*. In seinem Bestreben, eine alternative Form der englischen Regierung über Irland aufzuzeigen, behandelte Beacon mehrere zentrale Themen der bürgerlich-republikanischen Tradition. Seine Analyse der politischen Korruption und seine Therapievorschläge zur Reformation des irischen Gemeinwesens durch Tugendhaftigkeit, gute Gesetze, gemischte Verfassung, Freiheit und "civic greatness" zeigten deutlich Machiavellis Einfluss.

Während das Konzept des Bürgersoldaten für Beacon nur eine untergeordnete Rolle spielte, verband zu Beginn des 17. Jahrhunderts Francis Bacon erstmals die klassisch-machiavellischen Konzepte der *grandezza* und der Milizarmee mit dem englischen Ideal des freien Yeoman-Farmers. Bacon nahm in England den Aufstieg einer freien grundbesitzenden Mittelklasse wahr. Die freien Grundbesitzer waren für ihn wie für Aristoteles und später James Harrington die Träger eines Staates. Im Unterfangen, den Engländer Fortescue mit dem Neo-Klassiker Machiavelli zu verbinden, sah sich Bacon mit neuen Konzepten vom europäischen Festland konfrontiert. Dort hatten am Ende des 16. Jahrhundert mehrere Autoren nicht mehr die moralische Bürgertugend, sondern den ökonomischen Wohlstand als relevante Messlatte der *grandezza* ausgemacht.

Der Holländer Justus Lipsius und der Piemonteser Giovanni Botero wollten die ausser Rand und Band geratene Kriegsgöttin *Bellona* durch strenge Disziplinierung, Reglementierung und Professionalisierung des Soldatenlebens bändigen. Im bewussten Gegensatz zu Machiavelli schrieb Lipsius, dass in der Moderne das Geld den Nerv eines Staates darstelle. Lipsius und Botero sahen die Ursache staatlicher Grösse primär im ökonomischen Reichtum. Geld, Wohlstand, Industrie und Handel waren ihrer Meinung nach die entscheidenden Erfolgsvariablen des zwischenstaatlichen Wettbewerbs.

Um diese Ansichten zu verwerfen, bediente sich Bacon der massgeblich durch Machiavelli geprägten Theorie der militärischen Tugend, der Miliz, des Krieges und der *grandezza*. Der beste Staat war für ihn nicht derjenige mit den reichsten, sondern mit den tugendhaftesten Bürgern. Wie Machiavelli blickte Bacon auf das Vorbild des antiken Roms und verstand unter der Tugend des Bürgers vor allem eine männlich-militärische Tapferkeit, welche durch übermässigen privaten Reichtum, Luxus, verweichlichende Berufe und lange Friedenszeiten zerstört zu werden drohte.

Thomas Hedley und Thomas Scott schlossen sich zu Beginn des 17. Jahrhunderts der Argumentation Bacons an: Beide folgten der aristotelisch-klassischen Vorstellung, dass vererbtes Eigentum die materielle Grundlage persönlicher Bewaffnung und politischer Partizipation darstelle. Aus dieser Erkenntnis leiteten sie die Forderung ab, der Grundbesitz der Commons als materielle Grundlage der moralischen Bürgertugend des englischen Yeoman-Milizionärs müsse durch den König garantiert werden. Ohne eine Miliz aus Freibauern müsse England notwendigerweise im Wettstreit mit Frankreich unterliegen. Thomas Scott machte für den relativen Niedergang der Kriegstüchtigkeit der englischen Commons die lange Friedenszeit und die Korruption der englischen Nobilität durch den Hofadel, die "courtly thieffes", verantwortlich. Damit liess er ein später immer wieder im Programm der Country-Partei auftauchendes Thema anklingen: den Gegensatz zwischen verweib- und verweichlichem Adel am Hof und der "true Nobilitie", den tugendhaften und kriegstüchtigen Führern vom Lande. Als klassischer

Republikaner sah Scott eine direkte Verbindung zwischen dem privaten Streben nach Reichtum und staatlicher Degeneration. Als Gegenmittel empfahl er, die bürgerliche oder öffentliche Moral zu stärken. Statt privaten Luxus zu suchen und sich dadurch zu versklaven, sollten Adel und Bürger zur ursprünglichen Einfachheit, zur *vita activa* und damit zur Freiheit zurückfinden.

Alle diese Autoren der späten Tudor- und frühen Stuart-Zeit verband die Ansicht, dass sie die geforderte bürgerliche Partizipation grösstenteils nicht als Gegensatz, sondern in Symbiose zueinander sahen. Für Bacon, Hedley und Scott wurde die englische Freeholder-Miliz nicht durch die Ancient Constitution *bedroht*, sondern im Gegenteil, im Namen dieser *verteidigt*. Über das Konzept des Eigentums (property) waren beide, Miliz und Ancient Constitution, miteinander verbunden. Das Volk spielte zwar eine aktive Rolle in der militärischen Sphäre, die Sphäre der Regierung blieb jedoch grundsätzlich die Domäne des Königs. Erst der Bürgerkrieg ab 1642 zeigte, dass sich die Stärke des Volkes auch *gegen* den Monarchen richten konnte. Damit wurde der Weg frei, respektive die Notwendigkeit geschaffen, das Phänomen des Staates neu zu konzeptionalisieren.

Im Jahre 1649 wurde in England eine Republik, ein „Commonwealth and Free State“ ausgerufen. In den frühen 1650er Jahren stieg es zum Schiedsrichter in Europa und zu einem "Commonwealth for expansion" in Übersee auf. Die Erfolge der englischen Republik im gesamteuropäischen Kampf zwischen freiheitlichen und despotischen Staaten schuf für den Herausgeber der Parlamentszeitung *Mercurius Politicus* Marchamont Nedham den äusseren Anlass, den Engländer seiner Zeit mit klassisch-machiavellischen Politikvorstellungen vertraut zu machen. Aus den Engländern sollten wirkliche "Commonwealth's-men" werden. Nedhams Zielpublikum war – wie schon für Francis Bacon – die unabhängige Freeholder-Klasse, die er ebenfalls mit der Bürgerschaft der römischen Republik gleichsetzte.

Nedham beschrieb die Fähigkeit zur Eroberung als wichtiges Erfolgskriterium eines Staates und als Unterscheidungsmerkmal zwischen einer Monarchie und einer Republik. Von Machiavelli respektive Sallust leitete er die Position ab, dass eine Republik eine grössere politisch-kriegerische Tugend freisetze als eine Monarchie. Nedham verwies auch auf Aristoteles, der in der *Politik* geschrieben hatte, die Verfassung liege in den Händen derjenigen, welche die Waffen in den Händen hielten. Wie für Bacon und Machiavelli war für Nedham der Eroberungseffekt dann am grössten, wenn die innenpolitische Macht eher bei den "Vielen" als den "Wenigen" lag. Auch Nedham sah die kriegerische Tapferkeit in der Nachfolge von Aristoteles als eine grundlegend *demokratische* Tugend. Erst die Bewaffnung des Volkes ermöglichte in Rom den republikanischen Imperialismus, den Nedham vom zeitgenössischen Commonwealth nachge-

ahmt sehen wollte. Wie Machiavelli und Bacon sah Nedham den Krieg als kompetitiv-tugendschaffenden und den Frieden als degenerativ-verweichlichenden Vorgang. Auch in seinen Augen gab es eine geradezu zwingende Zuordnung zwischen Staats- und Wehrverfassung: Während sich tugendhafte Republiken zur Verteidigung ihrer Freiheit einer Bürgermiliz bedienten, müssten sich korrupte, machthungrige Tyrannen auf Söldner oder stehende Heere stützen. Als Muster für den ersten Typus diente Nedham England, Negativbeispiel war Frankreich.

Bezüglich der Wehrverfassung sah sich Nedham jedoch im zeitgenössischen England einem Paradox ausgesetzt: Der Monarchie war 1649 keineswegs durch die traditionelle englische County-Miliz der Todesstoss versetzt worden, die von späteren Republikanern als Äquivalent zu den Bürgerheeren der Antike hochstilisiert werden sollte; das Commonwealth war ein Produkt der *New Model Army*. Diese hatte sich 1647 nach dem ersten Bürgerkrieg dem Auflösungsbeehl des Langen Parlaments erfolgreich widersetzt und sich daraufhin zum ersten stehenden Heer in England entwickelt. Nedham musste demzufolge – vor dem Hintergrund klassisch-republikanischer Prämissen – mit dem Problem fertig werden, dass die Republik *de facto* durch ein stehendes Heer nicht korrumpiert, sondern im Gegenteil erst geschaffen worden war. Aus diesem Grunde stellte Nedham die ideale Miliz weniger als Verkörperung eines englischen Agrarrepublikanismus dar wie Bacon, sondern mehr als altrömische *comitia centuriata*. In gleicher Weise wie er dem Rumpfparlament implizit zu verstehen gab, dass dessen Herrschaft nicht den Erfordernissen einer aristotelisch-zweigliedrigen Mischverfassung entsprach, hielt er der *New Model Army* das Ideal der römischen Bürgermiliz als Spiegelbild vor Augen. Die Sorge vor einer "standing army" blieb für ihn dabei stets zweitrangig gegenüber der Gefahr der Korruption des Rump zu einem "standing parliament".

James Harrington nahm 1656 in seinem Verfassungsentwurf für ein fiktives England, *The Commonwealth of Oceana*, klassisch-machiavellische und agrar-bacon'sche Konzepte wieder auf. Die *Oceana* war das Modell einer Eigentümer- und Soldatenrepublik auf der Grundlage der machiavellischen Vision eines *vivere civile e popolare* und dem englischen Konzept des unabhängigen Yeoman-Farmers. Harrington entwarf aus der Perzeption des Niederganges der Feudalordnung ein für Europa und England allgemeingültiges Geschichtsbild. Diese Auffassung von Geschichte verknüpfte er mit der aristotelischen Theorie des freien Eigentümers und mit dem machiavellischen Konzept der *arme proprie*. Ein wichtiger Aspekt der Erziehung in der *Oceana* betraf die militärische Dienstpflicht in einer Volksmiliz. Harrington ging von der Annahme aus, es sei möglich die institutionelle Stabilität Venedigs mit der bewaffneten Expansion Roms zu verbinden. England war in seinen Augen eine Agrarnation, welche den

Kommerz so lange tolerieren konnte, als die agrarische Expansion der kommerziellen Entwicklung stets einen Schritt voraus blieb. Anders als für seinen zeitgenössischen, proto-liberalen Widersacher Matthew Wren hing für Harrington der kriegerische Erfolg Englands nicht von der Kriegswirtschaft, der finanziellen Ausstattung oder dem Bevölkerungsreichtum der Nation ab, sondern von der durch Landbesitz sichergestellten militärischen Tugend des Yeoman-Farmers. Als klassischer Republikaner war für Harrington nicht das Geld, sondern die militärische Tugend des Bürgers ausschlaggebender Nerv der Kriegführung. Diese militärische Tugend vermochte nur eine freiheitliche, gleichgewichtige Mittelstandsgesellschaft nach aristotelischem Muster freizusetzen.

Wie Giannotti übertrug Harrington den Tugendbegriff von Personen auf Institutionen. Trotzdem ging er von derselben klassisch-republikanischen Trias *res publica – libertas – virtus (militia)* aus wie schon Machiavelli, Bacon und Nedham. Auch für ihn war eine Berufarmee in einem freiheitlichen Staat undenkbar. Dadurch wäre dem Bürger ein entscheidendes Mittel entzogen, nicht nur ein *blosses* Leben in der privaten Sphäre des Haushaltes, sondern ein *gutes* Leben in der öffentlichen Sphäre des Krieges und der Politik zu führen. Dieses Leben war für Harrington noch immer geprägt durch die Formel einer *vita activa e popolare*. Im Streben nach der Glückseligkeit war die bürgerlich-militärische Tugend in seinen Augen unverzichtbar. Freiheit und Tugend waren untrennbar miteinander verbunden.

Im Gegensatz zum "Moralisten" Machiavelli erschien für den "politischen Architekten" Harrington die Korruption des Bürgersoldaten jedoch eher als Konsequenz denn als Ursache politischer Instabilität. In der *Oceana* sah Harrington zwar eine "standing army" vor, diese war jedoch nur als eine vorübergehende Institution gedacht. Unter dem Begriff "standing army" verstand er noch etwas ganz anderes als seine Epigonen – die "Neo-Harringtonianer" – gegen Ende des 17. Jahrhunderts. Vor allem war ein stehendes Heer für ihn kein parlamentarisches Konzept. "Standing army" und "corruption" bezeichneten für Harrington noch nicht den dauernden Einsitz von Berufsmilitärs im Parlament. In seinem Verständnis war der Begriff ideologisch unbelastet. Er beschrieb einen rein technischen Sachverhalt: Eine stehende Truppenformation war so lange notwendig, bis sich die innenpolitische Lage beruhigt hatte. Zu einem heftig diskutierten, negativ behafteten politischen Schlagwort mit stark polarisierender Wirkung entwickelte sich der Ausdruck "Standing Army" erst Mitte der 1670er Jahre – nun meistens signifikanterweise grossgeschrieben.

Harringtons Verfassungsentwurf einer zweigliedrigen, besitzständischen Aristodemokratie vermittelte dem Leser seiner Zeit die Identifikation Englands mit einer antiken *res publica* und des englischen Freibauern mit dem klassischen *polites* oder *civis*.

Diesem Verständnis zu Grunde lag eine klassisch-aristotelische Verbindung von Eigentum, Freiheit und Macht. Entgegen Harringtons Hoffnungen und Erwartungen kam es jedoch nicht zur Konstituierung einer bewaffneten Landeigentümergeokratie, sondern – schon vier Jahre nach Erscheinen der *Oceana* – zur Restauration der Stuart-Monarchie. Anders als die reale englische Republik blieben jedoch die politischen Ideen des Commonwealthman Harrington am Leben: Schon während der Restaurationszeit schlugen sie sich konkret in den frühen Verfassungen der Eigentümerkolonien Carolina, New Jersey und Pennsylvania nieder. In Nordamerika sollte die *Oceana* durch eine ganze Generation von amerikanischen Revolutionären wie James Otis, John Dickinson und vor allem John Adams geschätzt werden. In England drückten Harringtons Ideen am Ende des 17. Jahrhunderts mehreren inner- und ausserparlamentarischen Auseinandersetzungen einen prägenden Stempel auf. Harrington irrte sich mit seiner Einschätzung, dass ein professionelles Heer in England nicht möglich sein würde. Und dennoch lieferte er seinen Epigonen die politischen Konzepte und das Vokabular, um eine solche "Standing Army" gegen Ende des 17. Jahrhunderts anzugreifen.

Der Machiavelli-Übersetzer Henry Neville übernahm das klassisch-Harrington'sche Diktum, dass die Land- und nicht die Geldverteilung die politische Macht in einem Staat determiniere, in den Kontext der Stuart-Restauration (1660-88). Seine neo-Harrington'sche Politikvorstellung zeichnete sich vor allem durch die Versöhnung von Harringtons Vision einer gleichgewichtigen Eigentümerrepublik mit der älteren Vision der Ancient Constitution im Allgemeinen und der Erbaristokratie im Speziellen aus. Die Annäherung beider Visionen beinhaltete eine vollständige Revision von Harringtons Geschichtsbild Englands. Die neo-Harrington'sche Doktrin richtete sich nicht mehr gegen eine zerfallende Feudalordnung, sondern gegen den bürokratischen Regierungsapparat – nicht mehr gegen die Vergangenheit, sondern gegen die Moderne. Harringtons Freiheit wurde verlagert: Sie wuchs nun nicht mehr auf den Ruinen der gotischen und englischen Vergangenheit, sondern war seit jeher fester Bestandteil derselben. Weder Neville noch Harrington äusserten sich ausführlich über das Zustandekommen und das Vergehen der Tugend des Bürgersoldaten. Gleichwohl lieferten sie den späteren "real" oder "old Whigs" das historisch-theoretische Rüstzeug, mit dem diese darangingen, die sich entwickelnde kommerzielle Gesellschaft Englands kritisch zu beleuchten. Die tugendhafte Freeholdermiliz war nun ein integraler Bestandteil der Ancient Constitution geworden. Als althergebracht-gotisches Erbe und Äquivalent der antiken Bürgerheere war sie in den Augen der "real Whigs" die Antithese zur "Standing Army". In ihrer Einschätzung machten sich böswillige Höflinge und Minister Ende der 1690er Jahre daran, das Land – im doppelten Sinne! – zu unterjochen.

Gegen Ende des 17. Jahrhunderts wurde die Milizidee immer defensiver und anglozentrischer aufgefasst. In diesen Jahren veränderte sich auch ihr ideologischer Gegenpol: die "Standing Army". Spätestens ab 1675 wurde unter dem Ausdruck "Standing Army" der dauernde Einsitz von Berufsoffizieren im Parlament verstanden. Für den oppositionellen Whig Shaftesbury war ein stehendes Heer nicht nur eine moralische, sondern vor allem auch eine konstitutionell-parlamentarische Gefahr. Vor dem Hintergrund des klassischen Gegensatzes zwischen Tugend und Korruption gewann in den späten 1670er Jahren der Begriff "Standing Army" eine neue, sowohl militärpolitische als auch parlamentarische Signifikanz. In dieser Zeit entwickelten sich die durch die Krone aufrechterhaltenen Gardes und Regimente zu einer ständigen Institution. Dies beschwor die Gefahr einer Militärdiktatur herauf. Wenn Shaftesbury jedoch 1675 im *Letter from a Person of Quality* von der Möglichkeit eines "Military Government" sprach, dann hatte er primär eine andere Bedrohung im Kopf. Für ihn und seine Gefolgsleute stand grundsätzlich nicht die Gefahr eines militärpolitischen *Zwangs* durch ein Berufsheer im Vordergrund, sondern diejenige einer parlamentarischen *Korruption*. Das Gefährliche an einem professionellen Militär-Korps sahen sie weniger darin, dass dieses *selber* aktiv eine Militärjunta errichten könnte; das wirklich Bedrohliche an einer solchen Einrichtung war vielmehr, dass es den korrumpierenden Einfluss des Hofes auf das Parlament dauerhaft zementieren würde. Shaftesbury befürchtete, dass die Berufsoffiziere im Parlament stets für eine Erhöhung der Militärausgaben stimmen und damit einen sich stetig verstärkenden Korruptionsprozess in Gang setzen würden. An dessen Ende konnte in seinen Augen nur die völlige Unterwerfung und Abhängigkeit der Legislative vom Hof und die Errichtung eines "Arbitrary Government" stehen.

Vor diesem Hintergrund muss die neo-Harrington'sche mystische Verehrung der englischen Miliz und deren Tradition gesehen werden. Die Miliz wurde ebenso als ein Instrument zur Reaktivierung der bürgerlichen Tugend wahrgenommen wie die regelmäßige Neuwahl des Parlaments. Die Miliz gegenüber einem stehenden Heer zu verteidigen, war gleichbedeutend mit dem Bestreben, das Parlament gegenüber der Korruption zu schützen. Ein unbekannter Pamphletist aus dem Lager Shaftesburys schrieb, dass die Miliz unmöglich freiheitsbedrohend sein könne, sofern sie sich nicht selbst zerstören wolle. Er meinte damit das Gleiche wie schon James Harrington und Aristoteles: Die Stabilität des Staates hängt von der Garantie des Eigentums und der Unabhängigkeit des Volkes in Waffen ab.

Die Ancient Constitution der nördlichen, gotischen Monarchien war für Shaftesbury keine hinfällig gewordene Staatsform wie für Harrington. Sie war diejenige freiheitliche, stabile und natürliche Regierungsform, die einst in ganz Europa vorherrschte und in neuerer Zeit immer mehr von einem "military and arbitrary government" abgelöst

wurde. Einzig England war als letzte freiheitliche Bastion übrig. Auf der Seite der Freiheit standen das House of Lords, das rotierende Unterhaus und die Bürgermiliz. Die Miliz war für Shaftesbury nicht wie für Harrington eine vergleichsweise junge und revolutionäre Kraft, sondern althergebracht. Sie war inhärenter Bestandteil der traditionellen Ordnung und stand im Einklang mit der Erbaristokratie. Auf der Gegenseite sah Shaftesbury die Verschwörung der neuen Court-Partei aus Höflingen und Ministern. Diese versuchten, durch Patronage und die Errichtung eines stehenden Heeres das Parlament zu korrumpieren.

Algernon Sidney war kein politischer Architekt wie James Harrington. Nicht die aktive Gestaltung einer republikanischen Ordnung, sondern die Rechtfertigung einer anti-tyrannischen Position auf der Basis klassischer Literatur stand im Mittelpunkt seines Anliegens. Dies kostete ihn 1683 buchstäblich den Kopf, als er der Beteiligung am "Rye House"-Komplotz zur Ermordung des Königs verdächtigt und enthauptet wurde. Während des Prozesses wurden ihm Auszüge aus seinem mutmasslich zwischen 1681 und 1683 verfassten Hauptwerk *Discourses Concerning Government* zur Last gelegt. Die ansonsten dünne Beweislage und die Manipulation des Gerichtes seitens des Hofes begründeten den Ruf Sidneys als Märtyrer.

Sidney war vor allem von der römischen Republik fasziniert, welche ihm als Paradebeispiel für die These diente, dass Republiken besser als Monarchien fähig sind, tugendhafte, disziplinierte und kriegstüchtige Bürger zu schaffen. Von Tacitus beeinflusst, sah er die massgebliche innenpolitische Konfliktlinie zwischen einer korrupten Court-Partei und einer tugendhaften Country-Partei. Wie seine klassisch-republikanischen Vorgänger assoziierte er die Bürgereigenschaft mit dem Willen, zur Verteidigung des Gemeinwesens einen persönlichen Beitrag zu leisten. Machiavelli folgend sah er eine klassisch-republikanische Verbindung zwischen *buoni ordini* (good government), *libertà* (liberty) und *virtù militare* (military virtue). Die bürgerliche Freiheit war auch für ihn natürlicherweise verbunden mit "frugality", "industry", "honest poverty", und im Gegensatz zu "luxury", "effeminacy" und "licentiousness". Obgleich er wie Neville die gotische Verfassung idealisierte, war Sidney insofern kein Neo-Harringtonianer, als er die politisch-militärische Macht nicht allein durch die Landverteilung determiniert sah. Erst später – während der "Standing Army"-Kontroverse von 1697-99 – wurde der "old-cause man" Sidney durch die radikalen Whigs wie John Toland und Walter Moyle zu einem respektablen Country-Whig umgedeutet.

Anders als seine Zeitgenossen wie Shaftesbury erkannte Sidney noch nicht die volle Tragweite des Konzeptes einer "Standing Army". Wie Harrington lebte er noch in einer Welt, in welcher das Schwert nach wie vor in den Händen des Individuums ruhte. Erst die nächste Gruppe "republikanischer" Theoretiker wie John Trenchard und

Andrew Fletcher musste mit einer Welt klarkommen, in welcher das Schwert im Begriff war, in die Kontrolle des Staates überzugehen. Im Rahmen dieses Bemühens wurden Sidneys *Discourses* 1698 erstmals publiziert. Nevilles und Sidneys politische Werke belegen den Fortbestand des bürgerlich-humanistischen Denkens, der inhärenten Verbindung von *res publica*, *libertas* und *virtus* während der späten Stuart-Zeit. Sidneys wichtigster Beitrag bestand darin, die klassisch-republikanische These vertreten zu haben, dass keine Regierung langfristig bestehen kann, wenn sie nicht von der Tugend des Volkes getragen ist. In Bezug auf die Milizfrage widerspiegeln sowohl Nevilles als auch Sidneys spärliche Äusserungen die relative Bedeutungslosigkeit dieses Aspektes im Zusammenhang mit der "Exclusion-Crisis". Der wirkliche Test der klassisch-republikanischen Milizidee geschah erst in der "Standing-Army"-Kontroverse von 1697-99. Sidney hatte den Übergang von der kriegstüchtigen angelsächsischen zur korrupten Hofnobilität nicht anhand einer ökonomischen Theorie zu erklären versucht. Trotzdem wurden seine nostalgischen Beschreibungen der römischen und gotischen Bürgermilizen Ende der 1690er Jahre dafür verwendet, die "moderne", "kommerzielle" Gesellschaft mit ihren Finanzinstitutionen und stehenden Heeren aus dem Blickwinkel einer "real Whig"-Country-Opposition zu kritisieren.

In der durch die Abschaffung der Zensur 1695 ermöglichten "Standing-Army"-Kontroverse prallten klassisch-republikanische "real Whig"-Country-Positionen auf protoliberalen "Court Whig"-Ansichten. Unmittelbarer Auslöser der Debatte war der Entscheid Williams III, nach dem Friedensschluss von Ryswick 1697 seine Armee nicht aufzulösen. Was folgte, war ein Aufschrei der Empörung auf den Hinterbänken des Parlaments. Dort wurde die Aussicht auf eine "Standing Army" als nicht weniger bedrohlich empfunden als zu Zeiten von Charles II und James II. Aus Robert Molesworths *An Account of Denmark* (1693) konnte anhand des Beispiels Dänemark ersehen werden, wie stark die gotische Freiheit in ganz Europa in Gefahr war. Anders als Sidney sahen Molesworth und die "real Whigs" diese Freiheit in England durch die Glorious Revolution von 1688/89 grundsätzlich gewährleistet – wenn auch stets gefährdet und durchaus verbesserungsfähig.

Die aufgewühlte Gefühlslage schuf für radikale Publizisten wie John Toland und Walter Moyle die Gelegenheit, die Country-Whigs im Parlament mit einem republikanischen Programm vertraut zu machen. Dies erfolgte einerseits durch die Veröffentlichung eigener Werke und andererseits durch die mitunter stark modifizierte und manipulierte Erst- und Neuauflage früherer Schriften. In den Jahren 1698-1700 gaben Toland und seine Freunde diejenigen Klassiker heraus, welche im 18. Jahrhundert einen eigentlichen "republikanischen Kanon" bilden sollten. Diese Publikationsoffensive hatte jedoch nicht eine Wandlung der Country-Whigs zu Republikanern zur Folge. Im

Gegenteil: In der Realität war es vielmehr so, dass die republikanischen Klassiker von der Country-Partei zu ihrem Zweck instrumentalisiert wurden. Dieser Zweck bestand vor allem darin, den "landed interest" zu verteidigen. Die Verteidigung konnte verschiedene Formen annehmen: Erstens war sie in Fortführung der Whig-Opposition der späten 1670er Jahre ein Abwehrreflex gegenüber dem korrupten Hof. Zweitens war sie – mitunter auch in Kombination zum ersten Punkt – eine Verunglimpfung des "monied interest", das heisst des neuen, schnell wachsenden Finanzsektors in der englischen Wirtschaft. Auf diese Weise gefiltert, wurden die Commonwealth-Klassiker zum Fundament künftiger Country-Parteien des 18. Jahrhunderts. Je weiter verbreitet und damit respektabler die bürgerlich-humanistische Tradition wurde, umso verwässerter waren auch deren Inhalte. Die Bewegung war im 18. Jahrhundert immer weniger ein klassisches Programm und immer mehr eine insulare Sprache.

Die "real Whigs" John Trenchard, Walter Moyle, John Toland und Andrew Fletcher gingen während der "Standing Army"-Kontroverse (1697-99) von einer Harrington'schen Verbindung von *landed property*, *liberty* und *virtue (militia)* aus. Wie Algernon Sidney trauerten sie den gotisch-angelsächsischen Milizen des Mittelalters ebenso nach wie dem römischen *miles*. Die aristotelisch-agrarrepublikanische Sprache Harringtons diente ihnen zur Verteidigung der englischen Miliz als *popolo armato*. Die Beibehaltung einer Berufsarmee wurde ebenso als Symptom des moralischen Verfalls im englischen Staat perzipiert wie das Entstehen eines "monied interest". Viele "real Whigs" gingen noch immer von der klassischen Vorstellung aus, dass privater Wohlstand und übermässiger Geldbesitz mit der Tugend des Bürgers in inhärentem Konflikt stünden. Wirkliche Stabilität konnte es für Autoren wie Moyle, Trenchard, Toland und Fletcher in England respektive Schottland nur dann geben, wenn eine breite Schicht von Landeigentümern in der Miliz organisiert würde. Eine Fülle von Beispielen aus der Antike und der Moderne diente dem Nachweis der bürgerlich-humanistischen These, dass die militärische Verteidigung eine öffentliche Funktion darstellt. Aus diesem Grunde musste sie, wenn sie gut erfüllt werden wollte, von der staatstragenden, eigentumsbesitzenden Bürgerschaft ausgeübt werden. John Toland und Andrew Fletcher formulierten, ausgehend vom Vorbild der römischen Republik, konkrete Pläne zur Reform der Miliz, in denen jedoch die Unterordnung der bewaffneten Eigentümer unter das erbaristokratische Offizierskorps betont wurde. Überhaupt offenbarten die "real Whigs" der 1690er Jahre deutlich abgeschwächte demokratisch-egalitäre Vorstellungen im Vergleich zu Bacon, Nedham und Harrington. Ebenso frappant war der Unterschied zu den imperialen Aspirationen des Republikanismus der frühen 1650er Jahre. Hatten Nedham, Harrington und Sidney der englischen Bürgermiliz noch zugetraut, in die Fussstapfen der Legionen des republikanischen Roms treten zu können, interpre-

tierten die "real Whigs" deren Rolle anglozentrischer, aristokratischer und aussenpolitisch defensiver. Eine instrumentale Sicht des Krieges im Rahmen einer gleichgewichtspolitischen Gesamtstrategie trat immer mehr an die Stelle eines territorialen Imperialismus.

Während Toland und die meisten anderen "real Whigs" den freiheitszersetzenden Prozess vor allem als Resultante des "Designs" eines korrupten Hofes sahen, lagen für Andrew Fletcher die Ursachen tiefer. Wie Harrington, aber mit umgekehrt-negativem, neo-Harrington'schem oder Neville'schem Vorzeichen, sah Fletcher die Veränderung der Freiheit als Resultante einer langfristig-irreversiblen historischen Entwicklung. Während Harrington am Anfang des positiven Prozesses einen bewussten Willensentscheid der frühen Tudor-Monarchen gesehen hatte, verlief für Fletcher der Niedergang des Bürgersoldaten und der Freiheit in Europa weitgehend unbeabsichtigt. Im *A Discourse of Government with Relation to Militias* nahm er eine historische Analyse vor, welche in ihrer europäischen und soziokulturellen Tiefe über die naive Verehrung der gotischen Balance anderer Neo-Harringtonianer weit hinausging. Aber auch Fletcher war ein Neo-Harringtonianer: Wie erstmals Henry Neville verwischte er den Unterschied zwischen Harringtons "ancient prudence" der Antike und der englischen "ancient constitution". Harringtons Eigentümermiliz war auch für ihn schon seit jeher fester Bestandteil der freiheitlichen gotischen Verfassung Englands. Das egoistische und hedonistische Streben nach "Luxury" hatten in seinen Augen in weiten Teilen Europas die militärische Tugend der Völker untergraben. Dies hatte zur Spezialisierung Einzelner auf die militärische Tätigkeit und zum Untergang der bürgerlichen Freiheit geführt. Obwohl in seiner Einschätzung der Handel wesentlich für die Korruption der europäischen Völker verantwortlich zeichnete, forderte Fletcher keine naive Rückkehr zum präkommerziellen Zustand. Die gotische Verfassung hatte in seinen Augen auch durchaus ihre Schattenseiten. Die gotische Tugend war eine rohe Tugend gewesen und konnte deshalb in Fletchers Einschätzung von der modernen Ordnung nicht mehr geschaffen werden. Aus diesem Dilemma konnte es letztlich nur einen Harrington'schen Ausweg geben: Der soziale Unterbau musste so gestaltet werden, dass eine freiheits-sichernde, breite Freeholder-Klasse entstehen konnte. Diesen Weg beschritt Fletcher in seinem Werk *Two Discourses concerning the Affairs of Scotland* (1698). Darin schlug er – offensichtlich beeinflusst durch Harrington, den er anders als Machiavelli nie namentlich erwähnte – eine Reihe von drakonischen Sozialreformen vor, welche in ihrer Summe der Einführung eines schottischen Ackergesetzes gleichkamen.

Im *Discourse of Government with Relation to Militias* war Fletcher weniger ambitiös als in den *Two Discourses*. Hier sollte lediglich durch die Reform der Miliz den verderblichen gesellschaftlichen Entwicklungen entgegengewirkt werden. Es galt, aus

der Miliz eine ebenso grossartige Schule der Tugend wie der militärischen Disziplin zu machen.

Im Gegensatz zu den "real Whigs" war für die Court-Whigs John Somers und Daniel Defoe der Kriegserfolg nicht mehr eine Frage der agrarrepublikanisch sichergestellten Bürgermoral, sondern eine Angelegenheit des richtigen Managements der kriegswirtschaftlichen Ressourcen. Das von den "real Whigs" so bewunderte Sparta war in der Einschätzung Somers und Defoes ein kulturloser Militärstaat ohne wirkliche Freiheit gewesen. Thomas Hobbes und Matthew Wren hatten in der Mitte des 17. Jahrhunderts eine neue, nichtklassische, gesetzeszentriert-individuelle Vorstellung von Freiheit entwickelt. Dadurch hatten sie gleichsam die bürgerrepublikanische Verbindung zwischen *res publica* und *libertas* gekappt. Daniel Defoe wandte 1697/98 denselben Gedanken auf die Wehrverfassungsfrage an. In seiner Optik war ein Staat mit einer Bürgermiliz nicht *per se* freiheitlicher konstituiert als ein Staat mit einem stehenden Heer. So zerschnitt er die klassisch-republikanische Verbindung zwischen *libertas* und *militia*. Defoe verteidigte den Fortbestand des Berufsheeres mit der Argumentation, der menschliche Geist und die Schaffenskraft hätten den Krieg zu solcher Perfektion und zur Angelegenheit des "Management" erhoben, dass er notwendigerweise von Leuten hauptberuflich ausgeübt werden müsse. Das moderne England war für Defoe eine Handelsnation. Für deren Stärke war in seinen Augen mehr der kommerzielle Reichtum als die martiale Tugend der Bürger ausschlaggebend. In der modernen Welt waren staatliche Machtentwicklung, -erhaltung und -projektion massgeblich von der ökonomischen Prosperität eines Landes abhängig. Defoe sah den Aufstieg des Parlaments im Allgemeinen und des House of Commons im Speziellen im Zusammenhang mit der Expansion des Handels in den letzten 200 Jahren. Im modernen England war für ihn das House of Commons institutioneller Ausdruck des Aufstiegs des Volkes, Quelle politischer Stabilität und Garant der insularen Freiheit. Implizit bedeutete dies, dass in Defoes Augen angesichts der wachsenden Kommerzialisierung der martiale, nostalgisch naive Gotizismus und seine präkommerzielle Moralität für die englische Politik weitgehend irrelevant geworden waren. Ob der Bestand der staatlichen Freiheit durch ein Berufsheer in Gefahr war oder nicht, war für Defoe keine Frage der *bürgerlichen Tugend* wie für die "real Whigs", sondern eine Frage der *parlamentarischen Kontrolle*, der Unterordnung der militärischen unter die zivile Gewalt.

Auch in der Debatte um die Vereinigung der beiden britischen Königreiche (1703-1707) verwendete Defoe anders als Andrew Fletcher keinen positiven, machiavellischen Freiheitsbegriff. Für ihn bestand die bürgerliche Freiheit nicht darin, Waffen tragen zu *können*, sondern diese nicht gegen den eigenen Willen tragen zu *müssen*.

Die "Standing-Army"-Kontroverse war ein definierendes Moment in der Geschichte des englischen politischen Denkens und die tiefgründigste Wehrverfassungsdebatte im Europa der frühen Neuzeit. Über das ganze 18. Jahrhundert hinweg wurden die Texte beider Seiten in Dutzenden von Auflagen neu gedruckt und ihr Inhalt beinahe gebetsmühlenhaft wiedergegeben. Ideengeschichtlich steht Defoes Verteidigung eines parlamentarisch kontrollierten Berufsheeres am Anfang einer naturrechtlich-protoliberalen Court-Tradition. Diese lieferte sich im Grossbritannien des frühen und den Vereinigten Staaten des späten 18. Jahrhunderts etliche Schlachten mit der alternativen bürgerlich-humanistischen Country-Position.

Innerhalb der Country-Tradition wurde spätestens ab Francis Bacon die politische Entwicklung einer Gesellschaft in erster Linie in Verbindung mit der Verteilung und Verfügbarkeit des Landbesitzes, des *Raumes*, gesehen. Aus Sicht dieser Ideologie vermochte nur der Grundbesitz als materielle Basis die für das staatliche Überleben erforderliche moralische Qualität des Bürgers freizusetzen. Die Moral des Staates respektive die verfassungsmässige Ordnung basierte wiederum auf der Moral der Bürger. Die moralische und zugleich auf ein Verfassungsgleichgewicht orientierte Rhetorik der Tugend eignete sich vorzüglich dafür, die Country-Gentlemen und ihre unabhängigen Repräsentanten im Parlament gegen die regierende Administration zu mobilisieren. Die wirtschaftliche Entwicklung Grossbritanniens, vor allem die zunehmende Ausprägung der Finanz- und Kapitalwirtschaft im 18. Jahrhundert, gefährdete zunehmend dieses Bürgerethos des tugendhaften, unabhängigen Landbesitzers. Die moderne Ökonomie schuf neue Besitzformen, welche aus der Sicht der Country-Ideologen nicht *wirkliches* Eigentum darstellten. Vor diesem Hintergrund musste Geschichte als ein Prozess der moralischen Degeneration und der zunehmenden verfassungspolitischen Instabilität erscheinen.

In der Court-Ideologie wurde – in Variationen – der ökonomische Wert der neuen Eigentumsformen pragmatischerweise akzeptiert. Damit einher ging eine neue Psychologie, welche das Streben nach Eigennutz nicht mehr *per se* mit Korruption gleichsetzen wollte. Man begann sich zunehmend zu fragen, ob die Beziehung des Individuums zur *res publica* nur bürgerlich und tugendhaft sein konnte. Mit anderen Worten: Man war auf der Suche nach einer Moral für den eigennutz- und interessegeleiteten Marktmenschen als Alternative zum gemeinwohlorientierten republikanischen Bürger. Wenn die Stabilität des Staates nicht mehr notwendigerweise mit dem moralischen Leben des Individuums in Verbindung stand, so musste sie aus Sicht der Court-Ideologie von einer neuen Instanz ausgehen. Eine starke, zentrale Exekutive musste das eigen- und parteisüchtige Streben des Menschen in geordnete Bahnen lenken. Das Problem der Verteidigung des Staates erschien somit nicht mehr wie in der Country-Ideologie

als ein Aspekt der *bürgerlichen Moral*, sondern als Frage des richtigen *funktionalen* Gleichgewichts zwischen exekutiver Befehlsgewalt (dem Sword) und parlamentarischer Kontrolle (der Purse).

Schottland

Der Gegensatz zwischen republikanisch-humanistischen und liberal-naturrechtlichen, pro-kommerziellen Positionen bestimmte auch die Wehrverfassungsdebatte in der schottischen Aufklärung zwischen 1740 und 1790. Innerhalb des naturrechtlichen Ansatzes stellten David Hume radikal und Adam Smith fast vollständig die Implikationen des klassischen Republikanismus in Frage. Hume untergrub auf breiter Front die moralischen und konzeptionellen Grundfesten des humanistischen Ideals des Bürgersoldaten. Für den Skeptiker Hume war die hochgehaltene klassische Tugendvorstellung nicht mehr mit der Natur und den verfeinerten Sitten des modernen Menschen zu vereinbaren. Der gute Staat zeichnete sich für ihn weniger dadurch aus, dass er *moralische* Tugenden fördert und Laster unterdrückt, sondern dass er *institutionelle* Rahmenbedingungen schafft, welche den grundsätzlich eigensüchtigen Menschen im Sinne des öffentlichen Interesses handeln lassen. Hume gab die klassisch-aristotelische Trennung von politischer und ökonomischer Sphäre auf. Unter Freiheit – zumindest in einer modernen kommerziellen Gesellschaft – verstand er weniger eine Freiheit *zur Teilhabe* am Staat, sondern abgeleitet von der naturrechtlichen Tradition eine Freiheit *vor* Eingriffen der Regierung oder der Mitmenschen. Privater Wohlstand und Luxus führten in seinen Augen nicht zur Korruption des Bürgers und des Gemeinwesens, sondern zu Handel, Arbeitsfleiss und wirtschaftlichem Wachstum. Der mächtigste Staat war nicht derjenige mit den tugendhaftesten Bürgern, sondern derjenige mit der grössten Wirtschaftskraft.

Und trotz all dieser konzeptionellen Modifikationen schreckte Hume – wie auch Montesquieu – vor der expliziten Überwindung eines zentralen Pfeilers in der klassisch-republikanischen Tradition zurück: der Idee des Bürgersoldaten. Allgemein stand Humes politische Philosophie jenseits der Grenzen der bürgerrepublikanischen Tradition. In der Wehrverfassungsfrage überschritt er diese Grenze nicht – dies im Gegensatz zu Adam Smith.

Die *Moderate Literati* in Edinburgh reagierten in der Folge der Niederschlagung des Jakobitenaufstandes von 1745 in der Milizfrage auf Humes "liberale" Herausforderung. Adam Ferguson war derjenige schottische Aufklärer, bei welchem sich der bürgerliche Humanismus im Allgemeinen und Machiavelli im Speziellen am stärksten niederschlugen. Mehr als irgendein anderer Vertreter der schottischen Aufklärung sah

Ferguson die militärische Tapferkeit als notwendige Grundlage bürgerlicher Tugend und staatlicher Freiheit. Anders als für den friedliebenden Hume war der Krieg für Ferguson ein integraler Bestandteil gesellschaftlichen Fortschritts. Ständige Kriegführung spielte in seinen Augen eine positive Rolle für die Staatenbildung; sie hatte den Zusammenhalt der antiken Bürgergemeinschaften verstärkt. Anders als Machiavelli galt Fergusons Bewunderung jedoch eher Sparta aufgrund seiner politischen Kohäsion und nicht Rom aufgrund seiner Eroberungsfähigkeit. In Sparta sah er die Trennung zwischen politischer und ökonomischer Sphäre geradezu modellhaft vollzogen. Für Ferguson führte in der Moderne die fortschreitende Arbeitsteilung in der ökonomischen Sphäre zu *materiellem Fortschritt*. Anders als die "real Whigs" der 1690er Jahre begrüßte er, dass die Handelsgewinne des Bürgertums der gotischen Gesellschaft den Garaus gemacht hatten. In Vorwegnahme einer später auch von Adam Smith und Karl Marx vertretenen Position führte die Arbeitsteilung in Fergusons Einschätzung jedoch zu einer intellektuellen und gefühlsmässigen Entfremdung, ja Verkümmern der armen Arbeiter. Im Mittelpunkt von Fergusons Überlegungen stand allerdings nicht die ökonomische Sphäre *als solche* und schon gar nicht das Schicksal der untersten Schichten. Deren Entwürdigung war für ihn zwar bedauerlich, aber gewissermassen als Preis gesellschaftlichen Fortschritts unvermeidlich. Entscheidend waren die sozialen und moralischen Auswirkungen der Arbeitsteilung auf die öffentliche Sphäre des Krieges und der Politik. Bei den höheren Klassen sah er die Gefahr der Korruption am akutesten. Korruption bedeutete dabei für Ferguson nicht wie für die "real Whigs" der 1690er Jahre eine Abhängigkeit von einem Court und die damit einhergehende Gefährdung des Verfassungsgleichgewichts. Er verstand darunter das Zurücktreten des bürgerlichen Gemeinsinns zugunsten eines von der Wirtschaft übernommenen eigensüchtigen Strebens nach Profit. Der Einfluss von privatem Reichtum, von Luxus war dann negativ, wenn die politischen Kerninhalte des Gemeinwesens von diesem in Mitleidenschaft gezogen werden. Luxus führte dann zu Korruption, wenn seine Gegenstände dem politischen Charakter des Menschen und des Landes vorgezogen wurden. Aus diesem Grunde musste in Fergusons Augen die politische und die ökonomische Sphäre des Staates so in klassisch-aristotelischer Art und Weise voneinander getrennt werden, dass die Natur des Menschen als *homo politicus* erhalten blieb. Wie Machiavelli sah Ferguson in der *arte della guerra* einen Spezialfall. Zusammen mit der Kunst der Politik musste sie eine öffentliche Angelegenheit bleiben. Durch die Aussonderung einer separaten Kriegerklasse war den entwickelten Nationen in Fergusons Augen ein verhängnisvoller Verlust ihrer nationalen und militärischen Gesinnung widerfahren.

In seinen *Reflections Previous to the Establishment of a Militia* von 1756 und dem *Essay on the History of Civil Society* von 1767 versuchte Ferguson vor diesem Hinter-

grund die Machbarkeit, ja moralische Notwendigkeit einer schottischen Bürgermiliz aufzuzeigen. Diese Miliz sollte in seiner Vorstellung ebenso wie diejenige Machiavellis, Harringtons und Fletchers eine Schule der Tugend darstellen. Ferguson wollte zwar damit keine unabhängige Freeholderklasse schaffen, jedoch die Akteure der öffentlichen Sphäre vor den gefährlichen Werten der ökonomischen Sphäre – vor Profit und Eigeninteresse – schützen. Für den klassischen Republikaner Ferguson waren die Moral des Staates und die Moral des Bürgers interdependent. Während David Hume politische Ruhe und Mässigung begrüßte, sah Ferguson in ihnen ein Symptom bürgerlicher Gleichgültigkeit und Korruption. Anders als Hume sah Ferguson die militärisch-politischen Werte durch die moderne Arbeitsteilung in Gefahr. Wo Hume die prosperierende Mittelschicht als Stütze der öffentlichen Freiheit bezeichnete, beurteilte Ferguson deren Fähigkeit zum politischen Handeln skeptisch. Trotz positiver Entwicklung der Mittelklasse blieb er misstrauisch, insofern ihre Werte noch zu engstirnig ökonomisch geprägt waren. Er bezog sie wohl in seine Miliz ein, jedoch nur bei strenger Unterordnung unter die höhere Klasse. Misstrauisch zeigte sich Ferguson auch gegenüber dem von Hume und Smith vertretenen Legalismus: Eine Rechtsordnung allein vermochte in seinen Augen einen Staat nicht zu erhalten. Individuelle Rechte, persönliche Freiheit und sicheres Eigentum waren in seinen Augen als Konzepte politischer Ordnung ungenügend, wenn sie nicht durch ein bürgerliches Konzept *aktiv* ausgeübter Tugend begleitet sind. Die rechtliche *libertas* des *bourgeois* war aus Sicht Fergusons nicht hinreichend, um einen Staatsbürger im griechisch-aristotelischen Sinne des Wortes zu schaffen – das heisst einen *polites*, der zugleich regiert und regiert wird. Freiheit musste *verdient* werden, wenn sie langfristig Bestand haben soll. Hume anerkannte die grundsätzlich egoistische Natur des Menschen und wollte sie durch geeignete *institutionelle* Vorkehrungen in Richtung Gemeinwohl *umleiten*. Ferguson wollte den Egoismus *eindämmen*, ihn hinter die Schranken der ökonomischen Sphäre weisen. Öffentliches Handeln konnte für ihn die modernen Gegebenheiten einer "polished society" zwar nicht von Grund auf umstossen oder verändern, aber unter Umständen deren Entwicklung zum Despotismus aufhalten. Wo Hume und später Smith zivilisatorischen Fortschritt vom Blickwinkel der *Ökonomie* her betrachteten, beurteilte Ferguson die Nationen primär nach *politischen* Gesichtspunkten. Während sich für die Liberalen Hume und Smith Freiheit und Kommerz im Gleichschritt entwickelten, blieb für Ferguson die Ökonomie eine freiheitsbedrohende Kraft, indem sie in klassischer Weise dem Ethos des Bürgers entgegenstand.

Der schottische Aufklärer Adam Smith trieb die Court-Position (annähernd) zu ihrem logischen Endpunkt. Sein *Wealth of Nations* entstand zwar nicht in unmittelbarer Reaktion auf die vorangegangenen schottischen Miliz-Agitationen. Wie stark die Lo-

gik des Buches allerdings den Ansichten der Milizbefürworter in den Reihen der *Moderate Literati* entgegenstand, lässt sich anhand der heftigen Reaktionen ersehen, welche Smiths Ansichten dort auslösten.

Smith nahm die Folgen der Spezialisierung in der öffentlichen Sphäre des Krieges und der Politik völlig anders wahr als Ferguson: Für Ferguson machte die Arbeitsteilung das militärische Milizprinzip politisch und moralisch *notwendig*; für Smith machte sie es *obsolet*. Während der klassische Republikaner Ferguson den Milizdienst als Ausdruck patriotischer *Tugend* ansah, perzipierte ihn der Liberale Smith als Ausfluss brutalen staatlichen *Zwangs*. Mit Smith war man an einem Punkt angelangt, wo die Nichtteilnahme eines jeden Bürgers am Krieg als ein Zeichen des *Kulturfortschritts* und nicht als ein Symptom moralischer *Korruption* gesehen wurde. Eine Berufsarmee war für ihn nicht mehr ein Zeichen politisch-moralischer Degeneration und staatlichen Niederganges, sondern ein notwendiges Attribut gesellschaftlich-ökonomischen Fortschritts. Smiths Argument lief darauf hinaus, dass die *negative* Freiheit des Bürgers erst innerhalb eines Rechtsstaates garantiert werden konnte, welcher durch ein professionelles Heer verteidigt wird. In dieser *rechtlichen* Perspektive stellte die Gesellschaft und nicht die politische Gemeinschaft das eigentliche universale Element dar. Der Besitz von Rechten trat an die Stelle des Strebens nach Tugend als Grundbedingung menschlichen Zusammenlebens. Die Sicherung der Freiheit gegen ein stehendes Heer wurde in letzter Konsequenz zu einem Problem *parlamentarischer Kontrolle*, der Unterordnung der militärischen unter die zivile Macht. Sie war keine Frage der *moralischen Wertigkeit* der Bürger mehr. Ein solches Verständnis von Freiheit war im Grunde unvereinbar mit der bürgerrepublikanischen Vorstellung eines *vivere civile e popolare* durch den Wehrdienst in einer Bürgermiliz.

Smith ging nicht mehr von einer klassischen Trennung der politisch-martialen Sphäre und der sozio-ökonomischen Sphäre aus. Die ökonomische Sphäre hatte sich in seiner Vorstellung bis in die öffentliche Sphäre hinein ausgedehnt. Die Anwendung ökonomischer Prinzipien in der militärisch-öffentlichen Sphäre war für Smith nicht nur möglich, sondern auch begrüßenswert. Die kriegerische Tätigkeit war eine Tätigkeit wie jede andere. Entsprechend musste sie auch denselben Gesetzmässigkeiten der arbeitsteiligen Spezialisierung und Professionalisierung gehorchen. Aus dem aristotelischen *zoon politikon* war ein *homo faber et mercator* geworden.

Aber selbst der vermeintliche "Urliberale" Smith bewegte sich nicht immer ausserhalb der Grenzen des klassisch-republikanischen Paradigmas. Trotz seines Eintretens für eine kommerzielle Gesellschaft nahm Smith – stärker als Hume – auch deren Nachteile wahr. Vor allem in seiner Beurteilung der Auswirkungen der Arbeitsteilung und der Verstärkung auf das gemeine Volk lassen sich bürgerlich-humanistische Remi-

nissen identifizieren. Smith diagnostizierte – wie schon Ferguson – einen mentalen Verarmungsprozess der untersten Schichten als Folge der Arbeitsteilung. Vor allem verlor der Arbeiter nach Meinung von Smith sowohl die geistige als auch die physische Fähigkeit zur Verteidigung seines Landes. Um dem Niedergang des militärischen Geistes entgegenzuwirken, forderte Smith darum die Regierung auf, allgemeine militärische Übungen als Bestandteil der öffentlichen Ausbildung zu organisieren. Obgleich Smith in dieser Frage zwar im Rahmen des bürgerhumanistischen Paradigmas operierte, hatte diese Übungspflicht jedoch weniger einen kriegerisch-militärischen als vielmehr einen erzieherisch-zivilen Hintergrund: Die Übungen – wie auch der obligatorische Schulunterricht – dienten nicht dem Zweck, aus den Arbeitern verantwortungsvolle Bürger im Sinne des klassisch-republikanischen Paradigmas zu schaffen; Smiths Vier-Stufen-Theorie zeigte ja, wie fremd eine solche Vorstellung der Bürgerschaft in einer modernen kommerziellen Gesellschaft erscheinen musste. Sie entstammten vielmehr der Besorgnis des Schotten, dass die Arbeitsteilung die "labouring poor" zu einem solchen Grad entmenslichen könnte, dass die sozial-psychologischen Bindungen der Arbeiter an den Rest der Gesellschaft reissen und dadurch die gesellschaftlichen Hierarchien und Autoritäten hätten erschüttert werden können. Die militärische Übungspflicht war für Smith ein Vehikel, mit welchem die Masse der Arbeiter ein politisches Bewusstsein erlangen und Eingang in die politische Ordnung finden konnten.

Nordamerika

Adam Smiths liberale Einsichten von der Vereinbarkeit eines parlamentarisch kontrollierten Berufsheeres mit der Erhaltung individueller Freiheit waren zur Zeit der Veröffentlichung von *Wealth of Nations* im Jahre 1776 durchaus repräsentativ für die englische Haltung zur Rolle der Armee in der Gesellschaft. Tugend und Kommerz, Freiheit und Macht sowie Country und Court wurden zwar noch immer in einem durchaus ambivalenten Verhältnis zueinander gesehen. Es waren jedoch keine simplen Antithesen mehr. Diese Gegenpole existierten nebeneinander, ohne dass notwendigerweise die Vision einer ultimativen Korruption durch Luxus, Kommerz und stehende Heere aufkommen musste.

In den nordamerikanischen Kolonien allerdings besass das politische Denken der "real Whigs" im Allgemeinen und das Ideal des Bürgersoldaten im Speziellen eine viel grössere Prominenz im politischen Denken dieser Zeit. Die Ideen und Handlungen der amerikanischen Revolutionäre waren in hohem Masse beeinflusst von einer Oppositionsideologie, welche in Grossbritannien um 1730 vorherrschend gewesen war,

und die sie vor allem über die Schriften des Viscount Bolingbroke und *Cato's Letters* aufnahmen.

Diese "real Whig"- und Country-Oppositionsliteratur war verantwortlich für einen ideologischen Verstärkereffekt, sodass die britische Vorgehensweise ab 1763 die latent vorhandene koloniale Erinnerung an die Versuche der Stuarts zur Errichtung eines Absolutismus erneut akut werden liessen. Die traumatische Erinnerung an den monarchischen Despotismus war in Amerika stärker ausgeprägt als im Mutterland selber, weil sie unmittelbar mit dem eigenen Ursprung verknüpft war – zumindest in den nördlichen puritanischen Kolonien. Die Kolonisten sahen ihren Widerstand in einer von der Whig- und der antiken Geschichtsschreibung geprägten Perspektive als Teil einer langen Geschichte der Auseinandersetzung um die englische Freiheit. Sie gewannen durch die zentralistischen und freiheitsbedrohenden Aspekte der englischen Politik den Eindruck, die Vergangenheit drohe sie einzuholen. Entscheidend für die Auslösung des kolonialen Widerstandes war das ideologische Deutungsmuster der "real Whigs" sowie die dahinter stehende Commonwealth-Literatur des 17. Jahrhunderts. Dadurch erschienen die englischen Massnahmen nicht nur bedrohlicher als sie es in Wirklichkeit waren, sondern als zusammenhängendes Ganzes, als ein verschwörerischer Plan zur Beseitigung der kolonialen Freiheiten. Wie für die englischen "real Whigs" spielte für die amerikanischen Revolutionäre der 1770er Jahre die Gefahr einer "Standing Army" und das entgegengesetzte Ideal des Bürgersoldaten eine wichtige Rolle.

Das Milizideal ist im politischen Denken der Amerikanischen Revolution allgegenwärtig – vor allem in der ersten Phase bis in die 1790er Jahre. Insbesondere die Feindschaft gegenüber stehenden Heeren und – etwas weniger ausgeprägt – das Ideal des bewaffneten Yeoman-Milizionärs stellten eine rhetorische Konvention dar. In Bezug auf die beste Wehrordnung eines Freistaates war zunächst die liberale Lösung komplett ausgeblendet. Es galt gleichsam das Dogma *militia et praeterea nihil*.

Neben der fehlenden Verfügbarkeit des liberal-naturrechtlichen Wehrverfassungskonzeptes liegt der Hauptgrund hierfür darin begründet, dass in den Kolonien weitgehend diejenige Instanz fehlte, für welche um 1700 der Pamphletist Daniel Defoe argumentiert und dabei die liberale Position grundlegend eingespart hatte. Amerika war ein Country ohne Court. Hinzu kamen verschiedene *realgeschichtliche* Einflüsse: Bis zum Siebenjährigen Krieg gab es in den Kolonien keine nennenswerten professionellen Verbände. Dies könnte leicht zum Schluss verleiten, die Amerikaner hätten von Anbeginn weg ihre militärische Verteidigung in den provinziellen Milizen selbst in die Hand genommen. Die hohe Einschätzung des Milizsoldaten im politischen Denken der amerikanischen Revolutionäre wäre dann folgerichtig das Abbild der eigenen kolonialen Erfahrung. In der Vorstellung vieler Amerikaner um 1770 war dies auch so.

In der Realität sah es jedoch (zumeist) anders aus: Der Bürgersoldat war spätestens zur Mitte des 18. Jahrhunderts in Amerika fast ebenso eine Fiktion wie in England. *Faktisch* hatten die kolonialen Armeen zu diesem Zeitpunkt mehr Gemeinsamkeiten mit den Söldnertruppen des monarchischen Europa aufzuweisen, als mit den verherrlichten Bürgerheeren klassisch-republikanischer Theoretiker.

Dessen ungeachtet wurde die Existenz einer Bürgermiliz bei Ausbruch des Unabhängigkeitskrieges von den meisten amerikanischen Kolonisten noch immer als Beleg für die moralische Gesundheit ihrer Gesellschaft gesehen. Dass der Miliz zu diesem Zeitpunkt *de facto* militärisch keine grosse Bedeutung mehr zukam, störte wenig. Die Illusion konnte so lange überleben, als die traditionellen englischen Freiheiten der Amerikaner nicht herausgefordert wurden und die Kolonialmilizen nicht wirklich kämpfen mussten.

Den bürgerlich-humanistischen Grundtenor von *militia*, *virtus* und *libertas* findet man auch in der umfassendsten Darstellung der amerikanischen Befindlichkeit zur Rolle des Militärs in einer freiheitlichen Gesellschaft am Vorabend der Revolution. 1774 veröffentlichte Josiah Quincy, vor dem Hintergrund der erneuten Ankunft britischer Truppen in Boston, seine einflussreichen und viel gelesenen *Observations on the ... Boston Port Bill; With Thoughts on Civil Society and Standing Armies*. Quincy wollte auf die immer sichtbarere Gefahr von Tyrannei und Unterdrückung hinweisen. Beinflusst durch die "real Whig"-Literatur wandte sich Quincy an den amerikanischen Freeholder, den kolonialen Pfeiler des "landed interest". Diesen wollte er davon überzeugen, dass nur eine Bürgermiliz nach alter angelsächsischer Manier als militärisches Äquivalent zur zivilen Verfassungsordnung das harmonische Gleichgewicht einer freien Gesellschaft erhalten konnte. Amerika war für Quincy das tugendhafte Asyl der englischen Freiheit. Grossbritannien sah er jedoch in demselben korrupten Zustande wie das imperiale Rom zur Zeit seines Niedergangs.

Insgesamt führte die realgeschichtliche Dynamik des Ablösungsprozesses zu einer Verstärkung des Milizideals im kolonialen politischen Denken im unmittelbaren Vorfeld des Unabhängigkeitskrieges. Ohne Revolution hätte sich die seit Anfang des 18. Jahrhunderts feststellbare Tendenz in Richtung semi-reguläre Einheiten wohl weiter fortgesetzt – bis hin zur völligen Professionalisierung. Das Problem militärischer Macht wäre dann wohl im Rahmen der Frage, wer letztlich die *parlamentarische Kontrolle* über diese Einheiten verfügt, geregelt worden. Es wäre nicht wieder als eine Frage *moralischer Wertigkeit*, von Tugend und Korruption, ins politische Rampenlicht getreten.

Als sich General George Washington nach Kriegsausbruch im April 1775 daran machte, mit der Continental Army eine reguläre Armee aufzubauen, stellte sich das

gestärkte Milizideal als grosses Hindernis heraus. Paradoxerweise war es dieselbe Ideologie, die den Widerstand gegen das Mutterland massgeblich ausgelöst hatte, welche nun beträchtlich erschwerte, diesen militärisch effizient durchzusetzen. Gravierend kam für Washington hinzu, dass die anfänglichen Erfolge der Kolonialmilizen bei Lexington, Concord und der Schlacht von Bunker Hill perfekt in die "real Whig"-Perspektive von der Überlegenheit einer Bürgermiliz gegenüber einem stehenden Heer zu passen schienen. Der Mythos des bewaffneten "Minuteman" sowie die revolutionäre Agitation gegen "Standing Armies" behinderten spürbar Washingtons Bestreben, eine professionelle amerikanische Armee aufzubauen. Zunächst glaubte der Kontinentalkongress sogar, eine solche sei gar nicht nötig. Er war fest davon überzeugt, dass der tugendhafte amerikanische Milizionär den Konflikt mit dem angeheuerten hessischen Söldner rasch würde für sich entscheiden können.

Die amerikanische Opposition steigerte sich vom defensiv-konservativen Widerstand gegenüber ungerechten Magistraten 1765 zur radikalen Revolution gegen die britische Monarchie 1776. Während dieses Prozesses zeigte die Idee des Bürgersoldaten einen ähnlichen Verlauf wie das damit verbundene Konzept bürgerlicher Tugend. Die Kolonisten wurden im Verlaufe dieser Jahre zunehmend desillusioniert. Sie mussten einsehen, dass sich ihre Anliegen nicht durch die Verteidigung althergebrachter englischer Freiheiten im Rahmen der bisherigen politischen Ordnung durchsetzen liessen. Die *moralische* Neubewertung gegenüber dem Mutterland äusserte sich darin, dass viele Kolonisten zunehmend der Meinung waren, dass sie es mit einem durch "wealth" und "luxury" vollständig korrupten britischen Staat zu tun hatten. Dem jungen, einfachen, männlichen und tugendhaften Amerika sollte eine bestimmte weltgeschichtliche Verantwortung zukommen: die Bewahrung der englischen Freiheit für kommende Generationen.

Die Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776, mehr als ein Jahr nach Ausbruch des Krieges, rückte das Konzept bürgerlicher Tugend noch stärker ins Rampenlicht politisch bewusster Amerikaner. Dies hatte vor allem mit Montesquieu zu tun. Der Franzose hatte geschrieben, dass die *vertu politique* im Sinne einer patriotischen Hingabe für das Gemeinwohl das spezifische Prinzip einer Republik darstelle. Im Gegensatz dazu seien in einer Monarchie die Ehre und in der Despotie die Furcht vorherrschend. Es war kennzeichnend für den "Spirit of '76", dass die meisten Amerikaner optimistisch waren, diesen hohen republikanischen Anforderungen gerecht werden zu können.

Im Jahre 1776 wollten die Amerikaner weniger herausfinden, was eine Republik eigentlich ist, sondern vielmehr den Tatbeweis erbringen, dass es möglich war, auf der Grundlage der öffentlichen Moral eine frische, republikanische Welt zu erschaffen.

Jedem Amerikaner war angesichts der historisch prekären Instabilität der Republiken der Antike, der Renaissance und der Moderne sowie der Turbulenzen der Commonwealth-Zeit klar, dass eine schwere Aufgabe auf ihn zukam. Eine Republik zu bilden, bedeutete nicht nur, eine bestimmte Staatsform gegen eine andere zu tauschen, sondern eine moralische Herausforderung an ein neues Volk in einer neuen Welt anzunehmen. Da öffentliche Moral vor allem klassische Moral bedeutete, konnten die Kolonisten nicht genug von den Helden Roms, von Cato, Brutus und Cicero lesen. Klassische Moral bedeutete wiederum vor allem republikanische Moral – vor dem Hintergrund der Lektüre der antiken Historiker Sallust, Livius, Tacitus und Plutarch. Diese Tugend galt es im Sinne einer historisch einmaligen Chance in den modernen Republiken Nordamerikas in die Praxis umzusetzen.

Konzeptionell war der Optimismus von 1776 höchst uneinheitlich. In ihrem idealistischen Vertrauen gegenüber dem amerikanischen Volk gingen wenige so weit wie der exzentrische General Charles Lee. Dieser stellte die für eine Republik erforderliche bürgerliche Tugend als eine spartanisch-egalitäre und anti-kommerzielle Moral dar. Bei Kriegsbeginn verfasste Lee, zugegebenermassen inspiriert durch Machiavelli, den Plan einer Bürgermiliz, welcher stark an die früheren Vorschläge von John Toland und Andrew Fletcher erinnert.

Voller Elan und angeleitet durch die gestärkte Whig-Oppositionsideologie sowie John Adams' *Thoughts on Government* gingen die frischgebackenen amerikanischen Republikaner ab dem 15. Mai 1776 daran, gemischt-gewaltenteilige einzelstaatliche Verfassungen zu schaffen. Die meisten Staaten nahmen einen Passus in ihre Bill of Rights auf, in welchem stehende Heere abgelehnt und die Miliz als natürliche Wehrform einer freien Gesellschaft bezeichnet wurde.

In dieser Phase – bis 1778/79 – befanden sich sowohl das Konzept bürgerlicher Tugend als auch das Konzept des Bürgersoldaten gleichsam auf ihrem Höhepunkt. Zum Bürgersoldaten gilt es allerdings zu bemerken, dass in Wirklichkeit das erste patriotische Feuer, die *rage militaire*, eigentlich nur gerade bis zur Winterkampagne 1775/76 brannte. Das Selbstverständnis des "minute man" als freier Bürgersoldat stellte sich zunehmend als zweischneidiges Schwert heraus. Als sich der natürliche Mut auf dem Schlachtfeld nicht im erhofften Ausmass manifestierte, äusserte sich die Selbstbestimmung des Patrioten konkret darin, dass er Reissaus nahm. Vor die Wahl gestellt zwischen persönlicher Freiheit und öffentlicher Tugend, entschieden sich nicht wenige Amerikaner für das erstere. Dies führte zur paradoxen Situation, dass der Enthusiasmus für die Unabhängigkeit gerade zu jenem Zeitpunkt anschwellte, als die Euphorie, den Krieg hierfür in *eigener* Person zu führen, schon wieder im Abnehmen begriffen war. Weil damit die Hoffnungen kollabierten, den Krieg mit einer Armee von Bürger-

soldaten gewinnen zu können, wurde der Oberbefehlshaber George Washington vom zweiten Kontinentalkongress ermächtigt, eine Kontinentalarmee (Continental Army) mit verlängerter Dienstzeit aufzustellen. Diese entwickelte sich rasch zu einer professionellen Truppe europäischen Zuschnitts. Obwohl die meisten Schlachten des Unabhängigkeitskrieges in der Folge von den Contintals geschlagen wurden, kam den Milizen die wichtige Rolle zu, Loyalisten- und Indianeraufstände zu unterdrücken. Dies genügte, um das Ideal des bewaffneten Bürgersoldaten in den Augen der meisten Amerikaner am Leben zu erhalten. Und trotzdem: Ab 1778/79 schlug der Optimismus zunehmend in politische Skepsis um.

Viele Amerikaner begannen aufgrund verschiedener besorgniserregender und ernüchternder Zeichen europäischer Laster zu zweifeln, ob man angesichts der Versuchungen von "interest", "luxury" und "wealth" die eigene republikanische Tugend nicht überschätzt hatte. War man schon zu stark eine moderne, verfeinerte und kommerzielle Gesellschaft geworden, um mit der öffentlichen Tugend eine Republik oder gar ein christliches Sparta stützen zu können?

Im Jahre 1781 trat eine Konföderationsverfassung in Kraft mit einer Union als Bund quasi-souveräner Staaten. Diese Verfassung war das Ergebnis einer lokal orientierten Vorstellungswelt der Revolutionäre der ersten Stunde. Im Gegensatz dazu entstand im Verlaufe des Revolutionskrieges vor allem bei jüngeren Offizieren der Continental Army ein kontinentales, gesamtamerikanisches Solidaritäts- und Nationalgefühl.

Erste Pläne in Richtung nationalstaatlicher Reform scheiterten in den Jahren 1781/82. Mitte der 1780er brach im westlichen Massachusetts eine Rebellion von steuerbelasteten Farmern unter der Führung eines früheren Hauptmanns der Continental Army aus. Anstatt Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, schloss sich die lokale Miliz den Aufständischen unter Daniel Shays an. Dieses Ereignis traf bei vielen politisch aufmerksamen Amerikanern einen wunden Punkt. Es bestätigte tiefe innere Zweifel und wurde als erschreckender Kulminationspunkt einer schon seit längerem konstatierten negativen Entwicklung gesehen. Für viele Vertreter der Elite war es offensichtlich, dass etwas mit der Republik und der Tugend des amerikanischen Volkes nicht (mehr) stimmte.

Shays Rebellion hatte James Madison und manch anderem Amerikaner den Beweis geliefert, dass die republikanische Freiheit der individuellen Freiheit des Bürgers durchaus entgegenstehen konnte. Auch für Alexander Hamilton war die freiheitliche Politik überbordet. Um weitere Exzesse zu vermeiden, schien es ihm unumgänglich, eine stärkere und stabilere Regierungsstruktur zu schaffen. Die Freiheit des Individuums und die Macht der Regierung sollten wieder in ein Gleichgewicht gebracht werden.

In der Debatte der 1780er um eine Reform des Staatenbundes lässt sich sowohl im politischen Denken der *Federalists* als auch bei ihren politischen Gegnern, den *Anti-Federalists*, eine unbewusste Bewegung von klassisch-republikanischen hin zu liberal-demokratischen Prämissen feststellen. Allenthalben waren – schon während der Kriegsjahre und vor allem danach – revolutionäre Führer gezwungen, vom republikanischen Idealismus der 1770er Jahre Abstand zu nehmen. Es erschien zunehmend als Utopie zu erwarten, die meisten Menschen würden ihre privaten Interessen zugunsten des öffentlichen Wohls opfern. Ganz offensichtlich verhielten sich republikanische Bürger nicht grundlegend verschieden von monarchischen Untertanen.

Lässt sich im Allgemeinen kein systematischer Gebrauch von Court-Positionen durch die *Federalists* feststellen, so ist in Hamilton eine Ausnahme von dieser Regel zu sehen. Während seiner Jahre in der Continental Army entwickelte er ein reges Interesse an den Prinzipien der *politischen Ökonomie*. Von David Hume massgeblich beeinflusst, griff Hamilton ab 1781 in einer Serie von Zeitungsartikeln unter dem Titel *The Continentalist* das Konzept einer klassisch inspirierten republikanischen Tugend an. Hamilton argumentierte, die öffentliche Tugend sei mit privatem Reichtum nicht nur vereinbar, sie sei sogar ein Nebenprodukt desselben. Allerdings war Hamilton kein marktliberaler Besitzindividualist. Er verteidigte zwar Handel und Berufsarmee; trotzdem war er weniger am begrenzt-liberalen als vielmehr am machtvoll-heroischen Staat interessiert. Hamilton begriff, dass in einem kompetitiven internationalen Umfeld nur ein diversifizierter Handelsstaat nach britischem Vorbild ein mächtiger Staat sein konnte. Ein solcher Machtstaat brauchte eine Berufsarmee, eine starke Flotte und eine funktionierende Geldwirtschaft.

In Hamiltons liberaler Vision *politischer Ökonomie* sollte sich Amerika dank der neuen bundesstaatlichen Ordnung so schnell als möglich durch Manufakturen und Handel zu einer modernen Gesellschaft entwickeln. Was ihm vorschwebte, war eine kommerzielle Expansion über die *Zeit* und nicht über den *Raum*. Andere *Federalists* wie James Madison hingegen kämpften noch stärker mit republikanischen Ängsten, mit zyklischen Geschichtsbildern des Aufstiegs und Niederganges von Nationen und der Rolle von "Luxury", "Wealth", "Standing Armies" und "Commerce". So hoffte James Madison, dass durch die neue Verfassung Amerika auf einer mittleren, noch immer vorwiegend agrarischen Wirtschaftsstufe stabilisiert werden könnte.

Eigentlich ging es bei der Debatte zwischen *Federalists* und *Anti-Federalists* um die Frage der Verteilung militärischer Kompetenzen zwischen Bund und Einzelstaat, und nicht um die Frage "Miliz oder stehendes Heer". Trotzdem entbrannte sofort eine hitzige Kontroverse über die Bedeutung einer zentralisierten militärischen Macht für die amerikanische Republik. Die *Anti-Federalists* attackierten die vorgeschlagene Ord-

nung aus einer durch die Revolution gestärkten "real Whig"-Position heraus. Sie sahen sich einem verschwörerischen Plan zur Errichtung einer "Standing Army" und zur Unterminierung der hart erkämpften republikanischen Freiheit gegenüber. Viele Anti-Nationalisten sahen die Armee als Fels, an dem die künftige amerikanische Republik notwendigerweise Schiffbruch erleiden müsste.

Anstatt diese Anti-Standing-Army-Ideologie als übertriebene Rhetorik zu *entlarven*, *nutzte* Hamilton diese Ängste, um die Notwendigkeit einer nationalen Lösung aufzuzeigen. Erst auf der nationalen Ebene war sein Denken ohne innere Widersprüche. Hier konnte er in Anlehnung an David Hume den grundsätzlich selbstsüchtigen modernen Menschen anerkennen und die Bürgermiliz als ein mit der modernen Lebensweise unvereinbares Ideal abschreiben.

Für Hamilton war ein kleines Berufsheer tolerier-, ja wünschbar. Dessen Freiheitsverträglichkeit sah er vor allem durch eine institutionelle, konkret parlamentarische Kontrolle gewährleistet. Aus der Sicht der privaten Freiheit war für ihn ein nationales Berufsheer der Miliz sogar vorzuziehen, weil dadurch der wirtschaftlich tätige Bürger weniger belastet würde. Trotzdem wollte Hamilton den Milizsoldaten nicht völlig durch den Berufssoldaten ersetzen. Ihm genügte es, dass eine selektive Miliz *national* organisiert wurde und nicht mehr der alleinigen Hoheit des Einzelstaates unterstand. Die *Federalists* sahen in einer nationalen Militärstruktur – aus regulärer Armee und selektiver Miliz – keine *Gefahr*, sondern eine *Garantie* für das weitere Überleben der amerikanischen Republik. Mit der Verfassung von 1787 wurde diese nationale Militärordnung zwar geschaffen, jedoch unter Einschränkung des zweiten Verfassungszusatzes, welcher den Fortbestand der einzelstaatlichen Milizen garantierte.

Durch die ökonomische Rechtfertigung professioneller Truppen folgten die *Federalists* Adam Smith. Sie anerkannten implizit – Hamilton sogar explizit –, dass die klassischen Ansichten zur Verbindung von Soldatentum und Bürgerschaft in einer arbeitsteiligen Gesellschaft am Ende des 18. Jahrhunderts keine Gültigkeit mehr haben konnten. Ausgehend von Positionen der englischen Court-Whigs anerkannten sie nicht nur die militärische Notwendigkeit regulärer Soldaten in Kriegszeiten, sondern auch deren Bedeutung für die politische Stabilität und Freiheit eines modernen Staates im Frieden. Ein Grossteil der Bürgerschaft blieb zwar in diesem System noch immer zum Dienst in der Miliz verpflichtet. Diese Verpflichtung wurde jedoch immer mehr als Ausdruck ökonomischer Zweckmässigkeit und immer weniger als Manifestierung bürgerlicher Tugend gesehen.

Der ideologische Unterbau der Milizordnung der amerikanischen Republik kam in den 1790er Jahren weiter unter Beschuss. Alexander Hamilton entwickelte von 1789 bis 1795 als "Secretary of the Treasury" in verschiedenen Berichten die Vision eines

kommerziellen, modernen sowie durch Nationalbank, Börse und Verschuldung der öffentlichen Hand stabilisierten Amerikas. Hamiltons Wunsch eines wirtschaftlich und militärisch mächtigen Staates nach dem Vorbild Grossbritanniens rief jedoch insbesondere in den agrarisch geprägten Südstaaten starke Opposition hervor. Dort sah man dem Aufkommen eines "monied interest", von Manufakturen und einer "Standing Army" mit Sorge entgegen.

Vor allem aus den Reihen der *Anti-Federalists* und unter Zuzug prominenter früherer *Federalists* wie James Madison, konstituierten sich zu Beginn der 1790er Jahre die *Republicans* unter Führung von Thomas Jefferson als Gegenpartei zu den *Federalists* – Jefferson amtierte 1789-93 als "Secretary of State". Die *Republicans* sprachen ganz bewusst die Sprache des Country. Ihnen gegenüber stand Hamilton, welcher sich vielleicht nicht gerade als Court-Whig, so doch als "modern Whig" im Kontext eines neo-machiavellischen Kontrastes zwischen tugendhafter Antike und kommerzieller Moderne verstand.

Vor dem Hintergrund einer althergebrachten und politikerprobten Country-Ideologie machten sich *Republicans* wie John Taylor von Carolina daran, Hamiltons militärisch-industriellen Komplex als Ausfluss einer Politik der Korruption anzugreifen. Dem städtischen Manufakturarbeiter und dem "monied man" der modernen Finanzwelt stellte Taylor das althergebrachte Ideal des genügsamen, unabhängigen und selbstversorgenden Ackerbauern (husbandman) gegenüber.

Während die *Federalists* ab 1792 eine professionelle Berufsarmee auf- und ausbauen wollten, gingen die *Republicans* noch immer von der Ansicht aus, die Verteidigung des Landes könne angesichts der geopolitischen Isolation der Vereinigten Staaten ausschliesslich der dezentralen Milizordnung anvertraut werden. In einer "Standing Army", ja sogar einer "Navy", sahen die *Republicans* ebenso eine Gefahr für ihre agrarrepublikanische Gesellschaft wie in der Nationalbank, der öffentlichen Verschuldung und der modernen Finanzwelt.

Mit der Wahl Jeffersons zum Präsidenten, von den *Republicans* als Revolution von 1800 gefeiert, kam die Country-Partei an die Macht. Die prophezeite Rückkehr zum "wirklichen" Republikanismus von 1776 blieb allerdings aus. Jefferson reduzierte die Berufsarmee zwar beträchtlich, schaffte sie allerdings nicht ab. Und dies blieb nicht sein einziges Zugeständnis an die realen Gegebenheiten des frühen 19. Jahrhunderts. Nach und nach musste in der Praxis die Jefferson'sche Vision vor derjenigen von Hamilton kapitulieren. Weitgehend unbewusst wurden die ursprünglichen Ideale der *Republicans* subtil an die veränderten Umstände angepasst. Die Wirklichkeit liess sich immer weniger mit neo-klassischen Träumen in Einklang bringen.

Das Konzept des Bürgersoldaten im politischen Denken Amerikas wurde im 19. Jahrhundert immer mehr zu einem leeren Gehäuse ohne geistige Füllung. Vor allem entbehrte es einer konzeptionellen Verbindung zum politischen Pragmatismus des demokratischen Liberalismus. Diese Ethik des kompetitiven Individualismus trat im 19. Jahrhundert von den Vereinigten Staaten aus einen beeindruckenden Siegeszug in die Welt an.

Im Zuge dieser Entwicklung verschob sich der Akzent von der *öffentlichen* Freiheit des *citoyen* auf die *private* Freiheit des *bourgeois*; von der Freiheit *zur* Politik hin zur Freiheit *von* der Politik. In den Vereinigten Staaten spielte sich im 19. Jahrhundert ein liberal-kapitalistischer Prozess der "Verbürgerlichung" ab, eine Funktionalisierung des Politischen. Nicht mehr der Anspruch auf Teilhabe an den Regierungsgeschäften stand fortan im Zentrum. Angestrebt wurde vielmehr, von dem notwendigen Übel des politischen Lebens befreit zu werden und Garantien zu erlangen, die eine ungestörte Verfolgung ökonomischer Eigeninteressen gegenüber dem Staat erlaubten. Die vormodernen, anti-kapitalistischen und anti-individualistischen Prämissen einer Sprache von Tugend und Korruption erschienen angesichts der Dynamik der modernen amerikanischen Industriegesellschaft zunehmend als obsolet. Die Reminiszenzen der bürgerlich-humanistischen Tradition lösten sich immer mehr von dem sie umgebenden kulturellen, sozialen und ökonomischen Kontext. Die Priorität des Gemeinnsinns wurde durch die Priorität des Individualrechtes abgelöst. Der Begriff "virtue" verlor seinen gemeinwohl-orientierten Inhalt: Im amerikanischen Alltagsverständnis diente er nur noch zur Beschreibung bewundernswerter persönlicher Charaktereigenschaften. Inhaltlich verengt wurde ebenso der Begriff "corruption". Korruption bezeichnete nun keinen moralischen Verfall mehr, sondern eine Dysfunktion innerhalb der politischen Behörden. Im 18. Jahrhundert waren noch ganze *Völker* als korrupt bezeichnet worden, gegen Ende des 19. Jahrhunderts traf dies nurmehr für wenige *Amtsträger* zu.

Die Entmoralisierung des Luxus-Begriffes, von Mandeville und Hume eingeleitet, setzte sich fort. Luxus war nun kein Zeichen politischer Degeneration mehr, sondern ein Bestandteil gesellschaftlichen Fortschritts. In einer Welt der Kommerzialisierung, der Spezialisierung und der Professionalisierung wurde die bürgerlich-humanistische Milizidee immer mehr zu einem Fremdkörper. Kaum ein Amerikaner ging noch von der Vorstellung aus, ein Berufssoldat sei aufgrund seiner Tätigkeit davon auszuschließen, Bürger des Staates zu sein. Das Soldatsein war keine öffentlich-moralische *Verantwortung* der Bürgergemeinschaft und kein Ausdruck bürgerlicher Tugend mehr, sondern eine *Funktion* des von der Zivilgesellschaft getrennten Staates. Das Militär als Organ dieses Staates war nicht mehr mit der bürgerlichen Gemeinschaft der *citoyen* identisch, sondern hatte die bürgerliche Zivilgesellschaft der *bourgeois* zu schützen.

Im 19. Jahrhundert wurde Wirklichkeit, wovor sich die Bürger der antiken Republiken stets gefürchtet hatten: Die öffentliche Sphäre der Politik und der Verteidigung wurde durch die private Sphäre der Wirtschaft und der physischen Notwendigkeit erobert. Das Soldatsein war eine Arbeit und damit zum Beruf geworden.

Quellen

- A Declaration, or, Representation [of the Army]* (1647), in: *The Leveller Tracts, 1647-1653*, hrsg. von William Haller und Godfrey Davies, Gloucester, MA: Smith, 1964, S. 52-63.
- [ANONYM] (1698): *A Letter to A, B, C, D, E, F, & c., concerning Their Argument about a Standing Army; Examining Their Notions of the Supposed Gothick, or Other Ballance, by the Constitution and Interest of the English Monarchy*, London.
- [ANONYM] (1783): *Reasons Against a Militia for Scotland*, Edinburgh.
- ARISTOTELES, *Die Nikomachische Ethik*, übersetzt und eingel. von Olof Gigon, München: Artemis, 1967.
- ARISTOTELES, *Politik*, übersetzt von Franz Susemihl, Einleitung durch Franz Kullmann, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1964.
- BACON, FRANCIS (1597): *Of the colours of good and evil*, in: *The Works of Francis Bacon*, hrsg. von James Spedding, Vol. VII: Literary and Professional Works, Vol. II, London: Longman & Co, 1858, S. 75-86.
- BACON, FRANCIS (16__): "Of the greatness of the kingdom of Britain", in: *The Works of Francis Bacon*, hrsg. von James Spedding, Vol. VI: Literary and Professional Works, Vol. I, London: Longman & Co, 1858, S. 47-64.
- BACON, FRANCIS (1603): "A brief discourse touching the happy union of the kingdoms of England and Scotland", in: *The Works of Francis Bacon*, hrsg. von James Spedding, Vol. X: The Letters and the Life, Vol. III, London: Longman & Co, 1868, S. 90-99.
- BACON, FRANCIS (1607): "A Speech used by Sir Francis Bacon, in the Lower House of Parliament, concerning the Article of Naturalization", in: *The Works of Francis Bacon*, hrsg. von James Spedding, Vol. X: The Letters and the Life, Vol. III, London: Longman & Co, 1868, S. 307-326.
- BACON, FRANCIS (1612): "Of the true greatness of kingdoms and estates", erweiterte Fassung 1625, in: *The Works of Francis Bacon*, hrsg. von James Spedding, Vol. VI: Literary and Professional Works, Vol. I, London: Longman & Co, 1858, S. 586-588.
- BEACON, RICHARD (1594): *Solon his follie, or a politique discourse, touching the reformation of common-weales conquered, declined or corrupted*, Oxford.

- BOLINGBROKE, LORD HENRY ST. JOHN (1733-34): *A Dissertation upon Parties*, in: *Political Writings*, hrsg. und eingel. von David Armitage, Cambridge: University Press, 1997.
- BOTERO, GIOVANNI (1589): *Della ragion di Stato, Libri Dieci, Con tre Libri delle Cause della Grandezza e Manificenza delle Città*, a cura di Luigi Firpo, Torino: Unione Tipografico, 1948, S. 343-409.
- BOWDOIN, JAMES ET AL. (1770): *A Short Narrative of the Horrid Massacre in Boston*, Boston.
- BRUNI, LEONARDO (1403-04): *Laudatio Florentinae Urbis*, ins Englische übersetzt von Benjamin G. Kohl, in: *The Earthly Republic: Italian Humanists on Government and Society*, hrsg. von dems. und Ronald G. Witt, Philadelphia: University of Pennsylvania, 1978, S. 135-175.
- BRUNI, LEONARDO (1421): *De Militia*, ins Englische übersetzt von: Griffiths, Gordon et al. (1987), S. 127-145.
- BRUNI, LEONARDO (1428): *Oratio in funere Johannis Strozzae*, ins Englische übersetzt von: Griffiths, Gordon et al. (1987), S. 121-126.
- BRUNI, LEONARDO (1439): *Über die Staatsverfassung der Florentiner*, vom Griechischen ins Englische übersetzt von Russell Dees, in: Ders. (1987), S. 11-15.
- BURGH, JAMES (1774): *Polititcal Disquisitions: An Enquiry into Public Errors, Defects, and Abuses*, 3 Bde., New York: Da Capo Press, 1971.
- CARLYLE, ALEXANDER (1760): *The Questions Relating to a Scots Militia Considered. In a Letter to the Lords and Gentlemen who have concerted the form of a law for that establishment*, Edinburgh.
- [CARLYLE, ALEXANDER] (1778): *A Letter ... on National Defence; With Some Remarks on Dr Smith's Chapter on that Subject, in ... the Wealth of Nations*, London.
- CASSIUS [AEDANUS BURKE] (1783): *Considerations on the Society or Order of Cincinnati*, Nachdruck in: *Anglo-American Antimilitary Tracts, 1697-1830*, hrsg. von Richard H. Kohn, New York: Arno Press, 1979.
- CICERO, MARCUS TULLIUS, *De officiis, Vom pflichtgemässen Handeln*, übersetzt, komment. und herausg. von Heinz Gunermann, Stuttgart: Reclam, 1976.

- CICERO, MARCUS TULLIUS, *De re publica*, übersetzt und eingel. von Karl Büchner, Stuttgart: Reclam, 1979.
- CLAUSEWITZ, CARL VON (1832): *Vom Kriege*, in: *Kriegstheorie und Kriegsgeschichte*, hrsg. Von Reinhard Stumpf, Frankfurt am Main: Deutscher Klassiker Verlag, 1982.
- DAVENANT, CHARLES (1702): *The True Picture of a Modern Whig, set forth in a Dialogue between Mr. Whiglove and Mr. Double*, in: *Political and Commercial Works*, 5 Bde., London, 1771, 4. Bd., S. 127-266.
- DECKEN, JOHANN FRIEDRICH VON DER (1800): *Betrachtungen über das Verhältnis des Kriegsstandes zu dem Zwecke der Staaten*, Faksimileneudruck, Osnabrück: Biblio Verlag, 1982.
- [DEFOE, DANIEL] (1697): *Some Reflections on a Pamphlet lately Publish'd, Entitled, AN ARGUMENT Shewing that A Standing Army Is inconsistent with A Free Government*, London.
- [DEFOE, DANIEL] (1698a): *An Argument Shewing, that a Standing Army, with Consent of Parliament, is not Inconsistent with a Free Government*, in: *Selected Writings of Daniel Defoe*, hrsg. von James T. Boulton, Cambridge: University Press, 1975, S. 35-50.
- [DEFOE, DANIEL] (1698b): *A Brief Reply to the History of Standing Armies in England*, London.
- [DEFOE, DANIEL] (1701): *The True-Born Englishman, A Satyr*, in: *Selected Writings of Daniel Defoe*, hrsg. von James T. Boulton, Cambridge: University Press, 1975, S. 51-81.
- [DEFOE, DANIEL] (1706): *A Fourth Essay at Removing National Prejudices against a Union*, Edinburgh.
- THE FEDERALIST PAPERS (1787-88): hrsg. und eingel. von Isaac Kramnick, London: Penguin Classics, 1987.
- FERGUSON, ADAM (1756): *Reflections Previous to the Establishment of a Militia*, London.
- FERGUSON, ADAM (1761): *The History of the Proceedings in the case of Margaret, commonly called Peg, only lawful sister to John Bull Esq.*, London.

- FERGUSON, ADAM (1767): *An Essay on the History of Civil Society*, hrsg. und eingel. Von Duncan Forbes, Edinburgh: University Press, 1966.
- FILMER, SIR ROBERT (1680): *Patriarcha and Other Writings*, hrsg. von J. P. Sommerville, Cambridge: University Press, 1991.
- FLETCHER, ANDREW (1698): *A Discourse of Government with relation to Militia's* (1698), in: *Political Works*, hrsg. von John Robertson, Cambridge: University Press, 1997, S. 1-31.
- FLETCHER, ANDREW (1703): *An Account of a Conversation concerning a Right Regulation of Governments for the common Good of Mankind*, in: *Political Works*, hrsg. von John Robertson, Cambridge: University Press, 1997, S. 175-215.
- FORTESCUE, SIR JOHN (1471): *The Governance of England: Otherwise Called, The Difference Between an Absolute and a Limited Monarchy*, hrsg. von Charles Plummer, Westport, Conn.: Hyperion Press, 1979.
- GIANNOTTI, DONATO (1526): *Della Repubblica de' Veneziani*, in: *Opere Politiche e Letterarie*, 2. Bd., hrsg. von F.- L. Polidori, Firenze: Felice le Monnier, 1850, S. 3-173.
- GIANNOTTI, DONATO (1529): *Discorso di armare la città di Firenze*, in: *Opere Politiche*, a cura di Furio Diaz, Milano: Marzorati, 1974, S. 167-180.
- GIANNOTTI, DONATO (1534): *Repubblica fiorentina*, in: *Opere Politiche*, a cura di Furio Diaz, Milano: Marzorati, 1974.
Deutsch, *Die Republik Florenz (1534)*, hrsg. von Alois Riklin und Daniel Höchli, München: Fink, 1997.
- GORDON, THOMAS (1728): *Works of Tacitus, Vol. I: Containing the Annals. To which are prefixed, Political Discourses upon that Author*, London.
- GORDON, THOMAS (1744): *Works of Sallust, with Political Discourses upon that Author*, London.
- GORDON, THOMAS (1747): *Essay on Government*, London.
- HAMILTON, ALEXANDER (1775-81): *The Works of Alexander Hamilton*, 12 Bde., hrsg. Von Henry C. Lodge, New York: Knickerbocker, 1903.
- HARRINGTON, JAMES (1656): *The Commonwealth of Oceana*, in: *The Political Works of James Harrington*, Cambridge: University Press, 1977, S. 155-367.

- HARRINGTON, JAMES (1658): *The Prerogative of Popular Government*, in: *The Political Works of James Harrington*, Cambridge: University Press, 1977, S. 389-566.
- HARRINGTON, JAMES (1659): *The Art of Lawgiving*, in: *The Political Works of James Harrington*, Cambridge: University Press, 1977, S. 599-704.
- HEDLEY, THOMAS (1610): "Speech", in: *Proceedings in Parliament, 1610*, 2 Bde., hrsg. von Elizabeth Foster, New Haven, Conn.: Yale University Press, 1966, 2. Bd., S. 170-195.
- HOBBS, THOMAS (1651): *Leviathan*, hrsg. und eingel. von Richard Tuck, Cambridge: University Press, 1991.
- HOWARD, SIMEON (1773): *A Sermon Preached to the Ancient and Honourable Artillery-Company*, Boston.
- HUME, DAVID (1741-52): *Political Essays*, hrsg. und eingel. von Knud Haakonssen, Cambridge: University Press, 1994.
- JEFFERSON, THOMAS (1787): *Notes on the State of Virginia*, in: *The Portable Thomas Jefferson*, hrsg. und eingel. von Merrill D. Peterson, New York: Penguin, 1975, S. 23-232.
- LEE, CHARLES (1871-74): *The Lee Papers*, 4 Bde., Bd. 4-7, New York: Historical Society Collections.
- LOCKE, JOHN (1689): *Two Treatises of Government*, hrsg. und eingel. von Peter Laslett, Cambridge: University Press.
- LOVELL, JAMES (1771): *An Oration Delivered April 2d 1771 at the Request of the Inhabitants of the Town of Boston*, Boston.
- MACHIAVELLI, NICCOLÒ (1513): *Il Principe*, in: *Le grandi opere politiche*, a cura di Gian Mario Anselmi e Carlo Varotti, Bd. I, Torino: Bollati Boringhieri, 1992, S. 25-142.
- MACHIAVELLI, NICCOLÒ (1521): *Dell'arte della guerra*, in: *Le grandi opere politiche*, a cura di Gian Mario Anselmi e Carlo Varotti, Bd. I, Torino: Bollati Boringhieri, 1992, S. 153-330.
Deutsch, *Die Kriegskunst*, übersetzt von Johannes Ziegler, Karlsruhe: Groos, 1833.

- MACHIAVELLI, NICCOLÒ (ca. 1513-17): *Discorsi sopra la prima Deca di Tito Livio*, in: *Le grandi opere politiche*, a cura di Gian Mario Anselmi e Carlo Varotti, Bd. II, Torino: Bollati Boringhieri, 1993, S. 15-541.
- MASON, GEORGE (1725-92): *The Papers of George Mason, 1725-1792*, hrsg. von Robert A. Rutland, 3 Bde., Chapel Hill: University of North Carolina Press, 1970.
- MENDLE, MICHAEL (1989): "A Machiavellian in the Long Parliament before the Civil War", in: *Parliamentary History*, 8. Jg., S. 116-24.
- METTRIER, HENRI (1901): *L'impôt & la milice dans J.-J. Rousseau & Mably*, Paris: Ancienne Maison L. Larose et Forcel.
- MOLESWORTH, ROBERT (1694): *An Account of Denmark, As It was in the Year 1692*, Faksimileneudruck, Kopenhagen: Rosenkilde & Bagger, 1976.
- MOLESWORTH, ROBERT (1721): "Preface", zur englischen Übersetzung von François Hotoman (1574), *Franco-Gallia: or, an Account of the Ancient Free State or France, and Most other Parts of Europe, before the Loss of their Liberties*, 2. Auflage, London, S. i-xxxvi.
- MONTAGU, EDWARD WORTLEY (1759): *Reflections on the Rise and Fall of the Ancient Republicks. Adapted to the Present State of Great Britain*, London.
- MONTESQUIEU, CHARLES-LOUIS DE SECONDAT (1734): *Considérations sur les Causes de la Grandeur et décadence des Romains et de leur décadence*, Paris: Garnier-Flammarion, 1968.
- MONTESQUIEU, CHARLES-LOUIS DE SECONDAT (1748): *De l'Esprit des lois*, Paris: Gallimard, 1995.
- MOYLE, WALTER (ca. 1699): *An Essay upon the Constitution of the Roman Government*, in: *Two Republican Tracts, Two English Republican Tracts*, hrsg. von Caroline Robbins, Cambridge: University Press, S. 201-259.
- NEDHAM, MARCHAMONT (1650): *The Case of the Commonwealth of England Stated*, hrsg. von Philip A. Knachel, Charlottesville: University Press of Virginia, 1971.
- NEDHAM, MARCHAMONT (1656): *The Excellencie of a Free State*, Neudruck, London, 1767.
- [NEDHAM, MARCHAMONT], *Mercurius Politicus*, 1-114, 6.-13. Juni 1650 (1) bis 5.-12. August 1652 (114), London.

- NEVILLE, HENRY (1680): *Plato Redivivus, or a Dialogue Concerning Government, Wherein, by Observations drawn from other Kingdoms and States both Ancient and Modern, an Endeavour is used to discover the present Politick Distemper of our own, with the Causes, and the Remedies*, 2. Aufl., 1681, in: *Two English Republican Tracts*, hrsg. von Caroline Robbins, Cambridge: University Press, S. 60-200.
- [NEVILLE, HENRY] (1675): *A True Copy of a Letter written by N. Machiavill, in Defence of Himself and His Religion*, translated from an original copy, London, 1691.
- Orationes ... to Commemorate the Evening of the Fifth of March, 1770* (1807), Nachdruck in: *Anglo-American Antimilitary Tracts, 1697-1830*, hrsg. von Richard H. Kohn, New York: Arno Press, 1979.
- ORME, THOMAS (1698): *The Late Prints for a Standing Army*, London.
- PAINE, THOMAS (1776): *Common Sense*, hrsg. und eingel. von Isaac Kramnick, London: Penguin Classics, 1976.
- PLATON, *Nomoi*, Frankfurt am Main: Insel Verlag, 1991.
- PLATON, *Politeia*, übersetzt von Rudolf Rufener, München: Artemis, 1991.
- POLYBIOS, *Geschichte*, Gesamtausgabe in zwei Bänden, Zürich/Stuttgart: Artemis, 1961.
- QUINCY, JOSIAH JR. (1774): *Observations on ... the Boston Port-Bill; with Thoughts on Civil Society and Standing Armies*, in: *Memoir of the Life of Josiah Quincy, Junior, of Massachusetts: 1744-1775*, 2. Aufl., Boston: John Wilson and Son, 1874, S. 299-376.
- [R.G.] (1656): *A Copy of a Letter from an Officer of the Army in Ireland, to his Highness the Lord Protector, concerning his changing of the Government*.
- ROTTECK, KARL VON (1816): *Über Stehende Heere und Nationalmiliz*, Freiburg: Herdersche Universitäts-Buchhandlung.
- ROUSSEAU, JEAN-JACQUES (1772): *Considérations sur le gouvernement de Pologne*, in: *Oeuvres complètes*, III, Paris: Editions Gallimard, 1964.
- [SCOTT, THOMAS] (1624): *Robert earle of essex his ghost, sent from Elizian: to the nobility, gentry, and commonaltie of England*, London.

- [SCOTT, THOMAS] (1622): *The Belgicke pismire: stinging the slothfull sleeper*, London.
- [SCOTT, THOMAS] (1623): *A tongue-combat, lately happening betweene two English souldiers in the tilt-boat of Gravesend, the one going to serve the King of Spaine, the other to serve the States generall of the United provinces*, London.
- SEABURY, SAMUEL (1775): *An Alarm to the Legislature of the Province of New York ... January 17, 1775*, in: *Letters of a Westchester Farmer*, White Plains, New York: Westchester County Historical Society, 1930.
- [SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, EARL OF] (1675): *A Letter From a Person of Quality to His Friend in the Country*, London.
- SIDNEY, ALGERNON (1664-65): *Court Maxims*, Cambridge: University Press, 1996.
- SIDNEY, ALGERNON (1681-83): *Discourses Concerning Government*, Indianapolis: Liberty Classics, 1990.
- SMITH, ADAM (1776): *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, 2 Bde., Clarendon Press: Oxford, 1976.
- [SOMERS, LORD JOHN] (1697): *A Letter Ballancing the Necessity of Keeping a Land-Force in Times of Peace with the Dangers that may follow on it*, London.
- SUMNER, WILLIAM H. (1823): *Inquiry into the Importance of the Militia to a Free Commonwealth*, In a Letter From William H. Sumner ... to John Adams, ... With His Answer, Boston.
- THUKYDIDES, *Der Peloponnesische Krieg*, Stuttgart: Reclam, 1966.
- TOLAND, JOHN (1700): "Preface" zu: *The Oceana of James Harrington and his other Works*, London, S. i-x.
- TOLAND, JOHN (1701a): *Anglia Libera: Or the Limitation and Succession of the Crown of England explain'd and asserted*, London.
- TOLAND, JOHN (1701b): *The Art of Governing by Partys*, London.
- TOLAND, JOHN (1717): *The State-Anatomy of Great Britain*, London.
- [TOLAND, JOHN] (1698): *The Militia Reform'd, or an Easy Scheme of Furnishing England with a Constant Land-Force*, in: *A Collection of State Tracts*, 3 Bde., 2. Bd., 1706, S. 594-613.

- [TRENCHARD, JOHN] (1698): *A Short History of Standing Armies in England*, Faksimilenachdruck in: *Anglo-American Antimilitary Tracts, 1697-1830*, hrsg. von Richard H. Kohn, New York: Arno Press, 1979.
- TRENCHARD, JOHN/GORDON, THOMAS (1720-32): *Cato's Letters: Or Essays on Liberty, Civil and Religious, and Other Important Subjects*, hrsg. und eingel. von Ronald Hamowy, Indianapolis: Liberty Fund, 1995.
- [TRENCHARD, JOHN/MOYLE, WALTER] (1697a): *An Argument, Shewing that a Standing Army is inconsistent with a Free Government, and Absolutely destructive to the Constitution of the English Monarchy*, Faksimilenachdruck in: *Anglo-American Antimilitary Tracts, 1697-1830*, hrsg. von Richard H. Kohn, New York: Arno Press, 1979.
- [TRENCHARD, JOHN/MOYLE, WALTER] (1697b): *Second Part of an Argument*, Faksimilenachdruck in: *Anglo-American Antimilitary Tracts, 1697-1830*, hrsg. von Richard H. Kohn, New York: Arno Press, 1979.
- [TRENCHARD, JOHN] (1697c): *A Letter from the Author of the Argument against a Standing Army, to the Author of the Ballancing Letter*, London.
- WREN, MATTEW (1657): *Considerations on Mr. Harrington's Commonwealth of Oceana: Restrained to the first part of the Preliminaries*, London.
- WREN, MATTEW (1659): *Monarchy Asserted Or The State Of Monarchicall & Popular Government In Vindication of the Considerations Upon Mr. Harrington's Oceana*, Oxford.

Sekundärliteratur

- ADAIR, DOUGLASS G. (1957): "That Politics May Be Reduced to a Science: David Hume, James Madison and the Tenth "Federalist"", in: *Huntington Library Quarterly*, 20. Jg., S. 343-360.
- ALBERTINI, RUDOLF VON (1955): *Das florentinische Staatsbewusstsein im Übergang von der Republik zum Prinzipat*, Bern: Francke.
- ALEMANN, ULRICH VON (1995): "Politische Ideengeschichte als Museum, Schule, Ideendatenbank – oder was sonst?", in: *Politische Theorie und Ideengeschichte im Gespräch*, hrsg. von Helmut Kramer, Wien: WUV-Universitätsverlag, S. 187-195.
- APPLEBY, JOYCE (1992): *Liberalism and Republicanism in the Historical Imagination*, Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- ARENDT, HANNAH (1965): *Über die Revolution*, 4. Aufl., München: Piper, 1994.
- ARENDT, HANNAH (1967): *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, 9. Aufl., München: Piper, 1997.
- BAILYN, BERNARD (1967): *Ideological Origins of the American Revolution*, erweiterte Ausgabe, Cambridge Mass.: Belknap, 1992.
- BAILYN, BERNARD (1970): *The Origins of American Politics*, New York: Vintage.
- BAILYN, BERNARD (1994): *On the Teaching and Writing of History*, hrsg. von Edward C. Lathem, Hanover, New Hampshire: University Press of New England.
- BANNING, LANCE (1978): *The Jeffersonian Persuasion: Evolution of a Party Ideology*, Ithaca: Cornell University Press.
- BANNING, LANCE (1986): "Jeffersonian Ideology Revisited: Liberal and Classical Ideas in the New American Republic", in: *William and Mary Quarterly*, 43. Jg., Nr. 1, S. 3-19.
- BANNING, LANCE (1992): "The Republican Interpretation: Retrospect and Prospect", in: *Proceedings of the American Antiquarian Society*, 102. Jg., Nr. 1, S. 153-179.

- BARNOUW, JEFFREY (1976): "American Independence: Revolution of the Republican Ideal; a Response to Pocock's Construction of the "Atlantic Republican Tradition", in: *The American Revolution and Eighteenth-Century Culture*, hrsg. von Paul J. Korshin, New York: AMS Press, S. 31-73.
- BARON, HANS (1966): *The Crisis of the Early Italian Renaissance: Civic Humanism and Republican Liberty in an Age of Classicism and Tyranny*, 2., einbändige und revidierte Aufl., Princeton: University Press.
- BATSCHA, ZWI/MEDICK, HANS (1988): "Einleitung", zu: Adam Ferguson, *Versuch über die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 7-91.
- BAUMGOLD, DEBORAH (1983): "Subjects and Soldiers: Hobbes on Military Service", in: *History of Political Thought*, 4. Jg., Nr. 1, S. 43-64.
- BAYLEY, CHARLES C. (1961): *War and Society in Renaissance Florence, The "De Militia" of Leonardo Bruni*, Toronto: University Press.
- BEEMAN, RICHARD R. (1992): "Deference, Republicanism, and the Emergence of Popular Politics in Eighteenth-Century America", in: *William and Mary Quarterly*, 49. Jg., Nr. 3, S. 401-430.
- BERICHT DES BUNDESRATES (1992): an die Bundesversammlung über die Konzeption der Armee in den neunziger Jahren (Armeeleitbild 95) vom 27. Januar 1992, Bern: Bundeskanzlei.
- BERLIN, ISAIAH (1969): "Two Concepts of Liberty", in: *Four Essays on Liberty*, Oxford: University Press, S. 118-172.
- BERRY, CHRISTOPHER J. (1994): *The Idea of Luxury: A Conceptual and Historical Investigation*, Cambridge: University Press.
- BERTELLI, SERGIO (1964): "[Rezension] C. C. Bayley, War and Society in Renaissance Florence. The 'De Militia' of Leonardo Bruni", in: *Rivista Storica Italiana*, 76. Jg., Nr. 1, S. 834-836.
- BERTHOFF, ROWLAND (1979): "Independence and Attachment, Virtue and Interest: From Republican Citizen to Free Enterpriser, 1787-1837", in: *Uprooted Americans: Essays to Honor Oscar Handlin*, hrsg. von Richard L. Bushman et al., Boston: Little, Brown, S. 97-124.
- BLACKWELL ENCYCLOPAEDIA OF POLITICAL THOUGHT (1987), hrsg. von David Miller, Oxford: Blackwell.

- BLEICKEN, JOCHEN (1995): *Die Verfassung der Römischen Republik*, 7. Aufl., München: Schöningh.
- BOCK, GISELA ET AL. (Hrsg.) (1990): *Machiavelli and Republicanism*, Cambridge: Cambridge University Press.
- BOYNTON, LINDSAY (1967): *The Elizabethan Militia 1558-1638*, London: Routledge & Kegan Paul, 1967.
- BRANSON, ROY (1979): "James Madison and the Scottish Enlightenment", in: *Journal of the History of Ideas*, 40. Jg., S. 235-250.
- BREWER, JOHN (1989): *The Sinews of Power: War, Money and the English State 1688-1783*, Cambridge, MA: Harvard University Press.
- BROWNING, REED (1982): *Political and Constitutional Ideas of the Court Whigs*, Baton Rouge: Louisiana State University Press.
- BRÜHLMEIER, DANIEL (1991a): "Adam Smith als politischer Denker im Kontext von Liberalismus, Institutionalismus und Republikanismus", in: Arnold Meyer-Faje /Peter Ulrich (Hrsg.), *Der andere Adam Smith*, Beiträge zur Neubestimmung von Ökonomie als Politischer Ökonomie, St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik, 5. Bd., Bern/Stuttgart: Haupt, S. 277-302.
- BRÜHLMEIER, DANIEL (1991b): "Isaak Iselin and the Call for Civic Virtue, a Model of Swiss Republicanism", in: *Revolution and Enlightenment in Europe*, hrsg. von Timothy O'Hagan, Aberdeen: University Press, S. 69-79.
- BRÜHLMEIER, DANIEL (1992): *Denker der Freiheit: Adam Smith*, Sankt Augustin: Friedrich-Naumann-Stiftung.
- BRÜHLMEIER, DANIEL (1996): "Die Geburt der Sozialwissenschaften aus dem Geiste der Moralphilosophie", in: *Schottische Aufklärung: "A Hotbed of Genius"*, hrsg. von Dems. et al., Berlin: Akademie Verlag, S. 23-38.
- BRÜHLMEIER, DANIEL (1997): *Daniel Defoe: Dissent, Economics, and Toleration*, Contribution to "Early Theories and Practices of Toleration in Comparative Perspectives", University of California at Riverside, 24.-25. April, 1997.
- BRÜHLMEIER, DANIEL (im Druck): "Politische Philosophie und Publizistik in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts in Grossbritannien", Kapitelentwurf für: *Grundriss der Geschichte der Philosophie*, Bd. 1: Grossbritannien und Niederlande, Überweg.

- BUCHWALTER, ANDREW (1993): "Hegel, Modernity, and Civic Republicanism", in: *Public Affairs Quarterly*, 7. Jg., Nr. 1, S. 1-12.
- BURGESS, GLENN (1996): "Renaissance Texts and Renaissance Republicanism: An Editorial and Review Article", in: *Renaissance Forum: An Electronic Journal of Early-Modern Literary and Historical Studies*, unter: http://www.hull.ac.uk/Hull/EL_Web/renforum/v1n01/editoria.htm[März 1996] 7.
- BURTT, SHELLEY (1992): *Virtue Transformed: Political Argument in England, 1688-1740*, Cambridge: University Press.
- COHEN, ELIOT A. (1986): *Citizens and Soldiers: The Dilemmas of Military Service*, Ithaca: Cornell University Press.
- COLBOURN, TREVOR H. (1965): *The Lamp of Experience: Whig History and the Intellectual Origins of the American Revolution*, Chapel Hill: University of North Carolina Press.
- CONNIFF, JAMES (1982): "Reason and History in Early Whig Thought: The Case of Algernon Sidney", in: *The Journal of the History of Ideas*, 18. Jg., Nr. 3, S. 397-416.
- CONZE, WERNER (1978): "Militarismus", in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, hrsg. von Otto Brunner et al., 7 Bde., Stuttgart: Klett-Cotta, 4. Bd., S. 1-47.
- COTTON, JAMES (1991): *James Harrington's Political Thought and its Context*, New York/London: Garland.
- COTTRILL, ROBERT J. (1994): *Gun Control and the Constitution: Sources and Explorations on the Second Amendment*, New York: Garland.
- CRESS, LAWRENCE DELBERT (1979): "Radical Whiggery on the Role of the Military: Ideological Roots of the American Revolutionary Militia", in: *Journal of the History of Ideas*, 40. Jg., Nr. 1, S. 43-60.
- CRESS, LAWRENCE DELBERT (1982): *Citizens in Arms: The Army and the Militia in American Society to the War of 1812*, Chapel Hill: University of North Carolina Press.
- CRESS, LAWRENCE DELBERT (1984): "An Armed Community: The Origins and Meaning of the Right to Bear Arms", in: *The Journal of American History*, 71. Jg., Nr. 1, S. 22-42.

- DAVIS, J. C. (1981): "Pocock's Harrington: Grace Nature and Art in the Classical Republicanism of James Harrington", in: *The Historical Journal*, 24. Jg., S. 683-697.
- DEES, RUSSELL (1987): "Bruni, Aristotle, and the Mixed Regime in "On the Constitution of the Florentines", in: *Medievalia et Humanistica*, New Series, 15. Jg., Nr. 1, S. 1-23.
- DELBRÜCK, HANS (1920): *Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte*, Bd. I: Das Altertum, Berlin: De Gruyter.
- DICKEY, LAURENCE (1995): "Power, Commerce, and Natural Law in Daniel Defoe's Political Writings 1698-1707", in: *A Union for Empire: Political Thought and the British Union of 1707*, hrsg. von John Robertson, Cambridge: University Press, S. 63-96.
- DICKSON, PETER GEORGE MUIR (1967): *The Financial Revolution in England: A Study in the Development of Public Credit, 1688-1756*, London: Macmillan.
- EARLE, EDWARD MEAD (1986): "Adam Smith, Alexander Hamilton, Friedrich List: The Economic Foundations of Military Power", in: *Makers of Modern Strategy: From Machiavelli to the Nuclear Age*, Princeton: University Press, S. 217-261.
- FERNAU, HERIBERT (1987): "Der Milizbegriff", in: *Österreichische Militärische Zeitschrift*, 25. Jg., Nr. 6, S. 495-504.
- FINK, ZERA SILVER (1945): *The Classical Republicans: An Essay in the Recovery of a Pattern of Thought in Seventeenth Century England*, Evanston, Ill.: Northwestern University Press.
- FORBES, DUNCAN (1966): "Introduction", zu: Adam Ferguson, *An Essay on the History of Civil Society*, Edinburgh: University Press, 1966.
- FOSHEE, ANDREW W. (1985): "Jeffersonian Political Economy and the Classical Republican Tradition: Jefferson, Taylor, and the Agrarian Republic", in: *History of Political Economy*, 17. Jg., S. 523-550.
- FRENCH, J. MILTON (1936): "Milton, Needham, and *Mercurius Politicus*", in: *Studies in Philology*, 33. Jg., S. 236-252.
- GABRIEL, JÜRIG MARTIN (1994): *Worldviews and Theories of International Relations*, New York: St. Martin's Press.

- GANTER, HERBERT LAWRENCE (1937): "The Machiavellianism of George Mason", in: *William and Mary Quarterly*, 17. Jg., S. 239-264.
- GEBHARDT, JÜRGEN (1968): "The Federalist", in: *Klassiker des politischen Denkens*, 2 Bde., hrsg. von Hans Maier et al., München: Beck, 2. Bd., S. 75-103.
- GILLER, JOACHIM (1992): *Demokratie und Wehrpflicht*, Studien und Berichte, Landesverteidigungsakademie Wien.
- GOLDIE, MARK (1980): "The Roots of True Whiggism 1688-1694", in: *History of Political Thought*, 1. Jg., S. 212-215.
- GOLDSMITH, M.M. (1987): "Liberty, luxury and the pursuit of happiness", in: *The Languages of Political Theory in Early-Modern England*, hrsg. von Anthony Pagden, Cambridge: University Press, S. 225-251.
- GOLDSMITH, M.M. (1994): "Liberty, Virtue, and the Rule of Law, 1689-1770", in: WOOTTON (1994), S. 197-232.
- GOODALE, JESSE R. (1980): "J.G.A Pocock's Neo-Harringtonians: A Reconsideration", in: *History of Political Thought*, 1. Jg., Nr. 2, S. 237-259.
- GREENE, JACK P. (1972): "The Preconditions for American Republicanism: A Comment", in: *The Development of a Revolutionary Mentality*, Symposia on the American Revolution, Washington: Library of Congress, S. 118-124.
- GREYERZ, KASPAR VON (1994): *England im Jahrhundert der Revolutionen 1603-1714*, Stuttgart: UTB.
- GRIFFITHS, GORDON ET AL. (1987): *The Humanism of Leonardo Bruni: Selected Texts*, Binghamton, New York: Center of Medieval and Early Renaissance Studies.
- HALTNER, KARL W. (1998): "Was unterscheidet die Schweizer Miliz von anderen Armeen", in: *Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift*, 164. Jg., Nr. 5, S. 11-13.
- HAMOWY, RONALD (1986): "Progress and Commerce in Anglo-American Thought: The Social Philosophy of Adam Ferguson", in: *Interpretation*, 14. Jg., Nr. 1, S. 61-87.
- HAMOWY, RONALD (1990): "Cato's Letters, John Locke, and the Republican Paradigm", in: *History of Political Thought*, 11. Jg., Nr. 2, S. 273-294.

- HANDLIN, OSCAR & MARY (1961): "James Burgh and the American Revolutionary Theory", in: *Proceedings of the Massachusetts Historical Society*, 73. Jg., Nr. 1, S. 38-57.
- HANKINS, JAMES (1995): "The "Baron Thesis" after Forty Years and some Recent Studies of Leonardo Bruni", in: *Journal of the History of Ideas*, 56. Jg., Nr. 2, S. 309-338.
- HARITZ, DETLEF (1983): *Zwischen Miliz und Stehendem Heer: Der Milizgedanke in der sozialdemokratischen Militärtheorie 1848 bis 1917*, Diss., Berlin: Freie Universität.
- HARPHAM, EDWARD J. (1984): "Liberalism, Civic Humanism, and the Case of Adam Smith", in: *The American Political Science Review*, 78. Jg., Nr. 3, S. 764-774.
- HERZOG, DON (1986): "Some Questions for Republicans", in: *Political Theory*, 14. Jg., Nr. 3, S. 473-493.
- HEXTER, JACK H. (1979): "Republic, Virtue, Liberty, and the Political Universe of J.G.A. Pocock", in: Ders (Hrsg.), *On Historians*, Cambridge, Mass.: Harvard University Press, S. 255-303.
- HIGGINBOTHAM, DON (1971): *The War of American Independence: Military Attitudes, Policies, and Practice 1763-1789*, Boston: Northeastern University Press.
- HILL, CHRISTOPHER (1958): "James Harrington and the People", in: *Puritanism and Revolution: Studies in Interpretation of the English Revolution of the Seventeenth Century*, London: Secker & Warburg.
- HOBOHM, MARTIN (1913): *Machiavellis Renaissance der Kriegskunst*, 2 Bde., Berlin: Curtius.
- HÖCHLI, DANIEL (1994): "Die Verfassungsdebatte in Florenz 1494-1530", in: *Beiträge und Berichte des Instituts für Politikwissenschaft*, HSG, Nr. 229.
- HÖCHLI, DANIEL (1997): "Zur politischen Sprache Giannottis", Einführung zu: Donato Giannotti, *Die Republik Florenz (1534)*, hrsg. von Alois Riklin und Daniel Höchli, München: Fink, S. 76-116.
- HONT, ISTVAN/IGNATIEFF, MICHAEL (Hrsg.) (1983): *Wealth and Virtue: The Spawning of Political Economy in the Scottish Enlightenment*, Cambridge: University Press.

- HORSMAN, REGINALD (1989): "The Dimensions of an "Empire for Liberty": Expansion and Republicanism, 1775-1825", in: *Journal of the Early Republic*, 9. Jg., Nr. 1, S. 1-20.
- HOUSTON, ALAN CRAIG (1991): *Algernon Sidney and the Republican Heritage in England and America*, Princeton, New Jersey: University Press.
- ISRAEL, JONATHAN (1996): "England, the Dutch, and the Struggle for Mastery of World Trade in the Age of the Glorious Revolution (1682-1702)", in: *The World of William and Mary: Anglo-Dutch Perspectives on the Revolution of 1688-89*, hrsg. von Dale Hoak & Mordechai Feingold, Stanford, CA: University Press, S. 75-86.
- KENYON, JOHN P. (1978): *Stuart England*, New York: St.Martin's Press.
- KING, PRESTON (1995): "Historical Contextualism: The New Historicism?", in: *History of European Ideas*, 21. Jg., Nr. 2, S. 209-233.
- KOEBNER, RICHARD (1933-34): "Oceana", in: *Englische Studien*, 68. Jg., S. 358-396.
- KOHN, RICHARD H. (1975): *Eagle and Sword: The Beginnings of the Military Establishment in America*, New York: Free Press.
- KRAMNICK, ISAAC (1968): *Bolingbroke & His Circle: The Politics of Nostalgia in the Age of Walpole*, Ithaca: Cornell University Press.
- KRAMNICK, ISAAC (1990): *Republicanism & Bourgeois Radicalism: Political Ideology in Late Eighteenth-Century England and America*, Ithaca: Cornell University Press.
- KRAMNICK, ISAAC (1992): "Republicanism Revisited: The Case of James Burgh", in: *Proceedings of the American Antiquarian Society*, 102 Jg., Nr. 1, S. 81-98.
- KROMAYER, JOHANNES/VEITH, GEORG (1928): *Heerwesen und Kriegführung der Griechen und Römer*, München: Beck.
- LA PENNA, ANTONIO (1966): "Die Bedeutung Sallusts für die Geschichtsschreibung und die politischen Ideen Leonardo Brunis", in: *Arcadia: Zeitschrift für vergleichende Literaturwissenschaft*, 1. Jg., Nr. 1, S. 255-276.
- LAKE, PETER G. (1982): "Constitutional Consensus and Puritan Opposition in the 1620s: Thomas Scott and the Spanish Match", in: *Historical Journal*, 25. Jg., S. 805-825.

- LEXIKON DES MITTELALTERS (1993), hrsg. von Norbert Angermann, München/Zürich: Artemis & Winkler.
- LOCKYER, ANDREW (1979): "'Traditions' as Context in the History of Political Theory", in: *Political Studies*, 27. Jg., Nr. 2, S. 201-217.
- LUTZ, DONALD S. (1984): "The Relative Influence of European Writers on Late Eighteenth-Century American Political Thought", in: *American Political Science Review*, 78. Jg., Nr. 1, S. 189-197.
- MACPHERSON, CRAWFORD B. (1967): *Die politische Theorie des Besitzindividualismus*, Suhrkamp: Frankfurt am Main.
- MAIER, PAULINE (1972a): *From Resistance to Revolution: Colonial Radicals and the Development of American Opposition to Britain, 1765-1776*, New York: Norton.
- MAIER, PAULINE (1972b): "The Beginnings of American Republicanism, 1765-1776", in: *The Development of a Revolutionary Mentality*, Symposia on the American Revolution, Washington: Library of Congress, S. 98-117.
- MALLET, MICHAEL (1990): "The theory and practice of warfare in Machiavelli's republic", in: Bock et al. (1990), S. 173-180.
- MANICAS, PETER T. (1989): *War and Democracy*, Blackwell: Oxford.
- MANSFIELD, HARVEY C./TARCOV, Nathan (1996): "Introduction" zu: Niccolò Machiavelli, *Discourses on Livy*, Chicago: University of Chicago Press, S. xvii-xlvii.
- MARTIN, JAMES K./LENDER, MARK E. (1982): *A Respectable Army: The Military Origins of the Republic, 1763-1789*, Arlington Heights Ill.: Harlan Davidson.
- MAYER, THOMAS F. (1989): *Thomas Starkey and the Commonwealth: Humanist Politics and Religion in the Reign of Henry VIII*, Cambridge: University Press.
- MCCOY, DREW R. (1980): *The Elusive Republic: Political Economy in Jeffersonian America*, Chapel Hill: University of North Carolina Press.
- MILLER, E. ARNOLD (1946): "Some Arguments Used by English Pamphleteers, 1697-1700, Concerning a Standing Army", in: *Journal of Modern History*, 18. Jg., S. 306-313.

- MOORE, JAMES M. (1977): "Hume's Political Science and the Classical Republican Tradition", in: *Canadian Journal of Political Science*, 10. Jg., S. 809-39.
- MOORE, JAMES (1988): "Patriarchalismus und klassischer Republikanismus", in: *Grundriss der Geschichte der Philosophie*, Bd. 3: Die Philosophie des 17. Jahrhunderts, hrsg. von Jean-Pierre Schobinger, Basel: Schwabe, S. 549-578.
- MORGAN, EDMUND S. (1967): "The Puritan Ethic and the American Revolution", in: *William and Mary Quarterly*, 24. Jg., S. 3-43, zitiert nach dem Neudruck in: *In Search of Early America*, Williamsburg: Institute of Early American History & Culture, 1993, S. 78-108.
- MORGAN, EDMUND S. (1988): *Inventing the People: The Rise of Popular Sovereignty in England and America*, New York: Norton.
- MÜNKLER, HERFRIED (1984): *Machiavelli: Die Begründung des politischen Denkens der Neuzeit aus der Krise der Republik Florenz*, Frankfurt am Main: Fischer.
- MÜNKLER, HERFRIED (1985): "Staatsraison und politische Klugheitslehre", in: *Pipers Handbuch der politischen Ideen*, 3. Bd., S. 23-72.
- MÜNKLER, HERFRIED (1992): *Gewalt und Ordnung: das Bild des Krieges im politischen Denken*, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- MURRIN, JOHN M. (1980): "The Great Inversion, or Court versus Country: A Comparison of the Revolution Settlements in England (1688-1721) and America (1776-1816)", in: *Three British Revolutions: 1641, 1688, 1776*, Princeton: University Press, S. 368-453.
- NAJEMY, JOHN M. (1996): "Baron's Machiavelli and Renaissance Republicanism", in: *The American Historical Review*, 101. Jg., Nr. 1, S. 119-129.
- NOLTE, PAUL (1991): "Ideen und Interessen in der Amerikanischen Revolution: Eine Zwischenbilanz der Forschung 1968-1988", in: *Geschichte und Gesellschaft*, 17. Jg., S. 114-141.
- NUZZO, ENRICO (1984): *La Superiorità degli Stati Liberi: I Reubblicani Inglese (1649-1722)*, Napoli: Edizioni Scientifiche Italiane, S. 7-61.
- ORSINI, NAPOLEONE (1936): *Bacone e Machiavelli*, Genova: Emiliano degli Orfini.
- OSMOND, PATRICIA J. (1993): "Sallust and Machiavelli: From Civic Humanism to Political Prudence", in: *Journal of Medieval and Renaissance Studies*, 23. Jg., Nr. 3, S. 407-38.

- OZ-SALZBERGER, FANIA (1995): *Translating the Enlightenment: Scottish Civic Discourse in Eighteenth-Century Germany*, Oxford: Clarendon Press, 1995.
- PANGLE, THOMAS L. (1988): *The Spirit of Modern Republicanism: The Moral Vision of the American Founders and the Philosophy of Locke*, Chicago: University of Chicago Press.
- PAPKE, GERHARD (1979): "Von der Miliz zum Stehenden Heer, Wehrwesen im Absolutismus", in: *Handbuch zur deutschen Militärgeschichte*, 1. Bd., Abschnitt I, München: Bernard & Graefe.
- PARKER, GEOFFREY (1988): *The Military Revolution: Military Innovation and the Rise of the West, 1500-1800*, Cambridge: University Press.
- PELTONEN, MARKKU (1994): "Classical republicanism in Tudor England: the Case of Richard Beacon's *Solon his follie*", in: *History of Political Thought*, 15. Jg., Nr. 4, S. 469-503.
- PELTONEN, MARKKU (1995): *Classical Humanism and Republicanism in English Political Thought, 1570-1640*, Cambridge: University Press.
- PELTONEN, MARKKU (1996a): "Introduction", in: *The Cambridge Companion to Bacon*, hrsg. von dems., Cambridge: University Press, S. 1-24.
- PELTONEN, MARKKU (1996b): "Bacon's Political Philosophy", in: *The Cambridge Companion to Bacon*, hrsg. von dems., Cambridge: University Press, S. 283-310.
- PENOVICH, KATHERINE R. (1995): "From 'Revolution principles' to Union: Daniel Defoe's Intervention in the Scottish Debate", in: *A Union for Empire: Political Thought and the British Union of 1707*, hrsg. von John Robertson, Cambridge: University Press, S. 228-242.
- PETTIT, PHILIP (1997): *Republicanism: A Theory of Freedom and Government*, Oxford: University Press.
- PHILLIPSON, NICHOLAS (1983): "Adam Smith as a civic moralist", in: HONT/IGNATIIEFF (Hrsg.) (1983), S. 179-202.
- PHILLIPSON, NICHOLAS (1989): *Hume*, London: Weidenfeld & Nicolson.
- PLUMB, JOHN HAROLD (1967): *The Growth of Political Stability in England*, London: Macmillan.

- POCOCK, JOHN G.A. (1965): "Machiavelli, Harrington, and English Political Ideologies in the Eighteenth Century", in: *William and Mary Quarterly*, 22. Jg., S. 549-583, Neudruck in: DERS. (1972): *Politics, Language and Time: Essays on Political Thought and History*, London: Methuen, S. 104-147.
- POCOCK, JOHN G.A. (1966): "'The Onely Politician': Machiavelli, Harrington and Felix Raab", in: *Historical Studies, Australia and New Zealand*, 12. Jg., Nr. 46, S. 265-296.
- POCOCK, JOHN G.A. (1968): "Der bürgerliche Humanismus und seine Rolle im anglo-amerikanischen Denken", in: DERS. (1993), S. 33-59.
- POCOCK, JOHN G.A. (1970): "James Harrington and the Good Old Cause: a study of the ideological context of his writings", in: *Journal of British Studies*, 10. Jg., Nr. 1, S. 30-48.
- POCOCK, JOHN G.A. (1975): *The Machiavellian Moment: Florentine Political Thought and the Atlantic Republican Tradition*, Princeton: University Press.
- POCOCK, JOHN G.A. (1976): "The Classical Theory of Deference", in: *The American Historical Review*, 81. Jg., Nr. 1, S. 516-523.
- POCOCK, JOHN G.A. (1977): "Introduction", in: *The Political Works of James Harrington*, Cambridge: University Press, S. 15-76.
- POCOCK, JOHN G.A. (1979): "Hume and the American Revolution: The Dying Thoughts of a North Briton", in: *McGill Hume Studies*, hrsg. von David F. Norton u.a., San Diego: Austin Hill Press, S. 325-343.
- POCOCK, JOHN G.A. (1980): "Autorität und Eigentum: Die Frage nach den liberalen Ursprüngen", in: DERS. (1993), S. 97-133.
- POCOCK, JOHN G.A. (1981a): "The Machiavellian Moment Revisited: A Study in History and Ideology", in: *Journal of Modern History*, 53. Jg., S. 49-72.
- POCOCK, JOHN G.A. (1981b): "Tugenden, Rechte, Umgangsformen: Ein Modell für die Historiographie des politischen Denkens", in: DERS. (1993), S. 134-157.
- POCOCK, JOHN G.A. (1983): "Die Schule von Cambridge und die schottischen Philosophen: Zum Verhältnis der bürgerlich-humanistischen und der zivilrechtlichen Interpretation des sozialen Denkens des 18. Jahrhunderts", in: DERS. (1993), S. 158-189.

- POCOCK, JOHN G.A. (1985): *Virtue, Commerce, and History: Essays on Political Thought and History, Chiefly in the Eighteenth Century*, Cambridge: University Press.
- POCOCK, JOHN G.A. (1987a): "Between Gog and Magog: The Republican Thesis and the *Ideologia Americana*", in: *Journal of the History of Ideas*, 48. Jg., Nr. 1, S. 325-346.
- POCOCK, JOHN G.A. (1987b): "The Concept of a Language and the *métier d'historien*: some Considerations on Practice", in: *The Languages of Political Theory in Early-Modern Europe*, hrsg. von Anthony Pagden, Cambridge: University Press, S. 19-38.
- POCOCK, JOHN G.A. (1992): "The Ideal of Citizenship Since Classical Times", in: *Queen's Quarterly*, 99. Jg., Nr. 1, S. 33-55.
- POCOCK, JOHN G.A. (1993): *Die andere Bürgergesellschaft: Zur Dialektik von Tugend und Korruption*, Frankfurt: Campus.
- POCOCK, JOHN G.A. (1994): "England's Cato: The Virtues and Fortunes of Algernon Sidney", in: *The Historical Journal*, 37. Jg., Nr. 4, S. 915-936.
- POCOCK, JOHN G.A. (1996): "Standing Army and Public Credit: The Institutions of Leviathan", in: *The World of William and Mary: Anglo-Dutch Perspectives on the Revolution of 1688-89*, hrsg. von Dale Hoak & Mordechai Feingold, Stanford, CA: University Press, S. 87-103.
- RAAB, FELIX (1964): *The English Face of Machiavelli: A Changing Interpretation 1500-1700*, London: Routledge & Kegan Paul.
- RAHE, PAUL A. (1994a): *Republics Ancient and Modern*, 3 Bde., Chapel Hill: University of North Carolina Press.
- RAHE, PAUL A. (1994b): "Antiquity Surpassed: The Repudiation of Classical Republicanism", in: WOOTTON (1994), S. 233-269.
- REAL-ENCYCLOPÄDIE DER CLASSISCHEN ALTERTHUMSWISSENSCHAFT (1848), hrsg. Von August Pauly, Stuttgart: Verlag der J.B. Metzler'schen Buchhandlung.
- REICHEL, DANIEL (1989): "Jean-Jacques Rousseau et l'armée de milice dans la perspective des «Considérations sur le gouvernement de Pologne»", in: *Actes du Symposium 1987. Travaux d'histoire militaire et de polémologie*, Pully: Centre d'Histoire et de Prospective militaires, S. 11-22.

- RICHARD, CARL J. (1994): *The Founders and the Classics: Greece, Rome, and the American Enlightenment*, Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- RIKLIN, ALOIS (1981): "Unvermeidbare und vermeidbare Werturteile", in: *Beiträge zur Methode des Rechts: St. Galler Festgabe zum Schweizerischen Juristentag*, Bern: Haupt, S. 37-68.
- RIKLIN, ALOIS (1982): "Milizdemokratie", in: *Staatsorganisation und Staatsfunktion im Wandel. Festschrift für Kurt Eichenberger zum 60. Geburtstag*, hrsg. von Georg Müller et al., Basel: Helbing & Lichtenhahn.
- RIKLIN, ALOIS (1988): "Aristoteles und die Mischverfassung", in: *Herbert Batliner – Festgabe zum 60. Geburtstag*, Vaduz, S. 341-351.
- RIKLIN, ALOIS (1989a): "Montesquieus freiheitliches Staatsmodell: die Identität von Machtteilung und Mischverfassung", in: *Politische Vierteljahresschrift*, 30. Jg., Nr. 3, S. 420-442.
- RIKLIN, ALOIS (1989b): "Machiavellis Klugheitslehre politischer Führung", in: *Friedenssicherung: Vom Alpenreduit zur Sicherheitspolitik*, Festschrift für Korpskommandant Josef Feldmann, Frauenfeld: Huber, S. 123-146.
- RIKLIN, ALOIS (1990): "Mischverfassung und Gewaltenteilung", in: *Festschrift für Mario M. Pedrazzini zum 65. Geburtstag*, Bern: Stämpfli, S. 21-37.
- RIKLIN, ALOIS (1991): "John Adams und die gewaltenteilige Mischverfassung", in: *Zeitschrift für Politik*, 38. Jg., Nr. 3, S. 274-293.
- RIKLIN, ALOIS (1992): "Donato Giannotti – ein verkannter Vordenker der Gewaltenteilung aus der Zeit der Florentiner Renaissance", in: *Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte*, 14. Jg., Nr. 3/4, S. 129-161.
- RIKLIN, ALOIS (1994): "Politische Ethik", in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 23. Jg., Nr. 1, S. 105-120.
- RIKLIN, ALOIS (1997): "Donato Giannotti – ein verkannter Staatsdenker der Florentiner Renaissance", Einführung zu: Donato Giannotti: *Die Republik Florenz (1534)*, hrsg. von Alois Riklin und Daniel Höchli, München: Fink, 1997, S. 17-75.
- RIKLIN, ALOIS (1998a): "Republikanismus in der italienischen Renaissance", *Beiträge und Berichte des Instituts für Politikwissenschaft*, HSG, Nr. 271.

- RIKLIN, ALOIS (1998b): "Das Republikmodell von James Harrington", in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 8. Jg., Nr. 1, S. 93-119.
- RIKLIN, ALOIS (1998c): "Englisches Verfassungsdenken im 17. Jahrhundert", in: *Der Verfassungsstaat vor neuen Herausforderungen*, Festschrift für Yvo Hangartner, hrsg. von Bernhard Ehrenzeller et al., St.Gallen/ Lachen: Dicke Verlag, S. 129-152.
- ROBBINS, CAROLINE (1969): "The English Republicans", in: *Two Republican Tracts*, hrsg. von ders., Cambridge: University Press, S. 40-59.
- ROBBINS, CAROLINE (1947): "Algernon Sidney's *Discourses Concerning Government*: Textbook of Revolution", in: *William and Mary Quarterly*, 4. Jg., S. 267-296; Neudruck in: *Absolute Liberty: A Selection from the Articles and Papers of Caroline Robbins*, hrsg. von Barbara Taft, Hamden, CT: Archon Books, 1982, S. 267-291.
- ROBBINS, CAROLINE (1959): *The Eighteenth-Century Commonwealthman: Studies in the Transmission, Development and Circumstance of English Liberal Thought from the Restoration of Charles II until the War with the Thirteen Colonies*, Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- ROBBINS, CAROLINE (1961): "Influence or Coincidence – a Question for Students of Machiavelli", in: *Renaissance News*, 14. Jg., S. 243-48; Neudruck in: *Absolute Liberty: A Selection from the Articles and Papers of Caroline Robbins*, hrsg. von Barbara Taft, Hamden, CT: Archon Books, 1982, S. 53-58.
- ROBBINS, CAROLINE (1972): "European Republicanism in the Century and a Half Before 1776", in: *The Development of a Revolutionary Mentality*, Washington: Symposia on the American Revolution, S. 30-51.
- ROBERTSON, JOHN (1983a): "The Scottish Enlightenment at the Limits of the Civic Tradition", in: HONT/IGNATIEFF (Hrsg.) (1983), S. 137-178.
- ROBERTSON, JOHN (1983b): "Scottish Political Economy Beyond the Civic Tradition: Government and Development in the "Wealth of Nations"", in: *History of Political Thought*, 4. Jg., S. 451-482.
- ROBERTSON, JOHN (1985): *The Scottish Enlightenment and the Militia Issue*, Edinburgh: Donald.
- RODGERS, DANIEL T. (1992): "Republicanism: The Career of a Concept", in: *The Journal of American History*, 79. Jg., Nr. 1, S. 11-38.

- ROSA, HARTMUT (1994): "Ideengeschichte und Gesellschaftstheorie: Der Beitrag der 'Cambridge School' zur Metatheorie, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 35. Jg., Nr. 2, S. 197-223.
- ROSSITER, CLINTON (1953): *The First American Revolution: The American Colonies on the Eve of Independence*, überarb. Teil I von: *Seedtime of the Republic*, New York: HBJ.
- ROYSTER, CHARLES (1979): *A Revolutionary People at War: The Continental Army and American Character, 1775-1783*, Chapel Hill: University of North Carolina Press.
- SANDEL, MICHAEL J. (1996): *Democracy's Discontent: America in Search of a Public Philosophy*, Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- SHELLHASE, KENNETH C. (1978): *Tacitus in Renaissance Political Thought*, Chicago: University of Chicago Press.
- SCHRÖDER, HANS-CHRISTOPH (1982): *Die Amerikanische Revolution: Eine Einführung*, München: Beck.
- SCHWOERER, LOIS G. (1965): "The Literature of the Standing Army Controversy, 1697-1699", in: *The Huntington Library Quarterly*, 28. Jg., Nr. 3, S. 187-212.
- SCHWOERER, LOIS G. (1966): "Chronology and Authorship of the Standing Army Tracts, 1697-1699", in: *Notes and Queries*, 13. Jg., Nr. 10, S. 382-390.
- SCHWOERER, LOIS G. (1974): *"No Standing Armies!" The Antiarmy Ideology in Seventeenth-Century England*, Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- SEWING, WERNER (1993): "John G.A. Pocock und die Wiederentdeckung der republikanischen Tradition", Vorwort zu: POCOCK (1993), S. 7-32.
- SHALHOPE, ROBERT E. (1972): "Toward a Republican Synthesis: The Emergence of an Understanding of Republicanism in American Historiography", in: *William and Mary Quarterly*, 29. Jg., S. 49-80.
- SHALHOPE, ROBERT E. (1982): "Republicanism and Early American Historiography", in: *William and Mary Quarterly*, 39. Jg., S. 334-356.
- SHALHOPE, ROBERT E. (1991): "Republicanism", in: *The Blackwell Encyclopedia of the American Revolution*, hrsg. von Jack P. Greene und J. R. Pole, Oxford: Blackwell, S. 654-660.

- SHER, RICHARD B. (1985): *Church and University in the Scottish Enlightenment: The Moderate Literati of Edinburgh*, Edinburgh: University Press.
- SHER, RICHARD B. (1989): "Adam Ferguson, Adam Smith and the Problem of National Defense", in: *Journal of Modern History*, 61. Jg., Nr. 2, S. 240-268.
- SHER, RICHARD B. (1994): "From Troglodytes to Americans: Montesquieu and the Scottish Enlightenment on Liberty, Virtue, and Commerce", in: WOOTTON (1994), S. 368-402.
- SHKLAR, JUDITH N. (1959): "Ideology Hunting: The Case of James Harrington", in: *The American Political Science Review*, 53. Jg., Nr. 3, S. 662-691.
- SHKLAR, JUDITH N. (1990): "Montesquieu and the New Republicanism", in: Bock et al. (1990), S. 265-279.
- SHY, JOHN (1976): "A New Look at the Colonial Militia", in: *A People Numerous and Armed: Reflections on the Military Struggle for American Independence*, New York: Oxford University Press.
- SKINNER, QUENTIN (1974): "Conquest and Consent: Thomas Hobbes and the Engagement Controversy," in: *The Interregnum: The Quest for Settlement, 1646-1660*, hrsg. von G. E. Aylmer, London : Macmillan, S. 79-98.
- SKINNER, QUENTIN (1978): *The Foundations of Modern Political Thought*, Vol. I: The Renaissance, Cambridge: University Press.
- SKINNER, QUENTIN (1988): *Meaning and Context: Quentin Skinner and his Critics*, hrsg. und eingel. von James Tully, Princeton, NJ: University Press.
- SKINNER, QUENTIN (1990a): "Machiavellis Discorsi and the pre-humanist origins of republican ideas" in: Bock et al. (1990), S. 121-141.
- SKINNER, QUENTIN (1990b): "The republican ideal of political liberty", in: Bock et al. (1990), S. 293-309.
- SMITH, RUSSELL H. F. (1914): *Harrington and his Oceana: A Study of a 17th Century Utopia and its Influence in America*, Neudruck, New York: Octagon Books, 1971.
- STEIN, LORENZ VON (1872): *Die Lehre vom Heerwesen. Als Theil der Staatswissenschaft*, Stuttgart: Verlag der J. G. Metzler'schen Buchhandlung.

- STOURZH, GERALD (1970): *Alexander Hamilton and the Idea of Republican Government*, Stanford: University Press.
- STOURZH, GERALD (1989): "Die tugendhafte Republik: Montesquieus Begriff der "vertu" und die Anfänge der Vereinigten Staaten von Amerika", in: *Wege zur Grundrechtsdemokratie*, Wien: Bohlau, S. 117-136.
- STRAUSS, LEO (1946): "Review of Zera S. Fink, *The Classical Republicans*", in: *Social Research*, 13. Jg., Nr. 3, S. 393-395.
- STRAUSS, LEO (1958): *Thoughts on Machiavelli*, Chicago: University of Chicago Press.
- SULLIVAN, VICKIE (1994): "The Civic Humanist Portrait of Machiavelli's English Successors", in: *History of Political Thought*, 15. Jg., Nr. 1, S. 73-96.
- TAWNEY, RICHARD H. (1941): "Harrington's Interpretation of his Age, in: *Proceedings of the British Academy*, 27. Jg., S. 199-223.
- THOMPSON, BRADLEY C. (1995): "John Adams's Machiavellian Moment", in: *Review of Politics*, 57. Jg., Nr. 3, S. 389-417.
- TREVOR-ROPER, HUGH R. (1954): *The Gentry, 1540-1640*, Economic History Review Supplement, London: Cambridge University Press.
- TUCK, RICHARD (1993): *Philosophy and Government, 1572-1651*, Cambridge: University Press.
- WALZER, MICHAEL (1970): "The Obligation to Die for the State", in: *Obligations: Essays on Disobedience, War, and Citizenship*, Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- WALZER, MICHAEL (1989): "Citizenship", in: Terence Ball et al. (Hrsg.), *Political Innovation and Conceptual Change*, Cambridge: University Press, S. 211-219.
- WEBB, HENRY J. (1965): *Elizabethan Military Science. The Books and the Practice*, Madison: University of Wisconsin Press.
- WERSHOFEN, CHRISTIAN (1935): *James Harrington und sein Wunschbild vom Germanischen Staate*, Bonn: Hanstein.
- WESTERN, JOHN R. (1965): *The English Militia in the Eighteenth Century: The Story of a Political Issue 1660-1802*, London: Routledge & Kegan Paul.

- WICHT, BERNARD (1995): *L'idée de Milice et le Modèle Suisse dans la Pensée de Machiavel*, Lausanne: L'âge d'Homme.
- WILLIAMS, DAVID C. (1991): "Civic Republicanism and the Citizen Militia: The Terrifying Second Amendment", in: *Yale Law Journal*, 101. Jg., S. 551-615.
- WOHLFEIL, RAINER (1964): "Vom Stehenden Heer des Absolutismus zur Allgemeinen Wehrpflicht", in: *Handbuch zur deutschen Militärgeschichte*, 1. Bd., Abschnitt II, München: Bernard & Graefe.
- WOOD, GORDON S. (1966): "Rhetoric and Reality in the Revolution", in: *William and Mary Quarterly*, 23. Jg., S. 3-32, zitiert nach dem Neudruck in: *In Search of Early America*, Williamsburg: Institute of Early American History & Culture, 1993, S. 54-76.
- WOOD, GORDON S. (1969): *The Creation of the American Republic 1776-1787*, New York: Norton.
- WOOD, GORDON S. (1987): "Ideology and the Origins of Liberal America", in: *William and Mary Quarterly*, 44. Jg., S. 628-640.
- WOOD, GORDON S. (1990): "Classical Republicanism and the American Revolution", in: *Chicago-Kent Law Review*, 66. Jg., S. 13-38.
- WOOD, GORDON S. (1992): *The Radicalism of the American Revolution*, New York: Random House.
- WOOTTON, DAVID (1994a): "Introduction: The Republican Tradition: From Commonwealth to Common Sense", in: Ders. (1994), S. 1-41.
- WOOTTON, DAVID (Hrsg.) (1994): *Republicanism, Liberty and Commercial Society, 1649-1776*, Stanford, Calif.: Stanford University Press.
- WORDEN, BLAIR (1974): *The Rump Parliament 1648-1653*, Cambridge: University Press.
- WORDEN, BLAIR (1978): "Introduction", zu: Edmund Ludlow: *A Voyce from the Watch Tower, Part Five: 1660-1662*, London: Royal Historical Society, S. 1-80.
- WORDEN, BLAIR (1981): "Classical Republicanism and the Puritan Revolution", in: *History & Imagination: Essays of H. R. Trevor-Roper*, hrsg. von Hugh Lloyd-Jones et al., London: Duckworth, S. 182-199.

- WORDEN, BLAIR (1985): "The Commonwealth Kidney of Algernon Sidney", in: *Journal of British Studies*, 24. Jg., Nr. 1, S. 1-40.
- WORDEN, BLAIR (1990): "Milton's republicanism and the tyranny of heaven", in: Bock et al. (1990), S. 225-246.
- WORDEN, BLAIR (1991a): "English Republicanism", in: *The Cambridge History of Political Thought 1450-1700*, hrsg. von James H. Burns, Cambridge: University Press, S. 443-475.
- WORDEN, BLAIR (1991b): "The Revolution of 1688-9 and the English Republican Tradition", in: *The Anglo-Dutch Moment: Essays on the Glorious Revolution and its World Impact*, hrsg. von Jonathan I. Israel, Cambridge: University Press, S. 241-277.
- WORDEN, BLAIR (1994a): "Marchamont Nedham and the Beginnings of English Republicanism, 1649-1656", in: WOOTTON (1994), S. 45-81.
- WORDEN, BLAIR (1994b): "James Harrington and *The Commonwealth of Oceana*, 1656", in: WOOTTON (1994), S. 82-110.
- WORDEN, BLAIR (1994c): "Harrington's *Oceana*: Origins and Aftermath, 1651-1660", in: WOOTTON (1994), S. 111-138.
- WORDEN, BLAIR (1994d): "Republicanism and the Restoration, 1660-1683", in: WOOTTON (1994), S. 139-193.
- WORDEN, BLAIR (1995): "Milton and Marchamont Nedham", in: *Milton and Republicanism*, hrsg. von David Armitage et al., Cambridge: University Press, S. 156-180.
- WÖRTERBUCH ZUR DEUTSCHEN MILITÄRGESCHICHTE (1985): 2 Bde., Berlin: Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik.
- YOUNG, JAMES P. (1985): "Amerikanisches Politisches Denken: Von der Revolution bis zum Bürgerkrieg", in: *Pipers Handbuch der politischen Ideen*, 5 Bde., hrsg. von Iring Fetscher und Herfried Münkler, München: Piper, 3. Bd., S. 617-653.
- ZAGORIN, PEREZ (1954): *A History of Political Thought in the English Revolution*, London: Routledge and Kegan Paul.

Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 1: Typologie von Wehrformen</i>	81
<i>Abbildung 2: Modell der horizontalen Milizfunktion</i>	84

Index

- Adams, John 179, 216, 356, 363, 372, 377, 382, 395, 405, 420, 436
- Adams, Samuel 371
- Arendt, Hannah 25, 30, 47, 52, 59
- Aristoteles 36, 47, 51, 52, 53, 55, 72, 83, 87, 94, 98, 104, 106, 108, 116, 126, 128, 137, 139, 141, 153, 193, 202, 221, 241, 413, 415, 417
- Arnold, Benedict 380
- Bacon, Francis 145, 197, 253, 416
- Bailyn, Bernard 24, 355
- Baron, Hans 24, 94, 98, 105, 142, 179, 454, 459, 462
- Bayley, Charles 96
- Beacon, Richard 143, 415
- Berry, Christopher 13
- Besitzindividualismus 28
- Bolingbroke 296, 298, 307, 312, 402, 433
- Boston Tea Party 371
- Boston-Massaker 363
- Botero, Giovanni 147, 416
- Bruni, Leonardo 24, 51, 69, 92, 412
- Bürgerhumanismus 92
- Burgess, Glenn 142
- Burgh, James 351, 359
- Burke, Aedanus 381
- Cambridge School 15
- Carlyle, Alexander 323, 336, 345
- Carnot, Lazare 74
- Cato 61, 92, 301
- Cato, Marcus 55
- Christentum 118, 153
- Cicero 45, 50, 51, 53, 59, 92, 93, 94, 107, 138, 151, 164, 173, 306, 413
- Clausewitz, Carl von 63, 150, 409
- Coke, Edward 170
- Constant, Benjamin 44
- Contarini, Gasparo 140
- Cromwell, Oliver 179, 196
- Dänemark 247, 423
- Davenant, Charles 307
- Decken, Johann Friedrich von der 70
- Defoe, Daniel 40, 287, 312, 359, 426
- Ferguson, Adam 285, 312, 325, 341, 428
- Filmer, Robert 234
- Findley, William 392
- Fink, Zera S. 23
- Fletcher, Andrew 262, 277, 295, 311, 313, 320, 323, 333, 425
- Föderalismus 284
- Fortescue, John 154
- Fortuna 118
- Französische Revolution 72
- Freiheit, klassische 50
- Freiheit, negative 35, 85
- Gewalt 50
- Giannotti, Donato 78, 85, 87, 126, 140, 197, 414
- Gordon, Thomas 301, 352
- Grotius, Hugo 35
- Guicciardini, Francesco 92, 413
- Haltiner, Karl 76
- Hamilton, Alexander 320, 384, 385, 396, 401, 437
- Harley, Robert 251
- Harrington, James 23, 85, 153, 193, 221, 253, 288, 291, 318, 418
- Hartz, Louis B. 25

- Hedley, Thomas 161, 416
- Henry, Patrick 375
- Hexter, Jack H. 43
- Hobbes, Thomas 34, 109, 137, 180, 194, 200, 227, 294, 330, 341, 387, 426
- Hotoman, François 247
- Howard, Simeon 365
- Hume, David 44, 62, 200, 285, 312, 313, 325, 359, 384, 387, 390, 397, 403, 409, 428, 439
- Hutcheson, Francis 323
- Ideengeschichte 13
- Ideologie 16, 23, 33
- Irland 143
- Jackson, Andrew 406
- Jefferson, Thomas 55, 320, 357, 401, 403, 440
- Johnson, Samuel 245
- Kant, Immanuel 34, 357
- Kardinaltugenden 51
- Koebner, Richard 195
- Kommunitarismus 29
- Konskription 72
- Korruption 26
- Kramnick, Isaac 49, 294, 295, 301, 353, 372, 385
- Latini, Brunetto 91, 412
- Lee, Charles 375
- Lee, Richard Henry 392
- Levellers 183
- Liberalismus 27, 33, 43, 49, 109, 294, 357
- Lipsius, Justus 35, 39, 147, 212, 416
- Livius 60, 202
- Locke, John 18, 25, 28, 34, 35, 38, 39, 49, 233, 294, 302, 353, 355, 357, 364, 372
- Lovell, James 363
- Machiavelli 14, 19, 23, 46, 51, 66, 78, 85, 87, 92, 107, 116, 126, 138, 142, 145, 147, 154, 168, 173, 194, 229, 241, 253, 278, 283, 306, 312, 315, 326, 355, 389, 402, 413
- Machiavellian Moment 25
- Macpherson, C. B. 342, 388
- Macpherson, C.B. 28, 34, 193, 200, 461
- Madison, James 316, 320, 384, 385, 390, 395, 399, 401, 410
- Mandeville, Bernard 200, 306, 409
- Marvell, Andrew 220
- Mason, George 392, 393, 396
- Milizfunktionen 83
- Milizgedanke 65, 79
- Milton, John 177
- Molesworth, Robert 247, 252, 257, 265, 423
- Montagu, Edward Wortley 325
- Montaigne, Michel de 35
- Montesquieu 44, 314, 321, 337, 372, 386, 388, 390, 394, 435
- Moyle, Walter 251, 253, 261, 423
- Mut 50
- Nedham, Marchamont 177, 233, 417
- Neo-Baconianer 161
- Neo-Harringtonianer 159, 210, 218, 278, 293, 419, 425
- Neville, Henry 173, 227, 243, 246, 420
- New Model Army 190, 221
- Niederlande 167, 186, 249, 279
- Paine, Thomas 372, 376

- Peltonen, Markku 27, 141
 Pennsylvania 56, 216, 377, 394, 420
 Petrarca 94, 95, 96, 412, 413
 Philosophie 33
 Pitt, William 324
 Plutarch 61, 374, 436
 Pocock, John G. A. 16, 25, 43, 117,
 141, 158, 183, 187, 193, 242, 301,
 355
 Politeness 314
 Polybios 25, 45, 60, 137, 168, 184,
 193, 252, 449
 Prähumanismus 91
 Prato, Schlacht bei 121
 Pufendorf, Samuel 38
 Quincy, Josiah 360, 363, 366, 434
 Raab, Felix 23, 143
 Rahe, Paul A. 28, 52, 59, 194
 Rawls, John 29, 34, 357
 Religion *Siehe* Christentum
 Republikanismus 27, 137, 252, 373
 Riklin, Alois 193
 Robbins, Caroline 24, 172, 174, 179,
 233, 247, 262, 269, 355, 448, 449,
 467
 Robertson, William 323
 Rotteck, Karl von 41, 72, 76, 449
 Rousseau, Jean-Jacques 72, 74, 85
 Russland 139
 Sacco di Roma 135
 Sallust 45, 51, 60, 91, 93, 109, 187,
 267, 306, 317, 374, 412, 413, 436
 Salutati, Coluccio 24, 93, 412
 Sandel, Michael *Siehe* Kommunitaris-
 mus
 Scholastik 92
 Schottland 146, 164, 185, 277, 285,
 295, 311
 Schweiz 19, 30, 40, 41, 70, 76, 117,
 173, 262, 305, 374
 Schwoerer, Lois 174
 Scott, Thomas 163, 416
 Seabury, Samuel 368
 Selden, John 197
 Shaftesbury 217, 227, 356, 421
 Sidney, Algernon 173, 231, 233, 247,
 303, 422
 Skinner, Quentin 16, 24, 43, 92, 140
 Smith, Adam 21, 34, 49, 285, 312, 325,
 326, 337, 347, 350, 380, 401, 430
 Soderini, Piero 111, 121
 Somers, John 253, 287, 426
 Sprache 17
 Starkey, Thomas 140
 Stoiker 46, 51
 Stourzh, Gerald 53
 Strauss, Leo 13, 15, 28, 29, 107, 194,
 358, 470
 Sutcliffe, Matthew 147
 Tacitus 19, 36, 45, 51, 60, 234, 274,
 303, 304, 374, 422, 436, 446, 468
 Taylor, John 402, 440
 Thukydides 104, 378, 450
 Tocqueville, Alexis de 406
 Toland, John 251, 252, 265, 423
 Trenchard, John 253, 301, 364
 Vegetius 153, 268
 Venedig 121, 126, 205, 279, 415
 Walpole, Robert 250, 296, 304, 307,
 308, 320, 349, 401, 460
 Walzer, Michael 38, 75, 84, 294, 359,
 410, 470
 Warren, Joseph 370

Washington, George 369, 375, 380,
398, 435

Webster, Noah 389

Wicht, Bernard 19

Wood, Gordon S. 24, 45, 348, 355,
358, 370, 388, 392

Worden, Blair 141, 174, 184, 202

Wren, Matthew 196, 199, 205, 250,
287, 426

Xenophon 55, 331, 402

Zagorin, Perez 171

Lebenslauf

Geburtsdatum 27. März 1968 als Sohn der Loni Metzger-Merz und des Otto Metzger in Niederuzwil SG
Bürgerort Eschenz TG

Schulbildung

1975-1982 Primar- und Sekundarschule in Niederuzwil
1983-1987 Wirtschaftsgymnasium Kantonsschule St. Gallen
1987-1992 Universität St. Gallen (HSG), Grundstudium
1992-1994 Lizentiatsstufe Staatswissenschaftlicher Lehrgang
Vertiefung "Internationale Beziehungen",
lic. rer. publ. HSG
1996-1997 Harvard University, Cambridge (Boston)
Visiting Fellow im History Department,
Faculty of Arts and Sciences (FAS)
1994-1999 Universität St. Gallen (HSG),
Doktorat: Staatswissenschaften,
Vertiefung "Internationale Beziehungen"

Berufserfahrung

1990 Personalamt Stadt St. Gallen
1992 Bühler AG, Maschinenfabrik, Uzwil
1994-1999 Institut für Politikwissenschaft (IPW), Universität St. Gallen
Wissenschaftlicher Assistent von Prof. Dr. A. Riklin
Ab 1999 Arthur Andersen AG Zürich,
Government Consulting,
Beratung der öffentlichen Hand

Publikationen

Nov. 1997 UNIVOX-Report IV B Verteidigung:
Nichtmilitärische Bedrohung im Urteil der Schweizer
und Schweizerinnen
Nov. 1995 UNIVOX-Report IV B Verteidigung:
Militärische Bedrohung im Urteil der Schweizer und
Schweizerinnen

Adresse

Erlenstrasse 16
CH-9240 Uzwil
E-mail: jan.metzger@ch.arthurandersen.com

